

Wiener Stadt-Bibliothek

57291 F

Rathaus-Korrespondenz

F57291
Dor. 1956
1

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Samstag, 1. Dezember 1956

Blatt 2385

Öffentliche Einsichtnahme in den Voranschlag 1957 und in
=====
den Rechnungsabschluß für 1955
=====

1. Dezember (RK) Von Montag, den 3. Dezember, bis einschließlich Montag, den 10. Dezember, wird der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957 und in der Zeit von Montag, den 3. Dezember, bis einschließlich Montag, den 17. Dezember, der Rechnungsabschluß der Stadt Wien für das Jahr 1955 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt.

Die Auflegung erfolgt innerhalb der Amtsstunden in der Magistratsabteilung 5, Wien I, Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 451, wo allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder hiezu zu Protokoll genommen werden.

- - -

"Die Stadt von heute und morgen"
=====

1. Dezember (RK) Die Wanderausstellung des Stadtbauamtes "Die Stadt von heute und morgen - und ihr Umland" ist vom 4. bis 9. Dezember bei freiem Eintritt im Amtshaus, 16, Richard Wagner-Platz 19, während der Amtsstunden zu sehen.

- - -

Hans Temple zum Gedenken
=====

1. Dezember (RK) Am 3. Dezember sind 25 Jahre vergangen, seit der Porträtmaler Hans Temple in Wien gestorben ist.

Am 7. Juli 1857 zu Littau in Mähren geboren, studierte er an der hiesigen Akademie der bildenden Künste bei Hans Canon und Heinrich von Angeli und wurde für seine hervorragenden Leistungen mit einem Staatspreis sowie mit dem Munkaczy-Preis ausgezeichnet. Seine Spezialität waren Bildnisse bekannter zeitgenössischer Künstler bei ihrer Arbeit. Zu diesen gehören die aus seinem reichen Bestand in den Sammlungen des Historischen Museums befindlichen Werke "Bildhauer Viktor Tilgner an seinem Mozartdenkmal arbeitend", "Medailleur A. Scharff in seinem Atelier" und "Atelier des Bildhauers Josef Kassin". Im Auftrag der Herzogin Alexandrine von Sachsen-Coburg entstand 1892 das Bild der Hochzeitsfeierlichkeiten anlässlich der Vermählung Herzogs Ernst II. in der Schloßkapelle zu Karlsruhe, das 34 Porträtfiguren aufweist. Nicht minder bildnisreich ist die Darstellung der Eröffnung des Krupp'schen Arbeitertheaters in Berndorf.

- - -

Vertreter der Ärzteschaft bei Bürgermeister Jonas
=====

1. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing gestern abend im Wiener Rathaus im Beisein von Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Delegierten zum Kammertag der Österreichischen Ärztekammer, der für diese Tage nach Wien einberufen wurde.

Bürgermeister Jonas begrüßte die Ärzte im Namen der Stadtverwaltung und wünschte ihren Beratungen die besten Erfolge. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß sie dazu beitragen werden, wieder einige der vielen Sorgen in unserem Gesundheitswesen zu verkleinern. Als das gegenwärtig aktuellste Problem der Wiener Stadtverwaltung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens bezeichnete er die Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses. Es wird nicht

leicht sein, sagte er, die vielen Wünsche, die von verschiedenen Stellen gemacht werden, unter einen Hut zu bringen. Die Lösung muß den neuesten Erkenntnissen der Bautechnik und der medizinischen Wissenschaft Rechnung tragen. Wir hoffen, daß wir mit dem gesamten Fragenkomplex fertig werden.

Im Namen der Ärzteschaft dankte der Präsident der Ärztekammer, Gemeinderat Prim.Dr. Eberle, für die freundliche Aufnahme seiner Kollegen im Wiener Rathaus. Er dankte zugleich auch den Stadtvätern für das Wohlwollen, das die Stadtverwaltung stets den Ärzten gegenüber zeige.

- - -

Bürgermeister überreicht Bundeskanzler Scheck auf 1,6 Millionen
=====

1. Dezember (RK) Heute vormittag begab sich Bürgermeister Jonas in Begleitung von Präsidialchef Dr. Kutil in das Bundeskanzleramt, wo er von Bundeskanzler Ing. Raab empfangen wurde. Der Bürgermeister überreichte dem Bundeskanzler einen Scheck lautend auf den Betrag von 1,607.083.73 Schilling als Ergebnis der Wiener Straßensammlung vom 24. und 25. November für die Hilfsaktion der österreichischen Bundesregierung für die ungarischen Flüchtlinge.

In einem Begleitschreiben, das Bürgermeister Jonas Bundeskanzler Ing. Raab bei dieser Gelegenheit überreichte, heißt es: "Ich bin sehr erfreut, verehrter Herr Bundeskanzler, Ihnen diesen Betrag als Ausdruck der Hilfsbereitschaft der Wiener Bevölkerung übergeben zu können. In den Dienst dieser Sammlung stellten sich Künstler und Sportler, den Hauptteil der Sammeltätigkeit nahmen aber die Mitglieder des Jugendrotkreuzes Wien auf sich. Geleitet und organisiert wurde die Sammlung von den Angestellten der zuständigen Magistratsabteilungen, von den Vorständen der Fürsorgeämter und von den ehrenamtlichen Fürsorgeräten der Stadt Wien."

Bundeskanzler Ing. Raab dankte im Namen der Bundesregierung für die Spende und bat den Bürgermeister, allen, die zum Gelingen der Sammlung beigetragen haben, seine Anerkennung zu übermitteln.

- - -

Mittwoch, 5. Dezember, 0.30 Uhr:

Kranzniederlegung am Mozart-Grab im St. Marxer Friedhof
=====

1. Dezember (RK) Zum Ausklang des Mozart-Jahres 1956 in Wien findet eine Reihe von Veranstaltungen statt. Dienstag, den 4. Dezember, bringt die Staatsoper als Festvorstellung der Stadt Wien die "Zauberflöte". Die Oper wird aus diesem Anlaß in Festbeleuchtung erstrahlen. Bis auf wenige Karten ist das Haus an diesem Tag ausverkauft.

Nach Beendigung der Vorstellung werden sich die Ehrengäste in den St. Marxer Friedhof begeben, wo in der Todesstunde Mozarts, um 0.30 Uhr, eine Gedenkfeier stattfinden wird. Der Platz vor dem Grab wird mit Fackeln erleuchtet sein. Die Chorvereinigung "Jung-Wien" leitet das Gedenken an die Todesstunde des großen Meisters der Töne mit Mozarts "ave verum" ein. Nach einer kurzen Ansprache wird Bürgermeister Jonas einen Kranz der Stadt Wien niederlegen. Ferner werden als Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht, Sektionschef Dr. Musil, der Salzburger Bürgermeister Pacher und Delegationen des Wiener Musiklebens die Grabstätte mit Kränzen schmücken. Mit der Bundeshymne, gesungen von der Chorvereinigung "Jung-Wien", schließt die Gedenkfeier, die auch vom Fernsehen und von den Wochenschauen aufgenommen werden wird.

Verstärkter Straßenbahn- und Autobusverkehr nach St. Marx

Um allen Musikfreunden und Mozartverehrcrn Gelegenheit zu geben, an der Gedenkfeier in der Todesstunde von Wolfgang Amadeus Mozart teilzunehmen, wird die Straßenbahnlinie 71 in der letzten Betriebsstunde verstärkt verkehren. Für die Rückfahrt wird die Nachtautobuslinie E, St. Marx - Stephansplatz ebenfalls verstärkt geführt. Zufahrt für Privatwagen über Rennweg - Grasbergergasse - Leberstraße. Parkmöglichkeit besteht vor dem Simmeringer Sportplatz.

Der Voranschlag der Stadt Wien für 1957
=====

1. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für das Finanzwesen Resch gab heute der "Rathaus-Korrespondenz" eine Darstellung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957.

Es ist das zehnte Budget, das Stadtrat Resch in seiner Eigenschaft als Finanzreferent in den Wiener Gemeinderat einbringt. Er schilderte einleitend die wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres, in dem der Konjunkturaufschwung wohl stark nachgelassen hat, die Wirtschaft Wiens sich aber dennoch günstiger gestaltete als in anderen Bundesländern. Das ist zweifellos ein Verdienst der Arbeitsbeschaffungspolitik der Wiener Stadtverwaltung, durch die jährlich Milliarden in Form von Aufträgen an das Gewerbe und an die Industrie in die Wiener Wirtschaft gepumpt werden.

Die Produktion hat nicht weiter zugenommen. Das hat seine Ursache darin, daß die Modernisierung der Produktionsstätten abgeschlossen ist, der Kapitalmarkt nur wenig Geld für neue Investitionen zur Verfügung hat und daß der Mangel an Facharbeitern Neugründungen erschwert.

Obwohl die Konjunktur zum Stillstand gekommen ist, gibt es weniger Arbeitslose als im Vorjahr. Auch hier ist die Situation in Wien etwas besser als im österreichischen Durchschnitt. Während in ganz Österreich die Zahl der Arbeitslosen vom Oktober 1955 bis zum Oktober 1956 um 3.2 Prozent zurückgegangen ist, beträgt der Rückgang der Arbeitslosenzahl in der gleichen Zeit in Wien 11.7 Prozent. Auch hier wird die Wirkung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Wiener Stadtverwaltung deutlich sichtbar. Es war aber in diesem Jahr auch möglich, aus den sich ergebenden Mehreinnahmen der Wiener Wirtschaft zusätzliche Gemeindeaufträge in der Gesamthöhe von 382 Millionen Schilling zu geben. Die Gemeindeverwaltung wird sich auch in Zukunft bemühen, für jeden Arbeitslosen Wiens Arbeit zu schaffen.

Der Voranschlag 1957 ist durch verschiedene Projekte belastet, die gegenwärtig im Bau sind, wie zum Beispiel der große Wasserspeicher auf dem Steinfeld, die Stadthalle und das Museum.

Hoffentlich entstehen den Gemeinden im kommenden Jahr nicht auch durch das Parlament neue Belastungen, weil die alten, wie das ASVG, Familienlastenausgleich, Gehaltsgesetz, noch nicht verdaut sind.

Einnahmen: 3.914 Millionen - Ausgaben: 4.096 Millionen

Das Budget sieht im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt Einnahmen von 3.914 Millionen Schilling und Ausgaben von 4.096 Millionen Schilling vor. Die Einnahmen steigen um 448 Millionen, die Ausgaben um 500 Millionen, sodaß sich ein Abgang von 182 Millionen Schilling ergibt, das sind 4.4 Prozent des Budgetvolumens. Man kann daher von einem ausgeglichenen Budget sprechen.

Die Ausgaben steigen gegenüber dem Vorjahr um 500 Millionen und überschreiten damit zum ersten Mal die Viermilliarden-Grenze. Von den 4.096 Millionen Schilling entfallen auf den Personalaufwand 1.461 Millionen, das sind um 278 Millionen mehr als im Vorjahr, auf den laufenden Sachaufwand 1.595 Millionen, das sind um 79 Millionen mehr, und auf Investitionen 1.039 Millionen, das sind um 143 Millionen mehr als 1956.

Weil in den Wohlfahrtsanstalten, vor allem in den Alters- und Siechenheimen und auch für die Geisteskranken mehr Pflegepersonal eingestellt wurde und seit 1945 auch die Zahl der Krankbetten um 400 gestiegen ist, hat sich auch seit langem zum ersten Mal wieder der Gesamtpersonalstand erhöht, und zwar um 262 Bedienstete. Er wird im nächsten Jahr 32.997 Aktive betragen. Die Zahl der Pensionisten wird 14.518 betragen. Das sind um 198 Personen mehr als 1956.

In der Finanzgruppe werden die Ausgaben 379 Millionen Schilling betragen, das sind um 23 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Ursache liegt darin, daß die Gemeinde Wien sehr viele Darlehen und Kredite gewährt. So wird zum Beispiel die Kreditaktion zur Instandhaltung der schlechten und alten Privathäuser sehr stark in Anspruch genommen. Dafür wurden bekanntlich schon 1956 nicht weniger als 100 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Dazu kommen die verschiedenen Wohnbaudarlehen, wobei es möglich sein wird, aus Förderungsmitteln 3.000 Wohnungen zu errichten.

295 Millionen Schilling für Kultur

Für die Geschäftsgruppe Kultur und Schulverwaltung werden 295 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das sind um 74 Millionen mehr als im Vorjahr. Davon entfallen auf verschiedene kulturelle Zuwendungen 26 Millionen, auf die Fremdenverkehrsförderung 4,5 Millionen, auf Förderungsbeiträge für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung 18 Millionen. Die Musiklehranstalten der Stadt Wien kosten 8,4 Millionen, die Modeschule Hetzendorf 2 Millionen, die Städtischen Büchereien 8,7 Millionen, wobei eine Million Schilling für eine neue fahrbare Bücherei zur Betreuung der abseits gelegenen Randbezirke gegeben wird. Alle diese kulturellen Förderungsmaßnahmen der Gemeinde Wien, für die im kommenden Jahr mehr als 40 Millionen Schilling ausgegeben werden, hat es vor 1938 nicht gegeben.

Für die auf das Kulturamt der Stadt Wien entfallenden Bauten sind u.a. 45 Millionen für die Stadthalle, 14 Millionen für die Aufstockung des Stadions, 6 Millionen für das neue Jugendgästehaus der Stadt Wien in Hietzing, 1 Million für die Errichtung eines Campingplatzes an der Südeinfahrt von Wien, 2,8 für Jugendspiel- und Sportplätze und 12 Millionen für das Museum der Stadt Wien vorgesehen.

Der Gesamtaufwand für die Schulverwaltung steigt um 34 Millionen auf 153 Millionen Schilling. Für die bauliche Erhaltung und Modernisierung der städtischen Schulen werden 27,1 Millionen Schilling aufgewendet. Für Schulneubauten werden 11,1 Millionen zur Verfügung gestellt. Wie Stadtrat Resch in diesem Zusammenhang erklärte, wird nach der Modernisierung der Einrichtung der städtischen Schulen darangegangen werden, die sanitären Anlagen und die Heizanlagen zu verbessern und Brausebäder einzubauen. Dafür sind 10 Millionen Schilling in das Budget eingestellt.

Die Gesamtausgaben des Wohlfahrtswesens, ohne den Erziehungsanstalten, Altersheimen und Herbergen für Obdachlose, werden 345 Millionen erfordern. Zu den wichtigsten Ausgabenposten dieser Geschäftsgruppe zählen die Kindergärten, Tageserholungsstätten und Horte, für die 77 Millionen Schilling gebraucht werden. Für den Neubau von Kindergärten sind 13,6 Millionen vorgesehen, damit können zwei Kindergärten und eine Tageserholungsstätte neu gebaut

und der begonnene Neubau von sechs Kindergärten und einer Tageserholungsstätte fortgesetzt werden.

Beim Gesundheitswesen fällt wieder die ungeheure Last der Wiener Spitäler ins Gewicht. Die Gemeinde Wien hat im nächsten Jahr nicht weniger als 25.470 Betten für Kranke, Altersheime, Pfleglinge, Lehrlinge und Pflegekinder zu erhalten. Das sind um 192 Betten mehr als 1956 und um nicht weniger als 400 Betten mehr als 1955. Das kostet zusammen 846,5 Millionen Schilling, das sind um 150 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Gemeinde Wien muß dafür einen Zuschuß aus Steuermitteln in der Höhe von 544 Millionen Schilling leisten. Nur 36 Prozent (im Vorjahr noch 41 Prozent) der Gesamtausgaben für die Wiener Krankenanstalten und Heime werden durch Einnahmen gedeckt. Der Gemeindefzuschuß macht daher nicht weniger als 64 Prozent aus. Im nächsten Jahr wird jeder Spitalspatient täglich etwa 130 Schilling kosten. Die Entschädigung durch die Krankenkassen beträgt aber nur 50 Schilling, die Leistung der Privatpatienten 58 Schilling. Für die Vorarbeiten zum Neubau eines Allgemeinen Krankenhauses wurde eine Million Schilling in das Budget eingestellt. Daß mit dem Bau bisher noch nicht begonnen werden konnte, ist nicht Schuld der Stadtverwaltung, sondern hat seine Ursache darin, daß sich die Kliniken mit dem Finanzministerium noch nicht darüber einig geworden sind, ob der Neubau 2.000 oder 3.000 Betten umfassen soll.

1.319 Millionen für das Baugewerbe

Für das Bauwesen sind 843 Millionen Schilling vorgesehen, das sind um 103 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Gesamtausgaben für das Bau- und Baunebengewerbe werden 1957 nicht weniger als 1.319 Millionen betragen, das sind 32,2 Prozent des gesamten Voranschlags. 480 Millionen entfallen auf den sozialen Wohnhausbau, das bedeutet 5.000 neue Gemeindewohnungen, 60 Millionen Schilling auf Wohnbaudarlehen an Genossenschaften, 105 Millionen Schilling auf Zuschüsse für Wohnbauförderung, 413 Millionen auf sonstige bauliche Vorhaben, 215 Millionen auf laufende Erhaltungsarbeiten und 46 Millionen auf die Behebung der restlichen Kriegsschäden.

Für den Straßenbau sind 115 Millionen, das sind um 23 Millionen mehr, für Brücken- und Wasserbau 50 Millionen, das sind um

vier Millionen mehr, für Gärten 68 Millionen, das sind um 20 Millionen mehr, für Friedhöfe und Forste 42 Millionen, das sind um fünf Millionen Schilling mehr, vorgesehen.

Die Geschäftsgruppe Öffentliche Einrichtungen benötigt 436 Millionen Schilling, das sind um 64 Millionen mehr als heuer. Davon entfallen auf die Kanalisation 50 Millionen, das sind um 7 Millionen mehr. Davon sind 20 Millionen für Kanalbauten, vor allem für den Kaiser Ebersdorfer-Sammler und für die Kanalisierung des Sommerbades Laaer Berg bestimmt. Die Wasserwerke brauchen 134 Millionen, das sind um 11 Millionen mehr. Davon entfallen auf den Wasserspeicher im Steinfeld, den größten Wasserspeicher der Welt, 13 Millionen. Für Neu- und Umbauten im Rohrnetz sowie für die Hebewerke Nußdorf und Hörndlwald werden 25 Millionen Schilling ausgegeben. Die Ausgaben für die Bäder werden mit 42 Millionen angenommen, das sind um 5 Millionen Schilling mehr. Davon sind 4 Millionen Schilling die zweite Baurate für das Sommerbad Laaer Berg. Die Kosten der Wäschereien betragen 16,7 Millionen, das sind um 2,7 Millionen mehr, wobei auch die Modernisierung der maschinellen Anlagen vorgesehen ist. Für die Reinigung der Stadt und für den Fuhrpark sind 192 Millionen Schilling eingesetzt, das sind um 38 Millionen mehr als heuer. Davon entfallen auf die Neuanschaffung von modernen Straßenreinigungsmaschinen 12 Millionen.

Die Wohnhäuserverwaltung rechnet mit Ausgaben von 181 Millionen und Einnahmen von 118 Millionen, sodaß der Abgang 63 Millionen beträgt. Der reine Betriebsabgang ohne Wertabschreibungen und Investitionen beträgt 17,5 Millionen Schilling. Er ist damit um 6,5 Millionen höher als heuer. Die Ursache liegt in der Steigerung der Erhaltungskosten, die von 60 auf 63 Millionen gestiegen sind, und bei der Durchführung von Wohnungsverbesserungen wie zum Beispiel den Einbau von Badeeinrichtungen und Aufzügen. Auch die Demolierung von Althäusern fällt in diese Ausgabenpost.

Die Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten hat einen Gesamtaufwand von 105 Millionen Schilling, das sind um 20 Millionen mehr als heuer. Davon werden 58 Millionen für Märkte und Schlachthöfe ausgegeben.

Die Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltung hat einen Gesamtaufwand von 164 Millionen Schilling, das sind um 18 Millionen

mehr als heuer. 73 Millionen, das sind um 13 Millionen mehr, braucht die Feuerwehr. 4 Millionen sind zum Beispiel für den Bau der Feuerwache Döbling eingesetzt. 50 Millionen sind für den Ankauf von Grundstücken für die Durchführung des städtischen Wohnbauprogrammes vorgesehen. In den Ausgaben dieser Geschäftsgruppe sind auch 32 Millionen Schilling als Beitrag der Wiener Stadtverwaltung für die Bundespolizei enthalten, womit pro Kopf der Bevölkerung etwa 20 Schilling an Polizeikosten kommen. Für die Bundespräsidentenwahl sind 5,9 Millionen eingesetzt, wovon aber 2 Millionen Schilling vom Bund rückvergütet werden.

Die Städtischen Unternehmungen

Die Lage bei den Städtischen Unternehmungen hat sich wesentlich ungünstiger gestaltet. Das hohe Defizit der Verkehrsbetriebe zwingt, von den Elektrizitätswerken, den Gaswerken und der Städtischen Bestattung Geld zu nehmen, um die Straßenbahn zu stützen. Damit werden auch die Elektrizitätswerke und die Gaswerke, die ohne Stützungsbeiträge aktiv wären, in ein Defizit getrieben. Alle Städtischen Unternehmungen sind, nur mit Ausnahme der Verkehrsbetriebe, wirtschaftlich gesund.

Im E-Werk wird der Stromverkauf für das nächste Jahr mit 1.345 Millionen Kilowattstunden angenommen. Das bedeutet eine Steigerung um 11,3 Prozent gegenüber dem heurigen Jahr. Der Stromerlös wird 799 Millionen Schilling betragen. Der Erfolgsplan des E-Werkes schließt mit einem Abgang von 69 Millionen und weist Investitionsvorhaben von 203 Millionen aus.

Im Gaswerk steigt die Gasabgabe um 49 Millionen Kubikmeter auf 503 Millionen Kubikmeter. Der Erfolgsplan schließt mit einem Gebarungsabgang von 54,4 Millionen Schilling. Davon sind 35 Millionen ein Zuschuß an die Verkehrsbetriebe. Die Kohlenkosten steigen ununterbrochen. Der Tonnenpreis wird für das kommende Jahr mit 697 Schilling angenommen, während er heuer noch 657 und 1955 nur 582 Schilling betrug. Seit der Suezkrise sind die Seefrachten gestiegen. Durch die Ereignisse in Ungarn sind 700 Waggons mit russischer Kohle in Verlust geraten, was einen

Schaden von sieben Millionen Schilling bedeutet. Die Investitionen beim Gaswerk machen 87 Millionen aus, wovon 33,3 Millionen auf das Werk Leopoldau und 11,3 Millionen auf das Werk Simmering entfallen.

Bei den Verkehrsbetrieben wird im nächsten Jahr mit 478 Millionen Fahrgästen gerechnet. Das bedeutet eine Verminderung gegenüber dem Vorjahr, wo mit 490 Millionen Fahrgästen gerechnet wurde. Die durchschnittlichen Einnahmen pro Fahrgast betragen nur 1.25 Schilling, was mit der Ausgabe von Wochenkarten und anderen stark ermäßigten Fahrscheinen zusammenhängt. Die Einnahmen für das nächste Jahr werden mit 709 Millionen Schilling angenommen, das sind um 69 Millionen weniger als heuer. Das veranschlagte Defizit der Wiener Verkehrsbetriebe für das nächste Jahr wird 193,6 Millionen Schilling betragen. Zählt man aber die rund 100 Millionen Schilling Stützungsbeiträge hinzu, so beträgt das Defizit der Wiener Verkehrsbetriebe 293 Millionen Schilling.

Bei der Budgetperlustrierung ist festgelegt worden, erklärte der Finanzreferent, daß es die Aufgabe des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen, der die Verantwortung für die Wiener Stadtwerke trägt, ist, die in Not geratenen Betriebe wirtschaftlich wieder gesund zu machen. Es werden von ihm Vorschläge erwartet, welche Maßnahmen er hiezu für möglich und für notwendig hält. Es wird erwartet, daß jeder Zweig der Unternehmung von Fachleuten genau überprüft und festgestellt wird, wo und in welchem Ausmaß und auf welchem Wege entscheidende Verbesserungen und Einsparungen möglich oder Mehreinnahmen zu erzielen sind. Dies gilt für den Fahrbetrieb ebenso wie für alle Werkstätten und Hilfsdienste des Unternehmens. Angesehene Verkehrsfachleute und Wirtschaftssachverständige sollen das Unternehmen prüfen und ihre Meinung und ihre Vorschläge dem Gemeinderat unterbreiten. Der Wiener Gemeinderat wird sodann entscheiden, welchen Maßnahmen er zustimmen kann. Um den Zeitpunkt bis zur Beschlußfassung endgültiger Maßnahmen ohne Gefährdung des Betriebes erreichen zu können, soll ein Überbrückungskredit von ungefähr 100 Millionen

Schilling beschafft werden, der zur Abdeckung der fehlenden Betriebsausgaben und für die unbedingt notwendigen Investitionen und Erneuerungen dienen soll. Es ist dies aber keine dauernde Lösung, weil laufende Ausgaben nicht durch Kredite gedeckt werden können.

Die Städtische Bestattung schließt mit einem Gebarungsüberschuß von 332.000 Schilling und wird drei Millionen Schilling investieren. Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet mit einem Absatz von 140.000 Hektolitern. Der Erfolgsplan schließt mit einem Überschuß von 253.000 Schilling und sieht Investitionen von 3,4 Millionen Schilling vor. Die Gewista weist einen Gebarungsüberschuß von 162.900 Schilling aus und will 398.000 Schilling investieren.

Am Schluß seiner Ausführungen zeigte Stadtrat Resch auch noch den Unterschied zwischen der Finanzpolitik der Stadtverwaltung und der Finanzpolitik des Finanzministeriums auf. Das Finanzministerium verfügt über relativ höhere Mehreinnahmen als die Gemeinde. Es kassiert bei den drei noch immer am stärksten ansteigenden gemeinschaftlichen Bundessteuern, der Umsatzsteuer, der Lohnsteuer und der Mineralölsteuer, den gleichen Anteil an den Mehreinnahmen ein, wie alle Länder und Gemeinden zusammengenommen. Der Finanzminister kassiert bei der Umsatzsteuer noch einen 50prozentigen und bei der Mineralölsteuer einen 40prozentigen Zuschlag ein, der nur dem Bund allein gehört. Seine Einnahmen steigen dadurch relativ stärker an als die der Gemeinde.

Weiter stellte Stadtrat Resch ausdrücklich fest, daß es auf keinem finanziellen Gebiet eine Bevorzugung Wiens gibt, weder im Finanzausgleich noch sonst wo. Es gibt im Gegenteil Benachteiligungen Wiens, wie die Höchstgrenze der Ertragsanteile Wiens im Finanzausgleich, wie die Nichtübernahme von Bundesstraßen in Wien und ganz besonders bei der Zuteilung von Bundeszuschüssen und Krediten bei Wasserbauten und sonstigen baulichen Vorhaben.

Der Wiener Finanzreferent stellte auch fest, daß er Kredite grundsätzlich nicht ablehne, im Gegenteil, er ist für Kredite und habe dies auch wiederholt im Gemeinderat erklärt. Kredite sind aber nur dann für notwendig zu halten, wenn es sich um große Vorhaben handelt, deren Erfüllung man einer Generation billigerweise nicht zumuten kann oder wenn es sich um Kredite für produktive Investitionen handelt, die durch die, durch sie erzielten Mehreinnahmen oder Minderausgaben imstande sind, die Kosten des Kredites voll zu tragen. Bis zu dem Zeitpunkt aber, bis solche Kredite notwendig sein werden, wird er weiterhin darauf bedacht sein, durch eine sparsame Verwaltung nicht nur alle notwendigen Vorhaben durchzuführen, sondern damit auch für die Zukunft die Kreditwürdigkeit der Gemeinde zu erhalten.

- - -

Der Voranschlag für die Städtischen Unternehmungen 1957
=====

1. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, übermittelte heute der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Darstellung des Voranschlages der Städtischen Unternehmungen für 1957:

Obwohl noch immer im Zeichen der Konjunktur stehend, budgetieren die Städtischen Unternehmungen für 1957 wesentlich ungünstiger als für das heurige Jahr. Die Wiener Stadtwerke (E-Werke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe und Bestattung), das Brauhaus der Stadt Wien und die Gewista präliminieren für das kommende Jahr an Erträgen 2.570 Millionen Schilling und an Aufwendungen 2.884 Millionen Schilling, sodaß sich ein Abgang von 314 Millionen (Vorjahr 52 Millionen) ergibt. Die Erträge erreichen damit 66 Prozent der Einnahmen und die Aufwendungen 70 Prozent der Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Budgets der Hoheitsverwaltung.

Die Elektrizitätswerke rechnen auch im kommenden Jahr mit einer Steigerung des Konsums um 11.3 Prozent oder 137 Millionen kWh gegenüber dem Ansatz pro 1956. Ebenso die Gaswerke, die ihren Gasabsatz auf 503 Millionen Kubikmeter schätzen, das sind um 11 Prozent mehr als für 1956. Der Koksabsatz wird infolge der steigenden Verwendung von Erdgas nur ganz geringfügig steigen. (plus 0.6 Prozent). Der Stromkonsum wird im Jahre 1957 1.345 Millionen kWh gegen 1.208 Millionen kWh nach dem Budgetansatz 1956 betragen.

Bei den Verkehrsbetrieben werden auf Grund der im laufenden Jahr gemachten Erfahrungen die Ansätze des Jahres 1956 nicht erreicht werden. Anstatt einer Gesamtfrequenz von 525,4 Millionen Fahrgästen wird für 1957 nur mit 512,2 Millionen Fahrgästen gerechnet, das sind also um 13,2 Millionen oder 2.52 Prozent weniger.

Unter Einschluß der beschäftigten Jugendlichen werden in den Voranschlägen der sechs Unternehmungen insgesamt 20.435 aktive Bedienstete berücksichtigt, das sind um 492 Bedienstete weniger als 1956. Die Anzahl der Pensionsparteien steigt hingegen von 18.774 im Jahre 1956 auf 19.351, also um 577 Pensionsparteien. Die stärkste Einsparung beim Personal durch geringere Aufnahmen

wird sich im Zusammenhang mit dem steigenden Einsatz von Großraumzügen und anderen Rationalisierungsmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben ergeben. In den präliminierten Personalständen sind 363 Jugendliche nach dem Jugendeinstellungsgesetz enthalten.

Die Investitionen, die in den letzten Jahren in einem ständigen Ansteigen begriffen waren, erfahren erstmalig eine sehr bedeutende Senkung. Das Investitionsvolumen, das noch für das Jahr 1956 mit 453 Millionen Schilling beziffert worden war, geht auf insgesamt 301 Millionen Schilling zurück, ist also um 152 Millionen Schilling niedriger als 1956. Aber auch dieses niedrigere Investitionsvolumen konnte in dieser Höhe nur durch die Berücksichtigung eines aufzunehmenden Kredites von 100 Millionen Schilling erreicht werden.

Die Ursache des höheren Budgetabganges und des niedrigeren Investitionsvolumens liegt hauptsächlich in dem rapiden Ansteigen der Personalkosten für Aktive und Pensionisten, die sich bei den Wiener Stadtwerken allein um 193 Millionen Schilling oder um 21.5 Prozent gegenüber den Ansätzen des Jahres 1956 erhöht haben. Insgesamt steigt der Aufwand aller Unternehmungen um 15.3 Prozent, während sich der Ertrag nur mehr um 4.9 Prozent erhöht. Besonders auffällig ist die Entwicklung bei den Wiener Verkehrsbetrieben, deren Gesamtaufwand um 15.2 Prozent höher angesetzt werden mußte, während sich der Ertrag infolge der geringeren Frequenz sogar um 3.7 Prozent verringert.

Die Investitionen der Wiener Elektrizitätswerke werden gegenüber 1956 um 22,3 Millionen, die der Wiener Gaswerke um 17,2 Millionen und jene der Wiener Verkehrsbetriebe um 113,2 Millionen Schilling niedriger angesetzt. Die Investitionsansätze der übrigen drei Unternehmungen verändern sich nur geringfügig.

Die Elektrizitätswerke investieren 39 Millionen Schilling in Umspann- und Unterwerken, mehr als 65 Millionen Schilling in Leitungsnetzen und für die Umschaltung auf Drehstrom, 19 Millionen Schilling für die Energieversorgung der Verkehrsbetriebe, weitere 7 Millionen Schilling für die Verstärkung der Ortsnetze

und 12 Millionen Schilling für die Anschaffung von Zählern.

Die Gaswerke verwenden die ihnen zur Verfügung stehenden 63 Millionen Schilling u.a. für den Ausbau der Erdgasspaltanlagen in Simmering und Leopoldau, wofür 10 Millionen Schilling vorgesehen sind, ferner für den alljährlich notwendigen Ausbau sowie für Auswechslungen im Straßenrohrnetz (19,5 Millionen) und für die Herstellung von Gasmesserverbindungen bzw. für die Anschaffung von Gasmessern, für die 9,5 Millionen Schilling angesetzt wurden. Mit einem Betrag von zunächst 2 Millionen Schilling sollen die Vorbereitungen für die Errichtung eines neuen Gasbehälters mit 250.000 Kubikmeter Inhalt am Wienerberg in Angriff genommen werden.

Von den Verkehrsbetrieben, deren Investitionsvolumen infolge der ungünstigen finanziellen Lage auf das notwendigste Ausmaß herabgedrückt werden mußte, werden die zur Verfügung stehenden 67 Millionen Schilling zur Hälfte auf Gleiserneuerungen und für den Ausbau im Zusammenhang mit Straßenverbesserungen vorgesehen. Unter anderem sollen eine Schleife am Urban Loritz-Platz, eine Gleisanlage am Franz Josefs-Kai bei der Augartenbrücke, eine Schleife am Baumgartner Spitz, eine Gleisanlage in der Dresdner Straße (vom Höchstädtplatz bis zur Donaueschingengasse) und eine Gleisverschiebung am inneren Währinger Gürtel errichtet werden.

Weitere Waggonbestellungen, über den derzeitigen Auftragsstand hinaus, sind weder bei der Straßenbahn und Stadtbahn noch beim Autobusbetrieb mangels finanzieller Mittel vorgesehen. Es wird der größten Anstrengungen bedürfen, um wenigstens die Auslieferung der vor geraumer Zeit erteilten und in das Jahr 1957 hinüber reichenden Aufträge sicherzustellen. Liefermöglichkeiten bestünden für 67 neue Großraumwagen, 20 umgebaute Stadtbahnwagen, 37 neu aufgebaute Triebwagen und 1 Gelenkzug, der als Muster für eine künftige Serie auf der Straßenbahn dienen soll. - Für die Generalreparatur von Wagen (auch bei Privatfirmen) und für die Verbesserung von Bremseinrichtungen stehen 16 Millionen Schilling zur Verfügung.

Der Voranschlag der städtischen Unternehmungen 1957 leidet

außerordentlich stark unter der besonders krassen Disharmonie in der Entwicklung der Einnahmen- und Aufwandseite. Angesichts eines Abganges von insgesamt 314 Millionen Schilling, das sind 9 Prozent der gesamten Aufwendungen, sieht sich der Wiener Gemeinderat vor außerordentlich ernste Probleme gestellt, die im kommenden Jahr zu lösen sein werden. In besonderer Weise erscheinen hier die Wiener Verkehrsbetriebe tangiert, die daher in erster Linie und in ihrem eigenen Interesse dafür Sorge zu tragen haben werden, daß der durch die Auswirkung des neuen Lohn- und Gehaltsgesetzes - noch dazu bei einem lohnintensiven Unternehmen - stark erhöhte Personalaufwand und in weiterer Folge der sprunghaft gestiegene Abgang des Unternehmens durch verschiedene Maßnahmen intern so weit wie möglich reduziert wird.

- - -

Zum siebenten Male "Das gute Bild für jeden"
=====

1. Dezember (RK) Zum siebenten Male wurde heuer vom Kulturamt der Stadt Wien die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" veranstaltet. Die Ausstellung ist in der Wiener Secession bis 30. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Die ausgestellten Bilder kosten höchstens 400 Schilling.

An der Eröffnung, die Stadtrat Mandl vornahm, nahmen unter anderem Landtagspräsident Marek und Stadtschulratspräsident Dr. Zechner teil. Der Präsident der Wiener Secession, Professor Meixner, begrüßte die Festgäste. Er hob besonders hervor, daß die Preise für die ausgestellten Bilder stets gleich geblieben sind und daß heuer eine besonders strenge Auswahl getroffen wurde. Ferner teilte Prof. Meixner mit, daß mehrere ausstellende Künstler sich bereit erklärt haben, den Erlös ihrer angekauften Werke für ungarische Künstler zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Mandl wies darauf hin, daß sich wieder alle Künstlerverbände an der Ausstellung des Kulturamtes beteiligen, und zwar: Art-Club, Berufsvereinigung bildender Künstler, Gemeinschaft bildender Künstler, Gesellschaft bildender Künstler-Künstlerhaus, Der Kreis, Neuer Hagenbund, Vereinigung bildender Künstler - Wiener Secession, Vereinigung bildender Künstler - Österreichischer Künstlerbund und die Vereinigung bildender Künstlerinnen.

Er verwies auch auf den ständig steigenden Erfolg der Ausstellung. 1950 wurden 245 Werke um einen Betrag von 44.685 Schilling verkauft, bei der letzten Ausstellung waren es 381 Werke, die einen Erlös von 101.590 Schilling brachten. Die strenge Auswahl, die heuer getroffen wurde, so betonte der Stadtrat, sei notwendig gewesen, weil die Ausstellung vor allem auch volksbildnerisch wirksam sein soll. Abschließend erklärte Stadtrat Mandl die Ausstellung mit dem Wunsch, daß sie den Erfolg der vorjährigen Ausstellung erreichen oder sogar überschreiten möge, für eröffnet.

Neuer Leiter in der Semmelweis-Klinik und im Zentralkinderheim
=====

1. Dezember (RK) Mit der Ernennung von Prof. Dr. Husslein zum Leiter der Ignaz Semmelweis-Frauenklinik und Frau Direktor Hoffmann-Zajicek zur Leiterin des Zentralkinderheimes der Stadt Wien sowie mit der Berufung von Primarius Dr. Jürgensen zu dessen ärztlichen Leiter wurden im Bereich des städtischen Gesundheits- und Fürsorgewesens bedeutsame personelle Neubesetzungen vorgenommen. Die neuen Leiter wurden heute vormittag in Anwesenheit von Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Riemer in ihre Ämter eingeführt.

Der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten Riemer dankte zunächst Primarius Dr. Högler dafür, daß er sich in vorbildlicher Weise vorübergehend für die Leitung der seit längerer Zeit verwaisten Semmelweis-Klinik zur Verfügung gestellt habe. Sein Nachfolger, Prof. Dr. Husslein, sagte er, wurde als einer der besten Fachärzte vom Landessanitätsrat empfohlen, und die Stadtverwaltung begleitet diese Ernennung mit den besten Wünschen für seine zukünftige Tätigkeit. Mit der Übernahme der Ignaz Semmelweis-Frauenklinik wurde ihm ein großes Erbe anvertraut.

Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger, gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Klinik im Geiste des großen Frauenhelfers Semmelweis unter der neuen Direktion weitergeführt werde. Die Persönlichkeit Professor Dr. Hussleins berechtigt zu der Hoffnung, daß die Klinik besten Händen anvertraut wurde.

Obersenatsrat Dr. Schwarzl überbrachte dem neuen Direktor die Grüße des städtischen Anstaltenamtes und Verwalter Oberamtsrat Kornherr die des gesamten Klinikpersonals. Direktor Professor Husslein dankte für das in ihn gesetzte Vertrauen und versicherte, daß er seine ganze Kraft und sein in langjähriger Tätigkeit an der II. Frauenklinik erarbeitete Können in den Dienst des Hauses stellen werde.

Vor der Amtseinführung von Frau Direktor Hoffmann-Zajicek und von Primarius Dr. Jürgensen im Zentralkinderheim würdigte.

Stadtrat Riemer die Verdienste der bisherigen provisorischen Leiterin der Anstalt, Frau Primaria Dr. Eiselsberg. In den letzten Jahren, sagte er, konnten dank der großzügigen Unterstützung seitens der Gemeinde Wien und nicht zuletzt auch dank der wertvollen Mitarbeit des Jugendamtes in der Führung des Zentralkinderheimes erfreuliche Fortschritte verzeichnet werden. Die Umstellung vom Kinderspital zu einer Anstalt mit vornehmlich pädagogischen und fürsorgerischen Aufgaben kommt nun auch durch die Berufung Frau Direktor Hoffmann-Zajicek zum Ausdruck. Zum ersten Mal wurde somit eine Frau an die Spitze dieser Anstalt gestellt, eine Frau, die in Anerkennung ihrer Leistungen auf dem Gebiete der Kinderpflege den Karl Renner-Preis bekommen hat. Auch mit Primarius Dr. Jürgensen, dem ehemaligen Assistenten von Prof. Reuß in der Kinderklinik Glanzing, wurde die ärztliche Betreuung im Zentralkinderheim einem hervorragenden Kinderarzt übertragen, der ebenfalls das volle Vertrauen der Stadtverwaltung rechtfertigt.

Vizebürgermeister Weinberger hob hervor, daß die Ernennung der neuen Leitung im Zentralkinderheim nach langen und reiflichen Überlegungen und im vollen Einverständnis aller verantwortlichen Stellen erfolgt ist. Wenn auch die Meinungen über die Führung der Anstalt verschieden waren, sagte er, begrüße er die zustandgekommene Lösung. Die Hauptsache bleibe, daß in harmonischem Zusammenwirken aller zur Betreuung der Kinder berufenen Kräfte die gestellten Aufgaben erfüllt werden.

Nach Begrüßungsworten von Obersenatsrat Dr. Schwarzl und Verwalter Oberamtsrat Kornherr dankten Frau Direktor Hoffmann-Zajicek und Primarius Dr. Jürgensen für das in sie gesetzte Vertrauen.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 3. Dezember 1956

Blatt 2405

Das "Paradies zu ebener Erd'"

=====

3. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 2. Dezember, über die Alten-Siedlungen der Gemeinde Wien. Der Bürgermeister führte aus:

"Vor wenigen Wochen hatte ich Gelegenheit, über die städtischen Altersheime zu berichten. Ich zeigte auf, daß gegenüber früheren Jahrzehnten die durchschnittliche Lebensdauer der Menschen jetzt viel länger ist, wobei das Älterwerden aber auch ein Zunehmen der sogenannten Alterskrankheiten bedeutet. Diese Tatsache hat den Charakter der Altersheime verändert. Sie wandeln sich sehr rasch in Alterskrankenheime um. Ich darf daran erinnern, daß ich über unsere fünf Altersheime, Lainz, Baumgarten, Liesing St. Andrä an der Traisen und Klosterneuburg berichtete, die zusammen 6.485 Pfleglinge aufnehmen können, von denen allerdings die meisten krank und pflegebedürftig sind.

Ich muß aber sagen, daß die bestehenden Altersheime schon seit Jahren für den tatsächlichen Bedarf nicht mehr ausreichen. Immer wieder kommt es vor, daß angemeldete Pfleglinge nicht aufgenommen werden können, weil kein Platz frei ist. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß sich die Alterszusammensetzung unserer Bevölkerung nicht wesentlich ändern wird. Der erhöhte Bedarf nach Altersbetten wird daher auch ein dauernder sein.

Als die jetzigen Altersheime vor 40 oder 50 Jahren errichtet wurden, zählten sie nach den damaligen Anschauungen zweifellos zu den modernsten ihrer Art. Man baute zum Beispiel in Lainz auf einem großen Areal eine Zahl großer Häuser, in denen die alten

./.

Pfleglinge in großen Gemeinschaftsschlafsälen untergebracht wurden. Man baute auch Abteilungen, in denen Einzelkammern für Ehepaare vorgesehen waren. Natürlich gab es auch damals schon sogenannte Tagräume, in denen die Pfleglinge im großen und ganzen ihren Zeitvertreib hatten. Ebenso gibt es in Lainz auch sehr schöne Grünanlagen mit Spaziergelegenheiten für unsere alten Herrschaften. Aber eigentlich ist dieses Altersheim weit außerhalb der Stadt, die Pfleglinge müssen ihre jahrzehntelang gewohnte Umgebung und ihren Bekanntenkreis vermissen und sind vom Leben der übrigen Bevölkerung getrennt. Das wird nach den modernen Anschauungen als großer Mangel empfunden.

Die Gemeinde stand also vor der Frage, ob sie den gesteigerten Bedarf nach Altersheimen in der bisherigen kasernenartigen Form befriedigen soll oder ob es nicht besser wäre, eine neue Form zu finden.

Die Gemeinde hat sich entschlossen, neue Wege zu beschreiten, und zwar vor allem für alte aber gesunde Ehepaare, die noch in der Lage sind, ihren Haushalt wenigstens in eingeschränktem Umfang weiterzuführen. Kann sein, daß ihnen die bisherige Wohnung zu groß geworden ist, es kann aber auch sein, daß sie den verheirateten Kindern Platz machen wollen, weshalb sie gerne mit einer kleineren Wohnung vorlieb nehmen, die ihren Bedürfnissen, aber auch ihren Kräften entspricht. Sie wollen aber ihre gewohnte Umgebung nicht gerne verlassen, sondern in der Nähe ihrer Verwandten und Freunde bleiben, sie wollen weiterhin am Leben teilnehmen können und nicht isoliert sein. Sie wollen nicht das Gefühl haben, daß sie vergessen sind und schon zum alten Eisen gehören.

Diesen selbstverständlichen Bedürfnissen und Wünschen will die Gemeinde Wien Rechnung tragen, sie baut deshalb kein großes Altersheim am Rande der Stadt. Seit 1952 werden in den verschiedensten Gebieten von Wien innerhalb von großen neuen Wohnhausanlagen kleinere, in sich geschlossene Wohnanlagen für unsere alten Mitbürger gebaut, und zwar überall dort, wo auch genug Platz für Grünflächen ist. Solche Anlagen werden höchstens einen Stock hoch gebaut, um den Alten das Stiegensteigen zu ersparen. Die Geschlossenheit dieser mit viel Überlegung geplanten Wohnstätten kommt dem Ruhebedürfnis der Alten sehr entgegen, aber sie brauchen bloß einige Schritte außerhalb ihrer Anlage zu tun und schon stehen

sie wieder mitten im Leben. Sie sind nicht abgesperrt und daher nicht nur auf die Gesellschaft von Gleichaltrigen angewiesen. In ihrem schützenden kleinen Wohnbereich sind sie keine Pfleglinge, sie sind von keiner Heimleitung abhängig, sie können kommen und gehen wann sie wollen, sie sind normale Mieter in ihrer Wohnung. Dadurch behalten sie das Gefühl der Selbständigkeit.

In diese kleinen Wohnsiedlungen werden mit voller Absicht nur gesunde alte Ehepaare aufgenommen, die nicht pflegebedürftig sind. Das besagt aber nicht, daß für ihre Betreuung nicht gesorgt ist. Wenn es notwendig ist, steht eine städtische Fürsorgerin zur Verfügung, um sie zu betreuen. Man muß also nicht befürchten, daß die Mieter in diesen Alterssiedlungen sich selbst überlassen sind.

Die erste dieser Anlagen wurde von der Gemeinde Wien im Jahre 1952 in der großen Siedlung An der Siemensstraße in Floridsdorf gebaut. Seither sind noch sechs weitere dazu gekommen, und zwar im 13. Bezirk in der Kongreßsiedlung und im Steinitz-Hof an der Auhofstraße, im 12. Bezirk in der Siedlung Am Schöpfwerk, im 19. Bezirk in den Wohnhausanlagen Grinzinger Allee und Huleschgasse und im 14. Bezirk im Hugo Breitner-Hof.

Als wir im Jahre 1952 mit der ersten Anlage begannen, waren noch keine Erfahrungen für solche Alten-Siedlungen vorhanden. Es war also gewissermaßen ein Experiment. Heute kann man schon sagen, daß dieser Versuch gelungen ist. Unsere alten Mitbürger fühlen sich in ihren kleinen Siedlungen, in ihrem "Paradies zu ebener Erd'" sehr wohl. Deshalb hat sich die Gemeinde entschlossen, auch weiterhin die Errichtung solcher kleinen Alten-Siedlungen fortzusetzen, und zwar sollen 16 weitere während der nächsten zwei Jahre in verschiedenen Bezirken errichtet werden.

Man muß selbst einmal eine der kasernenähnlichen Altersheime besucht haben und dann in einer der neuen, freundlichen, in die Natur gebetteten Alten-Siedlungen gewesen sein. Die Menschen hier und dort scheinen grundverschiedener Art zu sein. Im Altersheim der auch beim größten Bemühen der Anstaltsleitung unvermeidliche reglementierte Betrieb, der oft nur unpersönlich sein kann und deshalb den Pfleglingen kaum ein privates, persönliches Leben gestattet. Im Gegensatz dazu die schmucken Siedlungen in einer friedvollen Gartenlandschaft. Die alten Grauköpfe schmauchen ihr Pfeifchen und die "Mutterln" mit der Brille auf den schwachen Augen

sind bei aller Bedächtigkeit noch fleißig mit der Strickerei beschäftigt, um ein Paar Pulswärmer für den Herrn Gemahl oder gar ein Strampelhöschen für das Enkelkind anzufertigen. Es geht hier also nicht nur um das "bessere" Wohnen für unsere Alten, sondern, wie ich schon vorhin andeutete, auch um die Schaffung einer wohlthuenden Atmosphäre, um ein behagliches Klima für schonungsbedürftige alte Menschen, um Wohnstätten, in denen das stille Glück gedeihen und ein zufriedener Lebensabend sich entfalten kann.

Das wissen jene, die dort eingezogen sind, und sagen es auch, wohl weniger mit Worten als mit den Augen. Das weiß auch die Gemeindeverwaltung, die sich deshalb entschlossen hat, die Errichtung solcher kleinen Alten-Siedlungen fortzusetzen. Das wissen aber auch die vielen ausländischen Fachleute, die immer wieder zu uns in die Bundeshauptstadt kommen, um diese Neueinrichtung zu studieren und die gewonnenen Eindrücke in ihrer Heimat zu verwerten. Während des Jahres hat auch die Pressestelle des Rathauses mehrmals eine größere Zahl in- und ausländischer Journalisten in einige der Alten-Siedlungen geführt. Seither wurde in verschiedenen Zeitungen des Auslandes über diese von der Wiener Stadtverwaltung begonnene "stille Revolution der Menschlichkeit" geschrieben. Auch das gereicht unserer Stadt und unserer Republik in der ganzen Welt sehr zur Ehre.

Für ein wichtiges Teilproblem, das sich aus dem steigenden Lebensalter der Wiener ergibt, ist mit den Alten-Siedlungen ein gangbarer Weg gefunden worden. Was sich auch sonst noch aus dem Alterwerden der Bevölkerung in Zukunft ergeben mag, kann niemand genau voraussagen. Die Stadtverwaltung wird aber immer ihre ganze Aufmerksamkeit den schutzsuchenden und hilfebedürftigen alten Menschen schenken.

Dank für das gute Ergebnis der Ungarnhilfe-Sammlung

Gestern vormittag hatte ich Gelegenheit, dem Herrn Bundeskanzler einen Scheck über den Betrag von 1,607.083 Schilling zu überreichen. Es war das Ergebnis der Wiener Straßensammlung für die ungarischen Flüchtlinge. Der Herr Bundeskanzler hat mich beauftragt, allen, die zum Gelingen der Sammlung beigetragen haben, den Dank der Bundesregierung zu übermitteln. Ich war wirklich sehr stolz, daß ich im Namen aller Wiener einen so großen Betrag für

den Hilfsfonds der Bundesregierung überreichen konnte. Ich möchte die heutige Gelegenheit dazu benützen, allen Wienerinnen und Wienern recht herzlich zu danken, allen jenen, die sich als Sammler zur Verfügung stellten, den Künstlern und Sportlern, vor allem aber den vielen begeisterten Helfern vom Jugendrotkreuz, dann den städtischen Angestellten, den Fürsorgeräten, die die Sammlung organisierten und leiteten. Besonders aber danke ich allen Spendern, die ihr kleines und großes Scherflein zum Gelingen der Sammlung beitrugen. Wie mir versichert wurde, hat niemals vorher eine Sammlung ein so hohes Ergebnis erbracht, wie diese. Die Wiener haben sich also selber übertroffen und deshalb sage ich ihnen recht herzlichen Dank!

So sehr sich auch alle angestrengt haben und soviel die Gemeindeverwaltung auch schon aus eigenem für die Flüchtlinge aufgewendet hat, der nicht endenwollende Menschenstrom aus Ungarn bereitet uns immer größere Sorgen. Die Gemeinde Wien hat von ihren Objekten freigemacht was nur irgendwie möglich war, um Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Mehr als 20 große Gebäude der Gemeinde Wien sind bereits belegt. So weit es sich um aufgelassene Schulen, um Jugendheime und ehemalige Volksdeutschen-Lager handelt, bleibt es zumeist eine einfache organisatorische und materielle Angelegenheit. Leider mußten aber schon städtische Schulen herangezogen werden, in denen unterrichtet wurde. Das bedeutet Wechselunterricht nicht nur für die Kinder der geräumten Schulen, sondern selbstverständlich auch für jene Schulen, in welche die evakuierten Kinder bis auf weiteres eingewiesen wurden. Das ist sehr unangenehm, sowohl für die Kinder als auch für die Eltern und die Lehrer.

Die Gemeinde hat die Schulen nicht leichten Herzens für die Unterbringung der Flüchtlinge herangezogen. Sie mußte sich dazu entschließen, weil tausende von Flüchtlingen binnen wenigen Tagen und Nächten unterzubringen waren. Ich bitte alle betroffenen Eltern und Lehrer um Verständnis und Geduld. Selbstverständlich werden die Schulen die ersten Objekte sein, die von den Flüchtlingen wieder freigemacht werden!"

Antrittsbesuch des sowjetischen Botschafters
=====

3. Dezember (RK) Der neue sowjetische Botschafter, Exzellenz Sergej Georgijewitsch Lapin, stattete heute vormittag Bürgermeister Jonas im Rathaus seinen Antrittsbesuch ab.

- - -

Der Kriminalroman in der Volksbücherei
=====

3. Dezember (RK) Von heute, Montag, bis einschließlich Mittwoch, den 5. Dezember, findet im Jugendgästehaus der Stadt Wien im Schloß Pötzleinsdorf die Generalversammlung und Arbeitstagung 1956 des Verbandes österreichischer Volksbüchereien statt. Das Thema der Arbeitstagung ist "Das Problem des Kriminalromans in der Volksbücherei".

Namhafte Referenten werden aus psychologischer, literarischer und pädagogischer Sicht zum Phänomen dieser ebenso beliebten wie bedenklichen Literaturgattung Stellung nehmen und Umfang und Grenzen ihrer Tragbarkeit im Rahmen verantwortungsbewußter, volksbildnerischer Arbeit klarzulegen versuchen.

- - -

Ausländische Gäste zum Ausklang des Mozartjahres im Rathaus
=====

3. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute mittag im Wiener Rathaus prominente ausländische Gäste, die aus Anlaß des Mozartjahres auf Einladung der Mozart-Gemeinde nach Wien gekommen sind. Die Association francaise des ami de Mozart (Paris) ist durch Mollat du Jourdain und Jacques Duroun, die Stadt Mailand durch Stadtrat Dr. Montagna und Prof. Folli und Laibach durch den Dirigenten Bogo Leskovic vertreten. Die Gäste wurden durch den Vorstand der Mozart-Gemeinde Wien Prof. Dr. Werba vorgestellt.

Bürgermeister Jonas begrüßte sie im Namen der Stadtverwaltung und überreichte ihnen zur Erinnerung an ihren Wiener Aufenthalt das große Wien-Buch. Die Feststellung der ausländischen Gäste, daß die Feierlichkeiten des Mozartjahres 1956 dem gesamten europäischen Musikleben einen starken Auftrieb gaben, bezeichnete er als überaus erfreulich.

- - -

Mozart-Requiem zu St. Stephan
=====

3. Dezember (RK) Als Abschluß der Veranstaltungen der Stadt Wien zum Ausklang des Mozart-Jahres findet Mittwoch, den 5. Dezember, um 18 Uhr, im Dom zu St. Stephan eine Aufführung des Mozart-Requiems statt. Die liturgische Handlung zelebriert Domdechant Prälat Franz Feichtinger. Mozarts letztes Werk wird von den Wiener Sängerknaben, dem Chorus Viennensis (ehemalige Sängerknaben), den Solisten Kammer Sänger Julius Patzak und Oskar Czerwenka gesungen und vom Wiener Kammerorchester gespielt. Die musikalische Leitung hat Prof. Ferdinand Großmann inne.

Der Eintritt durch das Riesentor ist für jedermann frei; Karten werden nicht ausgegeben. Die Aufführung wird durch das Österreichische Fernsehen übertragen und auch von verschiedenen ausländischen Stationen übernommen.

Anschließend an das Requiem um etwa 19 Uhr begeben sich die Festgäste zur Kreuzkapelle neben der Capistran-Kanzel an der

nördlichen Außenseite des Domes, wo am 6. Dezember 1791 Mozarts Leichnam eingeseget wurde, zu einer Kranzniederlegung. Gedenkworte Herrn Bundesministers für Unterricht, Dr. Drimmel, und des Erzbischofs von Wien, DDr. König, werden von Chorwerken Mozarts umrahmt, die der Wiener Akademie-Kammerchor unter der Leitung von Günther Theuring singt. Während dieser kurzen Feier wird ein Teil des Stephansplatzes abgesperrt und der Verkehr vorübergehend umgeleitet werden.

- - -

Das gute Bild für jeden - 91 verkaufte Werke
=====

3. Dezember (RK) Die am Samstag eröffnete alljährliche Weihnachtsausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Wiener Secession hatte über das Wochenende einen Rekordverkauf zu verzeichnen. Am Eröffnungstag und am Sonntag konnten 91 Bilder einen Käufer finden. Besondere Erwähnung verdient auch die Tatsache, daß bereits zehn Minuten nach Ausstellungseröffnung sechs Bilder Abnehmer gefunden hatten.

- - -

Amundsenstraße einen Tag lang gesperrt
=====

3. Dezember (RK) Wegen dringender Bauarbeiten wird die Amundsenstraße im 17. Bezirk am Mittwoch, dem 5. Dezember, ab 7 Uhr früh einen Tag lang gesperrt.

- - -

Ein Seidel Bier in der Flasche
=====Brauhaus der Stadt Wien führt Drittel-Literflaschen ein

3. Dezember (RK) Im Wiener Rathauskeller stellte sich heute den Pressevertretern zum ersten Mal die Kleinbierflasche vor, die das Brauhaus der Stadt Wien ab 7. Dezember in den Verkauf bringen will. Das Brauhaus folgt damit den internationalen Erfahrungen der letzten Jahre. Im Ausland ist die Kleinbierflasche längst populär geworden, weil vielen Leuten ein halber Liter Bier zu viel ist. Zunächst werden drei Sorten Stadtbräu in der geschmackvoll etikettierten Kleinflasche verkauft werden: "Spezial", ein helles 14grädiges Bier, "Weihnachtsbräu", ein helles 16grädiges und "Porter", ein dunkles 18grädiges Bier. Später will man auch das gewöhnliche helle Bier in Kleinflaschen auf den Markt bringen. Der Preis für das Bier in Kleinflaschen ist noch nicht genau berechnet. In einer gewöhnlichen Gaststätte dürfte jedoch eine Kleinflasche "Spezial"-Bier um den gleichen Preis wie eine Flasche "Coca-Cola" verkauft werden, die jedoch nur ein Viertelliter Inhalt hat.

Bei dem Informationsempfang, zu dem der Pächter des Wiener Rathauskellers, Kommerzialrat Kaserer, eingeladen hatte, waren auch die Stadträte Bauer und Dkfm. Nathschläger erschienen. Nach der Begrüßung durch Kommerzialrat Kaserer sprach Stadtrat Dkfm. Nathschläger, dem auch das Brauhaus der Stadt Wien untersteht. Der Stadtrat wies darauf hin, daß die Drittel-Literflasche im Ausland schon einen Großteil des Marktes erobert hat. Er sei überzeugt, daß die Neueinführung auch in Wien Anklang finden wird. Der Direktor des Brauhauses, Dipl. Ing. Pröbsting machte darauf aufmerksam, daß heute in Wien 60 Prozent, in den westlichen Bundesländern sogar bis zu 90 Prozent des Bieres in Flaschen verkauft werden. Vor zehn Jahren waren es nur 25 Prozent. Die neue Kleinflasche gibt also auch jenen Gelegenheit eine Flasche Bier zu bestellen, die bisher nur ein Seidel tranken. Vor allem für die Fremdenverkehrsbetriebe dürfte sich die Neueinführung gut bewähren, da die ausländischen Gäste die Kleinbierflasche gewöhnt sind.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 4. Dezember 1956

Blatt 2414

Aufnahme in die Krankenpflegeschulen

=====

4. Dezember (RK) Der Magistrat der Stadt Wien gibt bekannt, daß in dem im Jänner 1957 beginnenden Lehrgang zur Ausbildung von diplomierten Krankenpflegerinnen an den Schwesternschulen des Krankenhauses Lainz und der Krankenanstalt Rudolfstiftung noch Plätze frei sind und Aufnahmegesuche daher noch eingereicht werden können.

Zur Aufnahme in eine Krankenpflegeschule ist neben der österreichischen Staatsbürgerschaft, der Unbescholtenheit, der gesundheitlichen Eignung und dem Nachweis der absolvierten Haupt- oder Untermittelschule auch ein Mindestalter von 18 Jahren erforderlich.

Bewerberinnen, die sich dem Krankenpflegeberuf widmen wollen, können sofort in einer der genannten Anstalten ein Aufnahmegesuch mit einem 6 S Bundesstempel versehen, einreichen. Die Ausbildung ist kostenlos, Unterkunft und Verpflegung sowie Dienstkleidung werden von der Schule beigestellt. Die Pflegeschülerinnen erhalten während des 1. Jahrganges ein monatliches Taschengeld in der Höhe von 100 S, im 2. Jahrgang von 150 S und im 3. Jahrgang von 200 S.

Aufnahmegesuche sind zu richten: an die Direktion der Krankenpflegeschule des Krankenhauses Lainz, Wien 13, Wolkersbergengasse 1, oder an die Direktion der Krankenpflegeschule der Krankenanstalt Rudolfstiftung, Wien 3, Boerhavegasse 8.

- - -

Hans Molisch zum Gedenken .
=====

4. Dezember (RK) Auf den 6. Dezember fällt der 100. Geburtstag des weltbekannten Botanikers und Professors der Wiener Universität Hofrat Dr. Hans Molisch.

Als Sohn eines Gärtners in Brünn geboren, absolvierte er die Fachstudien in Wien und arbeitete bei Wiesner, dessen Assistent und späterer Nachfolger er wurde. 1885 erfolgte seine Habilitation für Anatomie und Physiologie der Pflanzen, 1889 seine Berufung zum Professor an die Technische Hochschule in Graz. Bereits seine erste größere Untersuchung "Die Pflanze in ihren Beziehungen zum Eisen" zeichnete sich durch genaue Beobachtung und exaktes Experimentieren aus, das seine besondere Stärke war. Zu diesem Zweck wurden von ihm verschiedene Apparate erfunden, die die kompliziertesten Erscheinungen pflanzlicher Lebensvorgänge nachweisen lassen. 1894 unternahm Molisch eine Weltreise, die ihn über Java, China und Japan, Honolulu und Amerika führte. 1909 wurde ihm die Wiener Lehrkanzel für Pflanzenanatomie und Pflanzenphysiologie übertragen, die er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1928 innehatte. In dieser Zeit entstanden seine bedeutendsten Werke, die ihn auf seinem Schaffensgebiet zu einer internationalen Autorität machten. Insbesondere ist sein großes Buch "Pflanzenphysiologie als Theorie der Gärtnerei" zum Kompendium der praktischen und theoretischen Botanik geworden. Auch seine anderen Schriften wie "Mikrochemie der Pflanzen", "Anatomie der Pflanze", "Lebensdauer der Pflanze", "Pflanzenchemie und Pflanzenverwandtschaft" zeigen in vollendeter Weise das fruchtbare Zusammenwirken von Physiologie, Biologie, Anatomie, Mikrochemie, Bakteriologie, Physik und Systematik. Von 1922 bis 1925 lehrte Molisch an der Sendai-Universität in Japan, wo er das Pflanzenphysiologische Institut aufbaute. Der berühmte Gelehrte, der u.a. Dekan der Philosophischen Fakultät und Rektor der Wiener Universität, ferner wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften war, erhielt nach seinem Eintritt in den Ruhestand eine Einladung nach Kalkutta und machte im Alter von 71 Jahren seine dritte Weltreise, auf der er bis nach Nepal und in die Himalayagegenden kam. Hans Molisch hat auch durch zahlreiche

Vorträge und populäre Darstellungen das Interesse an seiner Disziplin in weiten Kreisen verbreitet. Sehr lesenswert sind seine Reisebücher, die eine Fülle wertvoller Eindrücke über fremde Lebensgewohnheiten und Sitten enthalten. Er starb am 8. Dezember 1937 und wurde in einem Ehrengrab der Stadt Wien auf dem Zentralfriedhof bestattet. Im Jahre 1950 wurde in der Universität seine Büste aufgestellt.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

4. Dezember (RK) Donnerstag, den 6. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 3. Dezember

=====

4. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 2 Ochsen, 38 Kühe, Summe 40, unverkauft Jugoslawien: 10 Stiere. Neuzufuhren Inland: 296 Ochsen, 182 Stiere, 1307 Kühe, 142 Kalbinnen, Summe 1927. Neuzufuhren Jugoslawien: 26 Stiere. Gesamtauftrieb: 298 Ochsen, 218 Stiere, 1345 Kühe, 142 Kalbinnen, Summe 2003. Verkauft: 274 Ochsen, 198 Stiere, 1279 Kühe, 140 Kalbinnen, Summe 1891. Unverkauft Inland: 24 Ochsen, 12 Stiere, 66 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 104. Unverkauft Jugoslawien: 8 Stiere.

Preise: Ochsen 8.60 bis 11.40, extrem 11.60 bis 12.- S (11 Stück), Stiere 9.80 bis 11.50 S, extrem 11.60 bis 11.70 S (6 Stück), Kühe 6.80 bis 9.70 S, extrem 9.80 bis 10.20 S (14 Stück), Kalbinnen 9.60 bis 11.30 S, extrem 11.40 bis 11.80 S (10 Stück), Beilvieh Kühe 5.50 bis 7.80 S, Beilvieh Ochsen und Kalbinnen 7.- bis 9.20 S. Bei Inlandrindern ermäßigte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 51 g, Stieren 44 g, Kühen 55 g, Kalbinnen 18 g je Kilogramm. Beilvieh ermäßigte sich bis 50 g je Kilogramm. Die Durchschnittspreise betragen demnach: Ochsen 9.92 S, Kühe 7.44 S, Stiere 10.51 S, Kalbinnen 9.90 S. Jugoslawische Stiere notierten von 9.70 bis 10.- S.

- - -

Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt für Prof. Graef
=====

4. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas überreichte heute vormittag Prof. Viktor Graef in Würdigung seines Lebenswerkes die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien. Dem feierlichen Akt im Arbeitszimmer des Bürgermeisters wohnten Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Mandl bei.

Stadtrat Mandl führte aus, daß die Verleihung der Ehrenmedaille an Prof. Graef aus Anlaß seines 70. Geburtstages im Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde. Der Geehrte ist mit dem Musikleben seiner Vaterstadt seit seiner Jugend eng verbunden. Als 24jähriger entschloß er sich nach Abschluß seiner Studien an der Wiener Universität Gesangspädagoge zu werden. In dieser Eigenschaft wurde er 1921 an die Musikakademie berufen und bildet nun seit mehr als drei Jahrzehnten die jungen Gesangseleven im Solo- und Ensemblesang aus. Der breiten Öffentlichkeit ist er als Klavierbegleiter namhafter Sänger bestens bekannt. Sein flüssiges, anschmiegsames Spiel, sein reich nuancierter Vortrag, werden heute von keinem anderen seines Faches so bald erreicht werden.

Bürgermeister Jonas würdigte die selbstlose Bescheidenheit Prof. Graefs, mit der er sich seinen pädagogischen Aufgaben hingibt. Der Komponist und der Interpret, sagte er, stehen im Rampenlicht, der Gesangspädagoge aber, der dazu berufen ist, um den Nachwuchs zu sorgen, wird von der Öffentlichkeit nicht so bemerkt. Durch das Heranbilden von erstklassigen Sängern, die durch ihre Erfolge den Ruf Wiens als Musikstadt in der Welt festigen, hat sich Prof. Graef große Verdienste erworben. Bürgermeister Jonas bat den Künstler, die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt als Zeichen der Ehrung und Dankbarkeit Wiens entgegenzunehmen und wünschte ihm für die weitere Zukunft die besten Erfolge.

Prof. Viktor Graef nahm tief ergriffen die Ehrung seiner Vaterstadt entgegen.

Für die nach dem Jugendeinstellungsgesetz
bei der Gemeinde Wien Beschäftigten:

14. Monatsgehalt für jugendliche Stenotypistinnen
=====.

Außerordentliche Zuwendung für Krankenpflegeschülerinnen, jugendliche Hilfsarbeiter, Forstzöglinge und Gärtnerlehrlinge

4. Dezember (RK) Bei der Stadt Wien werden seit dem Jahre 1953 auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes neben verschiedenen Gruppen von Lehrlingen immer wieder auch jugendliche Hilfsarbeiter und jugendliche Stenotypistinnen beschäftigt. Mit Ausnahme der jugendlichen Stenotypistinnen sind für diese Gruppen die jeweils in der Privatwirtschaft geltenden Bestimmungen angewendet worden. In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates beantragte der städtische Personalreferent Stadtrat Riemer die Anwendung des Kollektivvertrages für die Industrieangestellten auch für die jugendlichen Stenotypistinnen. Darnach werden diese ab 1. Jänner 1957 einen 14. Monatsbezug erhalten. Erfolgt der Eintritt oder Austritt während des Kalenderjahres, gebührt natürlich nur der aliquote Teil.

Für das Jahr 1956 wird den jugendlichen Stenotypistinnen ein halber Monatsgehalt, der zusammen mit der in diesem Jahr gebührenden Weihnachtsremuneration ausbezahlt wird, gewährt.

Ferner beantragte Stadtrat Riemer für die auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes bei der Gemeinde Wien arbeitenden jugendlichen Hilfsarbeiter, Forstzöglinge und Gärtnerlehrlinge, die am 1. Dezember 1956 im Dienst der Stadtverwaltung standen, eine einmalige außerordentliche abzugsfreie Zuwendung von 150 Schilling. Ebenfalls 150 Schilling erhalten die Krankenpflegeschülerinnen des dritten Jahrganges und 100 Schilling die Krankenpflegeschülerinnen des ersten und zweiten Jahrganges.

Die durch die Genehmigung der Anträge des Personalreferenten für die Gemeinde Wien entstehenden Mehrausgaben noch für das Jahr 1956 betragen etwa 120.000 Schilling.

Sie lernen die Gemeindeeinrichtungen kennen

Die bei der Gemeinde Wien beschäftigten jugendlichen Stenotypistinnen werden jetzt auch in Vorträgen und durch Führungen mit den Einrichtungen der Stadtverwaltung vertraut gemacht. Für diese nützliche Bildungsarbeit werden ausgewählte Fachbeamte herangezogen.

- - -

Gemeinde Wien spendet 1.750 Paar Arbeitsschuhe für ungarische

=====

Flüchtlinge

=====

4. Dezember (RK) Nach Besprechungen, die zwischen der mit der Flüchtlingshilfe in Wien betrauten Magistratsabteilung 12 und der Magistratsabteilung 54, Beschaffungsamt, stattgefunden haben, beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates der Amtsführende Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten Bauer die Gratisabgabe von 1.750 Paar Arbeitsschuhen aus dem Zentrallager des Beschaffungsamtes der Gemeinde Wien an ungarische Flüchtlinge.

- - -

Personalnachricht

=====

4. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Oberamtsrat Wilfried Lauer zum Obermagistratsrat ernannt und ihn in die Dienstklasse VIII eingereiht.

Dem Amtsrat Franz Neumann wurde anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand der Titel Oberamtsrat verliehen.

- - -

Weihnachtspakete der Gemeinde für 16.000 Dauerbefürsorgte
=====

4. Dezember (RK) Der städtische Wohlfahrtsreferent Vizebürgermeister Honay teilte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates mit, daß für die Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien auch heuer wieder eine Paketaktion gemacht wird. Die vorzüglich zusammengestellten und hübsch aufgemachten Weihnachtspakete werden je 1 Kilogramm Kristallzucker, $\frac{1}{8}$ Kilogramm erstklassigen Kakao, ein Paket Halbmond-Keks, ein Paket Piccolo-Schnitten und eine Tafel Milchschokolade enthalten. Diese Geschenkpakete der Gemeinde Wien erhalten sowohl die haupt- als auch die mitunterstützten Dauerbefürsorgten. 16.000 alte Wienerinnen und Wiener werden diesen Weihnachtsgruß der Stadtverwaltung erhalten. Die Gesamtkosten betragen 320.000 Schilling.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 4. Dezember
=====

4. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: Polen 86, Jugoslawien 64, Rumänien 35, Bulgarien 210. Neuzufuhren Polen: 678, Jugoslawien: 1898, Rumänien: 962, Bulgarien 720. Neuzufuhren Inland: 4423. Gesamtauftrieb: 9076. Unverkauft Inland: 122, Bulgarien 33. Verkauft: 8921.

Preise: Extremware Schlachtgewicht 17.30 bis 17.80 S,
1. Qualität Lebendgewicht 13.70 bis 14.- S, 2. Qualität 13.50 bis 13.70 S, 3. Qualität 12.90 bis 13.40 S, Zuchten 11.- bis 12.70 S, Altschneider 10.- bis 11.20 S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine ermäßigte sich um 6 Groschen je Kilogramm und beträgt demnach 13.64 S. Polnische Schweine 12.90 bis 13.80 S, jugoslawische Schweine 12.50 bis 13.70 S, rumänische Schweine 12.80 bis 13.80 S, bulgarische Schweine 12.60 bis 13.80 S.

- - -

G e s p e r r t bis morgen, Mittwoch,
den 5. Dezember, 0 . 3 0 U h r

Kranzniederlegung in Mozart's Todesstunde
=====

Bürgermeister Jonas spricht Worte des Gedenkens

4. Dezember (RK) In der Todesstunde des Meisters, morgen, Mittwoch, um 0.30 Uhr früh, findet am Grabe Mozarts auf dem St. Marxer Friedhof eine von der Stadtverwaltung veranstaltete Kranzniederlegung statt. Dabei wird der Wiener Bürgermeister Franz Jonas folgende Gedenkworte sprechen:

"Das Jahr, dessen musikalischem Antlitz die zweihundertste Wiederkehr von Wolfgang Amadeus Mozart's Geburtstag die bestimmenden Züge aufgedrückt hat, neigt sich dem Ende entgegen. Wenn dieser Gedenktag der ganzen zivilisierten Welt Anlaß bot, das vertraute Bild des Meisters noch öfter zu beschwören, sein unverwelklich lebensfrisches Werk in noch höherem Maße zu pflegen als sonst - wie hätte da Österreich zurückstehen dürfen, das Land, das ihm Heimat war? Salzburg, das ihm Leben und wertvolles Erbgut gab, und Wien, wo sich in zehn gewichtigen Jahren sein Höhenflug vollendete, mußten in seiner Musik ertönen und Mensch und Künstler preisen.

In welcher Gestalt auch immer wir in diesen festlichen Tagen die Werke des Unsterblichen bestätigt fanden, stets erfüllte uns neues, ehrfürchtiges Staunen über das unfaßbare Ausmaß seines Schöpferfleißes, den schier unversiegbaren Reichtum seiner Erfindung, die Herzenswärme seiner Tonsprache. Daß um so leuchtender sein Stern erstrahlt, je ferner seine irdische Lebensbahn entschwand, das erhebt ihn zum Meister der Meister, den ohne Unterschied der Zeiten und Länder alle in gleicher Inbrunst geliebt haben und lieben.

In dieser Nacht ist es uns vergönnt, Mozart besonders nahe sein zu dürfen. In der festlichen und eindrucksvollen Aufführung der "Zauberflöte" ahnten wir das Schöpfungswunder, das sich am Künstler Mozart vollzog.

In dieser nämlichen Stunde, vor 165 Jahren, vernahm der

Meister der Melodien mit seinen letzten Herzschlägen die Melodie der Unendlichkeit, er trat die große Reise in das Zeitenlose an. Und hier stehen wir, vom Hauche seines Wesens ergriffen, vor jenem wehevollen Stückchen Erde, das einstens aufgenommen hat, was sterblich an dem Menschen Mozart war.

Lassen wir uns, in dieser Stunde und an dieser Stätte, einzig angelegen sein, ihm zu danken. Zu danken, aus der stetig sich erneuernden Empfindung, daß jede Begegnung mit ihm immer wieder reicher beschenkt, und aus der beglückenden Gewißheit, daß er der unsrige ist. Beugen wir uns voller Demut seiner säkularen Größe; und, in dem wir in stummer Ergriffenheit unsere Kränze hier zur Erde senken, huldigen wir mit den Worten Grillparzers "dem großen Meister in dem Reich der Töne, der nie zu wenig tat und nie zu viel, der stets erreicht, nie überschritt sein Ziel, das mit ihm eins und einig war: das Schöne."

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 5. Dezember 1956

Blatt 2423

Gemeinde Wien baut Stahlbetonmauer gegen Hochwasser

Heiligenstädter Straße beim Kahlenberger Dorf wird gesichert

5. Dezember (RK) Unvergessen bleibt die Hochwasserkatastrophe des Jahres 1954, bei der durch das überflutende Wasser des Donaustromes für längere Zeit auch die Verbindung zwischen Nußdorf und dem Kahlenberger Dorf unterbrochen war. Ein etwa 200 Meter langes Stück der Heiligenstädter Straße war vor dem Kahlenberger Dorf etwa 1.20 Meter hoch überflutet. Der gesamte Fuhrwerksverkehr mußte damals über die Höhenstraße umgeleitet werden.

Da selbst schon kleinere Hochwässer der Donau imstande sind den Verkehr auf dieser wichtigen Ausfallstraße Wiens empfindlich zu stören, ist die eheste Beseitigung dieser Gefahrenstelle dringend erforderlich. Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller schilderte gestern in der Sitzung des Wiener Stadtsenates die Situation und teilte mit, daß die Gemeinde Wien im Einvernehmen mit den Österreichischen Bundesbahnen beabsichtigt, Maßnahmen zu treffen, um einem künftigen Hochwasser einen Riegel vorzuschieben. So soll bei der Unterführung zur Kuchelau die bestehende, bereits stark beschädigte Stützmauer aus Ziegeln abgetragen und durch eine 77 Meter lange Stahlbetonmauer ersetzt werden. Die neue Mauer wird auch den schwersten Verkehrslasten standhalten können. Der obere Teil dieser Mauer wird als Straßenbrüstung von 1.50 Metern Höhe ausgeführt, sodaß ihre Oberkante etwa 30 Zentimeter über der Marke des Katastrophenhochwassers

./.

von 1954 liegt. Die Auffahrtsrampen, die beiderseits der Unterführung in die Heiligenstädter Straße münden, werden durch Dammbalkenverschlüsse an den Enden der neuen Stützmauer gesichert. Zwei dort befindliche Fußgeherdurchlässe werden ebenfalls auf der Straßenseite durch Dammbalken verschlossen werden können. Ferner werden die Schächte der Regenwasserkanäle und der Deckel des kanalisierten Schablergrabens gut verschließbar gemacht.

Das von Stadtrat Thaller vorgelegte Projekt kostet 550.000 Schilling. Mit den Arbeiten soll sofort begonnen werden, da in der nun kommenden Jahreszeit ein Hochwasser nicht zu befürchten ist.

- - -

Der 8. Dezember bei den städtischen Dienststellen
=====

5. Dezember (RK) Der 8. Dezember ist ein gesetzlicher Feiertag. Deshalb sind an diesem Tag auch die städtischen Dienststellen, mit Ausnahme jener, die normalerweise Sonn- und Feiertagsdienst haben, geschlossen.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

5. Dezember (RK) Freitag, den 7. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten Lakowitsch.

- - -

Zahlen aus dem Wiener Fremdenverkehrsjahr 1955/5610.248 Betten in Wiener Beherbergungsbetrieben

5. Dezember (RK) Am 31. Oktober endete das Fremdenverkehrsjahr 1955/56, in dem zum ersten Mal nach 1945 die Zahl der von den Beherbergungsbetrieben gemeldeten ausländischen Besucher fast so groß war wie im günstigsten Vorkriegsjahr 1936/37. Die Zahl der Besucher der Bundeshauptstadt aus den Bundesländern hat sich gegenüber 1936/37 sogar verdoppelt.

Im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr hielten sich im Inländerverkehr das Winterhalbjahr und das Sommerhalbjahr ungefähr die Waage. Im Winterhalbjahr gab es 127.212 Besucher und 282.499 Übernachtungen, im Sommerhalbjahr 123.285 Besucher und 266.454 Übernachtungen. Beim Ausländerfremdenverkehr erweist sich das Sommerhalbjahr mit 312.760 Gästen dreimal und mit 1.001.887 Übernachtungen zweieinhalbmal so stark wie das Winterhalbjahr.

Im Vergleich mit der Vorkriegszeit ergeben sich in der Struktur des Wiener Fremdenverkehrs zwei wesentliche Änderungen: die eine ist die durch die weltpolitische Situation bedingte Umschichtung im Fremdenzustrom, die zweite ist die durch die Motorisierung und durch den Aufschwung des Sozialtourismus hervortretende Verkürzung der Aufenthaltsdauer unserer Gäste. Die Gesamtzahl der Fremden war im Fremdenverkehrsjahr 1955/56 mit 667.557 fast um die Hälfte größer als vor 19 Jahren (458.800), dagegen die Nächtigungszahl mit 1.936.806 Übernachtungen immer noch um etwa eine Million niedriger als 1936/37 (2.966.100). Trotzdem erreicht Wien derzeit mit durchschnittlich $3 \frac{1}{3}$ Tagen Aufenthalt pro ausländischen Gast unter den europäischen Großstädten den höchsten Durchschnitt, der sonst nirgends die Drei-Tage-Grenze überschreitet.

Nicht weniger interessant und von wirtschaftlicher Bedeutung ist die Umgruppierung innerhalb der Herkunftsländer der Besucher Wiens. Die Besucherzahlen aus der Tschechoslowakei

betrogen in den Vorkriegsjahren stabil rund 70.000 Gäste pro Jahr und sind heutzutage auf einen Bruchteil zurückgegangen. Auch Ungarn mit 38.000, Polen mit 24.000 und Rumänien mit 15.000 Touristen im Jahre 1936/37 nahmen einen wichtigen Platz in der Wiener Fremdenverkehrsbilanz ein. Sie treten jetzt gleichfalls kaum in Erscheinung.

Die meisten ausländischen Gäste im Fremdenverkehrsjahr 1955/56 kamen aus der Deutschen Bundesrepublik, nämlich 85.037 (vor 19 Jahren 47.135 einschließlich der Ostgebiete und Danzig). Aus den Vereinigten Staaten kamen 58.873 (1936/37 22.909 einschließlich Kanada), aus Italien 32.556 (14.516), aus Großbritannien 29.057 (27.723), aus Frankreich 27.353 (12.762), aus der Schweiz 23.276 (9.871), aus Schweden 14.221 (4.270), aus Holland 12.240 (7.960). Der stärkste Monat war der August mit insgesamt 90.712 Fremdenmeldungen und 254.865 Übernachtungen.

Durch den Zuwachs von zwei Großhotels, Auersperg und Am Stephans-Platz, und die teilweise Vergrößerung einiger bestehender Hotelbetriebe erhöhte sich die Bettenzahl in den Wiener Beherbergungsbetrieben auf 10.248. In dieser Zahl sind die 251 Betten in Sanatorien und Kuranstalten sowie die 555 Betten in den Jugendherbergen inbegriffen. 1936 gab es in den Hotels und Pensionen 10.261 Betten.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

5. Dezember (RK) Donnerstag, den 6. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen, Vizebürgermeister Weinberger.

- - -

Stadt Wien huldigt dem Genius Mozarts
=====Festvorstellung in der Staatsoper - Kranzniederlegung im St. Marxer
Friedhof

5. Dezember (RK) Dem Genius Mozarts huldigte die Stadt Wien gestern mit einer Festvorstellung der "Zauberflöte" in der Wiener Staatsoper. In der Todesstunde Mozarts heute früh, um 0.30 Uhr, fand im St. Marxer Friedhof eine Kranzniederlegung statt, bei der Bürgermeister Jonas sprach.

Unter den Ehrengästen in der Staatsoper sah man viele namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens. Das österreichische Parlament war durch Präsident Dr. Hurdes vertreten, die Regierung durch Vizekanzler Dr. Schärf und Staatssekretär Grubhofer. Von Seiten der Stadt Wien wohnten der Festvorstellung Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Afritsch, Bauer, Koci, Lakowitsch, Mandl, Dkfm. Nathschläger und Riemer, Magistratsdirektor Dr. Kinzl und Stadtschulratspräsident Hofrat Dr. Zechner bei. Die Stadt Salzburg war durch ihren Bürgermeister Pacher vertreten. Im Zuschauerraum sah man ferner Mitglieder des Nationalrates, des Wiener Gemeinderates, die Wiener Bezirksvorsteher mit ihren Stellvertretern und viele andere.

Nach Schluß der Opernaufführung brachten Autobusse die Ehrengäste zum Friedhof in St. Marx. Vor dem Grabmal Mozarts hatten sich unter dem Licht der Wochenschauscheinwerfer trotz dem Sturm auch viele Wienerinnen und Wiener eingefunden, die das Gedenken an die Todesstunde des Meisters miterleben wollten.

Genau um 0.30 Uhr stimmte die Chorvereinigung "Jung-Wien" das "Ave verum" an. Dann trat Bürgermeister Jonas vor und sprach die Gedenkworte. (Siehe "Rathaus-Korrespondenz", 4. Dezember, Blatt 2421). Hierauf legte der Bürgermeister den Kranz der Stadt Wien nieder. Es folgte der Kranz der Bundesregierung. Ferner wurden von folgenden Institutionen und Vereinigungen Kränze niedergelegt: Mozartgemeinde, Staatsoper, Philharmoniker, Symphoniker, Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Kon-

zerthausgesellschaft, Gesellschaft der Musikfreunde, Gewerkschaft der Kunst und freien Berufe, AKM, Östeirreichischer Rundfunk, Schubertbund, Männergesangsverein, Staatsopernchor, Chorvereinigung "Jung-Wien", Arbeitersängerbund, Österreichischer Sängerbund und Musikakademie. Mit der Bundeshymne fand der feierliche Akt seinen Abschluß.

- - -

Pferdemarkt vom 4. Dezember

=====

5. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 300 Pferde, davon 52 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 277, als Nutztiere 9 verkauft, unverkauft blieben 14.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 114, Oberösterreich 77, Burgenland 60, Steiermark 19, Kärnten 30.

Preise: Fohlen 8.50 bis 11.- S, 1. Qualität 5.80 bis 6.30 S, Extremware 6.50 bis 7.20 S, 2. Qualität 5.20 bis 5.70 S, 3. Qualität 4.40 bis 5.10 S. Bei ruhigem Marktverkehr ermäßigte sich der Durchschnittspreis bei Pferden um 53 Groschen pro Kilogramm. Fohlen notierten behauptet. Durchschnittspreise: Pferde 5.09 S, Fohlen 10.11 S.

- - -

Bürgermeister Jonas besichtigte Flüchtlingslager
=====

5. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas besichtigte heute vormittag das von der Gemeinde Wien vor einigen Tagen im ehemaligen Brigittaspital im 20. Bezirk errichtete Flüchtlingslager. Die Räumlichkeiten dieses Objektes sind gegenwärtig mit 528 Personen, darunter sind 60 Kinder, belegt. Der Gemeindeverwaltung ist es auch hier gelungen, jedem Flüchtling einen Strohsack mit Decken zu besorgen und die Verpflegung durch die WÖK zu sichern. Wie sich der Bürgermeister überzeugen konnte, besteht auch in diesem städtischen Lager zwischen den mit der Leitung beauftragten Bediensteten und den Lagerinsassen ein gutes Einvernehmen. Ein Teil der Flüchtlinge bereitet sich für die Weiterreise nach dem Westen vor. Der Abtransport soll anfangs kommender Woche erfolgen.

- - -

Ein neuer Turnsaal für die Schule Märzstraße 178
=====

5. Dezember (RK) Vizebürgermeister Honay beantragte in der gestrigen Sitzung des Wiener Stadtsenates den Wiederaufbau des im Kriege zerstörten Turnsaales der Schule 14, Märzstraße 178. Die in einem Teil des Gebäudes derzeit noch untergebrachte Berufsschule soll im kommenden Schuljahr einer Volksschule Platz machen. Der für die Volksschüler benötigte Turnsaal wird mit einer Zentralheizung und einer Brauseanlage ausgestattet sein. Die vom Stadtsenat genehmigten Baukosten betragen 880.000 Schilling. Mit dem Wiederaufbau wird noch in diesem Jahr begonnen werden.

- - -

Blinde Schüler spenden für Ungarn
=====

5. Dezember (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Zochner übermittelte heute Bürgermeister Jonas einen Betrag von 550 Schilling, den die Zöglinge des Blindenerziehungsinstitutes in der Hofzeile in Döbling für die Ungarnhilfe gesammelt haben. Die Sammlung der Zöglinge wurde von niemandem angeregt, sondern aus eigener Initiative unternommen.

Bürgermeister Jonas hat den blinden Schülern in einem Brief gedankt, in dem es unter anderem heißt: "Der ideelle Wert dieses Sammelergebnisses übersteigt bei weitem den ziffernmäßigen schon deshalb, weil die Opfer- und Hilfsbereitschaft Blinder für Sehende wohl zu den ergreifendsten Offenbarungen der menschlichen Güte zählt. Ich bitte Euch, meinen und der Wiener Stadtverwaltung aufrichtigen Dank für diesen rührenden Ausdruck Eures tiefen Mitgeföhls für fremdes Leid entgegenzunehmen und grüße Euch herzlich als Euer Bürgermeister".

- - -

240.000 Schilling für Wiener Jugendspielplätze
=====

5. Dezember (RK) Im heutigen Gemeinderatsausschuß für Kultur und Volksbildung wurde die Errichtung eines neuen Jugendspielplatzes in Simmering, Werkstättenweg, beschlossen, und dafür ein Betrag von 160.000 Schilling bewilligt. Für die Instandsetzung des Jugendspielplatzes in Hietzing, Goldmarkplatz, wird gleichzeitig ein Betrag von 80.000 Schilling bereitgestellt.

Auf dem Schulsektor hat der Ausschuß für den Ankauf von Wiener Leseblättern 98.820 Schilling, für Brennstoffbeschaffung 207.500 Schilling und zur Bereitstellung neuer Klassenlesestoffe 1,614.000 Schilling bewilligt.

Das Ansuchen der Museen der Stadt Wien um 40.000 Schilling zur Erwerbung von Sammelstücken und Durchführung neuer Ausgrabungen wurde ebenso bewilligt, wie die Zuerkennung des Betrages von 438.000 Schilling an die Städtischen Büchereien zum Ankauf volksbildnerisch wertvoller Bücher.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 6./Dezember 1956

Blatt 2431

Geehrte Redaktion!

=====

Vor zehn Jahren wurde in Wien mit der logopädischen Arbeit in den städtischen Kindergärten begonnen, die seither viel Erfolg gezeitigt hat. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Sprach- und Heilbehandlung lädt die "Rathaus-Korrespondenz" zu einem Besuch in den Sonderkindergarten "Schweizer Spende" ein, wo den Vertretern der Presse ein Bericht über die Arbeit und den Erfolg der Logopädie in den Wiener Kindergärten gegeben werden soll. Unter anderem wird man sich auch an Hand von Schallplattenaufnahmen von der Wirksamkeit der Sprachheilbehandlung überzeugen können. Außerdem soll ein Überblick über das in den letzten Jahren entwickelte Material für die Sprachheilbehandlung von Kleinkindern gegeben werden.

Zusammenkunft Mittwoch, den 12. Dezember, um 10 Uhr, diesmal direkt im Sonderkindergarten "Schweizer Spende", Wien 14, Auer-Welsbach-Park. Erreichbar mit den Straßenbahnlinien 52, 58 u. 10.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

Straßenbahn am 8. Dezember

=====

6. Dezember (RK) Samstag, den 8. Dezember, (Maria Empfängnis), gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 3.60 S im Tarifgebiet I oder II und auf den Ausnahmstarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Zweifahrtenkinderfahrtscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Ebenso gelten alle Wochenkarten, auch die Autobus-(Obus-)Wochenkarten mit Ausnahme der Autobus-(Obus-)Schülerwochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 1.90 S-Fahrpreis (im Vorverkauf 1.85 S).

Die Vorverkaufsstellen sind an diesem Tage geschlossen.

- - -

80. Geburtstag von Lili Marberg

=====

6. Dezember (RK) Am 9. Dezember vollendet das Ehrenmitglied des Burgtheaters Kammerschauspielerin Prof. Lili Marberg das 80. Lebensjahr.

In Grimma bei Leipzig geboren, trat sie nach dem Besuch des Konservatoriums in Dresden an verschiedenen deutschen Bühnen auf und kam 1907 als Nachfolgerin Helene Odilons ans Deutsche Volkstheater nach Wien, 1911 ans Burgtheater, wo sie bis heute tätig ist. Die Künstlerin verkörperte in ihrer Jugend die leidenschaftlich liebenden weiblichen Gestalten Wedekinds, Gerhard Hauptmanns und Ibsens, in der Reifezeit Königinnen und mütterliche Frauen und beherrschte schließlich im Alter das Charakterfach bis zur Virtuosität. Auch der Humor trat in ihren Darstellungen stets deutlich hervor. Lili Marberg hat sich auch schriftstellerisch versucht und unter dem Titel "Es war so komisch" eine Sammlung heiterer Lebenserinnerungen veröffentlicht.

- - -

200. Ausfahrt der Aktion "Volksbildung auf Rädern"
=====

6. Dezember (RK) Seit nunmehr zwei Jahren läuft die Aktion "Volksbildung auf Rädern", deren Ziel die volksbildnerische Betreuung des Stadtrandes ist. Sie verfügt über einen Combi-Wagen, modernsten Projektionsgeräten, einen als Operateur ausgebildeten Chauffeur und besitzt alle Möglichkeiten des Transportes von Ausstellungsgegenständen. Die Vortragenden werden von einem zentralen Ort in Wien abgeholt, an ihren Bestimmungsort gebracht und nach Schluß der Veranstaltung wieder zurückgeführt. Die bisherigen Ausfahrten wurden vor allem nach Favoriten und Liesing, Floridsdorf und zur Donaustadt unternommen.

Die 200. Ausfahrt geht am 11. Dezember in die Nordrandsiedlung, Volksheim Möllplatz. Die Abfahrt erfolgt um 18 Uhr von der Urania, ab 18.30 Uhr von der Volkshochschule Wien Nord, 21, Prager Straße 15. Aufgeführt wird der Expeditionsfilm von Dr. Peter Fuchs "Ramadam, das große Fest".

Die Aktion "Volksbildung auf Rädern", die sich seit ihrem Bestehen sehr bewährt hat, wurde durch eine Sondersubvention des Amtes für Kultur und Volksbildung geschaffen und läuft im Rahmen des Verbandes Wiener Volksbildung für die Wiener Volkshochschulen.

- - -

Wiener Schüler lesen Nestroy, Goethe und Grillparzer
=====

6. Dezember (RK) Die Städtische Schulverwaltung hat in ihrem Bestreben, den Bestand an Klassenlesestoff aufzufrischen und zu vervollständigen für die Volks-, Haupt- und Sonderschulen eine neue Serie von Büchern erworben. Die Bücher werden in nächster Zeit ausgegeben werden.

Je 10.333 Exemplare wurden von Nestroys "Zu ebener Erde und im ersten Stock", von Petzolds "Ein bißchen Sonne jeden Tag" und von Adalbert Stifters "Bergkristall" erworben. 9.675 Exemplare wurden von Grillparzers "Armen Spielmann", Gottfried Kellers "Kleider machen Leute" und von Goethes "Götz von Berlichingen" bereitgestellt. Mark Twains "Tom Sawyers Abenteuer" und Leo Tolstojs "Kindheit" beschließen mit je 9.181 Exemplaren die neue Serie an Klassenlesestoff.

- - -

Joseph Georg Hörl zum Gedenken

=====

6. Dezember (RK) Auf den 10. Dezember fällt der 150. Todestag des Wiener Bürgermeisters Hofrat Joseph Georg Hörl.

Am 22. August 1722 in Wien geboren, trat er nach Absolvierung der juridisch-kameralistischen Studien in den öffentlichen Dienst und erwies sich als hochbefähigter Beamter. 1764 wurde er zum Stadt- und Landrichter ernannt und wirkte in dieser Funktion sieben Amtsperioden hindurch. 1773 wurde er als Bürgermeister eingesetzt und blieb 31 Jahre unter vier Regenten in dieser Stellung, länger als ein anderes Oberhaupt der Wiener Stadtverwaltung im Laufe der Jahrhunderte. Hörl arbeitete für Josef II. Vorschläge zur Reorganisation der Stadtverfassung aus, die die Grundlage der josephinischen Reform von 1783 bildeten. Durch diese wurde die Stadtordnung Ferdinands I. aus dem Jahre 1526 der gewandelten Zeit entsprechend geändert und die Stadt restlos in den absolutistischen Beamtenstaat eingegliedert. Büste Wien unter Hörl auch die letzten Spuren seiner Selbständigkeit ein, erfuhr es doch manche Verbesserung seiner kommunalen Einrichtungen. So wurden unter anderem für das Glacis Beleuchtungsanlagen geschaffen und die Verkehrsflächen der Innenstadt mit Granitsteinen bepflanzt. 1779 erfolgte die Eröffnung des Taubstummeninstituts, 1782 die Anpflanzung von Baumreihen zwischen der Stadt und den Vorstädten. Sanitäre Bedeutung hatte die Auflassung der Friedhöfe innerhalb der Linien. Durch die Abbrechung der kleinen Häuser und Buden am Stephansplatz wurde das Stadtzentrum freigelegt. Erwähnenswert ist auch der Bau der Wasserleitung in der Alser Vorstadt und die Errichtung der Franzensbrücke. Hörl trat 1804 nach 57jähriger Dienstzeit in den Ruhestand. An ihn erinnert die Hörlgasse im 9. Bezirk.

- - -

Schweinenachmarkt vom 6. Dezember
=====

6. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: Polen 122, Bulgarien 33. Neuzufuhren: Inland. 31, Polen 30, Jugoslawien 86, Rumänien 334. Gesamtauftrieb: 636. Verkauft: 470. Unverkauft: Polen 91, Rumänien 75. Polnische Schweine 13.- S, jugoslawische 12.30 bis 13.- S, rumänische 13.- bis 13.30 S, bulgarische 12.40 S. Marktverkehr ruhig.

- - -

Rindernachmarkt vom 6. Dezember
=====

6. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 24 Ochsen, 20 Stiere, 66 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 112. Neuzufuhren Inland: 3 Ochsen, 5 Stiere, 72 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 85. Gesamtauftrieb: 27 Ochsen, 25 Stiere, 138 Kühe, 7 Kalbinnen, Summe 197. Verkauft: 7 Ochsen, 2 Stiere, 23 Kühe, Summe 32. Unverkauft: 20 Ochsen, 23 Stiere, 115 Kühe, 7 Kalbinnen, Summe 165. Hauptverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 7. Dezember 1956

Blatt 2436

Bundeskanzler Raab dankt Bürgermeister Jonas für

=====
Ungarnhilfe-Straßensammlung
=====

7. Dezember (RK) Nach der Entgegennahme eines Schecks auf 1,607.083,73 Schilling als Ergebnis der in Wien durchgeführten Straßensammlung für die Ungarnhilfe richtete Bundeskanzler Ing. Raab an Bürgermeister Jonas ein Schreiben, in dem es unter anderem heißt:

"Ich bin überzeugt, daß der überwältigende Erfolg der Sammelaktion zunächst der von Ihnen, Herr Bürgermeister, mit großer Umsicht getroffenen Vorbereitung aber auch dem Eifer der Mitarbeiter und dem der freiwilligen Sammler zu verdanken ist.

Ich beehre mich daher, Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, für die Durchführung der Aktion wie für die Übermittlung des Spendenbetrages namens der Bundesregierung den wärmsten Dank auszusprechen und bitte Sie, diese Danksagung auch allen Mitarbeitern, den freiwilligen Sammlern und allen Spendern zu vermitteln."

- - -

"Die Stadt von heute und morgen"

=====

7. Dezember (RK) Die Wanderausstellung des Stadtbauamtes "Die Stadt von heute und morgen - und ihr Umland" ist vom 10. bis 19. Dezember bei freiem Eintritt im Amtshaus, 12, Schönbrunner Straße 259, während der Amtsstunden zu sehen.

- - -

Österreichisches Komitee für Sozialarbeit

=====

7. Dezember (RK) In nahezu allen europäischen Staaten bestehen Vereinigungen, in denen die amtlichen Wohlfahrtsstellen und die privaten Fürsorgeorganisationen zusammengeschlossen sind. Ihre Aufgabe besteht in der Pflege des Austausches der Erfahrungen auf dem weiten Gebiet der Sozialarbeit, der Lösung von Problemen der Fürsorge und die ständige Fühlungnahme mit den großen internationalen Wohlfahrtsorganisationen.

Für Österreich hat sich das Fehlen einer solchen Vereinigung als sehr nachteilig erwiesen. Es hat nun ein Expertenkomitee, dem eine Reihe von Funktionären angehören, die über langjährige praktische Erfahrungen auf fürsorgerischem Gebiet verfügen, die Vorarbeiten für die Gründung eines österreichischen Komitees für Sozialarbeit abgeschlossen.

Am Mittwoch wurde im Wiener Rathaus, im Sitzungssaale des Stadtsenates die gründende Versammlung abgehalten an der außer den Bundesministerien für soziale Verwaltung und des Inneren, den Kammern, dem Gewerkschaftsbund, den Sozialversicherungsträgern und den Landesregierungen nahezu alle privaten Wohlfahrtsorganisationen teilnahmen. Nach einer Begrüßungsansprache des Bundesministers Proksch erfolgte die einhellige Annahme der Statuten und die Festsetzung des Mitgliedsbeitrages. Der Wohlfahrtsreferent der Stadt Wien, Vizebürgermeister Honay, erstattete ein informatives Referat über die Aufgaben und Ziele der neuen Vereinigung, worauf Monsignore Dr. Ungar über "Soziale Fürsorge als Dienst am Menschen" sprach. Frau Dr. Sailer legte ein Arbeitsprogramm für 1957 vor, das einstimmig genehmigt wurde.

Die Wahl eines Kuratoriums, in dem alle wichtigen Wohlfahrtsvereine vertreten sind, erfolgte ebenfalls einhellig, ebenso die Bestellung von Vizebürgermeister Honay zum Vorsitzenden.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 10. bis 16. Dezember

7. Dezember (RK7)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 10. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 2. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Wr. Symphoniker, Ricardo Odno- posoff (Violine), Dirigent Lovro v. Matačić
Dienstag 11. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 2. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Wr. Symphoniker, Ricardo Odno- posoff (Violine), Dirigent Lovro v. Matačić
	Musikakademie Vortragssaal 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Weihnachtskonzert; Klasse Dr. Erik Werba (Cornelius, Wolf, Hindemith)
	Amerika-Haus 19.00	Musikabend; Ausschnitte aus der Oper "The saint of the Bleeker Street" von Gian-Carlo Menotti (Schallplat- ten)
Mittwoch 12. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 10. Orchesterkonzert für Schüler der vierten Klassen; Wr. Symphoni- ker, Dirigent Hans Swarowsky
	Gr.M.V. Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie"; Wr. Symphoniker, Ricardo Odnoposoff (Violine), Dirigent Lovro v. Matačić (Beethoven, Tschaikowsky, Sibelius)
	Kammersaal (MV) 19.00	Horak-Konservatorium: Schülerkonzert
Donnerstag 13. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie"; Wr. Symphoniker, Ricardo Odnoposoff (Violine), Dirigent Lovro von Matačić (Beethoven, Tschaikowsky, Sibelius)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 5. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wr. Symphoniker, Dirigent Milo Wawak

Donnerstag 13. Dez.	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Schubertbund: Chorkonzert, Dirigent Leo Lehner
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Liederabend Emmy Loose, am Flügel Dr. Erik Werba (Mozart, Schumann, Brahms, Pfitzner, Wolf)
Freitag 14. Dez.	Schubertsaal (KH) 19.30	Klavierabend Jacques Bühler
	Musikakademie Vortragssaal 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: "Lieder und Ensembles" - Wiener Zeitgenossen; Klasse Dr. Ernst Reichert
Samstag 15. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	"Budapester Künstler in Wien"; Konzertakademie
	Schubertsaal (KH) 19.00	Schülerkonzert Friedrich Maschner
	Josefssaal 20.00	"Weihnacht - Stimme der Herzen"; Lied und Dichtung aus der neuen und alten Welt
Sonntag 16. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Österreichische Bundesregierung: Mozart-Festkonzert zum Ausklang des Mozartjahres; Wr. Philharmoniker, Dirigent Carl Schuricht
	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 5. Sonntag-Nachmittagskonzert; Mimi Engela-Coertse (Sopran), Ewald Bal- ser (Rezitation), Dirigent Hans Swarowsky (Beethoven, Richard Strauß)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus IV der Wr.KHG; Wr. Symphoni- ker, Wr. Singakademie, Dirigent Paul Sacher (Honegger, Strawinsky)

- - -

80. Geburtstag von Henny Kienzl

=====

7. Dezember (RK) Am 11. Dezember vollendet die Schriftstellerin Henny Kienzl das 80. Lebensjahr.

Eine gebürtige Wienerin, verheiratete sie sich 1921 mit dem Komponisten Wilhelm Kienzl, der zwei Texte seiner Frau vertont hatte. Von ihr stammt nämlich das Libretto zu seiner Oper "Hassan der Schwärmer" und eine dichterisch fein empfundene Allegorie,

der das Melodrama "Sanctissimum" die Entstehung verdankt. Bekannt wurde Henny Kienzl als Verfasserin von Märchen, die sie in der Urania und im Radio vortrug. Die von ihr veröffentlichten Erinnerungen an den großen Künstler enthalten interessante biographische Züge und tragen zu seinem Verständnis bei. In ihrem Wiener Heim fanden lange Zeit die "Kienzliaden" statt, die zu einem Zentrum kulturellen Lebens wurden.

- - -

Ein Katastrophenjahr geht zu Ende

=====

Die 7.000ste Ausrückung der Wiener Feuerwehr

7. Dezember (RK) Gestern abend, um 21.22 Uhr, wurde die Feuerwehr der Stadt Wien aus dem Haus Singerstraße 30 zum Löschen eines Rauchfangfeuers alarmiert. Es war die 7.000ste Ausrückung seit dem Neujahrstag 1956.

Noch in keinem Jahr wurden die Dienste der Feuerwehr in Wien so häufig in Anspruch genommen wie im Jahre 1956, das mit Recht als Katastrophenjahr bezeichnet werden kann. Die 5.000ste Ausrückung, die in normalen Zeiten erst gegen das Jahresende fällig ist, war heuer bereits Mitte August. Im vergangenen Jahr gab es in Wien 5.500 Ausrückungen, vor zehn Jahren gar nur 3.400.

Der diesjährige Rekord ist vor allem der strengen und langanhaltenden Frostperiode im Februar mit ihren vielen Wasserrohrbrüchen zuzuschreiben. Der abnormalen Kältewelle folgten im März heftige Stürme, die ähnlich wie in den ersten Dezembertagen sämtliche Feuerwachen in dauernden Alarmzustand versetzten. Es gab Tage mit 200 bis 300 Ausrückungen. Die Trockenperiode im Sommer war wiederum die Ursache vieler Grasbrände.

Wien wurde in diesem Jahr auch einige Male von Brandkatastrophen heimgesucht. Dem Riesenbrand in der Börse am 13. April folgten noch einige Großbrände in Fabriksanlagen. Dank der guten Ausbildung und Ausrüstung konnte die Wiener Feuerwehr in unzähligen Alarmfällen durch rasches Eingreifen große Vermögenswerte retten. Eine weitere erfreuliche Tatsache bleibt, daß es bei den 7.000 Ausrückungen in der Zeit vom 1. Jänner bis zum heutigen Tage zu keinem einzigen tödlichen Unfall gekommen ist.

- - -

Internationaler Gemeindeverband für rasche Übernahme von
=====

Flüchtlingen durch andere Staaten
=====

7. Dezember (RK) Im Anschluß an den Ende November abgehaltenen 12. Österreichischen Städtetag haben Besprechungen zwischen den damals in Wien weilenden Generalsekretären des Internationalen Gemeindeverbandes und Vertretern des Österreichischen Städtebundes stattgefunden, in deren Verlauf die Beteiligung des Internationalen Gemeindeverbandes an internationalen Hilfsaktionen für die ungarischen Flüchtlinge erörtert wurde.

Als Ergebnis dieser Besprechungen hat der Internationale Gemeindeverband nunmehr einen Aufruf an alle angeschlossenen Mitgliedsverbände gerichtet, in dem unter anderem festgestellt wird, daß die Betreuung des Flüchtlingsstromes aus Ungarn die Kräfte Österreichs bei weitem übersteigt. Um eine Entlastung Österreichs zu erreichen, appelliert er daher an seine Mitgliedsverbände, bei ihren Regierungen auf eine rasche Aufnahme der Flüchtlinge hinzuwirken und für ihre Unterbringung in den Städten der Aufnahmeländer Sorge zu tragen.

- - -

Kein Ärztestreik in Wien!
=====

7. Dezember (RK) Die Sektion der Spitalsärzte der Wiener Ärztekammer hat dem Wiener Bürgermeister schriftlich mitgeteilt, daß die Spitalsärzte aller österreichischen Krankenanstalten, also auch der Spitäler der Stadt Wien, am kommenden Montag den ärztlichen Dienst auf den sogenannten Sonntagsdienst einschränken werden, das heißt, daß an diesem Vormittag in den Ambulatorien und Laboratorien der Spitäler kein Dienst gemacht wird. Die ärztliche Versorgung der Kranken wird jedoch geleistet werden. Diese Aktion der Ärzte wird als Unterstützung der Forderungen der niederösterreichischen Spitalsärzte bezeichnet. Sie richtet sich also nicht gegen die Gemeinde Wien als Spitalserhalter.

./.

In diesem Zusammenhang wird mitgeteilt, daß am Mittwoch im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz des Personalreferenten, Stadtrat Riemer, Verhandlungen mit den Vertretern der Sektion Spitalsärzte der Wiener Ärztekammer über Wünsche der Gastärzte eingeleitet wurden.

- - -

Gefährliche Kinder-Kalender

=====

7. Dezember (RK) Wie das Marktamt der Stadt Wien im Einvernehmen mit der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Wien mitteilt, werden seit kurzem Kinder-(Advent)Kalender verkauft, die stellenweise mit einem flitterartigen Glasstaub beklebt sind. Dieser Glasstaub ist leicht ablösbar und kann daher in die Augen, in den Mund und in die Atmungsorgane der Kinder gelangen. Es wird aufmerksam gemacht, daß der Verkauf dieser Waren wegen der Möglichkeit von Gesundheitsstörungen nach dem Lebensmittelgesetz verboten ist.

- - -

Wiener Jugendskilehrer in Hintermoos

=====

7. Dezember (RK) Heute abend fuhr eine Gruppe von Wiener Jugendskilehrern, die im Laufe des Winters Skikurse leiten werden, zu einem Fortbildungslehrgang nach Hintermoos in Salzburg ab. Dieser Lehrgang wird vom Landesjugendreferat der Stadt Wien in Verbindung mit dem Unterrichtsministerium veranstaltet. Er beinhaltet den Unterricht in Theorie, Praxis und Methodik nach dem neuesten österreichischen Skilehrplan. Der Kurs dauert bis einschließlich 14. Dezember.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 10./Dezember 1956

Blatt 2443

Aufnahme in die Krankenpflegeschulen

=====

10. Dezember (RK) Der Magistrat der Stadt Wien gibt bekannt, daß in dem im Jänner 1957 beginnenden Lehrgang zur Ausbildung von diplomierten Krankenpflegerinnen an den Schwesternschulen des Krankenhauses Lainz und der Krankenanstalt Rudolfstiftung noch Plätze frei sind und Aufnahmegesuche daher noch eingereicht werden können.

Zur Aufnahme in eine Krankenpflegeschule ist neben der österreichischen Staatsbürgerschaft, der Unbescholtenheit, der gesundheitlichen Eignung und dem Nachweis der absolvierten Haupt- oder Untermittelschule auch ein Mindestalter von 18 Jahren erforderlich.

Bewerberinnen, die sich dem Krankenpflegeberuf widmen wollen, können sofort in einer der genannten Anstalten ein Aufnahmegesuch mit einem 6 S Bundesstempel versehen, einreichen. Die Ausbildung ist kostenlos, Unterkunft und Verpflegung sowie Dienstkleidung werden von der Schule beigestellt. Die Pflegeschülerinnen erhalten während des 1. Jahrganges ein monatliches Taschengeld in der Höhe von 100 S, im 2. Jahrgang von 150 S und im 3. Jahrgang von 200 S.

Aufnahmegesuche sind zu richten: an die Direktion der Krankenpflegeschule des Krankenhauses Lainz, Wien 13, Wolkersbergengasse 1, oder an die Direktion der Krankenpflegeschule der Krankenanstalt Rudolfstiftung, Wien 3, Boerhaavegasse 8.

- - -

80. Geburtstag von Bruno Wahl

=====

10. Dezember (RK) Am 12. Dezember vollendet der ehemalige Direktor der Bundesanstalt für Pflanzenschutz und Universitätsprofessor für Zoologie Hofrat Dr. Bruno Wahl sein 80. Lebensjahr.

Ein gebürtiger Wiener, war er nach Absolvierung der wissenschaftlichen Studien als Assistent am Zoologischen Institut in Graz tätig und wurde anschließend an die heutige Bundesanstalt für Pflanzenschutz in Wien berufen, die er später 21 Jahre hindurch leitete. 1916 erfolgte seine Habilitierung an der Universität Wien. 1945 trat er in den Ruhestand. Sein spezielles Arbeitsgebiet war die Entomologie unter besonderer Berücksichtigung der Pflanzenschädlinge, deren genaue Kenntnis er verdienstvoll dazu verwertete, den Pflanzenschutz in Österreich systematisch auszubauen. Prof. Wahl, der Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie zahlreicher internationaler zoologisch-botanischer Gesellschaften ist, hat sich neben seiner umfangreichen praktischen und organisatorischen Wirksamkeit auch als wissenschaftlicher Autor betätigt. Von ihm stammen verschiedene Veröffentlichungen über Raupenkrankheiten, parasitäre Würmer und Waldschädlinge.

- - -

Gute Bilder - sehr gefragt

=====

10. Dezember (RK) Nach Abschluß der ersten Woche kann bereits gesagt werden, daß die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" heuer einem neuen Rekordergebnis entgegengieht. In der Zeit von 1. bis 9. Dezember wurden bereits 263 Bilder mit einem Erlös von 77.675 Schilling verkauft. Die bisherige Besucherzahl beträgt 17.545. Diese Zahlen wurden trotz oder gerade wegen der strengen Jurierung erreicht, denn im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren erst 152 Bilder mit einem Erlös von 45.825 Schillingen verkauft.

- - -

Düsseldorfer Spende für die Ungarnhilfe
=====

10. Dezember (RK) Von der Burgschauspielerin Hilde Mikulicz ist am Samstag ein Telegramm aus Düsseldorf eingelangt, worin sie mitteilte, daß sie mit einer Spende für die Ungarnhilfe auf dem Flugplatz in Schwechat eintrifft.

Der Leiter der Wiener Flüchtlingsfürsorge, Obermagistratsrat Dr. Ertl, begab sich auf das Flugfeld und empfing die Künstlerin, die eine große Zahl von neuen Bekleidungsstücken, gespendet von Düsseldorfer Künstlern, überbrachte. Frau Mikulicz wurde sodann in das ehemalige Brigittaspital geführt, wo mehr als 500 Flüchtlinge untergebracht sind. Sie verteilte dort die Spende an Bedürftige.

In Düsseldorf stehen ungefähr 40 Lastkraftwagen mit Spenden für die Ungarnhilfe bereit. Es ist auch ein Telegramm eingelangt, worin die Gemeinde Wien von diesem Transport verständigt wurde. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß ein namhafter Geldbetrag, der von der Düsseldorfer Bevölkerung für die Ungarnhilfe gesammelt wurde, überwiesen werden wird.

Bürgermeister Jonas hat der Künstlerin und allen Spendern den herzlichsten Dank übermittelt.

- - -

Beim Aufspringen verunglückt
=====

10. Dezember (RK) Heute früh, um 7.24 Uhr, ist in der Stadtbahnhaltestelle Schwedenplatz die 16jährige Schülerin Wilfriede Sattler, 1, Rotenturmstraße 19, beim Aufspringen auf einen aus der Haltestelle fahrenden Zug der Linie DG gestürzt und überfahren worden. Bei Stillstand des Zuges lag die Verunglückte unter der Plattform des ersten Beiwagens. Sie erlitt die Abtrennung des linken Oberschenkels sowie des rechten Unterschenkels und wurde vom städtischen Rettungsdienst in die I. Unfallstation gebracht. Der Verkehr auf der Stadtbahn war 16 Minuten gestört, die Wientalzüge wurden ab Meidlinger Hauptstraße über die Gürtellinie abgelenkt.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 10. Dezember

=====

10. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 20 Ochsen, 15 Stiere, 115 Kühe, 7 Kalbinnen (Inland), 8 Stiere (Jugoslawien). Neuzufuhren aus dem Inland: 251 Ochsen, 124 Stiere, 861 Kühe, 132 Kalbinnen, Summe 1368. Neuzufuhren Jugoslawien: 10 Stiere, Summe 10. Gesamtauftrieb: 271 Ochsen, 157 Stiere, 976 Kühe, 139 Kalbinnen, Summe 1543. Verkauft: 258 Ochsen, 155 Stiere, 968 Kühe, 138 Kalbinnen, Summe 1519. Unverkauft: 13 Ochsen, 2 Stiere, 8 Kühe, 1 Kalbin, Summe 24.

Preise: Ochsen 8.50 bis 11.30, extrem 11.50 bis 12.-; Stiere 10.- bis 11.70, extrem 11.80 bis 12.-, Kühe 7.20 bis 10.-, extrem 10.20 bis 10.50; Kalbinnen 9.60 bis 11.30, extrem 11.40 bis 11.80; Beinlvieh Kühe 6.- bis 8.20, Ochsen und Kalbinnen 7.30 bis 9.50.

Für Inlandrinder ermäßigte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 11 Groschen und erhöhte sich bei Stieren um 23 Groschen, bei Kühen um 37 Groschen und bei Kalbinnen um 4 Groschen. Beinlvieh verteuerte sich um 40 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise betragen demnach bei Ochsen 9.81 S, Stiere 10.74 S, Kühe 7.81 S, Kalbinnen 9.94 S; jugoslawische Stiere notierten von 10.- bis 11.20 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 11. Dezember 1956

Blatt 2447

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien im Stadtsenat

=====
Am Montag Beginn der Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus

11. Dezember (RK) Heute hat im Rathaus eine gemeinsame Sitzung des Wiener Stadtsenates und des Gemeinderatsausschusses für Finanzwesen stattgefunden. Es wurden der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt für 1955, der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1955, der Voranschlag der Bundeshauptstadt für das Jahr 1957 und die Wirtschaftspläne für das Jahr 1957 der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista behandelt. Berichterstatter waren der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen Resch und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

Die Beratungen des Wiener Gemeinderates über das Budget der Bundeshauptstadt für 1957 beginnen Montag, den 17. Dezember, im Gemeinderatssitzungssaal des Rathauses.

- - -

Prämierte Wiener Kleinbühne

=====

11. Dezember (RK) Dem Kleinen Theater im Konzerthaus wurde durch die Wiener Stadtverwaltung für den Monat Oktober eine Prämie von 3.000 Schilling für die Erstaufführung des Stückes "Othello von Salerno" der österreichischen Autoren Milo Dor und Reinhard Federmann zuerkannt.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Mittwoch, den 12. Dezember, anlässlich des 10jährigen Bestehens der logopädischen Arbeit in den städtischen Kindergärten die Vertreter der Presse zu einem Besuch in den Sonderkindergarten "Schweizer Spende" eingeladen sind. Bei dieser Gelegenheit wird ein Bericht über die Arbeit und den Erfolg der Logopädie gegeben werden.

Zusammenkunft: Mittwoch, den 12. Dezember, um 10 Uhr, diesmal direkt im Sonderkindergarten "Schweizer Spende", Wien 14, Auer Welsbach-Park. Erreichbar mit den Straßenbahnlinien 52, 58 und 10.

- - -

"Jugend am Werk" fünf Jahre im Zentralgebäude

=====

11. Dezember (RK) Mitte Dezember, vor fünf Jahren, wurde das von der Gemeinde Wien in der Grundsteingasse errichtete Zentralgebäude der Aktion "Jugend am Werk" seiner Bestimmung übergeben. Die alte Ottakringer Volksschule, die im Krieg schwer getroffen wurde, konnte mit beträchtlichen Mitteln wieder instandgesetzt und für die handwerkliche Schulung der Jugendlichen ausgestattet werden. Mit der Errichtung des Zentralgebäudes hat die Gemeinde Wien eine wichtige soziale Aufgabe erfüllt, die vor allem darin besteht, der schulentlassenen Jugend den Weg ins Berufsleben zu ebnen und zu erleichtern. Die Aktion "Jugend am Werk" war im Jahre 1951 vor ein besonders schwieriges Problem gestellt, da sie in den kommenden Jahren mit dem Ansturm der starken Geburtenjahrgänge der Kriegsjahre rechnen mußte. War die Zahl der schulentlassenen Buben und Mädels im Jahre 1951 in Wien mit 10.300 noch relativ klein, so ist sie Jahr für Jahr sprunghaft bis auf 26.000 Schulentlassenen im Jahre 1955 gestiegen.

Im Laufe des ersten Jahrfünftswurden in der Grundsteingasse 3.900 schulentlassene Buben und Mädels aufgenommen und größtenteils nach entsprechender handwerklicher Vorbereitung in Lehrstellen vermittelt. Das Zentralgebäude und seine Einrichtungen sind bereits weit über die Grenzen Österreichs bekannt. Sie wurden wiederholt als rühmliches Beispiel sozialer Arbeit im Dienste der Jugend hervorgehoben.

- - -

Kostenlose Beförderung von Kinderwagen auf der "Badner"
=====

11. Dezember (RK) Wie Stadtrat Dkfm. Nathschläger, der auch die A.G. der Wiener Lokalbahnen ressortmäßig zu betreuen hat, der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilt, werden ab nun auch auf der "Badner Elektrischen" zusammenklappbare Kinderwagen im Höchstmaß von 65 x 52 x 38 cm unentgeltlich befördert.

Die Beförderung der zusammenklappbaren Kinderwagen erfolgt auf der vorderen Plattform des führenden Triebwagens und ist aus technischen Gründen auf höchstens zwei Kinderwagen pro Zug beschränkt.

- - -

Wiener Landesregierung bewilligte neue Förderungsbeiträge
=====

11. Dezember (RK) Auf Antrag des Amtsführenden Stadtrates für Kultur und Volksbildung Mandl genehmigte heute die Wiener Landesregierung neue Förderungsbeiträge in der Gesamthöhe von 806.000 Schilling.

Die Gesellschaft für zeitgenössische Graphik erhält 3.000 Schilling. Sie bringt jährlich eine Mappe mit wertvollen Arbeiten von Graphikern verschiedener Kunstrichtungen heraus.

Der Arbeitsausschuß für Wien und Niederösterreich des Österreichischen Volksliedwerkes erhält 3.000 Schilling für den Ausbau seines Archives, das sich mit Volksmusik und dem Wiener Volkslied beschäftigt.

Die Wiener Konzerthausgesellschaft erhält neben der laufenden Subvention für 1956 nunmehr auch eine einmalige Zuwendung von 300.000 Schilling. Dieser Förderungsbeitrag wurde von der Wiener Landesregierung bewilligt, weil der Verein durch die jetzt im Konzerthaus durchgeführten Stromumschaltungen in eine schwierige finanzielle Lage geraten ist. Unter anderem müssen fünf Aufzüge umgebaut werden. Die im Zusammenhang mit der Umschaltung erforderlichen Umbauten waren aber unerläßlich, weil sonst die Fortführung des Betriebes unmöglich gewesen wäre.

Das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und das

Raimundtheater erhalten als "Dezember-Hilfe" je 200.000 Schilling. Das Theater in der Josefstadt hatte aber bereits vor einiger Zeit um ein à-conto von 100.000 Schilling ersucht, sodaß an diese Privatbühne nur mehr 100.000 Schilling ausgezahlt werden. Die drei Großbühnen wurden damit im Jahre 1956 einschließlich den Mitteln aus der Vergnügungssteuer von der Gemeinde Wien mit zusammen nicht weniger als 4,230.000 Schilling subventioniert.

- - -

Wann ist eine Wiener Wohnung überbelegt?

=====

Verordnung der Landesregierung zum Bundesgesetz über die

Vermietung freier Wohnungen

11. Dezember (RK) Das am 3. Dezember vom Nationalrat beschlossene Bundesgesetz über die Vermietung freier Wohnungen bestimmt, daß die Gemeinden Wohnungssuchende, die in ihrem Bereich zu wohnen genötigt sind oder durch zehn Jahre freiwillig gewohnt haben, auf deren Antrag als wohnungsbedürftig vorzumerken haben, wenn diese Wohnung seit mehr als einem Jahr überbelegt ist.

Die Landesregierungen müssen nunmehr durch Verordnungen bestimmen, wann eine Wohnung als überbelegt zu gelten hat. Auf Antrag des Amtsführenden Stadtrates für Wohnungswesen Glaserer hat heute die Wiener Landesregierung festgelegt, daß in Wien eine Wohnung (Wohnräume bei Untermieten) dann als überbelegt gilt, wenn die Zahl der Personen, die den Hausstand des Wohnungssuchenden bilden, die Zahl der von ihnen bewohnten Wohnräume um mehr als zwei (also um mindestens drei Personen) übersteigt.

- - -

Die Sicherung des Wald- und Wiesengürtels
=====Gemeinde Wien kauft drei Millionen Quadratmeter Schwarzenberg-
gründe um 14 Millionen Schilling

11. Dezember (RK) Die Gemeinde Wien bemüht sich ständig, der Bevölkerung den Wald- und Wiesengürtel zu erhalten. In Kriegs- und Nachkriegszeiten ist immer ein Teil dieses herrlichen Erholungsgebietes der Wiener durch das wilde Siedeln verlorengegangen. Wie sehr der Gemeinde Wien daran gelegen ist, der Bevölkerung ihr Reservoir an guter und würziger Luft zu sichern, geht aus dem Antrag hervor, den heute der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch in der Sitzung des Wiener Stadtsenates einbrachte. Es handelt sich um den Kauf von mehr als drei Millionen Quadratmetern Gründen aus dem sogenannten Schwarzenbergischen Besitz zwischen Neuwaldegg und Weidlingbach. Nach langwierigen Verhandlungen konnte der von den Anbietern ursprünglich sehr hoch gehaltene Preis auf 14 Millionen Schilling gesenkt werden.

Der geschlossene Grundkomplex fällt fast ausschließlich in den Bereich des Wald- und Wiesengürtels. Der große Vorteil ist dabei der, daß nunmehr in der Umgebung der Höhenstraße, an der Grenze zwischen Stadt und Land, ein geschlossener breiter Streifen vor einer künftigen Verbauung durch wilde Siedler gesichert ist. Auch das Gebiet nördlich davon ist bereits Eigentum der Stadtverwaltung. Das neuzuerwerbende große Stück des Wald- und Wiesengürtels fehlt heraus, um eine geschlossene Fläche prachtvoller Natur den Großstädtern zu sichern und der sonst ständig drohenden Gefahr der Verbauung zu entziehen. Der Vertrag besagt auch, daß innerhalb von 25 Jahren keine Umwidmung erfolgen darf. Stadtrat Afritsch schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß mit diesem großzügigen Kauf den Wünschen der Bevölkerung hinsichtlich der Sicherung des Wald- und Wiesengürtels weitgehend Rechnung getragen wird.

Neue Friedhofsordnung für Wien
=====

11. Dezember (RK) Die derzeit geltende Friedhofsordnung stammt aus dem Jahre 1920 und wird daher unserer Zeit nicht mehr gerecht. Sie ist auch nicht mehr ganz übersichtlich. Der Amtsführende Stadtrat für Baubehördliche Angelegenheiten Lakowitsch hat heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates den Entwurf einer neuen Friedhofsordnung der Stadt Wien eingebracht. Sie unterscheidet zwischen Haupt- und Wahlfriedhöfen und legt die Zuweisungsbereiche genau fest. Sie bestimmt, daß Gräber im allgemeinen bei Lebzeiten nicht abgegeben werden, sondern erst beim Tode. Damit soll verhindert werden, daß die rar gewordenen Grabflächen gehortet werden. Bei manchen Friedhöfen sind allerdings auch Ausnahmen möglich. Genau festgelegt sind auch die Benützungsrechte und deren Übergang auf die Erben. Die neue Friedhofsordnung enthält ferner Bestimmungen über die Höhe der Grabgedenkzeichen und über den Verkehr von Gewerbetreibenden auf Friedhöfen.

Ein besonderes Kapitel beschäftigt sich mit den Aufgaben und Pflichten des Friedhofspersonals, vor allem mit dem Verbot der Annahme von Trinkgeldern.

Die neue Friedhofsordnung wird voraussichtlich noch in diesem Monat dem Wiener Gemeinderat zur Beratung vorliegen. Wird sie noch heuer beschlossen, dann tritt sie mit 1. Jänner 1957 in Kraft. Selbstverständlich bleiben alle früher geschlossenen Verträge über Benützungsrechte der Grabstätten von der neuen Friedhofsverordnung unberührt.

- - -

Neuer Jugendspielplatz in Simmering
=====

11. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Mandl bewilligte heute der Wiener Stadtsenat die Errichtung eines neuen öffentlichen Jugendspielplatzes in Simmering, Werkstättenweg. Nach dem Entwurf des Stadtgartenamtes sollen auf dem dort befindlichen 3.500 Quadratmeter großen gemeindeeigenen Grundstück ein Ballspielplatz für die größeren Kinder und ein Kleinkinderspielplatz angelegt werden. Die Kosten für den Bau des neuen Jugendspielplatzes betragen 160.000 Schilling. **Mit dem Bau des Spielplatzes soll noch heuer begonnen werden.**

- - -

Schweinehauptmarkt vom 11. Dezember
=====

11. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: Polen 91, Rumänien 75. Neuzufuhren: Inland 4.359, Polen 578, Rumänien 2.320, Jugoslawien 1.056, Bulgarien 553. Gesamtauftrieb: 9.632. Unverkauft: Rumänien 125, Jugoslawien 84, Bulgarien 195. Verkauft: 9.218.

Preise: Extremware 17.20 bis 17.60 S Schlachtgewicht, 1. Qualität 13.70 bis 14 S, 2. Qualität 13.50 bis 13.70 S, 3. Qualität 12.90 bis 13.40 S, Zuchten 11 bis 12.50 S, Altschneider 10 bis 11 S. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine ermäßigte sich um zwei Groschen pro Kilogramm und beträgt demnach 13.62 S. Polnische Schweine: 12.80 bis 13.80 S. Jugoslawische Schweine: 12.60 bis 13.70 S. Rumänische Schweine: 12.50 bis 13.50 S. Bulgarische Schweine: 12.80 bis 13.70 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 12. Dezember 1956

Blatt 2454

Ehrung von Dienstjubilaren

12. Dezember (RK) Heute vormittag fand im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses wieder eine Ehrung von Dienstjubilaren der Gemeinde Wien statt. 19 städtische Bedienstete, darunter vier von den Städtischen Unternehmungen, die auf eine 40jährige Dienstzeit zurückblicken können, waren Gegenstand der Ehrung, an der Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Bauer, Dkfm. Nathschläger, Riemer und Thaller sowie Magistratsdirektor Dr. Kinzl teilnahmen.

Stadtrat Riemer hob in seiner Ansprache hervor, daß immer mehr Frauen unter den Dienstjubilaren zu finden sind. In manchen Zweigen der Verwaltung kann man sich heute die Arbeit ohne die Mithilfe der Frauen gar nicht mehr vorstellen. Stadtrat Dkfm. Nathschläger würdigte den großen Anteil der öffentlich Bediensteten am Aufbau unserer Stadt. Im Namen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sprach deren Zweiter Vorsitzender Gemeinderat Schiller.

Bürgermeister Jonas übermittelte den Dienstjubilaren im Namen der Wiener Gemeindeverwaltung seine Glückwünsche. Die öffentlich Angestellten, so hob er hervor, müssen dessen eingedenk sein, daß ihre Arbeit, daß die große Organisation einer Gemeindeverwaltung für alle Bedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen hat. In den 55.000 aktiven Bediensteten, die bei der Gemeinde Wien beschäftigt sind, spiegelt sich das Leben unserer Stadt wieder. Der Bürgermeister dankte abschließend den Dienstjubilaren, daß sie in diesen 40 Jahren ihr Können und Wissen immer dafür eingesetzt haben, um für die Bevölkerung von Wien das Beste zu erreichen.

Die Feier wurde mit Musik von Wolfgang Amadeus Mozart, ausgeführt vom Quartett des Konservatoriums der Stadt Wien, umrahmt.

Pferdemarkt vom 11. Dezember

=====

12. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 265 Pferde, davon 44 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 250, als Nutztiere 8 verkauft, unverkauft blieben 7.

Herkunft der Tiere: Wien 5, Niederösterreich 107, Oberösterreich 64, Burgenland 27, Steiermark 26, Kärnten 26, Salzburg 10.

Preise: Fohlen 9.- bis 11.30 S, 1. Qualität 5.65 bis 6.20 S, Extremware 6.50 bis 7.- S, 2. Qualität 5.10 bis 5.60 S, 3. Qualität 4.70 bis 5.- S.

Der Marktverkehr war lebhaft. Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Pferden um 11 Groschen pro Kilogramm, bei Fohlen um 46 Groschen pro Kilogramm. Durchschnittspreise: Pferde 5.20 S, Fohlen 10.57 S.

- - -

Arbeitsgemeinschaft der Direktoren österreichischer
 =====

Stadtwerke gegründet
 =====

12. Dezember (RK) Heute wurde im Ringturm die erste Versammlung der Arbeitsgemeinschaft der Direktoren österreichischer Stadtwerke abgehalten. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft wurde vor kurzem im Rahmen des Österreichischen Städtebundes beschlossen. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, die Beratungsgrundlagen des Fachausschusses für Kommunalwirtschaft zu vertiefen und zu verbreiten; neben der gegenseitigen fachlichen Beratung der Direktoren in allen wirtschaftlichen, organisatorischen und technischen Fragen der Stadtwerke strebt die Arbeitsgemeinschaft auch eine innigere Verbindung mit den Betrieben der kleineren Gemeinden an.

Dem Präsidium der Arbeitsgemeinschaft gehören an: die Generaldirektoren Frankowski (Wien), Dipl.Ing. Seindl (Graz) und Dipl.Ing. Egger (Innsbruck). Geschäftsführer ist Direktor Dipl.Ing. Pröbsting (Wien).

- - -

Wien ebenso bekannt wie London oder Paris
 =====

Japanische Journalisten im Wiener Rathaus

12. Dezember (RK) Die Gruppe japanischer Journalisten, die zur Zeit in Wien weilt, wurde heute mittag im Rathaus von Bürgermeister Jonas empfangen. Von Seiten der Stadtverwaltung waren Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger und die Stadträte Bauer, Glaserer, Mandl, Dkfm. Nathschläger und Riemer sowie der Geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Dr. Zechner erschienen. Die Gäste hatten bereits am Vormittag auf Einladung des Wiener Bürgermeisters Gelegenheit, interessante Baudenkmäler der inneren Stadt, aber auch die neue Opernpassage, die Per Albin Hansson-Siedlung mit Kindergarten und Volksheim, die städtischen Wohnhausanlagen Am Schöpfwerk und Steinitzhof mit

den Heimstätten für alte Leute und die Baustelle der Wiener Stadthalle zu besichtigen.

Bürgermeister Jonas stellte in einer herzlichen Ansprache fest, daß es überhaupt zum ersten Male ist, daß japanische Journalisten das Wiener Rathaus besuchen. Er machte die Delegation, die morgen eine Besichtigungsfahrt durch das Gebiet an der ungarischen Grenze machen wird, auf die herrschende schwierige Situation aufmerksam. Als wir vor einem Jahr den Staatsvertrag erhielten, hofften wir auf eine lange Periode der Ruhe und des Friedens. Diese Hoffnung ist leider wieder genommen worden. 130.000 Flüchtlinge sind aus einem kleinen Land in ein anderes kleines Land gekommen. Wir sind von den Ereignissen in zweierlei Hinsicht tief beeindruckt: erstens aus menschlichen Gründen; deshalb wollen wir uns auch bemühen, die Not, so weit es unsere Kräfte erlauben, zu lindern. Der andere Grund ist der, daß wir, die wir selber durch mehr als zehn Jahre militärisch besetzt waren, mit Entsetzen sehen müssen, wie in unserem Nachbarland die Sehnsucht nach der Freiheit mit Gewalt abgewürgt wird. Wir sind entsetzt über den Rückfall in die Barbarei!

Der Bürgermeister schloß mit der Bitte, daß die japanischen Journalisten ihre Eindrücke, die sie hier in Wien, in ganz Österreich und an der Grenze empfangen, ihren Landsleuten wahrheitsgetreu schildern. Sie mögen auch der japanischen Bevölkerung die Gefühle der Österreicher übermitteln, nämlich den Wunsch, daß es gelingen möchte, den Frieden zu erhalten, um nicht neuerlich eine Katastrophe über die Menschheit hereinbrechen zu sehen. Er bat auch, allen ihren Lesern die herzlichsten Grüße der Bevölkerung zu übermitteln.

Im Namen der japanischen Gäste sprach der Vertreter der japanischen Radio- und Fernsehgesellschaft, Tadashi Yoshida. Er dankte herzlich für die freundliche Einladung nach Wien. Dadurch sei eine große Sehnsucht in Erfüllung gegangen, denn Österreich sei ein Land, das von den Japanern wohl am meisten geliebt wird. Wien ist in mancher Hinsicht in Japan ebenso bekannt wie London oder Paris. Der Name Wien verbindet sich mit

Künstlerischem und mit der Dichtung, also mit Werten, die die Japaner im Herzen tragen. Diese Verwandtschaft ist aus zweierlei Gründen erklärlich: die Japaner befinden sich ebenso wie die Österreicher in der Mitte der Gegensätze von Ost und West. Die Ereignisse in Ungarn erinnern an die Ereignisse in Korea.

Eine erstaunliche Ähnlichkeit zwischen Japan und Österreich gebe es auch hinsichtlich des Gefühlslebens und der Gemütlichkeit. Der Schönheitssinn der Japaner in seiner Schärfe und Feinheit sei nur mit dem der Wiener zu vergleichen.

- - -

Tödlicher Unfall im Umspannwerk Favoriten

=====

12. Dezember (RK) Heute vormittag geriet der 49jährige Hilfsarbeiter Karl Velisek bei Reinigungsarbeiten im Umspannwerk Favoriten in den 30.000 Volt-Spannungskreis und verunglückte dabei tödlich.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 13. Dezember 1956

Blatt 2459

Neuer Wohnungstausch-Anzeiger erschienen

=====

13. Dezember (RK) Die neue Nummer des "Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers", die soeben erschienen ist, enthält auf 32 Seiten Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken. In Spezialrubriken werden ferner Tauschangebote mit Hauswartwohnungen und aus den Bundesländern veröffentlicht. In einem einleitenden Aufsatz beschäftigt sich der Leiter des Tauschreferates Holubarz mit den Möglichkeiten, einen Tauschpartner zu finden.

Die neue Nummer des Wohnungstausch-Anzeigers ist in den Wiener Trafiken sowie im Tauschreferat der Gemeinde Wien, 1, Rathausstraße 2, erhältlich.

Eine Einschaltung für die nächste Nummer, die am 24. Jänner 1957 erscheint, kann bis spätestens 12. Jänner im Tauschreferat vorgenommen werden.

- - -

Das Programm der Wiener Festwochen 1957

=====

13. Dezember (RK) Das Programm der Wiener Festwochen 1957 steht nun bereits fest. Stadtrat Mandl wird darüber auf Einladung des Österreichischen Presse-Clubs morgen, Freitag, den 14. Dezember, um 15 Uhr, im Presse-Club eine Pressekonferenz abhalten.

- - -

Schöner Erfolg der Photoschau des Liesinger Heimatmuseums
=====

13. Dezember (RK) Das Liesinger Heimatmuseum führte nach eingehender Vorbereitung einen Photowettbewerb unter dem Motto "Erkenne deine Heimat" durch. Der Wettbewerb fand regen Anklang bei der Liesinger Bevölkerung. 120 Einsender legten 480 durchwegs weit über den Durchschnitt zu wertende Bilder vor. Die Photoschau, die als Ergebnis des Wettbewerbes im Liesinger Amtshaus gezeigt wurde, hatte in 14 Tagen 2.200 Besucher. Ergänzt wurde die Schau durch die Neuerwerbungen des Liesinger Heimatmuseums. Zum Abschluß der Ausstellung fand im Festsaal des Amtshauses die Preisverteilung statt, bei der wertvolle Photopreise verteilt wurden.

- - -

Zweites Konzert im Abonnementzyklus für Schüler
=====

13. Dezember (RK) Im Rahmen des vom Amt für Kultur und Volksbildung der Stadt Wien gemeinsam mit dem Theater der Jugend veranstalteten Abonnementzyklusses für Schüler der Haupt- und Mittelschulklassen findet Mittwoch, den 19. Dezember, um 15.30 Uhr, im Großen Musikvereinssaal das zweite Konzert statt. Die Wiener Symphoniker unter Leitung von Kurt Richter und der junge Geiger Hans Bauer spielen die Ouvertüre zu Emil Nikolaus von Rezniceks Oper "Donna Diana", den 3. Satz aus dem Violinkonzert von Max Bruch, das Scherzo capriccioso von Anton Dvorak und die 8. Symphonie von Ludwig van Beethoven.

Restliche Konzertkarten sind im Theater der Jugend, 1, Hofburg, Batthianystiege, Telephon R 28-0-33, erhältlich.

- - -

Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtswesen bewilligt 150.000 S

=====
für Krebsforschungsinstitut
=====

13. Dezember (RK) Ein heute vom Wiener Gemeinderatsausschuß für das Wohlfahrtswesen gefaßter Beschluß hat zur erfreulichen Folge, daß wieder einmal eine ansehnliche Geldsumme in die Kasse des Österreichischen Krebsforschungsinstitutes fließt. Das Institut erhält als Förderungsbeitrag 150.000 Schilling aus den Erträgen der Haussammlungen zugunsten der Tuberkulosekranken und Bresthaften.

- - -

Sprachbehandlung in den städtischen Kindergärten

=====
Gehemmte Kinder lernen noch vor der Schule richtig sprechen

13. Dezember (RK) Das Kindergartenwesen der Stadt Wien hat nach dem zweiten Weltkrieg einen bedeutsamen Aufschwung genommen. Nicht nur die nach den modernsten Grundsätzen der Architektur gebauten Kindergartenobjekte, die in den meisten Fällen in Parkanlagen hineingestellt wurden, sondern auch der Kindergartenbetrieb selbst konnte in jeder Hinsicht vorteilhaft neugestaltet werden.

In sozialer und pädagogischer Richtung nimmt auch die logopädische Behandlung der Kleinkinder einen wichtigen, wenn auch von der Öffentlichkeit kaum beachteten Platz ein. Der Zentralinspektor der städtischen Kindergärten der Stadt Wien Dr. Kothbauer zusammen mit den beiden leitenden Logopädinnen, die sich seit zehn Jahren mit sprach- und stimmgestörten Kleinkindern in den städtischen Kindergärten beschäftigen, informierten die Vertreter der Presse über ihre interessanten Arbeitsmethoden und auch über die Erfolge, die auf diesem Gebiet in Wien erzielt wurden.

Im fünften Lebensjahr ist die Sprachentwicklung des Kindes in den meisten Fällen bereits abgeschlossen. Bei den jährlich unter allen fünfjährigen Kindergartenkindern durchgeführten Reihenuntersuchungen wird für jedes Kind von den Logopädinnen ein genauer

Sprachbefund ausgearbeitet. Werden nun noch Entwicklungsrückstände oder sonstige Sprachfehler entdeckt, so beginnen die Logopädinnen mit einer speziellen Sprachheilbehandlung. Diese hat den Zweck, Sprachfehler im Interesse der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes noch vor Schuleintritt zu beheben.

Die Sprachuntersuchungen werden im wesentlichen nach folgenden Gesichtspunkten durchgeführt: Feststellung aller Arten der Sprachfehler (Stammeln, Stottern, Agrammatismus, Näseln), der sprachlichen Ausdrucksmöglichkeit, des Wortschatzes und der Begriffsbildung. Unter anderem werden auch Störungen in der Aufmerksamkeit beachtet. Dabei muß ermittelt werden, ob sie durch äußere Einflüsse oder durch konstitutionelle Schädigungen entstanden sind, also durch Gehörschädigungen oder eine oft nicht erkannte Ursache von Entwicklungshemmungen und Erziehungsschwierigkeiten. Das sprachgestörte Kind bedarf überhaupt oftmals aus vielen Gründen einer heilpädagogischen Erfassung, sind doch diese Kinder eben auch sehr häufig, in ihrer geistigen und seelischen Entwicklung gehemmt und Schädigungen in ihrer Charakterentwicklung ausgesetzt. Die Arbeit der Kleinkinder-Logopädin ist daher auf Grund der vielen und notwendig zu beobachtenden Aspekte sehr schwierig.

Die Sprachbetreuung in den städtischen Kindergärten begnügt sich jedoch nicht allein mit der Heilung von Sprach- und Sprechstörungen. So wurde im Sonderkindergarten im Auer Welsbach-Park eine Beratungsstelle geschaffen, die auch anderen Eltern von sprachgestörten Kleinkindern frei zugänglich ist. In Kindergärten, die weit ab vom Sonderkindergarten liegen, werden "fliegende Beratungsstellen" abgehalten.

Die Ergebnisse der Reihenuntersuchungen in den städtischen Kindergärten aus den letzten Jahren ergeben immer wieder fast das selbe Bild: 25 Prozent der untersuchten Kinder weisen Sprachstörungen auf. Schon diese Tatsache beweist, wie wichtig die Arbeit der Logopädinnen ist und welche Bedeutung der Früherfassung des sprachgestörten Kindes zukommt. Die Behandlung der sprachgestörten Kleinkinder ist erfreulicherweise von Erfolg begleitet, der sich von Jahr zu Jahr steigert. Der Heilerfolg betrug in den letzten Jahren volle 50 Prozent, bei 25 Prozent wurde eine wesentliche Besserung erzielt. Bei den restlichen 25 Prozent konnte aus ./.

verschiedenen Ursachen kein besonderer Erfolg festgestellt werden.

Durch Vorträge und Unterweisungen der Kindergärtnerinnen auch außerhalb des städtischen Kindergartenwesens haben die Wiener städtischen Logopädinnen ansehnliche Pionierarbeit geleistet. So haben bisher alle in Wien und in den Bundesländern tätigen Kindergärtnerinnen, die sich mit sprachgestörten Kindern beschäftigen, eine praktische Ausbildung in den Kindergärten der Stadt Wien erhalten.

Die Arbeit der städtischen Kleinkinder-Logopädinnen kann sich nicht auf allzulange Erfahrungen stützen. Diese müssen immer wieder aus der täglichen Praxis erworben werden. Das gilt auch für die Hilfsmittel, die für die Beseitigung von Sprachfehlern notwendig sind. In den städtischen Kindergärten haben die Logopädinnen eine Reihe von geeigneten, der Intelligenzstufe des Kleinkindes angepaßten Behelfsmitteln "erfunden". Vor allem das phonetische Bilderbuch, das eine unauffällige Überprüfung der Sprache ermöglicht, ist zu einem unentbehrlichen Helfer bei den Reihenuntersuchungen und später bei der Heilung geworden. In der Spielzeugkiste der Logopädin findet man viele unscheinbare Dinge, wie Phiolen, Bälle, Schnüre usw., denen allen in der Therapie für Sprachgestörte wichtige Funktionen zukommen.

- - -

Die Preisträger 1956 der Dr. Karl Renner-Stiftung
=====

13. Dezember (RK) Zum sechsten Male erfolgt heuer die Verleihung der Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung, deren Errichtung der Wiener Gemeinderat anlässlich des 80. Geburtstages des verewigten Bundespräsidenten beschlossen hat. Die Renner-Preise werden für besondere Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Welcher Art die Verdienste sein müssen, ist in dem Statut der Stiftung genau festgelegt. Die Renner-Preisträger erhalten Diplome und die Verleihung wird im Stiftungsbuch verzeichnet. Mit den Renner-Preisen sind aber auch Geldwidmungen verbunden, die im Einzelfall nicht weniger als 10.000 Schilling betragen sollen. Auf die Verleihung wurde satzungsgemäß in der "Rathaus-Korrespondenz" und im "Amtsblatt der Stadt Wien" aufmerksam gemacht. Die Vergebung der Preise erfolgt durch den Bürgermeister auf Grund des Vorschlages eines Kuratoriums, dem er selbst als Vorsitzender, beide Vizebürgermeister, der Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung sowie sechs Vertreter des zuständigen Gemeinderatsausschusses angehören. Mit der Stiftung wurde eine Form der Ehrung gefunden, die in ihrer Art einmalig ist und kein Gegenstück hat. Schafft sie doch die Voraussetzung, dem schweigenden Verdienst, ohne Ansehung der Person, des Standes und des Ranges, die ihm gebührende Anerkennung zu zollen. Nach den für sie geltenden Bestimmungen unterliegt der hochgestellte Würdenträger der gleichen Beurteilung und Wertung wie der Angehörige der namenlosen Menge, der in seinem stillen, bescheidenen Wirkungskreis besondere Leistungen setzt. Stand die Verleihung des Vorjahres im Zeichen des Staatsvertrages und der Wiederherstellung der vollen Souveränität Österreichs, so zeigt sie heuer alle Möglichkeiten der Stiftung, besondere soziale Leistungen in einem Querschnitt darzustellen.

Das Kuratorium hat vier Personen und eine Personengemeinschaft zu Preisträgern vorgeschlagen. Der Bürgermeister hat diesen Vorschlag genehmigt.

Die feierliche Preisverteilung findet im Jänner im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses statt. Der Feier werden

der Bundespräsident, Mitglieder der Bundesregierung, Vertreter des Diplomatischen Corps und prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beiwohnen.

Die Träger der Renner-Preise für 1956 sind:

Hans Hirsch, der Obmann des Kriegsblindenverbandes, wurde am 24. Mai 1898 in Wien geboren, leistete nach Absolvierung des Gymnasiums Kriegsdienst und verlor an der italienischen Front im Sukanatal das Augenlicht und beide Hände. In jungen Jahren einer aussichtslosen Zukunft gegenübergestellt, ließ er aber nicht den Mut sinken, sondern entfaltete trotz schwerster körperlicher Behinderung eine außerordentliche Aktivität und gab durch seine Arbeit ein bemerkenswertes Beispiel sozialer Tatbereitschaft. Am 12. Mai 1919 wurde der Verband der Kriegsblinden Österreichs gegründet und Hirsch zu seinem Obmann gewählt. Er behielt diese Funktion nach freier Wahl ohne Unterbrechung bis 1934, stellte aber auch in der Folge sein ganzes Können der Organisation zur Verfügung. 1938 erfolgte die Auflassung des Verbandes, dessen Mitglieder in die NSKÖV, Fachabteilung erblindeter Kriegsteilnehmer übergeleitet wurden. Hirsch war aus rassischen Gründen davon ausgeschlossen und mußte während der Zeit des Nationalsozialismus viel Schweres erdulden. Aber noch während der Kämpfe um Wien nahm er seine im Jahre 1919 begonnene Tätigkeit wieder auf und widmete seine ganze Kraft und Erfahrung dem Wiederaufbau des Verbandes, den er seither ohne Unterbrechung erfolgreich leitet. So hat er in Ausübung vieler Funktionen selbstlos und uneigennützig mitgewirkt, daß viele gesetzliche Maßnahmen im Rahmen des staatlichen Fürsorgewesens zugunsten der ärmsten Opfer des Krieges getroffen wurden. Seiner persönlichen Initiative ist unter anderem zu danken, daß für die Kriegsblinden Erholungsheime errichtet wurden. Auch die 1951 gegründete Kriegsblindenheimstätten-Gesellschaft, die den Invaliden eigene Heime baut, geht auf ihn zurück. Zur Beschaffung der notwendigen Mittel für die erfolgreiche Arbeit des Verbandes führte er schon lange vor 1938 die sich alljährlich wiederholende Wertlotterie und andere Aktionen ein, wie die seit 1950 abgehaltene Konzertakademie am 16. Dezember, dem Geburtstag Beethovens, deren Programm ausschließlich von den Wiener Philharmonikern bestritten wird und deren Reinertragnis den Kriegsblinden

zufließt. Hans Hirsch hat kein geringes Werk geschaffen. Selbst von einem schweren Schicksal getroffen, ist er darunter nicht zusammengebrochen, sondern hat dafür gesorgt, daß seine Leidensgefährten ihr Los leichter tragen können und Freude am Leben fanden.

Franz Lagler, am 22. Dezember 1932 in Felbring, Bezirk Krems, N.Ö., im Jauerlinggebiet als Sohn eines Bergbauern geboren, der aus erster Ehe neun Kinder hat, die sich alle am Leben befinden, erlernte in Maria-Laach das Schneiderhandwerk und war in dem gleichen Betrieb auch als Geselle tätig. 1955 wurde er als Hilfsarbeiter in den Steyrer-Werken beschäftigt und fand im Oktober d.J. als Tankwart einer Benzinfirma Verwendung. Er wohnt in Lang-Enzersdorf in sehr bescheidenen Verhältnissen und genießt wegen seiner Verlässlichkeit das besondere Vertrauen seines Chefs sowie wegen seines ruhigen, verträglichen und hilfsbereiten Wesens die Sympathie seiner Kollegen. Am 19. Oktober arbeitete er mit sechs anderen Personen auf dem Bahnhof Jedlesee und verhütete durch sein unerschrockenes Verhalten ein Explosionsunglück, das katastrophale Folgen gezeitigt hätte. Er warf sich ohne Bedenken in die Flammen einer brennenden Benzin-Handpumpe, die zwischen einem Tankwagen und einem mit Benzin gefüllten Kesselwagen hochschlugen. Mit einer Hand schützte er sein Gesicht, mit der anderen drehte er das Ventil des Kesselwagens ab. Dann lief er mit brennenden Kleidern weiter. Er erlitt schwere Brandwunden, deren Heilung einen langen Spitalsaufenthalt in der Klinik Wiedmann erfordern. Die Explosion des Tankwagens hätte auch die Fahrgäste eines eben einlangenden Personenzuges schwerst betroffen. Franz Lagler repräsentiert den wertvollen Menschen der Gemeinschaft, der sich im Augenblick der persönlichen Entscheidung, ganz auf sich gestellt, bewährt und ohne zu zögern, das Richtige tut, selbst wenn es zu seinem Schaden ausschlägt. Während andere in der gefährlichen Situation nur an sich dachten und davonliefen, um ihr Leben zu retten, handelte er ohne Rücksicht auf die Folgen und wurde dadurch zu einem echten Helden des Alltags.

Ing. Fritz Morawec, der Leiter der Österreichischen Himalaya-Karakorum-Expedition 1956, wurde am 27. April 1922 in Wien geboren und erlernte das Handwerk eines Kraftfahrzeugmechanikers. Schon während seiner Lehrzeit ein geübter Bergsteiger, bewährte

er sich in seinem Betrieb so, daß er ein Stipendium zum Besuch der Ingenieurschule erhielt. Nach Abschluß der Fachstudien rückte er, da er im Bergrettungsdienst ausgebildet war, zu den Gebirgstruppen ein. 1946 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, wurde er im Inspektionsbezirk St. Pölten als Gewerbeinspektor eingestellt. Seit 1948 wirkte er als Berufsschullehrer an der Fortbildungsschule in der Mollardgasse, die er schon als Lehrling besucht hatte. In seiner Freizeit unternahm er allein und als Führer von Jugendgruppen weite Bergwanderungen und dehnte seine Fahrten allmählich auch auf das Ausland, vor allem auf die Westalpen, aus. 1954 nahm er an der von der Österreichischen Himalaya-Gesellschaft veranstalteten Expedition teil, ein Jahr später wurde er vom Touristenverein "Die Naturfreunde" mit der Führung der Afrika-Ruwenzori-Expedition betraut. Diese wurde in voller Erfolg und führte zur Ersteigung von 27 über 5.000 m hohen Gipfeln, von denen fünf auf neuen Wegen bewältigt wurden. Darnach wagte er sich an sein bisher größtes Unternehmen, die Bezwingung des 8.035 m hohen Gascherbrum II. In der kurzen Zeit von fünf Monaten wurde die Expedition vorbereitet, die in bergsteigerisches Neuland führte, einen weiten Anmarschweg erforderte, große technische Schwierigkeiten, besonders im Steileis, aufwies und mit bescheidenen finanziellen Mitteln das Auslangen finden mußte. Am 7. Juli 1956 konnten drei Mitglieder der Bergsteigergruppe auf dem höchsten Punkt den österreichischen und pakistanischen Wimpel hissen. Damit wurde der dritte über 8.000 m hohe Berg der Welt von Österreichern bezwungen. Am 19. Juli erstiegen drei Angehörige des Teams einen 7.729 m hohen Berg, der den Namen "Austria-Peak" (Österreich-Spitze) erhielt. Auch auf wissenschaftlichem Gebiet wurde wertvolle geologische, höhenphysiologische und ethnologische Arbeit geleistet. Durch die erfolgreiche Zusammenarbeit der Expedition wurde Österreich die erfolgreichste Himalaya-Nation der Welt.

Der Vertreter Österreichs in Ungarn a.o. Gesandter und bevollmächtigter Minister Dr. Walter Peinsipp wurde am 27. Februar 1906 in Erzingen-Baden geboren, widmete sich in Innsbruck, Prag und Wien als Werkstudent der Rechtswissenschaft und begann seine berufliche Tätigkeit 1931 als Redakteur der "Lienzer Nachrichten" sowie als Mitarbeiter in- und ausländischer Blätter. Seit 1934

im staatlichen Dienst, wurde er 1938 entlassen und war bis zu seiner 1942 erfolgten Einberufung zum Wehrdienst in der Privatwirtschaft tätig. 1946 baute er die österreichische Handelskammer in der Schweiz auf, deren leitender Sekretär er in Zürich bis 1947 war. Im gleichen Jahr trat er in den auswärtigen Dienst und wurde der österreichischen Gesandtschaft in Bern zugeteilt. 1948 erfolgte seine Ernennung zum österreichischen Konsul in Zürich, 1951 zum Generalkonsul. Anschließend war er Referatsleiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten. 1952 wurde er Geschäftsträger der österreichischen Gesandtschaft in Ottawa, von wo er am 30. Jänner 1956 als a.o. Gesandter und bevollmächtigter Minister nach Budapest transferiert wurde. Dr. Walter Peinsipp, der Typus des modernen Diplomaten österreichischer Schule, zog in der Stunde der Entscheidung nicht das Reglement zu Rate, sondern folgte der Stimme seines Herzens und bewies durch sein persönliches Verhalten während der ungarischen Volkserhebung, daß das Vorurteil, das die Öffentlichkeit seinem Beruf im Auf und Ab der Weltpolitik mitunter entgegenbringt, unberechtigt ist. Während schwere Straßenkämpfe tobten und die Ereignisse sich überstürzten, stellte er fünf Konvois zusammen und setzte sich mit seinem eigenen Wagen ohne militärischen Schutz an die Spitze der Züge, um Kinder, Frauen und Männer aus der Gefahrenzone zu bringen. Weiters organisierte er die Hilfslieferungen aus Österreich und sorgte in eigener Person für die Verteilung an Kranke, Hungernde und Verwundete. Durch den von ihm eingerichteten Straßenberatungsdienst, den später, seinem Beispiel folgend, andere Diplomaten mitbenützten, erhielten 800 in Budapest weilende Österreicher, aber auch Staatsbürger fremder Nationalität, die Möglichkeit, Ungarn zu verlassen.

Alles, was Dr. Peinsipp bis zur Einstellung der Kampfhandlungen für seine Landsleute, aber auch für die Angehörigen anderer Staaten und vor allem für die ungarische Bevölkerung getan hat, gereicht ihm und seinem Vaterland zu hoher Anerkennung.

Die Männer von Kaprun: Der Plan, aus dem Tauernmassiv elektrische Energie zu gewinnen, bestand schon seit Jahrzehnten. Aber erst nach dem Ende des letzten Krieges wurden die Arbeiten von der Alpen-Elektrowerke A.G. in einer dem gewaltigen Vorhaben angemessenen Weise durchgeführt. 1946 übernahm ein Baukomitee, das aus

Vertretern des Bundes, der Länder Wien, Oberösterreich und Salzburg bestand, die oberste Verantwortung für den Ausbau der Kraftwerksanlagen im Kapruner Tal. Nur unter den größten Schwierigkeiten konnten angesichts der damaligen politischen und wirtschaftlichen Situation Kräfte bereitgestellt werden, die für die gefährliche Arbeit im Hochgebirge geeignet waren. 1947 wurde die Tauernkraftwerke A.G. gegründet, um die seit langem projektierte Kraftwerksgruppe Glockner-Kaprun zu erbauen. Ihr gelang es, alle Bauwerke der Hauptstufe einschließlich der elektrischen und maschinellen Einrichtungen in einem entsprechend den sich festigenden Verhältnissen immer schnelleren Tempo zu vollenden. Hing doch von dem großzügigen und raschen Ausbau der österreichischen Elektrizitätsversorgung der Wiederaufstieg des Gewerbes und der Industrie ab, so daß die Fertigstellung der Anlage für die gesamte Wirtschaft des Landes zur Existenzfrage wurde. Die Hauptaufgabe war die Errichtung der Staumauer Limberg in einer Seehöhe von 1.600 m, der größten Talsperre Österreichs. 1948 wurde mit dem Felsausbruch für die 120 m hohe Mauer begonnen, die bereits im September 1951 durch den Bundespräsidenten feierlich in Betrieb genommen werden konnte. Dann folgten die Errichtung des 12 km langen Möllstollens vom Stausee am Fuße der Glockner-Pasterze und der restlichen drei Maschinensätze im Krafthaus Kaprun. In die nächste Phase fielen der Bau des Moserbodenspeichers, der in einer Höhe von 2.000 m liegt, der beiden Talsperren Moserboden- und Drossensperre, des dazugehörigen Krafthauses mit zwei Maschinensätzen und der entsprechenden Stollen. Natur und Klima verlangten allen an diesem gesamtösterreichischen Anliegen direkt Beteiligten das letzte ab und forderten auch Menschenleben. Im Dezember 1955 fielen 15 Bauarbeiter einer Lawinenkatastrophe zum Opfer, andere verunglückten an ihren oft weit auseinanderliegenden Einsatzstellen, den hochalpinen Wetter ausgesetzt, tödlich oder erlitten schwere Verletzungen.

Nach Bewältigung vieler fachlicher, organisatorischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme entstand im Dienste der Allgemeinheit ein technisches Meisterwerk gemeinsamen Schaffens, das

Österreich im In- und Ausland zum Ruhme gereicht und als Sinnbild seines festens Glaubens an eine Zukunft in Frieden und Wohlstand gelten kann. Im Jahre 1956 finden die Hauptarbeiten ihren Abschluß. Aus diesem Anlaß wurde den beim Bau beschäftigten Arbeitern und Angestellten ein Preis der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen. Der auf die Männer von Kaprun entfallende Geldanteil beträgt 60.000 Schilling.

- - -

Rindernachmarkt vom 13. Dezember
=====

13. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 13 Ochsen, 2 Stiere, 8 Kühe, 1 Kalbin, Summe 24. Neuzufuhren Inland: 4 Ochsen, 2 Stiere, 31 Kühe, Summe 37. Gesamtauftrieb: 17 Ochsen, 4 Stiere, 39 Kühe, 1 Kalbin, Summe 61. Verkauft wurden 4 Ochsen, 3 Stiere, 22 Kühe, 1 Kalbin, Summe 30. Unverkauft blieben 13 Ochsen, 1 Stier, 17 Kühe, Summe 31.

Der Marktverkehr war ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 13. Dezember
=====

13. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt 84 Stück aus Jugoslawien, 195 aus Bulgarien, 125 aus Rumänien. Neuzufuhren: 222 aus Polen, 53 aus Jugoslawien, 154 aus Rumänien und 25 aus Ungarn. Gesamtauftrieb 858 Stück. Verkauft: 120 Stück aus Polen, 84 Stück aus Jugoslawien, 216 Stück aus Rumänien, 195 Stück aus Bulgarien und 25 Stück aus Ungarn. Unverkauft blieben 218 Stück.

Der Marktverkehr war ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 14. Dezember 1956

Blatt 2472

Dauer der Stefan Zweig-Ausstellung verlängert

=====

14. Dezember (RK) Die im Lesesaal der Wiener Stadtbibliothek gegenwärtig zu sehende Stefan Zweig-Ausstellung muß wegen des außerordentlichen Interesses weiter gezeigt werden. Die Wiener Stadtbibliothek verlängert daher die Dauer der Ausstellung bis 5. Jänner 1957. Ab 7. Jänner 1957 erfolgt sodann eine neue interessante Ausstellung, "60 Jahre demolierte Literatur", in welcher anläßlich des 60. Jahrestages des Abbruchs des Café Griensteidl ein Querschnitt durch die Entwicklung der Wiener Literatenkaffees gegeben wird. Zum ersten Mal werden auch Stücke aus dem von der Wiener Stadtbibliothek verwalteten Karl Kraus-Archiv bei dieser Ausstellung gezeigt werden.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 17. bis 23. Dezember

=====

14. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 17. Dez.	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus IV; Wr. Symphoniker, Wr. Singakademie, Dirigent Paul Sacher (Honegger, Strawinsky, Bach-Strawinsky)
Dienstag 18. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Verband der Kriegsblinden Österreichs: Beethoven-Konzertakademie; Wr. Philharmoniker, Dirigent Kurt Woess

./.

Dienstag 18. Dez.	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 2. Konzertes im Zyklus II der Wr. KHG; Klassische Gulda-Orchester der Wr. Symphoniker, Dirigent Wolfgang Gabriel
	Schubertsaal (KH) 19.30	Klavierabend Maria Francescou
	Musikakademie Vortragssaal 18.45	Internat. Gesellschaft für neue Musik: Sonatenabend Robert Soetens, Violine Suzanne Roch, Klavier (Bartok, Klebe, Mihalovici, Veretti)
	Amerikahaus 19.00	Musikabend Orchestersuiten von Ferde Grofé
Mittwoch 19. Dez.	Gr.M.V.Saal 15.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Konzert im Abonnementzyklus für Schüler; Wr. Symphoniker, Hans Bauer (Violine), Dirigent Kurt Richter (Beethoven, Bruch, Dvorak, Reznicek)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 3. Konzertes des Musikvereinsquartetts (Beethoven, Schubert, Schostakowitsch)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus II; Das klassi- sche Gulda-Orchester der Wr. Sympho- niker, Friedrich Gulda (Klavier), Walter Berry (Baß), Dirigent Wolfgang Gabriel (Pergolesi, Bach, Mozart)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Hauptschule Wien XVII: 1. Weihnachtskonzert
	Radio Wien Gr. Sendesaal 19.30	Österr. Rundfunk - Radio Wien: Zyklus "Musik der Nationen" - Schweiz; Großes Wr. Rundfunkorchester, Diri- gent Jean Meylan (H.Albicastro, F.T.Fröhlich, A.Honegger, O.Schoeck)
Donnerstag 20. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Wohltätigkeitskonzert
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Musikvereinsquartett, 3. Konzert (Beethoven, Schubert, Schostakowitsch)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 4. Aufführung des Tanzspiels "Die Geschichte von der harten Nuß" (für Schüler der zweiten Klassen)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Kulturamt - Musikalische Jugend: Orchesterkonzert; Wr. Symphoniker, Hans Bauer (Violine), Dirigent Kurt Richter (Beethoven, Bruch, Dvorak, Reznicek)

Donnerstag 20. Dez.	Schubertsaal (KH) 19.30	Hauptschule Wien XVII: 2. Weihnachtskonzert
	Josefssaal 20.00	"Weihnacht - Stimme der Herzen"; Lied und Dichtung aus der alten und neuen Welt
Freitag 21. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Wohltätigkeitskonzert
Sonntag 23. Dez.	Radio Wien 11.30	Österr. Rundfunk - Radio Wien: Chor-Orchesterkonzert; Wr. Sympho- niker, Chor von Radio Wien, Diri- gent Anton Heiller (J.S.Bach, F.Schmidt)

- - -

Prof. Dr. Josef Berze 90 Jahre
=====

14. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen Vizebürgermeister Weinberger hat dem langjährigen Direktor der Nervenheil- und Pflegeanstalt Am Steinhof, Prof. Dr. Josef Berze, aus Anlaß der am 18. Dezember 1956 erfolgten Vollen- dung seines 90. Lebensjahres die herzlichsten Glückwünsche, den Dank und die Anerkennung für seine Verdienste im Interesse der Allgemeinheit ausgesprochen. Prof. Dr. Berze hat von 1919 bis 1929 die Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof als Direktor geleitet.

- - -

Mittelschülerberatungsstelle hilft 1.000 Mittelschülern
=====

14. Dezember (RK) Seit 1950 besteht, durch private und be- hördliche Initiative geschaffen und gefördert, für die 64 Wiener Mittelschulen in den Räumen des Mädchenrealgymnasiums, Wien 8, Albertgasse 38, eine schulpsychologische Beratungsstelle, geleit- tet von Univ. Doz. Dr. Lambert Bolterauer, dem ein Mitarbeiter- stab von Psychologen, Erziehungsberatern und einem Facharzt zur Seite steht. War es anfangs nur die Lehrerschaft der Mittelschu- len, deren Rat die Eltern bewog, ihre "Sorgenkinder" zu bringen,

./.

so begannen auch bald andere Stellen (z.B. Jugendämter, Internate) Kinder zuzuweisen. In den letzten Jahren nahm besonders auch die Zahl derjenigen Eltern zu, die aus eigenem Antrieb kamen, um sich über die Ursache der Schwierigkeiten, die sie mit ihren Kindern hatten, Aufklärung zu verschaffen. Selbst aus den Bundesländern gab es Ratsuchende.

An der Beratungsstelle wird jedem Elternteil, aber auch dem Schüler selbst Gelegenheit zu einer gründlichen Einzelaussprache geboten. Um wirksamer helfen zu können, wird das Kind einer sorgfältigen Intelligenz- und Persönlichkeitsuntersuchung mit Hilfe modernster Testverfahren unterzogen und meist auch der Rat des Facharztes eingeholt. Aus der Statistik der ersten tausend Fälle, eine Zahl, die kürzlich erreicht wurde, ergibt sich, daß nur bei rund einem Sechstel der Schüler Begabungsmangel die Ursache der Lern- und Verhaltensschwierigkeiten war. Die weitaus größte Gruppe bilden Kinder und Jugendliche mit neurotisch gestörtem Gefühlsleben. Hingegen treten Umweltsschädigungen in Form von Umweltsbehinderung oder Milieuverwahrlosung zahlenmäßig immer mehr zurück. Die krankmachenden Faktoren sind in vier Fünfteln der Fälle im häuslichen Milieu zu suchen, wobei nicht nur die gegenwärtigen Verhältnisse, sondern auch die Vergangenheit mitspielt. Es bestätigte sich also durchwegs die Erkenntnis: Schüler, die in hartnäckiger und auffälliger Weise in der Schule Schwierigkeiten bereiten, leiden selbst in unauffälliger Weise unter Schwierigkeiten ihres gegenwärtigen oder vergangenen Lebens, die richtig zu bewältigen, die seelische Kraft des jungen Menschen überstieg, sodaß er psychisch erkrankte. Hier muß nun die fachmännische Erziehungsberatung der Eltern und die psychagogische Betreuung des Kindes auf Grund eines freundschaftlichen Vertrauensverhältnisses einsetzen. Außer Einzelbetreuungen, die aus technischen Gründen derzeit leider nur in beschränktem Maße durchgeführt werden können, dient eine therapeutisch geführte Bastel- und Turngruppe diesem Ziel. Als überaus fruchtbar erwies sich die durchwegs gute Zusammenarbeit von Beratungsstelle und Lehrerschaft der Wiener Mittelschulen, vermittelt durch den an jeder Anstalt mit dieser Aufgabe betrauten "Studienberater".

Eine Bitte an die Kraftfahrer:Disziplin auch beim Parken!
=====

14. Dezember (RK) Daß das Parken für die vielen Kraftfahrzeuge in Wien heutzutage besonders in den verkehrsreichen Straßen schwierig geworden ist, steht außer Frage. Ebenso unbestritten ist aber, daß trotz allen Parkproblemen die Gesetze beachtet werden müssen. Die zuständige Abteilung des Wiener Magistrates appelliert daher an alle Kraftfahrer, die Parkverbote zu respektieren.

Bekanntlich darf auch nicht immer dort geparkt werden, wo nicht ausdrücklich eine Parkverbotstafel steht. In letzter Zeit sind zum Beispiel zahlreiche Unfälle dadurch entstanden, daß die 10-Meter-Zone im Kreuzungsbereich nicht eingehalten wurde, innerhalb der sogar das Halten nicht erlaubt ist. In engeren Straßen entsteht dadurch auch eine Leistungsminderung, weil die Fahrbahnen durch die bis zu den Einmündungen parkenden Fahrzeuge verschmälert werden. Auch durch Nichtbeachtung der 15-Meter-Zone vor und nach Haltestellen, wo ebenfalls sogar das Halten verboten ist, besonders bei den Autobushaltestellen, ergeben sich oft Behinderungen des fließenden Verkehrs. Ferner wird in Erinnerung gebracht, daß das Parken vor Haus- und Grundstückeingängen nicht gestattet ist sowie in der Nähe eines Parkplatzes, sofern auf diesem noch Parkraum zur Verfügung steht. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Halteverboten, die jeder Kraftfahrer eigentlich genau kennen müßte.

- - -

Bauordnungsnovelle wird mit 1. Jänner wirksam
=====

14. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält ein vom Wiener Landtag beschlossenes Gesetz, womit die Bauordnung abgeändert wird, die sogenannte Bauordnungsnovelle 1956. Die Novelle tritt mit 1. Jänner 1957 in Kraft.

Das Landesgesetzblatt ist um 8 Schilling im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Neues Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, Wien 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

- - -

Eine Hundertjährige in Gumpendorf
=====Sie war im brennenden Ringtheater

14. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Weinberger beglückwünschten heute vormittag die in der Gumpendorfer Straße 116 wohnende Frau Johanna Kramreiter, geb. Felbermayer, zu ihrem 100. Geburtstag. Frau Kramreiter, eine gebürtige Niederösterreicherin aus Hankenfeld, kam als 10jähriges Mädchen nach Wien, wo sie im Jahre 1888 den Gumpendorfer Leichenbestattungsunternehmer Kramreiter heiratete. Von ihren vier Kindern sind noch zwei Töchter und ein Sohn am Leben.

Bürgermeister Jonas beglückwünschte die Jüngste unter den 100jährigen Wienerinnen zu ihrem Geburtstagsfest und überreichte ihr mit dem Ehrengeschenk der Stadtverwaltung einen riesigen Fliegerstrauß. Die Geburtstagsgrüße der Bewohner Mariahilfs übermittelte Bezirksvorsteher Krammer.

Bei einem Glas erlesenen Gumpoldskirchner Weines erzählte die Greisin aus ihrem Leben, in dem der 3. Dezember 1881 einen besonderen Platz einnimmt. An diesem Tag wurde sie nämlich mit versengten Kleidern aus dem brennenden Wiener Ringtheater gerettet.

- - -

Die Gastärzte sehen zu
=====

14. Dezember (RK) In Anlehnung an die Solidaritätsaktion der Wiener Spitalsärzte zu der Lohnbewegung der niederösterreichischen Spitalsärzte haben in einigen Krankenanstalten die Gastärzte ihre aktive Mitwirkung am Spitalsbetrieb eingestellt. Dazu ist folgendes festzustellen:

Die Wiener Gemeindeverwaltung hat sich in Verhandlungen mit der Wiener Ärztekammer vor einigen Jahren bereit erklärt, neben den laut Ärztegesetz zur Spitalsausbildung zugelassenen Sekundärärzten noch eine bestimmte Anzahl sogenannter Gastärzte zur Mitarbeit zuzulassen und diesen Gelegenheit zu geben, ihre jung erworbenen medizinischen Kenntnisse ohne Zeitverlust praktisch zu verwerten und zu vermehren. Da wegen des starken Andranges zum Ärzteberuf die Wartezeit der Jungärzte auf die Spitalsanstellung mehrere Jahre dauerte, hat sich die Gemeinde Wien bereit erklärt, den Gastärzten ein Stipendium, das derzeit 1.200 S monatlich beträgt, als Entschädigung und Existenzgrundlage zu gewähren. Derzeit sind in den Wiener Krankenanstalten 368 Gastärzte mit Stipendium tätig. Vor einiger Zeit hat die Sektion Spitalsärzte der Wiener Ärztekammer der Wiener Gemeindeverwaltung eine Forderung auf sofortige Anstellung aller Gastärzte überreicht. Zugleich sollte eine Aufnahmesperre weiterer Gastärzte eintreten, um diese zu veranlassen, die in den Provinzspitalern Österreichs freien Ärzteposten, die auf über 70 geschätzt werden, zu besetzen. Über diese Forderung schweben Verhandlungen. Die Gemeindeverwaltung hat den Vertretern der Jungärzte vor einer Woche zugesagt, daß sie den wirklichen Bedarf an Spitalsärzten überprüfen und sodann feststellen wird, ob die Schaffung neuer Posten für Ausbildungsärzte in den Wiener Spitalern tatsächlich notwendig ist und wie viele Posten zu besetzen sind. Diese Überprüfung wird mit größter Beschleunigung vorgenommen. Die Leidtragenden der Aktion der Gastärzte, die sich derzeit auf das Zuschauen beschränken, sind aber weniger die Patienten, als die Assistenz- und Sekundärärzte, die durch die "Passive" der Gastärzte gezwungen sind, den sonst von Gastärzten als Substituten übernommenen Dienst zu leisten und ihre Ausbildungsabsichten zu vernachlässigen.

Puppenkinder wurden adoptiert
 =====

14. Dezember (RK) Vor vier Jahren wurde vom Jugendamt der Stadt Wien die erste Adoptionsstelle für Puppen ins Leben gerufen. Damals wurden zum ersten Mal Volksschülerinnen Puppen als Pflegekinder übergeben. Bei guter Betreuung wurde ihnen versprochen, daß sie die Puppenkinder nach einem Jahr "adoptieren" dürfen. Heute nachmittag wurden bereits zum vierten Mal im städtischen Kindergarten im Stadtpark im Beisein von Vizebürgermeister Honay Puppen adoptiert. 23 Wiener Mädeln erhielten, nachdem sie ein volles Jahr ihre Puppenkinder brav betreut haben, den Adoptionsbrief, weitere 23 "Puppenlose" bekamen ihre neuen Kinder. Den Mädchen der ersten Gruppe wurde in einem Schreiben des Jugendamtes bezeugt, daß sie gute Pflegemütter sind. Der kleinen vorweihnachtlichen Feier wohnten auch die Gemeinderätinnen Prof. Hiltl und Nödl sowie der Zentralinspektor der städtischen Kindergärten Dr. Kothbauer bei.

Vizebürgermeister Honay sprach zu den Kindern und deren Eltern über den Zweck, den das Jugendamt der Stadt Wien mit den Puppenadoptionen verfolgt. Der schöne Gedanke, nämlich die Kinder zur Sauberkeit zu erziehen, sagte er, ist bei uns auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Idee mit der Puppenadoption, die vor vier Jahren auf Anregung des Leiters des Wiener Jugendamtes Prof. Tesarek zum erst... Mal verwirklicht wurde, hat in pädagogischen Kreisen **überraschenderweise** ein beinahe weltumspannendes Echo gefunden. So wurde von einer Filmgesellschaft ein auch im Ausland viel beachteter Kulturfilm über die Wiener Puppenmutter gedreht. Von der diesjährigen Puppenadoption im Stadtpark wurden Aufnahmen für das Fernsehen gemacht.

- - -

Eisrevue spielt für Wiener Dauerbefürsorgte
 =====

14. Dezember (RK) Die Wiener Eisrevue hat sich entschlossen, für die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien am Sonntag, den 23. Dezember, im Messepalast eine Vorstellung zu geben. Die Eintrittskarten für diese geschlossene Vorstellung wurden heute Vizebürgermeister Honay zur Verteilung an die Fürsorgeämter übergeben. Vizebürgermeister Honay sprach der Leitung der Wiener Eisrevue für ihren Entschluß den Dank der Stadtverwaltung aus.

- - -

Großes Programm für die Festwochen 1957

=====

14. Dezember (RK) Im Österreichischen Presse-Club berichtete heute Stadtrat Mandl über das Programm der Wiener Festwochen für das Jahr 1957, die vom 1. bis 23. Juni abgehalten werden. Der Stadtrat knüpfte dabei zunächst an die Festwochen dieses Jahres an, die im Zeichen Mozarts standen. Durch einen Zufall waren dabei zwei Orchester der westlichen Hemisphäre, nämlich die Berliner Philharmoniker und das Concertgebouw-Orchester vertreten und aus der östlichen die Prager und die Leningrader Philharmoniker. Es bestand nun die Absicht, das was heuer unbewußt getan wurde, in den kommenden Jahren bewußt fortzusetzen. Man wollte unter dem Motto "Wir laden die vier Alliierten ein" Wien aus seiner "Rand-situation" heraus bringen und wieder zum kulturellen Mittelpunkt machen. Für das Jahr 1958 bestand die Absicht, Orchester und Künstler der österreichischen Nachbarländer zu den Festwochen nach Wien zu bitten. Die Verhandlungen waren schon weit fortgeschritten; aber die Entwicklung der letzten Zeit hat alles über den Haufen geworfen. Es war daher notwendig, rasch ein neues Programm für die Festwochen 1957 zusammenzustellen.

Das Musikprogramm

Stadtrat Mandl beschäftigte sich dann im Detail mit den Ereignissen die die Festwochen des kommenden Jahres für Wien bringen werden. Im Mittelpunkt des Musikprogramms der Wiener Festwochen 1957 wird das 8. Internationale Musikfest der Wiener Konzerthausgesellschaft stehen. Noch ist das Programm nicht im Detail ausgearbeitet, doch verspricht es außerordentlich interessant zu werden. Neben einer Reihe von Ur- und Erstaufführungen und zahlreichen modernen Werken werden auch Standardwerke nicht fehlen und Konzerte mit internationalen Solisten das Programm abrunden. Der Bogen der zur Aufführung kommenden Werke spannt sich über mehr als 3/2 Jahrhunderte - von Claudio Monteverdi (1567) bis zu dem

1926 geborenen deutschen Komponisten Hans Werner Henze.

Neben unseren Wiener Symphonikern, die ja wieder die Hauptlast des Musikprogramms zu tragen haben, werden drei ausländische Orchester zu hören sein: das Cleveland Symphony Orchestra, das unter Leitung von Georg Szell zwei Konzerte bestreiten wird, das Orchestre de la Suisse Romande unter Leitung von Ernest Ansermet (ebenfalls mit zwei Konzerten) und das Orchester und der Chor des Bayerischen Rundfunks, die unter Eugen Jochum Manteverdis "Marienvesper von 1610" zur Aufführung bringen werden. - Für die Aufführung des Oratoriums für Soli, gemischten Chor und fünf Saxophone "Wagadu's Untergang durch die Eitelkeit" von Wladimir Vogel werden als Interpreten der St. Gallener Kammerchor, der Zürcher Motettenchor, der Kammersprech-Chor Zürich und das Instrumentalensemble Quatuos de Saxophones Marcel Mule, Paris, zur Verfügung stehen; die Leitung hat Werner Heim. - Für die Aufführung des "Stabat Mater" von Boccherini wurde die Kammermusikvereinigung Gruppo Musiche Rare aus Italien verpflichtet.

Paul Hindemith wird persönlich die österreichische Erstaufführung seiner Kantate "Ite, angeli veloces" leiten; im gleichen Konzert steht Max Regers "100. Psalm" auf dem Programm. - Dem jungen Dirigenten Lorin Maazel, der mit drei Wiener Konzerten auch die musikalische Fachwelt für sich eingenommen hat, wurde die Leitung von Gustav Mahlers 1. Symphonie und Strawinskys "Sacre du printemps" anvertraut. - Die Uraufführung von Johann Nepomuk Davids "Requiem" wird in den Händen von Dr. Hans Gillesberger liegen. - Besonderes Interesse verdienen auch zwei konzertante Opernaufführungen, und zwar Carl Orffs "Antigone" und Leos Janaceks "Aus einem Totenhaus", sowie ein von Lovro von Matacic geleiteter Abend mit Opernfragmenten aus "Jonny spielt auf" (Krenek), "Die Burgschaft" (Weill), "Gloriana" (Britten) und "Dantons Tod" (Einem).

Die Gesellschaft der Musikfreunde, die 1956 das Internationale Mozartfest durchführte, wird 1957 pausieren, doch fallen zwei ihrer großen Konzerte ebenfalls in die Wiener Festwochen:

Beethovens "Missa solemnis", von den Wiener Philharmonikern unter Herbert von Karajan interpretiert, und Beethovens 9. Symphonie, mit den Wiener Symphonikern unter Leitung von Joseph Krips.

Das Eröffnungskonzert der Festwochen am 2. Juni werden die Wiener Philharmoniker bestreiten; hier laufen noch Verhandlungen mit Bruno Walter.

Das Musikprogramm wird wie stets durch eine Anzahl nun schon traditioneller Konzerte ergänzt: die historische Serenade auf Burg Kreuzenstein, die besonders auf die ausländischen Besucher große Anziehungskraft ausübt; eine Serenade des Wiener Männergesangsvereines auf dem Heiligenstädter Pfarrplatz; eine Schubertiade im Geburtshaus Franz Schuberts; das festliche Singen der Kindersingschule der Stadt Wien; Konzerte der Johann Strauß-Gesellschaft, außerdem Meßaufführungen in der Hofburgkapelle und in bedeutenden Wiener Kirchen. - Der Besuch zweier großer ausländischer Chöre fällt ebenfalls in die Festwochenzeit. So wird der Amsterdamer Chor "De Stem des Volks", der 1952 in Wien mit einer Aufführung des Händel'schen "Messias" einen schönen Erfolg erringen konnte, unter Leitung von Antoon Krelage die Messe in C-Dur von Beethoven und das Oratorium "Saint Antoine" von Sem Dresden (1956 beim Holland Festival uraufgeführt) zu Gehör bringen. - Ein Elite-Chor des "Svenska Sangarförbundet" wird unter Leitung von Einar Ralf ein A-capella-Konzert mit nordischen Klassikern und Volksliedern bestreiten.

Das Theaterprogramm

Von der Musik zum Theater leitet die Staatsoper über. Sie bringt als Neuinszenierung "Hoffmanns Erzählungen" von Offenbach, Regie wird Dr. Adolf Rott führen, als Dirigent ist William Steinberg vorgesehen; Bühnenbilder: Robert Kautsky. Eine weitere Neuinszenierung stellt "La Traviata" dar, bei der Lucchino Visconti Regie führen und Herbert von Karajan dirigieren wird. Für die Titelrolle wurde Maria Meneghini-Callas gewonnen. Weiter stehen

auf dem Programm: Mozart, "Cosi fan tutte", "Die Hochzeit des Figaro", "Don Giovanni"; Rossini, "Der Barbier von Sevilla"; Wagner, "Tannhäuser", "Walküre"; Bizet, "Carmen"; Puccini, "Manon Lescaut"; Strauss, "Ariadne auf Naxos", "Der Rosenkavalier", "Die Frau ohne Schatten", "Elektra", "Salome"; Berg, "Wozzek"; Martin, "Der Sturm"; Orff, "Trionfi". Dirigenten: Karl Böhm, Heinrich Hollreiser, Herbert von Karajan, Joseph Krips, Rudolf Moralt, Mario Rossi.

Im Redoutensaal ist eine Neuinszenierung von "Die Entführung aus dem Serail" geplant, Regie: Giorgio Strehler, Dirigent: Joseph Krips.

Auf dem Programm der Volksooper stehen:

Strauß, "Der Zigeunerbaron", "Die Fledermaus", "Eine Nacht in Venedig", "Wiener Blut"; Millöcker, "Der Bettelstudent"; Zeller, "Der Vogelhändler"; Heuberger, "Der Opernball"; Lehár, "Das Land des Lächelns", "Der Graf von Luxemburg".

Das Burgtheater bringt als Neuinszenierung "Der Alpenkönig und der Menschenfeind" unter der Regie von Leopold Lindtberg. Ferner werden zu sehen sein: Shakespeare, "Cymbelin", "Maß für Maß", "Othello"; Goethe, "Torquato Tasso"; Schiller, "Maria Stuart", "Wilhelm Tell"; Raimund, "Der Bauer als Millionär", "Der Verschwender"; Grillparzer, "Der Traum ein Leben", "Ein Bruderkwitz im Hause Habsburg"; Nestroy, "Einen Jux will er sich machen". Außerdem sind Gastspiele des Königlichen Theaters Kopenhagen und des Finnischen Nationaltheaters Helsinki für die Zeit der Festwochen vereinbart worden.

Das Akademietheater bringt als Neuinszenierung "Ende gut - alles gut", ferner "Hauptling Abendwind" von Nestroy und "Der Unbestechliche" von Hofmannsthal.

Das Theater in der Josefstadt wird sich mit einer Neuinszenierung von "Nathan der Weise" von Lessing einstellen.

Das Volkstheater bringt als Neuinszenierung "Das Traumspiel" von Strindberg und das Raimundtheater "Die blaue Mazur" von Lehár.

Ausstellungen

Von den 15 Ausstellungen die während der Festwochen 1957 zu sehen sein werden, hob Stadtrat Mandl wieder besonders "Wien - eine Stadt stellt sich vor" heraus. Diese Ausstellung der Stadt selbst, bei der ein Überblick über die historisch und künstlerisch bedeutsamen Baulichkeiten der Stadt gegeben werden soll, hat bereits heuer überaus großen Anklang gefunden. Die Zahl der Objekte wird für 1957 auf 200 erhöht.

Kongresse

Während der Wiener Festwochen 1957 finden in Wien folgende Kongresse statt:

2. Internationale Arbeiterfilmwoche vom 2. bis 8. Juni.

XII. Weltkongreß der Fédération Internationale des Jeunes Musicales vom 6. bis 12. Juni.

Anästhesie-Tagung vom 13. bis 15. Juni.

Tagung der großstädtischen Volkshochschulen der Bundesrepublik Deutschland vom 17 bis 23. Juni.

An sonstigen Veranstaltungen sind die Modeschauen der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf zu erwähnen, die vom 15. bis 23. Juni abgehalten werden und der "Tag der Blumen" am 22. Juni.

Die traditionelle Eröffnung

Die traditionelle Eröffnung der Wiener Festwochen wird Samstag, den 1. Juni, um 20.30 Uhr, stattfinden. Bereits am Nachmittag werden die Schulkinder an verschiedenen Plätzen Wiens ein festliches Singen veranstalten. Im Anschluß an den Eröffnungsakt werden am Abend die bekanntesten Wiener Chöre auf verschiedenen Plätzen der Inneren Stadt singen. Man hofft zuversichtlich, daß diesmal die Innere Stadt am Eröffnungsabend für den gesamten Fahrzeugverkehr gesperrt werden kann.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 15. Dezember 1956

Blatt 2485

Der mechanisierte Washtag

=====

Bereits 1000 maschinelle Waschküchen in den Wiener Gemeindebauten

15. Dezember (RK) Seit ungefähr fünf Jahren werden die neuen städtischen Wohnhausanlagen auch immer mit einer entsprechenden Anzahl maschinell gut eingerichteter Waschküchen ausgestattet. Dieser Tage wurde in einem Gemeindebau in Döbling bereits die tausendste dieser neuzeitlichen "Waschküchen" den Mietern übergeben. Die Aktion wurde zu Beginn des Jahres 1951 auf Anregung von Stadtrat Thaller begonnen.

Die mechanisierte Waschküche wird neben anderen Neuheiten im sozialen Wohnungsbau der Stadtverwaltung von den Hausfrauen sehr geschätzt. Die Maschine macht den Washtag kürzer und weniger anstrengend. Im allgemeinen kommen auf eine solche moderne Waschküche 25 Parteien. Sie ist somit jeden Tag im Betrieb, wenn man annimmt, daß ein Haushalt im Monat durchschnittlich 15 bis 20 Kilo Wäsche zu reinigen hat, kann man sich vorstellen, was diese Waschmaschinen in den städtischen Wohnhäusern zu leisten haben. Die tägliche Kapazität beträgt ungefähr für tausend Waschmaschinen 20.000 Kilo Wäsche. Das entspricht etwa der Leistung, die in der Städtischen Zentralwäscherei in Meidling in zwei Schichten vollbracht wird. Dabei ist das ein Betrieb, der zu den größten seiner Art in Europa zählt.

Seitdem die Gemeinde Wien die maschinellen Waschküchen eingeführt hat, ist sie auch zum größten Auftraggeber der Waschmaschinenhersteller geworden. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Stadtverwaltung ausschließlich österreichische Erzeugnisse kauft. In den letzten fünf Jahren wurden allein für die maschinelle

Ausstattung der Waschküchen in den neuen Gemeindebauten, ohne die Baukosten und sonstige Aufwände, zehn Millionen Schilling ausgegeben.

Durch die tägliche Benützung der vielen Waschmaschinen ergeben sich auch für die Erzeuger wertvolle Erfahrungen, die fortlaufend zu weiteren Verbesserungen führen. Während man bisher Waschmaschinen für feste Brennstoffe verwendet, werden in letzter Zeit Waschmaschinen angekauft, die mit Gas betrieben werden. Für diesen Zweck wurden von den städtischen Gaswerken eigene Gasmesser für Münzeinwurf konstruiert. Derzeit können für eine Achtzig-groschen-Münze, die beim Hausbesorger erhältlich ist, der Gasleitung ein Kubikmeter Gas entnommen werden. Die neue Gasheizung bewährt sich sehr gut. Sie bedeutet eine weitere Vereinfachung des Waschtages und damit eine neue Erleichterung für die geplagte Hausfrau. Auch in den Trockenräumen wurden gasbeheizte Lüfterhitzer montiert. Für Hausfrauen, die weiterhin mit eigenem Brennmaterial heizen wollen, steht zur Warmwasserbereitung auch ein gewöhnlicher Kessel zur Verfügung.

Die Umstellung vom Waschtrog zur Waschmaschine fiel den Wienerinnen nicht schwer. Das "moderne" Waschen ist im Laufe von wenigen Jahren zu einer Selbstverständlichkeit geworden. In vielen Häusern, vor allem dort, wo kinderreiche Familien wohnen, werden die maschinellen Einrichtungen beinahe hundertprozentig in Anspruch genommen.

Wie wir von Stadtrat Glaserer, dem die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser untersteht, erfahren, hat die Gemeinde Wien jetzt auch mit der Modernisierung der Waschküchen in den älteren Wohnhausanlagen begonnen. Heuer wurden für den Ankauf von Waschmaschinen bereits 400.000 Schilling ausgegeben. Bis Ende 1957 soll rund ein Viertel aller Waschküchen ebenfalls mit Münzautomaten-Waschmaschinen ausgestattet sein. Der städtische Finanzreferent, Stadtrat Resch, hat für diesen Zweck drei Millionen Schilling in das neue Budget eingesetzt.

Franz Czižek zum Gedenken
=====

15. Dezember (RK) Auf den 17. Dezember fällt der 10. Todestag des Malers und Kunsterziehers Prof. Franz Czižek.

Am 12. Juni 1865 in Leitmeritz geboren, studierte er an der Akademie der bildenden Künste in Wien, deren allgemeine Mal- und Spezialschule für Historienmalerei er besuchte. Anschließend unternahm er Reisen nach Deutschland und England. Das Schwergewicht seiner weiteren Tätigkeit bildete aber nicht das eigene freie Schaffen, sondern die Kunsterziehung, zu der er durch seine Verwendung als Zeichenlehrer in Mittelschulen geführt wurde. Seine Bemühungen, die künstlerische Gestaltungskraft junger Menschen auszubilden, die er auch als Professor der Kunststickereischule in Wien und als Leiter der Übungsschule an der Kunstgewerbeschule fortsetzte, veranlaßten ihn, den Kurs für Jugendkunst zu gründen, der den bisherigen Zeichenunterricht revolutionierte. Im Zusammenhang damit wurde sein Name weit über das damalige Österreich hinaus in Fachkreisen bekannt. Die durch viele Schüler verbreiteten Methoden seines Lebenswerks sind bis heute lebendig und fruchtbar geblieben. Dazu trug auch die verdienstvolle Arbeit, die er seit seiner 1908 erfolgten Ernennung zum Inspektor für den Zeichenunterricht an staatlichen gewerblichen Lehranstalten leistete sowie die Veröffentlichung von Schriften, wie "Papierschneide- und Klebearbeiten des Jugendkunst-Kurses an der Kunstgewerbeschule in Wien" oder "Methodik des freien Zeichnens nach Natur und Gebrauchsgegenständen an den österreichischen Lehranstalten", wesentlich bei.

- - -

Autobus-Ersatzverkehr für die Straßenbahnlinie 158
=====

15. Dezember (RK) Wegen Gleisarbeiten an der Kreuzung der Verbindungsbahn in der Hietzinger Hauptstraße - Unter St. Veit muß der Straßenbahnverkehr auf der Linie 158 von Montag, den 17. Dezember, bis einschließlich Mittwoch, den 19. Dezember, eingestellt werden. Während dieser Zeit wird für die Linie 158 ein Autobus-Ersatzverkehr eingerichtet, für den der Straßenbahntarif gilt.

- - -

Volksschüler sammeln für die Ungarnhilfe
=====

15. Dezember (RK) Die Schüler der Knaben- und Mädchenvolksschule im 9. Bezirk, Währinger Straße 43, haben Stadtschulratspräsident Dr. Zechner einen Betrag von 2.606 Schilling übergeben, den sie zugunsten der ungarischen Flüchtlinge gesammelt haben. Bürgermeister Jonas, dem die Spende zur Weiterleitung übermittelt wurde, dankte den Schülerinnen und Schülern in einem Schreiben für ihre Hilfsbereitschaft.

- - -

Neues Landesgesetzblatt
=====

15. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält eine Verordnung über den Überbelag einer Wohnung. Die Verordnung wurde, wie bereits berichtet, vor kurzem in der Wiener Landesregierung beschlossen.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Neues Rathaus, Stiege 7, Halbstock, und im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien, 3, Rennweg 12a, erhältlich.

- - -

Die Stadtbibliothek in den Weihnachtstagen
=====

15. Dezember (RK) Die Wiener Stadtbibliothek ist Montag, den 24. Dezember, und Montag, den 31. Dezember, geschlossen. Dagegen ist sie von Donnerstag, den 27. bis Samstag, den 29. Dezember, wie sonst üblich, von 9 bis 18.30 Uhr, bzw. 9 bis 12 Uhr am Samstag, geöffnet.

- - -

Städtische Lehrlinge verfertigten tausend Spielsachen
=====

15. Dezember (RK) Jedes Jahr haben bisher die Zöglinge der städtischen Lehrlingsheime in ihrer Freizeit ein wenig Spielzeug gebastelt, um damit sich selbst und den Beschenkten eine kleine Freude zu bereiten. Heuer ist daraus eine richtige große Aktion geworden. Mehr als tausend Spielsachen haben die Lehrlinge verfertigt. Da gibt es große und kleine Puppen und Stofftiere der verschiedensten Art, Hutschpferde und sogar ein richtiges Kasperltheater. Das Rohmaterial all dieser Spielsachen sind Abfälle und Reste: Holz, Schungummi, Plastik usw.

Die vielen Spielsachen, die als Weihnachtsfreude für jene Kinder bestimmt sind, die in der Fürsorge der Stadt Wien stehen, wurden vor kurzem Vizebürgermeister Weinberger, der auch die städtischen Lehrlingsheime zu verwalten hat, symbolisch übergeben. Vizebürgermeister Weinberger hat den Lehrlingen für ihre schöne Arbeit seinen Dank ausgesprochen.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

15. Dezember (RK) Donnerstag, den 20. Dezember, entfallen die Sprechstunden des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

- - -

Die Christbaumstände sind ausreichend versorgt
=====

15. Dezember (RK) Die Nachfrage nach Weihnachtsbäumen war auch heuer in der ersten Verkaufswoche beim Kleinhandel nicht übermäßig groß. Nach einem Bericht des Marktamtes der Stadt Wien hatten immerhin bis zum 13. Dezember in ganz Wien 412 Christbaumstände mit dem Verkauf schon begonnen. Erfahrungsgemäß kommt der Verkauf erst nach dem Silbernen Sonntag richtig in Schwung und erreicht in den letzten Tagen vor Weihnachten seinen Höhepunkt.

Die Preise bewegen sich im allgemeinen im Rahmen der vorjährigen Preisspannen und liegen vereinzelt sogar unter denen des Vorjahres. Auch die Anlieferungen aus den Bundesländern sind gut und im Durchschnitt qualitativ zufriedenstellend. Mengemäßig ist zwar derzeit das vorjährige Kontingent, vor allem für Fichten, noch nicht voll erreicht, doch ist die Händlerschaft auch heuer zuversichtlich, daß der vermutlich große Bedarf durch weitere Zufuhren aus Niederösterreich und Oberösterreich vollauf befriedigt wird.

- - -

Jugendgästehaus erwartet 100.000. Besucher
=====

15. Dezember (RK) Das Jugendgästehaus der Stadt Wien in Pötzleinsdorf erwartet in den nächsten Tagen seinen 100.000. Besucher seit seiner Eröffnung. Dem 100.000. Gast wird ein Erinnerungsbuch an Wien mit einer Widmung des Amtsführenden Stadtrates für Kultur und Volksbildung, Mandl, und eine Reiterstatuette aus Augartenporzellan überreicht werden.

- - -

Salzburg ehrt Wiener Philharmoniker
=====Bürgermeister Pacher überreicht Große Goldene Medaille der
Mozartstadt Salzburg im Wiener Rathaus

15. Dezember (RK) Heute vormittag fand im Wiener Rathaus ein Festakt besonderer Art statt. Der Bürgermeister von Salzburg Pacher war mit einer Abordnung nach Wien gekommen, um im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses den Wiener Philharmonikern die "Große Goldene Medaille der Mozartstadt Salzburg" zu überreichen. Diese höchste Auszeichnung wurde bisher nur an Bundespräsident Dr. Renner, an den ehemaligen Präsidenten der USA, Truman, und an das Mozarteum verliehen. Die Medaille wurde von dem Salzburger Bildhauer Richard Ruepp modelliert und vom Wiener Hauptmünzamt geprägt. Sie trägt auf der Vorderseite das Relief Mozarts im Profil, auf der Rückseite die Inschrift "Amico salisburgensis laus et honor" (Dem Freunde Salzburgs Lob und Ehre) und das Wappen von Salzburg.

Zu dem feierlichen Akt im Wiener Rathaus waren Vizekanzler Dr. Schärf, von Seiten der Stadt Wien Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Koci, Lakowitsch, Mandl, Dkfm. Nathschläger und Riemer sowie Magistratsdirektor Dr. Kinzl erschienen. Die Abordnung der Stadt Salzburg setzte sich aus Bürgermeister Pacher, den beiden Bürgermeister-Stellvertretern Donnenberg und Weilhartner, Gemeinderat Dr. Hanselitsch, Magistratsdirektor Dr. Seeger, Senaterrat Dr. Straub und Kulturreferent Dr. Hirt zusammen. Vor dem halbrunden Tisch des Wiener Stadtsenates, an dem Bürgermeister Pacher den Ehrenplatz innehatte, saß die Abordnung der Wiener Philharmoniker, in der Mitte Vorstand Prof. Obermayer. Unter den Ehrengästen, die der feierlichen Überreichung beiwohnten, sah man viele Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen, vor allem aber des Musiklebens unserer Stadt.

Die Feier wurde mit dem ersten Satz des Streichquartettes Es-Dur von Wolfgang Amadeus Mozart eingeleitet. Ausführende

waren die Philharmoniker, Prof. Johannis, Kusche, Rab und Winkler. In seiner Begrüßungsansprache dankte der Wiener Bürgermeister Jonas der Stadt Salzburg dafür, daß sie den Anlaß wahrgenommen habe, um diese Feier im Wiener Rathaus abzuhalten. Salzburg bekundet damit die Verbundenheit der beiden Mozartstädte Salzburg und Wien.

Der Salzburger Bürgermeister Pacher, der die Überreichung der Großen Goldenen Medaille vornahm, führte u.a. aus, daß die gesamte Kulturwelt die Feier der 200. Wiederkehr von Mozarts Geburtstag in diesem Jahr zum Anlaß des Gedenkens an den großen Meister und zur besonderen Würdigung seines Werkes genommen hat. Es war sinnvoll, daß das Mozartjahr in Salzburg, der Geburtsstadt Mozarts, seinen festlichen Anfang nahm und daß es nun in Wien, wo Mozart seine letzte Ruhe fand, ausklingen wird. Salzburg hat das Mozartjahr 1956 auch zum willkommenen Anlaß genommen, Verdienste von Persönlichkeiten und Institutionen auszuzeichnen, die durch ihr Wirken den Ruf der Festspielstadt gefestigt haben. Zugleich aber war es der Stadt seit langem ein Anliegen, auch jene Körperschaft zu ehren, die anerkannt in der Welt die Musik Mozarts und die Musik aller großen Meister in vollendeter und edelster Form darbietet: das Orchester der Wiener Philharmoniker. An diesem Tag und in diesem festlichen Raum mögen Dank und Würdigung der Stadt Salzburg für den in der ganzen Welt geachteten und gefeierten Klangkörper der Wiener Philharmoniker sichtbar zum Ausdruck kommen. Das Kuratorium, dem nach den Bestimmungen des Stadtrechtes der Landeshauptstadt Salzburg und nach der hierfür geltenden Satzung das Vorschlagsrecht für die Verleihung der Medaille der Mozartstadt Salzburg obliegt, hat dem Salzburger Gemeinderat den einstimmigen Vorschlag zur Ehrung der Wiener Philharmoniker durch Verleihung der Großen Goldenen Medaille der Mozartstadt unterbreitet. Diesem Vorschlag hat der Gemeinderat am 3. Dezember seine Zustimmung gegeben.

15. Dezember 1956

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2493

Bürgermeister Pacher überreichte hierauf dem Vorstand der Philharmoniker Prof. Obermayer die hohe Auszeichnung. Ferner erhielt jedes einzelne Mitglied des Orchesters zur Erinnerung das Buch "Salzburg, die schöne Stadt".

Prof. Obermayer bezeichnete in seiner Dankesansprache die Auszeichnung der Stadt Salzburg als Krönung der Ehrungen, die die Wiener Philharmoniker erfahren haben. Mit dem 4. Satz des Streichquartettes in Es-Dur von Wolfgang Amadeus Mozart fand die Feier ihren Abschluß.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 17. Dezember 1956

Blatt 2494

Wien hat immer Saison

=====

17. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 16. Dezember, über den überraschenden Aufschwung des Fremdenverkehrs in Wien. Der Bürgermeister führte aus:

"Wenn ein Jahr zu Ende geht, pflegt man auf die Ereignisse zurückzuschauen, die es gebracht hat. Man legt aber auch Rechenschaft ab über vollbrachte Leistungen und erzielte Erfolge. Das Jahr 1956 ist in der neueren Geschichte Wiens von besonderer Bedeutung, denn es war das erste volle Jahr der wiedergewonnenen Freiheit. Diese Tatsache hat sich auf das gesamte Leben der Stadt günstig ausgewirkt und zu verschiedenen erfreulichen Erscheinungen geführt.

Heute will ich rückschauend nur von einer dieser Erscheinungen sprechen, nämlich von dem überraschenden Aufschwung, den der Fremdenverkehr im Jahre 1956 genommen hat. Man darf, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen, bildhaft sagen: Während die fremden Truppen bei einem Tor aus unserer Stadt hinauszogen, kamen beim anderen Tor die fremden Besucher herein. Wien verlor bei dieser friedlichen Ablösung keinen Augenblick lang den internationalen Charakter, den die Besatzungszeit ihm gegeben hatte.

Wir Wiener haben diese Auswechslung freudig begrüßt, weil wir an den Fremden Reisekoffer und Photoapparate lieber sehen als Tornister und Maschinenpistolen und unsere Hotels besser zu Fremdenherbergen taugen als zu Kasernen. Der plötzliche Fremdenzustrom aus aller Welt hat zweierlei bewiesen: Erstens, daß das Vertrauen in eine Stabilisierung der allgemeinen Weltlage zurückgekehrt war,

./.

und zweitens, daß die Welt unsere Stadt Wien über all die vielen Jahre, da sie kaum oder nur unter Schwierigkeiten zugänglich war, nicht vergessen hat.

Da nun das Fremdenverkehrsjahr 1956 zu Ende geht, dürfen wir eingestehen, daß uns der schon im Frühjahr einsetzende außerordentliche Fremdenzustrom überrascht und in mancherlei Verlegenheiten gebracht hat. Wir waren auf ihn gefaßt, aber nicht vorbereitet. Wir konnten das auch gar nicht sein, weil die Verhältnisse uns keine Zeit dazu ließen. Krieg und Besatzungszeit hatten der Fremdenverkehrswirtschaft schwere Schäden zugefügt. Ich erinnere nur daran, daß zahlreiche Hotels durch Kriegseinwirkung zerstört worden waren, während die besten der übriggebliebenen von den Besatzungsmächten beschlagnahmt wurden.

Einige Vergleichsziffern mögen Ihnen zeigen, wie traurig es um unseren Fremdenverkehr der ersten Nachkriegsjahre bestellt war. Im Fremdenverkehrsjahre 1936/37 wurden in Wien 2,738.000 Ausländerübernachtungen gezählt. Das waren 41 Prozent aller Ausländerübernachtungen in Österreich. Wien marschierte also an der Spitze der Bundesländer. Im Fremdenverkehrsjahr 1952/53 hingegen gab es in Wien nur 586.000 Ausländerübernachtungen und unser Anteil am gesamtösterreichischen Fremdenverkehr betrug nur mehr sieben Prozent. Zwar stieg die Anzahl der Ausländerübernachtungen von ihrem Tiefstand im Jahr 1948/49 langsam an, den ersten Auftrieb aber spürten wir erst nach dem Ende des Koreakrieges im Sommer 1953. Im Fremdenverkehrsjahr 1954/55 überstiegen die Ausländerübernachtungen bereits die Einmillionengrenze, sie lagen aber noch immer um 64 Prozent niedriger als im letzten Friedensjahr 1936/37. Die endlich aufsteigende Tendenz zeigte jedoch zweierlei: daß der internationale Fremdenverkehr mit der Empfindlichkeit eines Seismographen auf die jeweilige Weltsituation reagiert, und daß Wien im Blickfeld des wieder erwachenden Reiseinteresses stand.

Ich habe die besorgniserregende Situation des Wiener Fremdenverkehrs in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende geschildert, damit um so deutlicher wird, was zu ihrer Überwindung geschehen ist. Die Wiener Landesregierung hat im Juni 1955 das Wiener Fremdenverkehrs-Förderungsgesetz beschlossen. Es soll jene Maßnahmen ermöglichen, die geeignet sind, den für die Geltung Wiens bedeutungsvollen Zustrom von Gästen zu verstärken. Die Werbung für

Wien, die Förderung gesellschaftlicher, künstlerischer und kultureller Veranstaltungen, die Beratung bei der Verbesserung von Fremdenverkehrsseinrichtungen wird im Sinne dieses Landesgesetzes von der "Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien" geleistet. Sie hat ihre Arbeit unter schwierigen Verhältnissen zu Beginn des Jahres 1956 aufgenommen, aber sie durfte bald auf eine Reihe erfolgreicher Unternehmungen zurückschauen.

Am drückendsten machte sich der Mangel an Quartieren bemerkbar. Die Stadt Wien, die 1914 über rund 16.000 und 1937 noch über 13.000 Fremdenbetten in Hotels und Hotelpensionen verfügt hatte, sollte nun mit nur 9.300 Betten den anschwellenden Fremdenverkehr bewältigen. Die intakt gebliebenen Beherbergungsbetriebe waren durch Vorbestellungen auf Monate hinaus belegt. Es mußten daher zehntausende Zimmerbestellungen aus aller Welt abschlägig beschieden werden, obwohl der Wiener Verkehrsverein tausende Privatquartiere organisierte und so den bedrängten Hotels zu Hilfe kam. Die ungünstige Quartierlage wurde noch erschwert durch das unbeabsichtigte zeitliche Zusammentreffen großer Veranstaltungen wie etwa der glanzvollen Wiener Festwochen des Mozartjahres 1956 mit der Weltkraftkonferenz.

Wien, die alte und beliebte Kongreßstadt, wurde nämlich sogleich auch wieder zum Treffpunkt internationaler Tagungen aller Art. Auch hier griff die Fremdenverkehrsstelle regulierend ein. Sie organisierte eine Kongreßzentrale, die den Veranstaltern von Kongressen, Tagungen und Treffen beratend beisteht und das zeitliche Zusammenfallen größerer Veranstaltungen zu verhindern bemüht ist.

Ein anderes Problem, dem man sich zuwenden mußte, war nicht weniger dringend: Unser Kunst- und Kulturleben hat im Hochsommer Ferien. Die Wiener Philharmoniker sind bei den Salzburger-, die Wiener Symphoniker bei den Bregenzer Festspielen. Oper, Burgtheater und Konzertsäle sind geschlossen. Die ausländischen Gäste aber kommen voll mit Hoffnungen und Erwartungen in die Musikstadt Wien. Wer könnte es ihnen verübeln, daß sie gerade bei uns Wiener Musik und Wiener Operetten hören wollen? Da war es wieder die Fremdenverkehrsstelle, die eingriff. In Gemeinschaftsarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien wurde sozusagen über Nacht ein Wiener Vergnügungssommer organisiert, wie er seit mindestens zwanzig Jahren

nicht mehr zu erleben war. Im Redoutensaal der Hofburg, im Raimund-theater und im Schönbrunner Schloßtheater gab es viel zu sehen und zu hören. Abendkonzerte klassischer Musik in fünf Wiener Palais, Konzerte im Arkadenhof des Rathauses und musikalische Veranstaltungen an historischen Stätten und in Parkanlagen ergaben eine künstlerisch-kulturelle Hochsommer-Saison, die den Beifall der Fremden fand.

Ein weiteres Problem der Fremdenverkehrswirtschaft ist die Verlängerung der Fremdensaison über die Hauptreisezeit hinaus. Wien ist eine Stadt, die immer Saison hat und deren Kunstleben gerade während der Herbst- und Wintermonate in höchster Blüte steht. Die Fremdenverkehrsstelle hat daher eine besondere Aktion ins Leben gerufen, um die Bewohner der österreichischen Bundesländer zu einem Herbst- oder Winterbesuch der Bundeshauptstadt zu ermuntern. Die Werbung unter der Devise "Österreich - Dein Herz ist Wien!" wurde durch Presse, Rundfunk und Film in das gesamte Bundesgebiet hinausgetragen und hat dort ein freudiges Echo gefunden.

Das sind nur einige wenige Beispiele der im Jahre 1956 geleisteten Fremdenverkehrsarbeit. Dieser Arbeit ist es zum Teil zu danken, daß die abgelaufene Saison so erfolgreich war. Im vergangenen Fremdenverkehrsjahr stieg die Zahl der Ausländerübernachtungen bereits auf 1,400.000. Das bedeutet viel, wenn man bedenkt, daß 1937 die ausländischen Gäste zu 50 Prozent aus Ländern kamen, die heute hinter dem Eisernen Vorhang liegen und deren Anteil am Wiener Fremdenverkehr gegenwärtig nur etwa zwei Prozent beträgt. Leider liegen keine konkreten Zahlen vor, die uns über die wirtschaftlichen Vorteile des Fremdenverkehrs in Wien Auskunft geben könnten. Wenn wir aber sehr vorsichtig schätzen, daß jeder auswärtige Besucher Wiens täglich ungefähr 200 Schilling ausgibt, dann kommen wir bei der vorher genannten Zahl der Übernachtungen auf den Betrag von annähernd 300 Millionen Schilling. Es ist ganz klar, daß diese Gelder auf die verschiedenen Wirtschaftszweige sehr befruchtend gewirkt und für tausende Menschen Brot und Arbeit bedeutet haben.

Das kommende Jahr 1957 wird womöglich eine weitere Steigerung

des Fremdenverkehrs bringen. Schon jetzt sind bei der Fremdenverkehrsstelle 40 Kongresse und Tagungen angemeldet, die Wiener Festwochen werden nach ihrem außerordentlichen Erfolg im Mozartjahr verstärkten Besuch erhalten, und die Wiener Internationalen Messen rechnen mit einem Massenzustrom. Im Fremdenverkehrsjahr 1957 wird die Stadt Wien zum Empfang ihrer Gäste auch besser gerüstet sein. Durch Neubauten, Umbauten und Renovierung werden mehr als 1.000 neue Fremdenbetten den Quartiermangel fühlbar entlasten, es werden neue Campingplätze zur Verfügung stehen und es wird auch die Vermittlung von Privatquartieren den praktischen Bedürfnissen besser angepaßt sein.

Alle Vorhaben im Interesse des Fremdenverkehrs können nur in gemeinsamer Arbeit aller beteiligten Kreise durchgeführt werden. Von größter Bedeutung wird es dabei sein, daß die Hotels und Pensionen preiswürdig und preisgetreu bleiben. Wer aus dem Umstand, daß das Wiener Hotelbett noch immer Mangelware ist, ungebührlichen Nutzen zu schlagen versucht, schädigt nicht nur sich selbst, sondern die Allgemeinheit. Mag der fremde Gast uns manches nachsehen, weil er die Schwierigkeit unserer Verhältnisse versteht - ausgeübt und überfordert zu werden, wird er uns nicht entschuldigen.

Im Laufe dieses Jahres habe ich von ausländischen Gästen viele Briefe bekommen. Glücklicherweise waren Beschwerden sehr selten. Die meisten Briefe waren voll des Lobes und der Anerkennung. Vor allem wurde immer wieder betont, wie glücklich unsere Gäste über die Freundlichkeit und Zuvorkommenheit der Wiener Bevölkerung waren. Ich bin darüber sehr froh, weil ich das für die beste Fremdenverkehrspropaganda halte. Einen dieser Briefe will ich Ihnen nicht vorenthalten. Eine Dame aus England schrieb mir: "Sehr geehrter Herr! Mein Gatte und ich verbrachten im Juni unseren Urlaub in Wien. Es war unser erster Besuch in Ihrer entzückenden Stadt; wir hoffen, es wird nicht der letzte gewesen sein. Nach unserer Rückkehr habe ich den Wunsch, irgend jemanden zu sagen, wie glücklich wir uns unter ihnen so freundlichen Menschen fühlten. Da ich aber niemanden in Wien kenne, nehme ich mir die Freiheit, Ihnen zu schreiben. Wo immer wir hingingen, und sogar von den Menschen in den Straßen, wurde uns Freundlichkeit und Höflichkeit entgegengebracht, die uns mit dem warmen Gefühl der Freundschaft ./.

erfüllte. Dieses Gefühl lebt weiter in uns und wird noch vermehrt durch die derzeitigen Radiosendungen am Donnerstag-Abenden von "Musik aus Wien". Wir lauschen dieser Musik und verweilen in Gedanken bei den vielen Erlebnissen, die Wien zu einem für uns schönen und freundlichen Aufenthalt machten.

Für all das wollte ich jemanden "Danke!" sagen, und konnte dabei nur an Sie denken. Ich hoffe, Sie werden mir dieses störende Eindringen in Ihr geschäftiges Leben verzeihen. Ihre ergebene Gladys Hewson."

Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne der gesamten Bevölkerung Wiens für das Verständnis Dank zu sagen, das sie im vergangenen Jahr den Bedürfnissen des Fremdenverkehrs entgegengebracht hat. Ihr zuvorkommendes, hilfsbereites Verhalten unseren Gästen gegenüber hat den Ruf Wiens als einer heiteren Stadt lebenswürdiger Menschen neuerlich bestätigt. Denn es sind - wie in früheren Zeiten - auch heute noch die Wiener, die Wiens sympathische Atmosphäre bestimmen, den musischen Sinn unserer Donaustadt, ihre Gastfreundschaft und natürliche Freude an der Verständigung der Menschen und Nationen.

So tritt unsere Stadt voll Hoffnung in ein neues Fremdenverkehrsjahr ein, das ihrer gesamten Wirtschaft, aber auch ihrem kulturellen Ansehen in aller Welt Aufschwung und neue Erfolge bringen wird. Es liegt an Ihnen allen, das Ihre dazu beizutragen.

Ich bin überzeugt, daß, soweit es auf uns Wiener ankommt, wir alles dazu tun werden, um unseren Gästen aus nah und fern den Aufenthalt in Wien so angenehm und interessant als möglich zu machen. Wir wissen aber auch, daß der Fremdenverkehr in Wien vom Geschehen in der großen Welt abhängt. Gerade in diesen Tagen, da wir uns für das Weihnachtsfest, für das Fest des Friedens, vorbereiten, schlägt die Weltpolitik wieder hohe Wellen. Wir sind überzeugt, daß niemand den Krieg will, aber es kostet viel Geduld, den Frieden zu erhalten. Die Ereignisse in Ungarn haben zehntausende unfreiwillige und unglückliche Gäste in unsere Stadt gebracht. Wenn ich Ihnen nun zu den bevorstehenden Weihnachtsfeiertagen viel Freude und Frohsinn wünsche, dann verbinde ich damit die Bitte, der unglücklichen ungarischen Flüchtlinge in unserer Stadt zu gedenken und in irgend einer Form dem einen oder dem anderen eine Freude zu bereiten!"

Wiener Landtag

=====

17. Dezember (RK) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Marek (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen.

Berichterstatter Stadtrat Resch (SPÖ) referierte zunächst über die Abänderung des Gesetzes, betreffend Einhebung einer Ausgleichs-
abgabe auf Lebendvieh im Gebiete der Stadt Wien. Das Gesetz verliert mit 31. Dezember 1956 seine Wirksamkeit, soll nun aber unbegrenzt verlängert werden, da es sich in den vergangenen Jahren als wertvolle Hilfe gegen die Verödung des Wiener Schlachtviehmarktes erwiesen hat. Die Umgehung des Wiener Schlachtviehmarktes bringt der Stadt Wien nicht nur fiskalische Nachteile, auch die Viehbeschau außerhalb Wiens weist viele Mängel auf. Der vorliegende Entwurf beinhaltet eine Beseitigung der Begrenzung der Geltungsdauer des Gesetzes.

Die Vorlage wurde der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der Kammer für Arbeiter und Angestellte zur Stellungnahme übermittelt. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte erhebt keinen Einwand. Die Kammer für gewerbliche Wirtschaft ist zu keiner einheitlichen Stellungnahme gelangt. Die Sektion Industrie und Gewerbe hat sich gegen die Verlängerung ausgesprochen. Die Sektion Handel hat ein Minderheitsvotum gegen dieses Gutachten der Kammer eingebracht und sich für die Verlängerung des Gesetzes ausgesprochen. Der Magistrat hält den Einwand der Industrie und des Gewerbes nicht für richtig, weil die Ausgleichsabgabe nicht den Zweck hat, Lenkungsmaßnahmen herzustellen, sondern nur einen Ersatz für die entfallenden Marktgebühren darstellt. Da die Abgabe pro Kilogramm Ausbeutegewicht nur 15 bis 16 Groschen beträgt, hat sie auch keinen Einfluß auf die Fleischpreise.

Die Gesetzesvorlage wurde bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

Der zweite Gesetzentwurf, über den Stadtrat Resch berichtete, ist die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Einhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch im Gebiete der Stadt Wien. Auch bei diesem Gesetz soll die zeitliche Begrenzung wegfallen.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte erhebt auch hier keinen Einwand. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien ist zu keiner einheitlichen Stellungnahme gelangt. Die Sektionen Industrie und Handel erheben keinen Einwand, beschränken aber die Zustimmung nur auf die Verlängerung für ein Jahr. Das Gewerbe hat ein Minderheitsvotum eingebracht. Der Magistrat ist der Meinung, daß die geringe Belastung, die Abgabe macht hier 12 Groschen pro Kilogramm aus, keinen Einfluß auf die Fleischpreise hat.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage ebenfalls einstimmig angenommen.

- - -

Der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt für 1955
=====

17. Dezember (RK) Im Anschluß an die Landtagssitzung trat unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas der Wiener Gemeinderat zusammen.

Im Einlauf befand sich ein Antrag der VO, betreffend Übernahme der Beleuchtung einiger dem öffentlichen Verkehr dienender Straßen und Plätze im 22. Bezirk durch die Stadt Wien.

Von der 48 Punkte umfassenden Tagesordnung werden nur der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 und die Voranschläge für 1957 verhandelt, da zu den restlichen Punkten keine Wortmeldungen vorliegen.

Über den Rechnungsabschluß und dem Bericht des Kontrollamtes für 1955 berichtete der städtische Finanzreferent, Stadtrat Resch (SPÖ). Wie er hervorhebt, schließt der zeitgerecht vorgelegte Rechnungsabschluß mit einem Defizit von 34 Millionen Schilling. Wie immer ist der Rechnungsabschluß eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. 1955 hat sich der wirtschaftliche Aufschwung weiter fortgesetzt, wenn auch schon eine merkliche Verlangsamung eingetreten ist. Natürlich hatte der Aufschwung der Wirtschaft auch die Einnahmen aller öffentlichen Körperschaften erhöht. Die Einnahmen der Stadt Wien sind im Jahre 1955 gegenüber dem Voranschlag um nicht weniger als 378 Millionen gestiegen, sodaß auch wieder Zuschußkredite in beträchtlicher Zahl genehmigt werden konnten. Da allerdings die Zuschußkredite von 446 Millionen zu einem großen Teil wieder durch Minderausgaben auf anderem Ausgabenposten kompensiert wurden, machen die schließlichen Mehrausgaben nur 121 Millionen aus. Die hohen Minderausgaben sind im wesentlichen durch die mangelnde Baukapazität der Wiener Bauwirtschaft verursacht. Für den Wohnbau standen samt den Zuschußkrediten 519 Millionen zur Verfügung. Verbraucht wurden nur 426 Millionen. Beim Brücken- und Wasserbau wurden statt der bereitgestellten 29 Millionen nur 18 Millionen und beim Bau der Sporthalle und des Stadions statt 50 Millionen nur 35 Millionen verbraucht.

Die Einnahmen kommen aus den drei großen Gruppen: den Ertragsanteilen, den eigenen Abgaben und den Gebühren und sonstigen Einnahmen. Die Ertragsanteile sind wegen der Reform der Einkommenssteuerskalen und verschiedener Begünstigungen auch bei der Lohnsteuer nur um 92 Millionen auf 1.031 Millionen gestiegen, die eigenen Abgaben sind um 161 Millionen auf 1.036 Millionen gestiegen und die Gebühren und sonstigen Einnahmen um 125 Millionen auf 1.388 Millionen, sodaß sich eine Gesamteinnahmensumme von rund 3.456 Mill. Schilling, um 378 Millionen mehr als veranschlagt, ergeben hat. Von den eigenen Abgaben ist wie immer die Gewerbesteuer am meisten, nämlich um 92 Millionen auf 562 Millionen, gestiegen. Die Lohnsteuer ist um 35 Millionen auf 180 Millionen, die Vergnügungssteuer um 16 auf 71 Millionen und die Getränkesteuer um 12 auf 72 Millionen gegenüber dem Voranschlag gestiegen.

Bei den Ausgaben, die im Saldo um 121 Millionen gestiegen sind, ist auffallend, daß der Personalaufwand nur um 11 Millionen zugenommen hat; er hat 1.104 Millionen ausgemacht. Der laufende Sachaufwand hat um 105 Millionen zugenommen und 1.436 Millionen erreicht. Die Investitionen stiegen um 36 auf 873 Millionen und für die Kriegsschadenbehebung wurde um 31 Millionen weniger ausgewiesen als im Voranschlag vorgesehen war, es wurden hierfür nur 76 Millionen ausgewiesen. Die Ursache für die geringe Steigerung beim Personalaufwand liegt in der Ausgemeindung der Randgemeinden, wodurch der Personalstand um 1.155 Personen auf 31.980 gefallen ist. Außerdem wurden 610 Lehrer an das Land Niederösterreich abgegeben, was für die Gemeinde von außerordentlicher finanzieller Tragweite ist. Die Ursache für die Erhöhung des Sachaufwandes um 105 Millionen liegt vor allem darin, daß den Stadtwerken für die Ratenaktion für Gas- und Elektrogeräte ein Kontokorrentkredit von 80 Millionen gegeben werden mußte. Auch die Ausgaben für die bauliche Erhaltung sind um 26 Millionen gestiegen.

Die geringe Steigerung der Investitionen um nur 36 Millionen ist eine natürliche Folge der geringen Baukapazität bei Hochbauten. Die Minderausgaben für die Kriegsschädenbehebung sind eine Folge der geringeren Kredite aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Damit ist 1955 der Gesamtaufwand für das Bau- und Baunebengewerbe im Rechnungsabschluß erstmals geringer, als er budgetiert war: 1.240 Millionen waren vorgesehen, es konnten jedoch nur 1.203 Millionen aufgewendet werden. Dagegen sind Mehrausgaben beim Tiefbau eingetreten: 26 Millionen beim Straßenbau und 23 Millionen bei den Wasserwerken.

Geldmittel für 9.400 neue Wohnungen

Mit den 426 Millionen für den sozialen Wohnhausbau konnten mindestens 5.000 Wohnungen geschaffen werden. Durch die Wohnbauförderungsmittel an 100 Bewerber in der Höhe von 158 Millionen, die einschließlich der Eigenmittel eine Bausumme von 190 Millionen ergeben, konnten 1.500 Wohnungen und 25 Geschäftslokale gebaut werden. An 37 Genossenschaften wurden 87 Millionen Darlehen gegeben, was mit den Eigenmitteln einer Gesamtbausumme von 300 Millionen und 2.900 Wohnungen entspricht. Zusammen sind also im Rechnungsabschluß 1955 - ohne die Wiederaufbauten des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds - Mittel für 9.400 neue Wohnungen ausgewiesen. Stadtrat Resch führte eine ganze Reihe weiterer Investitionen an und kommt zu der Schlußfolgerung: Die Gemeinde Wien hat also im Jahre 1955 ihre Aufgabe zur Stützung der Vollbeschäftigung erfüllt und dazu beigetragen, daß die Arbeiter und Angestellten dieser Stadt wieder fast restlos ins Verdienen gekommen sind!

Die Schulden sind um 69 Millionen gestiegen, sodaß der Schuldenstand der Hoheitsverwaltung 464 Millionen erreichte. Die Steigerung ist mit 52 Millionen allein auf die Wohnbauförderungsdarlehen zurückzuführen. Der Schuldendienst der Hoheitsverwaltung ist, den Schulden entsprechend, außerordentlich nieder. Der Kapitaldienst beträgt im Verhältnis zum Budgetvolumen 0.7 Promille, oder: in je 1.000 Schilling Ausgabe sind für den Schuldendienst 70 Groschen enthalten. Diese geringe Belastung der Gemeinde aus diesem Titel ist auch eine der Ursachen der höheren Leistungsfähigkeit der Stadt.

Die eigenen Rücklagen sind entsprechend dem Defizit dieses Rechnungsabschlusses um 15 Millionen auf 738 Millionen gefallen. 34 Millionen mußten zur Deckung des Defizits herangezogen werden. Der Rückgang ist aber durch den Zinsenertrag für die Rücklagen um 19 Millionen verringert worden.

Die Hoheitsverwaltung weist im Geldinventar Aktiven von 2.436 Millionen und Passiven von 1.049 Millionen aus, sodaß sich das Vermögen der Hoheitsverwaltung in Geldwerten auf 1.387 Millionen belaufen hat. Infolge der Ausgemeindungen ist der **Gemeindegrund** 1955 von 43.350 Hektar auf 38.339 Hektar gesunken. Da der Grundbesitz durch die Ausgemeindung bereits im Jahre 1954 um 1.800 Hektar gesunken ist, kann angenommen werden, daß die Ausgemeindung die Gemeinde Wien mindestens 8.000 bis 9.000 Hektar gekostet hat. Der Verlust wird früher oder später beim Bauprogramm der Gemeinde zu spüren sein.

Nach dem Gesetz ist der Rechnungsabschluß öffentlich aufzulegen, und jeder Bürger hat das Recht, Einsicht zu nehmen und hiezu "Erinnerungen" zu machen. Diesmal haben zwölf Gemeindeglieder Einsicht genommen, nur drei von ihnen haben Erinnerungen abgegeben. Sie verlangten unter anderem verbilligten Brennstoffbezug für die Arbeitslosen, Erhöhung der Schneearbeiterlöhne und Einführung des Kurzstreckentarifes.

Abschließend stellte der Berichterstatter den Antrag, den auf Grund des Abschlusses sich ergebenden Abgang der außerordentlichen Gebarung von 57 Millionen mit dem Teilbetrag von 23 Millionen aus den Mitteln der ordentlichen Gebarung zu decken und den Rest von 34 Millionen aus der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen. Weiter möge der Gemeinderat die ordentliche Rechnung des Jahres 1955 mit Einnahmen und Ausgaben von je 3.437 Millionen und die außerordentliche Rechnung mit Einnahmen und Ausgaben von je 76,7 Millionen genehmigen.

Der Kontrollamtsbericht für 1955

Stadtrat Resch (SPÖ) behandelt hierauf den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1955. Das Kontrollamt untersucht nicht nur die Gebarung, sondern überprüft auch die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung und gibt der Verwaltung zahlreiche Anregungen.

Zum Wohlfahrtswesen stellt das Kontrollamt fest, daß die Kindergärten im Jahre 1955 nur zu 72 Prozent der vorhandenen Plätze besucht waren, gibt aber selbst zu, daß dies nur eine Teilerscheinung in gewissen Gebieten der Stadt ist. Der Rückgang geht zum Teil auf die Absenzen der Kinder wegen Krankheit, Urlaub der Eltern usw. zurück. Nach dem Bericht des Kontrollamtes gibt es aber auch Gebiete, in denen die vorhandenen Plätze nicht voll ausgenützt werden. Der Bericht regt nun eine Verlegung von Kindergärten in jene Gebiete an, in denen die Kinderzahl ständig zunimmt.

Bei einer Überprüfung des Anstaltenamtes kam das Kontrollamt zu der Erkenntnis, daß der Medikamentenaufwand in immer stärkerem Ausmaß steigt und daß 1955 nur 54 Prozent der Ausgaben des Anstaltenamtes durch echte Einnahmen gedeckt waren. Hiezu erklärt Stadtrat Resch, daß es sich damals noch um "goldene Zeiten" gehandelt habe, denn laut Voranschlag 1957 werden nur 36 Prozent der Ausgaben auf diesem Gebiet durch Einnahmen ihre Deckung finden.

Die Gemeinde Wien baut am billigsten

Bei der Überprüfung des Bauwesens und der Wirtschaftlichkeit der Bauführung hat das Kontrollamt, wie der Berichterstatter anerkennend hervorhebt, außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet, die mit dazu beigetragen hat, daß die Gemeinde Wien unter allen öffentlichen und privaten Bauherren am billigsten baut.

Abschließend spricht Stadtrat Resch dem Kontrollamt, den Beamten der Finanzverwaltung und der übrigen Verwaltung der Stadt, die an der ordentlichen und korrekten Verwaltung der Stadt Wien mitgewirkt haben, den Dank aus. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) bemerkt einleitend, daß der Rechnungsabschluß für das Jahr 1955 diesmal rechtzeitig und zeitgerecht noch vor Beschlußfassung über den Voranschlag für das kommende Jahr dem Gemeinderat vorgelegt wurde. Vor allem die Einnahmen haben eine beträchtliche Steigerung gegenüber dem Voranschlag um 12.3 Prozent erfahren, während die Ausgaben um 3.6 Prozent gestiegen sind. Der ursprünglich vorgesehene nicht unbeträchtliche Abgang von etwa 290 Millionen Schilling verminderte sich so auf den verhältnismäßig unbedeutenden Betrag von 34 Millionen. Wenn auch erstmalig ein passiver Rechnungsabschluß vorliegt, so ist sein

Abgang doch nur von geringfügigem Umfang. Die wesentliche Einnahmensteigerung ist, wie auch in dem Bericht festgestellt wurde, auf die anhaltend gute wirtschaftliche Konjunktur zurückzuführen. Es war jedoch, wie der Redner hinzufügt, vor allem die erfolgreiche Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die auch in den Einnahmen der Stadt Wien ihren sichtbaren Ausdruck fand. (Beifall bei der ÖVP)

Die Gewerbesteuer brachte in den zehn Jahren seit Kriegsende die wesentlichste Vervielfachung unter allen Steuern und Abgaben. Der Gewerbesteuerertrag belief sich 1946 auf 37 Millionen, 1948 auf 138 Millionen, 1952 auf 392 Millionen, 1955 auf 563 Millionen und wird 1956 voraussichtlich mehr als 630 Millionen erbringen. Ausgehend von den Steuererträgen des Jahres 1948 erhöhte sich die Gewerbesteuer im Jahre 1955 auf 532 Prozent, während die Erträge der Einkommensteuer auf 379 und die der Lohnsteuer nur auf 205 Prozent stiegen. Die Gewerbesteuer war ursprünglich für einen bestimmten Zweck gedacht, nämlich zunächst zur Sicherung der Arbeitnehmer im Krankheitsfall und späterhin für die Altersvorsorge der wirtschaftlich Selbständigen. Heute hat aber die Gewerbesteuer die ursprüngliche Zweckbestimmung verloren und ist sozusagen die zweite und zusätzliche Einkommensteuer der Handels- und Gewerbetreibenden. Wenn nun auch die wirtschaftlich Selbständigen, von denen eine große Anzahl in ihrem Alter in wirtschaftliche Notlage geraten sind, eine gesetzliche Altersversicherung erhalten sollen, so könnte auch die Gemeinde Wien diesen Menschen, die durch jahrelange Steuerleistung zum Steueraufkommen unserer Stadt beigetragen haben, in irgendeiner Form helfen. Die öffentliche Fürsorge hat seit dem Inkrafttreten der Altersversorgung durch die Handelskammer viele Dauerbefürsorgte weniger aufzuweisen. Durch die beabsichtigte neue gesetzliche Regelung werden sicherlich noch weitere Dauerbefürsorgte aus der öffentlichen Fürsorge ausscheiden.

Die Gewerbesteuer bedeutet vor allem für die kleinen und kleinsten Gewerbetreibenden eine schwere Last. Es wäre hoch an

der Zeit, im Sinne einer schon vor Jahren gemachten Anregung eine Enquete über die Gemeindesteuern baldigst abzuhalten. Der Redner regt im Zusammenhang mit dem ständigen Steigen der Lohnsummensteuer an, der Nationalrat möge den Freibetrag für das Wirksamwerden der Lohnsummensteuer entsprechend anpassen und erhöhen.

Die Rücklagen der Gemeinde Wien erfuhren seit einigen Jahren erstmals durch die Deckung des Abganges eine geringfügige Verminderung. Dennoch konnte die Verwaltung der Stadt auch Ende 1955 über sehr beträchtliche Rücklagen in der Höhe von 753 Millionen Schilling verfügen. Ein wesentlicher Teil des Kassenstandes ist bei Geldinstituten zum Teil mit längerfristigen Bindungen angelegt, sodaß entsprechende Zinsenerträge verzeichnet werden, die für 1955 52 Millionen betragen. Der Redner richtet an den Finanzreferenten die Frage, ob es richtig ist, daß die Gelder vor allem bei einem Kreditinstitut eingelegt sind, welches beachtlich große Darlehen und Kredite an öffentliche Körperschaften außerhalb Wiens vergeben hat. Es erscheint nicht gerechtfertigt, daß Steuermittel, die von dieser Stadt aufgebracht wurden, eine Verwendung in der Weise finden, daß man Kredite für Zwecke außerhalb unserer Stadt gibt. (Beifall bei der ÖVP.) Der Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft die Gemeinde den Wiener Stadtwerken nicht höhere Zinsen für Kredite anrechnet, als sie selbst durch die Einlagen bei Kreditinstituten erhält.

Die ÖVP wird dem vorliegenden Rechnungsabschluß und dem Bericht des Kontrollamtes ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Im Schlußwort nahm Stadtrat Resch zu den Ausführungen des Debattenredners Stellung. Dr. Fiedler hat an die Spitze seiner Ausführungen die Behauptung gestellt, daß die erzielten Mehreinnahmen vor allem auf die Wirtschaft- und Finanzpolitik des Bundes zurückzuführen seien. Das hätte er bei allen Jahren seither sagen können nur nicht für 1955. In diesem Jahre sind die Ertragsanteile gegenüber den eigenen Abgaben zurückgeblieben. Wenn man also von einem Verdienst der Finanzpolitik des Bundes in den anderen Jahren vielleicht mit Recht sprechen kann, so war das für 1955 durch die Steuermaßnahmen des Bundes zweifellos am wenigsten der Fall. /.

Gewerbeertrag um 3.5 Milliarden gestiegen

Dr. Fiedler hat sich dann mit der Gewerbesteuer beschäftigt und gesagt, daß die Zunahme des Ertrages dieser Steuer seit 1947 520 Millionen ausgemacht hat. Der Debattenredner hat aber vergessen zu sagen, daß die Gewerbesteuer zum Unterschied zu anderen Bundessteuern keine progressive Steuer ist. Wenn also der Gewerbesteuerertrag seit 1947 um 520 Millionen gestiegen ist, so ist in der gleichen Zeit der Gewerbeertrag um 3.5 Milliarden gestiegen! Ich glaube, sagte Stadtrat Resch, es ist nur recht und billig bei einem solchen Mehrertrag, wenn die Steuer mitgeht, vor allem wenn man bedenkt welche Aufgaben die Gemeindeverwaltung noch vor sich hat.

Dr. Fiedler hat auch behauptet, daß die Gewerbesteuer mit der Absicht eingeführt wurde, für das Alter der Gewerbetreibenden vorzusorgen. Der Referent stellt die Frage, wo diese Absicht je ausgesprochen wurde. Der Debattenredner hat auch gemeint, daß die Gemeinde Wien imstande wäre, für die Altersversorgung der Gewerbetreibenden aus ihren Mitteln einen Beitrag zu leisten; die anderen Gemeinden wären dazu nicht oder nicht so leicht imstande. Der Referent lehnt jedoch diese Forderung als eine Diffamierung Wiens gegenüber anderen Städten ab. Der Debattenredner hat ferner behauptet, daß die Dauerbefürsorgten ohnehin aus der Befürsorgung durch die Gemeinde ausscheiden und dadurch Mittel frei werden. Die Novelle zum ASVG erhöht jedoch die Zuschüsse, die zu den Altersrenten von den Gemeinden gegeben werden, sodaß Wien im nächsten Jahr 40 bis 70 Millionen mehr als heuer brauchen wird.

50 Prozent der Steuerermäßigungen treffen Länder und Gemeinden

Zu der Anregung, eine Steuerenquete durchzuführen sagte Stadtrat Resch, die Steuerenquete seien die Mitglieder des Wiener Landtages und des Gemeinderates. Das ist die freigewählte Enquete der Wiener Bevölkerung über die hinaus es keine Instanz gibt. (Beifall bei SPÖ und VO.)

Mit Nachdruck stellte Stadtrat Resch auch fest, daß alle Steuerreformen des Bundes, die die Steuer ermäßigt haben, die Länder und Gemeinden im gleichen Ausmaß wie den Bund treffen. Es ist

./.

ein Unrecht, die Dinge so darzustellen, als ob der Bund allein Steuernachlässe gewährt hat. Volle 50 Prozent der Steuerermäßigungen treffen die Länder und Gemeinden. Stadtrat Resch sagte in diesem Zusammenhang, er sei jedenfalls gegen jede soziale Aushöhlung dieser Stadt. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Anregungen, betreffend den Bericht des Rechnungshofes sagte der Referent, der Rechnungshof lege einen offiziellen Bericht an den Gemeinderat vor und erstattet auch einen zweiten vertraulichen Bericht an den Stadtsenat, der dort vorgelegt und behandelt wird.

Dr. Fiedler hat auch den Umstand getadelt, daß die Gemeinde 52 Millionen Zinserträge hatte. Stadtrat Resch hält dem entgegen, daß mit diesem Geld 600 Wohnungen gebaut wurden, die die Wiener Bevölkerung nicht einen Schilling gekostet haben. Was die Kreditvergebung durch die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien anbelangt, so möge sich Dr. Fiedler an Stadtrat Dkfm. Nathschläger wenden, der diese Kredite beschließt. Zu der Kritik an den Zinsen für Kredite an die Städtischen Unternehmungen bemerkt Stadtrat Resch: Die ÖVP hat immer gleiche Behandlung der städtischen Betriebe verlangt. Nun sollen die Monopolbetriebe davon ausgenommen werden, das geht aber nicht. Soll die Straßenbahn anders behandelt werden als zum Beispiel das Brauhaus oder der Landschaftsbetrieb?

Abschließend ersuchte Stadtrat Resch den Rechnungsabschluß für das Jahr 1955 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Rechnungsabschluß und der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien einstimmig zur Kenntnis genommen.

- - -

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1957
=====

17. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat begann sodann mit den Beratungen des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957. Berichterstatter ist der städtische Finanzreferent, Stadtrat Resch (SPÖ).

Wie er zu Beginn ausführte, bringt der Voranschlag für das Jahr 1957 in zahlenmäßiger Darstellung zum Ausdruck, wie die Verwaltung der Stadt im kommenden Jahr geführt werden soll. Die Voraussetzungen, von denen seine Zahlen ausgehen, sind eine ruhige politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres erst so kurz selbständigen und im Verhältnis zu den Mächten, die den Gang der Geschichte bestimmen, so kleinen Staates Österreich.

Ruhige Entwicklung ist Voraussetzung

Nur wenn diese ruhige Weiterentwicklung Tatsache wird, erklärte Stadtrat Resch weiter, werden sich die Erwartungen erfüllen, die wir an dieses Budget knüpfen. Die Welt ist im Augenblick aber von politischen Spannungen erfüllt und auch wir werden sehr gegen unseren Willen davon betroffen. Ich muß in diesem Zusammenhang unseres Nachbarvolkes gedenken, das jetzt so furchtbare Zeiten mitmacht. Ihm gilt unser ganzes Mitgefühl und ihm zu helfen ist einfache Menschenpflicht. Auch wir Wiener waren und sind bereit, den Opfern dieses gigantischsten Freiheitskampfes eines Volkes, den die Welt je gesehen hat, zu helfen, wo, wann und so sehr wir nur helfen können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Aber auch Ereignisse, die ferner liegen und unser Empfinden nicht so stark berühren, haben wirtschaftliche Auswirkungen, die wir beachten müssen. Ein Beispiel hierfür ist die Erhöhung der Schiffsfrachten infolge der Sperre des Suezkanals, die unsere Kohlenbezüge aus dem Ausland so sehr verteuert hat. Gerade die weltpolitische Entwicklung der letzten Zeit zeigt, wie wertvoll es für uns war, mit dem Staatsvertrag unsere Freiheit als neutraler Staat zu sichern. Man braucht sich nur die Gefahren vor-

stellen, die uns jetzt bedrohen würden, wenn nicht nur jenseits sondern auch diesseits des Eisernen Vorhanges noch russische Truppen stünden, um die Bedeutung des Staatsvertrages zu verstehen. Dieser Erfolg, den wir noch zur rechten Zeit errungen haben, ist zum wesentlichen Teil der Eintracht unseres Volkes zu verdanken und er sollte uns auch weiterhin als Lehre dafür dienen, daß die Eintracht im Inneren der beste Schutz gegen Anfeindungen von außen ist.

Neben den Ereignissen die außerhalb Österreichs vor sich gehen stellt uns auch der Gang der Dinge im eigenen Land vor neue Entschlüsse. Die vergangenen Jahre waren durch einen raschen Aufstieg unserer Wirtschaft gekennzeichnet. Dieser Aufstieg hat sich seit einiger Zeit wesentlich verlangsamt. So ist die industrielle Produktion noch im Durchschnitt des Jahres 1955 gegen 1954 um 31.6 Prozent gestiegen, heuer aber nur mehr um 3.9 Prozent. Die Produktivität, die 1955 noch um 11 Prozent gestiegen ist, ist heuer bereits um ein Prozent gegen das Vorjahr zurückgegangen. Weniger Überstunden und Arbeitseinschränkungen in einzelnen Industriezweigen dürften die Ursache hierfür sein. Die Verlangsamung der Produktionszunahme ist aber keineswegs ein beunruhigendes Zeichen, denn wir haben trotzdem die Vollbeschäftigung zumindest in der günstigen Jahreszeit erhalten können und diese Vollbeschäftigung ist ja mitschuldig an der Verlangsamung der Entwicklung. Als ich vor einem Jahre die Zahl der Beschäftigten verglichen habe, konnte ich feststellen, daß sie von 1,337.000 Arbeitern und Angestellten im Jahre 1937 bereits auf 2,1 Millionen im Jahre 1955 gestiegen ist. Die Steigerung hat sich seither noch fortgesetzt und im August d.J. hat die Zahl der Beschäftigten die Rekordziffer von 2,2 Millionen erreicht. Wir können annehmen, daß nunmehr alle verfügbaren voll Arbeitsfähigen bereits in den Arbeitsprozeß eingesetzt sind. Ein Ansteigen der Produktion kann daher nicht mehr einfach durch Neuaufstellung von Maschinen und durch Aufnahme der zugehörigen Arbeitskräfte erreicht werden. Jetzt kann eine Steigerung im wesentlichen nur durch die technische Fortentwicklung der Anlagen oder durch die Einführung neuer Produktionsverfahren erzielt werden. Das bedarf aber einer längeren Zeit der Vorbereitung und Durchführung und es ist nur natürlich, daß in diesem Stadium der Wirtschaft

die Produktion nicht mehr in dem gleichen Tempo wie vorher erhöht werden kann.

Der Erfolg des Winterarbeitsprogrammes der Gemeinde

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich allerdings in den letzten Monaten, also nach Aufhören der Bau- und Fremdenverkehrssaison, ungünstig entwickelt. So waren Ende November 1955 in Österreich, ohne Wien, also in den übrigen Bundesländern 59.137 Arbeitssuchende vorgemerkt, dagegen Ende November 1956 bereits 76.456, also um 17.319 oder 29 Prozent mehr. Nur in Wien ist die Entwicklung wesentlich günstiger verlaufen. Ende November 1955 waren in Wien 34.386 Arbeitssuchende vorgemerkt, Ende November 1956 aber nur 31.715, also um 2.671 oder um 7.7 Prozent weniger als im Vorjahr. Diese Zahlen zeigen uns, daß wir in Wien imstande waren auch jetzt noch am Beginn der Schlechtwetterperiode die Zahl der Arbeitssuchenden niedriger zu halten als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das ist zweifellos ein Erfolg unseres Winterarbeitsbeschaffungsprogrammes und der von uns eingeführten Methode, die Baustellen zu beheizen. Dadurch ist es möglich, Fach- und Hilfsarbeiter auch noch in Schlechtwetter- und Kälteperioden zu beschäftigen, wenn in anderen Bundesländern jede Außenarbeit bereits eingestellt werden muß.

Die großen Bauvorhaben der öffentlichen Hand zusammen mit den privaten Bauten haben, wie die Rechnungsabschlüsse der Jahre 1954 und 1955 zeigen, dazu geführt, daß die Bauwirtschaft unserer Stadt voll ausgelastet ist. Wir wollen das Ausmaß ihrer Beschäftigung auch im kommenden Jahr nicht absinken lassen. Die Fülle der Aufgaben ist aber so groß, daß wir überlegen müssen, wieviel wir der Bauwirtschaft zumuten können ohne ihre Kräfte zu überspannen. Da während der Sommermonate schon seit Jahren ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften, vor allem an Facharbeitern besteht, werden wir uns weiterhin bemühen müssen, so weit es möglich ist Arbeiten auf die Wintermonate zu verlegen. Bei Förderung unserer Wirtschaft durch möglichst viele Gemeinde-

aufträge werden wir aber auch darauf zu achten haben, daß nicht ohne Zwang Güter bestellt werden, die schon Mangelware sind, um die Nachfrage nach solchen Gütern nicht stärker ansteigen zu lassen. Solange noch unausgenützte Leistungsmöglichkeiten bestanden, also freie Arbeitskräfte und Produktionsmittel zur Verfügung standen, war es leicht, die Produktion der erhöhten Nachfrage anzupassen. In Zeiten der Vollbeschäftigung aber wie jetzt ist diese Aufgabe viel schwerer geworden. Sobald der Verbrauch aber zunimmt und die Produktion nicht mehr entsprechend gesteigert werden kann, ist die Gefahr von Preissteigerungen gegeben. Unser Bemühen muß also auch sein, so weit als dies der Stadtverwaltung möglich ist, diese gefährliche Wechselwirkung zwischen Angebot und Nachfrage nicht zu einer Gefahr für die Stabilität der Preise werden zu lassen. Wir werden daher Aufträge dort zu vermeiden haben, wo kein genügendes Angebot mehr vorliegt, und möglichst jene Wirtschaftszweige stützen müssen, deren Kapazität noch nicht voll ausgenutzt ist. Nur so werden wir die Preisauftriebstendenzen, die in Zeiten einer Hochkonjunktur latent vorhanden sind, in engen Grenzen halten, damit den Lebensstandard unserer Bevölkerung vor einem Rückgang bewahren und jede Gefahr einer Abwertung unserer Währung verhindern können. Unter diesen Voraussetzungen bin ich überzeugt, daß wir die Einnahmen und Ausgabenansätze dieses Budgets, die vorsichtig erstellt sind, werden verwirklichen und damit die Wirtschaft unserer Stadt noch stärker als bisher fördern und die Vollbeschäftigung unserer Arbeiter und Angestellten werden erhalten können.

Annahme des Finanzministeriums unrealistisch

Stadtrat Resch kommt sodann auf die Budgetgrundlagen zu sprechen und stellt fest, daß die Grundlage jeder Budgeterstellung die Schätzung der voraussichtlichen Einnahmen des kommenden Jahres ist. Die Schätzung der eigenen Einnahmen beruht auf dem letzten Ergebnis und einer Steigerung entsprechend einer ruhigen ständigen Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft. Die

Ertragsanteile, also ein volles Drittel unserer Budgeteinnahmen, schätzt jedoch das Finanzministerium. Die Ertragsanteile machen 33.2 Prozent der Gesamteinnahmen des kommenden Jahres aus und werden um 2.8 Prozent höher sein als im heurigen Voranschlag. Dieser Ansatz entspricht nicht den letzten Angaben des Finanzministeriums. Das Finanzministerium hat im August dieses Jahres eine Bruttoertragsanteilssumme von 1.511 Millionen, was einem Nettobetrag von 1.299 Millionen entspricht, angegeben. Dieser Nettobetrag ist um 244 Millionen höher als im heurigen Voranschlag. Diese Steigerung begründet das Finanzministerium hauptsächlich in einer gesteigerten Einnahme der gemeinschaftlichen Bundessteuern. So hat der Bund in seinem ersten Vorschlag eine Steigerung der Umsatzsteuer um 1.240 Millionen gegenüber heuer angenommen. Für Wien allein wurde diese Steigerung mit 170 Millionen Schilling veranschlagt. Ferner nimmt der Bund an, daß die Einnahme an Lohnsteuer um 900 Millionen, in Wien um 130 Millionen, steigt. Bei der Einkommensteuer wirkt sich noch die Steuersenkung 1954 aus. Für Wien wird eine um 37 Millionen Schilling geringere Einkommensteuereinnahme angenommen. Stadtrat Resch stellt fest, daß all diese Annahmen von Seiten des Bundes außerordentlich optimistisch erstellt wurden. Der Ertrag 1956 konnte nur um 65 Millionen gesteigert werden.

Im Oktober hat nun das Finanzministerium neue Zahlen bekanntgegeben. Es hat die Ertragsanteile, die vorher mit 1.511 Millionen angesetzt waren, auf 1.565 Millionen gesteigert. Wenn diese Mehreinnahmen erreicht werden sollen, müßte der Ertrag 1956 um 235 Millionen Schilling überschritten werden. Das wäre mehr als das Dreieinhalbfache. Diese Zahl erschien dem Magistrat unrealistisch und es wurde daher nur die erste Zahl von brutto 1.511 Millionen und netto 1.299 Millionen in das Budget eingesetzt.

Bei den eigenen Abgaben ist die Steigerung, die nach den letzten Einnahmen erstellt wurde, wesentlich geringer als bei den Ertragsanteilen. Die Ertragsanteile sollen 244 Millionen mehr bringen. Die eigenen Abgaben machen 28.7 Prozent der Einnahmen aus und sind gegenüber heuer unverändert. Die Ursache liegt bei der geringeren Steigerung der Lohnsummensteuer gegen die Lohnsteuer. Bei der Lohnsteuer rechnet man für Wien mit Mehreinnahmen von 130 Millionen Schilling, bei der Lohnsummensteuer nur 20 Millionen.

Sonstige wichtige Abgabensteigerungen: die Gewerbesteuer steigt um 80 Millionen, die Getränkesteuer um 15 Millionen, Vergnügungssteuer um 5 Millionen. Die Gewerbesteuer steigt nur wegen Erhöhung des Gewerbeertrages. Die Lohnsummensteuer steigt durch erhöhte Löhne und mehr Beschäftigte. Getränkesteuer und Vergnügungssteuer steigen durch erhöhten Konsum und Preiserhöhungen, wobei vor allem auf die Kinopreise verwiesen wird. Die Gebühren und sonstigen Einnahmen steigen nur um 35 Millionen auf 1.043 Millionen und machen 26.7 Prozent (gegenüber heuer 2.4 Prozent weniger) der Gesamteinnahmen aus. Die Verwaltungsabgaben sinken um eine Million, ebenso die Wegebenützungsgebühr. Die Gebrauchsgebühren bleiben unverändert mit 44 Millionen.

Zum ersten Mal Viermilliarden-Grenze überschritten

Die Gesamteinnahmen werden mit 3.914 Millionen Schilling angenommen, das sind um 448 Millionen mehr als im Voranschlag 1956. Mehr als die Hälfte der Mehreinnahmen stammt aus Ertragsanteilen.

Auch die Ausgaben steigen stark an, und zwar mehr als die Einnahmen. Die Gesamtausgaben werden auf 4.096 Millionen Schilling geschätzt, das sind um 500 Millionen mehr als im Voranschlag 1956 eingesetzt waren. Es wird damit zum ersten Mal die Viermilliarden-Grenze bei den Ausgaben überschritten. Diese Steigerung der Ausgaben erhöht das Defizit um 52 Millionen auf 182 Millionen, das sind 4.4 Prozent des Budgetvolumens. Da dieser Prozentsatz sehr gering ist, kann das Budget als ausgeglichen bezeichnet werden. Die Bedeckung des Defizites wird in Mehreinnahmen oder Minderausgaben, falls nötig in den Rücklagen gefunden werden.

Nur 400 Anstaltsbetten mehr

Die Hauptsteigerung bei den Ausgaben ist im Personalaufwand zu suchen, der um 278 Millionen auf 1.461 Millionen steigt. Das sind 35.6 Prozent der Gesamtausgaben. Die Personalausgaben überflügeln die Ausgaben für das Baugewerbe, die 32.2 Prozent betragen. Die Ursachen dieser Steigerung des Personalaufwandes

./.

liegen in der hundertprozentigen Erfüllung des Gehaltsgesetzes, in der Regelung der Nebenbezüge und in der Vermehrung des Personals um 262 Bedienstete. Die Zahl der Aktiven steigt um 262 auf 32.997. Die Zahl der Pensionisten steigt um 198 auf 14.518. Die Steigerung des Personals ist vor allem in den Altersheimen und Irrenanstalten erfolgt, die 400 Betten mehr zu betreuen haben. Die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, hat allein gegen 1956 um 225 Bedienstete mehr.

Der laufende Sachaufwand steigt um 79 Millionen auf 1.595 Millionen und macht 39 Prozent des Budgetvolumens aus. Heuer hat er 42.2 Prozent ausgemacht; er mußte wegen der Steigerung des Personalaufwandes herabgedrückt werden.

1.039 Millionen für Investitionen

Die Investitionen und einmaligen Ausgaben einschließlich der Kriegsschadenbehebung steigen um volle 143 Millionen. Darauf haben wir besonderes Gewicht gelegt, weil wir so wie bisher die Arbeitsbeschaffung als das zentrale Problem der Wirtschaft dieser Stadt ansehen. Der Gesamtbetrag für die Investitionen und Kriegsschadenbehebungen macht 1.039 Millionen aus.

Bei diesen einmaligen Ausgaben sind für Bauvorhaben, die noch aus der Vergangenheit stammen, unter anderem 48 Millionen für die Stadthalle und 12 Millionen für das Museum eingesetzt. An neuen Großbauvorhaben sind unter anderem veranschlagt: für den sozialen Wohnungsbau 480 Millionen - womit wieder 5.000 Wohnungen hergestellt werden sollen -, für den Stadionaufbau 14 Millionen, für Schulbauten 30 Millionen usw. Das macht insgesamt mehr als eine Milliarde aus.

Alle diese Vorhaben sind natürlich unter der Annahme in das Budget aufgenommen worden, daß keine neuen Belastungen erfolgen. Diese unsere Annahme hat sich leider schon als unrichtig herausgestellt, denn durch die Novellierung des ASVG haben wir eine wesentliche neue Belastung übernehmen müssen.

Wir haben uns vom Anfang an auf dem Standpunkt gestellt, daß wir die Verbesserung der Altersrenten der Arbeiter und Angestellten hundertprozentig bejahen, aber diese Mehrbelastung nicht allein von den Gemeinden getragen werden kann sondern wenigstens zu einem Teil vom Bund übernommen werden muß. Der Finanzminister hat abgelehnt und lediglich die Erklärung abgegeben, daß er diese Mehrbelastung der Gemeinde anerkennt und bei dem Finanzausgleichsberatungen die Lage der Gemeinden berücksichtigen werde. Wir werden den Herrn Finanzminister bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen an diese Zusage erinnern.

Kunstförderung der Gemeinde - beispielgebend für Europa

In Besprechung der einzelnen Verwaltungsgruppen teilt Stadtrat Resch mit, daß die Ausgaben für das Kulturbudget auf 295 Millionen Schilling steigen, welcher Betrag bisher noch nie erreicht wurde. Auch die für Kunst und Volksbildung vorgesehenen 40 Millionen sind ein zuvor noch nie erreichter Betrag. Wie Besucher immer wieder behaupten, ist die Kunstförderung der Stadt Wien beispielgebend für ganz Europa.

Jeder Patient kostet täglich 130 Schilling

Das größte Sorgenkind ist die Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, die 25.470 Betten - um ungefähr 400 Betten mehr als heuer - betreuen wird. Der Gesamtaufwand dieses Anstaltenamtes steigt um nicht weniger als 150 Millionen auf 846 Millionen. Die Hauptursache der Steigerung liegt natürlich bei einem Amt, das fast 14.000 Angestellte beschäftigt, in der Erhöhung ihrer Bezüge, aber auch zu einem sehr wesentlichen Maße in der Erhöhung des Medikamentenverbrauchs und der Medikamentenkosten. Der Zuschuß, den unser Anstaltenamt im nächsten Jahr aus Steuermitteln benötigen wird, macht die gigantische Summe von 544 Millionen Schilling - gegenüber 407 Millionen, wie wir in diesem Jahr budgetiert haben - aus.

Nur 36 Prozent des Aufwandes der Ausgaben sind durch eigene Einnahmen gedeckt. Ein Patient in unseren Spitalern wird uns im nächsten Jahr 130 S kosten.

Erfreulich ist, daß sich die Krankenkassen nach mehr als ein-
einhalb Jahren dauernden Verhandlungen bereitgefunden haben,
die Verpflegssätze in drei Etappen von derzeit 50 Schilling auf
56 Schilling pro Patient und Tag zu erhöhen. Das macht es auch
möglich, die Verpflegskostensätze der Privatpatienten 3. Klasse
von bisher 58 auf 70 Schilling zu erhöhen, was eine große Be-
deutung auch wegen der Berechnung des Zuschusses des Bundes zu
den Krankenanstaltskosten hat. Die Mehreinnahmen aus dieser
Änderung der Verpflegskostensätze werden im nächsten Jahr 15 bis
20 Millionen, also höchstens 10 bis 13 Prozent des Mehraufwandes
von 150 Millionen ausmachen, sodaß es nur ein Tropfen auf den
heißen Stein dieses Defizits ist.

Streit über Bettenzahl hat Bau des neuen A.K. verzögert

Bezüglich des Allgemeinen Krankenhauses haben wir mit dem
Bund schon lange eine Vereinbarung auf Teilung der Kosten zum
Wiederaufbau im Verhältnis 50 zu 50 erzielt. Strittig war bis vor
kurzem noch, wie viele klinische Betten das neue Allgemeine
Krankenhaus haben soll. Die Medizinische Fakultät hat 3.000
klinische Betten verlangt, der Finanzminister wollte nur 2.000
zugestehen. Nunmehr soll sich der Finanzminister mit 2.500 klini-
schen Betten einverstanden erklärt haben. Dieser Streit über die
Anzahl der klinischen Betten hat den Neubau verzögert, weil der
Bund nur bereit ist, die Hälfte der Baukosten für die klinischen
Betten zu übernehmen. Für den Umbau des Allgemeinen Krankenhauses
ist im Budget 1957 eine Million eingestellt, Wir hoffen, daß der
Bund den gleichen Betrag zur Verfügung stellt, sodaß zwei Millio-
nen Schilling für den Beginn der Projektarbeiten zur Verfügung
stehen.

Bei der Wohnhäuserverwaltung macht der reine Betriebs-
abgang - das ist ohne Abschreibung und ohne Investitionen - 17.5
Millionen aus und steigt somit neuerlich mit 6.5 Millionen. Ich
hoffe, daß das die letzte Anstrengung zur Nachholung des versäumten
Erhaltungsbedarfes aus der Zeit der faschistischen Herrschaft ist
und daß wir dann endlich dazu kommen, daß wenigstens die Erhaltung
der Häuser zur Gänze von den Mietern dieser Häuser erfolgen wird.

Das Budget ist, wie es dem Gesetz entspricht, acht Tage aufgelegt. Neun Gemeindemitglieder haben von dem Recht der Einsichtnahme in das Budget Gebrauch gemacht, insgesamt nur zwei haben Erinnerungen abgegeben.

Abschließend führt Stadtrat Rosch aus: Infolge der optimistischen Erwartungen des Bundes über die Entwicklung der gemeinschaftlichen Bundessteuern war es auch heuer wieder möglich, ein Budget zu erstellen, das die Wünsche aller Verwaltungszweige weitgehend erfüllt und für die Wirtschaft unserer Stadt noch mehr Gemeindeaufträge bringen wird als heuer; und all dies wieder ohne die Inanspruchnahme fremden Kapitals. Nur im Falle der Wiener Verkehrsbetriebe werden wir voraussichtlich gezwungen sein, die Zeit bis zur endgültigen Sanierung dieser durch die Gehaltserhöhungen schwer getroffenen Betriebe durch einen Kredit zu überbrücken.

Ich wiederhole dabei meine oftmals abgegebene Erklärung, daß ich Kredite keinswegs grundsätzlich ablehne, wenn ich auch zugebe, daß für mich bei den derzeitigen hohen Zinssätzen Kredite nur als letztes Auskunftsmittel in Frage kommen. Für einen Kredit in ungefähr 25 Jahren den doppelten Betrag zurückzahlen müssen, ist mir für die Wiener Bevölkerung einfach zu teuer. Ich halte die jetzigen teuren Kredite daher nur für vertretbar, wenn es sich entweder um große Vorhaben der Stadt handelt, die auch noch späteren Generationen zugute kommen und deren hohe Kosten man daher nicht nur einer Generation auflasten kann, oder wenn es sich um produktive Investitionen handelt, die die laufenden Betriebskosten nicht erhöhen. Für die Hoheitsverwaltung werden nur Kredite für Vorhaben in Frage kommen, die nicht imstande sein werden, ihre Annuitäten aus eigenen Mehreinnahmen oder Minderausgaben zu decken. Ich denke hier etwa an den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses oder an Verkehrseinrichtungen. Auch wird die Stadt Wien keineswegs damit rechnen können, daß ihr Inlandsmarkt sehr bald für große Vorhaben erschlossen wird. Aber auch der Kapitalmarkt des Auslandes ist nach aller Erfahrung der letzten Jahre noch nicht bereit, an Gebietskörperschaften des Auslandes nennenswerte Kredite zu geben. Wir werden selbstverständlich die Entwicklung auf den Kapitalmärkten weiterhin aufmerksam verfolgen, und wenn Kredite notwendig werden

sollten, alle Möglichkeiten hierfür voll ausnützen. Wenn es uns aber weiterhin gelingen sollte, die Vollbeschäftigung in unserer Stadt zu erhalten und unsere Probleme und Aufgaben zu lösen, ohne Kredite in Anspruch nehmen zu müssen, dann werden wir die uns von der Bevölkerung zur Verfügung gestellten Mittel am besten verwendet haben.

Die Generaldebatte

Als erster Redner in der Budgetdebatte betonte Gr. Lauscher (VO), daß heute niemand mehr daran zweifeln könne, daß dank des österreichischen Neutralitätsstatus ernste Gefahren von unserem Lande abgewehrt werden konnten. Zu den Ereignissen in Ungarn sagte der Redner: In Ungarn sind ernste Fehler in der Leitung des Staates geschehen, die zu berechtigter Unzufriedenheit breiter Massen des Volkes Anlaß gaben. Wir bedauern und verurteilen diese Fehler rückhaltlos. Man darf aber auch die Augen nicht davor verschließen, daß die seinerzeit gestürzten Kräfte der Kapitalisten und Großgrundbesitzer nie aufgehört haben, mit aller Kraft eine Wiederherstellung der alten Ordnung herbeizuführen, und daß auch die kapitalistischen Kreise des Westens seit Jahren die Bestrebungen unterstützten, in Ungarn die Kräfte der Konterrevolution an die Macht zu bringen. In diesem Zusammenhang ist das Eingreifen der Sowjettruppen zu verstehen, das auf Grund des Warschauer Vertrages erfolgte. Ein Sieg der reaktionären Kräfte in Ungarn hätte die Gefahr eines dritten Weltkrieges heraufbeschwören. Wir dürfen aus den ungarischen Ereignissen nicht die verhängnisvolle Schlußfolgerung ziehen, statt eine Politik der Verständigung und Entspannung fortzusetzen, zum Kalten Krieg zurückzukehren und die Militärblocks auszubauen. Wir stimmen daher Stadtrat Resch voll zu, daß eine ruhige Weiterentwicklung auch für die Stadt Wien von entscheidender Bedeutung ist. Der Gemeinderat müßte es als seine vornehmste Pflicht betrachten, gegen alles entschieden anzukämpfen, was unsere Unabhängigkeit und Neutralität gefährdet.

Die Finanzpolitik des Bundes benachteiligt Wien auf das schwerste und läuft praktisch auf eine finanzielle Unterhöhnung unserer Stadt hinaus. Unter dem Titel eines Notopfers nimmt der Bund der Stadt Wien jährlich 200 Millionen Schilling weg. Der Bund entzieht sich weiter der Verpflichtung, seinen Beitrag zur Erhaltung der Wiener Spitäler zu leisten. Vom Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer, der für die Straßenerhaltung dienen soll, erhält Wien keinen Groschen.

Den Wienern fehlen vor allem zehntausende Wohnungen, es fehlen moderne öffentliche Verkehrsmittel, es mangelt an Horten und Heimschulen. Der Mieterschutz, der durch viele Neuregelungen bereits stark abgebaut wurde, müßte nicht nur wieder voll hergestellt, sondern noch erweitert werden. Bei aller Würdigung des sozialen Wohnhausbaues ist das, was die Gemeinde heute baut, noch viel zu wenig. Wien braucht ein wirksames Wohnungsanforderungsgesetz, denn das Gesetz über die Vermietung freier Wohnungen ist eine schwere Enttäuschung und bringt eine weitere Durchlöcherung des Mieterschutzes durch die Einführung des Neuvermietungs-zuschlages.

Im Verkehrswesen wäre es dringend erforderlich, mehr Straßenbahnzüge während der Verkehrsspitzen einzustellen, den Fahrpark zu erneuern und neue Autobuslinien in Betrieb zu nehmen. Durch die Schaffung eines zweiten Stadtbahnringes könnte eine weitere Schnellverbindung hergestellt werden. Die Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe bedarf einer Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte. Dies könnte einerseits durch die Realisierung eines Einheitstarifes für alle städtischen Verkehrsmittel und andererseits durch die Einführung eines verbilligten Kurzstreckentarifes erfolgen.

Der Redner verlangte weiter eine verstärkte Krebsbekämpfung, die kostenlose Impfung gegen die Kinderlähmung, öffentliche Lehrwerkstätten der Gemeinde Wien, den Bau neuer Mittelschulen und eine großzügige Sportförderung.

Auch im abgelaufenen Jahr hat Wien auf verschiedenen Gebieten

Positives geleistet, was wir anerkennen. In unserer Haltung zum Budget lassen wir uns nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten, wobei wir die Interessen Wiens und seiner arbeitenden Menschen zur Grundlage unserer Beurteilung nehmen. Vieles muß noch geschehen. Die Bevölkerung erwartet, daß der Gemeinderat alles tut, um ihr Leben zu erleichtern, um es angenehmer und schöner zu machen. Vor allem aber wünschen die Wiener die Erhaltung des Friedens, die Fortdauer der wirtschaftlichen Konjunktur und eine weitere Hebung ihres Lebensstandards.

GR.Dr. Wollinger (ÖVP) erklärte: Der Wiener Gemeinderat hat die verantwortungsvolle Aufgabe, in budgetärer Hinsicht Vorsorge zu treffen, daß alle lebenswichtigen Bedürfnisse dieser Stadt im kommenden Jahr Berücksichtigung finden können. Er hat die verantwortungsvolle Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Steuermittel der Wiener Bevölkerung sinnvoll und wohldosiert Verwendung finden. Die ÖVP verleiht der ehrlichen Überzeugung Ausdruck, daß die weltpolitische Situation und die Entwicklung jenseits unserer östlichen Landesgrenzen es einfach nicht zulassen, daß die beiden großen politischen Parteien engstirnigem vermeintlichem Parteiinteresse sich allzusehr von der Gefahr abwenden, welche noch immer der jungen Pflanze unserer wiedergewonnenen Freiheit und Souveränität droht. In diesem Sinne bekennt sich meine Fraktion aufs neue zu einer demokratischen Zusammenarbeit und Koalition auch in der Verwaltung der Bundeshauptstadt, denn wir bekennen uns damit auch feierlich und leidenschaftlich zu unserer geliebten Vaterstadt Wien, zu ihrer Blüte, zu einer gemeinsamen Arbeit im Interesse dieser Stadt. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Redner beschäftigt sich mit dem Ergebnis der letzten Nationalratswahl und meint in diesem Zusammenhang, man hätte von der Mehrheitsfraktion des Hauses erwartet, daß sie in echter demokratischer Gesinnung wenigstens teilweise den geänderten Verhältnissen Rechnung tragen würde. Dies war jedoch leider nicht der Fall. Die intolerante Haltung der Sozialisten im Wiener Rathaus bestehe heute noch.

Die ÖVP bedauere dies aufrichtig, weil dadurch der Demokratie ein schlechter Dienst erwiesen wird und die Koalition überflüssigen Belastungsproben ausgesetzt ist.

Der Redner behandelt dann einige, wie er sagt "neuralgische Punkte" **in der Wiener Stadtverwaltung**. Er fordert eine Änderung der Wiener Verfassung, die er als undemokratisch bezeichnet. Sie stamme aus einer Zeit, in der die damaligen Sozialdemokraten allein im Rathaus regierten. Diese Verfassung räumt dem Stadtoberhaupt fast diktatorische Vollmachten ein, entrechtet jeden Amtsführenden Stadtrat, bürdet ihm aber andererseits die ganze Verantwortung auf. Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen zum Beispiel habe nicht einmal die Möglichkeit, eine Reinigungsfrau einzustellen. Dafür ist der Personal-Stadtrat zuständig. Über den Sachaufwand wiederum bestimmt der Finanzreferent. Dr. Wollinger betont, daß nur der eine Verantwortung tragen könne, der auch vollkommene Handlungsfreiheit besitzt.

Die ÖVP verlangt in diesem Haus nicht mehr Einfluß als es dem Willen der Wähler entspricht, fuhr der Redner fort. Warum widersetzt sich die Mehrheitsfraktion dem Willen der Wähler und gewährt der ÖVP nicht das entsprechende Mitspracherecht? Er verlangt nachdrücklich eine Demokratisierung der Wiener Verfassung und vernünftige Reformen der Verwaltung der Stadt Wien. Die ÖVP beabsichtige keinesfalls sich auf eine negative Kritik zu beschränken und ist bereit mitzuarbeiten und positive Vorschläge in dieser Frage zu machen.

Zum Wohnungsproblem bemerkt Dr. Wollinger, daß in Wien noch immer 100.000 Wohnungseinheiten fehlen. Es müssen also zusätzliche Wege beschritten werden und neue Maßnahmen im Wohnungsbau getroffen werden. Man müsse den sozialen Wohnungsbau selbstverständlich fortsetzen. Die Stadtverwaltung muß aber auch dem privaten und dem genossenschaftlichen Wohnungsbau besonderes Augenmerk zuwenden. Der Redner wirft auch die Frage auf, ob die aus Steuermitteln gebauten Wohnungen weiterhin völlig unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Zahl derer, die bereit sind, für Wohnraum Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, sei nicht so gering. Man könnte zweierlei erreichen, die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und außerdem werden die Mittel der Allgemeinheit nur den

sozial Bedürftigsten zugute kommen.

Bei der Wohnungsvergebung kritisiert Dr. Wollinger, daß der zuständige Ausschuß mit dieser Frage überhaupt nicht beschäftigt wird. Er verlangt, daß die Vergebung ausschließlich nach dem Grad der Bedürftigkeit erfolgen solle und regt in diesem Zusammenhang die Einsetzung von unpolitischen Kommissionen an.

Auch auf dem Gebiete der Personalpolitik müßte objektiver vorgegangen und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten gehandelt werden. Es müsse das gleiche Recht für alle Bürger dieser Stadt gelten. Die Österreichische Volkspartei werde nicht müde werden, für die Freiheit aller Bewohner dieser Stadt einzutreten. Das gleiche gilt für die Vergebung der Wohnungen. Der Redner kommt sodann auf die Wiener Verkehrsverhältnisse zu sprechen. Er verweist auf von seiner Fraktion bereits wiederholt gemachte Vorschläge zur Lösung der Verkehrsmisere, denen jedoch bis jetzt nicht entsprochen wurde. Er erhebt die Forderung nach Schaffung einer Verkehrsplanungskommission, nach Erstellung eines Generalverkehrsplanes, die Planung und Inangriffnahme der U-Bahn und Schaffung von Schnellverkehrsstraßen. Der Stand an Kraftfahrzeugen ist in Wien bis 1. Dezember bereits auf 168.106 gestiegen. Der Tag, an dem das 200.000. Motorfahrzeug in Wien registriert wird, wird also nicht mehr fern sein. Die Situation auf diesem Gebiet ist wirklich ernst.

Eine wiederholte Forderung seiner Fraktion anläßlich jeder Budgetdebatte war die Notwendigkeit einer Änderung der Finanzpolitik der Gemeinde Wien. Er könne sich der Ansicht von Stadtrat Resch, daß die Zeit für ausländische Kredite noch nicht gekommen ist, nicht anschließen. Es sei vielmehr das Gegenteil der Fall; es ist zu spät für solche Kredite. Heute allerdings ist der Kapitalüberhang zum Großteil abgeschöpft. Vor einigen Jahren wäre es leicht gewesen ausländische Kredite zu bekommen. (Zwischenruf SPÖ: Sie vergessen, daß wir besetzt waren!) Große, einmalige Investitionen, die mehreren Generationen zugute kommen, müßten finanziell gleichfalls auf mehrere Generationen aufgeteilt werden.

Zu der Ansicht des Referenten, daß die Annahmen des Finanzministers zu optimistisch wären, braucht nur auf die Erfolgswerte der vergangenen Jahre verwiesen werden. Sie haben immer den Optimismus des Finanzministers voll und ganz bestätigt. (Beifall bei der ÖVP.) Auch 1956 hatten wir höhere Gemeindesteuern als angenommen wurde. Bis 30. September haben die Überschreitungen auf der Einnahmenseite 125 Millionen Schilling betragen. Wenn man diesen 125 Millionen noch für das letzte Quartal einen entsprechend hohen Anteil hinzurechnet, kommt man auf 165 Millionen Schilling. Die vorliegenden Ansätze aber, sehen zwar erhöhte Einnahmen dieser Steuern vor, doch nur von 125 Millionen.

Die ÖVP begrüße auch die stärkere Dotierung des Hafenausbaues. Die internationale Bedeutung Wiens erfordert einen großzügigen Ausbau des Wiener Hafens ebenso wie **in der Zukunft** dem Flughafen große Bedeutung zukommen wird. Dies ist viel wichtiger als die fortgesetzten Grundankäufe, die in der Bevölkerung nicht wenig kritisiert werden. Der reine Baugrund geht weit über das hinaus, was die Stadt Wien in den nächsten Jahren zu verbauen in der Lage ist. Immerhin wurden in den letzten zehn Jahren 210 Millionen Schilling für Grundkäufe ausgegeben.

Der Redner vermißt im Voranschlag die so dringend notwendigen Mittel für familienfördernde Maßnahmen. Er verlangt Ehestandsdarlehen, bevorzugte Wohnraumzuweisung für junge Ehepaare, den Bau familiengerechter Wohnungen und Ermäßigung verschiedener Gebühren und Tarife für kinderreiche Familien. (Beifall bei der ÖVP.)

Er fürchte, so fuhr DR. Dr. Wollinger fort, daß der Referent diese sachlichen Einwände in etwas weniger sachlicher Weise beantworten wird, wie es Stadtrat Resch heute schon einmal getan habe. Der Referent hat anerkannt, daß die Ausführungen von DR. Dr. Fiedler sachlich waren; dennoch hatte er sich eines witzelnden schulmeisterlichen Tones nicht enthalten können. In der Berichterstattung ist Stadtrat Resch immer objektiv. Bei der Beantwortung von objektiven Einwänden glaubt er jedoch den Schul-

meister spielen zu müssen.

Das bevorstehende Hochfest der Christenheit steht heuer ganz unter dem Eindruck des furchtbaren Unglücks, das unserem ungarischen Nachbarvolk widerfahren ist. Wir wollen und müssen auch in dieser Stunde der Tatsache gedenken, daß Österreichs Freiheit von den beiden Regierungsparteien gemeinsam errungen und gesichert worden ist. Wir müssen auch weiterhin auf der Hut sein vor jenen Hyänen, die auch bei uns die Freiheit vernichten wollen. Das sicherste Abwehrmittel aber heißt Toleranz und wirkliche demokratische Zusammenarbeit. Die ÖVP wird es an Bereitschaft nicht fehlen lassen mit ihrer ganzen Kraft mitzuwirken, um die Mission unserer geliebten Stadt Wien als Zentrum der Kultur und Wissenschaft und als Bollwerk westlicher Zivilisation zu erfüllen. Die ÖVP dankt der gesamten Wiener Bevölkerung für ihre spontane Dokumentation der Menschlichkeit. Sie dankt aber auch der Bevölkerung von Wien dafür, daß sie die Mittel aufbringt, die die Stadt zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben benötigt. (Beifall bei der ÖVP.) Zum Schluß dankte der Redner auch den Bediensteten der Stadt Wien und gab die Erklärung ab, daß seine Fraktion die Zustimmung zum Budget 1957 geben werde. (Beifall bei der ÖVP.)

Als zweiter Debattenredner der VO hat sich GR.Dr. Soswinski zu Wort gemeldet. Er fordert erneut die Einführung von Luxussteuern in Wien. Der Redner stellt die Frage, mit welchem Recht der Finanzminister verlangt, daß die Gemeinde unnötige Lasten tragen soll, obwohl er selbst nicht alle Steuermöglichkeiten ausnützt. Eine Luxussteuer werde niemanden, der es sich leisten kann, hindern, die gewünschten Waren zu kaufen, gleichzeitig aber würden dadurch die Bankkonten der Kapitalisten kleiner und die Investitionsmittel größer. Er kritisierte, daß der Städtebund, der doch in Wien federführend ist, in der Frage der Luxussteuer bisher nichts unternommen hat. Zur Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, erklärte der Redner, daß die Kommunisten seit Jahren für die Stadtwerke die Befreiung von den Gebrauchs- und Wegbenützungsgebühren, das sind für 1957 54 Millionen Schilling, fordern. Er verlangte daher in einem Antrag, die Gemeinde Wien soll für das kommende Finanzjahr den Stadtwerken einen unverzinslichen Kredit in derselben Höhe einräumen. ./.

Zur Debatte über eventuelle Auslandskredite sei zu bemerken, daß kein vernünftiger Mensch grundsätzlich dagegen sein könnte, weil nicht eine Generation den Wiederaufbau und den Neubau in einer kriegszerstörten Stadt tragen kann. Bedingung sei, daß das Ausland auf die Tarifbildung keinen Einfluß haben darf, denn Österreich ist kein Kolonialland, in dem man sein Geld innerhalb weniger Jahre vervielfältigen kann. Da die Finanzpolitik der Stadt Wien keine Interessenpolitik für die Arbeiterklasse sei, werde seine Fraktion den Voranschlag ablehnen.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) begrüßte die Loyalitätserklärung der ÖVP zur Politik der Zusammenarbeit im Rathaus. Wenn allerdings in diesem Zusammenhang auf einen Stimmengewinn der ÖVP in Wien bei den letzten Wahlen hingewiesen wurde, so hat man dabei vergessen, daß dieser nur möglich war, weil die SPÖ die Lasten und Unannehmlichkeiten des Wiederaufbaues durch Jahre allein getragen hat. Seine Fraktion werde sich die Erklärung der ÖVP merken und die Haltung des Koalitionspartners beobachten und kontrollieren; man wird die ÖVP immer darauf aufmerksam machen, wenn sie die Basis dieser Erklärung verläßt.

Ein umfassender Überblick über den Wiederaufbau in Wien sei nur möglich, wenn man die heutigen Verhältnisse mit denen von 1945 vergleicht. Schon neun Jahre nach der großen Katastrophe, im Jahre 1954, konnte man der Welt den Entschluß bekanntgeben, daß die Stadtverwaltung gewillt ist, Wien auf das Niveau einer modernen Weltstadt zu heben. Diese Erklärung ist der beste Beweis für das Leistungsvermögen und den Aufbauwillen der Wiener Bevölkerung.

Es kann mit Stolz auf die Feststellung des Obersten Rechnungshofes verwiesen werden, daß die Rechnungsergebnisse 1953 und 1954 das Bild einer geordneten und vorsorglichen Finanzwirtschaft ergeben. (Beifall bei SPÖ.) Der Redner spricht den Wunsch aus, die Wiener Bevölkerung über das Geleistete ausreichend zu informieren. Die schweren Aufgaben einer Stadtverwaltung können nur dann erfüllt werden, wenn bei der Bevölkerung Verständnis gefunden wird. Aus diesem Grunde ist der Aufruf des Stadtarchivs an die Bevölkerung, Tatsachenmaterial und Urkunden aus dem Jahre 1945 gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen, sehr zu begrüßen. Es wurden im Budget in großzügiger Weise auch Mittel hierfür bereitgestellt.

Der Redner kommt sodann auf die Ereignisse in unserem Nachbarland zu sprechen; das Elend dieser Menschen, das einem täglich in den Straßen Wiens begegnet, zwingt dazu. Da hervorragendste Merkmal dieser Erhebung ist, daß gerade die Jugend die Führerin des Aufstandes ist. Die Geschichte hat hier ein hartes Urteil gesprochen, denn es kann für ein politisches System kein härteres Urteil geben, als gezwungen zu sein, sein eigenes System mit Panzern niederwalzen zu müssen. Diese Ereignisse haben auch in der österreichischen Bevölkerung tiefe Anteilnahme gefunden, aber auch ein großes Gefühl der Dankbarkeit dafür, daß wir solche Tage Österreich und Wien ersparen konnten. In diesem Zusammenhang sollen auch einige Worte zum Staatsvertrag gesprochen werden. Es war ein Erfolg der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien, daß die Atmosphäre geschaffen wurde, in der Österreich endlich wieder seine Souveränität erhielt. Es ist den österreichischen Arbeitern und Angestellten zu danken, die dem organisierten Terror, so vor allem im Jahre 1950, mutig und entschlossen die Stirne boten. Sie haben sich nicht betören lassen und sind treu zu Österreich und zu der erhofften Souveränität gestanden. So ergießt sich jetzt ein Flüchtlingsstrom nach Österreich. Österreich und Wien werden im Namen der Menschlichkeit die Hilfe geben, die gegeben werden kann. Auf Wiener Boden befinden sich derzeit 29.000 Flüchtlinge, die in Lagern betreut werden. Die wirklich großen Leistungen der Stadtverwaltung und des zuständigen Stadtrates müssen anerkannt werden. Es wird jede Hilfe geboten werden, zu deren Leistung die Stadt in der Lage ist.

Zum Budget selbst stellt der Redner fest, daß sich bei einer Gegenüberstellung der Voranschläge der drei letzten Jahre eine Erhöhung der Einkommen- und auch der Ausgabenansätze um rund eine Milliarde Schilling ergebe. Es ist zu hoffen, daß die Ausgaben-seite in Ordnung gehalten werden kann, weil damit die Erhaltung der Vollbeschäftigung zusammenhängt. Der Staat, die Länder und die Gemeinden sind zu einem richtunggebenden Faktor im Wirtschafts- und Erwerbsleben geworden. Nur die großzügige Investitionspolitik der öffentlichen Hand sichert auf die Dauer die Wirtschaftskonjunktur. Darauf wurde wiederholt von den Sozialisten hingewiesen. Der Voranschlag 1957 ist ein glänzender Beweis sozialistischer

Wirtschaftsauffassung. Das Viermilliardenbudget ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine vorsichtig kalkulierte Vorausfinanzierung der österreichischen und der Wiener Wirtschaft. Allein 1.319 Millionen Schilling sind für das Bau- und Baunebengewerbe präliminiert. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, welche große Bedeutung diese Investitionspolitik der Gemeinde Wien für das Gewerbe besitzt. Ohne diese Investitionspolitik wäre das Bau- und Baunebengewerbe zu einer kümmerlichen Existenz verurteilt.

Zur Abgabenteilung stellt der Redner fest, daß Wien die einzige Körperschaft ist, für die eine Höchstgrenze bei der Zuteilung der bundesgemeinschaftlichen Abgaben existiert. Aus der Abgabenteilung verliert Wien daher jährlich 534 Millionen Schilling von den von der Wiener Bevölkerung aufgebrauchten Steuermitteln. Allein Niederösterreich erhält davon 220 Millionen.

Wien ist der größte Wirtschaftskörper Österreichs. Man müßte annehmen, daß die Bundespolitik Interesse daran hat, einen starken Wirtschaftskörper in Wien zu erhalten, denn die wirtschaftlichen Kraftströme, die von Wien ausgehen, beeinflussen wesentlich die Wirtschaft in den Ländern und Gemeinden. Der Redner richtete daher die Aufforderung an die Vertreter der ÖVP, sie mögen in den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen die wohlberechtigtesten Interessen Wiens mit den Sozialisten vertreten.

Mit Genugtuung stellte der Redner fest, daß der Personalaufwand eine Erhöhung von 23.5 Prozent erfahren hat und die Personalangabe - das Verhältnis von Gesamtausgaben und Personalaufwand - von 33.5 Prozent auf 36.1 Prozent erhöht wird. Damit ist eine Erhöhung des Lebensstandards der städtischen Bediensteten verbunden, die letzten Endes der Wiener und der österreichischen Wirtschaft zugute kommt.

Mit Besorgnis müsse man jedoch die Entwicklung der Bundesfinanzen verfolgen. Trotz der herrschenden Prosperität in Österreich gelingt es dem Finanzminister nicht entsprechende Reserven anzulegen. Der städtische Finanzreferent verfolgt dagegen mit Recht den Grundsatz, daß bei einer geordneten Finanzwirtschaft die Rücklagen mit der Höhe der Investitionen in einen gesunden und natürlichen Verhältnis stehen müssen. Stadtrat Resch hat die Gemeinde Wien von einer unangenehmen Lage bewahrt, die jetzt bei

der vollen Erfüllung des Gehaltsgesetzes beim Bund eingetreten ist.

Zu den Mehrausgaben im Kapitel Kultur und Schulverwaltung von 74 Millionen Schilling sagt der Redner, dies stelle ein Bekenntnis der Stadtverwaltung zu dem Willen dar, Wien wieder seiner Berufung gemäß zum kulturellen und geistigen Zentrum zu machen. Die Wiener Festwochen zum Beispiel üben eine große Anziehungskraft auf das internationale Publikum aus. Auch die internationale Wiener Messe trägt zur internationalen Bedeutung Wiens im großen Maße bei.

Mit Sorge müsse man die Ausführungen des Referenten über die finanzielle Gebarung bei den Anstalten hören. Es bedeutet eine schwere finanzielle Belastung, wenn die Gemeinde Wien einen Zuschuß von 544 Millionen Schilling leisten muß. Der Redner nimmt dann auf eine Äußerung des Vizebürgermeisters Weinberger bezug, die er bei einer Tagung des ÖAAB gemacht hat: "Auch der demokratische Sozialismus ist eine Irrlehre, weil er auf dem Materialismus fußt..." Diese Feststellung dürfe nicht unwidersprochen bleiben. Der Redner erinnerte daran, daß in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Arbeiter und Angestellten beginnen mußten, um die Grundrechte ihrer menschlichen Existenz zu kämpfen. Diesem Kampf unserer Väter verdanken wir es, daß wir heute auf demokratischem Boden an der Verwaltung unserer Stadt und unseres Staates teilnehmen können.

GR. Dr. Bohmann erklärte, die Welt sehe heute im demokratischen Sozialismus die einzige Möglichkeit/^{sich} vor einem schauerlichen Untergang zu bewahren. Die sozialen Lasten eines Gemeinwesens werden auch weiterhin ansteigen, weil dies in der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates begründet ist. Aufgabe der Verwaltung sei es, für eine gerechte Aufteilung zu sorgen. Er begrüßte es, daß nun endlich ein Krankenanstaltengesetz in Kraft tritt, das den Gemeinden schwere finanzielle Lasten abnimmt und das Defizit zwischen Stadt, Land und Gemeinde nach einem gerechten Schlüssel aufteilt.

./.

Es sei zu begrüßen, daß ein Drittel der Gesamtausgaben des Voranschlages für das Bau- und Wohnungswesen vorgesehen ist. Damit können neue Projekte wie das Allgemeine Krankenhaus, der Ausbau des Südtiroler Platzes usw. verwirklicht werden. Wenn im Vorjahre von einem ÖVP-Sprecher behauptet wurde, dem Voranschlag der Stadt Wien fehle der große Wurf, so muß dazu gesagt werden, der große Wurf ist in der systematischen Vollendung der Aufbauarbeit zu finden.

Zum Straßenbau erklärte der Redner, daß in den letzten Jahren acht Millionen Quadratmeter Straßen neu gebaut oder grundlegend modernisiert wurden. Das ist ein Drittel des Gesamtstraßennetzes der Stadt. In ganz Österreich gibt es zur Zeit 8.000 Kilometer Bundesstraßen, davon entfallen aber nur 15 Kilometer auf das Wiener Stadtgebiet. Dieses Mißverhältnis bedeutet geradezu eine Beleidigung Wiens als Bundesland. Eine Novellierung des Bundesstraßengesetzes sei daher dringend notwendig.

Ein besonders rühmenswertes Kapitel sei das Wohnungswesen. Mit den vorgesehenen Mitteln wird es möglich sein, 5.000 neue Wohnungen im sozialen Wohnungsbau und 3.000 durch Förderungsbeiträge zu bauen. Seitdem Sozialisten in Wien regieren, wurden 120.000 neue Wohnungen - 60.000 seit 1945 - gebaut. Trotzdem fehlt es noch immer an Wohnraum. Diese Tatsache hat ihren Grund in der Umwälzung der Einstellung zum Wohnungsstandard. Die Zuweisung von Gemeindewohnungen erfolgt ausschließlich unter den Gesichtspunkten der Bedürftigkeit. Der ÖVP gehe es aber nicht darum, die Wohnungen nach der Bedürftigkeit, sondern nach dem Parteiproporz zu vergeben. Es widerspreche der Absicht des Gesetzgebers, wenn öffentliche Mittel für den Wohnungsbau ohne Bedacht auf die wirkliche Bedürftigkeit des Wohnungswerbers vergeben werden. Das geschieht aber beim Wohnungseigentum, wie es von der ÖVP gehandhabt wird. Auch die Volkspartei wird die Wandlung des historischen Eigentumsbegriffes zur Kenntnis nehmen müssen. Abschließend erklärte der Redner: Der Voranschlag 1957

hält, was die SPÖ bei den letzten Wahlen den Wählern versprochen hat.

Stadtrat Resch gehandelte im Schlußwort verschiedene Einwände der Debattenredner. Zum Vorwurf Dr. Wollingers, daß manche Geschäftsstücke vom Bürgermeister auf Grund diktatorischer Vollmachten erledigt werden, sei zu erwähnen, daß in einer Gemeindeverwaltung sehr oft unaufschiebbare Probleme rasch erledigt werden müssen. Zwischen den Parteien bestehe ein Übereinkommen, daß kein leitender Beamter ohne Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates ernannt werden darf. Vorwürfe in dieser Richtung entbehren daher jeder Grundlage.

Der Einfluß des Finanzreferenten auf die Städtischen Unternehmungen beschränkte sich auf die Aufsicht der Erstellung des Budgets und darauf, daß sich Investitionen im Rahmen des Vorschlages halten. Betriebsausgaben werden von den Direktionen dem Bedürfnis angepaßt. Zu den für die Vergebung von Wohnungen geforderten Kommissionen sei zu sagen, daß es ungerecht ist, wenn man verlangt, daß der eine die Verantwortung für die Finanzierung trägt, andere aber das Recht der Wohnungsvergebung haben sollen. Auch der genossenschaftliche Wohnungsbau soll gefördert werden, doch muß dabei die Bedürftigkeit des Bewerbers ausschlaggebend sein. Beim Wohnungseigentum, wie es von Nationalrat Prinke gehandhabt wird, werden öffentliche Mittel verwendet, doch kein öffentlicher Funktionär hat Einfluß auf die Vergebung. Die Sozialisten sind nicht prinzipiell gegen das Wohnungseigentum, doch sind sie gegen den Mißbrauch öffentlicher Steuermittel für die Schaffung privaten Eigentums.

Zum Verkehrswesen verwies Stadtrat Resch auf das von Stadtrat Dkfm. Nathschläger vorgelegte Investitionsprogramm von 2,2 Milliarden Schilling, Keine einzige der zahlreichen Forderungen, wie U-Bahn, Verbesserung der Stadtbahn usw. sind darin berücksichtigt. Es beschränkt sich auf Wagenbestellungen und den Bau einer Hauptwerkstätte.

Zur Frage der Kreditbeschaffung ist zu sagen, daß Österreich als besetztes Land ausgelacht worden wäre, hätte es versucht, im Ausland Kredite zu erhalten.

Die Behauptung, daß die Ansätze des Finanzministers schon früher als optimistisch bezeichnet wurden, ist richtig. Der Optimismus hat sich allerdings in einem Ausmaß erfüllt, das weit über alles hinausgegangen ist. Wenn Dr. Wollinger behauptet hat, in der Bevölkerung seien vielfach Stimmen gegen die Grundkäufe der Gemeinde zu hören, so kann man sich kaum vorstellen, welche Kreise dagegen sein sollten. Die Grundbesitzer haben ja ein Interesse daran, daß die Nachfrage groß ist. Vielleicht ist es aber die Politik der Gemeinde, nicht jeden Preis für ein Grundstück zu bezahlen, die in manchen Kreisen auf Ablehnung stößt. Zur Forderung nach Bereitstellung von Mitteln für familienfördernde Maßnahmen ist zu sagen, daß auch hier viel geleistet wurde. So ist der soziale Wohnungsbau eine familienfördernde Maßnahme großen Stils, ferner die SW-Möbelaktion, die in immer größerem Maße in Anspruch genommen wird, die Gewährung von Krediten für die Modernisierung von Altwohnungen und schließlich auch die Kredite für die Erhaltungsarbeiten an schon bestehenden Häusern.

Zur Beschwerde Dr. Wollingers, daß die sachlichen Ausführungen des GR. Dr. Fiedler unsachlich beantwortet wurden, muß festgestellt werden, daß dies nur auf einen einzigen Fall zutreffend ist, wo ich ihm sagte, er solle sich an Kollegen Nathschläger wenden. Alle anderen Bemerkungen des Gemeinderates wurden ernst erwidert. Stadtrat Resch stellt in diesem Zusammenhang fest, er möchte die Herren der ÖVP bitten, nicht so empfindlich zu sein und zu verstehen, daß ihre ständigen Belehrungen über Demokratie, Toleranz und Objektivität manchmal aufreizend wirken. Es sind ja in diesem Saale zu viele alte Demokraten, die die Demokratie und Toleranz der Vorgänger der Österreichischen Volkspartei am eigenen Körper erlitten haben. Sie können daher die Belehrungen des Dr. Fiedler wirklich nicht ernst nehmen. Außerdem haben sie eine solche Belehrung als alte Demokraten nicht nötig. Er bitte daher, in Zukunft diesen belehrenden Ton über Demokratie und Toleranz nicht zu gebrauchen. Seine Partei wisse schon länger, was Demokratie ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag des GR. Dr. Soswinski (VO) wurde abgelehnt.

Das Personalwesen der Stadt Wien

=====

17. Dezember (RK) Stadtrat Riemer (SPÖ) berichtet sodann über die Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform. Das abgelaufene Kalenderjahr stand auf dem Personalsektor im Zeichen des Gehaltsgesetzes, das in langen Verhandlungen, an denen die Stadt Wien nur zum Teil beteiligt war, zwischen der Bundesregierung und dem Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im vergangenen Frühjahr abgeschlossen wurde. Nach der Zwischenlösung im April dieses Jahres wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom November die Erfüllung der Besoldungsordnung mit 1. Jänner 1957 festgelegt. Es war in der Folge auch notwendig, in Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten jenen Teil der Nebenbezüge neu zu regeln, die teilweise oder zur Gänze als Abgeltung für Mehrdienstleistung gewährt werden. Für den Abschluß dieser komplizierten Verhandlungen muß allen Beamten dieses Ressorts und der Generaldirektion der Stadtwerke, im besonderen aber Magistratsdirektor Dr. Kinzl herzlichst gedankt werden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Unter dem Beifall der SPÖ spricht der Redner auch seinem Vorgänger, Stadtrat a.D. Dr. Migsch, der die wochenlangen äußerst komplizierten Verhandlungen über die Neugestaltung des Besoldungsrechtes der städtischen Angestellten geleitet hat, den herzlichsten Dank aus.

Auf Grund der neuen bezugsrechtlichen Bestimmungen nach dem Gehaltsgesetz 1956 ergibt sich für das Jahr 1957 ein Personalaufwand von 1.460,7 Millionen Schilling gegenüber 1.183 Millionen Schilling im Voranschlag 1956, das ist eine Steigerung des Personalaufwandes in diesem einen Jahr um 23.5 Prozent bei annähernd gleichbleibendem Personalstand. Die Hauptbezüge steigen von 759,7 Millionen Schilling im Voranschlag des laufenden Jahres auf 935,9 Millionen Schilling, also um 23.2 Prozent. Eine größere Steigerung ergibt sich bei den Nebenbezügen, ./.

nämlich von 52,3 Millionen Schilling auf 70,2 Millionen Schilling, also um 34.1 Prozent. Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse steigen um 26.1 Prozent, nämlich von 250,9 Millionen auf 316,5 Millionen Schilling.

Verhältnismäßig bescheiden ist dagegen die Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge, die die Gemeinde für ihre Vertragsbediensteten an die Sozialversicherungsinstitute zu zahlen hat. Sie waren im Vorjahr mit 61,7 Millionen Schilling präliminiert und ergeben für das kommende Jahr 68,1 Millionen Schilling, also nur eine Steigerung um 10.3 Prozent. Dagegen steigen die Ersätze an fremde Stellen (Berufsschullehrer) von 17,1 Millionen des Vorjahres auf 23,7 Millionen Schilling, das ist ein Plus von 38.1 Prozent. Für Gehaltsvorschüsse sind 45 Millionen gegen 40 Millionen des Vorjahres eingesetzt. Für Aushilfen und Remunerationen sind 1,178.000 Schilling veranschlagt. Die Personalquote, also der Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand der Stadt Wien, steigt von 33.5 Prozent des laufenden Jahres auf 36.1 Prozent im Voranschlag für 1957.

Der Personalstand der Wiener Gemeindeverwaltung hat nach einer Reihe von Jahren der Reduktion mit dem Dienstpostenplan für das kommende Jahr zum ersten Mal wieder eine Steigerung erfahren. Der Voranschlag rechnet mit 32.997 Bediensteten in der Hoheitsverwaltung und den übrigen Dienststellen des Magistrats. Er hat im Vorjahr 32.735 betragen. Die Personalzunahme mit 262 Bediensteten ist fast ausschließlich auf die Vermehrung von Dienstposten für Pflegepersonal in unseren Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, insbesondere in den Altersheimen und Heil- und Pflegeanstalten zurückzuführen. Aber auch die Zahl der Pensionisten beim Magistrat ist um 198, nämlich auf 14.518 Pensionsempfänger, gestiegen, was auf eine verstärkte Lust zum Übertritt in den dauernden Ruhestand zurückzuführen sein dürfte.

Bei den Stadtwerken ergibt sich im Jahre 1957 ein Personalaufwand von 1.050,3 Millionen gegenüber 859,9 Millionen nach den Wirtschaftsplänen 1956. Die Mehrausgaben auf Grund der neuen Gehaltsregelung betragen also bei den Stadtwerken 190,4 Millionen, ./.

obwohl nur eine Personalvermehrung um 62 Bedienstete eintritt.

Interessante Vergleichsmöglichkeiten ergeben sich bei einem Blick auf die Personalstände der letzten sechs Jahre. Beim Magistrat, einschließlich der Anstalten und Betriebe, waren im Jahre 1950 35.581 Personen bedienstet. In ständigem Bemühen der dazu berufenen Dienststellen des Magistrats, insbesondere der Amtsinspektion, ist es gelungen, den Personalstand Jahr für Jahr zu senken, sodaß er mit 1. Dezember 1956 trotz der Schaffung von 262 neuen Dienstposten beim Pflegepersonal nur 32.383 beträgt. Von diesen sind 12.170 Beamte des Schemas II und 3.852 Vertragsbedienstete des Schemas IV. 8.639 Beamte gehören dem Schema I und 4.206 Bedienstete dem Schema III an. Der Magistrat beschäftigt also 12.845 Bedienstete mit manuellen Aufgaben. Die Zahl der sonstigen Bediensteten, insbesondere der nach Sonderverträgen angestellten Arbeiter und Beamten, beträgt 3.597. Im Lagerhaus der Stadt Wien sind 81 Personen beschäftigt.

Ebenso erfreulich ist die Entwicklung der Personalstände der Wiener Stadtwerke. Die vier Teilunternehmungen, die in den Wiener Stadtwerken vereinigt sind, hatten zusammen am 31. Dezember 1946 22.434 Bedienstete. Sie weisen derzeit einen Personalstand von 19.662 auf. Auch hier kann von einer vernünftigen wirtschaftlichen und zweckmäßigen Personalpolitik gesprochen werden. Die vermehrte Einstellung von Frauen in den Verkehrsdienst der Wiener Verkehrsbetriebe hat uns vor einer Personal Krise auf diesem Sektor bewahrt. In der Zeit der Vollbeschäftigung und der Hochkonjunktur unserer Wirtschaft ist das Angebot an männlichen Arbeitskräften nicht so groß wie es nötig wäre.

Auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes sind bei den Wiener Stadtwerken derzeit 331 Jugendliche beschäftigt. Zum ersten Mal nach einer mehrjährigen Unterbrechung hat auch der Wiener Magistrat wieder Schreibkräfte für den Kanzleidienst aufgenommen. Es wurden 44 jugendliche Stenotypistinnen nach Absolvierung der Handelsschule auf die Dauer von zwei Jahren in Dienst gestellt. Unter diesen befinden sich zwei blinde Stenotypistinnen mit Staatsprüfung, die eine ausgezeichnete Arbeits-

leistung aufzuweisen haben und als Abteilungsschreibkräfte im Allgemeinen Krankenhaus tätig sind. Es ist mir ein Bedürfnis, den Chefs dieser beiden Abteilungen, Herrn Direktor Professor Dr. Schönbauer und Herrn Professor Dr. Hoff für das dabei bekundete Verständnis für die Unterbringung hochwertiger blinder Arbeitskräfte bestens zu danken.

906 Ärzte bei Gemeinde Wien angestellt

Die Stadt Wien beschäftigt derzeit nicht weniger als 906 Ärzte im Anstellungsverhältnis. Von diesen sind 118 ärztliche Direktoren und Primarii, 149 Assistenzärzte und 451 Sekundärärzte. In den Wohlfahrtsanstalten sind außerdem noch 158 fest angestellte Anstaltsärzte tätig. Neben diesem systemisierten ärztlichen Personal hat die Gemeinde Wien junge Ärzte als Hospitanten zugelassen. Es sind dies die sogenannten Gast-Ärzte, also jene von der Hochschule mit dem Doktordiplom ausgeschiedenen jungen Ärzte, die wegen des Mangels an genügenden ärztlichen Ausbildungsstellen in öffentlichen Krankenanstalten nicht sofort nach Abschluß ihres Universitätsstudiums den turnusmäßigen Spitalsdienst, der nach dem Ärztesgesetz vor Eröffnung der ärztlichen Praxis vorgeschrieben ist, antreten können. Dies ist eine Folgeerscheinung der Verhältnisse im zweiten Weltkrieg, wo auf Grund einer intensiven Propaganda für den ärztlichen Beruf und gefördert durch die Enthebung vom Kriegsdienst eine Überfüllung der medizinischen Fakultäten eingetreten ist. Diese Überproduktion an jungen Ärzten, die zudem noch die Ausbildung in Wiener Spitalern bevorzugten, hat um das Jahr 1950 herum das sogenannte Jungärzteproblem ausgelöst, nämlich die Notwendigkeit für den Ärztenachwuchs unerträglich lange auf den Eintritt in den Ausbildungsdienst in einem öffentlichen Krankenhaus warten zu müssen. Die Stadt Wien hat in Verhandlungen mit dem Bund bekanntlich der materiellen Not der Jungärzte entgegengewirkt. Sie hat nicht nur diese jungen Mediziner zur Betätigung in ihren Spitalern zugelassen und ihnen auf diese Weise Gelegenheit gegeben, ihre jungen medizinischen Kenntnisse weiter zu entwickeln und zu erproben, sie hat ihnen vorerst auch die Verpflegung im Spital gesichert

und schließlich alle jungen Ärzte, deren wirtschaftliche Existenz nicht gesichert ist, mit einem Stipendium, das monatlich 1.200 Schilling beträgt und von dem der Bund die Hälfte rückersetzt, ausgestattet. Derzeit befinden sich an den Wiener Spitälern 363 solche Stipendiaten und weitere 114 Hospitanten, die später auf keine Anstellung in einem städtischen Spital reflektieren, sondern durch ihre ärztliche Tätigkeit in den Anstalten lediglich ihr medizinisches Können bereichern wollen.

Wie es sich mit den Gastärzten verhält

Stadtrat Riemer stellte dann zu der in diesen Tagen unter den Gastärzten entstandenen Bewegung folgendes fest: Das Ärztegesetz verpflichtet die jungen Ärzte, bevor sie ihre ärztliche Praxis eröffnen, zu einer Spitalspraxis von mindestens drei Jahren. Die Krankenkassen aber fordern als Bedingung für die Überlassung eines Krankenkassensprengels eine Spitalspraxis von vier Jahren. Alle in den Wiener Spitälern praktizierenden Ärzte wollen daher eine vierjährige spitalsmäßige Ausbildung haben. Das Ärztegesetz verpflichtet die öffentlichen Krankenanstalten, soviele hospitierende Ärzte oder Ausbildungsärzte einzustellen, daß auf einen Arzt höchstens 30 Betten kommen, bzw. es verpflichtet den Spitalerhalter dazu, soviele junge Ärzte aufzunehmen, als notwendig sind, daß für höchstens 30 Betten je ein Ausbildungsarzt vorhanden ist. Ich darf darauf hinweisen, daß schon im Jahre 1948 die Zahl der Sekundärärzte, also der Ausbildungsärzte in den Wiener städtischen Spitälern, um 220 erhöht wurde. Wir haben heute 435 Sekundärärzte in den Wiener städtischen Krankenanstalten. Nach dem Bettenschlüssel des Ärztegesetzes müssen wir also nur auf je 30 Patienten einen Ausbildungsarzt beschäftigen. Wir haben 435 Sekundärärzte, das heißt, auf je 18 Patienten kommt schon ein Ausbildungsarzt. Und wenn wir die 147 Assistenzärzte, die in den gleichen Spitälern angestellt sind, noch dazu rechnen, die ja auch zum Teil noch Ausbildungszeit absolvieren, dann haben wir einen Schlüssel von 14 Betten auf einen Ausbildungsarzt.

Nun ist vor einiger Zeit die Sektion der Spitalsärzte der Wiener Ärztekammer in einem Schreiben an die Wiener Stadtverwaltung mit der Forderung herangetreten, alle Gastärzte, die jetzt zur Arbeit in den Wiener Spitälern zugelassen sind, per sofort anzustellen. Mit dieser Forderung wurde aber zugleich die zweite Forderung nach sofortiger Sperre des Zuzuges von neuen jungen Gastärzten in die Spitäler der Stadt Wien verbunden, und zwar begründen sie das damit, daß sie sagen, es gibt in den österreichischen Bundesländern rund 70 nichtbesetzte Ausbildungsärztestellen.

Es ist eine unlogische Forderung von den Gast- und Jungärzten, wenn sie von der öffentlichen Hand, in diesem Falle von der Gemeinde Wien, verlangen, daß der augenblickliche Überschuß an jungen Ärzten angestellt wird. Es hat auch noch niemand verlangt, daß alle Musiker, Schauspieler und Sänger, die nicht untergebracht werden können, von den Theatern des Bundes über den Bedarf hinaus angestellt werden. Oder ein anderes ganz aktuelles Beispiel: Es könnte dann auch sein, daß die Frauen- und Mädchenorganisationen verlangen, daß alle jungen Mädchen, die die Handelsschule oder Fortbildungsschule verlassen haben, sofort von der Gemeinde Wien eingestellt werden müssen, wenn sie keinen anderen Posten bekommen.

Stadtrat Riemer macht auch darauf aufmerksam, daß die Aufnahme der jungen Ärzte in den städtischen Spitälern deswegen eine gewisse Verzögerung erfährt, weil ein Teil der auszubildenden Ärzte, also die Sekundärärzte und Assistenten, Wert darauf legen, länger als die nach dem Gesetz vorgeschriebene Ausbildungszeit im Spitalsdienst zu bleiben. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht ein Sekundärarzt oder Assistenzarzt um Verlängerung der Ausbildungszeit ansucht. Solchen Ansuchen wurde bisher in den meisten Fällen stattgegeben. 120 Posten sind auf diese Weise verlängert besetzt und könnten sofort freigemacht werden, wenn es gelänge, diese Ärzte in die freie Praxis zurückzuführen.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß zum Teil auch die Notwendigkeit, die Gastärzte in den Spitalsabteilungen stark zu be-

schäftigen, sodaß sie den Eindruck haben, einen Ausbildungsarzt oder Sekundararzt vollwertig zu ersetzen, darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil der Ausbildungsärzte - nachdem sie einige Monate hindurch, 9 Monate sind vorgeschrieben, auf den zwei Hauptstationen Inneres und Chirurgie zugebracht haben - sofort in die kleineren Fachabteilungen strebt. Dort wollen sie ebenfalls wieder mindestens drei Monate praktizieren, um die verschiedenen Fächer besser kennenzulernen oder noch länger zu bleiben, um sich die fachärztliche Praxis zu erwerben. Das sind die Ursachen, durch die die Lücken in der Besetzung der Ausbildungsärzte in den Spitälern entstehen, in die dann die Gastärzte einspringen, und die die Gastärzte dazu verleiten zu meinen, ohne ihre Arbeit wäre ein Spital überhaupt nicht zu führen.

Die Gastärzte haben jetzt einen sogenannten Streik inszeniert - sie vermeiden zwar gerne den Ausdruck Streik - obwohl es in Wirklichkeit nichts anderes als ein wilder Streik ist, denn der Streik ist ausgebrochen ohne Einvernehmen und ohne Zustimmung der zuständigen Gewerkschaft. Sie sagen in ihrer Eingabe an die Wiener Gemeindeverwaltung vom 3. November: Wien sei die letzte und einzige Stadt, die überhaupt Gastärzte hat und Gastärzte honoriert, und das im Tone der Anklage und des Vorwurfes. Ich glaube, sehr geehrter Gemeinderat, daß diese Feststellungen der Gastärzte selber keine Anklage sind und uns auch nicht wie ein Vorwurf treffen. Sie ist vielmehr eine Anerkennung für das Verständnis und die finanziellen Opfer, die die Gemeinde Wien seit Jahren im Interesse der österreichischen Volksgesundheit auf sich genommen hat. (Beifall bei der SPÖ.) Daß es sich um ein Interesse der österreichischen und nicht allein der Wiener Gesundheitsverhältnisse handelt, mögen Sie daraus ersehen, daß eben tatsächlich 70 oder mehr Ausbildungsärztestellen in Spitälern in den Bundesländern frei sind und nicht besetzt werden können, weil die Landsleute der Patienten, die dort zu betreuen sind, es vorziehen, in Wien ein Stipendium zu empfangen und zum Dank dafür noch auf die Wiener Gemeindeverwaltung zu schimpfen.

Ich möchte noch etwas sagen zur Charakterisierung der Bewegung, der wir uns momentan gegenübersehen. Am 3. November ist diese Eingabe an die Gemeindeverwaltung geschrieben worden. Einige Tage später ist sie zu uns gekommen. Sie mußte natürlich von den zuständigen Fachabteilungen durchgesehen, geprüft und eine Stellungnahme darüber abgegeben werden. Daß das nicht von heute auf morgen geht, das dürften vielleicht auch die jungen Herrschaften von den Gastärzten einsehen. Am 4. Dezember, also vier Wochen später, waren die Vertreter der Gastärzteschaft bei mir und haben über diese Forderungen gesprochen. Ich habe ihnen bei dieser Gelegenheit vorgehalten, in welchem unqualifizierten Ton diese Eingabe an den Spitalerhalter, an den künftigen Dienstgeber gehalten ist. Die Eingabe hat den Ton und den Jargon von Versammlungsreden einer ganz gewissen Richtung.

Aber mit solchen Phrasen und mit einem Versammlungston kann man nicht in einer Eingabe an die Stadt Wien, in der ernste Verhandlungen verlangt werden, operieren. Ich habe das auch den Vertretern der Gastärzte und Jungärzte, die sich mir als Obmann und Mitglieder der Sektion der Wiener Spitalsärzte in der Ärztekammer vorstellten, vorgehalten und tatsächlich, die nächste Eingabe war schon etwas zivilisierter formuliert. Also ein bißchen Erziehungsarbeit hat geholfen. Wir haben damals am 4. Dezember mit den Vertretern der jungen Ärzte vereinbart, daß wir selbstverständlich ihre Forderungen nicht in Bausch und Bogen erfüllen können. Sie haben einfach die Behauptung aufgestellt, wenn die Forderung ihrer Sektion von der Gemeinde Wien erfüllt wird, dann kostet das der Gemeinde nicht nur nicht mehr Geld, sondern die Gemeinde wird sich dabei sogar etwas ersparen, sie könnte also ein "Geschäft" machen, indem sie 363 Ärzte, für die sie momentan 600 Schilling monatlich, also das halbe Stipendium ausgibt, sofort mit einer Bezahlung von 1.800 Schilling anstellt. Das wäre also ein "Geschäft" nach der Auffassung dieser Leute. Ich habe von ihnen eine Berechnung verlangt, die haben sie zugesagt und wir haben vereinbart, bis

diese Berechnung vorliegt, werden wir uns wieder zusammensetzen und werden weiter verhandeln. Diese Berechnung ist am Freitag der vergangenen Woche eingelangt, aber am selben Tag hat bereits in den Spitälern der Gastärztestreik begonnen. Ich halte auch das für ein Zeichen der Unreife eines Verhandlungspartners, wenn er, ohne daß seine Forderungen abgelehnt sind, einen gewerkschaftlichen Kampf, einen Streik, ausruft. Das ist ein Bruch der Vereinbarung und wir hätten eigentlich das Recht, uns auf die Sache nicht mehr weiter einzulassen. Trotzdem habe ich den Herren sofort zugesagt, daß wir den Bedarf an Ärzten und an zusätzlichen Arztposten sehr gewissenhaft und objektiv und sofort prüfen werden. Ich kann Ihnen mitteilen, daß die von mir eingesetzte Untersuchungskommission, an der auch Ärzte beteiligt sind, und zwar führende Ärzte von großen Wiener Spitälern, heute bereits mit ihrer Arbeit begonnen hat. Auch Vertreter der Ärzteschaft und sogar solche der sich sehr wild gebärdenden Jungärzteschaft sind an diesen Besprechungen und Untersuchungen beteiligt.

In einem der Flugblätter, die von der Jungärzteschaft herausgegeben wurde, figurieren sie nämlich nicht unter dem Titel der Sektion der Spitalsärzte in der Ärztekammer, sondern unter dem Titel "Gruppe der Jungärzte". Dort wird gesagt, daß es für sie unerträglich sei, weiterhin diesen würdelosen Bettel eines Stipendiums auf sich zu nehmen. Nun, sehr geehrter Gemeinderat, ich glaube, daß das wohl ein etwas übertriebener Ausdruck, eine übertriebene Charakterisierung einer finanziellen Zuwendung ist, die immerhin 1.200 Schilling im Monat beträgt, also den Gehalt eines jungen Kanzlei-beamten bei der Gemeinde Wien gleichkommt.

Wir stehen also momentan mitten in dieser Bewegung und es ist nur zu hoffen, daß es doch unter den Jungärzten auch gerecht denkende und einsichtige akademisch gebildete Men-

schen gibt, die einschen, daß die Gemeinde Wien nicht verpflichtet ist, jeden jungen Akademiker, der aus der Hochschule kommt, mit dem Mindestgehalt eines Akademikers anzustellen. Diese Verpflichtung besteht weder gegenüber den Juristen, noch gegenüber den Philosophen, sie besteht natürlich auch nicht gegenüber den Medizinern. Unsere Haltung gegenüber den jungen Ärzten kann und darf nur von unserem Bedarf an Ärzten bestimmt werden. Wir sind im Begriffe, diesen Bedarf objektiv und unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Vertreter der Ärzteschaft festzustellen. Wenn er feststeht, werden wir darüber verhandeln, wie wir diesem Bedarf entsprechen können. Angesichts eines Stipendiums von 1.200 Schilling im Monat kann nicht einmal ein Vertreter der jungen Ärzte davon sprechen, daß sie in Not wären oder sie ihre materielle Not zu Kampfmaßnahmen zwingen. Es besteht kein Notstand der Gastärzte, denn von 1.200 Schilling kann jeder Gastarzt leben - und damit keine so zwingende Eile, das Problem von heute auf morgen einer Lösung zuführen zu müssen. Die gewissenhafte Prüfung des Problems wird die Argumente zur Entscheidung liefern.

./.

Vermehrung des Pflegepersonals

Große Sorgen bereitet der Gemeindeverwaltung die Versorgung der städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten mit einem entsprechend ausgebildeten Pflegepersonal. Die größte Erschwernis für die Gewinnung junger Frauen für den Pflegerinnenberuf scheint mir die Bestimmung im Krankenpflegegesetz zu sein, die für den Eintritt in die Pflegerinnenschule das vollendete 18. Lebensjahr vorschreibt. Dies bedeutet, daß junge Mädchen, die darauf angewiesen sind, möglichst rasch nach Austritt aus der Pflichtschule ihren Unterhalt zu verdienen, vier Jahre warten müssen, bis sie in die Pflegerinnenschule eintreten können. Inzwischen finden die meisten einen anderen Beruf und sind dann nicht mehr bereit, nachdem sie schon Geld verdienen können, mit 18 Jahren als Schülerin, bestenfalls mit einem bescheidenen Taschengeld ausgestattet, den Pflegerinnenberuf zu erlernen. Dieses Problem wird bei Beratung des vom Sozialministerium ausgearbeiteten Entwurfes für ein neues Krankenpflegegesetz ernstlich überprüft und gemildert werden müssen. Trotzdem ist es gelungen, den Stand des Pflegepersonals gegenüber 1951 um 459 zu steigern, was vor allem auf die vermehrte Einstellung von weltlichen Pflegepersonen zurückzuführen ist, da die geistlichen Orden leider von Jahr zu Jahr weniger Pflegerinnen zur Verfügung stellen. Die Stadt Wien beschäftigt in ihren Anstalten derzeit 6.158 Pflegepersonen, darunter 359 männliche, hauptsächlich in der Irrenpflege, 971 geistliche Ordensschwwestern, 36 Rudolfinerinnen und 4.792 weltliche Pflegerinnen. Von diesen besitzen aber nur zwei Drittel eine schulmäßige Ausbildung.

In der Zeit von Jänner bis Ende November sind bei der Hoheitsverwaltung 260 öffentlich-rechtliche Beamte und 612 Vertragsbedienstete neu eingestellt worden. 465 Saisonarbeiter und -arbeiterinnen wurden in ein ständiges Dienstverhältnis überführt, 61 Vertragsbedienstete wurden pragmatisiert.

Durch Pensionierungen, Kündigungen, Dienstesentsagungen und andere Maßnahmen sind aus dem Personal des Magistrats in den letzten 11 Monaten 1.164 Bedienstete, durch Ableben weitere 121 Bedienstete, zusammen also 1.285 Personen ausgeschieden. Bei den Stadtwerken sind 570 Bedienstete in den Ruhestand getreten, 113 sind durch Ableben ausgeschieden. Insgesamt haben die Stadtwerke

seit 1. Jänner 1.330 Bedienstete verloren und 966 durch Neuaufnahmen, Wiedereinstellungen und Reaktivierungen gewonnen. Von den Pensionsparteien der Stadtwerke sind 854 verstorben.

Es ist nicht so bekannt, daß die Gemeindeverwaltung auch auf dem Personalsektor in großzügiger Weise den Sport fördert. Viele namhafte Sportler aller Disziplinen gehören dem Personalstand der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen an und werden für internationale sportliche Wettbewerbe freigestellt. So haben in diesem Jahre sechs Magistratsbeamte bezahlte Urlaube im Ausmaß von 56 Tagen und 12 Magistratsbeamte Karenzurlaube im Ausmaß von 337 Tagen für sportliche Veranstaltungen erhalten. 16 Bedienstete der Wiener Stadtwerke erhielten bezahlte Sonderurlaube im Ausmaß von 175 Arbeitstagen zur Absolvierung sportlicher Veranstaltungen. Darüber hinaus erhielten 44 aktive Sportler der Wiener Stadtwerke Karenzurlaube im Ausmaß von 2.090 Arbeitstagen - eine Sportförderung, die sich wohl sehen lassen kann.

Namhafte Freistellungen städtischer Bediensteter, die sich in caritativen Organisationen betätigen, sind in den letzten Wochen für die Ungarnhilfe erfolgt.

Die Schulung des Personals

Von entscheidender Bedeutung für ein klagloses Funktionieren der Verwaltung ist die Schulung des Personals. Für die definitive Besetzung bestimmter Dienstposten ist die erfolgreiche Absolvierung bestimmter Kurse vorgeschrieben. Sowohl beim Magistrat wie auch bei den Stadtwerken werden Jahr für Jahr Verwaltungs- und Kanzleikurse sowie die verschiedensten Fachkurse abgehalten und Prüfungen abgenommen. Es ist beabsichtigt, diese Schulungsarbeit in Zukunft nicht nur strengstens weiter zu führen, sondern auch den modernen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen entsprechend auszubauen und zu vertiefen. Es liegt uns vor allem daran, die menschliche Seite der Abwicklung des Dienstes durch Kurse und Seminare unseren Mitarbeitern ins Bewußtsein zu rufen und so sowohl den amtlichen Verkehr mit den Gemeindebürgern wie auch die Bedienung der Abnehmer unserer Versorgungsbetriebe und der Benutzer unserer Verkehrsmittel zufriedener zu gestalten. Der Gedanke des Dienstes an der Allgemeinheit soll in das Bewußtsein und in die Praxis aller unserer Bediensteten eindringen und

sie zu willigen, freundlichen und menschlich verständnisvollen Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung heranbilden. Erfüllt von der Wichtigkeit dieser Aufgabe haben wir mit dieser Schulung in der Form von Seminaren bereits begonnen. Im Rahmen des Österreichischen Städtebundes haben der Wiener Magistrat und die Wiener Stadtwerke vorerst einige leitende Beamte, die entweder im Personalressort tätig sind oder aber große Personalstände führen, an einem einwöchigen Seminar über Behandlung und Führung von Menschen im Betrieb teilnehmen lassen. Die Wiener Verkehrsbetriebe haben eine Aktion zur Schulung ihres Personals in einer etwas anderen Zusammensetzung, aber auch in seminaristischer Form eingeleitet. Auch dort sind es vorerst leitende Beamte, die dieser Schulung unterworfen werden. Grundgedanke und Methode auf beiden Seiten ist es aber, in seminaristischer Weise eine Schulungsaktion, von oben beginnend nach unten fortsetzend, auf immer breiterer Basis durchzuführen. Gleichzeitig wird der Nachschulung des gesamten Personals, insbesondere jener Bediensteten, die mit dem Publikum in direkten Kontakt treten, unser besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Die fast gleichzeitige Aufnahme einer größeren Anzahl jugendlicher Stenotypistinnen gibt uns die Möglichkeit, diese kompakte Gruppe junger Bediensteter zu einer für Schulungszwecke besonders günstigen Einheit zusammenzufassen. Für diese jungen Mitarbeiterinnen werden Fortbildungskurse in Stenographie und Maschinschreiben, deutscher Sprache und einzelne allgemeinbildende Vorträge, verbunden mit Führungen und Rundfahrten durch Gemeindeeinrichtungen, veranstaltet. Es wird versucht, diesen jungen Menschen am Beginn ihrer beruflichen Laufbahn Verständnis und Liebe für ihren Beruf in der Verwaltung der Stadt Wien und für den Dienst an der Allgemeinheit zu wecken.

Unser besonderes Augenmerk gilt auch den Möglichkeiten und Bemühungen, durch Maßnahmen der Rationalisierung und Vereinfachung der Verwaltung, insbesondere auch durch Heranziehung moderner Büromaschinen den Aktenlauf zu verkürzen, die Entscheidungen zu beschleunigen und gleichzeitig den Verwaltungsapparat zu reduzieren. Auf diesem Gebiete waren die Wiener Stadtwerke im letzten Jahre beispielgebend und erfolgreich.

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben ist die in den Vorjahren begonnene Neugestaltung des Streckenkassendienstes auf den Betriebsbahnhöfen zum Abschluß gelangt. Statt der früher erfolgten täglich Abrechnung der Schaffner in den Nachtstunden besitzt jetzt jeder Schaffner auf seinem Bahnhof ein versperresicheres und einbruchssicheres Aufbewahrungsfach. Er rechnet nur mehr zweimal wöchentlich während der Tagesstunden ab; die Bahnhofskassierinnen sind von dem lästigen Nachtdienst befreit und überdies ergeben sich Personaleinsparungen.

Auch die Reorganisierung und Zentralisierung der Materialgebarung der gesamten Stadtwerke ist nunmehr durchgeführt.

Auszahlung nach Lochkartensystem

Seit einigen Monaten ist die Generaldirektion der Stadtwerke mit der Umstellung der Personalverrechnung auf das Lochkartensystem beschäftigt. Mit Ende dieses Jahres wird schon die Hälfte der Pensionen mit Hilfe des Lochkartenverfahrens abgerechnet und angewiesen werden. Mit Jahresbeginn wird auch die Verrechnung der Aktivbezüge nach Schema II auf das Lochkartenverfahren umgestellt. Sobald diese Reorganisation bei den Stadtwerken beendet sein wird, wird die Automatisierung der Pensions- und Gehaltsverrechnung auch der Magistratsbediensteten eingeleitet werden.

Die Stadtwerke haben auch im Zuge der Reorganisation ihrer Verwaltungen die Hochbauabteilungen und die Kraftwagenbetriebe der den Stadtwerken angehörenden Unternehmungen örtlich zusammengefaßt. Auf dem Gebiete der Buchhaltung der Stadtwerke ist eine Umstellung in der Richtung einer modernen Kosten-, Leistungs-, Ergebnis- und Preisrechnung durchgeführt worden. Als weitere Maßnahme erfolgt in den nächsten Monaten die Zusammenlegung der Finanzbuchhaltungen der Stadtwerke, wobei durch Einführung modernster Arbeitsmethoden wieder eine Personalsparnis erzielt werden kann.

Beim Magistrat und seinen Anstalten und Betrieben wird durch die Magistratsdirektion - Amtsinspektion, ebenfalls unterstützt vom Kontrollamt, gleichfalls ununterbrochen in dieser Richtung gearbeitet.

Die neue Besoldungsordnung mit ihren vielfachen dienst- und besoldungsrechtlichen Neuerungen und Besserstellungen hat dem Personalamt der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke eine unge-

wöhnliche und außerordentlich große Arbeitsbelastung gebracht. Allein die Überleitung auf Grund des neuen Gehaltsgesetzes umfaßt beim Magistrat 28.729 Aktive und etwa 14.000 Pensionisten. Davon sind die Überleitungsbescheide für 19.000 aktive Magistratsbedienstete bereits ausgestellt und in den meisten Fällen auch schon zugesandt. Die Überleitung der 14.000 Pensionisten ist noch im Zuge der Berechnung. Die Bescheide werden nach Ausfertigung der Bescheide sämtlicher Aktiven auch den Pensionisten zugehen.

Für die fast 800 Kindergärtnerinnen, die auf Grund des Lehrrdienstrechts-Kompetenzgesetzes nach anderen Grundsätzen besoldet werden, mußte in Verhandlungen mit der Personalvertretung eine Regelung getroffen werden. Nach dieser sind 781 aktive und 175 pensionierte Kindergärtnerinnen in ihre neuen Bezüge überzuleiten. Auch dieser große Komplex von Berechnungen, an dem eine eigene Gruppe im Personalamt seit Wochen arbeitet, ist dem Abschluß nahe.

Bei den Wiener Stadtwerken sind auf Grund des neuen Gehaltsgesetzes 20.828 Aktive und 18.765 Pensionisten überzuleiten. Davon haben 17.607 Aktive bereits ihre Bescheide in Händen.

Liquidierung des NS-Problems

Eine Fülle sonstiger personalmäßiger Aktionen ist in den letzten Monaten eingeleitet und durchgeführt worden. Ich erwähne als Beispiele nur jene größeren Aktionen zur Liquidierung des Nationalsozialistenproblems innerhalb des städtischen Personals. Die Auswirkungen der Sühnefolgen auf Grund des Verbotsgesetzes 1947 hinsichtlich der Nichtanrechnung der Zeit vom 1. Mai 1945 bis 5. Juni 1948 für die Vorrückung in höhere Bezüge, der sogenannten Hemmungszeiten, sind mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1956 beseitigt worden. Dieser Aktion sind beim Wiener Magistrat 2.144, bei den Stadtwerken 692 Bedienstete teilhaftig geworden.

In der gleichen Absicht der Befriedung haben wir beim Wiener Magistrat 184 Pensionisten ihre Dienstzeiten zwischen 1938 und 1945 auf die Pensionsbezüge angerechnet. Bei den Stadtwerken handelt es sich im Zuge dieser Aktion um 708 Pensionisten. Damit können diese Aktionen zur Liquidierung des NS-Problems im Rahmen des städtischen Personals als abgeschlossen betrachtet werden.

Ein Zeichen dafür, daß die Problematik, die durch den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes auf personellem

Gebiete in so vielfältiger und zahlreicher Weise entstanden ist, nahezu als überwunden betrachtet werden kann, geht auch daraus hervor, daß in den abgelaufenen 11 Monaten bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts nur 37 Beschwerden gegen Bescheide des Magistrats oder der Landesregierung erhoben wurden, gegenüber 46 Fällen im Vorjahr und 77 Fällen im Jahre 1954.

Angesichts dieser großen Arbeitsbelastung, die die Überleitungen und andere Regelungen aufgebürdet haben, ist es mir ein Bedürfnis, den Beamten dieser Abteilungen meinen besonderen Dank und den Dank des Gemeinderates auszusprechen.

Bezüge und Lebensstandard der Gemeindebediensteten zählen zu den besten Österreichs

Mit Genugtuung können wir am Ende dieses für die städtischen Bediensteten so bedeutungsvollen Jahres feststellen, daß die Angestellten der Stadt Wien durch das neue Gehaltsgesetz in allen ihren Sparten den Rückstand, den sie bezugsmäßig hinter gleichartigen Bediensteten der Privatwirtschaft seit Jahren ertragen mußten, zumindest aufgeholt, in vielen Gruppen aber bereits überschritten haben. Insbesondere in den letzten zwei Jahren sind die Bezüge der Gemeindebediensteten in fühlbarem und erfreulichem Ausmaße gestiegen. Zuerst durch die Entniveleierung des Jahres 1955, die im Durchschnitt eine Bezugssteigerung um 9 Prozent brachte. Das neue Gehaltsgesetz mit der vollen Auswirkung seiner Ansätze bedeutet eine weitere durchschnittliche Erhöhung der Bezüge der Gemeindebediensteten um 27 1/2 Prozent gegenüber dem 1. Jänner 1956. Diese beachtliche Erhöhung der Bezüge wirkt sich allerdings für die Eintrittsstufen noch nicht in diesem Maße aus, erreicht aber schon bei einem Drittel der dienstlichen Laufbahn anschnliche Verbesserungen und noch mehr am Ende der Dienstzeit.

Einige Gegenüberstellungen als Beispiele: Der Bezug eines Kanzleibediensteten mittlerer Dienstzeit betrug am 1. Oktober 1954 1.449 S, am 1. Jänner 1957 erhält er 1.960, also um 510.96 S mehr, das ist eine Steigerung um 36 Prozent. Am Ende seiner Dienstzeit erhält der gleiche Kanzleibedienstete 2.380 S gegenüber 1.845.92, also um 534 S mehr als zwei Jahre früher, das ist eine Steigerung um 29 Prozent. Ein Verwaltungsbeamter erhielt am 1. Oktober 1954 bei mittlerer Dienstzeit 2.274.40; er bekommt am 1. Jänner 1957 3.420, also um 1.145.60 S oder 50.3 Prozent mehr.

Am Ende seiner Dienstzeit bekommt er 4.520 Schilling, das ist um 1.751 S oder 62 1/2 Prozent mehr als am 1. Oktober 1954. Ein Akademiker im Dienst der Stadt Wien, der nicht einen Leiterposten bekleidet, sondern als zugeteilter Beamter bis zu seiner Pensionierung tätig sein würde, erhält in der Mitte seiner Dienstzeit 4.880 S, das ist um 1.864 S oder 61.8 Prozent mehr als am 1. Oktober 1954. Am Ende seiner Dienstzeit beträgt sein Aktivitätsbezug im kommenden Jahr 5.870 S gegenüber 3.526 S im Jahre 1954, das ist eine Steigerung um 2.344 S oder 66.4 Prozent.

Auch die manuellen Arbeiter im städtischen Dienst haben schöne Bezugssteigerungen erreicht. Fahrer oder Schaffner der Wiener Verkehrsbetriebe wurden am 1. Oktober 1954 bei mittlerer Dienstzeit mit 1.266.44 Schilling monatlich entlohnt. Sie erhalten ab 1. Jänner 1957 in dieser Kategorie 1.840 S, also um 573.56 S oder 45.3 Prozent mehr. Am Ende ihrer Dienstzeit bekommen Fahrer oder Schaffner ab 1. Jänner 1957 einen Monatsbezug von 2.118 S, also um 704 S mehr als im Jahre 1954. Facharbeiter der Gemeinde und ihrer Unternehmungen beziehen bei mittlerer Dienstzeit ab 1957 monatlich 1.900 S, das ist eine Verbesserung gegenüber dem Jahre 1954 um 475.60 S oder 33.3 Prozent. Bei voller Dienstzeit erhält der gleiche Facharbeiter ab kommenden Monat 2.180 S, das ist eine Steigerung gegenüber 1954 um 578.76 S oder 34 Prozent.

Zu diesen Bezügen kommen die Familienzulagen, allfällige Gefahren-, Erschwernis- oder Außendienstzulagen, Vergütung von Überstunden bei Bediensteten nach Schema I oder III oder Personalzulagen bei Beamten des Schemas II oder IV.

Als Abgeltung für die von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten geforderte Inkraftsetzung der vollen Ansätze des Gehaltsgesetzes mit 1. Dezember 1956, die von der Gemeindeverwaltung grundsätzlich zugesagt war, erhielten die städtischen Bediensteten eine einmalige außerordentliche Zuwendung in der Höhe von 250 bis 350 S, die Ruhestandempfänger eine

solche von 150 bis 250 Schilling.

In diesem Jahre haben wir auch den jugendlichen Hilfsarbeitern, den jugendlichen Stenotypistinnen, den Lehrlingen und Forstpraktikanten, aber auch den Schülerinnen unserer Krankenpflegeschulen eine solche Zulage gewährt. Sie erhielten 100 bzw. 150 Schilling.

Ich darf wohl annehmen, daß die Bediensteten der Stadt Wien nach diesem großen gewerkschaftlichen Erfolg, den sie in Gemeinschaft mit den übrigen öffentlichen Bediensteten in diesem Jahre errungen haben, materiell zufrieden sind und aus dieser Zufriedenheit heraus, mit noch mehr Hingabe als bisher den ihnen anvertrauten Dienst an der Allgemeinheit, also an der Wiener Bevölkerung versehen werden. Lohnbewegungen in der Privatwirtschaft haben meist eine Steigerung der Arbeitsleistung zumindest im Zusammenhang mit technischen Verbesserungen und in deren Gefolge eine Steigerung der Produktivität zur Voraussetzung. Die Gehaltsbewegung der öffentlich Bediensteten, die mit dem Gehaltsgesetz 1956 zum erfolgreichen Abschluß gelangte, brachte den Bediensteten der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen auch eine namhafte Hebung ihres Lebensstandards ohne daß dafür eine größere Ergiebigkeit ihrer Arbeits- und Dienstleistung zur Voraussetzung gemacht worden wäre. Der gehobene Lebensstandard durch diese bessere Entlohnung möge als Appell an unsere Bediensteten wirken, aus eigenem Antrieb zur Verbesserung und Steigerung ihrer Arbeitsleistung beizutragen. Mögen alle Arbeiter und Beamte der Stadt Wien, denen ich bei dieser Gelegenheit für ihre Dienstleistung danken möchte, die Zeichen dieser Zeit verstehen und damit die Voraussetzungen schaffen, für weitere Verbesserungen ihres Dienstrechtes.

Nicht nur der Bürgermeister und seine engsten Mitarbeiter im Stadtsenat treten der Bevölkerung und damit der Wiener Öffentlichkeit als die Repräsentanten der Stadt gegenüber. Jeder der 50.000 Bediensteten, mag er in welcher Stellung immer für die Stadt tätig sein, ist ein Repräsentant, ist eine Visitenkarte der Stadt. Die Bediensteten der Stadt Wien haben damit Bezüge und einen Lebensstandard, die zu den besten in Österreich gezählt werden können.

Die Personaldebatte

GR. Dr. Soswinski (VO) bezeichnet es als unverständlich, daß Arbeitervertreter und Kapitalisten im eigenen Lande, wie dies bei dem Straßenbahnerstreik der Fall war, gegen den Streik sind, wenn dieser aber in einem anderen Lande, wie in Ungarn, durchgeführt wird, dafür eintreten.

Die volle Erfüllung des Gehaltsgesetzes bezeichnet der Redner als einen entscheidenden Fortschritt. Leider sind in der Zwischenzeit aber auch die Lebenshaltungskosten weiter gestiegen. Der Redner erhebt dann die Forderung nach Gewährung eines 14. Monatsgehaltes und Verkürzung der Arbeitszeit. Sowohl einen 14. Monatsgehalt als auch kürzere Arbeitszeit hat es in der ersten Republik gegeben. Auch der Rechnungshof hat in seinem Bericht festgestellt, daß verschiedene Gruppen von Gemeindebediensteten am Samstag keine nennenswerte Leistung vollbringen können, weil die Privatwirtschaft auf die Fünf-Tage-Woche übergegangen ist. Wenn heute festgestellt wurde, daß bei einigen Gruppen Personalmangel herrsche, so sei dies auf die gegenwärtige Gehalts- und Personalpolitik zurückzuführen. So arbeitet zum Beispiel das Krankenpflegepersonal heute noch 60 Stunden wöchentlich. Anständige Gehälter und Vorwärtskommen würde die Anziehungskraft für diesen Beruf bestimmt erhöhen. Auch einige scheinbar kleine Begünstigungen, die es vor dem Februar 1934 schon gegeben hat, so zum Beispiel Straßenbahnfahrkarte, bessere Versorgung mit Dienstkleidern und tragbare Zinsen auf die Gehaltsvorschüsse, müßten wieder eingeführt werden. Der Redner stellt ^{diesbezüglichen} einen Antrag.
In einem weiteren Antrag fordert er den Stadtrat auf, ehestens einen Vorschlag zu unterbreiten, nach dem die Witwen der Justifizierten Witwenrenten in jener Höhe erhalten, als ob ihre hingemordeten Männer die volle Dienstzeit erreicht hätten.

Seine Fraktion könne den Ansätzen die Zustimmung nicht geben.

GR. Skokan (ÖVP) bezeichnet diese Geschäftsgruppe als eine der schwierigsten der Verwaltung, und zwar deswegen, weil sie rund 50.000 Personen beschäftigt und diesen und ihren Familien das Brot gibt. Wie schwierig diese Geschäftsgruppe ist, ist schon daraus zu ersehen, daß sie seit dem Jahre 1945 bereits von dem sechsten Amtsführenden Stadtrat geleitet wird. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß im Jahre 1956 kein höherer Beamter im Ausschuß erschie-

nen ist und über Verwaltungs- und Betriebsreform berichtet hat. Erst heute hörte man von Planungen, die vorgesehen sind, um den Bediensteten die Arbeit zu erleichtern oder andererseits lukrative Arbeit zu erfüllen. Der Redner stellt fest, daß bei der Aufnahme in den Gemeindedienst die Auswahl nicht immer nach fachlichen Erwägungen getroffen wird. Es wurden sogar Personen, die mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen sind, anderen vorgezogen. Er wirft die Frage auf, wer bei Schaffung eines Personalaufnahmegesetzes, ein Entwurf wurde von der Regierung bereits ausgearbeitet, bei der Gemeinde Wien über die Aufnahme von Bediensteten entschieden wird; ob dann die zuständigen Stadträte gefragt werden oder ob durch das Personalamt die Aufnahme vorgenommen wird. Der Redner tritt sodann auch für eine Stellensystemisierung ein, die dem Gemeinderat zusteht.

Die Erhöhung des Personalstandes begrüßt er, bedauerlich sei nur, daß die Erhöhung nicht in größerem Maße erfolgt ist. Der Redner spricht sich sodann gegen die Verminderung des Personals des Stadtgartenamtes aus, da er befürchtet, daß darunter unsere städtischen Gärten und Anlagen und somit die dort erholungsuchenden Wiener leiden könnten. Auch die Verringerung des Personals der städtischen Bäder lehne er ab. Mehr Personal müßte auch der Stadtreinigung zur Verfügung stehen.

Die Erhöhung der Personalkosten sei auf die Erfüllung des Gehaltsgesetzes zurückzuführen. Hier müsse dem Bundeskanzler und dem Finanzminister gedankt werden, die den Weg für die Bedeckung beim Bund gefunden haben. Dank gebühre aber auch der Gemeinde Wien, die es ermöglicht hat, daß die vollen Bezüge der städtischen Bediensteten ausbezahlt werden können. Das Verhältnis der Ruheständler zu den aktiven Bediensteten kann bei der Gemeindeverwaltung als gut bezeichnet werden. Wesentlich anders sind die Verhältnisse bei den Stadtwerken; dort sind weit mehr Ruhegenußbezieher.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Dienstordnung der Gemeinde Wien und unterzieht einige Bestimmungen einer kritischen Betrachtung. Er regt an, die Dienstbeschreibung alle zwei Jahre jedem Bediensteten vorzulegen.

In der Frage der Arbeitszeit sagte der Redner, er hoffe, daß das Arbeitszeitgesetz, das allerdings noch nicht fertig ist, auch für die städtischen Bediensteten in irgend einer Form angewendet werden wird. Gemeinderat Skokan regt ferner an, so wie beim Bund die Gehaltsvorschüsse zinsenlos zu gewähren und auch Bezugsvorschüsse für die Erwerbung von Wohnungen zu geben.

Auch bei der Versorgung der Witwen gibt es einige Härten, die ausgeschaltet werden müßten. Im Disziplinarrecht für Pensionisten ist eine Milderung notwendig. Die Akademiker sollten so wie beim Bund unabhängig von der Dauer ihres Urlaubes sechs Werk-tage dazubekommen.

Die ÖVP wird diesen Ansätzen ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Graczoll (SPÖ): Das neue Gehaltsgesetz hat den Gemeindebediensteten wirklich viele Erfolge gebracht. Die Gewerkschaften haben ursprünglich eine sechsfache Valorisierung gefordert und eine 6.4fache Valorisierung ist dabei im Durchschnitt herausgekommen. Bei den Verhandlungen mit dem Bund hat die Gemeindeverwaltung großen Wert darauf gelegt, daß die Arbeiterkategorien nicht schlecht abschneiden, und wir können feststellen, daß sich manche Kategorien gegenüber der Privatwirtschaft sogar im Vorteil befinden. Wir wissen, daß mit diesem Gesetz nicht alle Forderungen der Gemeindeangestellten erfüllt werden konnten, aber es sind ganz entscheidende Verbesserungen in lohnrechtlicher und sozialer Natur und auch beim Dienstrecht erreicht worden. Ich glaube, daß es eines der besten Gesetze ist, das heuer hier verabschiedet wurde.

Über Initiative des Stadtrates Riemer wurden heuer zwei blinde Stenotypistinnen eingestellt. Er hat sich durch diese soziale und menschliche Einstellung nicht nur die Sympathien unserer blinden Mitbürger, sondern wohl auch aller Wiener und Wienerinnen erworben. (Beifall bei den Sozialisten.) Man sollte auf diesem Wege fortschreiten, denn es geht darum, den Blinden das Gefühl der Vollwertigkeit zu geben. Wir müssen unseren blinden Mitbürgern das Bewußtsein verschaffen, daß sie nützliche Bürger dieser Stadt sein können.

Die Personalschulungen sollen insbesondere jene Bedienstete erfassen, die mit dem Publikum im direkten Kontakt sind. Wir wissen, daß es den Bediensteten der Stadt manchmal sehr schwer gemacht wird, höflich zu sein. Wir wissen aber auch, daß es manche Bedienstete gibt, die nicht immer den richtigen Ton finden. Der größte Teil der Bediensteten aber versieht seinen Dienst muster-gültig und zuvorkommend. (Beifall bei der SPÖ.) Werden aber diese Bediensteten auch wirklich bemerkt und irgendwie hervorgehoben und belohnt? Seit einiger Zeit gibt es "Verkehrskavaliere". Sollten wir nicht versuchen, auch unter unseren städtischen Bediensteten solche Kavaliere zu suchen? Wir finden sie, wenn wir sie suchen. Man sollte diese Kavaliere auch belohnen, denn auch das ist eine Art der Erziehung. In der Erziehung gilt nicht nur die Strafe, sondern auch die Belohnung. Ich habe das Gefühl, daß wir mitunter zu wenig von diesem Erziehungsmittel Gebrauch machen (Zustimmung bei der SPÖ.) Wir müssen viel mehr als bisher versuchen, unter unseren städtischen Angestellten das Bewußtsein wachzurufen, daß ein guter Beamter nur der sein kann, der zugleich ein Diener des Volkes sein will, Wir haben alle ein Interesse daran, daß ein gewisses Unbehagen gegenüber Ämtern und Behörden, das vielleicht noch ein Überbleibsel aus der faschistischen Zeit ist, beseitigt wird und daß zwischen den Bediensteten der Stadt und der Bevölkerung ein vertrauensvolles Verhältnis hergestellt wird.

Der Redner kommt auf die von ÖVP-Seite vorgebrachten Beschwerden über die Personalpolitik der Gemeinde Wien zu sprechen und hält dem die Personalpolitik beim Land Niederösterreich und in verschiedenen anderen Ländern und Bundesdienststellen entgegen und erklärt: Die undemokratischen Methoden, die man uns hier vorwirft, werden dort angewendet. Einem Bericht an den Landesparteitag der ÖVP Niederösterreich ist zu entnehmen, daß von 2.052 positiven Personalmaßnahmen nur insgesamt 35, also 1.7 Prozent, Sozialisten betrafen. Die in dem Bericht angeführten Beispiele sprechen deutlich genug.

Wir sind dafür, daß die Posten in der öffentlichen Verwaltung nach den Fähigkeiten der Bewerber vergeben werden. Wenn die ÖVP für eine unparteiische Vergabung der Posten ist, dann wird sie dem im Parlament vorliegenden sozialistischen Antrag auf öffentliche Ausschreibung der Posten zustimmen.

Der Redner schließt mit einem Dank an alle Angestellten der Stadt, die ihren Dienst gewissenhaft erfüllt haben, und gibt namens seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Riemer beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den Ausführungen des ÖVP-Redners. Dieser hat von einem Diktat von einer Partei auf personalpolitischen Gebiet gesprochen. Diesen Vorwurf hört man von der ÖVP jedes Jahr, weil die Redner der Volkspartei über kein Material verfügen, um diese Behauptungen untermauern zu können. Stadtrat Riemer weist darauf hin, daß alle Leiterposten, soweit es sich um das Ressort eines ÖVP-Stadtrates handelt, einvernehmlich besetzt werden. Alle Aufnahmen werden jedoch nach wie vor nach dem fachlichen Können und nach dem Leumund vorgenommen. Daß unter den Neuaufnahmen auch Leute sind, die der SPÖ angehören, ist selbstverständlich. Der Referent wies daher alle Pauschalverdächtigungen zurück. Stadtrat Riemer beschäftigt sich im weiteren mit der vom ÖVP-Redner vorgebrachten Kritik und widerlegte die Anschuldigungen. Der Personalbedarf bei der Baupolizei könnte behoben werden, wenn das Angebot an Baufachleuten entsprechend wäre. Der geringere Personalstand beim Stadtgartenamt ergibt sich daraus, weil in der letzten Zeit ein Teil der Arbeiten von Gewerbebetrieben durchgeführt wurden. Es ist also gerade das geschehen, was die ÖVP immer verlangt. Was die Kritik an der Dienstordnung betrifft, so sind diese Dinge aus den Forderungen der Gewerkschaft bekannt. Darüber wird in der nächsten Zeit verhandelt werden. Zu den Vorschüssen bemerkte der Stadtrat, daß auch bei der Gemeinde Wien zinsenlose Darlehen in Notstandsfällen gegeben werden, darüber hinaus aber gibt es noch eine Darlehenseinrichtung für Anschaffungen. Diese Darlehen werden zu 3 1/2 Prozent verzinst.

Zu den Ausführungen des sozialistischen Debattenredners über einige Beispiele von besonders gutem Verhalten städtischer Angestellter, sagte Stadtrat Riemer, soweit solche Fälle bekannt wer-

den, wird auch ein Weg gefunden, um diesen vorbildlichen Bediensteten eine Anerkennung zukommen zu lassen.

Stadtrat Riemer stellte ferner fest, daß er sich schon in seinem Referat mit der Frage der Erziehung, Schulung und Nachschulung der Bediensteten beschäftigt hat. Er werde auch die Anregung des GR. Graczoll aufgreifen. Wenn gesagt wurde, daß in der Bevölkerung ein gewisses Unbehagen gegenüber Ämtern und Behörden bestehe, ist dies richtig. Dieses Unbehagen müsse bekämpft und überwunden werden. Auch dazu werden die Erziehungsarbeit und die Kurse für die Beamten helfen. Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft erfolgt im guten Einvernehmen. Ein großer Teil seiner Arbeitszeit, erklärt Stadtrat Riemer, diene Besprechungen und Verhandlungen mit Funktionären, Vertrauensmännern oder einem größeren Kreis von Gewerkschaftern. Es besteht eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Verwaltung. So weit es in seiner Kraft und seinem Wirken liegt, werde diese Zusammenarbeit vertieft und erweitert werden. Die Anträge des GR. Soswinski bittet der Referent abzulehnen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten ohne die Stimmen der VO angenommen. Die beiden Anträge des GR. Dr. Soswinski (VO) wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

- . -

Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957 werden morgen Dienstag, um 9 Uhr früh, mit dem 3. Hauptstück - Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung - fortgesetzt. Berichterstatter ist Stadtrat Mandl.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 17. Dezember
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 13 Ochsen, 1 Stier, 17 Kühe, Summe 31. Neuzufuhren Inland: 284 Ochsen, 166 Stiere, 1.050 Kühe, 146 Kalbinnen, Summe 1.646. Neuzufuhren aus Jugoslawien: 28 Stiere, Gesamtauftrieb: 297 Ochsen, 195 Stiere, 1.067 Kühe, 146 Kalbinnen, Summe 1.705. Unverkauft: 7 Ochsen, 2 Stiere, 30 Kühe, Summe 39. Verkauft: 290 Ochsen, 193 Stiere, 1.037 Kühe, 146 Kalbinnen, Summe 1.666.

Preise: Ochsen 8.50 bis 11.40 S, Extremware 11.50 bis 12 S, Stiere 10 bis 11.70 S, Extremware 11.80 bis 12 S, Kühe 7.20 bis 10 S, Extremware 10.20 bis 10.50 S, Kalbinnen 9.50 bis 11.30 S, Extremware 11.40 bis 11.70 S, Beinlvieh, Kühe 6 bis 8.20 S, Ochsen und Kalbinnen 7.20 bis 9.50 S. Für Inlandrinder erhöhte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 6 Groschen, Stiere um 2 Groschen, Kühe um 1 Groschen. und ermäßigte sich bei Kalbinnen um 8 Groschen. Beinlvieh notierte behauptet. Die Durchschnittspreise betragen demnach für Ochsen 9.87 S, Kühe 7.82 S, Stiere 10.76 S, Kalbinnen 9.86 S. Jugoslawische Stiere notierten von 10.50 bis 11 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 18. Dezember 1956

Blatt 2560

Verleihung von Sportehrenzeichen der Stadt Wien

=====

18. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat auf Grund eines Beschlusses des Wiener Sportbeirates die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Wien an folgende Sportler und Sportfunktionäre für hervorragende Leistungen genehmigt:

An den Radfahrer Adolf Christian für den Sieg in der Österreich-Rundfahrt 1954 und für seine besonderen Leistungen bei den Weltmeisterschaftskämpfen 1955 und bei der Europa-Rundfahrt 1956.

An den Wiener Bergsteiger Dr. Herbert Tichy, der mit seinen Kameraden Sepp Jöchler und Pasang Dawa Lama den 8.152 Meter hohen Cho Oyu-Gipfel in Westnepal bezwang.

An die Wiener Bergsteiger, deren Leistung im heurigen Jahr noch in aller Munde ist, an den Expeditionsleiter Ing. Fritz Moravec, den Arzt Dr. Georg Weiler und die Teilnehmer Julius Ratay, Richard Reinagl und Heinrich Roiss.

Für die langjährige erfolgreiche organisatorische Tätigkeit im Sport an die Herren: Heinz Clabian, Präsident des Allgemeinen Landessportverbandes Wien; Konrad Zaninot, Bundeskassier des Arbeiterbundes für Sport und Körperkultur in Österreich und Mitbegründer des Wiener Arbeiter-Turnvereines; Dipl.-Ing. Paul May, Präsident des Wiener Skiverbandes und stellvertretenden Obmann der Wiener Turn- und Sport-Union.

Die feierliche Überreichung wird voraussichtlich in der ersten Jännerwoche im Wiener Rathaus vorgenommen werden.

- - -

Spielzeuge für ungarische Flüchtlingskinder aus Düsseldorf
=====

18. Dezember (RK) Eine von der Burgschauspielerin Hilde Mikulicz unter den Mitgliedern des Düsseldorfer Schauspielhauses angeregte Spielzeugsammlung für ungarische Kinder in Österreich brachte einen außergewöhnlich schönen Erfolg. Gestern nachmittag sind auf dem Wiener Südbahnhof drei vollbeladene Waggons mit Spielzeug eingetroffen. Sie wurden von Bediensteten des städtischen Wohlfahrtsamtes übernommen und in das Lager Kaiser-Ebersdorf zur Sortierung und Verteilung weitergeleitet.

- - -

"Das gute Bild für jeden"
=====100.000 Schilling-Grenze erreicht

18. Dezember (RK) In der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Wiener Secession wurden bisher 27.357 Besucher gezählt. Wie überall kann auch bei dieser Ausstellung in der heurigen Weihnachtssaison das Überwiegen der Wünsche nach dem Auserlesenen und der Qualität festgestellt werden. Bis zum "Silbernen Sonntag" wurden nicht weniger als 336 Arbeiten Wiener Graphiker und Maler verkauft. Der Erlös aller Arbeiten übersteigt bereits die 100.000 Schilling-Grenze.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Rathaus
=====

3. Hauptstück: Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

18. Dezember (RK) Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957 wurden heute vormittag mit dem 3. Hauptstück - Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung - fortgesetzt.

Der Berichterstatter Stadtrat Mandl eröffnete seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die anhaltend günstige Entwicklung unseres kulturellen Lebens. Vor allem erfreulich erscheint ihm aber die Tatsache, daß auch die heranwachsende Generation sich in die geistige Atmosphäre dieser Stadt einfügt.

Wiener Jugend mit gesunder Musikalität

Ein Symptom dafür haben wir vor wenigen Tagen in aller Stille erlebt, ein Symptom, dessen Bedeutung leider von der öffentlichen Meinung und im besonderen von der Wiener Presse so gar nicht entsprechend gewürdigt wurde.

Unsere Wiener Jugend hat sich wieder einmal glänzend bewährt und ihre hohe geistige Reife erwiesen. Der Film "Rock Around the Clock", zu Deutsch "Außer Rand und Band" und seine Musik "Rock and Roll" hat sie nicht außer Rand und Band gebracht und während es in vielen Städten Europas zu schweren Tumulten kam, sind solche extatische Ausbrüche in Wien ausgeblieben. Die Presse hat diese Haltung unserer Jugend leider nicht mit den gleichen Schlagzeilen belohnt, die verfügbar gewesen wären, wenn es Kravalle und Ausschreitungen gegeben hätte .

Eine Haltung, wie sie unsere Jugend in diesem Falle an den Tag legte, kommt aber nicht von selbst und es wäre falsch, sie als Selbstverständlichkeit zu nehmen; sie entspringt vielmehr der geistigen Haltung jener Gemeinschaft, in der unsere jungen Menschen leben und wir dürfen mit unserer Jugend sehr stolz darauf sein, uns unser gesundes und erfrischendes geistiges Klima,

./.

unsere ehrliche gesunde Musikalität bewahrt zu haben.

Auch ein zweites Beispiel illustriert die positive Entwicklung unseres kulturellen Lebens. Ich konnte im Vorjahr - ebenfalls anlässlich der Budgetdebatte - berichten, daß es bei Theater- und Konzertveranstaltungen im Jahre 1954 eine halbe Million Zuseher und Zuhörer mehr gab, als im gleichen Zeitraum bei sportlichen Darbietungen.

Mehr Besucher bei Kulturveranstaltungen als beim Sport

Nun liegen die Vergleichsziffern für das Jahr 1955 vor und ich darf mitteilen, daß die registrierten kulturellen Veranstaltungen in ihren Besucherziffern um mehr als eine Million höher liegen als die des Sportes.

Damit soll nichts gegen den Sport gesagt - Zuseher sind im allgemeinen nicht Sporttreibende -, sondern es soll nur die Verteilung der Interessen der Wiener Bevölkerung charakterisiert werden.

Der Besuch der Wiener Theater stieg außerordentlich an, liegt heute zum Beispiel um rund 32 Prozent höher als 1953/54 und die gleiche Entwicklung zeigt sich in allen Bereichen des geistigen Lebens unserer Stadt. Die Leserzahlen in den Büchereien steigen ebenso, wie die Zahlen der Kursteilnehmer an den Volkshochschulen, die Besucherziffern der Konzerte ebenso wie die Zahl der Schüler unserer Musiklehranstalten und die Teilnehmer des Jugendabonnements.

Diese Tatsachen sind vor allem deshalb so erfreulich, weil mit einer Steigerung des Lebensstandards, mit erhöhter Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Lebens durchaus nicht immer im gleichen Maße die Anteilnahme und die Teilnahmebereitschaft an den Gütern unseres geistigen Lebens Hand in Hand geht.

Wir leben in einer Zeit, die, wie keine andere, dazu angetan ist, das menschliche Leben nach seiner materiellen Seite hin zu entwickeln und es gibt nicht wenige Menschen, die unter Hebung des Lebensstandards eines Volkes nur die Verbesserung der materiellen Verhältnisse verstehen.

./.

Die rasante Entwicklung der Technik, die Motorisierung und Mechanisierung, die weitgehende Normierung unserer Gebrauchsgüter, die unerhört in die Breite wirkende Meinungsindustrie, Film, Presse, Rundfunk und nun auch Television, müssen zu einer Verflachung und geistigen Uniformität führen, die sich einmal katastrophal in unserem gesamten gesellschaftlichen Leben auswirken wird, wenn wir diese Gefahren nicht sehen und ihnen nicht entgegenwirken. Dazu kommt noch eine Vergnügungsindustrie, die in reinem Profitinteresse Geschäfte macht mit allem was Gewinne bringen kann, vom Rock and Roll bis zum Schundheft, von der Heurigeseligkeit bis zum Musical, etc.

Gegen Uniformität und Vermassung

Deshalb unsere großen Anstrengungen, das Individuum einerseits von Uniformität und Vermassung zu bewahren, es andererseits aber auch nicht in die Seichtheit einer verlogenen Pseudokultur absinken zu lassen. Deshalb auch unser Bestreben, den Menschen geistige Heimstätten zu schaffen, ihnen die Begegnung mit den ewigen geistigen Werten der Menschheit zu ermöglichen und zum Bedürfnis werden zu lassen.

Deshalb aber auch unsere ganze Arbeit und unser ganzes Streben dem Ausbau und der Förderung des kulturellen Lebens unserer Stadt, der Pflege von Kunst und Wissenschaft gleichermaßen wie der Bildung des Volkes, die wir uns besonders angelegen sein lassen.

Deshalb aber auch die Freude über die außerordentlich gute Entwicklung im letzten Jahr, zu der wir ein gut Stück beigetragen haben.

Leider ist es trotz verschiedener Bemühungen nicht gelungen, in gleichem Maße auch den finanziellen Unterbau unserer Kulturinstitutionen zu festigen. Trotz erhöhter Frequenzen und trotz verstärkter Subventionierungen ist die finanzielle Lage unserer Kultureinrichtungen noch immer sehr labil und nimmt mitunter besorgniserregende Formen an. Als Beispiel führte Stadtrat Mandl die Entwicklung bei den Wiener Symphonikern an. - Die Diskrepanz, die überhöhte Spanne, zwischen den Einnahmen - meist erbraucht durch die Eintrittspreise - und Ausgaben ist eher noch größer denn geringer geworden und es wird notwendig sein, diesem Problem in nächster Zeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Großzügige Subventionierung

Wir müssen den Mut haben, den Menschen begreiflich zu machen, daß auch Kultur ihren Wert und ihren Preis hat und nicht etwa nur das Viertel Wein beim Heurigen. Dieser Situation müssen die Kulturinstitute noch viel mehr Beachtung schenken und Vorsorge treffen, daß nicht bei eventuell kommenden konjunkturellen Schwankungen das gesamte mühsam geordnete Kulturleben und seine Institutionen ins Wanken geraten.

Die Stadt Wien hat es an Förderungsmaßnahmen finanzieller Art nicht fehlen lassen:

Zahlreiche künstlerische und wissenschaftliche Verbände erhielten zum Teil namhafte Subventionen. Wir haben dafür 1,140.000 Schilling ausgegeben und werden im nächsten Jahr zwei Millionen Schilling ausgeben. Aus der Zwecksteuer "Kultur Groschen" werden allein in diesem Jahre 10,7 Millionen an Subventionen an Kulturorganisationen oder für kulturelle Aktivitäten gegeben und die gleiche Summe werden wir im Jahre 1957 verfügbar haben.

Im Vorjahr wurde erstmalig das Erträgnis der Vergnügungssteuer von kulturell wertvollen Veranstaltungen im Subventionsweg den Veranstaltern zugeführt. Auch in diesem Jahre haben wir rund 2,4 Millionen aus diesem Titel an Zuwendungen gegeben und für das Jahr 1957 ist im Budget der gleiche Betrag vorgesehen. Der Herr Finanzminister ist allerdings mit der Umsatzsteuer bisher dem guten Beispiel der Stadtverwaltung trotz verschiedentlich abgegebenen Versprechungen nicht gefolgt.

Wenn wir die Stipendien und sonstigen Förderungsbeiträge hinzurechnen, kommen wir auf einen Gesamtbetrag von mehr als 15 Millionen Schilling, der nur im Subventionsweg allein den Kulturträgern zukommt, also ohne Aufträge usw.

Erziehungswerk an der Jugend

Selbstverständlich erschöpfen sich unsere Förderungsmaßnahmen nicht nur in der Verteilung von Geldern. Wir greifen im Gegenteil auch dort aktiv ein, wo sich zeigt, daß für eine bestimmte Aufgabe kein Träger gegeben ist oder sein kann.

Das gilt vor allem bei dem Erziehungswerk an unserer Jugend.

Unsere Schülerkonzerte zum Beispiel sind zu einer selbstverständlichen Einrichtung geworden und wir werden auch in diesem Schuljahr 1956/57 wieder 58 Konzerte für rund 71.000 Schüler durchführen.

Die Schulgalerien haben sich außerordentlich bewährt. Es wurden in diesem Jahr sechs neue errichtet und es sind für 1957 fünf weitere geplant. Zum ersten Mal haben wir auch die Tagräume von drei Spitalern, Lainz, Rosenhügel und Triester Spital, einbezogen.

Dankbar begrüßten wir auch, daß namhafte Künstlerverbände mit Bildwerken ebenfalls in Schulen der Randgebiet gingen und so Kindern und Erwachsenen gleichermaßen Kontakte mit dem Bildwerk vermittelten.

Zum ersten Mal wurde in diesem Jahr durch eine Aktion des Landesjugendreferates auch der Film durch Auflage eines Kinder-Filmabonnements in unsere Bildungsarbeit einbezogen. Versuchsweise wurden 10.000 Abonnements aufgelegt und binnen zweier Wochen waren 60.000 Kinokarten verkauft. Die Aktion umfaßt den ganzen Wiener Bereich.

Jugendabonnement auf 21.000 erweitert

Zu diesen Förderungsmaßnahmen, oder wenn Sie wollen, zu diesen Bildungseinrichtungen gehört auch das im Vorjahr geschaffene Jugendabonnement. Die Zahl der Abonnements mußte - dem unwiderstehlichen Drängen unserer Jugend folgend - von 15.000 auf 21.000 erweitert werden und noch reicht es nicht aus, um allen Anforderungen zu genügen. Ich glaube, wir werden im nächsten Jahre neuerlich erhöhen müssen. Wenn man es als Experiment bezeichnet hatte, unsere Arbeitermädels und Arbeiterbuben in die schönsten Theatergebäude der Welt, in Burg und Oper zu führen, so darf ich heute sagen: Unsere Jugend hat die Probe glänzend bestanden! (Beifall bei der SPÖ.)

Übrigens haben die Städte Linz und Bremerhaven die Einrichtung übernommen, München will folgen.

Durch das Jugendabonnement ist auch ein spürbares Ansteigen der jugendlichen Kursteilnehmer an den Volkshochschulen festzustellen. Im letzten Semester gab es zum Beispiel 1.605 Kursteilnehmer und 1.520 Vortragsbesucher unter 25 Jahren.

Die Wiener Volksbildung hat im Budgetjahr 1956 den bisher höchsten Förderungsbeitrag erhalten. Sie konnte damit bisher noch nicht aufgewiesene Leistungen setzen, wie etwa Gründung und Ausbau der Lebensschulen, die Aktion Volksbildung auf Rädern und Einführung von Klub- und Diskussionsgemeinschaften.

Die Subvention des Bundesministeriums für Unterricht wurde für das nächste Jahr empfindlich gekürzt und ich muß, so leid mir das tut, sagen, daß die Stadt Wien nicht in der Lage ist, diesen großen finanziellen Ausfall auszugleichen.

Das Mozartjahr und die Festwochen

Als eine sehr wesentliche Förderung des Wiener Kulturlebens haben sich die Wiener Festwochen erwiesen, die im abgelaufenen Jahre unter dem hohen Protektor Wolfgang Amadeus Mozart standen. Sie wurden im Rahmen des Mozartjahres auch dementsprechend festlich und würdig begangen.

Zu Mozarts Geburtstag luden wir aus den Mozartstädten Europas die musikalische Jugend nach Wien, formten sie zu einem Orchester von beachtlichem Niveau und ließen Mozarts herrliche Musik von diesem Mozart-Jugendorchester für die Wiener Schuljugend zelebrieren.

Der Schwerpunkt des Mozartjahres lag bei den Wiener Festwochen, deren Glanzpunkte, um nur einige zu nennen, vier ausländische Orchester neben den Wiener Philharmonikern und den Wiener Symphonikern, das Gastspiel der Mailänder Scala, die Welturaufführung von Frank Martins's "Der Sturm" und William Faulkner's "Requiem für eine Nonne" waren.

Mehr als eine halbe Million Besucher wurden bei allen Veranstaltungen der Wiener Festwochen gezählt. Besonderen Anklang fand die Ausstellung "Wien, eine Stadt stellt sich vor". Rund 50.000 Prospekte dieser Schau in deutscher Sprache und rund 6.000 in englischer Sprache wurden verkauft.

Die internationale Ausstrahlung der Wiener Festwochen kommt im Ausländerbesuch dieser drei Wochen am deutlichsten zum Ausdruck: 48.846 ausländische Gäste und 156.277 Nächtigungen in Wiener Hotelbetrieben.

Ich konnte vor einigen Tagen das vorläufige Programm der Wiener Festwochen für 1957 bekanntgeben und will nur hoffen, daß sie künstlerisch und wirtschaftlich den gleichen Erfolg haben, wie die des Jahres 1956. Im Budget ist ein Betrag von 1,3 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Stadtverwaltung beschäftigt die Künstler

Ich darf noch kurz auf die Aufträge zum Schmucke unserer Wohn-
hausanlagen hinweisen. 132 Aufträge mit einer Honorarsumme von
3,5 Millionen Schilling wurden vergeben. Für 1957 ist die gleiche
Summe im Budget.

Unsere grüne Galerie im Stadtpark hat heuer mit Ergänzungen
aus den Bildbeständen des Kulturamtes einen Abstecher nach Eisen-
stadt gemacht.

Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die derzeit in der
Wiener Secession zum siebenten Male zu sehen ist, konnte bis zum
heutigen Tag einen Verkaufserlös von 100.000 Schilling erzielen.

Es ist im Rahmen dieses Referates nicht möglich, all die
Einzelmaßnahmen aufzuzählen, die unserem geistigen Leben Impulse
geben; es sind Dutzende und aber Dutzende: von der Filmförderung
bis zu den Parkkonzerten, von den Würdigungs- und Förderungspreisen
bis zur Unterstützung von Expeditionen, von den Aktionen der
Literaturförderung bis zur "Volksbildung auf Rädern" usw.

Sie alle haben dazu beigetragen, daß unser geistiges Leben
in seiner Mannigfaltigkeit erhalten und regsam blieb. Sie trugen
dazu bei, diese eigenartige Atmosphäre zu erhalten, die unsere
Stadt auszeichnet und zum besonderen Anziehungspunkt für den Gast
aus dem Ausland macht.

Wir haben, wenn ich gleich darauf zu sprechen kommen kann,
die erste Fremdenverkehrssaison im freien Österreich den Umständen
gemäß gut überstanden. Die ausländischen Gäste haben unsere
Schwierigkeiten verstanden und manche Unannehmlichkeit in Kauf ge-
nommen. Wir müssen uns bemühen, bis zur nächsten Saison mit ihnen
wenigstens halbwegs fertig zu werden.

Unser internationales Hotel, das Jugendgästehaus der Stadt
Wien in Pötzleinsdorf, wird in kurzem seinen 100.000. Besucher be-
grüßen können. Nachdem jährlich zahlreiche Jugendwandergruppen und
Einzelwanderer abgewiesen werden müssen, bauen wir im 13. Bezirk
ein neues Jugendgästehaus.

Unser Campingplatz in der Hüttelbergstraße hatte eine Frequenz
von 1.876 Besuchern mit 4.912 Nachtigungen. Ein zweiter Campingplatz
soll eröffnet werden.

Der bisher unerträgliche Zustand, daß gerade zur Zeit des stärksten Fremdenverkehrs das Konzert- und Theaterleben Wiens fast vollkommen erloschen war und von privater Seite keinerlei Vorsorgen getroffen waren, diesen Zustand zu ändern, zwang die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt ein Sommerprogramm sozusagen aus dem Boden zu stampfen.

Zu den schon eingeführten und beliebten Arkadenhofkonzerten, die in diesem Jahre mit rund 40.000 Besuchern eine Steigerung um rund 83 Prozent aufwiesen, kamen 19 Konzerte in Wiener Palais, 9 Konzerte im Belvederegarten, 3 an anderen historischen Stätten, 29 Aufführungen der Kammeroper im Schönbrunner Schloßtheater und 20 Aufführungen von "Wiener Blut" im Redoutensaal.

Wir werden uns sehr bemühen, den kommenden Sommer noch besser zu gestalten.

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien entwickeln sich weiterhin außerordentlich gut. Die Zweigschulen in den einzelnen Bezirken sind vielfach zu musikalischen Zentren geworden. Kindersingschule und Kinderchor erweisen sich immer mehr als Reservoir für die Wiener Chöre. Wir haben derzeit im Konservatorium rund 600 Schüler, in den Musikschulen rund 1.620 und in der Kindersingschule 6.250.

Die Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf hat sich unter der neuen Leitung weiter gut entwickelt und ihren ausgezeichneten Ruf im In- und Ausland gefestigt. Sie hat sechs Fachklassen.

Eine Million für fahrende Bücherei

Die Städtischen Büchereien konnten 1955 trotz Abtretung von drei Zweigstellen an Niederösterreich den Stand an Lesern und die Zahl der Entlehnungen halten. Für 1956 wird eine weitere Steigerung erwartet.

Allen Büchereien sind nun Kinderbüchereien angegliedert.

Der Kinderkatalog, der in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erschien, fand bei jung und alt freundlichste Aufnahme.

Im Budget 1957 ist ein Betrag von einer Million Schilling für eine fahrende Bücherei vorgesehen. Dadurch wird es nun möglich, auch jene Orte mit Leihbüchern zu versorgen, die bisher nicht erreicht werden konnten.

Nach dem Ausscheiden Niederösterreichs wurde der Personalstand der Landesbildstelle Wien - Burgenland wünscht, bei Wien zu bleiben - um fünf Angestellte vermindert. Sie haben ein großes Arbeitsfeld zu betreuen: 805 Filmprojektoren, 10.600 Filmrollen, 566 Kleinbildwerfer, 5.693 Kleinbildserien sind der Obhut der Landesbildstelle anvertraut. 49.515 Filme und 118.113 Lichtbildserien wurden verliehen, 95.000 Stücke Kleindias hergestellt.

Auf der Rubrik Denkmalpflege ist ein Betrag von rund einer Million Schilling vorgesehen - darunter die vierte Rate von 300.000 Schilling für den Stephansdom - um die erfolgreich begonnene Anleuchtung von Baudenkmalern, ihre Renovierung und Reinigung fortsetzen zu können.

Die Stadtbibliothek beging in diesem Jahre die Feier ihres 100jährigen Bestandes und konnte aus diesem Anlaß in einer beachtenswerten Festschrift Zeugnis der wissenschaftlichen Tätigkeit ihrer Fachbeamten geben. Der letzte noch zu gestaltende Depotraum wurde mit neuen Stahlregalen versehen und so der Schlußstein im Ausbau der Bücherdepots gelegt.

Der Neubau des Historischen Museums auf dem Karlsplatz macht nun gute Fortschritte. Der Einbau der Klima-Anlage ist beendet, die Fassade fertiggestellt und die Verglasung dürfte bis Ende des Jahres durchgeführt sein.

Die Musikgedenkstätten, die bisher der Verwaltung und Betreuung der Magistratsabteilung 7 unterstanden, sind nun der Betreuung des Historischen Museums übergeben worden.

Das Archiv der Stadt Wien konnte auch in diesem Jahre seine sehr beengte Situation nicht verbessern. Lediglich die Schaffung eines neuen Benützerraumes konnte eine kleine Erleichterung schaffen.

Mit Ende des Jahres tritt der verdiente Leiter dieses Institutes, Archivdirektor Dr. Rudolf Geyer, der ihm seit dem Jahre 1925 angehört und ihm seit dem Jahre 1945 vorsteht, in den verdienten Ruhestand. Stadtrat Mandl dankte ihm aus diesem Anlaß für seine ausgezeichnete Arbeit und wünschte ihm für sein weiteres Wirken noch viele Erfolge. (Beifall)

Für Stadthalle und Aufstockung des Stadions sind allein mehr als 60 Millionen Schilling vorgesehen. Daneben werden für Neubau und Fertigstellung von Jugend- und Kinderspielplätzen rund 2,5 Millionen und für Inventaranschaffungen - Turnsäle und Spielplätze - weitere vier Millionen Schilling ausgegeben. Das Sportgroschenertragnis wird mit 1,5 Millionen zur Gänze wieder den Sportverbänden zugeführt.

1957 sollen 38 Turnsäle renoviert und neu ausgestattet werden.

Die Sportstelle hat derzeit 47 Jugendspielplätze in Verwaltung, neben den Spielplätzen in Parkanlagen und Wohnsiedlungen. Sechs Plätze werden in diesem Jahr neu geschaffen und fertiggestellt. Fünf Plätze sind im Bau, darunter einige große (Wasserleitungsplatz) und zwei Plätze sind für 1957 geplant.

Darüber hinaus werden in Parkanlagen noch 12 Kleinkinder- und Ballspielplätze errichtet.

Das Landesjugendreferat hat mit seinem Jugendfilmabonnement außerordentlichen Erfolg. Die Arbeit dieses Referates ist schwer meß- und darstellbar.

Stark sinkende Schülerzahlen

Die Situation der Pflicht-^{schulen -} Volks-, Haupt- und Sonderschulen, steht im Zeichen der stark sinkenden Schülerzahlen. Wir zählen mit Stand vom 1. Oktober d.J. 366 Schulen mit 3.674 Klassen und 111.285 Schülern, das sind um drei Schulen mit 181 Klassen und 6.784 Schülern weniger als 1955/56.

Wenn die Berechnungen des Wiener Stadtschulrates und unserer statistischen Abteilungen stimmen, dann haben wir im Schuljahr 1957/58 mit rund 100.000, 1958/59 mit rund 90.000, 1959/60 mit rund 84.000 und schließlich 1962/63 mit nur noch 75.000 Pflichtschülern zu rechnen.

Diese Tatsache erschwert natürlich eine Planung auf weite Sicht nicht unwesentlich.

Wir haben in diesem Jahre mit einem großzügigen Renovierungsprogramm bei den Wiener Pflichtschulen begonnen.

26 Schulgebäude wurden einer vollständigen Generalreparatur unterzogen. Nur in wenigen Ausnahmefällen gab es unangenehme Zeitüberschreitungen; wir hoffen aber, auch diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Neubauten, Generalüberholungen und das sogenannte "Malprogramm" eingeschlossen zählen wir heute immerhin schon 170 Schulgebäude in moderner, den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechender Form. Ende nächsten Jahres werden es 30 mehr sein.

Die Bautätigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens ist außerordentlich groß. Der Schulneubau, 2, Czerninplatz, und der Zubau zur Schule, 22, Plankenmaisstraße, sind vollendet. Der Neubau der Schule Stammersdorf, wird fortgesetzt und ist bis Schulbeginn 1957/58 fertig.

Die durch die Besatzungsmacht vollkommen devastierten Schulen, 16, Odoakergasse 48, und 23, Pülslgasse 28, sind dem Betrieb übergeben. In Hadersdorf-Weidlingau wird mit dem Bau begonnen. Ebenso wird die Bombenlücke im Schulblock Max Winterplatz geschlossen und für Zwecke einer Hilfsschule ausgestattet.

Das einzige Gebiet mit Wechselunterricht in Wien-Siemensstraße wird durch einen Zubau zum Schulgebäude Siemensstraße saniert.

Neue Schulmöbel für 93.000 Schüler

Die große, neue Schule für Körperbehinderte auf den Gründen des Czartorisky-Schlössels ist im Stadium der Planung und soll ebenfalls im nächsten Jahre begonnen werden.

Auch die Modernisierung der Inneneinrichtung macht gute Fortschritte: 12 Schulgebäude erhielten Zentralheizungen, 14 Hauptschulgebäude neue Physiksäle, 17 Turnsäle wurden mit Brausebädern ausgestattet, 93.000 Schüler - das sind 84 Prozent - sitzen auf neuen Sesseln bei Tischen und nicht mehr in Schulbänken. Im nächsten Jahre werden es rund 95 Prozent sein.

Daß der Schulhaushalt auch sonst noch große Budgetmittel erfordert, zeigt ein Blick in das Voranschlags-Heft, das einen Aufwand von 94 Millionen Schilling lediglich für das Jahr 1957

aufweist. Allein für Bücher und Lehrmittel werden 4,5 Millionen Schilling ausgegeben. Erstmals werden größere Mengen Klassenlesestoffe angekauft.

Die Wiener Berufsschulen

Zeigen die Pflichtschulen sinkende Schülerzahlen, so ist dies bei den Berufsschulen umgekehrt. 1955 hatten wir 1.221 Klassen mit 42.204 Schülern, 1956 1.318 Klassen mit 44.694 Schülern. Damit dürfte der Höchststand an Schülern an den Wiener Berufsschulen erreicht worden sein.

Stadtrat Mandl dankte bei dieser Gelegenheit auch dem in den Ruhestand getretenen bisherigen Leiter der Magistratsabteilung 56, Städtische Schulverwaltung, Senatsrat Ing.Dr. Fritz Menzel mit anerkennenden Worten für seine Leistungen. Vor allem um den Aufbau des Berufsschulwesens nach 1945 hat er sich große Verdienste erworben.

Mit dem Schuljahr 1956/57 mußten die beiden, mit sehr gutem Erfolg geführten Fachsonderklassen für Kellner und Köche aufgelassen werden, da sich die Fachgruppe des Gastgewerbes nicht bereit erklärte, die auf sie entfallenden Mittel beizusteuern. Stadtrat Mandl bedauert diese Tatsache außerordentlich, weil sich gerade jetzt, bei ansteigendem Fremdenverkehr, der Mangel an gutem Fachpersonal katastrophal auszuwirken beginnt.

Die Raumnot der beiden hauswirtschaftlichen Lehranstalten der Stadt Wien wird in kurzem zur Gänze behoben sein. In den Weihnachtsferien wird die Schule 9, Exnergasse, in ihr neues Haus, 9, Hahngasse, übersiedeln und damit gut untergebracht sein.

Die Hauswirtschaftsschule, 6, Brückengasse, wird mit Beginn des Schuljahres 1957/58 in das Gebäude 12, Dörfelstraße, einziehen können und erhält damit das schönste und modernste Haus, das eine solche Lehranstalt in Wien besitzt.

Das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei wirken verdienstvoll auf dem Gebiete der Lehrerfortbildung und sorgen dafür, daß der Ruf Wiens als Stadt der Schulreform erhalten bleibt.

Die Kulturdebatte

GR. Dr. Christoph (VO) stellt mit Befriedigung fest, daß die Ausgaben für diese Gruppe fast um ein Drittel gestiegen sind. Er messe dieser Gruppe und dem Gesundheitswesen innerhalb der Stadtverwaltung die größte Bedeutung bei, da sie beide der Jugend dienen. Auch auf dem Gebiete der Theater- und Konzertveranstaltungen für die Jugend hat das Kulturamt der Stadt Wien wertvolle Arbeit geleistet. Der Erfolg dieser Aktion beweist, daß die Jugend an der Kunst Gefallen findet und daher auch nicht, wie so oft gesagt wird, vielfach sehr verdorben ist. Es müsse alles getan werden, um den jungen Menschen zu helfen und von ihnen jede Schädigung von außen fernzuhalten. Dazu gehöre auch die dringende Novellierung des Schmutz- und Schundgesetzes aus dem Jahre 1950. Der Gemeinderat müßte einen diesbezüglichen Beschluß fassen und an den Unterrichtsminister mit der Forderung um Novellierung des Gesetzes herantreten. Auch die Kiba müßte eine entsprechende Auswahl bei ihren Filmen treffen. Es dürften zumindest nicht Filme aufgeführt werden, die eine Gefahr für die Jugend bedeuten. Leider ist eine derartige Auswahl nicht getroffen worden. Auch die Presse müßte im Rahmen ihrer Berufsorganisation dazu verhalten werden, in ihrer Berichterstattung nicht den guten Geschmack zu verletzen. Größeres Augenmerk müßte im Zeitalter der Technisierung und Automation auch dem Sport zugewendet werden. Auch vom Standpunkt der Jugenderziehung ist der Sport von enormer Bedeutung, schon als Problem der Freizeitgestaltung. Leider sind die Ansätze für den Sport zu gering, denn von den präliminierten 78 Millionen Schilling sind 69 Millionen für den Ausbau der Stadthalle und die Aufstockung des Stadions vorgesehen. Diesen Ausgaben stehen 65 Millionen Einnahmen aus der Vergnügungssteuer gegenüber, also Mittel, die zu einem großen Teil von den Sportlern selbst aufgebracht werden. Bei der Verteilung dieser Gelder an die Sportorganisationen sollten aber nicht nur die den Regierungsparteien nahestehenden Sportorganisationen, sondern auch kleinere Vereine berücksichtigt werden.

./.

Der Redner stellt in diesem Zusammenhang den Antrag, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit auch Amateursportvereine, die für Amateursportveranstaltungen Vergnügungssteuer entrichten müssen, die Vergnügungssteuer refundiert erhalten können. Auch dem Sportplatzbau müßte größeres Augenmerk zugewendet werden. Gleichfalls dringend notwendig wäre die Novellierung des Spielplatzschutz- und Spielplatzanforderungsgesetzes, um damit eine Verbauung der Spielplätze zu verhindern. Wünschenswert wäre es auch, allmählich in allen Schulen Spielplätze, wenn auch kleineren Umfanges, zu errichten. Der Redner stellt den Antrag, den Ausbau der Spiel- und Sportplätze für Kinder und Jugendliche in größerem Umfang und rascherem Tempo durchzuführen und hiefür einen entsprechenden Plan auszuarbeiten. Als weitere vertretbare Forderung bezeichnet er die Einführung ermäßigter Sportlerfahrtscheine zum Training- und Wettspielbetrieb, Vermehrung der für die Sportjugend zur Verfügung gestellten Fürsorgefahrtscheine und eine Besserung der Fahrzeitbegrenzung sowie die Unterstützung der Sportler durch die Mandatäre der Stadt Wien bei der Forderung nach einer 50prozentigen Ermäßigung der Bundesbahnen für Fahrten zu Wettspielen.

Auf dem Schulsektor sind die ärgsten Kriegszerstörungen behoben, sodaß die Schulen klaglos arbeiten können. Einige Mängel wären aber auch hier noch zu beheben, so vor allem auf dem hygienischen Gebiet. Es sei vom hygienischen und gesundheitlichen Standpunkt ganz und gar abzulehnen, daß die Klassen der Volks-, Haupt- und Sonderschulen nur zweimal wöchentlich gereinigt werden. Das Tragen von Hausschuhen, das vielfach von den Kindern zur größeren Reinlichkeit verlangt wird, sei vom orthopädischen Standpunkt aus nicht ungefährlich. Auch der Austausch von Klassenlesestoff sei nicht zu begrüßen. Der Redner stellt daher den Antrag, zusätzliches Reinigungspersonal für die Volks-, Haupt- und Sonderschulen einzustellen. Auch den Schulmöbeln müßte größere Aufmerksamkeit zugewendet werden, da die Kinder heute viel schneller wachsen und dann oft in zu kleinen Bänken sitzen müssen.

Als einen weiteren Wunsch der Lehrerschaft bezeichnet der Redner die Wiedereinführung von vier Freifahrten pro Schuljahr zum Besuch von Museen und dergleichen.

Da, abgesehen von den aufgezeigten Mängeln, in dieser Geschäftsgruppe vieles besser geworden ist, werde seine Fraktion den Ansätzen zustimmen.

GR. Zink (ÖVP) spricht zuerst grundsätzlich über die Aufgaben auf dem Gebiet der Kultur in Wien. Die Kultur, so führte er aus, wird immer der Ausdruck einer weltanschaulichen Geisteshaltung sein. So lange wir uns nicht entschließen, die geistigen Werte in dem Mittelpunkt des persönlichen und des gesamten öffentlichen Lebens zu stellen, werden alle Bemühungen vergeblich sein. Es ist notwendig, einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten und diesen Standpunkt dann aber auch zu vertreten. Darüber hinaus darf es auf dem kulturellen Sektor keine Parteipolitik geben.

Der Redner ging dann im einzelnen auf das Kulturbudget der Gemeinde Wien ein. So sehr es bedauerlich ist, daß beim Bund im Kulturbudget große Abstriche gemacht werden, so sehr ist es auch bedauerlich, daß, gemessen am Gesamtrahmen der Ausgaben der Stadt Wien, das Wiener Kulturbudget nicht ganz befriedigend ist. Gegenüber 1956 ist zwar eine Verbesserung um 33 Prozent zu verzeichnen, doch machen diese Zahlen bei näherem Hinsehen nicht ganz froh. So konnten für Kulturförderung nur vier Millionen zusätzlich eingesetzt werden, während fast 70 Millionen auf den erhöhten Personal- und Sachaufwand und zu einem großen Teil auf bauliche Herstellung entfallen. Diese Bauten, so meinte der Redner auch, gehören eher in das Budget der Gruppe VI, Bauwesen.

Beim Schulwesen bezeichnete es GR. Zink als erfreulich, daß die Kriegszerstörungen gut gemacht wurden und eine große Zahl von neuen Schulen errichtet wird. Er bemängelt jedoch die heimatkundliche Betreuung in den Volksschulen und regt an, das Wiener Brauchtum zu neuem Leben zu erwecken. Er tritt auch für die Schaffung einer "Wiener Landeshymne" ein.

Im Berufsschulwesen ist es leider nicht möglich gewesen, eine wesentliche Erhöhung für das Inventar zu erreichen. Bei den Volkshochschulen sei das Entgelt für die Vortragenden zu gering; es ist dadurch oft nicht möglich, erstklassige Fachkräfte zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit dem schlechten Abschneiden der österreichischen Mannschaft bei den Olympischen Spielen in Melbourne meint der Redner, es sei noch nicht gelungen, den Sport und vor allem den Jugendsport auf eine möglichst breite Basis zu führen. Er schlägt ein Prämiensystem für jene Verbände vor, die sich besonders dem Jugendsport widmen. GR. Zink kritisiert auch die Tätigkeit der Sportstelle der Stadt Wien, die er als nicht objektiv bezeichnet. Er bittet Stadtrat Mandl, sich um diese Dinge näher zu kümmern.

Er wirft dann die Frage auf, ob Wien alles getan hat, um die Stadt auf kulturellem Gebiet wieder in den Mittelpunkt zu rücken. An die Hotellerie richtet er den dringenden Appell, darauf zu achten, daß das Maß des Gebotenen in einem gesunden Verhältnis zum Maß des Verlangten steht. Alle, die in diesem Berufszweig arbeiten, müssen als Repräsentanten unserer Lebensform auch Liebenswürdigkeit, Takt und Charme haben. (Beifall bei der ÖVP.) Der Redner tritt dafür ein, daß auf kulturellem Gebiet Bund und Gemeinde sich gemeinsam bemühen sollten. Auch auf dem Gebiet der Musik ist die Förderung des Nachwuchses besonders wichtig. Die Stipendien müßten erhöht werden. Die Wiener Symphoniker sollten im Sommer, wenn die meisten Fremden kommen, in Wien sein.

Auf dem Gebiet der bildenden Kunst meinte der Redner, daß manches problematisch scheint, was heute als moderne Kunst bezeichnet wird. Ein Teil dieser Kunst sei nicht echt; der Künstler aber habe vor allem die Verpflichtung, wahr zu sein. Bei der Vergebung von Aufträgen solle man die Auswahl nicht ausschließlich einem einzigen Mann überantworten.

In der Frage der Ehrenzuwendungen vertritt der Redner den Standpunkt, daß man eine strengere Auswahl treffen müsse, dafür aber die Zuwendungen höher sein sollten.

Wien muß auch wieder die Stadt der Mode und des Kunsthandwerkes werden. Hier ist besonders eine weitgehende Förderung des Nachwuchses notwendig. Der Redner regte auch die Herausgabe einer repräsentativen Mode- und Kulturzeitschrift an.

Abschließend gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des Kulturbudgets. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Debattenredner der SPÖ, GR. Pfösch, stellt, aus der Erkenntnis schöpfend, daß die wirtschaftliche Situation das Kulturleben beeinflusse, fest, daß die vom Bund erfolgte lineare Kürzung des Kulturbudgets im Kulturleben nicht ohne ernste Auswirkungen bleiben kann. Uns alle erfüllt mit berechtigtem Stolz, sagte er weiter, wenn die vielen Ausländer, die jetzt nach Wien kommen, voll Lobes über unsere Bautätigkeit sind. Er setzt sich dafür ein, daß es jetzt unsere Aufgabe sein muß, nachdem die Kriegsschäden behoben worden sind, auch dem kulturellen Aufbau verstärktes Augenmerk zu schenken. Dank der systematischen kulturellen Arbeit unserer Stadtverwaltung kann man im Niveau des Kulturlebens unserer Stadt auf allen Gebieten erfreuliche Fortschritte feststellen. Der Grundsatz, daß unsere Künstler und Kulturschaffenden unterstützt aber nicht reglementiert werden dürfen, kommt dabei voll zur Geltung. Der Redner begrüßt die Bemühungen, die darauf hinzielen, unserer Jugend immer mehr Möglichkeiten zur Stellungnahme zur Kunst zu geben. GR. Pfösch sprach den Wunsch aus, daß auch die Elternschaft und jene Organisationen, die sich mit der Jugend beschäftigen, mehr als bis jetzt für diese Arbeit gewonnen werden. Der Redner stellt mit Genugtuung fest, daß die Debatte über Kultur bei den diesjährigen Budgetberatungen sachlich geführt werde, was er als ein Ergebnis der guten Arbeit des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Volksbildung im vergangenen Jahr bezeichnet. Er unterstreicht die Ausführungen seines Vorredners über den Inhalt der Kulturpolitik und gibt der Meinung Ausdruck, daß sie mit der Anschauung der Sozialistischen Partei in einem Punkt übereinstimmen, nämlich in dem, daß auf Kultur alle Anspruch haben.

Er unterstreicht auch die Forderung seines Vorredners, daß es keine Kommunalisierung des Kunstlebens geben darf, stellt aber fest, daß sie im Widerspruch zu einer erst vor kurzem von der ÖVP erschienenen Broschüre steht, in der unter anderem die Errichtung eines städtischen Theaters verlangt wird.

Bei den Städtischen Büchereien begrüßt er die Schaffung einer fahrenden Bibliothek für die Randgebiete sowie die Errichtung einer Freihandbücherei für Kinder, die versuchsweise eingeführt wurde und bereits gute Ergebnisse zeigt. Die Städtischen Büchereien haben gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien einen wirksamen Plan zur Bekämpfung der Schundliteratur ausgearbeitet, für den allerdings die finanziellen Mittel noch ausständig sind. Zum Kapitel Schulwesen spricht er sein Bedauern über die Schließung der Fachschulen für Köche und Kellner aus, begrüßt die großzügigen Adaptierungsarbeiten an den Wiener Schulhäusern und richtet zugleich an die zuständigen Stellen des Bundes einen Appell, man möge das nun instandgesetzte Gebäude in der Breitenseer Straße wiederum für eine Bundeserziehungsanstalt bereitstellen.

GR. Pfoch stellt ebenfalls fest, daß in der Presse die positiven Leistungen der Jugend häufig vernachlässigt werden. Er meint, daß die Zeitungen auch viel zu wenig die alarmierenden Ereignisse statistischer Erhebungen veröffentlichen, so zum Beispiel die enorm steigenden Umsätze im Genußmittelkonsum, die in keinem Verhältnis zu den Aufwänden für kulturelle Belange stehen. Die Zahl der Trinker, sagt er, ist bereits in Wien sechsstellig geworden. Dem entgegenzuwirken, bedarf es einer erhöhten Aufklärungsarbeit und letzten Endes auch fiskalischer Maßnahmen. Im Zusammenhang verweist er darauf, daß sich einer Branntweinabgabe starke Gegenkräfte entgegenstellen.

Im Hinblick auf die kommende Automation, erklärt GR. Pfoch abschließend, wird es notwendig sein, schon jetzt Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die durch die verkürzte Arbeitszeit gewonnene Freizeit der Arbeitnehmer einen sinnvollen Inhalt bekomme. (Beifall bei der SPÖ.) Den Bestrebungen der Stadtverwaltung auf kulturellem Gebiet, wie sie in den Ansätzen der Geschäftsgruppe III enthalten sind, wird seine Fraktion die Zustimmung geben.

Stadtrat Mandl stellt in seinem Schlußwort mit Genugtuung fest, daß es eine so sachliche Diskussion beim Kapital Kultur noch nie gegeben hätte. Trotzdem möchte er sich mit einigen Ausführungen des GR. Zink beschäftigen. Die Meinung, man müsse mit der Vergangenheit verhaftet sein, teile auch er, man müsse aber darüber hinaus mit der Gegenwart im entsprechenden Ausmaß mitgehen.

Die Ansicht, der Bausektor würde im Kulturbudget zu stark betont, ist abzulehnen. Durch diese Bauten sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, auf denen sich das gesunde kulturelle und sportliche Leben dieser Stadt weiterentwickeln kann. Daher kann man diese Bauten nicht von der Kulturarbeit trennen. Daß die Lehrbücher zu wenig heimatkundliche Beiträge aufweisen, ist nicht Schuld der Stadtverwaltung.

Erst in letzter Zeit wurde im 3. Bezirk das Heimatmuseum eröffnet. Dort soll dem nachgespürt werden, was an Kulturgut in diesen ehemals dörflichen Gemeinschaften, aus denen Wien geworden ist, noch aufspürbar ist. Dieses Gut soll gehoben und gepflegt und unserer Jugend zugänglich gemacht werden. Der ÖVP-Redner hat auch die Frage aufgeworfen, ob es nicht notwendig wäre, Wien eine eigene Landeshymne zu geben. Das wird aber für Wien kaum notwendig sein, da es sehr viele "Landeshymnen" hat. Er nennt dabei "Wien, Wien nur Du allein", "Mein Muatterl war a Wienerin" und den am meisten geliebten Walzer "An der schönen blauen Donau".

Den kritischen Worten über den Sport könne man sich nur anschließen. Zur Gesundung unserer sportlichen Verhältnisse müßten aber auch die großen Sportorganisationen mehr beitragen, die sich in den seltensten Fällen um den Nachwuchs und um die Jugend kümmern. Wenn der Sportstelle bei der Vergebung der Turnsäle Parteilichkeit vorgeworfen wurde, brauche man zur Widerlegung dieser Ansicht nur Zahlen sprechen lassen. So ist aus einer Zusammenstellung zu ersehen, daß 89 Turnsäle an den ASKÖ, 60 an die Union, 35 an den Allgemeinen Sportverband und an sonstige 191 Vereine 64 Turnsäle vermietet wurden. Bei den Turnzeiten ist es schwer, jeden Wunsch zu erfüllen.

Zur Fremdenverkehrsstelle ist zu sagen, daß wir augenblicklich alle Mühe haben, den Fremdenzustrom etwas zu bremsen und Kongresse so einzuteilen, daß sie gut betreut werden können.

Nichts wäre dem Fremdenverkehr abträglicher, als wenn die Fremden, die zu uns kommen, unzufrieden nach Hause fahren müßten. Derartiges konnte bisher vermieden werden. Eine Befragung hat gezeigt, daß die Besucher die Haltung der Wiener als vorbildlich und liebenswürdig bezeichnet haben. Hiefür soll allen Wienern herzlich gedankt werden. (Beifall)

Zur Unterstützung von Wissenschaft und Kunst, die als zu gering bezeichnet wurde, wurden zum Beispiel an den Notring der Wissenschaften 270.000 Schilling gegeben und erstmals an die Akademie der Wissenschaften für ihre Forschungen 50.000 Schilling. Die Stadt Wien ist jene Stelle, die im gesamten Bundesgebiet das meiste für die Förderung der Wissenschaft tut und der Notring der Wissenschaften erkennt dies auch immer wieder an.

GR. Zink hat sich auch mit der Kunst beschäftigt und gemeint, Kunst müsse vor allem wahr sein. Dieser Satz ist zu unterstreichen, doch muß ihm ein zweiter beigegeben werden, und zwar, daß Kunst der Ausdruck der jeweiligen gesellschaftlichen Form und der jeweiligen Gesellschaft ist. Die heutige Kunst muß also als Ausdruck der heutigen Gesellschaft und der heutigen Zeit gewertet werden. Wir leben in einer gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzung und auch die Unsicherheit der heutigen Zeit kommt in der Kunst zum Ausdruck. Was von ihr Ewigkeitsbestand haben wird, wird die Zukunft entscheiden. Zur Entkräftung der Meinung, die Ansätze des Kulturbudgets seien nicht befriedigend, sollen einige Vorschlagsziffern ausgeführt werden. So hatten die Ansätze des städtischen Kulturbudgets im Jahre 1949 eine Höhe von 52 Millionen, 1950 von 65 Millionen, 1951 von 93 Millionen, 1952 von 132 Millionen, 1953 von 139 Millionen, 1954 von 171 Millionen, 1955 von 200 Millionen, 1956 von 219 Millionen und 1957 von 294 Millionen Schilling. In diesen Zahlen zeigt sich der kulturelle Wille der Stadt. Man müsse dem Finanzreferenten dankbar sein und könne nicht von einer "kulturfeindlichen" Einstellung seinerseits sprechen. Es ist in den vergangenen Jahren vieles geschehen und dies nicht immer unter den günstigsten Umständen.

Wien ist im europäischen Bereich aus seiner zentralen Lage sehr stark an den Rand des Eisernen Vorhanges gerückt worden. Kulturen, die einstmals in engen Wechselbeziehungen einander befruchteten und aneinander wuchsen, sind heute auseinandergerissen und durch Grenzen der Unkultur, Unfreiheit und Barbarei getrennt worden. Und dies alles nicht durch unsere Schuld. Wien hat sich nach den schweren Zerstörungen des Krieges wieder in den europäischen Kulturkreis eingliedert und ist wieder zu einer Weltstadt des Geisteslebens geworden. Dieses Bewußtsein einer großen Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist für uns Verpflichtung und gibt uns die Kraft weiterzuarbeiten im Dienste einer großen Gemeinschaft für die Freiheit des Lebens und für die Freiheit des Geistes.

Abschließend dankt Stadtrat Mandl allen Mitgliedern des Kulturausschusses und allen Mitarbeitern seiner Geschäftsgruppe für die große Arbeit, die auf dem kulturellen Sektor geleistet wurde. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 3. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die drei Anträge des GR. Dr. Christoph (VO) wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

- - -

Das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien
=====

18. Dezember (RK) Hierauf beginnen die Beratungen über das 4. Hauptstück - Wohlfahrtswesen. Berichteratter ist Vizebürgermeister Honay. Er führte unter anderem aus:

Im Voranschlag für das Jahr 1957 ist gegenüber dem Jahre 1956 eine Verminderung der Ausgaben um 4.8 Prozent festzustellen. Sie wurden für 1956 mit rund 362 Millionen Schilling veranschlagt, während für 1957 rund 345 Millionen Schilling vorgesehen sind. Dies ist darauf zurückzuführen, daß für die von der Gemeinde zu leistenden Aufstockungsbeiträge zu den Mindestrenten nach dem neuen Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz für das Jahr 1956 eine Ausgabe von 50 Millionen Schilling veranschlagt worden ist, während der tatsächliche Aufwand kaum 15 Millionen Schilling betragen dürfte.

Von den elf Verwaltungsgruppen dieses Budgets steht die Gruppe für das Wohlfahrtswesen mit 8.4 Prozent der Gesamtausgaben an der sechsten Stelle.

Fortschreitende Verbesserung der Jugendfürsorge

Die stetig fortschreitende Verbesserung der Jugendfürsorge kommt in dem gestiegenen Aufwand für das Pflegekinderwesen und die Erholungsfürsorge zum Ausdruck. Der Zuschuß aus Gemeindemitteln beträgt nahezu 37 Millionen Schilling.

Das Jugendamt betreut gegenwärtig 5.530 Pflegekinder. Das ist gegenüber dem Jahre 1955 eine kleine Zunahme.

Beachtenswert sind die Gründe, die zur Übernahme dieser "Gemeindekinder" geführt haben. Während im Jahre 1945 noch 929 Kinder aus wirtschaftlichen Notstand in Heime übernommen werden mußten, waren es im Jahre 1955 nur 27. In den letzten Monaten dieses Jahres erfolgte überhaupt keine Übernahme aus diesem Grunde. Die Obdachlosigkeit ist ein wichtiger Grund, sich der betroffenen Kinder anzunehmen. Hier zeigt sich ebenfalls eine auffällige Tendenz:

Während im Jahre 1947 nur 102 Kinder wegen Obdachlosigkeit übernommen werden mußten, so waren es im Jahre 1955 532 Kinder, das heißt, was im Jahre 1947 noch als Wohnung gelten konnte, ist - eine begrüßenswerte Tatsache - heute einem strengeren Maßstab bei der Feststellung der Benützbarkeit von Wohnungen unterworfen.

Die Zahl der Kinder, die wegen Schwererziehbarkeit in Heime übernommen werden müssen, steigt rasch an und es wird hier notwendig sein, die Erziehungsfürsorge zu verbreitern. Im Jahre 1946 waren es 214 Kinder und im Jahre 1955 883 Kinder, die wegen Erziehungsschwierigkeiten übernommen werden mußten.

Aber auch die Trunksucht der Eltern spielt hier eine große Rolle. 58 Kinder mußten wegen der Trunksucht der Eltern - also bei sonst günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen - in Gemeindepflege übernommen werden.

Die Bemühungen, möglichst viele Gemeindekinder der Privatpflege zuzuführen, haben zur Bildung von sogenannten Großfamilien geführt. Diese Pflegegroßfamilien haben sich sehr gut bewährt.

Zum ersten Male wurde in diesem Jahre eine Ehrung der Pflegemütter durchgeführt.

Das Kindergarten- und Hortwesen der Gemeinde Wien ist im ständigen und planmäßigen Aufbau. Derzeit arbeiten in den Wiener Kindergärten und Horten 828 Kindergärtnerinnen und 500 Wärterinnen und Hauswarte; in 516 Gruppen werden fast 15.000 Kleinkinder und Schulkinder betreut.

Neue Kindergärten

Im Jahre 1957 sind rund 77 Millionen Schilling an Ausgaben für die Kindergärten, Horte und Tageserholungsstätten vorgesehen. Es wäre erwünscht, wenn trotz der angespannten Lage auf dem Bau-sektor die im Voranschlag vorgesehenen Kindergartenbauten in der Inneren Stadt, in der Venediger Au, auf dem Heu- und Strohmarkt, am Schöpfwerk, auf dem Ludo Hartmann-Platz in Ottakring und in der Adalbert Stifter-~~Strasse~~ in der Brigittenau im Jahre 1957 unseren Kindern zur Verfügung stünden, weil dort der Bedarf außerordentlich groß ist. Mit dem Neubau von je einem Kindergarten in Hernals und in Mauer soll im kommenden Jahr begonnen werden. ./.

Hiefür ist eine Ausgabe von 1,8 Millionen Schilling bedeckt. Ferner soll mit einem weiteren Aufwand von 1,6 Millionen Schilling die Tageserholungsstätte "Paradies" in Hütteldorf fertiggestellt werden und mit einem Aufwand von 500.000 Schilling eine neue Tageserholungsstätte in der Himmelstraße, in einer der schönsten Lagen unserer Stadt errichtet werden.

Das Wiener Jugendhilfswerk hat in der alten Form mit 31. Juli 1956 zu bestehen aufgehört. Das Landesgesetz über die Errichtung des Fonds "Wiener Jugendhilfswerk" ist am 1. August 1956 in Kraft getreten. Die konstituierende Kuratoriumssitzung und Wahl des Arbeitsausschusses fand am 8. November 1956 statt.

Insgesamt wurden vom Wiener Jugendhilfswerk rund 35.000 Kinder in inländischen Heimen und Tageserholungsstätten untergebracht.

Die Arbeitsgemeinschaft der Körper- und Sinnesbehinderten veranstaltete in Zusammenarbeit mit der städtischen Erholungs-fürsorge im Juli 1956 wieder Ferienwochen für körperbehinderte Kinder in Sulzbach-Ischl. Körperbehinderte Kinder aus Westdeutschland, England, Dänemark, der Schweiz und allen österreichischen Bundesländern nahmen an dieser überaus nützlichen Einrichtung teil.

In den Eigen- und Mietheimen der städtischen Erholungs-fürsorge arbeiteten im Berichtsjahr 133 Personen als Heim- und Wirtschaftsleiterinnen, Erzieher, Kindergärtnerinnen, Köchinnen, Küchen- und Hausarbeiterinnen. 12 Ärzte waren in den Heimen nebenberuflich tätig.

Nach Italien wurden heuer sechs Turnusse mit 295 Kindern und 9.146 Verpflegstagen entsendet. Es hat sich das schöne Heim in Sori bei Genua bestens bewährt.

Ein Wort zu den Kinderdörfern

Nun ein Wort über die Kinderdörfer. Die Öffentlichkeit muß zur Kenntnis nehmen, daß diese an sich pädagogisch und fürsorglich meist einwandfreie Institution in den allermeisten Fällen für jedes dort befindliche Kind den entsprechenden Pflegebeitrag eines Fürsorgeverbandes erhält, der sich zwischen 26 und 29 Schilling täglich bewegt. Es ist unrichtig, in unserem Lande von "verlassenen" Kinder zu sprechen. Ich darf mich hier wohl zum Redner aller Sozialreferenten der Landesregierungen machen: Wir sind glücklich feststellen zu können, daß Gesetzgebung und praktische Durchführung für jedes Kind, woher es auch kommen mag, in unserem Lande in gleichem Maße sorgen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wäschepakete für Flüchtlings-Säuglinge

Diese Tatsache konnte wohl am besten in der Fürsorge für jene unglücklichen Mütter und Kinder zum Ausdruck gebracht werden, die von Ungarn aus in unsere Heimat kamen. Sowohl die Flüchtlingsfürsorge, als auch das Jugendamt der Stadt Wien haben sich vom ersten Tag des Notstandes an eingeschaltet und in Zusammenarbeit mit allen in Frage kommenden Institutionen ihre Pflicht voll und ganz erfüllt: So erhalten alle Mütter von Neugeborenen ein Säuglingswäschepaket der Gemeinde Wien. Für die Säuglinge und Kleinstkinder wurden Windel, Kindernährmittel, Seife und Kleider und Wäsche in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt. Wenn auch damit bei dem raschen Anstieg des Flüchtlingsstromes da und dort vorübergehende Schwierigkeiten auftauchten, so war für die Jugendämter ein Ansporn mehr, diese Mängel rasch zu überwinden.

Das Jugendamt wird im Jahre 1957 11,3 Millionen Schilling ausgeben; an Einnahmen sind rund drei Millionen veranschlagt, wobei an erster Stelle der Anteil des Bundes für die Gastärztestipendien mit 2,585.100 Schilling steht. Die Gemeinde Wien rechnet mit einer Ausgabe für die verschiedenen Arten von Stipendien von 6,6 Millionen Schilling. Die Kosten für die Säuglingswäschepakete sind mit 2,4 Millionen Schilling veranschlagt. Sie sind gegenüber dem Jahre 1956 um 800.000 Schilling gestiegen, was in dem stark vermehrten Inhalt begründet ist.

Zunahme der Geburten hält an

Es kann als ein erfreuliches Zeichen für die Lebensfreude und den Optimismus der Wiener Bevölkerung betrachtet werden, daß die Zunahme der Geburten anhält. Im Jahre 1955 erfolgten in Wien 11.839 Lebendgeburten. Bis Oktober 1956 wurde bereits die Zahl überschritten, sodaß in diesen zehn Monaten mehr Geburten gezählt wurden als im ganzen Jahr 1955.

In der letzten Zeit ist in der Öffentlichkeit besonders lebhaft die Sterblichkeit der Wiener Säuglinge erörtert worden. Gegenüber vielfach einseitiger Darstellungen sei festgestellt, daß man, um ein objektives Bild zu erhalten, drei Gruppen von Todesursachen untersuchen muß. Etwa 80 Prozent aller Todesfälle entfallen nämlich auf die drei Gruppen: Frühgeburt, Mißbildung und angeborene Krankheiten und Entbindungsfolgen.

Diese Ursachen sind in erster Linie durch eine ärztliche Betreuung und Aufklärung zu beseitigen, bzw. zu mildern.

Es kann gesagt werden, daß vier Fünftel aller gestorbenen Säuglinge sterben mußten, weil sie zu früh, oder mit angeborenen Mißbildungen oder bereits krank zur Welt kamen, oder weil sie durch den Geburtsakt so geschädigt wurden, daß sie nicht lebensfähig waren.

Verbesserte Schwangerenfürsorge

Das Jugendamt der Stadt Wien verstärkt daher seine Anstrengungen auf dem Gebiet der Schwangerenfürsorge. Zu den bereits bestehenden drei Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien sind drei weitere geschaffen worden, die sich in den äußeren Bezirken befinden. Es muß aber nachdrücklich betont werden, daß in den dreizehn Wiener Entbindungsanstalten und gynäkologischen Abteilungen der Krankenhäuser alle Schwangeren beraten werden. Auch die Ambulatorien der Krankenkassen, vor allem der Wiener Gebietskrankenkasse und der Krankenfürsorgeanstalt der angestellten und Bediensteten der Stadt Wien, stehenden Schwangeren zur Verfügung.

Die Zahl der Mutterberatungsstellen der Gemeinde Wien beträgt derzeit 53.

Es sei übrigens auch auf eine interessante Feststellung des Wiener Jugendamtes hingewiesen. In einem Wiener Gemeindebezirk wurden alle Neugeborenen ein Jahr lang besonders intensiv betreut. Die Mütter wurden alle Vierteljahre schriftlich eingeladen, die notwendigen Impfungen oder helfende Maßnahmen der öffentlichen Einrichtungen für ihren Säugling in Anspruch zu nehmen. Über 95 Prozent der Mütter erklärten, daß sie sich wohl über die Anteilnahme freuen, aber aus eigener Kraft, mit eigenen Möglichkeiten der Familie ihr Neugeborenes gut betreuen können.

Dem verderblichen Einfluß der Straße entzogen

Das Wohlfahrtsamt betreut im Rahmen von "Jugend am Werk" auch jene schulentlassene Jugend, die bei Beendigung der Schulzeit das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat und daher kein Arbeitsverhältnis eingehen darf, oder solche Schulentlassene, die aus gesundheitlichen oder anderen Gründen keine passende Lehrstelle finden konnten. Neben der Mustereinrichtung in der Grundsteingasse mit den vielen Werkstätten, in denen gegenwärtig 63 männliche und 125 weibliche Jugendliche arbeiten, werden noch in zehn Kursstellen 388 Jugendliche von dem verderblichen Einfluß der Straße ferngehalten. In der Lehrwerkstätte für die metallverarbeitenden Gewerbe, zu der vom Österreichischen Gewerkschaftsbund finanzielle Leistungen erfolgen, werden 128 Lehrlinge ausgebildet. In den Heimen der Caritas sind ständig 50 Mädchen von "Jugend am Werk" tätig.

Die Betreuung der Dauerbefürsorgten

Der Betreuung der städtischen Dauerbefürsorgten wird auch im kommenden Jahr besonderes Augenmerk zugewendet. Dies kommt auch im finanziellen Aufwand deutlich zum Ausdruck. Den Einnahmen aus diesem Titel von 2,4 Millionen Schilling stehen Ausgaben von 102,8 Millionen Schilling gegenüber. Davon entfallen für Dauerunterstützungen, Aushilfen und Wohlfahrtskrankenpflege 75,4 Millionen, auf die Ausgleichszulagen nach dem ASVG 15 Millionen,

auf die Blindenbeihilfen 6 Millionen, auf die Tagesheimstätten und den Landaufenthalt für die Dauerbefürsorgten rund 2,3 Millionen Schilling. In vielen Tagesheimstätten werden auch Sozialrentner, die nur die Mindestrente erhalten, aufgenommen.

Für das Jahr 1957 ist ein weiterer Ausbau der arbeitstherapeutischen Kurse beabsichtigt. Es ist der Ausbau der physikalischen Therapie geplant, ferner die Aufnahme von männlichen Blinden in den Werkstätten, und es sollen durch intensivere Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern mehr Kursteilnehmer vermittelt werden.

Im Voranschlag ist der Betrieb von 66 Tagesheimstätten mit einer täglichen Besucherzahl von rund 5.000 Personen vorgesehen.

An der Landaufenthaltsaktion für Dauerbefürsorgte haben vom Jahre 1952 bis 1956 9.754 Personen teilgenommen.

Im Voranschlag sind nicht nur wieder die Kosten für den Landaufenthalt von 3.000 Personen vorgesehen, sondern auch 100.000 Schilling für Zuwendungen an Dauerbefürsorgte, die aus besonderen Gründen an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen können.

Für die auf Grund des neuen Wiener Landesgesetzes beschlossenen Blindenbeihilfen (450 Schilling für Vollblinde, 300 Schilling für den praktisch Blinden, 13mal jährlich) dürften schätzungsweise 1.350 Personen in Betracht kommen.

Der Gemeinderat hat die Richtsätze für die Dauerbefürsorgten vom 1. Februar 1956 an bedeutend erhöht. Im Zusammenhang mit den erhöhten Mindestrenten in der Sozialversicherung wird auch eine Revision der städtischen Dauerunterstützungen erfolgen. Sie wird der Gemeinde erhebliche Kosten verursachen. Noch immer ist die Zahl der Personen, die ständig monatliche Renten von der Gemeinde erhalten, sehr groß. Anfang November waren es 15.165. An erster Stelle stand die Landstraße mit 980 Dauerunterstützten, ihr folgten Favoriten mit 950, Fünfhaus mit 948 und Ottakring mit 944 Dauerunterstützten. An letzter Stelle steht Hietzing mit 171 Dauerunterstützten. Bemerkenswert ist die große Zahl der dauerunterstützten Frauen. Von den 15.165 im Bezuge der monatlichen Unterstützung stehenden Personen sind 13.305 Frauen und nur 1.860 Männer.

Für Ehe und Familie

In der am 2. Oktober 1956 eröffneten Ehe- und Familienberatungsstelle werden zweimal wöchentlich Beratungsabende abgehalten. Bis 6. Dezember 1956 wurde diese Stelle an 18 Beratungsabenden von 286 Personen besucht. Es entfallen somit auf einen Beratungsabend durchschnittlich 16 Besucher. Es erscheinen sowohl Ehepaare, als auch Ehepartner allein, wobei mehr Frauen ihren Fall zuerst anhängig machen. Vorwiegend handelt es sich um psychologische Probleme; aber auch juristische Fragen werden vorgebracht. Ziemlich hoch ist auch die Zahl der Fälle, die einer psychiatrischen Beratung bedürfen. Vereinzelt müssen Gutachten von Fachärzten eingeholt werden. In der kurzen Zeit des Bestandes der Beratungsstelle ist es bereits gelungen, gefährdete Ehen zu normalisieren bzw. zu erhalten. Bei den Beratungen zeigt sich besonders der Einfluß der berufstätigen Frau auf den Bestand der Ehe. Nach dem Ausweis des Jahres 1955 des Statistischen Zentralamtes stellt sich heraus, daß die Scheidungsziffer der berufstätigen Frauen viermal so hoch ist, wie die Zahl der Frauen, die sich ganz der Familie widmen.

Die Betreuung der Flüchtlinge

Im übertragenen Wirkungskreis besorgt das Wohlfahrtsamt auch die Fürsorge für die Flüchtlinge. Es bestehen vier Lager, in denen noch 1.640 Flüchtlinge aus dem zweiten Weltkrieg untergebracht sind. Ihre Zahl geht ständig zurück. Es konnten einige Lager, vor allem in Schulen befindliche, bereits aufgelassen werden. Diese erfreuliche Entwicklung wurde jäh durch die anfangs November in Ungarn eingetretenen Ereignisse unterbrochen. Die Gemeinde wurde durch den ungeheuren Strom von Flüchtlingen, der über Nacht hereingebrochen war, vor ein schier unlösbares Problem gestellt. Daher konnte die Fürsorge für diese unglücklichen Menschen in den ersten Tagen nur ein Provisorium sein. Aber von Tag zu Tag wuchsen die Anforderungen, die an die Beamten des Wohlfahrtsamtes gestellt wurden. Sie haben restlos ihre Pflicht,

ja mehr als ihre Pflicht getan. Ihnen ist es zu danken, daß die Unterbringung und Betreuung der vielen Tausende nahezu klaglos durchgeführt werden konnte. Sie stehen immer noch in einem Einsatz, der ein Übermaß von Hingabe und Nervenkraft beansprucht. Sie haben mit den in der Fürsorge ehrenamtlich wirkenden Funktionären die so erfolgreiche Sammlung in den Straßen durchgeführt. Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, wenn der Gemeinderat diesen Frauen und Männern für ihren selbstlosen Einsatz den wärmsten Dank ausspricht! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Nach Angaben der Polizeidirektion beträgt die Zahl der in Wien befindlichen ungarischen Flüchtlinge ungefähr 35.000. Bisher wurden an Spenden 15 Tonnen Kleider, 10 Tonnen Lebensmittel und 4.000 CARE-Pakete verteilt. Wir wünschen dem ungarischen Volk aus ganzem Herzen: Es möge bald die volle Souveränität erlangen und in Frieden und Freiheit einer glücklichen Zukunft entgegengehen! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

In der Verwaltungsgruppe für das Wohlfahrtswesen sind 2.466 Angestellte tätig. Sie haben mitgeholfen an dem schönen Bau der Jugend- und Altersfürsorge. Ihnen und den Vorständen der Fürsorgeämter mit ihren ehrenamtlichen Funktionären gilt unser Dank. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wir Wiener Sozialarbeiter bekennen uns nach wie vor zu dem Ausspruch Professor Tandlers, des großen Reformators der Wiener Fürsorge: "Sinn und Zweck einer Generation kann nur die Sorge um die nächste sein!" (Beifall bei der SPÖ.)

Debatte über Wohlfahrtswesen

Als erster Debattenredner zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen spricht GR. Lauscher (VO). Er bezeichnet sie als gering, gibt jedoch seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die vorgenommenen Erhöhungen doch gewisse Verbesserungen ermöglichen werden. Er stellt fest, daß derzeit kein krasser Mangel an Kindergärten besteht, vielmehr fehlt es an Horten und Heimschulen.

Dies bezeichnet er als ein brennendes Problem, das mit voller Aufmerksamkeit behandelt werden müsse. Der Redner glaubt, man könnte in aufgelösten Schulen mehrere Hortgruppen unterbringen. Acht Heimschulen für ganz Wien bezeichnet er ebenfalls als zu gering und meint, daß hier große Unterlassungen begangen werden, die sich einmal rächen müssen. Er setzt sich zugleich auch für die Schaffung von zusätzlichen Säuglingskrippen, den Ausbau von Jugendspielplätzen sowie die Herabsetzung der Kinderfahrpreise, die die Mütter von Kindern, die in die städtischen Sommerkindergärten geschickt werden, zu zahlen haben. Der Redner stellt einen Antrag, die Stadtverwaltung möge Erhebungen durchführen lassen, bei denen festgestellt werden soll, wieviele Wiener Kinder ohne Schlafstelle sind.

Er beschäftigt sich dann mit dem Problem der Schulentlassenen und stellt fest, daß im vergangenen Jahr nicht weniger als 8.000 Schulentlassene beruflich unversorgt blieben. Er bedauert, daß sich das Jugendeinstellungsgesetz nicht voll auswirken konnte und stellt einen Antrag, die Gemeinde Wien möge eine Musterlehrwerkstätte und ein Jungarbeiterheim errichten. Die Zahl des Fachpersonals, die der Jugendfürsorge zur Verfügung steht, bezeichnet er als zu gering und regt eine Vermehrung der Bediensteten an. Abschließend zum Kapitel der Jugendfürsorge erklärt er, daß auf diesem Gebiete manches Mustergültige geschaffen wurde.

Zu den Ansätzen für die Erwachsenenfürsorge gibt er der Meinung Ausdruck; daß ein großer Teil der Mehraufwände für die Altersheime auf die bauliche Instandsetzung der Objekte entfällt. Dennoch glaubt er, die Gemeinde Wien könnte auch hier manche Verbesserungen durchführen und regt an, in den Altersheimen Fernsehapparate aufzustellen. Den in offener Fürsorge stehenden Personen werden seiner Meinung nach sehr oft zu viele Wege vorgeschrieben, wenn sie vom Fürsorgeamt Schuheinlagen, Brillen oder Bäderkarten brauchen. Als sehr erfreulich bezeichnete er die Erweiterung der Landaufenthaltsaktionen für die Dauerbefürsorgten. Abschließend spricht er sich für die Erhöhung der Richtsätze für Dauerbefürsorgte aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die für diese Mehrausgaben notwendige Bedeckung gefunden werden kann. Seine Fraktion wird dem Kapitel Wohlfahrtswesen die Zustimmung geben.

GR.Dr. Helene Stürzer (ÖVP) stellt fest, daß auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens im Jahre 1956 viel und Positives geleistet wurde. Auch das ASVG hat sich in dieser Gruppe ausgewirkt. Viele alte Leute, die bisher in Dauerfürsorge der Gemeinde standen, sind nun Sozialrentner geworden. Erfreulich ist auch die Bereitstellung von Mitteln zur Ehrung von Pflagemüttern. Die beste Heimpflege könne einem Kind nicht die Fürsorge und Liebe der Familie ersetzen. Zu den Tageserholungsstätten stellt die Rednerin fest, es sei richtig, daß diese hergerichtet und modernen Verhältnissen angepaßt werden. Es soll nur dann nicht so sein, daß diese Erholungsstätten nur an politisch begünstigte Organisationen vergeben werden. Es sollten alle Vereinigungen, die auf diesem Gebiete bereits Leistungen erbracht haben, hierbei berücksichtigt werden. Dasselbe gelte für die Vergütung, die die Gemeinde für Hortplätze leistet und die Zuschüsse für die städtischen Kindergärten. Diese Zuschüsse müßten auch jenen privaten Kindergärten gegeben werden, in denen Eltern ihre Kinder aus weltanschaulichen Gründen unterbringen. Für die Aktion "Jugend am Werk" wäre ein Kuratorium zu gründen, schon um die demokratische Verwaltung zu gewährleisten. Die Erhöhung der Summe für Stipendien und Gastärzte muß als erfreulich bezeichnet werden, ist doch damit endlich die Gewähr gegeben, daß die jungen Ärzte ein etwas würdigeres Äquivalent für ihre Arbeit bekommen. Gleichfalls zu begrüßen ist der Abschluß des Blindenbeihilfengesetzes und die Zusicherung, daß Blinde eingestellt werden sollen. Man möge auch bei einer Erhöhung der Richtsätze der öffentlichen Fürsorge nicht darauf vergessen, das Taschengeld für die in geschlossener Fürsorge befindlichen Menschen zu erhöhen. Der Heizzuschuß an die Dauerbefürsorgten müßte so lange gewährt werden, als die Heizperiode wirklich dauert. Eine weitere Erleichterung müßte auf dem Gebiet der Haushaltshilfen für Dauerbefürsorgte geschaffen werden. Es sollte nicht für jede Leistung ein Beleg verlangt werden, sondern nach der Entscheidung eines Arztes die Haushaltshilfe monatlich ausbezahlt werden. Bei den Tagesheimstätten wäre die Einführung eines zweiten sorgenfreien Tages im Monat zu begrüßen.

Das Filmmaterial, das zur Unterhaltung der Besucher dieser Tagesheimstätten zur Verfügung steht, müßte durch Kultur- und Spielfilme ergänzt werden, wenn es wirklich der Unterhaltung dienen soll. Bei den Urlauberkaktionen für Gemeindefürsorgte müßte auf jene Menschen, die Diätkost brauchen, Rücksicht genommen werden. Für die Muttertagsfeiern, die nun schon einige Jahre immer auf dem Kahlenberg abgehalten werden, müßte einmal eine andere Art gefunden werden. Außerdem sollten alle dauerbefürsorgten Mütter dazu eingeladen werden, ohne Ansehung des Alters.

Große Sorge erwuchs der Stadtverwaltung in den vergangenen Wochen durch den großen Flüchtlingszustrom. In der Hilfeleistung für die Ärmsten der Armen haben sich alle Wiener zusammgefunden. Alle haben dazu beigetragen, die ärgste Not zu lindern. Von Seiten der Verwaltung ist alles geschehen, was nur möglich war. Eine gute Zusammenarbeit aller Fürsorgstellen wird auch auf diesem Gebiet in Zukunft notwendig sein. Abschließend fordert die Rednerin die Schaffung eines Fürsorgekompetenzgesetzes. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Maria Hlawka (SPÖ) weist auf das große Interesse der Welt an den Wiener Fürsorgemaßnahmen und -einrichtungen hin. Vieles wurde von anderen Ländern nachgeahmt. Man könne auch heute wieder mit Stolz feststellen, daß auf dem Gebiete der Fürsorge viel geschehen ist. Die Landaufenthaltsaktion, die im Jahre 1952 mit 300 Teilnehmern erstmals durchgeführt wurde, wird im kommenden Frühjahr den 10.000. Urlauber verabschieden. (Beifall bei der SPÖ.)

Es wurden oft Vorwürfe erhoben, daß in die Tagesheimstätten der Gemeinde auch viele Sozialrentner kommen. Es ist jedoch schwer, diese Menschen abzuweisen, die oft finanziell schlechter gestellt sind als die Dauerbefürsorgten der Gemeinde. Hier kann man doch nicht hartherzig sein.

Zu dem Vorwurf der ÖVP-Debattenrednerin, daß die Muttertagsfeiern immer auf dem Kahlenberg stattfinden, bemerkte die Rednerin, daß die alten Mütter immer wieder gerne auf dem Hausberg der Wiener kommen. Außerdem gibt es viele alte Frauen die noch nie auf dem Kahlenberg waren.

Die Pflegekinder sind eine große Sorge der Gemeindeverwaltung.

Es gelingt trotz allen Bemühungen nur sehr schwer, Pflegeplätze bei Familien zu finden. Die Rednerin begrüßte daher die Einrichtung der Großpflegefamilie. Die sozialistischen Frauen sehen die Mutterschaft als eine soziale Leistung an. Deshalb sollen die Großfamilien gefördert und solche Pflegemütter auch sozialversichert werden.

Zu den Kindergärten bemerkt die Rednerin, daß es weiter notwendig ist, neue Kindergärten zu bauen. In Favoriten zum Beispiel gibt es 765 Vormerkungen für städtische Kindergärten. Wenn in anderen Teilen Wiens Kindergärten nicht voll ausgenützt sind, so solle man diese in Kinderhorte umwandeln.

Als erfreulich bezeichnete die Rednerin, daß die Ausstattung des Säuglingswäschepaketes wieder verbessert wurde. Ebenso begrüßte sie die Einführung der Eheberatungsstelle, die bereits vor zwei Jahren bei einer Enquete sozialistischer Frauen verlangt wurde. Sie regte jedoch an, Nebenstellen einzurichten und die Einrichtung auszubauen.

Abschließend würdigte die Rednerin die Leistungen der Beamten der Magistratsabteilung 12 bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems. (Beifall bei der SPÖ.) Die Rednerin sagte, sie hoffe, daß wir als freies demokratisches Land von der übrigen Welt die nötige Unterstützung erhalten werden, um den Flüchtlingen helfen zu können. Die Wiener Bevölkerung hat an den Sammeltagen bewiesen, daß sie zu allen Opfern bereit ist, damit Freiheit und Recht bewahrt bleiben.

In der Überzeugung, daß auf dem Gebiet der Fürsorge auch im kommenden Jahr so viel wie heuer geleistet werden wird, gab die Rednerin im Namen Ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des 4. Hauptstückes. (Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Honay beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den Ausführungen der Gemeinderätin Dr. Stürzer (ÖVP) vor allem mit dem Vorwurf, daß die Tagesheimstätten zeitweise auch anderen Organisationen zur Verfügung gestellt werden.

Wo es der Fall ist, so sagt er, handelt es sich um ehemalige von den Kinderfreunden durch die Stadt Wien übernommene Objekte. Bei der Übernahme wurden mit den Kinderfreunden Verträge abgeschlossen, die eingehalten werden müssen. So wird es auch der Caritas gegenüber gehandhabt. Er verwahrt sich weiters gegen den Vorwurf, daß bei der Aufnahme von Kindern in den Städtischen Kindergärten Ausnahmen gemacht werden. Im allgemeinen sind wir in der Lage, sagte er, jedes Kind aufzunehmen. Nur in einigen Außenbezirken, wo durch die rege Bautätigkeit der Gemeinde Wien ein Bevölkerungszuwachs entstanden ist, gebe es vereinzelt mehr Anmeldungen als Kindergartenplätze. Er wendet sich gegen die Anregung, wonach jene Eltern unterstützt werden sollen, die ihre Kinder in private Kindergärten schicken wollen. Durch eine solche Einführung verlieren diese Organisationen ihre Existenzberechtigung. Diese Einstellung habe mit religiösen Fragen nichts zu tun. Was das ausgesprochene Mißtrauen der Debattenrednerin der ÖVP gegen die Filmvorführungen in den Tagesheimstätten betrifft, erklärt Vizebürgermeister Honay, daß damit lediglich die Absicht verfolgt wird, unseren Dauerbefürsorgten die Leistungen der Wiener Gemeindeverwaltung zu zeigen. In dieser Hinsicht geschieht noch mehr. Er erinnerte daran, daß heuer 5.000 Besucher der Tagesheimstätten zu einer Rundfahrt durch das Neue Wien eingeladen wurden. Was den Einwand gegen die bei den Geschäftsleuten von Funktionären der Bezirksfürsorgestellen zugunsten der Dauerbefürsorgten durchgeführten Sammlungen betrifft, erklärt der Berichterstatter, daß auch er kein Freund von solchen Sammlungen ist. Es ist aber bekannt, daß es in den Bezirken viele sehr karitativ eingestellte Geschäftsleute gibt, die sich nicht verschließen, für die Dauerbefürsorgten etwas zu tun. Der "Sorgenfreie Tag", sagt er abschließend zu den Ausführungen von GR. Dr. Stürzer, werde auch weiterhin durchgeführt, ebenso die Mütterehrerungen auf dem Kahlenberg, wobei es bei der großen Anzahl der dauerbefürsorgten Mütter schwer sein wird, die für dieses Fest festgelegte Altersgrenze herabzusetzen.

Die von Gemeinderätin Hlawka (SPÖ) vorgebrachte Anregung, die Pflegemütter mehrerer Kinder in die Sozialversicherung einzu-

gliedern, begrüßte er. Zum Abschluß seiner Ausführungen sprach er allen Mitarbeitern im städtischen Wohlfahrtswesen seinen Dank aus. Die beiden Anträge von GR. Lauscher (VO) empfahl er der Ablehnung. Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 4. Hauptstückes mit den Stimmen aller Parteien angenommen, die Beschlußanträge von GR. Lauscher mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Schweinehauptmarkt vom 18. Dezember

=====

18. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: Polen 120, Jugoslawien 84, Rumänien 216, Bulgarien 196, Ungarn 25. Neuzufuhren Inland: 5.430, Polen 371, Jugoslawien 989, Rumänien 737, Bulgarien 298, Ungarn 397. Gesamtauftrieb: 8.862. Unverkauft keine.

Preise: Extremware 17.50 bis 18 S Schlachtgewicht, 1. Qualität 13.80 bis 14 S Lebendgewicht, 17.30 bis 17.50 S Schlachtgewicht, 2. Qualität 13.60 bis 13.80 S Lebendgewicht, 3. Qualität 13 bis 13.50 S Lebendgewicht, Zuchten 11.80 bis 12.80 S Lebendgewicht, Altschneider 10.50 bis 11 S Lebendgewicht. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 31 Groschen pro Kilogramm und beträgt demnach 13.93 Schilling. Polnische Schweine notierten von 13.20 bis 14 S, jugoslawische Schweine von 12.50 bis 13.60 S, rumänische Schweine von 12.90 bis 13.80 S, bulgarische Schweine von 13.20 bis 13.80 S und ungarische Schweine von 13.20 bis 13.80 S.

- - -

5. Hauptstück: Gesundheitswesen

=====

18. Dezember (RK) Der Berichterstatter für das 5. Hauptstück - Gesundheitswesen - ist Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP).

Die gesamte Einnahmeseite dieser Geschäftsgruppe, sagte er einleitend, beträgt zusammen 385,406.200 Schilling, die gesamte Ausgabenseite aber einen Betrag von 846,535.100 Schilling. Der Gesamtabgang dieser Verwaltungsgruppe macht also 461.128.900 Schilling aus.

Gesundheitsdienst wird immer kostspieliger

Schon aus diesen gewaltigen Zahlen ist zu ersehen, daß der Gesundheitsdienst einer großen Stadt kaum jemals ein Geschäft, sondern immer kostspieliger und teurer werden wird. Das ist aus verschiedenen Umständen bedingt und nicht zu ändern. Die Medizin macht immer weitere Fortschritte, die Untersuchungsmethoden werden komplizierter, vielfältiger, die Medikamente und andere Heilmittel reichhaltiger und das Lebensalter unserer Mitbürger wird immer höher. Es ist verständlich, daß sie alle das Bestreben haben, ihre Gesundheits zu erhalten und ihre gefährdete, ihre gestörte Gesundheit mit allen Mitteln, auch mit den modernsten und kostspieligsten wiederzugewinnen. Die Zahl der Ärzte und Schwestern, die Zahl des übrigen Verwaltungspersonals wird ebenfalls kaum zurückgehen. Auch sie wird, wieder infolge der Intensivierung des ärztlichen Dienstes, der vielen Nebenleistungen, die er erfordert, der kleineren Zimmer usw., eher noch ansteigen.

Tbc wird aufmerksam verfolgt

Unter den Infektionskrankheiten kommt der Tuberkulose noch immer ein ganz besonderes Interesse zu. Wenn auch die Tuberkulose überall auf der ganzen Welt ständig zurückgeht, sowohl was die Zahl der Erkrankungen als auch die Zahl der Todesfälle betrifft, so muß diese Bewegung doch aufs genaueste überprüft und ständig verfolgt werden.

In Wien starben im Jahre 1900 7.767 Menschen an Tuberkulose, davon 6.276 an Lungen-Tbc, 1955 nur mehr 676, davon 589 an Lungen-Tbc. Anders liegen die Dinge allerdings bei alten Menschen: 1900 starben 137 Personen über 70 Jahre an Tuberkulose, 1955 dagegen 236. Auf je 100.000 Menschen gerechnet starben 1900 noch 473.7 Personen, 1955 nur mehr 42. Besonders auffällig ist die Abnahme der Tbc-Sterblichkeit in der Jugend. 1953 sank die Sterblichkeit zwischen Geburt und Ende des fünften Lebensjahres gegenüber 1911 von 100 auf 1.6, jenseits des 70. Lebensjahres aber nur von 100 auf 72.9. International gesehen freilich schneidet Österreich viel schlechter ab, was im Hinblick auf das Vorhergesagte auf die bekannte Überalterung unserer Bevölkerung zurückzuführen ist. So zum Beispiel nennt die Ziffer für 100.000 Menschen nach der letzten Statistik in Dänemark 13.8 Todesfälle, in Österreich dagegen 50.

Die Tuberkulosenstatistik von Jänner bis Oktober 1956 für Wien zeigt uns, daß die Gesamtzahl der Besucher in den Tuberkulosenfürsorgestellen in dieser Zeit 112.195 betrug. Davon waren an Neuzugängen insgesamt 20.928, an aktiver Tuberkulose waren 2.129 erkrankt, davon an aktiver Lungen-Tbc. 1.783. An Todesfällen waren vom Jänner bis Ende Oktober 1956 487 zu zählen gegenüber 589 im ganzen Jahr 1955.

Nachweisbar ist nach wie vor der wichtigste Teil der Lungenuntersuchung die Röntgenuntersuchung. Es wird daher notwendig sein, für jene Tbc-Fürsorgestellen, die für eine Aufstellung von Röntgenapparaten nicht die geeigneten Räume haben, neue Räume zu beschaffen, um auch diese Stellen dann mit den erforderlichen Röntgenapparaten ausstatten zu können.

Wenn man die Bedeutung und Schwere einer Krankheit nur nach der Zahl der Toten, die diese Krankheit fordert, beurteilt, dann ist die in weiten Kreisen gestellte Frage "Ist die Tuberkulose überhaupt noch eine Volkskrankheit und lohnt es sich überhaupt noch, im Budget größere Geldmittel für ihre Bekämpfung zur Verfügung zu stellen" verständlich.

Aber nicht die Zahl der Toten, die die Tuberkulose fordert, ist entscheidend für die Höhe der Geldmittel, die ein Land zur Bekämpfung dieser Krankheit zur Verfügung zu stellen hat, sondern wie viele Rentner, wieviele arbeitsunfähige Menschen, die von der Allgemeinheit erhalten werden müssen, die Tuberkulose hinterläßt.

Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt, aber jeder Fachmann kann bestätigen, daß diese Zahl im ständigen Ansteigen begriffen ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Tuberkulose heute noch als Volksskrankheit anzusehen. Man kann sogar behaupten, daß die Tuberkulose unter den derzeitigen Behandlungsmethoden oder besser gesagt, unter dem derzeitigen Behandlungsmodus nur noch chronischer geworden ist. Da heute der Tuberkulosekranke länger lebt, sind wir vor neue Aufgaben gestellt: Erstens diese Kranken zu erhalten und zweitens entsprechende Maßnahmen zu treffen, um das Weiter-Umsichgreifen der Krankheit zu verhindern und durch geeignete Vorkehrungen dafür zu sorgen, daß die Zahl der Arbeitsunfähigen, die diese Krankheit zurückläßt, nicht allzugroß wird.

Vom Tuberkulosereferat wird für das Jahr 1957 die Herausgabe aufklärender Broschüren über das Wesen der Tuberkulose und ihre Verhütung in Aussicht genommen.

Die Infektionskrankheiten

Vizebürgermeister Weinberger beschäftigt sich dann mit der Statistik über die Entwicklung der wichtigsten Infektionskrankheiten und Seuchen in den letzten Jahren. So hat sich der Scharlach in den letzten 20 Jahren ganz wesentlich geändert und nimmt gegenwärtig einen ganz anderen Verlauf. Während zum Beispiel 1939 noch 5.828 Scharlachfälle mit 82 Sterbefällen registriert wurden, waren es bis Ende 1956 nur 1.841 ohne einen einzigen Sterbefall. Auch die Diphtherie, einst eine der gefürchtesten Kinderkrankheiten, ist für die öffentliche Gesundheit keine Gefahr mehr. 1939 erkrankten an Diphtherie 4.555 Kinder, im Jahre 1956 bisher 61. Vor 17 Jahren wurden 175 Todesfälle verzeichnet, heuer nur ein Todesfall.

Typhus und Paratyphus zeigen abgesehen von den Spitzen in den Jahren 1945/46 gleichfalls eine sinkende Linie und erreichten 1956 etwa die Hälfte der Zahl von 1929.

Für die Kinderlähmung läßt sich noch keine Norm festlegen,

da hier immer wieder Jahre mit besonders hohen und äußerst geringen Ziffern an jährlichen Erkrankungsfällen aufscheinen. Seit dem Jahre 1939 wurde die 200er Grenze nur im Jahre 1941 und 1955 knapp erreicht, schnellte 1947 auf 488 hinauf und bewegt sich im allgemeinen zwischen 40 und 50 Erkrankungsfällen, wobei die Zahl der Todesfälle zwischen 10 Prozent und 22 Prozent schwankt. Heuer betrug sie nur 0.5 Prozent.

Die Organisation des Gesundheitsdienstes

Im Zusammenhang damit gab der Referent einen Überblick über die hygienischen Einrichtungen sowie die Organisation der ärztlichen Betreuung, die vom städtischen Gesundheitsamt in den Lagern für ungarische Flüchtlinge geschaffen werden mußten. Dem städtischen Gesundheitsdienst ist dadurch zusätzlich ein neues und umfangreiches Tätigkeitsgebiet entstanden. Zu den Gerüchten über den angeblichen Ausbruch von Ruhrerkrankungen im ehemaligen Rothschildspital erklärte Vizebürgermeister Weinberger, daß es sich nicht um den Lagerteil mit ungarischen Flüchtlingen handelt, sondern um ein Nebenobjekt, das seit Jahren von Flüchtlingen aus einem anderen Land in Anspruch genommen wird. In diesem Teil des Rothschildspitals wurden vier Erkrankungen festgestellt, bei denen Ruhrverdacht besteht.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte er sich mit der Tätigkeit der Gesundenuntersuchungsstellen des Krebsreferates, die nun schon das sechste Jahr besteht und auf dem Gebiete der Krankheitsvorbeugung wichtige Pionierarbeit geleistet hat. Es zeigt sich hier aber immer wieder, daß mit einmaligen Untersuchungen die Tätigkeit der Gesundenuntersuchung nicht abgeschlossen werden kann. Die Tatsache des völlig latenten Verlaufes des Anfangstadiums der Krebserkrankung läßt eine frühzeitige Erkennung des beginnenden Krebsleidens wie der vorkrebsigen Erkrankungen nur durch eine periodische Untersuchung der sich noch gesundfühlenden Bevölkerung erwarten. Als wichtigste Maßnahme erscheint nach den bisher gesammelten Erfahrungen der Ausbau des Krebszellennachweises. In der Zeit vom 30. Oktober 1950 bis 30. November 1956, also seit dem Bestehen der Gesundenuntersuchungsstellen, wurden insgesamt 35.148 Personen, darunter 10.206 Männer untersucht.

Bei 1.899 Fällen ergab sich Krebsverdacht, weitere 20.635 Personen wurden wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen, darunter 3.834 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

Auf dem Gebiet der prophylaxen Medizin muß nach wie vor dem schulärztlichen Dienst größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auf diesem Gebiet müssen noch einige Mängel beseitigt werden. Vor allem fehlt es an geeigneten Sprechzimmern in den Schulen. Die unzureichend honorierten Schulärzte, die nur nebenberuflich mit einer nicht ausreichenden Wochenstundenverpflichtung beschäftigt werden, haben im Durchschnitt bis zu neun Schulen mit 2.500 Schülern zu betreuen. Der Referent setzt sich unter anderem auch für eine ausreichende fachliche Ausbildung und Fortbildung der Schulärzte ein. Die angeregten Ausbildungskurse der Wiener Ärztekammer bezeichnete er als begrüßenswert.

Völlig unzureichend für den heutigen Stand der Medizin ist die derzeitige Handhabung der Schwangerenfürsorge der Gemeinde Wien. Die Säuglingssterblichkeit beträgt noch immer vier Prozent, konnte also während der letzten Jahre nicht gesenkt werden. Auch bei der Müttersterblichkeit und bei der Infektion während der Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett hat sich in den letzten Jahren nichts wesentlich gebessert. Ein Ausbau der Schwangerenfürsorge in Wien ist daher unbedingt notwendig. Die Schwangerenberatungsstellen müßten einer Zentralstelle unterstehen, an die alle schwierigen Fälle zu verweisen wären und in der Team von Fachärzten den werdenden Müttern in allen Sorgen und Nöten zur Seite stehen könnte.

Die hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt

hat ihre Arbeiten intensiviert und außer Tuberkulose- und anderen bakteriologischen Untersuchungen viel Arbeit für die einwandfreie Trinkwasserversorgung der Stadt Wien geleistet. Außerdem wurde im laufenden Jahr ein großangelegter Färbeversuch im Quellgebiet der ersten Hochquellenwasserleitung durchgeführt, durch den vor allem festgestellt werden sollte, wie rasch die anfallenden

Niederschlagsmengen von dem Gestein aufgenommen und durchgelassen werden und wie weit sich der Umfang des Quellgebietes erstreckt.

Bei der Desinfektionsanstalt kann mit zwei Anstalten das Auslangen gefunden werden. Die derzeit nicht im Betrieb stehende Reservedesinfektionsanstalt im 17. Bezirk kann bei Bedarf jederzeit herangezogen werden.

In den Schulzahnkliniken wurden im Schuljahr 1955/56 94.272 Kinder untersucht. Davon hatten 56,5 Prozent mindestens einen kariösen Zahn. 5.630 Kinder konnten ein zweites Mal untersucht und 47 Prozent davon behandelt werden. Als neue Aufgabe fällt den Schulzahnkliniken seit dem Februar dieses Jahres auch die Durchführung der Kariesprophylaxe durch Fluor-Tabletten zu. Es wurden hierfür 24.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Auch die Kindergartenkinder werden durch die Schulzahnkliniken betreut. Unter dem Beifall des Gemeinderates spricht der Referent der scheidenden Leiterin der Schulzahnkliniken, Frau Primaria Dr. Greiner, den herzlichsten Dank für ihre hervorragenden Leistungen aus.

In den zehn Erziehungsheimen und sechs Lehrlingsheimen der Stadt Wien stehen 2.757 Betten zur Verfügung. Diese Heime konnten adaptiert und modernisiert werden.

Auch in den Altersheimen wurden Verbesserungen durchgeführt und neue Krankenabteilungen eingerichtet. Für das Jahr 1957 ist die Fortsetzung des Investitionsprogrammes und die weitere bauliche Neugestaltung der Altersheime vorgesehen. Der systemisierte Bettenstand beträgt derzeit 6.475. Das Erfordernis an Betten ist aber nach wie vor sehr groß und zeitweise lagen bis zu 300 Aufnahmeanträge vor, die nicht sofort erfüllt werden konnten.

Ein besonderes bitteres Kapitel bilden die Herbergen für Obdachlose. Derzeit können in den bestehenden Heimen selbst die dringendsten Notstandsfälle nicht mehr untergebracht werden. Eine derzeit nicht benötigte Schule soll daher in ein Heim für Obdachlose umgewandelt werden. Es muß alles unternommen werden, um die vielen sauberen und braven Menschen, die schon so lange Jahre in den Obdachlosenheimen zubringen müssen, endlich in ordentliche Wohnungen umzusiedeln.

Die städtischen Krankenhäuser

In den Krankenhäusern der Stadt Wien beträgt der budgetmäßige Abgang nahezu 108 Millionen, um 33,5 Millionen mehr als im Jahre 1956, und der in den ehemaligen Fondskrankenanstalten nahezu 200 Millionen. Der Abgang in den Heil- und Pflegeanstalten in der Höhe von 41,5 Millionen muß noch dazugezählt werden. Dies ist ein sehr schweres und ernstes Kapitel. Ein Patient kostet derzeit pro Tag rund 130 Schilling. Die Gemeinde bekommt aber von den Krankenkassen nur 50 Schilling. Die Anzahl der Privatpatienten ist außerordentlich gering, sodaß auch bei einer Erhöhung der Verpflegskosten für diese Patienten keine wesentliche Mehreinnahme erzielt werden könnte. Entscheidend ist und bleibt die Leistung der Krankenkassen. Hier müßte Abhilfe geschaffen werden.

Im Brigittaspital werden vorläufig nur die unbedingt notwendigen baulichen Erhaltungsarbeiten durchgeführt, da über den künftigen Verwendungszweck noch nicht entschieden wurde.

Bei den ehemaligen Fondskrankenanstalten sind neben der laufenden Erhaltung der baulichen Anlagen, die 7 Millionen Schilling betragen, gleichfalls eine Anzahl größerer Bauvorhaben vorgesehen.

Um den Spitzenbedarf für Spitalsbetten zu decken, ist auch 1957 beabsichtigt, einige im Anstaltsbereich der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" liegenden Pavillone vorübergehend, und zwar vom Jänner bis längstens Ende Juni mit internen Kranken zu belegen. Ebenso soll für denselben Zeitraum das Rochusspital als Reserve-spital in Betrieb genommen werden.

Im Jahre 1956 war aber auch im Sommer die Bettensituation sehr angespannt, weil durch die Um- und Zubauten in den Krankenanstalten, außerdem aber auch durch den während der Urlaubszeit besonders spürbaren Schwesternmangel - eine sehr große Zahl von Krankenbetten nicht belegbar war. Für das Jahr 1957 besteht die Absicht, eine ähnlich angespannte Situation dadurch zu vermeiden, daß die Adaptierungsarbeiten soweit wie möglich zentral gelenkt werden. Außerdem ist auf eine Vermehrung der Zahl der Aushilfsschwestern während der Haupturlaubszeit zu hoffen.

In diesem Jahre kommen zu den übrigen Schwierigkeiten noch die großen zusätzlichen Belastungen durch die Flüchtlinge aus Ungarn. Es sind unter ihnen viele Kranke. So sind in unserer Lungenheilstätte schon einige ganz verheerende Tuberkuloseformen unter den Flüchtlingen festgestellt worden, Formen, die bei uns in Österreich schon geradezu zu einer Seltenheit geworden sind.

Die Heil- und Pflegeanstalten

Die Heil- und Pflegeanstalten stehen immer wieder im Blickfeld der Öffentlichkeit. Es gab und gibt Meinungen, die diese Anstalten als "Schlangengruben" und als sehr mangelhafte Einrichtungen betrachten. Darum ein paar Worte über die Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof". Es wird dort nicht nur gepflegt, sondern auch behandelt. Durch eine intensivere medikamentöse Behandlung wird versucht, das psychische Zustandsbild der geisteskranken Patienten günstig zu beeinflussen. Wenn auch nicht immer eine solche Besserung erzielbar ist, daß an eine Entlassung des Pflégelings gedacht werden kann, so tritt doch meist eine so weitreichende Besserung ein, daß von besonders schweren Beschränkungen abgesehen werden kann. Hingegen ist infolge der zunehmenden Lebenserwartung der Anteil der Altersdemenzen im Steigen begriffen. Dieses Leiden ist aber auch medizinisch nur bis zu einem gewissen Grad zu beeinflussen, sodaß die Pflegebedürftigkeit meist bis zum Eintritt des Todes bestehen bleibt. Daher ist für 1957 der Voranschlag für einen Belag mit 3.400 Betten in den beiden Anstalten erstellt worden, gegen 3.300 Betten im Jahre 1956 bei einem Gesamtbettenstand von 3.800. In der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" wird sich also wohl bald die Notwendigkeit ergeben, daß ein weiterer Pavillon zur Unterbringung von Geisteskranken herangezogen wird.

Dämon Alkohol

Das Problem der immer noch steigenden Alkoholikerefälle ist sehr ernst. Leider ist nach wie vor die Zahl der Aufnahmen von Alkoholikern in unseren Heil- und Pflegeanstalten im Steigen begriffen. In Steinhof wurden aufgenommen: Im Jahre 1950 insgesamt 735, davon 646 Männer und 89 Frauen; 1954 waren es 993, davon 871 Männer und 122 Frauen; 1955 waren es 1.192, davon 1.045 Männer und 147 Frauen.

Für diese große Zahl von Alkoholikern aber haben wir in der Gemeinde Wien keine entsprechende Isolierungsmöglichkeit; auch in anderen Anstalten nehmen diese ständig zu und bedauerlicherweise auch in unserer Lungenheilstätte.

Der Referent bedauerte es, daß die alte Forderung nach einer entsprechenden Trinkerheilstätte noch immer unerfüllt ist. Er habe sich über die kürzlich gemeldete Gründung des Vereines "Trinker-Genesungsheim" gefreut, auch wenn er pflichtgemäß dazu sagen müsse, daß ein derartiges Genesungsheim natürlich weder eine wirksame Trinkerfürsorge noch weniger aber die nach wie vor dringendst notwendige Trinkerheilstätte zu ersetzen vermag.

Der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst

Die Leistungen von Rettung und Sanität sind im heurigen Jahre gegenüber den Vergleichszahlen des Vorjahres schon bisher weiterhin angestiegen. An Ambulanzwagen stehen derzeit 66 Wagen zur Verfügung, und zwar für die Rettung 21, davon noch zwei alte Typen, für den Krankenbeförderungsdienst 45, davon vier alte, sodaß nicht mehr ganz 10 Prozent des gesamten Bestandes auf alte Typen entfallen. Da aus den Kreditmitteln und dem Zusatzprogramm 1956 weitere fünf Ambulanzwagen in Auftrag gegeben werden konnten, deren Fertigstellung noch in der allernächsten Zeit erfolgen soll, wird das Ausscheiden der letzten alten Typen in Kürze möglich sein. Die vom Referenten immer wieder geforderte und im Rahmen des Zusatzprogrammes 1956 genehmigte Ausstattung des Rettungsdienstes mit Funksprechgeräten ist im Gange, sodaß bis zum Jahresende der Funksprechbetrieb beim Rettungsdienst aufgenommen werden kann.

Vizebürgermeister Weinberger beschäftigte sich dann mit der "Konkurrenz", die unserem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst in der letzten Zeit entstanden ist. Wir sollten doch dafür Sorge tragen, daß in normalen Zeiten eine vernünftige Koordinierung zwischen städtischen Einrichtungen und zwischen denen des Roten Kreuzes und auch des Arbeitersamariterbundes erfolgt. Es ist sinnlos, wenn zu irgendeinem Unglücksfall sowohl die Rettung als auch das Rote Kreuz und womöglich auch noch der Arbeitersamariterbund auffährt. Es ist Verschwendung des gleichen Volksgeldes, wenn hier keine entsprechende Abgrenzung erfolgt. Und es ist meine feste Überzeugung, betonte der Referent, daß sich eine Großstadt wie Wien eine Rückführung des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes in private Hände einfach nicht leisten kann, weil dieser Dienst zu den vornehmsten Aufgaben unserer Gesundheitsverwaltung gehört. Auf jeden Fall müssen wir den Männern unseres Rettungsdienstes und unseres Sanitätsdienstes, vor allem dem Chefarzt Dr. Motz, der mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit und seltener Pflichttreue tätig ist, unser aller besonderen Dank, den Dank des ganzen Wiener Gemeinderates und damit des ganzen Volkes von Wien aussprechen. (Beifall bei der OVP.)

Die Planung des neuen Allgemeinen Krankenhauses

Es ist erfreulich, daß heuer zum ersten Mal eine Budgetpost von einer Million Schilling wenigstens für die Planung des Allgemeinen Krankenhauses eingesetzt wurde. Es ist zu hoffen, daß es darüber hinaus gelingen wird, im nächsten Jahr nicht nur alle Vorarbeiten für den Neubau eines Allgemeinen Krankenhauses fertig zu bekommen, sondern auch das Preisausschreiben durchzuführen und alle anderen Vorarbeiten abzuschließen. Alle irgendwie zuständigen Stellen kamen schließlich zu der übereinstimmenden Erkenntnis, daß weit vom Stadtzentrum entfernt liegende Kliniken sowohl für die Patienten, als auch für die Ärzte und Studenten eine außerordentliche Belastung bedeuten würden. Außerdem könnte in einem derartigen Falle das neue Allgemeine Krankenhaus nicht in Etappen erbaut und die Übersiedlung von der alten Anstalt auch wieder nicht etappenweise durchgeführt werden.

Die Lage der Universität, der verschiedenen Institute, wie für Anatomie, Pharmakologie, Psychiatrie usw. ließ es ebenfalls angezeigt erscheinen, eine möglichst zentrale Lage zu wählen. Schließlich wurde der von mir immer wieder vertretene Vorschlag, das neue Allgemeine Krankenhaus auf dem Gelände der sogenannten neuen Kliniken, zwischen Lazarettgasse und innerem Gürtel zu errichten, angenommen.

Es ist selbstverständlich, daß ausländische Fachexperten herangezogen, Studienreisen durchgeführt, ein Wettbewerb ausgeschrieben wird und daß schließlich eine Jury aus besten Fachkräften des In- und Auslandes aus den besten Entwürfen den wieder möglichst allerbesten auswählt und dann mit dem Bau begonnen wird. Wie aus Mitteilungen des Finanzreferenten zu entnehmen war, wird es im nächsten Jahr, nach Vollendung einiger großer Bauvorhaben möglich sein, einen entsprechend großen Betrag für den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses frei zu machen, sodaß auch die Bedeckungsfrage gelöst werden kann.

Der Mangel an geschulten Pflegepersonal

Zur Personalpolitik sagte Vizebürgermeister Weinberger, es ergehen sich immer wieder Fälle, die die großen Schwierigkeiten aufzeigen, in die der für eine Geschäftsgruppe sachlich zuständige Amtsführende Stadtrat kommt, wenn ihm in Fragen des ihm zugeteilten Personals kein, oder nur ein paktmäßig vereinbartes und viel zu geringes Mitspracherecht zugebilligt wird.

Der Fortschritt in der Medizin hat sich vor allem für die Sparten des Pflegepersonals arbeitsvermehrend ausgewirkt. Aus diesen Gründen werden von fast allen Anstaltsleitungen immer wieder Anträge auf Personalvermehrung gestellt.

Eine besondere Erschwernis ist der Mangel an geschultem Pflegepersonal, sodaß vielfach und entgegen den Bestimmungen des Krankenpflegegesetzes auch ungeschultes Personal eingestellt werden muß. Dessen Einschulung stellt für die im Dienst stehenden Schwestern eine zusätzliche Belastung dar, und zwar umsomehr, als ein Großteil dieser Kräfte den Anforderungen des Pflegeberufes nicht gewachsen ist und früher oder später wieder ausscheidet. Es erscheint daher unverständlich, daß Bewerberinnen, die, wie es in bestimmten Fällen geschehen ist, als Hausmeisterinnen oder

Schaffnerinnen nicht geeignet waren, als Aushilfspflegerinnen eingestellt wurden, dagegen bereits eingestellt gewesene Aushilfspflegerinnen, die von den Abteilungen, auf denen sie durch mehrere Monate Dienst versehen hatten, eine gute Dienstbeschreibung erhalten und zur Zufriedenheit der Vorgesetzten, Ärzte und Stations-schwestern gearbeitet haben, ausgeschieden und nicht wieder eingestellt wurden.

Einschließlich des Irrenpflegepersonals waren Ende 1955 von 4.783 Pflegepersonen 1.674 Schwestern mit einer absolvierten Krankenpflegerinnenschule, 1.489 waren mehr als weniger kurzfristig ausgebildet und 1.590 ohne jede Ausbildung. Das ist eine sehr bedauerliche und unter Umständen sogar gefährliche Entwicklung.

Abschließend sagte Vizebürgermeister Weinberger, es sei ihm eine Ehrenpflicht, seinen Mitarbeitern im Ausschuß, den Leitern der Magistratsabteilungen, den Referenten, Direktoren und Verwaltern, ganz besonders aber allen Ärzten, Schwestern, dem Pflege- und Erziehungspersonal, allen Arbeitern, Angestellten und Beamten für ihre gute, gewissenhafte und loyale Mitarbeit und Zusammenarbeit seinen besten Dank zu sagen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über das Gesundheitsreferat

In der Debatte sagte GR. Dr. Christoph (VO), es habe sich seit der vorigen Budgetdebatte manches zum Besseren gewendet. Vieles aber ist noch verbesserungsfähig. Zwar gibt es heute tatsächlich keine echte Bettennot mehr, doch kann eine endgültige Entspannung nur durch den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses entstehen. Es sei bedauerlich, daß nun wieder Schwierigkeiten und Streipunkte auftauchen. Der Redner bezeichnet es auch als einen Übelstand, daß Altersheimabteilungen als Spitäler geführt werden, ohne offiziell Spitäler zu sein. Dadurch ergeben sich Schwierigkeiten mit der Krankenkasse.

Der Redner begrüßt es, daß der Röntgenwagen nun endlich wirklich in Erscheinung getreten ist, und zwar bei der Musterung der Bundesheerrekruten. Die Kosten für die Reihenuntersuchungen wurden allerdings vom Verein "Heilstätte Alland" getragen. Dr. Christoph stellt den Antrag, diesem Verein dafür den Dank des Gemeinderatsausschusses auszusprechen. Er hoffe, daß der Röntgenwagen nun öfters verwendet werden wird.

Erneut erhob der Redner die Forderung nach Schaffung einer Trinkerheilstätte.

Der Redner kommt sodann auf die Vorwürfe, daß gefährliche Irre leichtfertig entlassen werden, die in letzter Zeit gegen den Leiter der Heilanstalt im Steinhof erhoben wurden, zu sprechen. Er stellt fest, daß es immer wieder vorkomme, daß Angehörige eines solchen Kranken diesen nicht in Spitalspflege belassen wollen, wenn dies nicht unbedingt erforderlich ist. Man könne die Verantwortung hierfür aber nicht der Gemeindeverwaltung anlasten.

Als wichtige Forderung bezeichnet er die Schaffung eines Umschlagplatzes für Gemüse und Obst. Die Entladung auf dem Matzleinsdorfer Bahnhof entspreche in keine Weise.

Auch dem Schwesternproblem komme große Bedeutung zu. Die Ursache in der geringen Zahl von diplomierten Schwestern dürfte in ihrer geringen Bezahlung, in der Arbeitszeit von wöchentlich 57 bis 60 Stunden, in den geringen Aufstiegsmöglichkeiten und den gesundheitlichen Gefahren, denen die Schwestern ausgesetzt sind, liegen. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang einen Antrag, der die Aufnahme von Pflegerinnen, also Hilfsschwestern mit kürzerer Ausbildungszeit, verlangt. Auch bei Röntgenassistenten, Fürsorgerinnen usw. sei großer Mangel an Nachwuchs. Eine weitere Forderung des Redners ist die Einführung von Impfungen gegen die Kinderlähmung auf freiwilliger Basis. Zum Gastärzteproblem meint Dr. Christoph, daß, wenn die jungen Ärzte zur Aufrechterhaltung des Spitalsbetriebes notwendig sind, ihnen auch das Recht auf Anstellung und Bezahlung zustehe.

Ungeheuer sind die Belastungen, die der Gemeindeverwaltung aus dem Defizit der Spitäler erwachsen. Vor 1938 mußte die Stadtverwaltung für 3.143 Betten aufkommen, heute für das Vierfache. Das Defizit, das der Gemeinde während der Jahre 1950 bis 1955 aus den Spitalern erwachsen ist, beträgt 1.075 Millionen Schilling. Bei der Schaffung des neuen Krankenanstaltengesetzes müsse darauf geachtet werden, daß der Bund die gleichen Leistungen trägt wie vor 1938. Die Gemeinde Wien hat ein Recht darauf, den Bund zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu drängen.

Zusammenfassend muß zugegeben werden, stellt der Redner fest, daß sich auf dem Gebiete des Gesundheitswesens viel gebessert hat. Die aufgezeigten Mängel sind aber so grundlegender Natur und wären so leicht zu beseitigen, daß seine Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen könne.

Der Debattenredner der ÖVP, Primarius Dr. Eberle (ÖVP), würdigte eingangs die Verdienste, die sich Vizebürgermeister Weinberger während seiner zehnjährigen Tätigkeit als Amtsführender Stadtrat für das Gesundheitswesen erworben hat. Er selbst, erklärte der Redner, wolle sich diesmal, nachdem er sich in den vergangenen Jahren mit den Einrichtungen der Wiener Spitäler beschäftigt habe, einigen besonders aktuellen Problemen zuwenden, vor allem der Schwesternfrage. Hier handelt es sich um ein Problem, mit dem sich alle Länder beschäftigen. Er erinnerte an das Ergebnis einiger Enqueten, die sich mit dieser Frage befaßt haben. Sie haben nachgewiesen, daß wir deshalb wenig Schwestern haben, weil wir sie nicht richtig behandeln. Das Gehalt einer Büroangestellten ist für diesen Beruf zu wenig, wenn man bedenkt, daß jede Schwester eine dreijährige schwere Internatszeit hinter sich hat. Die Ausbildung in den Internaten kann nach Meinung des Redners nicht herabgesetzt werden. Er benützt diese Gelegenheit, um den Schwestern in den Wiener Spitälern den Dank für ihre aufopfernde Arbeit zu sagen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Das zweite Problem sind die Arbeitsbedingungen für Krankenschwestern. Daß sie von den Schwestern als unerfreulich bezeichnet werden, ist eine Folge des allgemeinen Mangels an Bediensteten in den Krankenhausabteilungen. Es fehlt an Hilfspersonal, und so muß die Krankenpflegerin Leistungen verrichten, die ihnen nicht zustehen. Man hört wiederholt Klagen der Schwestern, daß sie nicht in der Lage sind, neben der Krankenpflege auch Hausarbeiten zu machen. In der Urlaubszeit haben die Spitäler schwer unter einem Mangel an Urlaubsvertreterinnen zu leiden. Der Redner erhebt die Forderung, daß unbedingt für mehr Urlaubsvertreterinnen Sorge getragen werden muß. Und nicht zuletzt ist es die Wohnungsfrage, die im Interesse der Krankenpflegerinnen gelöst werden muß. Der Redner gebe zu, daß die Gemeinde Wien manches in dieser Hinsicht schon getan hat, doch bleibe noch immer vieles nachzuholen.

Der Redner kommt dann auf das Ärzteproblem zu sprechen und erinnert daran, daß er sich seit 1949 wiederholt mit dieser Frage im Wiener Gemeinderat beschäftigt habe. Die moderne Medizin, sagt er, verlangt immer mehr an Kosten und Ärzten. Dazu sei zu sagen, daß die Zahl der systemisierten Ärzte in unseren Spitälern nicht ausreicht, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Der Bedarf an Ärzten ist je nach Krankenhaus verschieden und kann nicht nach einer Schablone festgelegt werden. Er wendet sich an den Amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten und bedauert, daß er sich bei den gestrigen Verhandlungen mit den jungen Ärzten festgenagelt habe. Die jungen Ärzte hätten dem Redner mitgeteilt, daß sie ihre Protestbewegung nur deshalb durchgeführt hätten, weil sie nicht angehört wurden. "Vielleicht werden Sie einmal, Herr Stadtrat, einen dieser Ärzte brauchen", sagte der Redner. (Diese Bemerkung löste bei der SPÖ heftige Zwischenrufe aus. Nachdem der Vorsitzende, GR. Dr. Dipl.-Ing. Hengl, die Ordnung wiederhergestellt hatte, setzte der Redner seine Ausführungen fort und sagte:) "Sie haben nicht aussprechen lassen. Ich wollte sagen, daß Sie dieser Arzt so anständig behandeln wird, wie jeden Menschen, der in Not kommt. (Neuerliche Zwischenrufe der SPÖ.)"

Der Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß es an der Zeit ist, das Gastärzteproblem abzubauen, denn niemand habe eine Freude an den Gastärztestipendien und es lohne sich wahrlich nicht, noch ein Jahr das Gastärzteproblem weiterzuführen. (Zwischenrufe von der SPÖ. Stadtrat Resch: Erzählen Sie das auch in Niederösterreich? Der Vorsitzende ruft zur Ordnung.)

Abschließend richtet der Redner an den Gemeinderat den Appell, ohne Leidenschaft zusammenzuarbeiten und die Lösung dieses Problems herbeizuführen.

Er beschäftigt sich dann mit dem Problem des Schulärzteswesens, das, wie er ausführte, in allen Ländern als unzureichend empfunden wird. Es sei unumstritten, daß in der schulärztlichen Tätigkeit viele Krankheiten verhindert werden können. Die Ärztekammer, sagte er, habe sich bereit erklärt, Ärzte für den schulärztlichen Dienst in einem Wintersemester auszubilden. Sie ist der Ansicht, daß diese Ärzte dann bei der Schule als Schulärzte auch bleiben sollen. Er regt eine Angleichung der Wiener Schulärzte an die in den Mittelschulen tätigen Ärzte an, die bei kürzerer Arbeitszeit auch

besser honoriert werden.

Zum Schluß seiner Ausführungen bezeichnet der Redner die Errichtung einer zentralen Rheumastelle als eine dringende Notwendigkeit. Dasselbe gilt auch für die Altersabteilungen, die jedem Krankenhaus angegliedert werden sollten. Im Alter gibt es eine Menge Krankheiten, die einer speziellen Behandlung bedürfen. Die in den letzten Jahren erfolgreich arbeitenden Altersabteilungen in den städtischen Altersheimen Lainz und Baumgarten verdienen volle Anerkennung.

Der Redner bemängelt die dürftige Unterbringung der Trinkerheilstätte am Steinhof und setzt sich für die Schaffung einer eigenen Anstalt für Trunksüchtige ein. Auch dem Trinkerproblem in den Lungenheilstätten müßte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Vor allem müßte man Gaststätten in der Umgebung der Heilstätten abschaffen. Der Redner spricht sich scharf gegen die Existenz solcher Schnapsbuden aus, die, wie festgestellt werden konnte, auch an Schwerbetrunkene Alkohol verkaufen. In der Frage des Alkoholismus richtet er an den Gemeinderat den dringenden Appell, keine Vogelstrauß-Politik zu betreiben und sich ernstlich zu bemühen, im Interesse der Jugend Maßnahmen zu ergreifen. Er setzt sich dann ein für die Schaffung von zahnärztlichen Stationen in Lungenheilstätten sowie für den Ausbau der städtischen Radioumstation in Lainz. Die Absicht, aus dem ehemaligen Brigittaspital ein Schülerinternat zu machen, bezeichnet er als paradox. Sein Vorschlag geht dahin, dieses Objekt für ein chirurgisches Volkssanatorium zur Verfügung zu stellen. Zuletzt beschäftigt er sich mit der Schwangerenfürsorge und regt die Errichtung einer zentral geführten Stelle an, die sich mit dem Geburtenproblem beschäftigen sollte. Er sei überzeugt, daß durch eine gute Schwangerenfürsorge auch die Säuglingssterblichkeit herabgesetzt werden könnte.

GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ) beschäftigt sich mit einzelnen Problemen der Wiener Gesundheitsverwaltung. Sie unterstützt den Wunsch von Prof. Schönbauer im alten Allgemeinen Krankenhaus einen Pavillon zu errichten, da dieser bei der wachsenden Zahl von Unfällen dringend benötigt wird.

Zum Schwesternproblem meinte die Rednerin, sie sei nicht der Ansicht, daß die Schwestern unbedingt in einem Internat untergebracht werden müßten. Schließlich leben ja auch die Ärzte nicht in einem Internat.

Gemeinderätin Schlinger begrüßt den Ausbau der Schwangerenfürsorge und die Betreuung der schwangeren Frauen. Im Zentralkinderheim haben sich die Verhältnisse in erfreulicher Weise grundlegend geändert. Die erzieherischen Maßnahmen haben dort gute Früchte getragen.

Die Rednerin bedauert, daß die Zahl der Trinker ständig steigt und wendet sich in diesem Zusammenhang gegen die Alkoholreklame.

Bei den Lehrlingsheimen konnte der Platzmangel noch immer nicht beseitigt werden. Die Rednerin ersucht, man möge die Freizeitgestaltung der Lehrlinge besser vorbereiten. In den Heimen müßten Sportgeräte zur Verfügung gestellt werden. Ein Problem stellt auch die Unterbringung der Lehrlinge dar, wenn die Lehrzeit zu Ende ist. Von 123 ausgetretenen Lehrlingen konnten nur 57 zu ihren Angehörigen gehen.

Bei der Besprechung der Altersheime dankt Gemeinderätin Schlinger Stadtrat Riemer dafür, daß er im Altersheim Lainz mehr Personal zur Verfügung gestellt hat. Sie begrüßte es auch, daß im neuen Bauprogramm 200 neue Wohnungen für alte Leute vorgesehen sind.

Bei den Obdachlosenheimen regt die Rednerin an, daß auch die privaten Hausherren zur Lösung des Obdachlosenproblems beitragen sollten. Sie sollten den Obdachlosen freie Wohnungen ohne Ablöse zur Verfügung stellen.

Abschließend stellt die Rednerin fest, die Tatsache, daß die Ansätze des Budgets des Gesundheitswesens von Jahr zu Jahr steigen, beweist, daß die Gemeinde sich ihrer Verantwortung auf diesem Gebiete bewußt ist. Im Namen ihrer Fraktion gibt sie die Zustimmung zu den Ansätzen.

GR. Schiller (SPÖ) hat sich als nächster Redner zu Worte gemeldet, um im Namen von Stadtrat Riemer zu den Vorwürfen des ÖVP-Debattenredners Stellung zu nehmen. Er stellt fest, daß im Referat von Stadtrat Riemer gestern keinerlei Beleidigung irgendeiner Gruppe der Ärzte zu verzeichnen war. Die von Dr. Eberle geäußerte Kritik bezeichnete GR. Schiller als eine Entgleisung. Er stellt ferner fest, daß die Vertreter der Gastärzte bei den ersten Verhandlungen mit der Gemeinde übereingekommen sind, eine Kommission zu bilden. Diese Kommission soll prüfen, wieviele zusätzliche Arztposten in den einzelnen Anstalten planmäßig erstellt werden können. Diese einvernehmlich eingesetzte Kommission ist bereits an der Arbeit. Sie wird versuchen, in kürzester Zeit ihre Aufgabe zu bewältigen. Auf Grund des Ergebnisses der Untersuchungen sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

GR. Schiller betont auch nachdrücklich, daß es außerhalb Wiens in keinem Bundesland und in keiner österreichischen Stadt Gastärzte gibt. Die Gemeinde Wien hat sich entschlossen, um einer sozialen Notlage bei den jungen Ärzten zu steuern, die Einrichtung der Gastärzte einzuführen; dies zu dem Zweck, um den Ausbildungsgang der jungen Ärzte nicht zu hemmen. Daher ist das Verlangen nicht verständlich, daß sämtliche jungen Ärzte in Dauerposten in Gemeindespitäler der Gemeinde übernommen werden sollen. Im März 1956 hat Dr. Eberle in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Frage der Gastärzte zufriedenstellend gelöst worden sei. Wenn inzwischen neue Probleme aufgetaucht sind, so ist die Gemeinde Wien jederzeit bereit, diese Probleme in Verhandlungen zu klären. Er sei überzeugt, sagte GR. Schiller, daß ein Weg gefunden werden wird, um die Dinge einvernehmlich zu klären. (Beifall bei der SPÖ.) Als Gewerkschafter, so schloß der Redner, könne er allerdings nicht die Taktik der Ärzte verstehen. Die Gewerkschaft beginne mit Aktionen grundsätzlich immer erst dann, wenn alle Verhandlungen gescheitert sind.

Vizebürgermeister Weinberger dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für ihre sachlichen Ausführungen. Wenn man GR.Dr. Eberle hätte ausreden lassen, wäre es auch nicht zu dieser kleinen Störung gekommen, stellte er fest. Die Anregungen der Frau Gemeinderat Schlinger werde er gerne aufgreifen und sie, so weit es möglich ist, erfüllen. Zu einzelnen von ihr erwähnten Punkten ist zu sagen, daß die Errichtung eines Ersatzpavillons für die Klinik Schönbauer sicherlich erfreulich wäre. Was sie über die Gersthofer Klinik gesagt hat, trifft auch auf andere Kliniken zu. Langsam ist eine Aufwärtsentwicklung der Geburten-sätze eingetreten. Sehr zu unterstreichen ist der Wunsch nach Errichtung eines Gesellenheimes. Auch er habe es immer sehr drückend empfunden, daß die braven jungen Leute, wenn sie die Lehrlingsheime verlassen müssen, nicht wissen, wo sie unterkommen sollen. Es ist zu hoffen, daß die Errichtung eines Gesellenheimes bald möglich gemacht werden wird. Die Stellungnahme zum Alkoholikerproblem müsse er gleichfalls unterstreichen. Alkoholausschank an Jugendliche müßte verhindert werden. Es ist sicherlich kein guter Zustand, daß vor den Krankenanstalten Schnapsbuden und Wirtshäuser stehen. Es wäre wünschenswert, sie von dort wegzubringen.

GR. Schiller habe in Vertretung des Stadtrates Riemer eine Erklärung abgegeben, die am Ende versöhnlich war. Bei einigem guten Willen werden die noch schwebenden Fragen des Gastärzteproblem es gelöst werden können. Die Gastärzte haben fleissig und gut gearbeitet und sich ihr Stipendium wirklich verdient. Dr. Eberle wollte nichts anderes sagen. Wenn man verhandelt und sich verständigt, wird man auch dieses Problem lösen.

Für die Anerkennung, die GR.Dr. Eberle ihm und seiner Gruppe gezollt hat, danke er herzlich. Seine übrigen Ausführungen könne er nur unterstreichen. Bei der Schwesternfrage handle es sich nicht um ein Wiener, sondern um ein europäisches, ja sogar Weltproblem. Es kann natürlich nur langsam und stufenweise gelöst werden. Die Anregungen bezüglich der Ausbildung der Schwestern sollen aufgegriffen werden. Auch die Anregung, die Radium-

abteilung in Dainz auszugestalten, habe er vorgemerkt.

Abschließend dankt Vizebürgermeister Weinberger allen für die sachliche Debatte und bittet, auch im nächsten Jahr im Interesse der kranken Mitbürger zusammenzuarbeiten.

Die zwei eingereichten Anträge empfiehlt der Referent zur Ablehnung. Der Heilstätte Alland wurde ja selbstverständlich für ihre Mithilfe bei den Schirmbilduntersuchungen bereits gedankt. Im übrigen bitte er, den Ansätzen die Zustimmung zu geben. Es ist auf dem Gebiete des Gesundheitswesens viel geschehen. Wenn alle zusammenhelfen, werden auch noch die vorhandenen großen Aufgaben gelöst werden können. (Beifall)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen. Die Anträge des GR.Dr. Christoph (VO) wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

- - -

6. Hauptstück: Bauangelegenheiten

=====

Der Berichterstatter für das 6. Hauptstück - Bauangelegenheiten - ist Stadtrat Thaller (SPÖ). Wie er einleitend feststellt ist Wien durch seine Maßnahmen im sozialen Städtebau wieder in das internationale Blickfeld gerückt. Eine besondere Anerkennung für die Leistungen der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete des Bauens war die Verlegung der letzten Internationalen Städtebaukongresses nach Wien.

Im Rahmen des Kongresses erfolgte die Grundsteinlegung zur 50.000. Wohnung nach dem zweiten Weltkrieg und die Übergabe der 100.000. Gemeindewohnung seit Beginn des sozialen Wohnbauprogramms.

Sozialer Städtebau

Dem städtebaulichen Planungsgedanken wird die Stadt in Zukunft ein gesteigertes Augenmerk zuwenden. Die Zeit wird allmählich reif, den sozialen Städtebau in die Tat umzusetzen. Niemals hat die Stadt Wien in den letzten 40 Jahren zu gleicher Zeit so bedeutsame allgemeine kommunale Bauwerke in Arbeit gehabt als in diesen Jahren. Wir betreiben daher in der Praxis schon den sozialen Städtebau auf breitester Basis, wir schaffen schon ganz real an einem neuen schöneren Wien.

Stadtrat Thaller spricht unter allgemeinem Beifall des Gemeinderates den Angestellten der Stadtbaudirektion und vor allem der erfolgreichen und niemals erlahmenden Tätigkeit des Stadtbau direktors Dipl.-Ing. Hosnedl, allen Bediensteten der Verwaltungsgruppe, den Ingenieuren und Technikern sowie den Mitarbeitern seines Sekretariats Anerkennung und Dank aus, die alle ihre Anstellung nicht als Erwerb, sondern als Beruf im wahrsten Sinn des Wortes betrachten.

Sanierung der Inneren Stadt und Floridsdorfs

Von größeren Arbeiten der Stadtplanung erwähnt der Stadtrat den Ideenwettbewerb für die Sanierung eines Teiles der Inneren Stadt.

Das Viertel zwischen Singerstraße, Blutgasse, Domgasse und Grünangergasse soll als eines der ersten der Verfallsgebiete von Wien assaniert werden.

Ein zweiter großer Ideenwettbewerb wurde für die Neugestaltung eines Teiles des 21. Bezirkes, für Floridsdorf-Jodlesee, ausgeschrieben.

Auch die Assanierung von Alt-Ottakring und die Assanierung von Alt-Erdberg ist geplant.

Unter weiteren größeren Planungsaufgaben befindet sich der Ausbau der Lobau als Erholungsgebiet und die verkehrs- und städtebauliche Lösung des Karlsplatzes.

Wien beschäftigt Architekten und Künstler

Im Rahmen des Wohnbauprogrammes 1956 waren 116 freischaffende Architekten und fünf Amtsarchitekten mit der Planung von 57 Bauprojekten befaßt, die zusammen 5.695 Wohnungen vorsahen. Für das Wohnbauprogramm 1957 sind bis jetzt ebenfalls schon 163 Privat- und fünf Amtsarchitekten mit der Planung von 75 Bauprojekten, die 6.536 Wohnungen ergeben werden, beauftragt. Für die künstlerische Ausschmückung der Bauwerke sind auch heuer wieder 95 Bildhauer und Maler herangezogen worden, die 137 künstlerische Arbeiten zur Durchführung übertragen bekamen. Die Gemeinde hat weiter im Rahmen eines Wettbewerbes den Wiener Architekten die Möglichkeit gegeben, neue Grundrisse für den sozialen Wohnungsbau zu schaffen.

Vorbild für das Ausland

Wir können - betont Stadtrat Thaller - ohne Überhebung sagen, daß unsere Typengrundrisse im sozialen Wohnungsbau nicht nur alle Vergleiche mit dem Ausland aushalten, sondern darüber hinaus als beispielgebend für die Entwicklung der Wohnkultur angesehen werden können. Die maschinell eingerichteten Waschküchen werden nunmehr, mit Gasmünzeinwurfautomaten ausgestattet.

Bei allen Wohnhausanlagen werden Abstell- und Einstellplätze für Personenkraftwagen, Motor- und Fahrräder sowie Kinderwagen geschaffen.

Sehr intensiv befaßt sich die Gemeinde mit der Frage, wie die alten Menschen unserer Stadt in Zukunft wohnen sollen. Mit der Errichtung von Heimstätten für alte Menschen glauben wir den ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung dieses Problems getan zu haben. Im Laufe der nächsten zwei Jahre werden 16 weitere Heimstätten für alte Leute geschaffen werden.

Mangel an Bauarbeitern

Auch heuer standen für die termingerechte Erfüllung des Bauprogramms nicht immer ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung. Im Vorjahr wurde auf 1.531 Baustellen des Stadtbauamtes ein Höchststand von 15.826 Beschäftigten registriert, heuer hat sich auf 1.664 Baustellen ein Höchststand von 16.326 Beschäftigten ergeben. In diesem Jahre konnten an 3.870 Unternehmungen Aufträge mit einer Gesamtauftragssumme von rund einer Milliarde Schilling vergeben werden.

Mit Genugtuung sei festgestellt, daß viele Gewerbebetriebe und viele Arbeiter trotz der schwierigen Situation, manchmal sogar unter Verzicht auf größere Gewinne oder Verdienste, der Gemeinde die Treue gehalten und unter oft schwierigsten Verhältnissen eine mustergültige Arbeitsleistung vollbracht haben.
(Allgemeiner Beifall.)

Die Gemeinde war auch in diesem Jahr bestrebt, den Arbeitern und Betrieben im Rahmen des Winterbauprogramms Arbeitsplatz und Beschäftigung zu erhalten. Es gibt daher jetzt in Wien weniger Arbeitslose als im Vorjahr. Die Bautermine sind so erstellt, daß eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung während des ganzen Jahres gesichert erscheint.

Die in den Vorjahren gesammelten Erfahrungen mit den Thermobloc-Heizgeräten waren so zufriedenstellend, daß die Gemeinde auch für den Winter 1956/57 wieder 40 große und 10 kleine ölgefeuerte Geräte sowie 30 Gaswarmluftgeräte auf den Bauten verwendet.

Der soziale Wohnbau

Das Herzstück des Bauwesens wird auch im kommenden Jahr der kommunale soziale Wohnungsbau sein. Für diese Aufgaben sind im Budget 480 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag ist einerseits die bezugsreife Fertigstellung von ungefähr 6.000 Neubauwohnungen gesichert, andererseits die Fortführung von weiteren rund 5.000 bereits im Bau befindlichen Wohnungen garantiert. Außerdem soll der Bau von 5.000 neuen Gemeindewohnungen in Angriff genommen werden. Unser repräsentativstes Wohnhaus, das 20stöckige Hochhaus auf dem Matzleinsdorfer Platz, steht vor der Vollendung und wird im Frühsommer bezugsfertig sein.

Die mechanische ^{Moderne Waschküchen} ~~waschkücheneinrichtung~~ mit Gasheizung hat sich ausgezeichnet bewährt. Schon die ersten Versuche hatten ergeben, daß diese Konstruktion den Waschttag der Hausfrau wesentlich verbilligt und verkürzt hat. Die Gemeinde Wien ist damit der größte Auftraggeber der Waschmaschinenerzeuger geworden und verwendet ausschließlich österreichische Erzeugnisse. Die Gemeinde wird aber auch mit der Modernisierung der Waschküchen in den älteren Wohnhausanlagen beginnen. Bis Ende 1957 sollen rund ein Viertel aller Waschküchen ebenfalls mit Münzautomaten-Waschmaschinen ausgestattet sein.

Der für die Durchführung von Sofortmaßnahmen und Ersatz-ausführungen für das Jahr 1956 bewilligte Kredit in der Höhe von fünf Millionen Schilling wird bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich nur zu 70 Prozent aufgebraucht werden. Von den durch die Baubehörde beantragten Ersatzvornahmen gelangten tatsächlich nur etwa ein Fünftel zur Durchführung.

Das hat seine Ursache darin, daß die voraussichtlichen Kosten der Ersatzvornahme den dazu Verpflichteten unter Androhung der Exekution zur Vorauszahlung vorgeschrieben und infolge-dessen die beantragten Arbeiten in vielen Fällen im letzten Augenblick von dem Eigentümer selbst durchgeführt wurden. Im Voranschlag für das Geschäftsjahr 1957 wurden für diese Zwecke 3,5 Millionen vorgesehen.

Die Großbaustellen der Gemeinde

Stadtrat Thaller berichtete dann über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten auf drei städtischen Großbaustellen. Das Museum der Stadt Wien am Karlsplatz ist im Rohbau fertig, die Arbeiten für die Wiener Stadthalle gehen planmäßig vorwärts. Die Eishalle auf dem Voglweidplatz wird bis Jahresende im Rohbau fertig sein. In der Haupthalle selbst sind die Innenarbeiten im Gange. Die Furlaleindeckung am Mittelteil des Hallendaches ist beendet. Die Eindeckung über den beiden Tribünen soll noch heuer fertiggestellt sein.

Die Aufstockungsarbeiten im Wiener Stadion wurden programmgemäß in Angriff genommen, die Nachtbeleuchtungsanlage termingemäß vollendet. Der Sektor B wird voraussichtlich im Juni, der Sektor E im Oktober 1957 fertig sein. Mit der Fertigstellung der Sektoren C und D kann für den Sommer 1958 gerechnet werden. Ende 1958, nachdem auch die Sektoren A und F aufgestockt sein werden, wird der Fassungsraum des Stadions um 10.600 Sitzplätze und 32.300 Stehplätze größer sein.

Im Stadionbad ist die Erneuerung der Warmwasserbrausen und der Aushub für ein neues Schwimmbecken durchgeführt worden. Das neue Schwimmbad wird im kommenden Sommer in Betrieb genommen werden. Die Einrichtung für ein Wellenbad ist baulich berücksichtigt.

Neue Schulen

Die neue Schule auf dem Czerninplatz und die im Rohbau fertiggestellte Schule in Stammersdorf sind die bedeutendsten Schulneubauten des abgelaufenen Jahres. In Hadersdorf-Weidlingau wird im nächsten Jahr ein neuer Schulbau mit 16 Klassen in Angriff genommen.

Auf den Gründen des baufälligen Czartoryski-Schlössels in Währing soll eine große Schule für körperbehinderte Kinder mit 20 Klassen errichtet werden. In Floridsdorf in der Siemensstraße wird der vorhandene Schulbau durch einen Zubau mit 12 Klassen erweitert. Unter den wichtigsten Arbeiten, die im Adaptierungsprogramm in den Wiener Schulen durchgeführt werden, nannte er die Verbesserung der sanitären Anlagen und der Heizanlage sowie die Errichtung von Brausebädern. In Hietzing ist der Bau des zweiten Jugendgästehauses der Stadt Wien begonnen worden.

Im abgelaufenen Jahr sind weitere sechs Kindergärten ihrer Bestimmung übergeben worden. Neun Kindergärten befinden sich im Bau. Am Jahresende sind zwei Kindergärten neu begonnen worden und für das nächste Jahr ist ein weiterer Neubau vorgesehen.

Am Laaer Berg wird auf einer Fläche von 35.000 Quadratmetern ein Sommerbad für 6.000 Besucher in Angriff genommen. Auch hier ist die Errichtung einer Wellenbadanlage vorgesehen. Nach dem modernen Theresienbad, das im heurigen Sommer der Benutzung übergeben wurde, wird somit Wien ein weiteres großes Sommerbad erhalten.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurden am Zentralviehmarkt und sieben weiteren Wiener Märkten verschiedene Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Nach der Fertigstellung der Hauptfeuerwachen Am Hof und in Hernals wurde mit dem Wiederaufbau der Feuerwache Döbling begonnen. Die Kuppel der Urania-sterntwarte präsentiert sich wieder wie einst im Wiener Stadtbild.

Für die Vorarbeiten zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses zwischen Lazarettgasse und Währinger Gürtel wurde im Budget vorgesorgt und schon in Kürze werden Architekten zur Planung aufgefordert. Stadtrat Thaller bedauerte, daß die sich hin-

ziehenden Verhandlungen über die Anzahl der klinischen Betten, die zwischen der Medizinischen Fakultät, dem Unterrichtsministerium und dem Finanzministerium zu führen waren, einen größeren Fortschritt in der Planung verhinderten.

Unter den vielen Arbeiten, die nicht im Voranschlag der Verwaltungsgruppe VI aufscheinen, weil die finanziellen Mittel hierfür von anderen Gruppen beigestellt werden, führte er eine Reihe von Zweckbauten sowie Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten auf. Für diese Arbeiten wurde eine Viertel-milliarde Schilling ausgesetzt. Im abgelaufenen Jahr wurden Objekte der Hoheitsverwaltung, Kindergärten, Feuerwachen, Dutzende von Schulen sowie eine große Anzahl von Objekten der Denkmalpflege adaptiert. In Erziehungsheimen in der Kinderübernahmestelle, in Lehrlingsheimen, im Zentralkinderheim, in Tageserholungsstätten und Horten und in letzter Zeit auch in Flüchtlingslagern wurden laufend Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Das Preyer'sche Kinderspital erhielt einen Stockwerksaufbau, das Krankenhaus Floridsdorf einen neuen Mitteltrakt und einen Operationstrakt. Auch im Franz Joseph-Spital und anderen Wiener Spitälern sind umfangreiche Arbeiten durchgeführt worden.

Zu den laufenden Erhaltungsarbeiten gehört unter anderem auch der Umbau von Heizanlagen sowie die Erneuerung der Gas-, Wasser- und Elektroinstallationen. Die beiden mit diesen Aufgaben beauftragten Magistratsabteilungen leisten auf ihrem Gebiete wirkliche Reformarbeit.

Für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser werden im nächsten Jahr fast 62 Millionen aufgewendet. Im laufenden Jahr wurden die Instandsetzungen an allen Zwischenkriegsobjekten fortgesetzt, wobei weitgehend auf eine Generalinstandsetzung der Bauten Rücksicht genommen wurde.

Gürtel wird nächstes Jahr Einbahn

Ganz große Aufgaben sind auch im Sektor des Straßenbaues gestellt. Fast 120 Millionen Schilling haben die Wiener Straßen im Jahre 1956 gekostet. Beinahe zwei Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und 386.000 m² Gehsteige wurden instandgesetzt und verbessert. An 40 verschiedenen Stellen im engeren Stadtgebiet wurden große Umbauten vorgenommen. In den Siedlungsgebieten am Stadtrand wurden mehr als eine halbe Million Quadratmeter Siedlungsstraßen instandgesetzt.

Die Straßenregulierungsarbeiten, die heuer an der Kreuzung der Währinger Straße mit dem Gürtel durchgeführt wurden und die Ausarbeitung der Projekte für den Umbau der inneren und äußeren Gürtelstraße in den Bereichen Urban Loritz-Platz - Hütteldorfer Straße, bei der Josefstädter Straße - Friedmangasse und zwischen Jörgerstraße - Kinderspitalgasse, die im nächsten Jahr durchgeführt werden, ermöglichen durch gleichzeitige Verlegung der Straßenbahngleisanlagen im nächsten Jahr die Einbahn-erklärung des Gürtels zwischen Gumpendorfer Straße und Lichtenwerderplatz. An der Berechnung der "Grünen Welle" wird gearbeitet. Unter der Ringturmkreuzung, die kommenden Jahr umgebaut wird, wird ein Fußgängertunnel gebaut. In Fertigstellung ist der Entwurf der Verkehrsplanung Karlsplatz - Opernkreuzung.

Verkehrsplanungskommission tritt demnächst zusammen

Auch die Radialstraßen werden verbessert werden. Die Lerchenfelder Straße und zum Teil die Hernalsner Hauptstraße kommen im nächsten Jahr dran. Versuchsweise sollen in einem begrenzten Teil unserer Stadt das wechselseitige Parken eingeführt und Parkometer aufgestellt werden. Die Vorarbeiten für die Bildung der Verkehrsplanungskommission sind so weit fortgeschritten, daß mit deren Zusammentritt in allernächster Zeit gerechnet werden kann.

Die Autobahneinfahrt

Ein wichtiges Problem ist das der Autobahneinfahrt nach Wien. Auf unser Drängen hat sich das Ministerium bereit erklärt, auf unsere Vorschläge einzugehen. Der Herr Minister persönlich hat zugesagt, daß die beiden projektierten Einfahrten, nämlich die Westtrasse und die Heiligenkreuzertrasse, gebaut werden. Der Entwurf der Linienführung der Westtrasse wurde zur Stellungnahme übergeben. Leider müssen wir feststellen, daß es gerade jener Entwurf ist, der aus den verschiedensten Gründen abzulehnen ist.

Überhaupt können wir auf die Dauer nicht akzeptieren, daß von den 8.350 km Bundesstraßen nur 15 km auf das Land Wien entfallen, während immer neue Landesstraßen zu Bundesstraßen erklärt werden.

Auch beim Ausbau des Wiener Hafens und beim Schutzwasserbau müssen wir eine ähnliche Haltung des Bundes feststellen. Die Wasserbau- und Hafenbeiträge des Bundes sind für Wien von 60 Prozent auf 40 Prozent gekürzt worden. Im vergangenen Jahr sind auf dem Sektor Verkehrswasserbauten verschiedene Arbeiten durchgeführt worden. In den Häfen Albern und Freudenau wurden die vorgesehenen Arbeiten fortgesetzt. Im Hafen Lobau ist die Schaffung einer Beleuchtungsanlage und einer hochwasserfreien Zufahrt vorgesehen. Mit dem Bau einer großen Straßenbrücke, die die Häfen Freudenau und Albern verbindet, ist begonnen worden. Die Gesamtkosten werden 35 Millionen Schilling erfordern; das Projekt wird voraussichtlich 1958 beendet sein.

Der Personentunnel unter der Ostbahn in Stadlau wird im Frühjahr der Benützung übergeben werden können.

Im Schutzwasserbau wird die Regulierung des Liesingbaches fortgesetzt werden. Für die Erhaltung, bzw. Wiederherstellung und für Neubauten im Brücken- und Wasserbau sind im Budget 1957 50,3 Millionen Schilling vorgesehen, das ist um vier Millionen Schilling mehr als heuer.

Die Wiener Gärten

Den Gartenanlagen Wiens gilt unsere besondere Obsorge. Wir haben rund 12,3 Millionen Quadratmeter Gartenflächen zu erhalten, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von rund 500.000 Quadratmetern. Im laufenden Jahr wurden 29 Gartenanlagen umgestaltet und verbessert und 15 Ballspielplätze errichtet. In acht öffentlichen Gartenanlagen wurden mehr als 32.000 Quadratmeter Wege und Spielplatzflächen neu hergerichtet und befestigt.

Im Jahre 1957 werden wieder eine Anzahl von Grünflächen in verschiedenen Bezirken errichtet werden. Die Aufwendungen für unsere Gärten sind groß. Der Gesamtaufwand im Jahre 1956 betrug mehr als 61 Millionen Schilling, und im Jahre 1957 ist er mit über 65 Millionen Schilling veranschlagt.

1,150.000 Tonnen Baustoffe

Für die reibungslose Abwicklung unseres Bauprogrammes benötigen wir sehr bedeutende Mengen von Baustoffen. Aber nur jene Materialien, die bei Großabnahme billiger sind oder an denen Mangel herrscht, kaufen wir in eigener Regie. In diesem Jahr haben wir insgesamt 1,150.000 Tonnen Baustoffe beschafft. Diese Menge würde einen gigantischen Eisenbahnzug ergeben, dessen Länge die Strecke Wien - Köln ausfüllen könnte.

Fortschrittliche Generalhaltung
Abschließend sagte Stadtrat Haller, es schien sinnvoll, dem Gemeinderat die große Linie aufzuzeigen, die uns vorschwebt, um eine gesunde und soziale städtebauliche Entwicklung zu verbürgen. Darum ist das Inkrafttreten der neuen Bauordnungs-Novelle im Interesse einer klaren Haltung in Fragen der Stadtentwicklung besonders zu begrüßen. Im Sinne dieser neuen Bestimmungen werden die Arbeiten am Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durchgeführt werden.

So werden wir mit einer bewußt fortschrittlichen, modernen Generalhaltung in allen Fragen der Bauverwaltung ins neue Wirtschaftsjahr gehen. Der Gedanke der Planung eines schöneren Wien, gewinnt immer mehr an Raum, Berechtigung und Aktualität!

Ich möchte meine Ausführungen nicht beenden, ohne allen Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses VI für ihre Mitarbeit gedankt zu haben und bitte sie auch im kommenden Jahr um ihre bewährte Mitarbeit, damit wir im Interesse der Bewohner unserer Stadt das uns vorschwebende Ziel erreichen können. Denn: So wie wir bauen, so werden wir in Zukunft leben! (Allgemeiner Beifall.)

Der Vorsitzende, GR. Marek, unterbricht kurz nach 19 Uhr die Sitzung. Die Budgetberatungen werden morgen, Mittwoch, um 9 Uhr, mit der Debatte über das 6. Hauptstück - Bauwesen - fortgesetzt werden.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 19. Dezember 1956

Blatt 2629

Stadtkassen bis 31. Dezember geschlossen

=====

19. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten von Morgen, Donnerstag, den 20. Dezember, bis einschließlich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen.

Für die Erledigung unabweisbarer Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

- - -

Personalnachricht

=====

19. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Stadtbaurat Dipl. Ing. Otto Mazal zum Oberstadtbaurat ernannt.

- - -

Neue Einbahnen auf dem Neubau und in Fünfhaus
=====

19. Dezember (RK) Zur Verbesserung des Verkehrs hat heute die Wiener Landesregierung auf Antrag von Stadtrat Afritsch wieder mehrere Einbahnen beschlossen.

Im 7. Bezirk werden folgende Straßen, bzw. Straßenteile zu Einbahnstraßen erklärt und dürfen nur in der angeführten Richtung befahren werden: Lindengasse, in der Richtung von der Stiftgasse zur Schottenfeldgasse; Seidengasse, in dem Teil und in der Richtung vom Neubaugürtel zur Zieglergasse; Stollgasse, in der Richtung von der Schottenfeldgasse zum Neubaugürtel.

Im 15. Bezirk gibt es folgende Einbahnen: Arnsteingasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Mariahilfer Straße; Braunhirschengasse, Teil zwischen Sechshauser Straße und Oelweingasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Oelweingasse; Clementinengasse, Teil zwischen Mariahilfer Straße und Turnergasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Turnergasse; Dadlergasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Grimmigasse; Diefenbachgasse, Teil zwischen Ullmannstraße und Stiegergasse, in der Richtung von der Ullmannstraße zur Stiegergasse; Dreihausgasse, Teil zwischen Sechshauser Straße und Oelweingasse, in der Richtung von der Oelweingasse zur Sechshauser Straße; Fünfhausgasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Clementinengasse; Fuchsgasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Langauergasse; Geibelgasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Sechshauser Straße; Herklotzgasse, Teil zwischen Turnergasse und Reindorfgasse, in der Richtung von der Turnergasse zur Reindorfgasse; Karmeliterhofgasse, in der Richtung von der Viktoriagasse zur Mariahilfer Straße; Kellinggasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Ullmannstraße; Kohlenhofgasse, in der Richtung von der Gasgasse zur Mariahilfer Straße; Kranzgasse, in der Richtung von der Sechshauser Straße zur Mariahilfer Straße; Kürnbergergasse,

in der Richtung vom Sparkassaplatz zur Sechshauser Straße; Oelweingasse, in der Richtung von der Reindorfgasse zur Hollergasse; Oesterleingasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Viktoriagasse; Palmgasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zum Mariahilfer Gürtel; Pillergasse, in der Richtung von der Kellinggasse zur Linken Wienzeile; Rauchfangkehrergasse, Teil zwischen Kellinggasse und Sparkassaplatz, in der Richtung von der Kellinggasse zum Sparkassaplatz; Rosinagasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Zwölfergasse; Sperrgasse, in der Richtung von der Grenzgasse zur Mariahilfer Straße; Talgasse, in der Richtung von der Clementinengasse zur Mariahilfer Straße; Turnergasse, Teil zwischen Mariahilfer Straße und Dingelstedtgasse, in der Richtung von der Mariahilfer Straße zur Dingelstedtgasse und Teil zwischen Clementinengasse und Sechshauser Straße, in der Richtung von der Clementinengasse zur Sechshauser Straße; Viktoriagasse, in der Richtung von der Oesterleingasse zur Sperrgasse und in der Richtung von der Oesterleingasse zur Grenzgasse; Würffelgasse, in der Richtung von der Viktoriagasse zur Mariahilfer Straße; Zwölfergasse, in der Richtung von der Rosinagasse zur Mariahilfer Straße.

Die neuen Verkehrsverbesserungen treten mit der Aufstellung der Verkehrszeichen in Kraft.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

19. Dezember (RK) Donnerstag, den 20. Dezember, entfallen beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten Bauer die Sprechstunden.

- - -

202.000 Schilling für Sportvereine

=====

19. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute auf Antrag von Stadtrat Mandl Subventionen aus den Wiener Sportfonds für nicht weniger als 50 Sportvereine in der Gesamthöhe von 202.000 Schilling bewilligt. Davon sind 133.500 Schilling für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen, der Rest für den Ankauf von Sportutensilien und die Durchführung des Sportbetriebes vorgesehen. Es erhalten unter anderem die UNION-Sportanlage Schönbrunn 25.000 Schilling, die ALSW-Sportanlage Hietzing-Speising 21.000 Schilling, die ASKÖ-Sportanlagen Atzgersdorf, Freudenau und Hörndlwald je 20.000 Schilling und die Sportanlage des Österreichischen Hockeyverbandes 10.000 Schilling.

- - -

Der Weihnachtstisch ist reich gedeckt

=====

Die Wiener Märkte sind ausreichend versorgt

19. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien übermittelte der "Rathaus-Korrespondenz" einen ausführlichen Überblick über die Beschickung des Weihnachtslebensmittelmarktes, aus dem hervorgeht, daß auch heuer auf dem Feiertagstisch der Wiener nichts fehlen wird.

Der Fischmarkt ist mit 300 Tonnen inländischen, jugoslawischen und böhmischen Karpfen, ferner mit 500 Tonnen Seefischen ausreichend versorgt. Dem Geflügelhandel werden neben inländischen Gänsen, Enten und Hühnern noch 500 Tonnen Geflügel aus Bulgarien, Holland und Jugoslawien, Polen, Rumänien und Ungarn zur Verfügung stehen.

Für den zweifellos erhöhten Eierbedarf wird sowohl durch inländische Aufbringung als auch durch holländische und dänische Importe vorgesorgt.

Bei Schweine-, Rind- und Kalbfleisch ist gleichfalls eine gute Marktbeschickung zu verzeichnen. Auch Rehe, Hasen und Fasane wird es genug geben.

Der Obsthandel hat sich für den erhöhten Feiertagsbedarf mit italienischen Orangen und Mandarinen eingedeckt, die verhältnismäßig billig sind. An Äpfeln ist die inländische Tafelware (Jonathan, Kronprinz, Bellefleur und Krummstiel) neben den italienischen Importen (Kalterer, Morgenduft und Jonathan) vorherrschend, aber auch Äpfel zur Kompottbereitung gibt es reichlich. Neben den inländischen Qualitätsbirnen gibt es auf den Märkten auch beste Birnensorten aus Italien und aus der Tschechoslowakei. Dazu kommen italienische und türkische Qualitätsweintrauben sowie Bananen, Feigen, Datteln, Rosinen und Nüsse.

Reichlich und bedarfdeckend sind auch die Anlieferungen an Gemüse. Zusätzlich zum bereits vorhandenem Salatgemüse sind fünf Waggons Salat aus Italien unterwegs.

Wenn auch das Hauptgeschäft auf dem Nahrungsmittelsektor erst in den letzten Tagen vor Weihnachten voll einsetzen wird, kann schon jetzt gesagt werden, daß für die Feiertagstafel der Wiener reichlich vorgesorgt ist.

- - -

Schließung der Ausstellung des Historischen Museums der Stadt

=====

Wien mit Jahresende

=====

19. Dezember (RK) Das Historische Museum der Stadt Wien schließt seine derzeitige Ausstellung mit der Sonderschau Oskar Kokoschka Sonntag, den 30. Dezember. Bis dahin ist das Museum zu den auf dem Plakat angegebenen Zeiten geöffnet.

Sämtliche Musiker-Gedenkstätten bleiben auch weiterhin zu den gewohnten Zeiten geöffnet.

- - -

Römische Ruinen unter dem Hohen Markt

=====

19. Dezember (RK) Die Römischen Ruinen unter dem Hohen Markt sind auch zu Weihnachten zu den gewohnten Zeiten geöffnet. Eine Ausnahme bildet der 25. Dezember, an dem aus technischen Gründen dieses kleine Museum geschlossen bleiben muß.

- - -

Das 9.000ste Goldene Ehepaar im Rathaus
=====

19. Dezember (RK) Unter den vier Diamantenen und 64 Goldenen Hochzeitspaaren, die gestern nachmittag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses durch Bürgermeister Jonas in Anwesenheit von Vizebürgermeister Weinberger und der Bezirksvorsteher der Bezirke 1 bis 11 geehrt wurden, befand sich auch das 9.000ste Jubelpaar, das seit 1945 an den Ehrungen der Ehejubilare durch die Stadtverwaltung teilgenommen hat. Das 9.000ste Paar war der ehemalige Heizer Heinrich Fuchs und seine Frau Rosa aus der Siebenbrunnengasse in Margareten.

Bürgermeister Jonas beglückwünschte die Paare zu ihrem Ehejubiläum und überreichte ihnen das Ehrengeschenk sowie das Diplom der Stadtverwaltung. Für die weitere Zukunft wünschte er jedem einzelnen Paar, es mögen ihm noch viele Jahre im Kreise seiner Kinder und Enkelkinder beschieden sein.

Für heute und morgen sind noch 112 Wiener Ehejubilare zur Ehrung ins Rathaus eingeladen.

- - -

Diplomfeier im Lainzer Krankenhaus
=====

19. Dezember (RK) In der dem Krankenhaus Lainz angeschlossenen Krankenpflegeschule wurden gestern Abend in Anwesenheit von Bürgermeister Jonas 34 Krankenpflegeschülerinnen des Jahrganges 1954 diplomiert. Der Feier, die durch eine Ansprache des Leiters der Lainzer Schule Dozent Dr. Schneiderbauer eingeleitet wurde, wohnte in Vertretung des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen, Stadtrat Dkfm. Nathschläger, bei. Bürgermeister Jonas beglückwünschte die Schülerinnen zur abgeschlossenen Ausbildung und wünschte ihnen für ihr weiteres Berufsleben die besten Erfolge. Im Anschluß an die Diplomierung versammelten sich die Absolventinnen unter dem Christbaum und feierten gemeinsame mit ihren Lehrern das Weihnachtsfest.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat
=====Die Debatte über das 6. Hauptstück: Bauwesen

19. Dezember (RK) Heute vormittag wurden unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas die Budgetberatungen mit der Debatte über das 6. Hauptstück - Bauwesen - fortgesetzt.

GR. Maller (VO) spricht über das Wohnungsproblem unserer Stadt, das einer Lösung zugeführt werden müsse. Er fordert in diesem Zusammenhang einen gesetzlichen Schutz gegen den Wohnungswucher, Beitrag des Bundes zur Linderung der Wohnungsnot und volle Ausnützung der im Budget für den Bausektor angesetzten Mittel. Im Jahre 1955 wurden 64 Millionen Schilling weniger für das Bauen ausgegeben, als veranschlagt waren; dies mit der Begründung, daß nicht genügend Bauarbeiter und genügend Baumaterial vorhanden wäre. Moderne Baumethoden und die Verwendung von vorfabrizierten Fertigteilen könnten hier sicherlich Abhilfe schaffen. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang den Antrag, geeignete Schritte zu unternehmen, um vom Bund die Mittel zur Errichtung einer Fabrik für Fertigteile zu erlangen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung zur Verstärkung des sozialen Wohnungsbaues sei die Bereitstellung von genügend Baugründen. Er fordert ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz, das der Gemeinde die Erlangung von Grundstücken zu angemessenen Preisen ermöglicht. Es dürfe nicht vorkommen, daß die Stadtverwaltung, wie es beim Bau der Opernkreuzung der Fall war, für Grundflächen von insgesamt 13 x 13 Quadratmetern 2,6 Millionen Schilling bezahlen muß. Mit einem derartigen Betrag hätten dreißig Wohnungen gebaut werden können. Beim sozialen Wohnungsbau müßte auch auf die Qualität der Wohnungen, vor allem im Bezug auf die Schalldichte und auf die Wohnungsgröße, Rücksicht genommen werden, damit Wien endlich aufhört, die Stadt der Kleinwohnungen zu sein. Durch die Zusammenlegung von Altwohnungen könnte hier gleichfalls Abhilfe geschaffen werden. Die Hausherren müßten auch zur Instandsetzung der Althäuser angehalten werden und zu diesem Zweck die hierfür bestimmten Erlöse aus den Mietzinsen verwenden.

Aber auch auf die Ledigen dürfe beim sozialen Wohnhausbau nicht vergessen werden. Eine weitere Forderung sei die gerechte Vergebung aller verfügbaren Wohnungen unter öffentlicher Kontrolle, ferner die Erlassung eines Räumungsschutzgesetzes, das Delogierungen ohne Ersatzwohnungen verhindern müßte.

Der Redner kommt sodann auf den Umbau des Pratersterns zu sprechen und bezeichnet die Planung hierfür als zu wenig durchdacht. Die Fußgängertunnels seien unübersichtlich angeordnet und außerdem wären die Passanten gezwungen, zwischen den Tunnels Straßen zu überqueren. Auch auf dem Gebiete des Straßenbaues sei noch viel zu tun, weil die Wiener Straßen den wachsenden Verkehr nicht mehr bewältigen können.

Der Redner stellt den Antrag, zur Entlastung der Simmeringer Hauptstraße die Straße am Kanal auszubauen und bis zum Zentralfriedhof zu führen sowie auch die Möglichkeit zur Anlegung eines Autoparkplatzes zu schaffen. Die heutige Verkehrslage erfordere immer dringender, daß die Vorortelinie, die Verbindungsbahn und die Ländebahn elektrisch betrieben werden und ihre Umwandlung in eine Schnellbahn sofort in Angriff genommen wird. Auch eine Reihe von Siedlungen am Rande der Stadt müßten an das Verkehrsnetz angeschlossen werden. Wenn die Zusicherung zum Bau der U-Bahn, was eine Ideallösung wäre, nicht gegeben werden kann, müßten wenigstens Maßnahmen zur Errichtung eines zweiten Stadtbahnringes getroffen werden. Der Redner stellt sodann einen Antrag, die Verkehrsflächen in der Siedlung Wulzendorf im 22. Bezirk, mit deren Instandsetzung in den Jahren 1951 bis 1954 begonnen wurde, fertigzustellen, da die sonst hierfür ausgegebenen Mittel umsonst aufgewendet worden wären. Ein weiterer Antrag verlangt, den Verkehrsweg im 22. Bezirk, der von der neuen Kanalstraße zum Hochwasserschutzdamm führt, auf zwei Fahrbahnbreiten auszubauen und einen Gehsteig anzulegen. Diese stark benützte Verkehrsfläche müßte auch im Niveau gehoben werden, um sie vor Hochwasserüberflutungen zu schützen. Ein weiterer Antrag des VO-Redners verlangt den Umbau der Philadelphiabrücke in Meidling und die Errichtung eines Fußgängertunnels zwischen der Stadtbahnstation Meidling und der Haltestelle der Linie 8.

Als erfreulich bezeichnet GR. Maller die Leistungen des Stadtgartenamtes, für die er allen dort Beschäftigten herzlichst dankt. Wien wurde durch ihre Arbeit auch zu einer Stadt der Blumen. Seine Fraktion werden den Ansätzen der Gruppe VI die Zustimmung geben.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) verlangte ein klares Konzept der Stadtplanung. Die Stadtplanung muß jedem Bauwilligen ein Helfer sein, sie muß auch mit der Wirtschaft zusammenarbeiten und darf vor allem in Wien den Kleinbetrieb nicht übersehen. Bei Neubauten sollte man nicht nur für die Tabak-Trafik und den Friseurladen vorsorgen, sondern auch die übrigen Strukturberufe, wie Installateure, Anstreicher, Mechaniker, Schlosser, Tischler, Tapezierer usw., unterbringen. Der kleine Lebensmittelhändler darf nicht immer wieder durch den Konsum verdrängt werden. Um zu familiengerechten Wohnungen zu kommen, bedarf es einer entsprechenden Wohnungsgröße mit nicht zu kleinen Räumen.

Die Planung einer Tochterstadt etwa im Süden könnte viel zur Lösung des Problems der wilden Siedlung beitragen. Seit 1918 war die Stadtplanung trotz rückläufiger Bevölkerungszahl nicht imstande, den Bauwillen der Wiener in richtige Bahnen zu lenken, sodaß heute tiefe Wunden in den Grüngürtel unserer Stadt geschlagen sind. Das wilde Siedeln geschieht vor allem deshalb, weil der Bauwille des einzelnen kein Ventil hat, da man nur den kommunalen Bau als sozialen Wohnungsbau gelten lassen will.

Ein Bodenbeschaffungsgesetz und die dazu gehörige Enteignung ist ein Hilfsmittel, das im Städtebau auch in Wien nicht entbehrt werden kann. Voraussetzung ist aber, daß allen Bauwilligen, auch den kleinsten, die gleiche wirtschaftliche Chance gegeben wird wie den großen und daß das Bodenbeschaffungsgesetz nicht zur Bodenkonzentration in einer Hand führt. Wenn wir die Baumöglichkeiten für jedermann erschließen, dann können wir die Baupflicht auch durch ein schärferes Enteignungsgesetz erzwingen. Die Sicherung und Festlegung des Eigentums als Familiengrundlage muß das unverrückbare Ziel einer wirklich sozialen Wohnpolitik sein. Wer etwa die Baukosten für ein Haus zu einem Viertel mit seinem ersparten Geld decken könnte, würde bei Aufnahme einer Hypothek für den Restbedarf zu Zinsen gelangen, die heute für die große Masse der Bevölkerung untragbar wären.

Der soziale Wohnungsbau braucht daher unbedingt die Bereitstellung von Mitteln zu einem sehr sozialen Zinsfuß, um dann auf Grund dieser Mittel soziale Mietzinse berechnen zu können. Der genossenschaftliche Bau und der Eigentumswohnbau haben schon breite Breschen in die Ansicht geschlagen, daß nur der kommunale Wohnbau sozialer Wohnungsbau sei. Das Wohnungseigentum hat breiten Schichten der Bevölkerung zum Eigenheim verholfen. Wir vertreten darum weiter den Grundsatz: Wer bauen will, soll auch die für den sozialen Wohnungsbau bereitstehenden Mittel in Anspruch nehmen können!

Die Lösung des Verkehrsproblems hängt innig mit der Frage einer zweiten Verkehrsebene zusammen. Wenn auch der Dreiphasenplan nach einer entsprechenden Verkehrsregelung als zweite Phase Schnellautostraßen und erst als dritte Phase die zweite Verkehrsebene und die U-Bahn vorsieht, so haben wir schon heute die Verpflichtung, die dritte Phase mit aller Kraft vorzubereiten. Seit zwanzig Jahren ist in Wien das Verkehrsvolumen um 340 Prozent gestiegen. Heute kommt auf jeden zehnten Einwohner ein Auto,, schon bald aber könnte jeder sechste Wiener motorisiert sein. Das Brückenbauprogramm ist leider etwas ins Hintertreffen geraten, denn ursprünglich sollte die Heiligenstädter Brücke heuer, die Salztor-Brücke 1957 und die Stadion-Brücke 1958 neu gebaut werden.

Bezüglich der öffentlichen Werkstätten der Gemeindeverwaltung würde es interessieren, in welchem Maße zum Beispiel die Tischlerwerkstätten ausgenützt sind und ob tatsächlich die Notwendigkeit besteht, diese Werkstätten auch heute noch aufrechtzuerhalten. Vielleicht wäre es möglich, die Mehranforderungen an Personal in verschiedenen Verwaltungsgruppen durch Einsparungen bei den Werkstätten zu kompensieren.

Der Redner will weiter wissen, was die Opernpassage tatsächlich am Ende gekostet hat, nachdem ursprünglich 33 Millionen Schilling vorgesehen waren und es bekannt ist, daß durch das Fehlen einer entsprechenden Planungsvorbereitung eine Reihe Überschreitungen eingetreten sind. Der Stadtrat für das Bauwesen

./.

möge auch mitteilen, wodurch die Fehlplanung bei der Wiener Stadthalle verursacht wurde. Bei allen Planungen tue Klarheit im Großen und im Kleinen not.

Wir wollen und werden, schließt der Redner der ÖVP, überall Verantwortung mittragen, ob es nun um Strukturplanung, Verkehrsplanung oder um die wirtschaftliche und rechtliche Voraussetzung der Bodenbeschaffung geht, immer aber unter der Voraussetzung, daß das menschliche Maß nicht nur nach Gewicht und Raum, sondern nach dem inneren Maß des Freiheitswillens, des Leistungswillens auch des Kleinen Berücksichtigung findet. Auch das Streben und Planen des Kleinen und Schwachen soll seine Entfaltungsmöglichkeit im großen Plan der finanzstarken Stadt Wien erhalten. In diesem Sinne geben wir den Ansätzen des Budgets unsere Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) zitiert den Punkt 5, der von Stadtrat Thaller im Jahre 1952 aufgestellten acht Punkte über den sozialen Städtebau. Es heißt darin, daß die Stadt eine aktive Bodenpolitik führen müsse. Der Generalredner der ÖVP hat nun gegen die Grundkäufe der Stadtverwaltung Stellung genommen und auch Dr. Prutscher hat einiges darüber gesagt. Als Vertreter der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen Österreichs stellt der Redner demgegenüber fest, daß die Vereinigungen kaum in Erscheinung treten könnten, würde die Stadt Wien nicht Grundstücke zur Verbauung zur Verfügung stellen.

Zu den Ausführungen von Dr. Prutscher über das wilde Siedeln, sagte der Redner, man müsse zwischen dem Täter unterscheiden und dem, der die Tat ermöglicht hat. In der Planung ist dafür zu sorgen, daß der Siedlungsgedanke künftig in andere Bahnen gelenkt wird. Auch der Kleingartenbewegung kommt besondere Bedeutung zu. Der Redner ersucht die Stadtplanung, für die Schaffung von Dauerkleingärten rechtzeitig Sorge zu tragen. Er fordert auch die ÖVP auf, die privaten Grundbesitzer dazu zu bewegen, ebenfalls für Kleingärten Grund zur Verfügung zu stellen. Überhaupt braucht die Gemeinde Wien dringend ein Wiener Bodenbeschaffungsgesetz. Ein solches Gesetz kann jedoch nicht

im Wiener Landtag beschlossen, sondern muß im Parlament eingebracht werden.

Es wurde in der Stadtplanung auch sehr darauf Bedacht genommen, daß endlich dem Kleingewerbe durch die Schaffung von Werkstättenhöfen geholfen wird. Leider sind nicht alle Gewerbetreibenden geneigt, in neue Gebäude zu übersiedeln. Es ist auch notwendig, sich planmäßig mit der Absiedlung der in Kellerlokalen untergebrachten Gewerbetreibenden zu beschäftigen.

Unter dem Beifall der Sozialisten dankte der Redner dann im Namen der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen für die Hilfe durch die Wiener Wohnbauförderung. Abschließend sagte er: Die Ansätze des 6. Hauptstückes sind innerhalb des Budgets der Stadt Wien so bedeutend, daß ohne sie sicherlich das Wirtschaftsleben in Wien nicht jenen Aufschwung hätte, den es derzeit erlebt. Deshalb wird die sozialistische Fraktion gerne ihre Zustimmung zu den Ansätzen geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Thaller stellt in seinem Schlußwort fest, daß die Fragen der Planung, die Dr. Prutscher ausführlich besprochen hat, auch ihm am Herzen liegen. Er hoffe, daß mit der neuen Bauordnung wirklich Klarheit geschaffen werden wird. Die gesamte Planung ist seit einiger Zeit in einem völligen Umbau begriffen. Die Erfahrungen der Nachkriegszeit, die nun in der neuen Bauordnung zusammengefaßt wurden, geben uns die Gewißheit, daß wir in den nächsten Jahren auf ganz neuen Wegen planen und bauen können. Was die von Dr. Prutscher erwähnte wünschenswerte Zusammenarbeit mit gewissen Kräften in der Wirtschaft anbelangt, so gab der Referent ein Beispiel dafür, daß diese Zusammenarbeit durch Kurzsichtigkeit oft unmöglich wird. So verlangt ein großer Betrieb, der aus betriebsbedingten Gründen abgesiedelt werden mußte, die Gemeinde möge Flächenumwidmungen vornehmen. Dadurch hätte der Betrieb am Grundverkauf so viel verdient, daß der Wiederaufbau an anderer Stelle gedeckt gewesen wäre. Das ist jedoch unmöglich. Nur von dem höheren Gesichtspunkt der Stadt kann unsere Planung durchgeführt werden.

Stadtrat Thaller betonte auch, daß auf die kleineren Betriebe keineswegs vergessen werde. Er wolle jedoch in diesem Zusammenhang ein offenes Wort sagen: Bei den Assanierungen zielt die Stadtverwaltung oft darauf ab, die absterbenden Betriebe, wie Witwenbetriebe usw., auch wirklich zum Absterben zu bringen, wenn sie nicht wirtschaftlich geführt werden können. Durch Abfertigungen soll in solchen Fällen die Schließung ermöglicht werden.

Die "wilden" Siedlungen entstehen dort, wo man billigen Grund, der nicht als Baugrund vorgesehen ist, bekommt. Hätte die Stadtverwaltung genügend Gründe, würde sie dieses Streben nach Siedeln befriedigen können und damit das wilde Siedeln eindämmen. Die Stadtverwaltung ist bestrebt, immer wieder Siedlungsland und Kleingartenflächen mit Dauerwidmungen zu schaffen.

Wenn die Größe der Gemeindewohnungen als nicht familiengerecht bezeichnet wird, so ist zu sagen, daß die Wiener Familie im Durchschnitt aus 2,3 Personen besteht. Ein Zimmer einer Gemeinde-neubauwohnung ist mindestens 15 Quadratmeter groß, ein Kabinett mindestens 11 Quadratmeter und der Wohnraum hat eine Größe von 18 bis 24 Quadratmetern. Man darf auch nicht vergessen, daß bei den Wohnhausanlagen nur 20 bis 25 Prozent der Grundfläche verbaut werden, ausgenommen bei der Verbauung von Baulücken. Bei privaten Bauten werde der Grund dagegen oft weit über 60 Prozent ausgenützt.

Zur Klage, daß durch Umwidmungen vielfach Gründe an Wert verlieren, ist zu sagen, daß sich noch nie jemand beschwert hat, wenn durch Umwidmungen die Gründe an Wert gewonnen haben. Außerdem ist in der neuen Bauordnung festgelegt, daß jedermann, dessen Grund durch Umwidmungen um mehr als 50 Prozent an Wert verliert, von der Gemeinde hierfür eine Entschädigung verlangen kann. Für alle diese Fälle ist vorgesorgt. Mit Freude könne die Bejahung des ÖVP-Redners bezüglich der Enteignungen begrüßt werden. Es dürfe nur dann in den Ausschüssen, wenn derartige Maßnahmen behandelt werden, nicht dagegen gestimmt werden. Dr. Prutscher habe erfreulicherweise auch das Bodenbeschaffungsgesetz bejaht. Das Verlangen, über den sozialen Wohnhausbau hinaus die Bauwilligen zu unterstützen, erübrige sich, da die Gemeinde seit langem zu den 60prozentigen Darlehen des Bundeswohn- und Siedlungsfonds 30 Prozent ihrerseits

beisteuert und nur 10 Prozent vom zukünftigen Wohnungsbesitzer beigetragen werden müssen. Auch vielen Siedlungsgenossenschaften und Einzelpersonen, die mit Hilfe der Wohnbauförderung bauen, wurde geholfen. Die Gemeinde hat auch Gründe, die sie selber hätte verbauen können, im Baurecht vergeben.

Die Aufforderung, den Interessen des Verkehrs mehr Augenmerk zuzuwenden, erübrige sich. Die Stadtverwaltung habe alle Arbeiten auf diesem Gebiet nach sachlichen Gesichtspunkten geleistet und viele Empfehlungen der Verkehrsenquete hierbei berücksichtigt. Es werden vielfach von Privatarchitekten Pläne vorgelegt, die aber oft den Voraussetzungen nicht entsprechen, weil sie in keiner Weise Rücksicht auf das Stadtbild nehmen und bei der Bevölkerung sicherlich einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würden. Vielleicht werden die Wiener in zwanzig Jahren über solche Projekte, die auf die Schönheiten unserer Stadt zugunsten des Verkehrs wenig Rücksicht nehmen, anders denken. Heute sind wir noch nicht so weit und planen alle Verkehrsregelungen nicht nur vom Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit sondern auch von dem der Schönheit.

Über die Arbeitsvergebungen müßte eigentlich bereits völlige Klarheit herrschen. Bis auf einige wenige Arbeiten werden alle öffentlich ausgeschrieben und dann schließlich an den Bestbieter vergeben. Unterangebote werden dabei aber auch nicht berücksichtigt. Es ist also nicht richtig, wenn gesagt wird, die Gemeinde hätte die Verantwortung dafür zu tragen, daß einige Firmen finanziell nicht mehr weitergekommen haben. Es werde niemand zu einem Unterangebot gezwungen.

Bei den Werkstätten in verschiedenen Anstalten und Betrieben, deren Vorhandensein kritisiert wurde, handelt es sich hauptsächlich um Elektriker und Installateure, die man zum Beispiel in den Krankenhäusern täglich brauche. Auch die Heizwerkstätte ist eine Notwendigkeit.

Abschließend versichert Stadtrat Thaller, daß man alle Erkenntnisse anwenden werde, die die Zeit immer wieder schafft, und daß alles Nötige rechtzeitig im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung in Angriff genommen werden wird.

Die Stadtverwaltung werde auch die Interessen gegen jedermann, auch dem Bunde gegenüber, jederzeit vertreten. Die Gruppe Bauwesen will dazu beitragen, allen, die in dieser Stadt leben, die Gewißheit zu geben, daß Wien immer schöner und liebenswerter wird. (Beifall)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze einstimmig angenommen. Die Anträge des GR. Maller (VO) wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Die Anfrage des GR. Dkfm.Dr. Prutscher (ÖVP) wurde dem zuständigen Amtsführenden Stadtrat zur Beantwortung zugewiesen und die Anträge an den zuständigen Ausschuß zur Behandlung weitergeleitet.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Konservatorium der Stadt Wien auf Reisen

=====

19. Dezember (RK) Eingeladen von den Gemeinden des Gebietes Mühlberg bei Hohenau an der tschechoslowakischen Grenze, absolvierte die Tanzgruppe des Konservatoriums der Stadt Wien unter Leitung von Ilka Peter mit dem in Wien bereits bekannt gewordenen Tanzspiel "Die Geschichte von der harten Nuß" in Mühlberg eine Aufführung, der 600 Kinder, die von nah und fern gekommen waren, eine enthusiastische Aufnahme bereiteten.

Für die kommenden Sommerferien wurde die gleiche Tanzgruppe zu einer Tournee eingeladen, die innerhalb von vier Wochen die größten Bäderstädte Deutschlands besuchen und so in wirksamer Form für die Musiklehranstalten der Stadt Wien wirken wird. In der Deutschen Bundesrepublik werden die in Wien im Rahmen der Jugendkonzerte aufgeführten Tanzspiele "Hans und Liese", "Die Geschichte von der harten Nuß" und "Der Schulmeister" gezeigt werden.

- - -

Weihnachten in städtischen Anstalten
=====

19. Dezember (RK) In den Vormerkkalendern der Stadtväter sind auch heuer für die Woche vor den Feiertagen Dutzende Einladungen zu Weihnachtsfeiern in städtischen Anstalten eingetragen.

Bürgermeister Jonas nahm bereits an der Weihnachtsfeier der Krankenpflegeschule in Lainz und in der Gynäkologischen Abteilung des Wilhelminenspitals teil. Morgen, Donnerstag, wird er im Altersheim Lainz und Freitag in der Semmelweis-Frauenklinik den Pfleglingen und Patientinnen die Weihnachtswünsche der Stadtverwaltung übermitteln.

Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger werden gleichfalls an mehreren Weihnachtsfeiern in Lehrlingsheimen, Heilanstalten und Spitälern teilnehmen. Auch die Stadträte und Gemeinderäte werden bis zum Goldenen Sonntag an jeden Tag bei Weihnachtsfeiern in städtischen Anstalten die Stadtverwaltung vertreten.

Insgesamt werden heuer in den von der Stadt Wien verwalteten Anstalten rund 120 größere Weihnachtsfeiern veranstaltet. Bei einigen dieser Feiern werden Schulkinder und auch namhafte Wiener Künstler mitwirken. Der Stadtschulrat für Wien veranstaltet morgen nachmittag in Meidling eine Weihnachtsfeier für ungarische Flüchtlingskinder.

- - -

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten
=====

19. Dezember (RK) Hierauf gelangte das 7. Hauptstück - Bau-
behördliche und sonstige technische Angelegenheiten - zur Beratung.

Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) verwies einleitend darauf, daß
das von ihm betreute Referat sehr unterschiedliche Sachgebiete zu
bearbeiten hat und daß die Tätigkeit vieler dieser Abteilungen von
der Öffentlichkeit nicht immer im entsprechenden Ausmaß wahrgenom-
men werde. Seine Verwaltungsgruppe weist bei Ausgaben von 63,4
Millionen und Einnahmen von 39,3 Millionen einen Abgang von rund
24 Millionen Schilling auf.

Modernere Straßenlampen

Die Öffentliche Beleuchtung erfuhr im Jahre 1956 eine Zunahme
von 4.210 neuen Lichtstellen, sodaß derzeit insgesamt 68.650 Lam-
pen im Wiener Stadtgebiet vorhanden sind. Davon werden etwa 4.900
durch Gas betrieben. Unter anderem sollen im kommenden Jahr die
Lichtstellen in den verkehrswichtigen Straßen und an den großen
Kreuzungen um 1100 vermehrt werden. Die äußere Triester Straße und
die Straße vom Kahlenbergerdorf bis zur Stadtgrenze haben eine
neue Beleuchtung mit Natriumdampflampen erhalten. Zwei Stücke des
Gürtels sind mit neuartigen lichtstarken Leuchtstofflampen verse-
hen, die später am ganzen Gürtel verwendet werden sollen.

Die Tätigkeit der Baupolizei

Die Inanspruchnahme der Baupolizei ist durch die starke Bau-
tätigkeit sehr rege. Eine besonders verantwortliche Aufgabe fiel
der Abteilung bei der Planung von Großbauvorhaben, die Stadthalle,
Stadion und Freudenauer Hafenbrücke, zu. Erstmals wurden Nacht-
spielanlagen auf der Hohen Warte und im Stadion ausgeführt.

Das Interesse an Neubauten aller Art hat auch in diesem Jahr
nicht abgenommen. Im vergangenen Jahr wurde für 5.700 Wohnungen
die Baubewilligung erteilt, es wurden aber bloß 1.230 Wohnungen
der Benützung übergeben. Dieses Mißverhältnis bringt zum Ausdruck,
daß auch heuer zahlreiche Bauten begonnen, aber wegen Material-
und Arbeitermangel nur schleppend weitergeführt werden konnten.

Eine Kommission, die bei beabsichtigten Wohnungsräumungen amtiert, hat in etwa 500 Fällen interveniert und mußte auf Räumung von rund 400 Wohnungen erkennen. Es handelt sich meistens um grundfeuchte Wohnungen in überalteten baufälligen Objekten, deren fortlaufende Räumung zur Sanierung der Großstadt gehört.

Die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt hatte unter anderem beim Ausbau des Stadions und bei der Errichtung des städtischen Wohnhochhauses wichtige Arbeiten durchzuführen. Umfangreiche Versuche wurden mit Welleternit-Betonplatten ausgeführt. Erwähnenswert wären auch die Ermittlungen der Reibungszahlen von verschiedenen Gummisorten auf Straßenoberflächen.

Erhöhte Grundpreise

Da die private Bautätigkeit in den letzten Jahren einen starken Anreiz erhalten hat, war auch im verflossenen Jahr der Grundstückmarkt sehr belebt und die Nachfrage nach Grundstücken oft größer als das Angebot. Die Gemeindeverwaltung hat sich im Verfolg ihrer bisherigen Bodenpolitik darauf beschränkt, nur den Ankauf jener Gründe zu beantragen, deren Erschließung in erster Linie Aufgabe der öffentlichen Hand ist oder deren Erwerb aus Steuergeldern eindeutig im öffentlichen Interesse gelegen war. Die Grundpreise, die lange gegenüber der allgemeinen Preisentwicklung zurückgeblieben waren, haben nunmehr das allgemeine Preisniveau erreicht. Insbesondere zogen die Grundpreise in jenen Bezirken an, die seinerzeit unter russischer Verwaltung standen. Bei der Preiserstellung gibt heute weniger die Lage, sondern vielmehr die Verwendbarkeit des Grundes den Ausschlag und es ist eine gewisse Nivellierung der Grundpreise festzustellen.

Die mit der Stadtvermessung betraute Magistratsabteilung ist bemüht, einen neuen Stadtplan zu schaffen, wobei sie sich der Luftbildaufnahmen bedient. Die Auswertung dieser Aufnahmen wird in der neuzeitlichsten Form durch Anschaffung eines Luftbildauswertegerätes, das über eine Million Schilling kostet, ermöglicht werden.

Besondere Luftbild-Messaufnahmen über den Hauptverkehrsstraßen gestatten auch die differenzierte Feststellung aller parkenden Fahrzeuge großer Verkehrsräume zu bestimmten Zeitpunkten.

Die Wiener Friedhöfe

Bei den Friedhöfen wurden weitere Kriegs- und Zeitschäden behoben. Im Wiener Zentralfriedhof sind die Erneuerungsarbeiten an der Aufbahrungshalle II und an der Dr. Karl Lueger-Kirche beendet, wobei in der Kirche eine neue Glocke installiert wurde. Beim III. Tor sind die Blumenverkaufsstände fertiggestellt. Der Neubau eines Einäscherungssofens mit Gasfeuerung im Krematorium wurde im September beendet. Die Ergänzung der im Kriege abhanden gekommenen Glocken und Grabbezeichnungsgegenstände wurde fortgesetzt, sodaß nur mehr ganz wenige Friedhöfe ohne Geläute sind und die Orientierung der Friedhofsbesucher schon viel leichter möglich ist als bisher.

Die Anzahl der jährlichen Beerdigungen bleibt mit ungefähr 24.000 ziemlich konstant. Der Anteil der Einäscherungen ist von 13.5 Prozent im Jahre 1953 auf 12.8 im Jahre 1955 leicht gesunken. Da die Anzahl der heimgefallenen Gräber ständig zunimmt, ist auch der Bedarf an zusätzlichen Flächen für neue Gräber immer geringer. Am Zentralfriedhof stehen schon seit einigen Jahren genügend heimgefallene Grabstellen zur Verfügung. Die ständige Zunahme der Kranz- und Blumenspenden und der übrigen Gräberschmückung bedingen eine vermehrte Beseitigung von Abfällen und damit erhöhte Kosten.

Trotz einer Steigerung der Einnahmen sind die der Friedhofsverwaltung zur Verfügung stehenden Mittel leider nicht ausreichend, um die Friedhöfe in dem gewünschten würdigen Zustand zu versetzen. Die Friedhofsverwaltung hat auch für die Aufbahrungshallen zu sorgen, die ausschließlich der Bestattung dienen. Obwohl die Ausgaben einige Millionen betragen, bezahlt die Bestattung im Jahr nur 610.000 Schilling. Nach Ansicht des Berichterstatters würde es notwendig sein, hier ein richtiges Verhältnis herzustellen.

Auch die Gebührensätze für die Gräber sind zurückgelassen, denn sie betragen bloß das 1.8fache bis 2.8fache der Gebühren aus dem Jahre 1937, während die Löhne auf das Sechsfache, die Baukosten auf das Achtfache und die Grundpreise auf das Zehnfache gestiegen sind. Für die Erhaltung und den Ausbau der Friedhöfe werden im kommenden Jahr weniger Mittel zur Verfügung stehen als heuer. Eine neue Friedhofsordnung soll wesentlich zur Aufrichtung der während der Kriegs- und Nachkriegsjahre stark gelockerten Ordnung in den städtischen Friedhöfen beitragen, um aus ihnen wieder wirkliche Kulturstätten zu machen.

Fußgänger bedienen Lichtsignal

Hinsichtlich der technischen Verkehrsangelegenheiten gibt Stadtrat Lakowitsch bekannt, daß am Margaretengürtel ein neuer Fußgängerübergang eingerichtet werden wird, der durch Lichtsignale, die von den Fußgängern selbst bedient werden können, geregelt sein soll. An der Kreuzung Ring - Johannesgasse wird eine Verkehrsampel installiert, die durch die Fahrzeuge, welche die Johannesgasse passieren, durch Verwendung einer pneumatischen Steuerung selbst bedient wird. An zahlreichen Straßenkreuzungen wurden Zebraübergänge für Fußgänger angelegt. Leider fehlen noch immer die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Benützung dieser Übergänge. Es ist jedoch zu hoffen, daß bald die so dringend notwendige gesetzliche Regelung erfolgt.

1956 wurden in Wien 31.375 Lenkerprüfungen abgenommen. Darüber hinaus meldet die Prüfstelle für das Kraftfahrwesen 6.616 Kraftfahrzeugprüfungen und 210 Fahrlehrerprüfungen. Interessant ist die Feststellung auf einem Straßenbaukongreß in London, daß die Motorisierung voraussichtlich erst dann zu einem Stillstand kommen wird, wenn in jeder Familie ein Kraftfahrzeug vorhanden ist. Wien besitzt derzeit ungefähr 673.000 Haushalte und etwa 175.000 Kraftfahrzeuge. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Motorisierung noch weiter ansteigen wird.

Selbst bei rigorosister Einführung von Einbahnstraßen, Park- und Halteverboten wird es unmöglich sein, Platz für die zu erwartende Anzahl von Kraftfahrzeugen zu schaffen. Nach Ansicht des Stadtrates wird daher auf die Dauer mit einer Verkehrsebene allein das Auslangen nicht zu finden sein.

Die Forste der Stadt Wien

Bei der Besprechung des Stadtforstamtes hob der Referent hervor, daß den Lainzer Tiergarten in der abgelaufenen Saison 168.014 Personen besuchten. Das sind um 30.000 Personen mehr als im Vorjahr.

Der Wildbestand im Tiergarten zeigt eine Erhöhung und beträgt zur Zeit 730 Stück, davon 465 Stück Schwarzwild, 160 Stück Rehwild, 41 Stück Damwild und 52 Stück Mufflon.

Die schwierigste Aufgabe des Stadtforstamtes ist die Aufforstung des Laaer Berges. Bereits in dem großen Projekt des Wald- und Wiesengürtels vom Jahre 1905 war dem Wiener- und dem Laaer Berg eine große Aufgabe zugeordnet. Als dritter Abschnitt des Wald- und Wiesengürtels sollte hier ein Waldkomplex mit Wiesenflächen geschaffen werden. Nachdem der im Jahre 1953 vorgenommene Aufforstungsversuch scheiterte, wurde im heurigen Jahr eine neue Aufforstungsmethode angewandt, deren Erfolg als gut bezeichnet werden kann. 18.000 Kubikmeter Erde wurden bewegt, 10 Kilometer Pflanzgräben ausgehoben und mit an Bakterien angereicherter Erde gefüllt. Fast 40.000 Laub- und Nadelhölzer wurden gepflanzt.

In den Quellschutzforsten wurden rund 750.000 Forstpflanzen versetzt. Der Aufschließung wurde größtes Augenmerk zugewendet. Das Waldstraßen- und Zugwegnetz wurde mit Hilfe von Maschineneinsatz erweitert und verbessert.

Die im Vorjahr errichtete Holzbringungsseilbahn in Wildalpen, die sich sehr gut bewährt hat, wurde auf Elektroantrieb umgestellt. Es ist dies die erste elektrisch betriebene Seilbahn für die Holzbringung in Österreich.

Am Schluß seines Berichtes dankte der Referent den Mitgliedern des Ausschusses VII für die stets von größter Sachlichkeit getragene Mitarbeit. Auch allen Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe dankte er für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit und bat alle, auch im Jahre 1957 alle Kräfte im Dienste unserer Heimatstadt einzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Debatte über das 7. Hauptstück

GR. Kronhuber (VO) bezeichnet die Wiederaufforstung des Laaer Berges als besonders wertvoll. Es wäre jedoch auch die Wiederaufforstung im Osten Wiens wichtig. Hier ist ein neues Erholungsgebiet für die Wiener im Entstehen begriffen.

Zu der Frage des wilden Siedelns meinte der Redner, daß eine Lenkung notwendig wäre. Er schlägt vor, daß die Gemeinde Wien eine Beratungsstelle für Siedlungswillige einrichten solle.

Breiten Raum nahmen in den Ausführungen des Debattenredners der VO die Verkehrsprobleme ein. Er stellt unter anderem fest, daß die Verkehrsverhältnisse in Wien im vergangenen Jahr durch die von den Behörden getroffenen Maßnahmen nicht verbessert werden konnten, weil die Motorisierung rascher fortschritt. Solange nicht der Durchzugsverkehr durch die Innere Stadt und über den Ring verschwinden wird und solange sich nicht ein möglichst großer Teil des Massenverkehrs auf eigenen Fahrbahnen bewegt, könne keine entscheidende Verbesserung eintreten. Der Redner fordert auch mehr Schutz für den Fußgänger im Straßenverkehr und begrüßt die beabsichtigte Verwendung von Verkehrsampeln, die durch die Fußgänger bedient werden. Er verlangt ferner die Einführung der "Grünen Welle", um den Verkehr reibungsloser zu gestalten. Wegen der schädlichen Auspuffgase wären Beratungen von Verkehrsfachleuten, Ärzten, Technikern und Chemikern erforderlich.

Die öffentliche Beleuchtung in den Arbeiterbezirken und besonders in den Siedlungsgebieten bezeichnet GR. Kronhuber als völlig unzureichend. Auch der Gürtel ist noch immer sehr schlecht beleuchtet.

Abschließend stellt der Redner fest, daß das Budget der Gruppe VII für das kommende Jahr keine entscheidenden Verbesserungen erwarten läßt. Daher werde seine Fraktion nicht für die Ansätze stimmen.

GR. Ing. Lust (ÖVP) stellt zunächst die Forderung auf, daß die Verkehrsplanung nicht nur Wien, sondern auch die Umgebung der Stadt in einem Umkreis von 100 Kilometer einbeziehen soll.

Immer wichtigere Aufgaben hat die Baupolizei zu erfüllen. Leider hält der Personalstand der Baupolizei nicht mit der Fülle der Arbeit Schritt. Es ist daher erklärlich, daß die Erledigung eines Bauansuchend niemals fristgerecht erfolgen kann. Der Bauingenieur ist ein Mangelberuf geworden. Deshalb müßte ein größerer finanzieller Anreiz gegeben werden, um die Bauingenieure zum Eintritt in die Baupolizei zu bewegen. Der Redner schlägt auch vor, Ziviltechniker zur Unterstützung der Beamten der Baupolizei heranzuziehen.

Wertvolle Arbeit wurde auch vom Schätzamt geleistet, die sich günstig auf den Sektor der Grundstückspreise auswirkte. Ein fühlbarer Fortschritt wurde auch in der öffentlichen Beleuchtung erzielt. Auch die Beleuchtung von Denkmälern ist schon im Interesse des Fremdenverkehrs sehr zu begrüßen. Die Friedhofsverwaltung hat für die Modernisierung der Friedhöfe und ihrer baulichen Objekte viel getan. So konnte u.a. die Luegerkirche fertiggestellt und der Wiederaufbau der Aufbahrungshalle vollendet werden. Die neue Friedhofsordnung wird sich gleichfalls günstig auf die künftige Gestaltung der Friedhöfe auswirken.

Gute und wertvolle Arbeit hat auch das Stadtforstamt geleistet. Die schweren Schäden, die auf diesem Gebiet seit 1938 durch Vernachlässigung und später durch Kriegseinwirkungen und die Besatzung verursacht wurden, sind größtenteils beseitigt. Die Grünzungen wurden vergrößert und noch neue angelegt. Das Betätigungsfeld der Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten, war gleichfalls sehr groß; ist ja kaum ein Problem so dringend, wie das des Verkehrs in unserer Stadt. Die Verkehrsplanungskommission wird ehestens in Aktion treten müssen. Großes Augenmerk muß auch dem Garagenproblem zugewendet werden. Es dürfe nichts unterlassen werden, was der Stellung Wiens im Herzen Europas im Hinblick auf moderne und technische Erfordernisse Abbruch tun könnte. Am Gemeinderat werde es liegen, durch seine Unterstützung den Fortschritt unserer schönen Stadt in der Entwicklung zur Weltstadt zu beschleunigen. So wird aus unserem schönen Wien ein noch schöneres Wien entstehen. (Beifall bei ÖVP.)

GR. Billmaier (SPÖ) kommt auf die Autobahn zu sprechen und stellt fest, daß bei ihrer Planung gerade Wien sehr benachteiligt wurde. Es hat bedeutender Anstrengungen bedurft, daß es neben der Südeinfahrt zu einer Lösung auch über die Westeinfahrt gekommen ist, die aber leider nicht befriedigt. Wien müsse überdies nicht erst zur Weltstadt werden, sondern ist es vielmehr schon.

Mit den Arbeiten, die von den einzelnen Abteilungen dieser Geschäftsgruppe geleistet wurden, könne man zufrieden sein. Es wurde viel auf dem Gebiete der öffentlichen Beleuchtung und der Verkehrslichtanlagen geschaffen.

Die neue Friedhofsordnung wird dazu beitragen, die Wiener Friedhöfe als Gedächtnisstätten auszugestalten, die sie zu einer würdigen Gedenkstätte für unsere Toten machen. Man müßte nur noch zusätzliche Vorschriften erlassen, die eine weitere Ausdehnung des Fahrzeug- und Fuhrwerksverkehrs in den Friedhöfen verhindern. Das würde sicher dazu führen, daß die Friedhöfe zu jenen Stätten werden, in denen man in Ruhe und Besinnlichkeit seiner Verstorbenen gedenken kann. Nicht betroffen von einer derartigen Maßnahme sollten selbstverständlich gehbehinderte oder gebrechliche Personen sein.

Die Aufforstung am Laaer Berg entspricht einem alten Wunsch der Favoritner Bevölkerung. Nach einem ersten mißglückten Versuch ist zu hoffen, daß nunmehr bessere Erfolge erzielt werden. Vielleicht wird es möglich, die noch fehlenden 18 Hektar, die den Anschluß an den Wienerwald und den Wald- und Wiesengürtel bis nach Simmering zum Gaswerk und eine Verlängerung zur Lobau ermöglichen, gleichfalls aufzuforsten. Diese Versuche der Aufforstung waren nicht gerade billig. Im Interesse der Wiener Bevölkerung soll aber alles getan werden, was sie zu ihrer Gesunderhaltung braucht. (Beifall bei der SPÖ.)

Seine Fraktion stimme den Ansätzen zu.

Stadtrat Lakowitsch spricht sich in seinem Schlußwort für eine gewisse Großzügigkeit bei der Errichtung von Garagen aus, um die Verkehrsflächen für den fließenden Verkehr freizumachen. Die Technik ist heute so weit fortgeschritten, daß die Belästigung der Bewohner der umliegenden Gebiete durch Geruch und

Lärm in einem erträglichen Ausmaß gehalten werden kann. Was die Trassenführung der Autobahn betrifft, warnt der Stadtrat davor, die Einfahrt durch den Lainzer Tiergarten zu führen.

Das Problem der Einfahrt von Fahrzeugen in den Wiener Zentralfriedhof soll in nächster Zeit eine Regelung finden, die allen geäußerten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung trägt.

Die Aufforstung auf dem Laaer Berg wird ihre Fortsetzung finden. Im Wald- und Wiesengürtel hat die Gemeinde Wien die Schwarzenberggründe erworben, die auch als Luftreservoir der Wiener dienen sollen. Leider ist es nicht gelungen, die Anningerforste im Besitz der Stadt Wien zu erhalten.

Abschließend stellt Stadtrat Lakowitsch mit Befriedigung fest, daß die Debatteredner im wesentlichen zustimmend zu seinen Ausführungen Stellung genommen haben und mit der Tätigkeit seiner Verwaltungsgruppe zufrieden waren. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Bei der darauf folgenden Abstimmung, die Vorsitzender GR.Dr.Dipl.Ing. Hengl vornimmt, finden die Ansätze des 7. Hauptstückes ohne die Stimmen der VO die Genehmigung durch den Gemeinderat.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Pferdemarkt vom 18. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 269 Pferde, davon 36 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 259, als Nutztiere 4 verkauft, unverkauft blieben 6.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 120, Oberösterreich 41, Burgenland 42, Steiermark 38, Kärnten 15, Salzburg 6, Tirol 7.

Preise: Jungpferde und Fohlen 9.50 bis 11.20 S, 1. Qualität 5.90 bis 6.50 S, Extremware 6.70 bis 7 S, 2. Qualität 5.40 bis 5.80 S, 3. Qualität 4.70 bis 5.30 S.

Bei lebhaftem Marktverkehr erhöhte sich der Durchschnittspreis bei Pferden um 30 g pro Kilogramm. Fohlen notierten behauptet. Durchschnittspreis: Pferde 5.50 S, Fohlen 10.66 S.

8. Hauptstück: Öffentliche Einrichtungen

=====

19. Dezember (RK) In den Nachmittagsstunden wird das 8. Hauptstück - Öffentliche Einrichtungen - behandelt. Berichterstatte Stadtrat Koci (SPÖ) teilt mit, daß für die fünf Abteilungen seines Referates - Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien, Stadtreinigung mit Fuhrpark - bei Ausgaben von 436 Millionen und Einnahmen von 212 Millionen ein Gebarungsabgang von 223 Millionen veranschlagt ist.

Im kommenden Jahr werden etwa 7.280 Meter neue Straßenkanäle für die städtischen Wohnhausanlagen zu bauen sein, darunter die Verlängerung des linken Wienfluß-Sammelkanals nach Hadersdorf-Weidlingau. Ein neues größeres Bauvorhaben entsteht mit dem Bau des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanales, der sich ebenso wie die Kanalisierung des Sommerbades in Favoriten auf mehrere Jahre erstrecken wird. Von fertiggestellten Arbeiten erwähnt der Berichterstatte insbesondere den Leopoldauer Sammelkanal, der die Voraussetzung für den allmählichen Einbau von Teilen des 22. Bezirkes in die Wiener Kanalisation schafft.

Wasserverbrauch des Wieners: 250 Liter im Tag

Die maschinellen Einrichtungen der Wasserwerke stammen noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und bedürfen einer laufenden Erneuerung. Für die Fertigstellung des Leitungsspeichers in Neusiedl sind in diesem Jahr 13 Millionen Schilling vorgesehen. Das Projekt, das insgesamt 97 Millionen kostete, wird 1957 vollendet werden und voraussichtlich 1958 den Betrieb aufnehmen. Nach dem Umbau des Grundwasserwerkes Nußdorf sowie einer Rohrstrangverlegung über die neue Nordbahnbrücke wird Floridsdorf direkt vom Nußdorfer Pumpwerk gespeist werden können. Für die Versorgung der hochgelegenen Gebiete von Ober.-St.Veit ist der Neubau eines Behälters und eines Hebewerkes im Hörndlwald notwendig geworden.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1956 belief sich die Wassergewinnung der Stadt Wien auf etwa 122 Milliarden Liter. Davon waren 84 Prozent Quellwasser, 12.5 Prozent stammten aus Grundwasserwerken, 1.3 Prozent aus Spitzendeckungswerken und 2.2 Prozent aus der Wientalwasserleitung. Es wurden somit im heurigen

Jahr um sechs Milliarden Liter Wasser mehr gewonnen als im Vorjahr. Die durchschnittliche Wassergewinnung im Tag betrug 400 Millionen Liter. Die Chlorung des Wassers wird mit 0.2 mg/Liter weiterhin durchgeführt.

Vom Jänner bis Oktober dieses Jahres wurde in Wien ein Verbrauch von 118 Milliarden ^{Liter} Wasser gemessen, das ergibt pro Tag 387 Millionen Liter und gegenüber dem Vorjahr einen Mehrverbrauch von 18 Millionen Liter täglich. Der Wasserverbrauch im Tagesdurchschnitt beträgt pro Kopf 249 Liter gegenüber 237 Liter im Jahre 1955. Der Tageshöchstverbrauch wurde am 7. Juni mit 300 Liter gemessen.

50 Jahre Gänsehäufel

In seinem Bericht über die städtischen Bäder gab Stadtrat Koci bekannt, daß für das Sommerbad Favoriten im kommenden Jahr fünf Millionen Schilling aufgewendet werden; im Frühjahr ist mit dem Beginn der Bauarbeiten zu rechnen. Mit dem Bau eines Kinderfreibades im 19. Bezirk geht ein langgehegter Wunsch der Döblinger in Erfüllung. Das Strandbad Gänsehäufel feiert im nächsten Jahr sein 50jähriges Bestandsjubiläum, und aus diesem Grund werden verschiedene kleinere Neuerungen ^{vorgenommen} Wie alljährlich stehen für Baggerarbeiten an der Alten Donau 280.000 Schilling zur Verfügung.

Die Gesamtkosten des Theresienbades, das im August mit der Eröffnung des Sommerschwimmbades fertiggestellt wurde, betragen 35,7 Millionen Schilling. Durch die Errichtung des Kinderfreibades in Rodaun und mit der Eröffnung des Kinderfreibades am Max Winter-Platz hat die Stadtverwaltung wieder vielen Kindern eine große Freude bereitet. Derzeit sind in Wien 63 städtische Bäder in Betrieb, davon 22 Warmbäder, 3 Warm- und Sommerbäder, 10 Sommerbäder und 28 Kinderfreibäder. Der Gesamtbesuch belief sich auf 6,435.613 Personen und war um 217.392 Personen höher als im Vorjahr. Die Sommerbäder besuchten 1,063.813 Personen. Bei den Warmbädern werden die Brausebäder weniger, die Wannens- und Dampfbäder jedoch wesentlich stärker aufgesucht.

Wäschereien

Die städtische Zentralwäscherei in der Schwenkgasse hatte bis Oktober 1956 eine Waschleistung von über vier Millionen Kilo Wäsche zu verzeichnen. Diese Leistung dürfte bei den derzeit vorhandenen Maschinen kaum gesteigert werden können. Sämtliche 34 maschinell eingerichteten Wohnhauswäschereien standen in Vollbetrieb. In diesen Wohnhauswäschereien haben 183.730 Wohnparteien die Anlagen in Anspruch genommen. In den städtischen Wohnhausbadeanlagen, von denen 76 in Betrieb stehen, wurden 402.967 Besucher gezählt.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Schneearbeiterlöhne der Magistratsabteilung 48 werden für den kommenden Winter von fünf auf sechs Schilling erhöht und für die Nachtarbeit 6.50 Schilling betragen. Insgesamt sind für diesen Zweck 2,4 Millionen Schilling ausgeworfen.

Für die Müllabfuhr stehen derzeit 192.000 Gefäße zur Verfügung, von denen rund 182.000 in den Wohnhäusern aufgestellt sind, während der Rest für Tauschzwecke dient. Wie wichtig die Müllabfuhr für eine Großstadt ist, ersieht man daraus, daß der tägliche Müllanfall in Wien etwa 2.000 Kubikmeter beträgt.

Der maschinelle Geräteeinsatz für die Straßenpflege wird durch den ruhenden und fließenden Verkehr stark eingeengt, sodaß immer ein wesentlicher Teil der Aufgaben der Handarbeit vorbehalten bleiben wird.

Der Berichterstatter verweist auf die alljährlich auftretenden Schwierigkeiten bei Schneefall, die durch den wechselvollen Wettercharakter - morgens Schnee, mittags Tauwetter, abends Glatteis -, die gefährliche Schneeglätte infolge des starken motorisierten Verkehrs und den Mangel an Schneearbeitern bedingt sind. In den dreißiger Jahren verhinderten die Arbeitslosen den maschinellen Geräteeinsatz, weil für sie das geflügelte Wort galt: "Brot fällt vom Himmel!" Heute hingegen wird der maschinelle Geräteeinsatz durch die Motorisierung erschwert.

Nach langen Verhandlungen ist es nun gelungen, die Polizei dafür zu gewinnen, versuchsweise ein wechselseitiges Parkverbot einzuführen. Dieser Versuch soll bei Schneefall im 7. und 8. sowie in einem Randteil des 1. Bezirkes gemacht werden. Eine restlose Beseitigung der unangenehmen Begleiterscheinungen des Schneefalls wird aber wahrscheinlich nie und nirgends gänzlich erreicht werden können.

Abschließend sprach Stadtrat Koci allen Beamten, Arbeitern und Angestellten seiner Verwaltungsgruppe für ihre Pflichterfüllung den herzlichen Dank aus. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Maller (VO) sagte, es sei schade, daß der gute Geschmack unseres Wassers durch die Chlorbeimengung beeinträchtigt werde. Von einer unvermeidlichen Chlorierung des Wassers könne aber keine Rede sein. Wenn schon eine Desinfektion notwendig sein sollte, dann müsse es auch andere Mittel geben, die den Geschmack des Wassers nicht beeinträchtigen. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Es gibt in Wien noch einen hohen Prozentsatz von Häusern, die nicht an das Kanalnetz angeschlossen sind. Wegen der Geruchsbelästigung durch Abwässer des Leopoldauer Gaswerkes, die in den Leopoldauer Kanal eingeleitet werden, stellt Gemeinderat Maller ebenfalls einen Antrag, man möge die Möglichkeiten untersuchen, diesen Übelstand abzustellen. Ein weiterer Antrag des Debattenredners verlangt, daß Floridsdorf eine moderne städtische Badeanstalt bekommt.

Der schwache Punkt in der Geschäftsführung VIII sei die Stadtreinigung im Winter. Es müsse doch möglich sein, Maßnahmen zu treffen, damit nicht der erste Schneefall die Stadt lahmlegt. Der Redner begrüßt die Einführung eines wechselseitigen Parkverbotes und sagte, er hoffe, daß es in diesem Winter nicht wieder zu einer Misere auf diesem Gebiet kommen werde. Im übrigen gab er im Namen der VO-Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe.

GR. Haim (ÖVP) meint, es sei bemerkenswert, wie gut doch die Abteilungen dieser Geschäftsgruppe dotiert seien, seitdem Stadtrat Koci dafür zuständig ist.

Für Kanalisation waren zum Beispiel 1953 46 Millionen eingesetzt, für 1957 sind es 49 Millionen. Für die Wasserwerke waren es 100 Millionen und sind es jetzt 134 Millionen. Die Dotierung der Bäder ist von 36 auf 42 Millionen gestiegen, die der Wäschereien von 10 auf 16 Millionen, die der Stadtreinigung von 89 auf 123 Millionen und die des Fuhrparks von 46 Millionen im Jahre 1953 auf 72 Millionen Schilling im Voranschlag für 1957. Auch der Personalstand wurde wesentlich erhöht. Der Redner hebt jedoch auf der anderen Seite besonders die gedeihliche Zusammenarbeit im Ausschuß dieser Verwaltungsgruppe hervor.

GR. Haim beschäftigt sich dann mit einigen Anregungen. Er fragt, ob es nicht möglich wäre, Kredite für die Kanaleinmündung zu gewähren, weil die Kanalanschlüsse mit großen Installationskosten verbunden sind. Bei den Wasserwerken wäre es notwendig, neue Quellen zu erschließen. Bei den Bädern regt der Redner einen ermäßigten Eintrittspreis für Familien an und fragt, ob eine Unterstützung der Privatbäder möglich wäre. Die Straßenreinigung lasse noch einiges zu wünschen über. Bei Schneefall wäre ein Soforteinsatz unter Mitwirkung des Privatfuhrwerks günstig. Die Löhne für die Schneearbeiter seien zu gering. Die Zahl der Bedürfnisanstalten in Wien bezeichnete der Redner gleichfalls als zu gering. Er verlangte außerdem, daß man einige der alten Anstalten unterirdisch neu anlegen sollte. Schließlich fragt GR. Haim, wieso drei Volkswagen, die von der Magistratsabteilung 48 gekauft wurden, nun von drei Angestellten privat gefahren werden.

Abschließend gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Schreiner (SPÖ) stellt fest, daß es in diesem Jahr gelungen ist, große Teile Favoritens mit dem nötigen Wasser und dem nötigen Wasserdruck zu versorgen. Zur Anregung des GR. Haim, betreffend verbilligte Bäderkarten für Schüler ist zu sagen, daß es eine Ermäßigung für Schüler schon seit Jahrzehnten gibt. Es sei bedauerlich, daß Gemeinderäten derartige Begünstigungen nicht bekannt sind. ./.

Auch einige weitere Anträge der Volkspartei sind längst überholte und vollzogene Tatsachen aus den Jahren der ersten Republik.

Zur Kritik an der Schneesäuberung verweist der Redner darauf, daß es eine derartige Kritik von Seiten der ÖVP nie gegeben habe, als ein ihrer Partei angehörender Stadtrat diese Abteilung verwaltet hat. (Zwischenruf Stadtrat Bauer (ÖVP): Damals hat es zum Glück keinen Schnee gegeben!) Es sei überhaupt unverständlich, daß in einem Atemzug eine Steigerung der Leistungen der Gemeinde und gleichzeitig eine Herabsetzung der Steuerleistungen verlangt wird. Die geforderten Ermäßigungen der Gewerbesteuer, Getränkesteuer, der Gebrauchs- und Wegebenutzungsgebühren, der Einkommensteuer, dazu die Übernahme des Defizits der Wiener Stadtwerke würden einen Betrag von 750 Millionen Schilling ausmachen. Rechnet man die Summen für die anderen Forderungen der ÖVP, wie den Bau der U-Bahn, Förderung des Eigentumswohnungsbaus usw. mit einem Betrag von 250 Millionen dazu, ergäbe sich ein unbedeckter Betrag von einer Milliarde Schilling.

Die Ansätze dieser Gruppe rangieren auf der Ausgabenseite an vierter Stelle, daran könne ihre Bedeutung gemessen werden. Die Hauptaufgabe liege darin, die sanitären und hygienischen Voraussetzungen für ein gesundes Leben in dieser Stadt zu schaffen. Stark ist die Belastung der Gemeindefinanzen durch die Ausdehnung der Stadt und die damit verbundenen neuen Kanalanschlüsse und Sammler. Auch die Kanalisation der neuen städtischen Wohnhausanlagen erfordere bedeutende Mittel, ebenso wie die Erhaltung der bereits bestehenden Kanäle. Der Redner richtet sodann an Stadtrat Koci die Bitte, im Einvernehmen mit dem Gaswerk zu erreichen, daß die nach Phenol riechenden Abwässer geruchlos gemacht werden. Für die Bevölkerung der Freihofsiedlung, die unter dieser Geruchsbelastung stark leidet, wäre dies von großer Wichtigkeit.

Groß sind auch die Abgänge der Wasserwerke. Der Wasserverbrauch steigt ständig. Für seine täglich, sicherlich sehr große Menge Wasser zahlt der Wiener aber durchschnittlich nur sechs Groschen. 13 Millionen Schilling wurden als letzte Rate für den Riesenwasserspeicher in Neusiedl am Steinfeld veranschlagt.

Es ist dies ein gewaltiges Bauwerk mit einem Fassungsraum von 600.000 Kubikmetern Wasser. Es wird voraussichtlich im Jahre 1958 fertig sein und dann jährlich rund drei Millionen Kubikmeter Wasser zur Verfügung stellen.

Der städtische Bäderbetrieb zeugt bei Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben und dem Gebarungsabgang von 25 Millionen Schilling von dem Bestreben der Stadtverwaltung, der Gesundheit der Bevölkerung zu dienen. Mit dem geplanten Neubau eines Kinderfreibades im 19. Bezirk wird die Stadt Wien über insgesamt 29 Kinderfreibäder verfügen. Der Rückgang in der Benützung der Warmbäder ist in der langsamen Aufwärtsentwicklung zur modernen Wohnkultur zu suchen und auch darin, daß viele Firmen für ihre Beschäftigten Bäder einrichten.

Die Wäschereien zeigen ein fast ausgeglichenes Budget. Der Gebarungsabgang beträgt rund eine Million. Für die Anschaffung moderner Maschinen und Einrichtungen sind 1,1 Millionen veranschlagt. Bei der Stadtreinigung ergibt sich ein Gebarungsabgang von 115 Millionen Schilling. Der hohe Sachaufwand von 84 Millionen wird hier durch den noch höheren Personalaufwand von 108 Millionen übertroffen. Es ist erfreulich, daß auch die Modernisierung der Bedürfnisanstalten fortschreitet.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß sich auch in den Ansätzen der Gruppe VIII der planvolle und vorausschauende Geist einer sozialistischen Verwaltung zeigt. Nachdem die Kriegswunden geheilt sind, zeichnet sich in diesen Abteilungen das Bestreben aus, Neues zu planen und zu schaffen und unsere geliebte Stadt schöner und gesünder zu gestalten. Eine solche Tätigkeit wird von der Bevölkerung sicher anerkannt und gewürdigt werden. (Beifall bei der SPÖ).

./.

In seinem Schlußwort gab Stadtrat Koci zu den in der Debatte geäußerten Befürchtungen, es könnte einmal in Wien Wassermangel auftreten, die Versicherung ab, daß sich die Fachleute seit vielen Jahren ständig um jeden Liter Wasser bemühen, den sie neu gewinnen und unserer Stadt zuführen können. Hier könnte aber auch die Bevölkerung beitragen, wenn sie wirklich unnötigen Wasserverbrauch vermeiden würde. Die Industrie verbraucht vor allem deshalb soviel Wasser, weil sie pro 1.000 Liter Trinkwasser, die sie geliefert erhält, nur 40 Groschen zahlt. Ein so billiges Wasser ist nirgends auf der ganzen Welt zu bekommen.

Zu der Kritik an der Schneesäuberung verwies der Berichterstatter darauf, daß es noch niemand eingefallen ist, bei Hochwasser zu bemängeln, daß die Hochwasserschutzdämme nicht höher gebaut wurden. Der Schnee fällt einmal in größerer und das andere Mal in geringerer Menge. Dazu kommen die verschiedenartigen Witterungsverhältnisse. Die zuständigen Stellen tun alles, um gegenüber den Naturgewalten gerüstet zu sein und der Bevölkerung durch Wegräumen des Schnees zu helfen, doch sind dieser Arbeit Grenzen gezogen. Ich kann nur, sagt Stadtrat Koci, das Versprechen geben, daß wir uns bemühen werden, alles vorzukehren, um eventuellen Katastrophen entsprechend entgegenzutreten zu können. Die Erhöhung der Schneearbeiterlöhne von 5 auf 6 S und bei Nachtarbeit auf 6.50 S wird hoffentlich auch ein Anreiz sein, daß sich mehr Leute zu dieser Arbeit melden werden.

Die Beseitigung der alten Bedürfnisanstalten und ihre Verlegung unter die Erde ist vor allem eine Geldfrage. Die moderne Anlage auf dem Rathausplatz hat nicht weniger als 780.000 S gekostet. Das ist ein Betrag, dessen Ausgabe man sich gut überlegen muß. Wir wollen aber zumindest die häßlichen Häuschen entweder beseitigen oder entsprechend verkleiden.

Hinsichtlich der Anträge des GR. Maller bemerkt der Stadtrat, daß die Hygieniker, die für das gute Trinkwasser und auch für die Gesundheit verantwortlich sind, absolut gegen eine Aufhebung der Chlorung des Wassers sind. Die Beifügung anderer Mittel wäre aber viel zu teuer.

Dem Wunsche nach Errichtung eines Bades in Floridsdorf könne die Stadtverwaltung derzeit leider nicht Rechnung tragen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze dieses Kapitels einstimmig angenommen, während die drei Anträge des GR. Maller der Ablehnung verfallen. (Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Über die Gastärzte wird verhandelt

=====

19. Dezember (RK) Die Verhandlungen über das Gastärzteproblem wurden auch im Laufe des heutigen Tages im Wiener Rathaus fortgesetzt. Der städtische Personalreferent, Stadtrat Riemer, hat sowohl mit Vertretern der Spitalsärzte in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, wie auch mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Prim. Dr. Eberle, Verhandlungen geführt, die eine Klärung der Situation und Lösungsmöglichkeiten bereits erkennen lassen. Übereinstimmend wurde dabei festgestellt, daß eine Fortsetzung der passiven Resistenz der Gastärzte jeder Begründung entbehrt, da die Gemeindeverwaltung durch die von ihr angeordnete Prüfung des Ärztebedarfes in ihren Spitälern und die Fortführung dieser Prüfung bereits ihre Bereitschaft gezeigt hat, die Forderungen der Jungärzte, soweit sie mit dem Bedarf in den Krankenanstalten übereinstimmen, zu erfüllen.

Die Streikbewegung der Gastärzte, die allem Anschein nach unter dem Druck der jüngeren Jahrgänge geführt wird, die selbst bei kürzester Wartezeit ihre sofortige Anstellung durch die Stadt Wien verlangen, ist durch zwei Umstände charakterisiert, durch die sie weder die Unterstützung der Gewerkschaft noch die Sympathien der Öffentlichkeit gewinnen konnte. Das ist die Tatsache, daß mehr als 70 junge Ärzte sofort vollbezahlte Sekundärärztestellen besetzen könnten, wenn sie bereit wären, die in verschiedenen Spitälern außerhalb Wiens freien Posten anzunehmen und daß die Jungärzte ihre passive Resistenz in einem Zeitpunkt fortsetzen, in dem über die Erfüllung ihrer Forderungen bereits verhandelt wird.

- - -

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen
=====

19. Dezember (RK) Über die Ansätze des 9. Hauptstückes - Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen - referierte Stadtrat Glaserer (SPÖ). Er führte unter anderem aus:

Zu Beginn der vorjährigen Budgetdebatte war bereits bekannt, daß das Wohnungsanforderungsgesetz nicht mehr verlängert wird. Ich habe damals gesagt, daß das Ende der Wohnraumbewirtschaftung große Änderungen auf den Wohnungsmarkt hervorrufen wird, die sich auf keinen Fall zum Vorteil der Wohnungssuchenden auswirken werden. Nicht mehr die Bedürftigkeit, sondern das Geld werde entscheidend sein. Das ablaufende Jahr 1956 hat gezeigt, daß diese Feststellungen nur zu wahr geworden sind. Hätte damals jemand auch nur einen annähernd hohen Ablösebetrag genannt, wie er 1956 tatsächlich verlangt wurde, so hätte wahrscheinlich kein Mitglied dieses Hauses dies für möglich gehalten.

Diese Entwicklung hat nicht nur im Kreise der Wohnungsbedürftigen, sondern auch bei fast allen Gegnern des Wohnungsanforderungsgesetzes Empörung ausgelöst. Eine solche Entwicklung mußte zwangsläufig zu einer neuen, gesetzlichen Regelung für die Vermietung von freien Wohnungen führen.

Gemeinde hat keine Anforderungsmöglichkeit

Das neue Gesetz ist mit 1. Dezember in Kraft getreten und man darf erwarten, daß das Fordern von hohen Ablösebeträgen unmöglich gemacht wird, wenn ich von den im Gesetz selbst vorgesehenen Fällen absehe. Besonders hervorheben möchte ich, daß das neue Gesetz der Gemeinde keine wie immer geartete Anforderungsmöglichkeit gibt. Die zuständige Magistratsabteilung wird genauestens darauf achten, daß die Bestimmungen des Gesetzes auch eingehalten werden.

Die Zahl der Notstandsfälle hat sich während des heurigen Jahres nicht wesentlich verändert. Es wird nach wie vor größter Anstrengungen bedürfen, die Zahl der Notstandsfälle zu senken. Mit 30. November 1956 wurden 14.129 Notstandsfälle gezählt. ./.

Im Frühjahr kommt Spitze der Obdachlosigkeit

Dazu kommen aber in den nächsten Monaten auf jeden Fall 3.000 Familien, die nach 1945 als Untermieter in Wohnungen eingewiesen wurden und später, da die Hauptmieter Eigenbedarf oder sonstige Gründe geltend machten, zur Räumung verurteilt wurden.

Bis zum Abschluß des Staatsvertrages im Jahre 1955 waren in den russisch verwalteten Bezirken die Delogierungen gehemmt worden. Nun leben alle diese Exekutionen wieder auf. Nur die Empfehlung des Herrn Justizministers an die Gerichte, Delogierungen im Winter womöglich nicht durchzuführen, wird uns über einige Monate hinweghelfen. Aber im Frühjahr des kommenden Jahres werden wir mit der Spitze unserer Obdachlosigkeit zu rechnen haben.

Im laufenden Jahre hatten wir, bedingt durch den Ablauf des Wohnungsanforderungsgesetzes, natürlich bedeutend weniger Wohnraum zur Verfügung als im Jahre 1955 und die Jahre vorher. In der Berichtszeit wurden untergebracht: 818 obdachlose Familien, 2.366 vor der Obdachlosigkeit stehende Familien, 272 Tbc- und Seuchenfälle, 1.292 Familien, die in überbelegten Wohnungen waren, sowie 1.338 sonstige bedürftige Familien.

Gemeinde besitzt 112.135 Wohnungen

Die Magistratsabteilung 52 verwaltet mit dem Stande vom 15. November 112.135 Wohnungen und 5.274 Lokale, wovon sich noch in Althäusern 8.327 Wohnungen und 1.852 Lokale befinden. Diese Objekte werden von 61 Haus- und Siedlungsinspektoren und 2.570 Hauswarten betreut.

Die Behebung der Zeitschäden, insbesondere die Überholung der Zwischenkriegsbauten, wurde weiter fortgesetzt. Gleichzeitig wurden die Kriegsschadensbehebungen, vorwiegend für Althäuser, mit Inanspruchnahme des Wiederaufbaufonds fortgesetzt. Für die Durchführung dieser Arbeiten wurden 58,7 Millionen aufgewendet.

Modernisierung der Waschküchen

Schon seit einigen Jahren werden die Waschküchen in den neuerrichteten städtischen Wohnhausbauten mit maschinellen Einrichtungen versehen, sodaß den Mietern dieser Objekte zur Zeit bereits 870 maschinelle Kleinwaschküchen zur Verfügung stehen. In dem übrigen städtischen Hausbesitz gibt es dagegen 5.000 Waschküchen, die keine maschinelle Ausstattung aufweisen. Um sich den mühseligen Waschtage zu erleichtern, benützen viele Hausfrauen Leihmaschinen. Da in den Waschküchen keine elektrischen Anschlüsse vorhanden waren, fand man den Ausweg, den Strom aus der eigenen Wohnung zu beziehen.

Um die dabei entstehenden Gefahren zu vermeiden, haben wir bereits im Vorjahr Schuko-Steckdosen in 2.400 Waschküchen installiert. Diese Arbeiten werden in diesem Winter fortgesetzt.

Noch im laufenden Jahre sollen außerdem 40 moderne gasbeheizte elektrische Waschmaschinen samt elektrischen Zentrifugen aufgestellt werden.

Für die Benützung der nachträglich maschinell ausgestatteten Waschküchen wird versuchsweise keine laufende Waschküchengebühr vorgeschrieben werden, sondern sie werden von den Hausbewohnern auf freiwilliger Basis beansprucht werden können. Die Inbetriebnahme der Waschmaschinen erfolgt über Münzgasmesser.

Die Amtsgebäudegruppe verwaltet derzeit 114 Objekte, wovon sich 108 Amtshäuser und Häuser für verschiedene Zwecke in Wien, der Rest von 6 Objekten außerhalb Wiens befinden.

Nachdem bisher die Regelung der Möbelfrage durch den Nationalrat auf gesetzlichem Wege nicht erfolgte, haben wir uns bemüht, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu helfen. Wenn Benützer auf die Möbel freiwillig verzichteten, haben wir sie den Vorbesitzern, vorläufig zu treuen Händen, zurückgegeben. Insgesamt erfolgten bis jetzt 2727 solcher Rückgaben.

Fast sechs Millionen Quadratmeter Kleingärten

Die Gruppe für Kleingarten- und Siedlungswesen hat mit manchen Schwierigkeiten zu rechnen. Die rege Bautätigkeit der Gemeinde Wien schränkt selbstverständlich die Möglichkeiten, baureife städtische Grundflächen für den Einzel- oder Genossenschaftsbau zur Verfügung zu stellen, wesentlich ein.

Zu Beginn des Jahres stellte die Stadt den Kleingärtnern 5,8 Millionen Quadratmeter Pachtgrund zur Verfügung. Wohl mußten hievon im Laufe des Jahres 39.000 Quadratmeter geräumt werden, um geplante Bauvorhaben zu ermöglichen. Doch wurden gleichzeitig 143.000 Quadratmeter Bodenfläche neu für Kleingartenzwecke bestimmt, sodaß heute der Kleingartenbewegung 5,995.000 Quadratmeter zur Verfügung stehen.

Die Magistratsabteilung 52 verwaltet, bzw. überwacht derzeit 1,3 Millionen Quadratmeter Ernteland, davon 175.700 Quadratmeter auf privatem Besitz. Die notwendige Freimachung von Erntelandflächen, besonders auf städtischen Gründen, stößt immer auf Widerstand. Es kann hier nur immer wieder versucht werden, Erntelandbenützer zu überzeugen, daß die Freimachung im öffentlichen Interesse unbedingt notwendig ist.

Die Magistratsabteilung 52 hat, da die Kleingartenordnung des Jahres 1936 den heutigen Erfordernissen in vielen Belangen nicht mehr entspricht, im Laufe dieses Jahres den Entwurf für ein zeitgemäßes Wiener Kleingartengesetz ausgearbeitet.

Abschließend dankte Stadtrat Glaserer allen Mitgliedern seines Ausschusses für die gute und loyale Zusammenarbeit und ebenso allen Beamten und Mitarbeitern seiner Geschäftsgruppe. (Beifall bei der SPÖ.)

./.

Debatte über Wohnungswesen

GR. Hausner (VO) erklärte, daß im letzten Jahr mindestens 150 Millionen Schilling als Wohnungsablösen den Wienern aus der Tasche gezogen wurden. Aus diesen Geldern wurde keine Steuer entrichtet und auch kein neues Haus gebaut. Das neue Wohnungsgesetz, das der Bevölkerung aufgezwungen worden sei, werde hier keine Abhilfe schaffen, sondern geradezu die Methode der Vergangenheit legalisieren. Das Wohnungsamt könne keine unterbelegte Wohnung anfordern und für die Wohnungssuchenden gebe es keine Qualifikation nach der Bedürftigkeit. Der Ablösesucher werden nicht verschwinden, denn wo es keinen Kläger gibt, gebe es auch keinen Richter. Der Redner verweist darauf, daß in den Zeitungen nach wie vor die Wohnungen zu hohen Summen angeboten werden. Die Folge sei, daß es noch nie eine so hohe Zahl von Notstandsfällen gab wie jetzt. Der größere Teil dieser Menschen sei obdachlos oder unmittelbar von Obdachlosigkeit bedroht. Die ÖVP habe ihren Grundsatz durchgesetzt. Die sozialistische Gemeinderatsmehrheit werde nach wie vor die Verantwortung für die Wohnungspolitik in Wien tragen müssen, weil sie nicht bereit war, den Kampf um ein bescheidenes Anforderungsgesetz durchzuführen.

Man müßte endlich im Wohnungsamt eine Form finden, die eine Protektion von vornherein ausschließt. Es dürfe nicht vorkommen, daß Menschen, die schon seit Jahren delogiert sind oder an Tbc leiden, bei der Vergabung von Wohnungen immer wieder zurückgestellt werden, während andere Bewerber, die nicht so bedürftig seien, zum Zuge kommen. Man habe Obdachlosenheime aufgelassen, obwohl man wußte, daß man die Obdachlosen nicht unterbringen konnte.

Mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse und insbesondere auf Grund des Verhaltens der Sozialisten im Kampf um die Sicherung der Wohnung könne die Fraktion des Redners diesem Budgetkapitel nicht die Zustimmung geben.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) bezeichnet die Wohnungsnot als das schwierigste Problem unserer Stadt. In Wien fehlen derzeit mehr als 62.000 Wohnungen. Wenn man also rechnet, daß die Gemeinde derzeit rund 5.000 Wohnungen im Jahr baut, wären allein 12 1/2 Jahre zur Lösung des Wohnungsproblems notwendig. Es ist zu hoffen, daß das im Parlament beschlossene Wohnraumgesetz gleichfalls zur Lösung beitragen wird. Die Volkspartei, die in erster Linie das Prinzip der Freiheit vertritt, hatte den Versuch unternommen, durch die freie Vermittlung der Wohnungen eine Besserung auf diesem Gebiete zu erzielen. Es mußte aber mit Bedauern festgestellt werden, daß es so viele gegeben hat, die mit der Wohnungsnot und dem Elend der Ärmsten einen Schacher getrieben haben. Die Volkspartei hat daher an der Schaffung des neuen Wohnraumbeschaffungsgesetzes maßgeblich mitgearbeitet. Die Rednerin stellt fest, daß der Stadtrat sicherlich bemüht ist, das Wohnungsproblem nach der sozialen Bedürftigkeit zu lösen. Hätte dieser Geist schon bei seinen Vorgängern geherrscht, dann wäre es nicht dazu gekommen, daß einzelne bedürftige Fälle schon fünf, sechs, ja sogar sieben Jahre auf eine Wohnung warten. Als dringende Forderung bezeichnet sie die Zuweisung an junge Ehepaare. Man dürfe auch aus Gründen der Familienförderung nicht auf die versprochene Zusammenlegung von im Schnellbauprogramm hergestellten Wohnungen vergessen. Bei der Herausnahme von Ehepaaren mit Kindern aus Kleinwohnungen sollte systematisch und nicht wahllos vorgegangen werden. Erfreulicherweise habe Stadtrat Glaserer auch über die Zuweisung von Wohnungen an alte Hausbesorger, die ihre Arbeit nicht mehr verrichten können, gesprochen. Die Rednerin richtet in diesem Zusammenhang einen Appell an die privaten Hauseigentümer, daß sie in ihren Häusern freiwerdende Wohnungen für ihren alten Hausbesorger zur Verfügung stellen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Als ungerecht bezeichnet sie es, daß in den Barackenlagern viele anständige Familien seit Jahren leben müssen. Man müßte systematisch daran gehen, jene, die am längsten dort sind, und die meisten Kinder haben, zuerst in Wohnungen einzuweisen. Ein besonderes Problem

sei auch das der alten Leute. Man möge sie nicht aus der gewohnten Umgebung herausreißen und ihnen bei der Zuweisung einer Wohnung eine in den unteren Stockwerken geben. Es wollen auch wiederholt Künstler und Wissenschaftler ihre Tätigkeit in Wien ausüben, was gleichfalls oft an dem Wohnungsproblem scheitert. Auch hier müßte geholfen werden.

Die Rednerin stellt fest, daß es in Wien derzeit 14.000 dringende Wohnungsfälle gibt, darüber hinaus 28.000 halbdringende. Die Zahl der minderdringenden Fälle, für die vorläufig keine Aussicht besteht, eine Wohnung zugewiesen zu erhalten, beträgt 5.400. Rechnet man alle jene, die wohl eine Wohnung brauchen, sich aber wegen der Aussichtslosigkeit eine zu erhalten, beim Wohnungsamt nicht angemeldet haben, hinzu, kommt man auf 62.000 Wohnungen, die in Wien fehlen. Der kommunale Wohnungsbau sei aus diesem Grunde eine dringende Notwendigkeit. Er allein wird aber das Wohnungsproblem nicht lösen können. Es muß zusätzlich Wohnraum geschaffen und alle Mittel hierfür herangezogen werden. Durch den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, den genossenschaftlichen Wohnungsbau und aus Mitteln der Wohnbauförderung können jährlich bestenfalls 10.000 bis 12.000 Wohnungen gebaut werden. Wenn sich also alle zuständigen Stellen bemühen, und auch dem Bau von Eigenheimen alle Förderung angedeihen lassen, könnte die Wohnungsnot in fünf bis sechs Jahren gelindert werden. An den Stadtrat richtet die Rednerin den Appell, alle Neubauwohnungen und alle nach dem neuen Gesetz anfallenden Wohnungen gerecht nach sozialen Gesichtspunkten und der Bedürftigkeit zu verteilen. Dadurch könnten im kommenden Jahr wenigstens die dringendsten Fälle erledigt werden. Es mögen alle ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß in Wien freie, gesunde und glückliche Menschen in gesunden Wohnungen leben und für eine glückliche Entwicklung unserer Stadt arbeiten können. Ihre Fraktion werden den Ansätzen zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR.Dr. Jakl (SPÖ) führt aus, daß die Geschäftsgruppe IX im Brennpunkt der Öffentlichkeit steht. Die Gemeinde Wien hat sich hier eine schier unlösbare Aufgabe gestellt; allerdings wurde erst als Sozialisten in die Gemeindestube einzogen, damit begonnen, das Wohnungsproblem zu lösen, und zwar gegen starken Widerstand. Die Sozialisten bauten jedoch weiter. ./.

Wir können heute sagen, daß der Weg, der damals eingeschlagen wurde, der richtige war. Es freut uns, aus den Ausführungen der ÖVP-Debattenrednerin entnehmen zu können, daß auch die Volkspartei bereit ist, die Sozialisten dabei zu unterstützen.

100.000 Gemeindewohnungen wurden in Wien gebaut. Freilich sind es noch immer zu wenig. Aber wenn es kein 1934 und kein 1938 gegeben und die Gemeinde weitergebaut hätte, wären es heute noch um 72.000 Wohnungen mehr. Berücksichtigt man, daß dann auch nicht im Krieg 86.000 Wohnungen zerstört worden wären, so hätten wir um 158.000 Wohnungen mehr. Dann wäre das Wohnungsproblem in Wien bereits gelöst.

Als der Redner über das abgelaufene Wohnungsanforderungsgesetz spricht und die Nichtverlängerung des Gesetzes bedauert, kommt es zu Zwischenrufen von seiten der ÖVP, die darauf hinweisen, daß die Nichtverlängerung im Ministerrat einstimmig beschlossen wurde. Aus den Reihen der SPÖ wird dem entgegengehalten, daß das Gesetz automatisch abgelaufen ist. Der Redner betont schließlich, daß er nicht von der Schuld der Aufhebung des Wohnungsanforderungsgesetzes gesprochen habe, sondern nur davon, wie man sich die Auswirkungen der Aufhebung zuerst vorgestellt habe. Dr. Jakl weist ferner darauf hin, daß von seiten der Hausbesitzer immer nur eine Zinserhöhung als einziges Mittel zur Lösung der Wohnungsnot bezeichnet werde. Dies könne jedoch keine Lösung sein. Höhere Mieten würden auch automatisch Lohnforderungen nach sich ziehen.

Der Redner wendet sich dann dem neuen Gesetz über die Vermietung freier Wohnungen zu, das auch nicht alle Wünsche befriedigt. Es bringe jedoch immerhin Verbesserungen.

Unter Hinweis darauf, daß auch die ÖVP an der Lösung des Wohnungsproblems interessiert sein müsse, erneuert der Redner die Forderung nach einem Bodenbeschaffungsgesetz und ersucht, gemeinsam mit den Sozialisten einen Reparaturausgleichsfonds zu schaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend weist Dr. Jakl darauf hin, daß die Gemeinde Wien bestrebt ist, die Wohnungen immer bequemer zu gestalten. Er dankt Stadtrat Glaserer besonders dafür, daß nun auch in den alten Gemeindebauten Waschmaschinen in den Waschküchen aufgestellt werden sollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Glaserer weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß bei den Berechnungen, die darauf hinauslaufen, in wieviel Jahren die Wohnungsnot beseitigt werden kann, meist auf den Substanzverlust vergessen wird, wozu alle Assanierungsfälle zählen. Aus den Worten der Gemeinderätin Hiltl müßte man folgern, daß die Gemeinde Wien zu viel kleine und zu wenig große Wohnungen baut. Gerade das letzte Jahr hat aber bewiesen, daß die Gemeinde zu wenig kleine Wohnungen hat, weil in diesem Jahr rund 1.300 Einsturzfälle zu bereinigen waren und in diesen alten Häusern vorwiegend ältere Leute wohnen.

Der Fall des Prof. Schrödinger sei keine Wiener, sondern eine österreichische Angelegenheit gewesen. Der Stadtrat habe Prof. Schrödinger die größte zur Verfügung stehende Wohnung in der Innenstadt, in der der Gelehrte wohnen wollte, angeboten, dieser mußte aber ablehnen, weil er seine Bücherei nicht unterbrachte. Ein Appell an die Hausbesitzer, für Prof. Schrödinger eine geeignete Wohnung zur Verfügung zu stellen, zeitigte leider nicht den geeigneten Erfolg.

Der Berichterstatter dankt schließlich den Debattenrednern dafür, daß sie für dieses Kapitel, das nach wie vor ein neuralgischer Punkt in der Kommunalverwaltung ist, so viel Verständnis aufgebracht haben.

Hierauf wurden die Ansätze dieser Budgetgruppe mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

- . -

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus werden morgen Donnerstag, um 9 Uhr früh, mit den Beratungen über das 10. Hauptstück - Wirtschaftsangelegenheiten - fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Bauer.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

20. Dezember 1956

Blatt 2672

Am 24. und 31. Dezember kein Dienst bei der Gemeinde
=====

20. Dezember (RK) Bei den Ämtern der Gemeinde Wien findet am 24. und am 31. Dezember kein Dienstbetrieb und somit auch kein Parteienverkehr statt. Eine Ausnahme bilden die Dienstzweige mit regelmäßiger normaler Sonntags- und Feiertagsarbeit. Bei den Stadtwerken werden an diesen Tagen Störungs- und Gebrechensmeldungen selbstverständlich jederzeit entgegengenommen.

- - -

Gottlieb August Crüwell zum Gedenken
=====

20. Dezember (RK) Auf den 22. Dezember fällt der 25. Todestag des ehemaligen Direktors der Universitätsbibliothek Generalstaatsbibliothekar Dr. Gottlieb August Crüwell.

Am 10. September 1866 in Leangolla auf Ceylon geboren, studierte er an der Wiener Universität Geschichte und trat 1897 in den Dienst der Universitätsbibliothek, deren Leitung ihm 1923 übertragen wurde. Crüwell hat nach dem ersten Weltkrieg die Reorganisation der Bibliothek durchgeführt und sie durch Verbesserungen des Katalogwesens zu einer gut funktionierenden Institution gemacht. Seinen besonderen organisatorischen Fähigkeiten war es zu danken, daß die Inflation sich auf den Bücherankauf nicht ungünstig auswirkte. Crüwell ist auch als erfolgreicher Bühnenautor, Essayist, Nachdichter und Übersetzer hervorgetreten.

- - -

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien und die Ungarnhilfe
=====

20. Dezember (FK) Die Musiklehranstalten der Stadt Wien schalteten sich in die allgemeine "Ungarnhilfe" nach besten Kräften ein. Unter dem Leitsatz "Musik ist Therapie" fanden alle ungarischen Musikstudierenden und Musiklehrer, die sich in großer Zahl an das Konservatorium der Stadt Wien wendeten, nicht nur Beratung und Unterstützung, sondern auch die Möglichkeit, zu üben und am Konservatoriums-Unterricht als Hospitanten teilzunehmen. An der Budapester Musikhochschule befand sich eine Stelle, die Flüchtlinge dem Konservatorium der Stadt Wien empfahl. Vier Professoren des Konservatoriums, die die ungarische Sprache beherrschen, leisteten zeitweise Außergewöhnliches. An der Straßensammlung der Gemeinde Wien nahmen über 150 Lehrer und fast ebenso viele Studierende teil. Die Zweigschule I veranstaltete einen Hausmusikabend, dessen Ertrag von 1.000 S fünf besonders bedürftigen kleinen Ungarkindern übergeben wurde.

- - -

Ehe- und Familienberatung
=====

20. Dezember (FK) Freitag, den 28. Dezember, entfallen die Beratungsstunden in der Ehe- und Familienberatungsstelle des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, Magistratsabteilung 12, Wien 1, Gonzagagasse 23. Letzte Beratung im Dezember ist morgen, Freitag, den 21. Dezember, erste Beratung im neuen Jahr, am Freitag, dem 4. Jänner.

- - -

10. Hauptstück: Wirtschaftsangelegenheiten
=====

20. Dezember (RK) Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957 wurden heute mit dem 10. Hauptstück - Wirtschaftsangelegenheiten - fortgesetzt. Bericht-erstatte ist Stadtrat Bauer. Er stellte einleitend fest, daß die durch den Krieg zerstörten Anlagen seiner Geschäftsgruppe in den vergangenen Jahren restlos wiederhergestellt werden konnten. An größeren baulichen Investitionen sind für das kommende Jahr vor-gesehen: Der Bau von Werkstätten und Lagergebäuden des Beschaf-fungsamtes in der Hasnerstraße mit 2,5 Millionen Schilling, die verschiedenen baulichen Arbeiten auf den Märkten und in der Groß-markthalle mit 1,3 Millionen Schilling und in den Schlachthöfen mit 2 Millionen Schilling. Für diverse Inventaranschaffungen auf den Schlachthöfen und Märkten sind 252.000 S vorgesehen, für übrige Inventaranschaffungen 870.000 Schilling. Für Inventarerhaltung wurden 1,6 Millionen bereitgestellt. Stadtrat Bauer stellte fest, daß diese dem Beschaffungssamt zur Verfügung gestellten Mittel in den Ansätzen äußerst knapp bemessen wurden. Mit den 20 Millionen Schilling für die Anschaffung von Lagerwaren, Rohstoffen und Halb-fabrikaten wird jedoch auch im Jahre 1957 das Auslangen gefunden werden.

Preise im allgemeinen stabil

Er bemerkte weiter mit Befriedigung, daß das Beschaffungssamt im abgelaufenen Jahr die ihm von der Verwaltung gestellten Aufga-ben erfüllen konnte, wobei hervorgehoben werden muß, daß die Prei-se der meisten Produkte im allgemeinen im Jahre 1956 stabil gewe-sen sind. Aus einem Überblick, den er über die Entwicklung der Preise gab, ist zu ersehen, daß auf dem Textilsektor lediglich Rohschafwolle eine größere Aufwärtsbewegung verzeichnete. Aber auch bei der Beschaffung von Wirtschafts-, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren, Bereifung und Transporte war die Preisgestaltung in Bewegung geraten. Wesentlich ungünstiger sieht die Preisgestal-tung bei den ausländischen Brennstoffen aus. Hier erfolgten Preis-erhöhungen zwischen 5 und 10 Prozent, wobei die inländischen Brenn-sstoffe preislich unverändert geblieben sind.

Bis Ende Oktober dieses Jahres wurden an die städtischen Ver-
brauchsstellen insgesamt 81.478 Tonnen Brennstoffe abgegeben. Der
Berichterstatter gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der gegenwärtig
zu beobachtende Mangel an Heizöl bald behoben werden kann.

Die Papier- und Kanzleierfordernisse haben bis Ende November
dieses Jahres 4,5 Millionen Schilling gekostet. Für die Moderni-
sierung der städtischen Dienststellen und die Mechanisierung des
Rechnungsamtes der Stadt Wien wurden im heurigen Jahr vier
Millionen Schilling ausgegeben.

Für Neuschaffungen von Möbeln und Reparaturen wurden im
abgelaufenen Jahr fast sechs Millionen Schilling ausgegeben. Die
Ankäufe für den Schulbedarf konnten restlos durchgeführt werden.
Die städtische Bäckerei weist bei voller Ausnützung ihrer Kapazi-
tät auch heuer wieder eine aktive Gebarung auf.

Der städtische Grundbesitz

In einem Überblick über den gegenwärtigen Umfang des städti-
schen Grundbesitzes nennt er folgende Zahlen: Im Alleinbesitz in
Wien sind 1,616.430 Ar, außerhalb Wien 2,169.888 Ar. Die Gemeinde
Wien ist außerdem Mitbesitzer von 65.487 Ar in Wien und von
4.482 Ar außerhalb Wiens. Die Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung
besitzt 2.425 Ar in Wien.

Zum Kapitel Konzessionen regt der Berichterstatter an, die
Stadtverwaltung möge überlegen, ob sie jene Betriebe, die im Ver-
hältnis zum Verwaltungsaufwand in keinem Einklang mit dem an die
Stadt Wien zu leistenden Pachtschilling stehen und für die Stadt
Wien an sich nichts bedeuten, nicht abgeben sollte. Es ergebe
sich nämlich immer wieder, daß Pächter dieser kleinen Betriebe
von der Stadt Wien Erhaltungsarbeiten verlangen, die wirt-
schaftlich nicht vertreten werden können. Die Pachtzinseinnahmen
betragen rund 860.000 Schilling. Fast 80 Prozent hievon erbringen
vier Großbetriebe. Bezüglich des Schloßhotels Cobenzl werden mit
Interessenten Verhandlungen geführt, die noch nicht abge-
schlossen werden konnten.

45 Jagdgebiete und 23 Fischereireviere

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion kann auch im Jahre 1956 auf eine erfolgreiche Tätigkeit verweisen. Bis Ende November 1956 wurden 1.638 Betriebskontrollen durchgeführt. Die Stadt Wien besitzt 45 Jagdgebiet und 23 Fischereireviere. Hier haben gegenwärtig auch 254 Motorboote ihren Standort.

Stadtrat Bauer verweist auf die abgeschlossenen Vorarbeiten zur Schaffung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes. Der Wiener Landtag wird sich demnächst mit diesem Gesetz beschäftigen können.

39 Wiener Märkte

Das Wiener Marktamt hat 1956 wie immer tadellose Arbeit geleistet. Für das Jahr 1957 ist für 39 zu verwaltende Märkte ein Personalstand von 311 Personen vorgesehen. Der Berichterstatter stellt fest, daß jahrelange Einschränkungen bei der Instandhaltung der Märkte, bedingt durch den vordringlichen Wiederaufbau zerstörter Anlagen, größere Schäden verursacht haben. Die dem Marktamt zur Verfügung stehenden Mittel werden daher zur Gänze zur Behebung dieser Schäden sowie zum Ausbau der Anlagen herangezogen. So wird der Blumengroßmarkt im 4. Bezirk vergrößert. Sowohl der Naschmarkt wie auch die Großmarkthalle sollen durch neu zu schaffende Objekte an anderer Stelle errichtet werden. Stadtrat Bauer gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich der Wiener Gemeinderat sehr bald damit beschäftigen wird. Bis dahin wird es aber notwendig sein, die beiden Märkte auf höchstmöglicher Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Die lebensmittelpolizeiliche Überwachung von rund 20.000 Lebensmittelklein- und ungefähr 1.500 Lebensmittelgroßbetrieben erfordert eine bedeutende Anzahl von sogenannten Probenziehungen. Die gewerbepolizeiliche sowie eichpolizeiliche Tätigkeit des Marktamtes ist nicht minder umfangreich. Auch der Marktbeobachtung und Marktanalyse kommt eine ständig steigende Bedeutung zu.

Hausfrauen müssen kluge Einkaufspolitik betreiben

Der Referent kommt sodann auf die derzeitige Preissituation zu sprechen und stellt fest, daß der überwiegende Teil der Produzentenschaft und des Handels seine Pflicht im Interesse der Wirtschaft und ganz besonders im Dienst der Konsumentenschaft erfüllt. Weiteste Kreise der Unternehmerschaft, vor allem auch die Inhaber der kleinen und kleinsten Betriebe, haben nur unter größten Opfern den Bestand ihrer Geschäfte sichern können. Viele von ihnen haben durch innerbetriebliche Maßnahmen Lohnforderungen ohne oder nur mit ganz geringen Preiserhöhungen für das eine oder andere Produkt erfüllen können. Es müsse aber auch jede Hausfrau eine kluge Einkaufspolitik betreiben und heimische und damit preiswerte Waren kaufen. Die Erzeugnisse der österreichischen und Wiener Unternehmerschaft und die Gewissenhaftigkeit ihrer Arbeiter garantiert in jedem Fall die Herstellung hochwertiger Waren, die ausländischen Erzeugnissen nicht nur gleichwertig, sondern meist überlegen sind. Jeder Einkauf heimischer Qualitätswaren ist ein Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur gesunden Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und spart damit Devisen, die für wichtigere Zwecke verwendet werden können.

Niemand braucht hungern und frieren

Diese Überlegungen gelten auch für Gemüse und Obst. Man dürfe heute nicht sagen, ein Wiener Arbeiter könne es sich nicht leisten, Obst für seine Kinder zu kaufen. Es gibt Äpfel in ausreichendem Maße und zu niedrigsten Preisen. Es wird bei uns heuer kaum jemand frieren, wohl niemand hungern und sich schon gar niemand fürchten müssen, etliche Jahre seines Lebens bei Kascha und Wasser verbringen zu müssen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Jene Menschen, die es aber nicht erwarten können und immer die ersten Kirschen usw. haben müssen, die sollen sie auch entsprechend hoch bezahlen. Für die breite Masse der Konsumenten aber muß die Belieferung der Märkte und Geschäfte mit guten saisonüblichen Produkten zu angemessenen Preisen gewährleistet werden.

Im abgelaufenen Jahr hat die Belieferung klaglos funktioniert. Das Marktamt ist auch ständig bestrebt, den Obst- und Gemüsepreisen besonderes Augenmerk zuzuwenden und hat zu diesem Zweck ein Komitee gebildet, das nicht nur über die Preise, sondern auch über Ein- und Ausfuhrgenehmigungen zu beraten hatte. Dieses Komitee hat sich derart gut bewährt, daß es nach Inkrafttreten des neuen Außenhandelsgesetz auf ministerieller Basis weitergeführt wird.

Die Rindfleischpreise unterlagen nur ganz geringfügigen Preisschwankungen nach oben und unten. Auch die Schweinefleischpreise, die im Jahre 1951 geregelt wurden, erreichten fast nie den damals festgesetzten Preis. Es gab Zeiten, in denen der Speck in der Großmarkthalle um 12 Schilling pro Kilogramm im großen nicht abgesetzt werden konnte, obwohl der amtlich festgesetzte Preis hierfür bei 22 Schilling lag. Auch im Detail war Speck um 15 Schilling und noch billiger zu haben. Schwierig war die Situation auf dem Kälbermarkt, weil durch eine Aktion die sogenannten reagenten Rinder geschlachtet werden mußten. Der dezimierte Rinderstand mußte durch verstärkte Aufzuchtbemühungen wettgemacht werden und dadurch kam es zu einer Verknappung der Ware auf dem Kälbermarkt. Trotzdem wurden die amtlich festgesetzten Detailpreise nirgends überschritten. Auch auf dem Lebendviehmarkt für Schweine konnten größere Preisschwankungen verhindert werden.

Ein Appell an die Hausfrauen

Die Gemüsepreise sind gleichfalls von den vorjährigen Preisen nicht wesentlich abgewichen. Ein Appell muß an die Hausfrauen gerichtet werden, die einen großen Teil des Volkseinkommens im Haushalt verwalten. Wie ein richtig wirtschaftender Betrieb seine Einkäufe besorgt, wenn für ihn der Preis am günstigsten ist, so müssen auch die Hausfrauen mehr als bisher mit der Preisentwicklung vertraut gemacht werden. In Zusammenarbeit mit den Haushaltsschulen hat das Wiener Marktamt vor Jahren täglich im Rundfunk Menüzusammenstellungen, für die gerade vorhandene billige Ware vorgenommen wurden, durchgeben lassen. Der Erfolg war leider nicht überwältigend.

Stadtrat Bauer kam sodann auf einen Zeitungsartikel zu sprechen, in dem auf die angeblich zu großen Handelsspannen bei Gemüse und Obst hingewiesen wird. Das Marktamt hat damals dazu festgestellt, daß es sich dabei um italienischen Spinat gehandelt hat, dessen Qualität durch den Transport und durch Maschen vor der Verladung sehr gelitten hat. Dieser Spinat wurde bei einem kalkulierten Großhandelsabgabepreis von 40 bis 50 Schilling je Steige, sogar schon um 5 bis 25 Schilling je Kolli abgegeben. Es zeigt sich also, daß der Gemüse- und Obstgroßhandel mit bestimmten Handelsspannen rechnen muß, um dann derartige Verlustgeschäfte halbwegs ausgleichen zu können. Es wäre wünschenswert, wenn die Volksbildungsstätten die Hausfrauen in Kursen über richtiges Einkaufen beraten würden. Dies würde sich nicht nur auf Landwirtschaft und Handel, sondern auch für den Haushalt selbst gut auswirken.

In Wien die billigsten Schlachthofgebühren

Der Referent wandte sich dann dem Veterinäramt zu, dessen Hauptaufgabe darin liegt, darüber zu wachen, daß die Bevölkerung Wiens mit einwandfreiem Fleisch versorgt wird. In den Schlachthofanlagen wurden in den Jahren seit Kriegsende bis 1955 die Kriegsschäden mit einem Aufwand von 28,5 Millionen Schilling behoben. Für den Betrieb der Schlachthöfe wurden im laufenden Jahr 2,5 Millionen Schilling und im Voranschlag für 1957 zwei Millionen Schilling vorgesehen. Die Lieferungen von Schlachttieren nach Wien reichen wieder an die der Vorkriegszeit heran. Allerdings wird man sich auch damit beschäftigen müssen, neue städtische Schlachthanlagen zu planen. Stadtrat Bauer hob auch hervor, daß die Stadt Wien mit den niedrigsten Vieh- und Schlachthofgebühren arbeitet.

Abschließend dankte Stadtrat Bauer den Mitgliedern seines Ausschusses für ihre sachliche Arbeit und ebenso den Bediensteten seiner Geschäftsgruppe. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP)

./.

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Kronberger (VO) kommt auf die Lebensmittelpreise zu sprechen und stellt fest, daß es die Aufgabe des zuständigen Stadtrates gewesen wäre, gegen Preissteigerungen einzutreten. So hätten auch einige Bundesländer die Brotpreiserhöhung nicht mitgemacht. Der Redner stellt den Antrag, Stadtrat Bauer zu beauftragen, mit den Wiener Brotfabriken und der Bäckerinnung über eine Herabsetzung des Brotpreises zu verhandeln. Im weiteren fordert er eine Verbilligung der Butter zu Weihnachten. Durch die Erhöhung der Milchpreise werden weniger Milch gekauft und mehr Butter erzeugt. Da die Butter aber für breite Kreise der Bevölkerung gleichfalls zu teuer ist und daher liegen bleibe, werde sie zu billigen Preisen ins Ausland geliefert. Es müßte doch dem Beschaffungsamt als Großeinkäufer daran gelegen sein, Preiserhöhungen hintanzuhalten. Es würden dadurch auch der Gemeinde Millionenbeträge erspart werden. Der Redner wendet sich auch dagegen, daß der Zwischenhandel die Waren in einem untragbaren Ausmaß verteuert. Er verlangt von Stadtrat Bauer, er solle alles tun, damit nicht die Preise immer wieder den Löhnen davonlaufen. Abschließend teilt der Redner mit, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht die Zustimmung geben könne.

GR. Dr. Dipl.-Ing. Hengl (ÖVP) stellt im Gegensatz zum Redner der VO fest, daß selbst die Angstkäufe Anfang November ohne Preissteigerungen vorübergegangen sind. Ein Großteil des Einkommens unserer Arbeiter und Angestellten geht allerdings durch die Hände unserer Hausfrauen. Eine gewisse Lenkung im Interesse der Konsumenten sei daher dringend geboten. Der Redner begrüßt die beabsichtigte Konsumentenberatung und verlangt, daß beim Einkauf vor allem die Produkte der heimischen Landwirtschaft berücksichtigt werden sollen. Nicht immer sind importiertes Obst und Gemüse billiger als einheimisches.

GR. Dr. Dipl.-Ing. Hengl stellt auch mit Genugtuung fest, daß die Kriegs- und Nachkriegsschäden in den Amtshäusern, Märkten und Schlachthöfen zum größten Teil beseitigt sind. Nun sollte man jedoch der Erneuerung des Inventars mehr Augenmerk zuwenden.

Das Schloß Cobenzl wird nun hoffentlich endlich einem Verwendungszweck zugeführt werden. Der Redner regt in diesem Zusammenhang an, aus dem Schluß Belbvue ein Erholungsheim zu machen.

Im nächsten Jahr werden wahrscheinlich die Wahlen zur Wiener Landwirtschaftskammer möglich sein. Hoffentlich werden dann auch die Wünsche der Wiener Landwirtschaft erfüllt werden können, so zum Beispiel die Schaffung und Ausbesserung der Wirtschaftswege in den ländlichen Bezirksteilen Wiens. Als ein Lichtblick bezeichnet der Redner die Erfüllung eines langgehegten Wunsches der Wiener Landwirtschaft, nämlich die Unterstützung durch die Gemeinde Wien bei der Hagelversicherung.

Der Blumengroßmarkt auf dem Phorusplatz erfülle seine Aufgabe sehr gut. Er mußte sogar vergrößert werden. Der Redner regt an, den Platz vor dem Markt in einem Parkplatz umzuwandeln. Der Naschmarkt hingegen ist nicht nur verkehrstechnisch, sondern auch in sanitärer Hinsicht unmöglich geworden. Es sollte rasch entschieden werden, wo der neue Großmarkt hinkommt, umso mehr, als mit einer Baudauer von vier bis fünf Jahren gerechnet werden muß. Zwei Plätze kommen in die engere Wahl: der Erdberger Mais und ein Gelände in Simmering. Der Redner selbst meint, daß der Markt in Simmering die beste Lösung wäre. Er stellt in diesem Zusammenhang eine Anfrage an Stadtrat Bauer, ob das Projekt, den Markt auf dem Erdberger Mais zu errichten, tatsächlich stimmt. Wenn ja, sollte man die Bevölkerung darüber unterrichten, wann mit der Räumung des Platzes zu rechnen ist.

Es ist gelungen, den Bedarf der Wiener Bevölkerung an Fleisch zu decken. Der Fleischverbrauch ist fast der gleiche wie vor dem Krieg. Zur einwandfreien Fleischversorgung tragen vor allem die Veterinärärzte erfolgreich bei. Die Organe des Marktamtes fühlen sich erfreulicherweise nicht nur als Polizisten, sondern haben auch in vielen Fällen beratend und aufklärend gewirkt.

Abschließend unterstreicht der Redner die gute Zusammenarbeit im Wirtschaftsausschuß und gibt im Namen der ÖVP die Zustimmung zu den Ansätzen.

GR. Pleyl (SPÖ) stellt einleitend mit Befriedigung fest, daß auch die Debatte zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe X von allen Rednern sachlich und objektiv geführt wurde. Zur vorgebrachten Klage, daß derzeit weniger Schweinefleisch, vor allem Schweinefett, abgesetzt werden kann, gibt er der Meinung Ausdruck, daß es sich auch hier um eine Erscheinung handle, die mit neuen Ernährungsmethoden zusammenhängt. Er glaube, man müsse trachten, den Überschuß an Schweinefett anderwärtig abzusetzen.

Die Schaffung einer Wiener Landwirtschaftskammer bezeichnete er als eine Notwendigkeit im Interesse der Allgemeinheit.

GR. Pleyl stellt ferner fest, daß die Ansätze der Geschäftsgruppe X gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent erhöht wurden und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein wird, damit einiges zu schaffen.

Der Arbeit des Beschaffungsamtes, die außenhin kaum gesehen wird, kommt wegen ihrer Mannigfaltigkeit aber auch wegen des hohen Maßes an Verantwortung große Bedeutung zu. Im Hinblick auf die Millionenbeträge, die beim Beschaffungsamt umgesetzt werden, begrüßt er die Schaffung der Unterausschüsse, die im vergangenen Jahr bei den Einkäufen von Textilien und Lebensmitteln gute Arbeit geleistet haben. Der städtische Bäckereibetrieb ist nun imstande, volle Zweidrittel der Backwaren für den Eigenbedarf der städtischen Anstalten zu liefern, was gleichfalls als erfreulich bezeichnet werden kann. Das Beschaffungsamt hat sich zusätzlich zu seinem großen Aufgabenbereich auch in der Ungarnhilfe ausgezeichnet bewährt. Den Vorschlag, die unrentablen Betriebe des Liegenschaftsamtes abzustoßen, empfiehlt er einer genauen Überprüfung.

Das Marktamt hat im vergangenen Jahr Wesentliches geleistet, auch wenn es ihm nicht immer leicht gemacht wurde, seine Funktion als Preisregler auszuüben. Der Redner meint, es sollte vor allem das Bundesministerium für Landwirtschaft dazu angekurbelt werden, Einfuhrgenehmigungen rascher zu erteilen. Zum Naschmarkt stellt er fest, daß dieser in den frühen Morgenstunden verkehrstechnisch total verstopft ist. Dieser Markt ist nun schon zu alt und bereits unzulänglich. Im zuständigen Gemeinderatsausschuß hat man sich mit diesem Problem wiederholt beschäftigt und über die Verlegung in den Erdberger Mais oder auf die Simmeringer Heide diskutiert.

Die zweite Lösung schein dem Redner wegen der größeren räumlichen Möglichkeiten und der günstigeren Anlieferungswege aus dem Burgenland vorteilhafter zu sein. Die Fleischgroßmarkthalle entspricht gleichfalls nicht mehr den Anforderungen. Auch hier bedürfen Zukunftspläne gründlicher Überlegungen, bevor größere Investitionen beschlossen werden.

Durch die Leistungen des Veterinärarnotes ist die Wiener Bevölkerung vor der Seuchengefahr gesichert. Seine Arbeit wurde durch den großzügigen Aufbau der total zerstörten Schlachthöfe weitgehend erweitert. Auch im Hinblick auf die Rationalisierung der Arbeit machten unsere Schlachthöfe große Fortschritte. Der Redner begrüßt die Bestrebungen, die auf eine Fortsetzung dieser Modernisierung hinzielen und setzt sich für die Errichtung einer Schnellwäscherei für Schlachthofsbedienstete ein. Den Ansätzen der Geschäftsgruppe X wird seine Fraktion zustimmen.

Stadtrat Bauer erklärt in seinem Schlußwort, daß das Marktamt mit allen Interessenten Besprechungen führt, wenn es darum geht, Engpässe in der Versorgung zu verhüten. Er gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß diese Gepflogenheit nach dem Beispiel Wiens nun auch auf der Bundesebene gepflogen werde. Er stellt fest, daß die Wiener Märkte trotz der Ereignisse in den Nachbarländern klaglos funktionieren. Er ist der Meinung, daß auch keine außergewöhnlichen Maßnahmen zur Sicherung der Brennstoffe notwendig sein werden.

Der Cobenzl wird als Ausflugsziel wieder hergerichtet werden. Auch bezüglich des Bellevue sind Unterhandlungen im Gange, sodaß es voraussichtlich 1957 seiner Bestimmung zugeführt werden kann. Auch den Wunsch nach Schaffung einer Parkmöglichkeit nächst dem Blumengroßmarkt könne man nur unterstreichen. Es sind auf diesem Gebiete noch einige Schwierigkeiten zu überwinden, doch wird auch hier eine der Bedeutung des Marktes entsprechende Lösung gefunden werden. Beide Koalitionsdebattenredner haben sich über die Stätte zur Errichtung des Obst- und Gemüsemarktes fast geeinigt. Vom Handel wurde auch ^{Wienerberg genannt.} der/Sowohl in Simmering als auch im Erdberger Mais werden große Schwierigkeiten zu überwinden sein. Alle Vorarbeiten, die für die Errichtung eines derartigen Marktes notwendig sind, sollen bald beendet werden und dann obliege dem Gemeinderat die

Entscheidung, an welcher Stelle der Markt errichtet werden soll.

Dem Gemeinderat Pleyl müsse bezüglich der Importe erwidert werden, daß die Importanträge immer rasch und rechtzeitig gestellt wurden. Leider kommt es aber manchmal durch die Knappheit der Fristen zu Engpässen. Die Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium ist aber gerade während der letzten Jahre immer sehr gut gewesen. So konnten heuer zum Beispiel auch so viele Weintrauben importiert werden, daß das Preisniveau wirklich günstig war. Auch mit dem Viehfonds wurde gut zusammengearbeitet. Bezüglich der Privatschlachtungen ist Stadtrat Bauer der Meinung, daß im Interesse der Bevölkerung und des Veterinäramtes die Überwachung in den städtischen Schlachthäusern viel intensiver und leichter durchgeführt wird. Auch wenn wir zu moderneren Arbeitsmethoden kommen, wird man nicht auf den privaten Schlachtbetrieb übergehen, sondern vielmehr unsere Schlachtstätten den modernen Erfordernissen anpassen müssen. Die Errichtung einer Wäscherei in den Schlachthöfen erscheint unzweckmäßig, da es sich in den Schlachthöfen um private Markthelfer, Lohnschlächter oder Fleischer handelt.

Abschließend dankt Stadtrat Bauer für die freundliche Behandlung seines Ressorts und bittet den Ansätzen die Zustimmung zu geben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag der VO wurde abgelehnt. Die Anfrage der ÖVP wurde Stadtrat Bauer zur schriftlichen Beantwortung zugewiesen. Der Antrag der ÖVP wurde dem Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI zur Behandlung zugewiesen.

- - -

11. Hauptstück: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
=====

20. Dezember (RK) Stadtrat Afritsch (SPÖ) referiert sodann über die Ansätze des 11. Hauptstückes - Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Für diese Gruppe sind im ordentlichen Voranschlag für 1957 160,674.500 Schilling vorgesehen, im außerordentlichen Voranschlag 4 Millionen. Die Ansätze des Jahres 1956 beliefen sich auf 146,711.700 Schilling. Außer der Feuerwehr, die betriebsmäßig verrechnet wird, ist bei allen anderen Rubriken nur der Ressortaufwand, also ohne Personal- und Verwaltungsaufwand, ausgewiesen.

Von der Magistratsabteilung 61, Bevölkerungswesen wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1956 2.481 Staatsbürgerschaftsansuchen und Staatsbürgerschaftserklärungen positiv erledigt. Im Jahre 1955 wurde im selben Zeitraum noch 4.007 Einbürgerungswünsche Rechnung getragen. Von den 2.481 waren 247 Ministerratsfälle, das heißt, Fälle von Personen, die noch keinen vierjährigen Wohnsitz in Österreich nachweisen konnten. Von diesen 2.481 Fällen sind 1.122 aufrecht erledigte Staatsbürgerschaftserklärungen von Volksdeutschen.

150.000 Menschen erhielten in Wien Staatsbürgerschaft

Seit dem Jahre 1945 wurden 89.550 Staatsbürgerschaftsfälle einer positiven Erledigung zugeführt. Wenn man dazu die Frauen und Kinder rechnet, handelt es sich um rund 150.000 Personen die dadurch in Wien die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben.

Interessant ist auch das Ergebnis zu dem das Optantengesetz für die Volksdeutschen von 1954 geführt hat. Dieses Gesetz hat bekanntlich den Volksdeutschen die Möglichkeit gegeben, auf erleichterte Weise die österreichische Staatsbürgerschaft durch eine bloße Erklärung zu erwerben. 7.187 Erklärungen wurden abgegeben, davon wurden 6.412 also 89.2 Prozent positiv erledigt. 646 mußten aus gesetzlichen Gründen negativ erledigt werden. 94 Fälle mußten an andere Behörden abgetreten werden, da hierfür der Wiener Magistrat nicht zuständig war. Es handelt es sich hier hauptsächlich um Personen, die in den Randgebieten ihren ständigen Wohnsitz haben.

Die Wiener Verwaltung hat ihr Versprechen eingehalten, das Optantengesetz rasch und liberal durchzuführen.

Das Referat für die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen war auch heuer so wie im Vorjahre übermäßig stark beschäftigt. Vom 1. Jänner bis 30. November wurden 118.000 Staatsbürgerschaftsdokumente ausgestellt.

Die bedeutendste Aufgabe der Magistratsabteilung 62 ist die Durchführung von Wahlen. Im Jahre 1957 ist die Wahl des Bundespräsidenten vorgesehen. Im Budget sind für diese Wahl 5,9 Millionen Schilling angesetzt. Die Papier- und Drucksortenkosten werden vom Bund vollbezahlt und von den anderen Kosten wird ein Drittel rückvergütet.

Zu den Aufgaben der Magistratsabteilung 62 gehört auch die Vermögenssicherung. Es ist dies eine auslaufende Tätigkeit, die nur wegen des verspäteten Inkrafttretens des Staatsvertragsdurchführungsgesetzes deshalb noch fortzuführen ist, weil der endgültige Abschluß dem Finanzministerium obliegt. Vor einem Jahre, im Dezember 1955, betrug die Zahl der öffentlichen Verwaltungen 291. Sie ist seither auf 220 gesunken. Die Zahl der öffentlichen Aufsichten betrug damals 59, gegenwärtig 22. Auch von den jetzt noch bestehenden öffentlichen Verwaltungen und Aufsichten ist bereits eine Anzahl von Fällen im Stadium der Aufhebung.

Die NS-Registrierung wird wohl in absehbarer Zeit neu geregelt werden müssen, um diese ganze Angelegenheit zu einem Abschluß zu bringen. Wie gering die Bedeutung der Registrierungspflicht derzeit ist, geht daraus hervor, daß bei der letzten Auflage im Oktober 1956 nur vier Einsprüche eingebracht wurden. In den ersten 11 Monaten dieses Jahres wurden in Wien 378 Vereine neu gebildet und 201 gelöscht, davon wurden 69 behördlich aufgelöst.

Die Landesumsiedlungsstelle übt eine normale Tätigkeit aus, wird aber im Zusammenhang mit den ungarischen Flüchtlingen künftig eine starke Vermehrung ihrer Aufgaben erfahren.

Das Wiener Gewerbe

Auf dem Gebiete des Gewerbewesens sind im abgelaufenen Jahr keine gesetzlichen Neuerungen erfolgt.

Aus den allgemeinen Gewerbeangelegenheiten sind in diesem

Zeitraum erwähnenswert: das Betriebsaktionen-Verbotsgesetz, das der Landtag am 13. Juli 1956 beschlossen hat.

Ferner ist dem Amt der Landesregierung eine neue Aufgabe erwachsen durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 20. März 1956. Über den Umfang von Gewerbeberechtigungen kann nach der Gewerbeordnung auch das Schiedsgericht der Landeskammer der gewerblichen Wirtschaft entscheiden. Gegen diesen Entscheid war nach der Gewerbeordnung die Berufung nur an das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zulässig. Diese Bestimmung der Gewerbeordnung hat der Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben und erklärt, daß gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes der Landeshauptmann im Berufungswege zu entscheiden hat und erst im weiteren Instanzenzug das zuständige Bundesministerium angerufen werden kann.

Auch Fragen des Ladenschlusses und der Sonntagsruhe beschäftigen schon seit mehr als einem Jahr die Öffentlichkeit. Ein im Sommer des heurigen Jahres veröffentlichter Entwurf des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau befriedigte in keiner Weise und löste schärfsten Widerspruch aus. Der neue Minister für Handel und Wiederaufbau veranstaltete am 8. November 1956 eine Ladenschlußenquête, nach deren Ergebnis das Bundesministerium einen neuerlichen Gesetzentwurf ausarbeiten wird, der hoffentlich eine bessere Aufnahme finden kann.

Die Bewegung bei den Gewerbeberechtigungen zeigt weiter das Bild der Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Gewerbebeanmeldungen betragen in der Zeit vom 1. November 1955 bis 31. Oktober 1956 7.081. Ein Jahr vorher waren es 7.763, also um 10 Prozent mehr. Zurückgelegt wurden im Berichtsjahr 4.911 Gewerbe. Ein Jahr vorher waren es 5.913. Das ist ein Zuwachs von 2.170 neuen Gewerbeberechtigungen. Im Jahre 1955 betrug die tatsächliche Vermehrung an Gewerbeberechtigungen 1.850. Die Magistratsabteilung 63 unter Leitung von Senatsrat Knauer hat sich bemüht, allen Anforderungen im Rahmen der Gesetze in rascher und zweckentsprechender Weise zu entsprechen.

Administrative Baurechtsangelegenheiten

Die Magistratsabteilung 64 befaßt sich unter anderem mit den administrativen Baurechtsangelegenheiten. Im Jahre 1956 wurden

bis Dezember unter anderem 2.850 Grundabteilung, 650 allgemeine Bausachen, 350 Elektrizitäts- und 153 Tankstellenangelegenheiten behandelt.

Für die Bauoberbehörde wurden 850 Entscheidungen, an den Verwaltungsgerichtshof 60 Gegenschriften verfaßt, Berufungen gegen Baustrafen wurden 290 behandelt.

Zu den durch die Magistratsabteilung 64 bearbeiteten Angelegenheiten gehören auch die Ersatzausführungen sowohl in Kriegs- wie in Zeitschadensfällen an Wohnhäusern, wenn hiedurch eine akute Gefahr beseitigt oder die sonst unvermeidliche Räumung von Wohnungen vermieden werden kann.

In diesem Jahre wurden bisher 258 Wohnobjekte durch Ersatzausführungen auf diese Weise erhalten.

Hinsichtlich der legislativen Tätigkeit der Magistratsabteilung 64 wären die Bauordnungsnovelle 1956 und das Elektrizitätslandesgesetz, die bereits vom Landtag beschlossen wurden, hervorzuheben, ferner die Ausarbeitung der Entwürfe für das Garagen-, Wiener Feuerpolizei- und das Wiener Feuerwehrgesetz.

Fast vier Millionen Quadratmeter Grundstücke erworben

Für Grunderwerb sind im Anschlag 1957 sowie im Vorjahr 50 Millionen Schilling vorgesehen. Im laufenden Jahr wurden die 50 Millionen verbraucht und außerdem ein Zuschußkredit von 7 Millionen genehmigt. Bis zum heutigen Tage wurden im Jahre 1956 3,921.000 Quadratmeter erworben.

Der Erwerb der Gründe erfolgte in erster Linie für die Errichtung von städtischen Wohnhausbauten, für Assanierungszwecke, Siedlungen, für Zwecke des Abtausches, für Friedhoferweiterungen, für Eröffnung von Verkehrsflächen, für Sport- und Grünanlagen und für andere öffentliche Zwecke.

Nicht unwesentliche Schwierigkeiten bei den Grundkäufen ergaben sich gegenüber dem Vorjahre durch die erst heuer fühlbare steigende Tendenz der Grundpreise und durch das Auftreten zahlreicher Grundinteressenten bei der Erwerbung des im inneren Stadtgebiete nur noch in beschränktem Umfange vorhandenen freien Baugrundes.

Für Assanierungen und Verkehrsverbesserung

Einen breiten Raum nehmen auch die Grunderwerbungen im Zuge der Assanierung alter Stadtviertel ein. Eine große Zahl alter demolierungsreifer Häuser wurde in den Assanierungsgebieten Alt-Erdberg, Lichtental, Alt-Ottakring und Braunnhirschengrund erworben. Mit den Grund- und Hauserwerbungen waren häufig auch kostspielige Absiedlungen von Gewerbebetrieben der Verkäufer und die Beschaffung von Ersatzobjekten verbunden. Auch außerhalb dieser Assanierungsgebiete wurden einige alte Häuser, die vor die Baulinie ragen, zur Behebung des Verkehrshindernisses und zur bauordnungsgemäßen Neubehauung des Grundes erworben. Die umfangreichen Grundtransaktionen im Zusammenhange mit der Regulierung des Liesingbaches wurden im Gebiete der Baulose Unter-Laa (10. Bezirk) und Inzersdorf (23. Bezirk) fortgesetzt.

Sicherung des Wald- und Wiesengürtels

Aus der großen Zahl der Grunderwerbungen wäre hervorzuheben: die Erwerbung des über drei Millionen Quadratmeter umfassenden Grundbesitzes der Schwarzenberg'schen Erben in Neuwaldegg (17. Bezirk), bestehend aus Wäldern, Wiesen und Äckern, zum Zwecke der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels um einen Kaufpreis von zirka 14 Millionen Schilling.

Durch diesen Grunderwerb wird ein großer und wichtiger Teil des Wald- und Wiesengürtels vor jeder Bedrohung oder Zersplitterung und unberechtigter Bauführung gesichert. Der erworbene Grundbesitz hat seine Nordgrenze beim Häuserl am Roan und zieht sich in ostwestlicher Richtung von Neustift bis an den Schottenhof. Da die anschließenden Gründe des neuen Besitzes, mit Ausnahme der westlichen, jenseits der Gemeindegrenze gelegenen Grundflächen, schon derzeit Gemeindebesitz sind, wird durch diesen Grunderwerb ein zusammenhängender weitläufiger Grundkomplex im Rahmen des Wald- und Wiesengürtels erzielt.

Im Jahre 1956 wurden außerdem rund 340 Grundtransaktionen durchgeführt. ./.

Die Magistratsabteilung 65 hat sich im Jahre 1956 unter anderem mit 476 zivilen Streitsachen befaßt, wobei die Kündigungs- und Räumungsprozesse den Hauptteil ausmachten.

Zunahme der Wiener Bevölkerung

Zur Magistratsabteilung 66 - Statistisches Amt der Stadt Wien - erwähnte Stadtrat Afritsch folgendes: Der Bevölkerungsstand betrug am 1. Jänner 1956 1.619.298 und am 31. Oktober 1956 1.626.339. Das ergibt eine Zunahme von 7.041 Personen.

Die Erklärung der Zunahme ist folgende: Gestorben sind in den letzten zehn Monaten 19.922, geboren wurden im gleichen Zeitabschnitt 11.208 Personen. Der Verlust aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung beträgt 8.714, zugewandert sind in diesem Zeitraum 62.287, abgewandert 46.532 Personen, sodaß der Wanderungsgewinn 15.755 beträgt. Nach Abzug des Bevölkerungsverlustes beträgt die tatsächliche Zunahme gegenüber dem Jahresbeginn, also 7.041 Personen.

Zu den Publikationen bemerkte der Referent, daß außer den periodischen Druckwerken des Statistischen Amtes der Stadt Wien, das sind das "Jahrbuch der Stadt Wien", "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung" und "Statistisches Taschenbuch", einige Sonderhefte herausgegeben wurden..

Die Anzahl der Kraftfahrzeuge betrug Ende Oktober 1956 146.086 Fahrzeuge ohne Mopeds. Das ist eine Vermehrung gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 13.4 Prozent. Die große Zunahme war bei den Personenkraftwagen zu verzeichnen, die sich von 49.451 auf 64.979, also um 31.4 Prozent vermehrten.

16.650 Verkehrsunfälle

Vom Jänner bis Oktober ereigneten sich in Wien 16.650 Verkehrsunfälle, bei denen 10.192 Personen verletzt oder getötet wurden. Von den verletzten Verkehrsteilnehmern sind zwei Prozent mit tödlichem Ausgang.

75 neue Einbahnen

75 Straßen und Plätze oder auch Teilstücke davon sind in der Zeit vom Jänner bis November zu Einbahnstraßen erklärt worden, und auf 13 Straßen wurden Parkverbote erlassen.

Das Statistische Amt der Stadt Wien hat auf den Wiener Ausfallstraßen umfangreiche Verkehrszählungen durchgeführt, die als Unterlage für Verkehrsregelung und Verkehrsplanung dienen.

Für die Pressestelle und für das Stenographenbüro sind im Voranschlag an Ausgaben ohne Personalkosten 1,147.500 Schilling vorgesehen. Die Einnahmen werden mit 1,344.000 Schilling angenommen.

Für Goldene Hochzeiten, Empfänge, Feierlichkeiten und für Ehrengaben sind für den Präsidialdienst im Budget 1957 1,085.000 Schilling vorgesehen.

Die Wiener Feuerwehr

Bei der Feuerwehr der Stadt Wien betragen die Gesamtausgaben im Jahr 1956 67,1 Millionen Schilling. Für 1957 sind Gesamtausgaben von 73 Millionen vorgesehen. Der Mehraufwand ist im wesentlichen bedingt durch die Personalbezüge.

Der Wiederaufbau der Hauptfeuerwache Döbling wurde heuer begonnen. Für 1957 sind vier Millionen vorgesehen, für 1958 ist mit der Fertigstellung zu rechnen.

Die Fahrzeugpark- und Maschinenausrüstung wird weiter fortgesetzt.

Der Personalstand ist gleichgeblieben und beträgt 1.255 Mann.

In der Zeit vom 1. November 1955 bis 31. Oktober 1956 gab es Ausrückungen zu drei Großbränden, 70 Mittelbränden, 1.464 Kleinbränden und 96 Rauchfangbränden, insgesamt also 1.633 Brände. Im Vorjahr waren es 1.016 Brände.

An technischen Hilfs- und Arbeitsleistungen sind 4.913 zu verzeichnen, an Fehlanzeigen 282. Die Summe der Ausrückungen beträgt insgesamt 6.828; im Vorjahr waren es 5.043.

Durch die Großbrände ist die Schadenssumme im Jahr 1956 aussergewöhnlich hoch. Sie wird auf 95 Millionen geschätzt. Der Brandschaden, der im Jahre 1956 entstanden ist, ist höher als der Gesamtschaden der Jahre 1946 bis 1955. Dies ist vor allem durch

den Börsebrand bedingt, der allein 70 Millionen kostet. Nach dem Gutachten des Sachverständigen und nach Auffassung des Kommandos wurde der Börsebrand, bzw. die Brandausweitung durch die Art der Heizanlage und durch die ungünstige bauliche Beschaffenheit des Börsegebäudes hervorgerufen, wobei die nichtbestimmungsgemäße Verwendung der Börse eine große Rolle spielte.

Abschließend sagte Stadtrat Afritsch, er möchte heuer mit einem besonderen Dank an alle Angehörigen der Feuerwehr seine Ausführungen beschließen; ebenso gilt sein Dank allen anderen Angehörigen seiner Verwaltungsgruppe, für die gute Arbeit, die sie während des Jahres geleistet haben. (Allgemeiner Beifall.)

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (VO) beschäftigt sich eingangs mit den Bezirksvertretungen. Manche Vorsteher, so sagte er, gebärden sich als Bezirkspascha. Die Bezirksräte haben dann wenig zu reden. Die Bezirksvertretungen sollten jedoch wirklich als demokratische Organe gestaltet und genützt werden.

GR. Hausner begrüßt die umfangreichen Bodenbeschaffungen der Gemeinde Wien. Er stellt in diesem Zusammenhang einen Antrag, Stadtrat Afritsch solle den Entwurf für ein Bodenbeschaffungsgesetz ausarbeiten lassen und diesen Entwurf der Bundesregierung übermitteln.

Ferner stellt der Redner den Antrag, daß die Berichte des Magistrates zu den Anträgen der Gemeinderäte im vollen Wortlaut im "Amtsblatt der Stadt Wien" veröffentlicht werden sollen.

Zur Statistik bemerkte der Redner, daß es keine Statistik darüber gäbe, wieviele Menschen in unserer Stadt obdachlos sind.

Volles Lob hat GR. Hausner für die Feuerwehr der Stadt Wien. Es werden von seiten der Stadtverwaltung große Anstrengungen gemacht. Trotzdem gibt es noch eine Reihe von Fragen, die bisher unberücksichtigt geblieben sind, wie z.B. Probleme der Arbeitszeit u.a. Dringend wäre auch die Erneuerung des Fahrparks der Feuerwehr.

Im großen und ganzen, so schloß der Redner, sei bei dieser Verwaltungsgruppe zu bemerken, daß man sich bemüht, den Anforderungen gerecht zu werden. Seine Fraktion werde daher für die Ansätze stimmen.

GR. Bittner (ÖVP) bedauert einleitend zu seinem Debattenbeitrag, daß der Gemeinderatsausschuß der Geschäftsgruppe XI im Laufe des Jahres nicht immer erschöpfend über die Tätigkeit der wichtigsten Abteilungen dieser Geschäftsgruppe informiert wurde. Zum Bericht über die Tätigkeit der Magistratsabteilung 61 - Bevölkerungswesen - gab er seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß seit 1945 ungefähr 100.000 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt er sich ausführlich mit dem Inhalt des von dieser Abteilung herausgegebenen Brautbuches, das anlässlich der standesamtlichen Trauung den Brautleuten überreicht wird. Er erhebt zunächst Einspruch dagegen, daß diese Publikation ohne Kenntnis des Ausschusses erschienen ist, dem weder das Datum des Erscheinens noch die Kosten des Buches bekannt sind. An einigen Beispielen, die er vorliest, stellte er fest, daß das Brautbuch im Geiste eines krassen Materialismus ältester Schule entstanden ist und daß es völlig unhaltbare und konstruierte Ansichten beinhaltet. Seiner Meinung nach sei es unverantwortlich, die Wiener Bevölkerung mit so unwissenschaftlichen Vorstellungen bekannt zu machen. (Beifall bei der ÖVP.) Zusammenfassend muß gesagt werden, führte er weiter aus, daß das Negative bei weitem alles Positive des Buches übertrifft. Für die Katholiken aber bedeute das Brautbuch eine Herausforderung.

Zum Kapitel Gewerbewesen bedauert er, daß es immer noch unbefugte Gewerbeberechtigungen gibt. Er verweist auf das Frackerunwesen und erinnert daran, daß nach der Gewerbeordnung nur inländisches Obst von diesen Händlern verkauft werden darf. Man sieht aber häufig Bananen.

Den Ankauf von Grundstücken, wie etwa der Schwarzenbergischen Gründe, die zum Schutz des Wald- und Wiesengürtels beitragen, finden seine volle Zustimmung. Darüber hinaus regt er an, mehr Gründe für den Leistungssport freizugeben.

Die Publikationen des Statistischen Amtes der Stadt Wien bezeichnet er als interessant, doch würde er es begrüßen, wenn sie sich mehr als bisher auch mit familienpolitischen Dingen

befassen würden.

Abschließend verweist er darauf, daß die Feuerwehr der Stadt Wien die größte Post in den Ansätzen der Verwaltungsgruppe darstellt. Er verweist auf die Klagen, die über den Dienstpostenplan geführt werden und gibt der Meinung Ausdruck, daß es vor allem um den akademischen Nachwuchs bei der Feuerwehr nicht gut bestellt ist. Zur Frage der technischen Ausrüstung stellt er fest, daß derzeit noch immer Fahrzeuge benutzt werden, die nach 1945 inétandgesetzt wurden und verlangt daher, man solle höhere Aufmerksamkeit der Ausrüstung schenken. Den der Feuerwehr in Aussicht gestellten Kranwagen sollte man seiner Meinung nach in den USA kaufen. Er bemängelt, daß es in der Feuerwehrzentrale für die erste Bereitschaft keine Waschgelegenheit gibt und daß die Schlafräume sehr beengt sind.

Zum Abschluß gibt er seinem Befremden darüber Ausdruck, daß im Bilderteil des "Amtsblatt der Stadt Wien" ^{sehr} nur selten oder gar nicht führende Mandatare der ÖVP aufscheinen.

Die ÖVP wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe XI zustimmen.

GR. Bock (SPÖ) hebt die Bedeutung dieser Gruppe hervor, zu der außer unserer Feuerwehr, die wieder Weltruf erlangt hat, auch jene Abteilung gehört, die sich mit den Grundankäufen beschäftigt. Durch diese Grundkäufe wird die Voraussetzung zum sozialen Wohnhausbau, zur Lösung des Verkehrsproblems und aller jener Dinge, die mit dem Fortschritt einer Stadt im Zusammenhang stehen, geschaffen. Gemeinderat Dr. Wollinger (ÖVP) hat einmal die Befürchtung ausgesprochen, daß die Gemeinde immer mehr und mehr Grund und Boden ankauft. Auch Gemeinderat Haim (ÖVP) hat in einer Rede anlässlich einer Dachgleichenfeier die Behauptung aufgestellt, daß die Gemeinde Wien der größte Bodenspekulant in dieser Stadt sei. Schon allein das Wort Spekulant müsse zurückgewiesen werden, denn niemals hat die Gemeinde Boden angekauft, um daraus Gewinn zu erzielen.

Wien besitzt eine Fläche von 41.409 Hektar. Davon sind zehn Prozent Bauland, das übrige teilt sich auf Wiesen, Äcker, Verkehrsflächen usw. auf. Der Gesamtbesitz der Gemeinde Wien

an Gründen beträgt insgesamt 38. 304 Hektar, davon aber 21 Hektar außerhalb Wiens. Innerhalb der Stadt besitzt die Gemeinde nur 17.000 Hektar, die als Kleingärten, Friedhöfe, Parks, Siedlungsanlagen usw. genützt werden. Allein 204 Hektar sind an Genossenschaften zum Bau von Ligenheimen vergeben. Für den sozialen Wohnhausbau braucht die Gemeinde jährlich zirka 30 Hektar Bauland, nicht eingerechnet die Gründe für Verkehrsflächen. Jene Gründe, die die Gemeinde augenblicklich nicht brauchen kann, hat sie verpachtet.

Von großer Wichtigkeit für die Stadt ist auch die Beschließung eines modernen Bodenbeschaffungsgesetzes. Innerhalb der ÖVP spreche man sich einerseits für ein solches Gesetz aus, andererseits höre man immer wieder Stimmen dagegen und die Ansicht, die Sozialisten wollen durch Enteignungen das private Eigentum zurückdrängen. Wollten dies die Sozialisten wirklich tun, so hätten sie auch nach der bestehenden Bauordnung die Möglichkeit, im Interesse der Stadt Enteignungen vorzunehmen. Es wurde aber fast immer noch eine friedliche Lösung mit den Grundbesitzern gefunden. Man soll also nicht gegen die Beschließung eines solchen Gesetzes mit der Begründung auftreten, die Sozialisten würden es ausnützen. Das Gesetz soll nur dort angewendet werden, wo Eigensinn oder Profitsucht eine Erwerbung des Grundes im Allgemeininteresse verhindern. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Ausführungen des Vorredners betreffend das Brautbuch sei zu sagen, daß es sehr schwer ist, ein Buch herauszubringen, das allen Weltanschauungen gerecht wird. Auch andere Bundesländer vergeben ähnliche Bücher. Es gäbe nur die eine Möglichkeit, daß man sich zusammensetzt, das Buch durchstudiert und gemeinsam einige Veränderungen vornimmt. Vielleicht käme man dadurch zu einem brauchbaren Ergebnis. Die Kosten für dieses Buch werden nicht von der Gemeinde getragen.

Abschließend erklärt GR. Bock, daß die Sozialistische Partei bestrebt ist, alle die einzelnen Abteilungen dieser Gruppe positiv im Interesse unserer Stadt und ihrer Bevölkerung zu verwalten.

Stadtrat Afritsch stellt in seinem Schlußwort fest, daß alle Aufgaben der Gemeindeverwaltung, die in den einzelnen Gruppen nicht unterzubringen waren, in seiner Gruppe Aufnahme fanden. Dazu gehören auch eine Reihe von Aufgaben, die nicht in die Kompetenz der Gemeindeverwaltung fallen, sondern in die der mittelbaren Bundesverwaltung, wie zum Beispiel Gewerbeangelegenheiten und ein Teil der Abteilungen 61, 65 usw. Diese Dinge sind nach der Verfassung kein Gegenstand, der im Ausschuß seiner Gruppe verhandelt werden muß. Er ersucht daher, stets auseinanderzuhalten, was Gemeindeaufgaben und was Aufgaben der mittelbaren Bundesverwaltung sind.

Zur Diskussion über das Brautbuch möchte er einiges richtigstellen. Das Buch ist im Verlag für Jugend und Volk erschienen. Seine Kosten werden durch Einschaltungen in diesem Buch gedeckt. Auch andere Städte verteilen derartige Bücher, in manchen Fällen sogar mit Zuschüssen der Landes- und Gemeindeverwaltungen. Auf eine Anregung des Verlages wurde auch für Wien ein solches Buch herausgebracht. Es wurde das Manuskript vorgelegt und nach Durchsicht etliche Streichungen, bzw. Änderungen vorgenommen. Auch in der Neuauflage ist einiges geändert worden. Unter anderem wurde auch das Vorwort weggelassen. Die Anregung, dieses Buch noch einmal gemeinsam zu überarbeiten, soll aufgenommen werden. Es sollen nicht nur die Gemeinderäte, sondern auch einige Wissenschaftler herangezogen werden. Unmöglich sei es jedoch, jede Stelle dieses Buches, die jemandem nicht paßt, herauszunehmen, denn dann entstünde kein Brautführer, sondern irgend ein nutzloser Kalender, der an den wichtigen Fragen des Ehelebens vorbeigeht. Es hat keinen Sinn, in einem solchen Buch Vogel-Strauß-Politik zu betreiben. Es sei kaum besser, wie dies im steirischen Brautbuch der Fall ist, vier Seiten über die Hausbar und das Brauen von Schnäpsen anzuführen. (Beifall bei der SPÖ.) Es darf nicht so weit gehen, daß alle wesentlichen Dinge, die zu sagen sind, weil keine Einheitlichkeit herge-

stellt werden kann, aus dem Buch herausgenommen werden.

Wegen der Feuerwehr wurden einige Wünsche vorgetragen. Wir können aber im allgemeinen sagen, daß die Feuerwehr der Stadt Wien technisch eine Höhe erreicht hat, die allen modernen Anforderungen entspricht. Gewisse Spezialgeräte werden allerdings nicht in Osterreich erzeugt. Sie müssen daher im Ausland gekauft werden. Der Referent bestätigt, daß es einen Mangel an Feuerwehroffizieren gibt.

Zur Bodenbeschaffung bemerkte Stadtrat Afritsch abschließend, daß die Gemeinde Wien keineswegs dazu beitrage, die Grundpreise in die Höhe zu treiben. Das Gegenteil ist richtig. Die Stadt verzichtet manchmal auf ein Grundstück, weil der Grundpreis zu hoch ist.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des II. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die beiden Anträge der VO werden abgelehnt.

- - -

Bilanz und Bedeckung

=====

20. Dezember (RK) Über Bilanz und Bedeckung referierte der städtische Finanzreferent, Stadtrat Resch (SPÖ). Nach Genehmigung der Ansätze über die Verwaltungsgruppen I bis XI, so führte er aus, habe er nun die Anträge zur Bilanz des Voranschlages und zur Bedeckung des Gebarungsabganges vorzulegen. Der Referent stellt folgende Anträge:

Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1957 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 3.890,715.300 Schilling und Ausgaben von 4.049,708.100 Schilling und in seinem außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 23,154.000 Schilling und Ausgaben von 45,880.000 Schilling genehmigt.

Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall zehn Prozent des betreffenden Ansatzes, bzw. Teilansatzes oder 5.000 Schilling übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, wie die Kassenlage es er-

fordert.

Abschließend dankte Stadtrat Resch jenen Funktionären und Angestellten, die bei der Aufstellung des Voranschlages mitzuwirken hatten. (Allgemeiner Beifall.) An die Spitze seines Dankes stellte er die Mitglieder des Finanzausschusses, die unter der peinlich korrekten Führung von Landtagspräsident Gemeinderat Marek den Finanzreferenten in sämtlichen Beratungen unterstützt haben. Von den Beamten hob Stadtrat Resch hervor: Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Kontrollamtsdirektor Dr. Lachs, den Leiter der Amtsinspektion Obersenatsrat Dr. Parville, von der Magistratsabteilung 5 Senatsrat Dr. Binder und Oberamtsrat Riedl, von der Magistratsabteilung 4 Senatsrat Dr. Wendl, Rechnungsamtsdirektor Giller sowie die beiden Beamten des Stadtratbüros. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Damit ist der Voranschlag der Hoheitsverwaltung der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957 genehmigt.

(Unterbrechnung des Sitzungsberichtes)

- - -

Adalbert Goldschmidt zum Gedenken
=====

20. Dezember (RK) Auf den 21. Dezember fällt der 50. Todestag des Komponisten Adalbert von Goldschmidt.

Am 5. Mai 1848 in Wien geboren, genoß er eine sorgfältige Erziehung und erhielt seine musikalische Ausbildung am Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde. Schon frühzeitig kompositorisch tätig, wurde er von Franz Liszt zu weiterem Schaffen ermutigt. Seine Werke, die Lieder, Instrumentalmusik, Messen und vor allem Opern umfassen, wurden auch im Ausland erfolgreich aufgeführt. Sein Haus war ein beliebter Treffpunkt vieler berühmter Künstler.

- - -

Ende des Gastärztestreiks
=====

20. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz des Personalreferenten der Stadt Wien Stadtrat Riemer haben heute nachmittag im Rathaus neuerlich Verhandlungen über die Forderungen der Gastärzte stattgefunden. An diesen haben Vertreter der Wiener Ärztekammer, die Vertrauensmänner der Ärzte unter Führung von Gemeinderat Schiller, dem Obmannstellvertreter der Gewerkschaft, und drei Sprecher des Gastärzteausschusses teilgenommen.

Die Ärztevertreter nahmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die von der Stadtverwaltung eingeleitete Prüfung des weiteren Ärztebedarfes in den städtischen Krankenanstalten beschleunigt fortgesetzt und zur Grundlage der Entscheidung über die Schaffung neuer Sekundararztstellen genommen wird. Die Neueinstellung erfolgt im kommenden Jänner im Einvernehmen und auf Vorschlag der leitenden Ärzte. Die Stadtverwaltung wird sodann in weiteren Verhandlungen mit der Ärztekammer und mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und mit den zuständigen Stellen des Bundes das Gastärzteproblem, das nicht nur ein Problem der Stadt Wien, sondern eine Angelegenheit ganz Österreichs ist, einer Gesamtlösung zuführen. Die Vertreter der Gastärzte haben auf Grund dieser Erklärungen die sofortige Beendigung ihrer Aktion zugesagt.

- - -

37 Schwesterndiplome im Rudolfsspital
=====

20. Dezember (RK) In Anwesenheit von Vizebürgermeister Weinberger, Stadtrat Riemer und des früheren Direktors der Anstalt Dr. Steindl wurden heute vormittag in der Krankenpflegeschule des Krankenhauses Rudolfsspital 37 Absolventinnen, darunter zwei geistliche Schwestern, diplomiert. Im Namen der Schule verabschiedete sich von den Schülerinnen, die nun nach dreijährigem Studium die Krankenpflegeschule verlassen werden, Direktor Prof. Zimmermann.

Stadtrat Riemer übermittelte den jüngsten Krankenschwestern Wiens die Grüße und Glückwünsche des Bürgermeisters.

Vizebürgermeister Weinberger nahm dann die Verteilung der Diplome und der Schwesternbroschen vor. Auch er wünschte den Krankenschwestern die besten Erfolge in ihrem weiteren Berufsleben und ermahnte sie, im Interesse unserer Kranken Mitbürger ihre Pflichten niemals zu vernachlässigen.

Auch die Schuloberin Strobl sprach herzliche Worte, worauf eine der soeben diplomierten jungen Schwestern dankte.

- - -

Neue Gleisschleife vor dem Südbahnhof
=====

20. Dezember (RK) Samstag, den 22. Dezember, wird die neue Gleisschleife vor dem Südbahnhof auf der Seite des Schweizer Gartens in Betrieb genommen. Diese Schleife wird von den Zügen der Linien D und 13 und in den Zeiten des Hauptverkehrs von Verstärkungszügen der Linie O befahren.

Die Züge dieser Linien sind beim Südbahnhof dann nicht mehr auf der Gürtelseite, sondern auf der Seite des Schweizer Gartens zu erreichen.

- - -

Schweinenachmarkt vom 20. Dezember
=====

20. Dezember (RK) Unverkauft Inland: 0. Neuzufuhren Inland: 33, Bulgarien 599, Polen 117, Jugoslawien 549, Rumänien 360, Ungarn 258. Summe 1916. Unverkauft: Bulgarien 163, Jugoslawien 89, Rumänien 73, Ungarn 107. Summe 432. Verkauft: 1484.

Ruhiger Marktverkehr. Preise: Inlandschweine 14.- S, polnische 13.30 bis 14.- S, jugoslawische 11.50 bis 13.70 S, rumänische 11.50 bis 14.- S, bulgarische 12.70 bis 13.80 S, ungarische 13.30 bis 13.50 S.

- - -

Rindernachmarkt vom 20. Dezember
=====

20. Dezember (RK) Vom Vormarkt: 7 Ochsen, 2 Stiere, 30 Kühe, Summe 39. Neuzufuhren: 14 Ochsen, 7 Stiere, 100 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 126. Gesamtauftrieb: 21 Ochsen, 9 Stiere, 130 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 165. Unverkauft: 3 Ochsen, 28 Kühe, Summe 31. Verkauft: 18 Ochsen, 9 Stiere, 102 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 134.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Die Wirtschaftspläne der Unternehmungen

=====

20. Dezember (RK) Am frühen Nachmittag begannen die Beratungen über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1957. Berichterstatter für diesen letzten Teil der Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus ist Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er führte unter anderem aus:

Der Voranschlag der Städtischen Unternehmungen wird von dem ungünstigen Budget der Verkehrsbetriebe überschattet. Wenn man die Wirtschaftspläne der sechs Unternehmungen ganz flüchtig überblickt, dann wird man feststellen können, daß bei den E- und Gaswerken infolge der noch immer dauernden Hochkonjunktur auch für 1957 mit einem weiteren Steigen der Produktion und des Absatzes gerechnet werden kann.

Das Sorgenkind Verkehrsbetriebe

Ganz anders gehen die Wiener Verkehrsbetriebe in das neue Jahr. Sie waren schon bisher ein Sorgenkind unter den Städtischen Unternehmungen und sie werden es im Jahre 1957 im verstärkten Maße sein. Nicht etwa deshalb, weil sie an einer ungünstigeren Entwicklung selbst schuldtragend wären, sondern weil durch ständige Veränderungen der Aufwandseite, die auch seit der letzten Tarifierhöhung die Erlösseite in Mitleidenschaft gezogen hat, das Erfolgsbild ungünstiger gestaltet wurde. Die Wiener Verkehrsbetriebe mit ihren 12.800 aktiven Bediensteten und 13.700 Pensionisten sind und bleiben ein außerordentlich lohnintensiver Betrieb. Jede Veränderung auf der Lohn- und Gehaltsseite wird gerade bei solchen Unternehmen in besonderer Weise spürbar. Derartige Veränderungen haben wir aber in den letzten Jahren mehrere gehabt. Ich verweise nur auf die drei Etappen der Entnivellierung und ferner auf die Auswirkung des neuen Lohn- und Gehaltsgesetzes. Der gesamte Personalaufwand bei den Verkehrsbetrieben ist (laut Abschlußziffer pro 1955) von 594,341.000 S auf 698.990 S, das ist um

104,649.000 S, gestiegen. Die Gesamtaufwendungen der Wiener Verkehrsbetriebe in den verglichenen Zeiträumen sind von 890,313.000 S auf 1,003.570.000 S, das ist um 113.257.000 S, höher, geworden. Das heißt also, daß die Erhöhung des Aufwandes nahezu zur Gänze auf den Personalaufwand entfällt.

Wenn man die Voranschläge der Wiener Stadtwerke von 1956 und 1957 miteinander vergleicht, so kommt man zu folgendem Bild: Der Personalaufwand steigt um 192,6 Millionen Schilling, der gesamte Aufwand um 377,3 Millionen. Die Erträge der Stadtwerke erhöhen sich bloß um 114,9 Millionen. Aus der Differenz zwischen Aufwand und Erträgen ergibt sich nun, daß der Verlust um 262,3 Millionen steigt.

Ein Hundertmillionen-Kredit für Verkehrsbetriebe

Die Aufwendungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben selbst betragen 1.003 Millionen Schilling, die Erträge machen 809 Millionen aus, sodaß sich ein Abgang von 193,6 Millionen ergibt. Selbst wenn man nur den Baraufwand rechnet, der 839,7 Millionen ausmacht, und den Barertrag von 809 Millionen, so bleibt noch immer ein Abgang von 29,8 Millionen Schilling. Um diesen Abgang zu decken, ist im Voranschlag die Aufnahme eines Hundertmillionen-Kredites notwendig. Dieser Kredit soll neben der Deckung des Abganges auch die Anleiheverpflichtungen decken und für Investition herangezogen werden.

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben erhöht sich der gesamte Personalaufwand um 20.74 Prozent, die Abschreibungen um 17.29 Prozent, wobei hinzugefügt werden muß, daß die Abschreibungen pro 1956 zu niedrig angesetzt worden waren, der sonstige Aufwand erfährt eine Verminderung um 3.11 Prozent. Der gesamte Aufwand erhöht sich um 132,8 Millionen, das sind 15.26 Prozent. Auf der anderen Seite vermindert sich jedoch der Ertrag gegenüber der Annahme pro 1956 um 30,9 Millionen, das sind 3.68 Prozent.

In dieser Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Aufwandes, verursacht besonders durch den erhöhten Personalaufwand, bzw. durch erhöhte Abschreibungen, und der Abwärtsentwicklung der Einnahmen, liegt die ganze Tragik der Gebarung der Wiener Verkehrsbetriebe.

Eine Reihe von Vorschlägen

Selbstverständlich wird es primär die Aufgabe des Unternehmens sein, geeignete Vorschläge zu präsentieren, wie der Abgang reduziert und die Gebarung verbessert werden könnte. Eine Reihe von Vorschlägen warten bereits auf das Studium, bzw. auf die Überprüfung ihrer Durchführbarkeit, wie zum Beispiel: Erweiterung des Einmann-Systems im Autobusbetrieb und eventuelle Anwendung auf den Straßenbahnbetrieb; Führung von Stadtbahnzügen mit einem Mann; Erhöhung der Reisegeschwindigkeiten; Rationalisierung der Werkstättenarbeit des Wagenrevisions-, Bahnaufsichts- und Bahnerhaltungsdienstes; Vergebung von Arbeiten an fremde Firmen; Überprüfung der Beitragspflicht bei baulichen Veränderungen an Straßen und Brücken; Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltung; Reform des Zulagensystems zwecks Vereinfachung der Gehaltsverrechnung; Refundierung der gewährten Tarifbegünstigungen; Maßnahmen zur Erhöhung der Frequenz; Vereinfachung des Tarifsystems" Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der bestehenden Linienführungen; Überprüfung der Wirtschaftlichkeit eines Ersatzes der Straßenbahn durch Autobusse; Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Erweiterungen, bzw. Ergänzungen des bestehenden Stadtbahnnetzes; Untersuchungen über die Durchführbarkeit einer Arbeitszeitstaffelung für die Berufstätigen.

Fachleute des Unternehmens und ein zu diesem Zweck einzurichtendes Studienbüro werden sich mit allen diesen Maßnahmen zu beschäftigen haben.

Studium der Untergrundbahn

Im Zusammenhang mit der nach wie vor ansteigenden Motorisierung bleibt vor allem die Frage der Schaffung eines Untergrundbahnsystems nach wie vor höchst aktuell.

Man muß schon jetzt zumindestens mit der Planung eines kommenden Untergrundbahnsystems beginnen. Nach dem Urteil von ausländischen Fachleuten werden mit einer weiteren Verschärfung der Verkehrslage in den einzelnen Städten die Schwierigkeiten fast quadratisch steigen, mit denen der Bau einer Untergrundbahn zu rechnen haben wird. Stellen Sie sich vor, wenn die Mariahilfer Straße durch einen längeren Zeitraum infolge des Öffnens der Baugrube stillgelegt werden müßte und die vorhandenen Ersatzstraßen den intensivierten Verkehr nicht mehr aufnehmen könnten. Eine Planung der Untergrundbahn kostet noch nicht viel Geld, sie kann von Ingenieuren des Stadtbauamtes im Verein mit Fachleuten der Wiener Verkehrsbetriebe durchgeführt werden, ähnlich wie es auch in anderen Großstädten, zum Beispiel in Hamburg, der Fall ist, wo ein Stab von 12 Leuten mit der Durchführung des weiteren Ausbaues des dortigen U-Bahnnetzes befaßt ist.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger beschäftigt sich sodann mit der Wiener Straßenverkehrs-enquete und stellt fest, daß sie bisher nur wenig greifbare Resultate gezeitigt habe. Wenn man bei uns die Verkehrsverhältnisse so bagatellisiert, sagte er, dann darf man sich später einmal nicht wundern, wenn der Großstadtverkehr von Wien einfach nicht mehr gemeistert werden kann und eine noch nie dagewesene Verkehrsmisere zum Dauerzustand geworden sein wird. Er verweist dann auf Beispiele einiger größeren und kleineren Städte Europas, die seiner Meinung nach gezeigt haben, wie man fortschrittlich zur Entwicklung des öffentlichen Verkehrs beitragen kann. Er erklärt, daß die Wiener Verkehrsbetriebe unter dem Druck, unter dem sie im Jahre 1957 zu arbeiten gezwungen sein werden, auf die Dauer nicht zu agieren verpflichtet werden können, und daß Mittel und Wege gesucht werden müssen, um auch den Wiener Verkehrsbetrieben die Luft zum Atmen zu geben.

./.

1.543 Straßenbahnwagen sind heizbar

Obwohl sich die Verhältnisse der Wiener Verkehrsbetriebe bereits im laufenden Jahr hauptsächlich infolge der gestiegenen Aufwendungen für Löhne und Gehälter zum Schlechteren gewendet hatten, konnte doch teils mit Hilfe der anderen drei Unternehmungen der Wiener Stadtwerke, aber auch mit Hilfe eines Kredites in Höhe von 55 Millionen Schilling erreicht werden, daß im Jahre 1956 11 weitere Großraumzüge, 18 umgebaute Stadtbahntriebwagen, 27 umgebaute Stadtbahnbeiwagen, ferner 14 Großraumbeiwagen und 26 Triebwagen in den Dienst gestellt werden konnten. Es handelt sich um insgesamt 107 neue, bzw. ^{total} umgebaute Wagen. Im Zusammenhang weist er darauf hin, daß seit 1945 der Wagenpark der Wiener Verkehrsbetriebe um insgesamt 797 Fahrzeuge vermehrt wurde. Ende November 1956 sind von den insgesamt 2.500 betriebstauglichen Wagen bereits 1.543 heizbar.

Das Fünfjahr-Investitionsprogramm

Der Redner beschäftigt sich sodann mit dem fünfjährigen Investitionsprogramm, das durch Kredite gedeckt werden soll, weil die aus laufenden Einnahmen gedeckten Abschreibungen und langfristigen Rückstellungen dazu nicht ausreichend sind. Nach diesem Fünfjahr-Investitionsprogramm in der Höhe von rund 2.2 Milliarden Schilling sollen 1.490 Millionen Schilling auf die Wiener Verkehrsbetriebe entfallen, 130 Millionen Schilling auf die Gaswerke und 690 Millionen Schilling auf die Wiener Elektrizitätswerke.

Kreditverhandlungen ohne Erfolg

Er gab dann einen Überblick darüber, für welche Zwecke diese Kreditmittel verwendet werden sollen. Im Zusammenhang erwähnte er die mit Schweizer Bankexperten geführten Besprechungen, die, wie er sagte, nicht das gewünschte Ergebnis gezeitigt haben, weil sie zu spät erfolgt sind.

An Stelle einer Kapitalfülle, die noch im vorigen Jahr vorhanden gewesen ist, ist ein effektiver Kapitalmangel getreten. Dessen ungeachtet plädiere er für die Aufrechterhaltung des Kontaktes mit den Schweizerischen Bankkreisen und die Verwertung jeder sich bietenden Möglichkeit, um zusätzlich ausländisches Kapital für die Verwirklichung einmaliger großer Projekte der Wiener Stadtwerke einzusetzen. Stadtrat Nathschläger meint, man müßte daneben auch den österreichischen Kapitalmarkt heranziehen. Anschließend stellte er mit Befriedigung fest, daß soeben zwei weitere Wohnbauprojekte mit 100 Wohnungen für Bedienstete der Wiener Stadtwerke in Angriff genommen werden können.

Der neue Leistungsplan

Im weiteren beschäftigt er sich mit den Produktions-, bzw. Leistungsannahmen der Wiener Stadtwerke im kommenden Jahr. Die E-Werke rechnen mit einem Stromverkauf von 1.345,4 Millionen Kilowatt gegen 1.208,6 Millionen Kilowatt laut Ansatz für das vergangene Jahr. Der Stromverbrauch erhöht sich somit gegenüber dem Jahre 1956 neuerlich um 11,34 Prozent.

Die Gaswerke rechnen mit einem Absatz von 503,3 Millionen Kubikmeter gegen 454,8 Millionen Kubikmeter laut Erfolgsplan 1956, das ist um 10,66 Prozent mehr. Der Erdgasverbrauch steigt hierbei neuerlich, und zwar von 188,2 Millionen Kubikmeter auf 206,7 Millionen Kubikmeter. In diesem Zusammenhang verwies er auf die ständig steigenden Kohlenpreise und bezweifelte, daß durch die weltpolitischen Ereignisse der letzten Zeit der angenommene Durchschnittspreis von 697,67 Schilling pro Tonne zu halten sein wird. Trotz vermindertem Einsatz von Kohle wird sich aber der Verkauf von Koks gegen den Voranschlag 1956 geringfügig erhöhen.

Die Wiener Verkehrsbetriebe rechnen im Ansatz 1957 mit einer Gesamtfrequenz von 512,4 Millionen Fahrgästen gegenüber einem Ansatz von 525,4 Millionen Fahrgästen im Jahre 1956 und einer effektiv erreichten Frequenz von 540,5 Millionen Fahrgästen im Jahre 1955. Er verweist auf die ständige Abwärts-

bewegung der Frequenz, die lediglich beim Obusverkehr ungefähr die gleiche geblieben ist. Er verweist weiters darauf, daß hinsichtlich der Frequenz auf der Straßenbahn und Stadtbahn die Annahmen für 1956 mit 490 Millionen Fahrgästen etwas zu optimistisch war. In Wirklichkeit könne man infolge des Abfalles einer gewissen Anzahl von Fahrgästen mit 476 Millionen Fahrgästen rechnen.

Die Städtische Bestattung präliminiert für das nächste Jahr 25.000 eigene Bestattungsfälle, 200 Teilleistungen für Privatbestatter und 900 Bestattungen für Mittellose.

Das Brauhaus der Stadt Wien schätzt seine Biererzeugung im kommenden Jahr auf 152.000 Hektoliter. Es darf angenommen werden, daß sich der Verkauf der Drittelliter-Bierflasche günstig auf den Umsatz auswirken wird. Durch die Modernisierung der Mälzerei ist das Brauhaus der Stadt Wien nun in der Lage, noch etwa 20.000 Doppelzentner an Lohnaufträgen von anderen Brauereien entgegenzunehmen.

Die Gewista ist nach wie vor gut beschäftigt, obwohl durch den ständigen Rückgang von Plakatierungsflächen durch die Verbauung von Baulücken wertvolle Reklameobjekte eingebüßt wurden.

Die präliminierten Ergebnisse für das Jahr 1957 sind bei den einzelnen Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke, bzw. beim Brauhaus der Stadt Wien und bei der Gewista folgende: E-Werke 67,038.000 Schilling, Gas-Werke 54,400.000 Schilling, Verkehrsbetriebe 193,670.000 Schilling, Bestattung 332.000 Schilling, Brauhaus 253.000 Schilling, Gewista 162.900 Schilling alle Unternehmungen zusammen 314,360.100 Schilling.

Die Aufwendungen der Wiener Stadtwerke betragen insgesamt 2.819,042.000 Schilling und die Erträge 2,504,266.000 Schilling. Die Aufwendungen sind gegenüber dem Voranschlag 1956 um 15.45 Prozent gestiegen, während die Erträge nur eine Steigerung um 4.81 Prozent mitgemacht haben. Beim Brauhaus der Stadt Wien steigen die Aufwendungen um 8.86 Prozent, die Erträge um 8.77 Prozent und bei der Gewista erhöhen sich die Aufwendungen um 11.20 Prozent und die Erträge um 10.12 Prozent.

Größere Wagenreparaturen an Privatwirtschaft

Die Gesamtzahl der aktiven Bediensteten bei den Wiener Stadtwerken vermindert sich um insgesamt 500 Personen, bei der Gewista um vier und erhöht sich beim Brauhaus der Stadt Wien um 12 Personen. Allein bei den Verkehrsbetrieben verringert sich die Zahl der Bediensteten um 403, jedoch nicht durch einen Abbau, sondern durch geringere Aufnahmen. Eine derartige Verringerung ist durch den steigenden Einsatz von Großraumwagen möglich und auch dadurch, daß ein Teil der anfallenden großen Reparaturen in Hinkunft zu vielleicht günstigeren Bedingungen an die Privatwirtschaft abgegeben werden soll. Dies soll als Ausgleich für unterbliebene neue Waggonbestellungen erfolgen. Infolge der gesunkenen Frequenz werden auch einige Einschränkungen im Verkehr vorgenommen werden. Die Zahl der Pensionisten erhöht sich bei allen sechs Unternehmungen um insgesamt 577. Insgesamt werden im Jahr 1957 20.435 Beschäftigten 19.351 Pensionsparteien gegenüberstehen. Gemäß dem Jugendeinstellungsgesetz sind bei den Unternehmungen insgesamt 363 Jugendliche beschäftigt. Bei den Wiener Verkehrsbetrieben entfallen auf 12.774 Aktive 13.393 Pensionsfälle.

Für Investitionen sind bei den Wiener Stadtwerken insgesamt 297,3 Millionen veranschlagt, beim Brauhaus 3,1 Millionen und bei der Gewista 397.800 Schilling. Es handelt sich hierbei um sogenannte freie Investitionen, die durch Sperrn nicht beeinträchtigt erscheinen. 1956 hat das Gesamtvolumen der Investitionen bei den Wiener Stadtwerken 449,6 Millionen betragen, beim Brauhaus 2,7 Millionen und bei der Gewista 454.100 Schilling.

Bei den E-Werken tritt zum Unterschied von 1956 bei den freien Investitionen eine Beteiligung an den Donaukraftwerken nicht mehr auf. Der Bau des Umspannwerkes Kaunitzgasse und jener des Umspannwerkes in der Neubaugasse wird fortgesetzt. Beim E-Werk weisen die Investitionen eine halbwegs befriedigende

Entwicklung auf. Gemessen am steigenden Stromkonsum und den damit verbundenen Mehraufwänden sind sie jedoch viel zu gering.

Bei den Gaswerken werden die Investitionen im Gaswerk Simmering mit 9,3 Millionen angesetzt, im Gaswerk Leopoldau mit 23,9 Millionen. Für das Straßenrohrnetz sind 19,5 Millionen und für Gasmesser 9,5 Millionen vorgesehen.

Katastrophal wirkt sich die Investitionskürzung bei den Wiener Verkehrsbetrieben aus. Bei der Straßenbahn sind um 79,5 Millionen, bei der Stadtbahn um 26,8 Millionen und beim Autobusbetrieb um 6,9 Millionen weniger angesetzt. Für den Fahrpark können bei den beschränkten Mitteln nur 21,8 Millionen bei der Straßenbahn budgetiert werden. Für den Fahrpark der Stadtbahn konnte nichts eingesetzt werden. Da aus dem heutigen Jahr eine Reihe von Bestellungen bei den Waggonfabriken Liefermäßig noch in das Jahr 1957 hineinreicht, werden noch 29 Großraumzüge, 9 Großraum-Beiwagen, 37 umgebaute Triebwagen und ein Gelenkzug geliefert werden; bei der Stadtbahn handelt es sich um 20 Wagen. Vorderhand ist allerdings die Finanzierung dieser Wagen noch nicht gesichert, doch ist zu hoffen, daß die Lieferungen mit Hilfe von Krediten getätigt werden können. Neue Bestellungen, die für die Waggonfabriken im Hinblick auf die langen Materiallieferzeiten von größtem Interesse wären, können derzeit nicht erteilt werden. Leider tritt dadurch in der Serienfertigung eine Lücke auf, die für die Lieferanten, aber vor allem für die Verkehrsbetriebe und die Bevölkerung selbst unangenehm sein wird.

Die Städtische Bestattung verwendet die ihr zur Verfügung stehenden drei Millionen für bauliche Herstellungen, Maschinen und maschinelle Anlagen, die Anschaffung von Aufbahrungsgegenständen und neuen Trägeruniformen.

Das Brauhaus der Stadt Wien präliminiert für drei neue Lastkraftwagen 330.000 Schilling, für Transportgebäude einschließlich der Investitionen für die Drittelliter-Flasche 1,580.000 Schilling, für die Ausstattung von eigenen Geschäften 85.000 Schilling und für die Ausstattung von Gaststätten 400.000 Schilling.

Die Gewista hat schließlich eine Reihe von Investitionen im Zusammenhang mit einem Lagerplatz, den sie hoffentlich im Jahre 1957 an Stelle des alten aufgekündigten bekommen wird, ferner wie immer für die Neuanschaffung von Reklametafeln, für Geräte, Schreibmaschinen und sonstige Einrichtungen.

Außer den freien Investitionen in der Höhe von 300,8 Millionen Schilling haben die sechs Unternehmungen noch einen Sachaufwand in der Höhe von 1.344,8 Millionen Schilling, sodaß der Sachaufwand und die Investitionen insgesamt eine Summe von 1.645,6 Millionen Schilling erreichen. Dem gegenüber weist die Hoheitsverwaltung eine Gesamtvolumen von Sachaufwand und Investitionen von 2.634 Millionen Schilling auf.

Der Anleihendienstplan sieht insgesamt für die Tilgung der Anleihen und Kredite 10,2 Millionen Schilling vor.

Der Finanzplan sieht ein Gelderfordernis von 855,418.000 Schilling vor und weist eine Geldbedeckung von 670,791.000 Schilling auf, wobei aufmerksam gemacht wird, daß in dieser Geldgebarung der Kredit von 100 Millionen eingebaut ist. Es verbleibt ein unbedecktes Gelderfordernis von 184,6 Millionen, das durch vorläufige Sperre des Erfordernisses des Investitionsplanes 1957 auszugleichen ist.

Die Verantwortung

Abschließend führte Stadtrat Dkfm. Nathschläger aus: Der Gesamteindruck der referierten Budgets der sechs Unternehmungen ist zweifellos nicht mehr so optimistisch wie er in den vergangenen Jahren noch sein konnte. Wenngleich auch die E- und Gaswerke im Einklang mit der für das Jahr 1957 weiterhin angenommenen Konjunktur noch verhältnismäßig günstig abschließen, so ist doch die Situation bei den Verkehrsbetrieben, wie ich schon eingangs meiner Ausführungen darlegte, eine mehr als ungünstige. Hier einen einzelnen dafür verantwortlich zu machen, ist angesichts der Veränderungen auf der Aufwandseite, für die ich nicht allein verantwortlich zeichne, vollkommen abwegig. Es wird daher der Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien des Hauses bedürfen, um auch in diesem Zusammenhange zu einer tragbaren Lösung sowohl für das Unternehmen als auch für die Bevölkerung zu kommen. Dabei verantwortungsbewußt mitzuwirken werde ich nicht ablehnen, ersuche aber

auch die anderen kompetenten Stellen, das Ihre dazu beitragen. Nur in der gemeinsamen Zusammenarbeit der beiden Parteien dieses Hauses kann der Erfolg für die Zukunft liegen. Deshalb bekräftige ich wie im vergangenen Jahr auch heuer mein ehrliches Bekenntnis zur Koalition und bin darüber hinaus der Meinung, daß es um die Belange der Wiener Stadtverwaltung umso besser bestellt sein wird, je besser diese Koalition funktioniert!

Stadtrat Dkfm. Nathschläger dankt sodann allen Mitarbeitern, den Arbeitern wie den Ingenieuren, herzlichst für die geleistete Arbeit und bittet sie um die Unterstützung bei der Lösung sicherlich schwierigster Aufgaben im kommenden Jahr. Er dankt auch den Mitgliedern seines Gemeinderatsausschusses, die heuer im steigenden Ausmaß mit den Geschehnissen innerhalb der Werke vertraut gemacht wurden und deren Rat und Mithilfe er auch in Zukunft gerne einholen und benützen werde. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

Der Referent stellt den Antrag, den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1957 zu genehmigen und den Fehlbetrag des Finanzplanes von 184,627.000 Schilling durch eine vorläufige Sperre von Posten des Investitionsplanes in der gleichen Höhe auszugleichen. Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen ist zu ermächtigen, die Sperre der Investitionen ganz oder teilweise aufzuheben; ferner ist den Stadtwerken die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 100 Millionen Schilling zu genehmigen. Für das Brauhaus der Stadt Wien und die Gewista stellt er den Antrag auf Genehmigung der Wirtschaftspläne.

Debatte über die Unternehmungen

GR. Maller (VO): Der diesjährige Erfolgsplan der Stadtwerke bestätigt aufs neue unsere Feststellungen: die Stadtwerke sind in Wirklichkeit hoch aktiv, es wird nur ein künstlicher Abgang konstruiert, um zu verschleiern, daß die Benützer der Wiener Straßenbahn, die Strom- und Gasabnehmer den normalen Aufwand des Betriebes decken.

Die Gas- und E-Werke und die Verkehrsbetriebe erhalten sich aber nicht nur selbst, sie führen darüber hinaus Millionenbeträge an die Stadtkasse in Form von Gebrauchs- und Wegebenützungsgebühren ab. Die Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß die Gemeinde Wien den Gas- und E-Werken das Geld überlassen muß, das sie verdienen, damit sie diese Gelder zur Vergrößerung und Modernisierung der Betriebe im Interesse der Wiener Bevölkerung verwenden.

Was die E-Werke betrifft, sind sie, wenn ihre Kapazität nicht gehoben wird, gezwungen, den Mehrbedarf durch Lieferungen der Verbundgesellschaft zu decken. Dann aber besteht die Gefahr von Rückwirkungen auf die Strompreise. Die Stadtwerke und der Stadtrat müssen daher alles tun, um eine Erhöhung der Strompreise zu vermeiden.

Weiter muß alles in Bewegung gesetzt werden, um den benötigten Strom den Konsumenten auch zuführen zu können. Wir verfügen wohl über die ausreichende Energiemenge, aber die Elektrizitätswerke sind nicht imstande, sie im erforderlichen Umfang an die Verbraucher zu verteilen. Das Wiener Kabelnetz ist veraltet und kann die anfallenden Energiemengen einfach nicht mehr verarbeiten. Dazu kommt, daß die Umschaltung viel zu schleppend vor sich geht. Dem Ausbau des Kabelnetzes muß daher mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden als bisher. Die E-Werke führen 18,5 Millionen an Gebrauchsgebühren an die Gemeindenkasse ab, wofür die Gemeinde Wien nichts leistet. Der Stadtrat möge alles tun, damit diese Praxis abgestellt wird.

Auch beim Gaswerk führen wir den Kampf gegen die Gebrauchs- und Wegebenützungsgebühren, und wir sind davon überzeugt, daß es uns eines Tages gelingen wird, daß diese unsozialen Gebühren aufgehoben werden, denn diese Gelder werden für wichtige Investitionen, wie den Ausbau der Rohrleitungen gebraucht. Das Erdgas ist für uns das billigste Heizmaterial, es kann aber niemand mit ruhigem Gewissen feststellen, daß die Erdgasvorkommen auch tatsächlich zum Wohle der Bevölkerung unserer Stadt ausgenützt wurden. Auf keinen Fall dürfen die Gaswerke und damit die Wiener Bevölkerung zu einem Ausbeutungsobjekt der NIOGAS werden.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß eine Verbilligung der Strom- und Gastarife möglich ist.

Die Ansätze des Investitionsplanes für die Verkehrsbetriebe kann man in einem Satz zusammenfassen: Es bleibt beim Alten. Verbesserungen sind hieramts nicht vorgesehen. Es ist nur zu hoffen, daß der Kredit von 100 Millionen Schilling, den die Generaldirektion beantragt, für arbeitsschaffende Investitionen verwendet wird. Redner stellt einige Anträge. So verlangt er, daß der gesamte für sozial-hygienische Einrichtungen vorgesehene Betrag von 3,9 Millionen freigegeben wird und nicht 2,9 Millionen gesperrt werden. Weiter fordert er die Einführung des Kurzstreckentarifes. Den Linien 16, 25 und 317 soll besonders Augenmerk zugewendet werden und in Zeiten gesteigerten Friedhofsverkehrs soll die Bundesbahn zur Entlastung der Straßenbahn einige Züge einschieben, zum Beispiel vom Hauptzollamt zum Zentralfriedhof. Die endgültige Lösung des Verkehrsproblems könne aber nur die U-Bahn bringen, und hier muß der Stadtrat bei seinem Parteifreund Finanzminister Dr. Kamitz die Initiative ergreifen, damit der Bund Wien die notwendige Hilfe zuteil werden läßt.

GR. Maller beantragt weiter die Einführung von einigen Autobuslinien im 23. Bezirk sowie Autobusse anstatt des 13-Wagens. In drei Beschluß- und Resolutionsanträgen verlangt er die Verlängerungen der 16-Linie nach Aspern und der 61-Linie bis zum Tivoli sowie die Erweiterung der Fahrberechtigungsausweise für Kriminalbeamte für den Autobusverkehr. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe XII die Zustimmung nicht geben wird.

GR. Schwaiger (ÖVP) knüpft an den Bericht von Stadtrat Dkfm. Nathschläger an und stellt fest, daß der Gesamtantrag der Städtischen Unternehmungen von mehr als 300 Millionen Schilling jeden mit Sorge erfüllen müsse. Als Hauptursachen der schlechten Finanzlage bei den Städtischen Unternehmungen bezeichnet er das neue Gehaltsgesetz, das prunghafte Ansteigen der Abschreibungen sowie die Steigerung des Sachaufwandes. Durch die Auswirkungen des Gehaltsgesetzes ergibt sich bei den Städtischen Unternehmungen eine Mehrbelastung von 192 Millionen Schilling. Trotzdem, erklärt der Redner, freuen wir uns, daß die Lohnforderungen der Gemeindebediensteten erfüllt wurden.

Dem fügt er hinzu, daß es nun unbedingt notwendig sein wird, jede Möglichkeit, die auf eine Personalersparnis und Rationalisierung hinzielt, aufzugreifen und erschöpfend zu behandeln. In diesem Zusammenhang bedauert er, daß GR. Schiller als leitender Funktionär der Gewerkschaft nicht dem Gemeinderatsausschuß für Städtische Unternehmungen angehört. Die Abschreibungen, die im kommenden Jahr bei den Städtischen Unternehmungen 420 Millionen betragen werden, bezeichnet er als eine arge Belastung, die schwer ins Gewicht fällt. Er kommt dann auf die letzten Tarifierhöhungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben zu sprechen und erklärt, man sehe heute klar und deutlich, wie falsch diese Maßnahme war. Durch die gleichzeitig beschlossene Aufhebung der Grundgebühren bei den E-Werken und Gaswerken habe man auf 103 Millionen Schilling Einnahmen verzichtet, die erwartete Erhöhung der Einnahmen bei den Verkehrsbetrieben konnten aber nicht erzielt werden. Der Redner erklärt, daß selbst die geringen Mehreinnahmen von nur 30 Millionen Schilling als eine Scheineinnahme gelten müsse. Die Steigerung des Sachaufwandes ist wiederum auf die Tarifierhöhung zurückzuführen, da die auf dem Preissektor entstandene Unruhe sich auch auf die Sachaufwände der Gemeinde Wien auswirkte.

Die Mehrheitspartei, fuhr der Redner fort, nimmt einen anderen Standpunkt in der Finanzpolitik der Hoheitsverwaltung und einen anderen für Finanzangelegenheiten auf dem Sektor der Städtischen Unternehmungen ein. Dort habe Stadtrat Resch nämlich jede Reservebildung unterbunden. GR. Schwaiger rechnet vor, daß die Städtischen Unternehmungen seit 1945 rund 375 Millionen Schilling an die Hoheitsverwaltung abgegeben haben, was ungefähr die Hälfte der derzeitigen Rücklagen der Gemeinde Wien darstellt. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen erklärt der Redner, daß seine Fraktion auch den Verkehrsbetrieben angemessene Tarife zubilligt, doch dürfe die Bedeutung der Tarife für jeden Wiener Haushalt nicht außer acht gelassen werden.

Seine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Ausgaben der städtischen Unternehmungen einer genauen Perlustrierung unterzogen werden müssen. In einem Rückblick auf die Lage der städtischen Unternehmungen unter Lueger vergleicht er die damaligen Wegebenützungs- und Gebrauchsgebühren mit denen der Gegenwart und kommt zum Schluß, daß heutzutage die städtischen Unternehmungen schlechter abschneiden. Unter anderem führt er als Beispiel die Stromkosten an, die dem E-Werk für die öffentliche Beleuchtung vergütet werden und die nur einen Bruchteil der Selbstkosten ausmachen.

Auch die Tarifbegünstigungen hätten einen bedeutenden Einfluß auf das Defizit der Verkehrsbetriebe. Man müsse hier zwei Gruppen unterscheiden. Die erste Gruppe ist jene, die zur Gänze von den Verkehrsbetrieben getragen werden müsse. Es sind dies die Legitimationen für 7.700 Schwerkriegsbeschädigte, 1.300 Ausweise für Opferbefürsorgte, 3 Millionen Fahrscheine jährlich für Arbeitslose, 10.117 Fahrtberechtigungsausweise für Polizei und Gendarmerie, 223.430 Jugendfürsorgefahrscheine, 1.591 Freikarten für Zivilinvaliden, 99.000 kostenlose Rückfahrscheine für Begleitpersonen für gebrechliche Kinder, 820 Jahresfreikarten für Gemeindefunktionäre und schließlich ermäßigte Fahrten für 3.358 Fürsorgefälle. Die Gesamtsumme dieser Fahrpreisbegünstigungen betragen im Jahr mehr als 60 Millionen Schilling. Es soll nicht die Berechtigung für diese Begünstigung angezweifelt werden, es sei aber klar, daß die Kosten für diese Ermäßigungen nicht die Verkehrsbetriebe allein tragen können. Wenn die Stadt Wien den Polizisten eine Fahrpreisermäßigung auf den städtischen Verkehrsmitteln gewährt, dann hat sie auch die Kosten dafür zu tragen. Zu der zweiten Gruppe gehören die verlautbarten Tarifiermäßigungen wie Wochenkarten, Schüler- und Kinderfahrscheine. Aus diesen Ermäßigungen erwachsen Mindereinnahmen von 196,7 Millionen Schilling. Auch hier sollen diese Begünstigungen nicht angezweifelt werden, kommen sie ja gerade den Minderbemittelten zugute, die ja auch von der Tarifregulierung im Jahre 1955 am meisten betroffen wurden. (Beifall bei der ÖVP.) Diesen Personenkreis habe die Fahrpreiserhöhung besonders hart getroffen, denn die Ermäßigung der Gas- und Stromgrundgebühren habe für sie keinen Ausgleich hergestellt. Es erhebt sich nun die Frage, wer diesen ungeheuer großen Einnahmehintergang

der Verkehrsbetriebe zu tragen hat. Nach Ansicht der Mehrheitspartei in diesem Hause sei dies Sache der Verkehrsbetriebe. GR. Schwaiger stellt fest, daß seine Fraktion hier einen ganz anderen Standpunkt einnehme, werde doch zum Beispiel auch der Abgang der Bäder und der Wasserwerke, die in anderen Städten gleichfalls den Stadtwerken angeschlossen sind, in Wien von der Hoheitsverwaltung gedeckt. Beide Einrichtungen, also Bäder und Wasserwerke, haben auf Grund ihrer sozialen Tarife ein Defizit von 100 und 84 Millionen Schilling. Kein Redner hat aber nur mit einem Wort verlangt, daß dieses Defizit von den beiden Einrichtungen selbst getragen wird.

Auch auf einem anderen Sektor, bei den Österreichischen Bundesbahnen, tragen diese nicht ihr Defizit, sondern der Finanzminister gibt ihnen jährlich rund zwei Milliarden. Es müßte überlegt werden, ob etwas, das bei den Bundesbahnen, bei den Wasserwerken und den Bädern der Fall ist, nicht auch teilweise bei den Verkehrsbetrieben möglich wäre. Auch die Gebrauchs- und Wegebenutzungsgebühren sind eine ungeheure und ungerechtfertigte Belastung. Selbstverständlich stehe seine Fraktion auf dem Standpunkt, daß auch die Städtischen Unternehmungen zur Deckung der sozialen Tarife beizutragen haben soweit sie können. Es ist aber unmöglich, alles auf die Städtischen Unternehmungen abzuwälzen. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß nach eingehenden Verhandlungen auch hier eine Lösung gefunden wird. Alte Forderungen, wie Einführung eines Kurzstreckentarifes, Austausch der Straßenbahn gegen Autobusse, Einführung einer zweiten Verkehrsebene usw. wolle er heute nicht wiederholen. Bezüglich der wirtschaftlichen Situation bei den Unternehmungen solle man nicht immer wieder versuchen, die Verantwortung für das Defizit dem zuständigen Stadtrat und damit der Österreichischen Volkspartei anzulasten.

Über all diesen Betrachtungen soll man aber nicht die großen Leistungen der Städtischen Unternehmungen, die seit 1945 erbracht wurden, übersehen. Für laufende Investitionen wurden bis 1955 bei den E-Werken über eine Milliarde Schilling, bei den Gaswerken 400 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben über 500 Millionen investiert.

Für die Behebung der Kriegsschäden waren bei allen drei Unternehmungen rund 330 Millionen erforderlich. Wenn man die Ansätze des Budgets von 1956 und 1957 dazurechnet, kommt man zur gigantischen Summe von drei Milliarden, die seit 1945 in den städtischen Unternehmungen investiert wurden. Darüber hinaus wurden an Gebühren mehr als 430 Millionen an die Hoheitsverwaltung abgeführt. Diese Zahlen geben ein eindrucksvolles Bild von der großen Leistung, die auf diesem Sektor erbracht wurde.

Abschließend stellt GR. Schwaiger fest, daß die ernste Lage der Unternehmungen nur in gemeinsamer Zusammenarbeit gemeistert werden kann im Interesse der Bewohner dieser Stadt.

GR. Liwanec (SPÖ) meint, wenn die Vorschläge der ÖVP zur Sanierung der Stadtwerke das einzige sind, was die Volkspartei auf wirtschaftlichem Gebiet zu leisten imstande ist, so werde man die Betriebe nicht sanieren können. Woher solle man die 300 Millionen Schilling nehmen, die die ÖVP zur Subventionierung der Straßenbahn verlangt? Solle man keine Wohnungen mehr bauen, keine Straßen herrichten, die Fürsorge und die Spitalverwaltung unmöglich machen? Wenn diese 300 Millionen Schilling von der Hoheitsverwaltung zur Stützung der Tarife verlangt werden, müßten sie vom Investitionssektor weggenommen werden. Dadurch würde aber Arbeitslosigkeit entstehen.

In allen Reden der ÖVP-Gemeinderäte während der Budgetdebatte habe er vermißt, fuhr GR. Liwanec fort, daß sie vom Finanzminister verlangt hätten, er möge das Seine dazu beitragen, um Wien nicht weiter zu schädigen. Der Redner verspricht jedem ÖVP-Mandatar 10.000 Schilling, wenn er nachweist, daß er nur ein Wort gesagt hat, das positiv für die Gemeindeverwaltung aufzufassen war.

Wenn man schon von unberechtigten Belastungen der Verkehrsbetriebe gesprochen habe, warum wurde dann nicht auch gesagt, daß diese Verkehrsbetriebe seit 1945 68 Millionen Schilling für Bundessteuern bezahlt haben. Die Verkehrsbetriebe wurden

Die Verkehrsbetriebe wurden auch mit der Bundesbahn verglichen. Dort verlangt die ÖVP, daß das Defizit abgebaut werde, in Wien aber nicht.

GR. Liwanec greift dann die Haltung der ÖVP Gemeinderäte während der Budgetdebatte an, die, wie er sagt, die anderen Diskussionsredner lächerlich gemacht haben. Die Gesichter der ÖVP-Gemeinderäte wären dabei eine Mischung aus Orson Welles und Adele Sandrock mit einem Schuß Frankenstein gewesen. Das offene und ehrliche Wort eines Mannes oder einer Frau aus dem Volk hätte aber mehr Gehalt als die geschliffene Rede eines Akademikers, hinter dessen Fassade ein leerer Raum gähnt. Die Bevölkerung, die die ÖVP vorgibt hier zu vertreten, wäre abgestoßen, wenn sie ihre Gemeinderäte hier sehen könnte.

Es wurde auch die Verantwortung von Stadtrat Dkfm. Nathschlagger bestritten. Das würde heißen, man brauchte ja eigentlich gar nicht so viele Stadträte, der Finanzreferent könnte doch alles erledigen. Die ÖVP müsse sich aber darüber klar werden, daß jeder Stadtrat selbstverständlich in seinem Ressort Entscheidungen treffen kann. Der Redner unterstreicht, daß die Verantwortung in den Verwaltungsgruppen der jeweilige Amtsführende Stadtrat trägt.

Zu der Diskussion über die U-Bahn sagte GR. Liwanec, man vergißt bei den Vergleichen mit anderen Städten, daß es dort keine Stadtbahn gibt. Ferner wird in Wien die Schnellbahn der ÖBB gebaut. Die ÖVP will alles sofort und auf einmal. Aber bei der Verkehrsenquete wurde in mehreren Empfehlungen gesagt, daß unter den gegebenen Umständen der Bau der U-Bahn in Wien noch nicht notwendig sei. Man müsse sich auch darüber klar werden, was der U-Bahnbau die Bevölkerung kosten würde. Bei einem Netz von nur 40 Kilometern wären es sieben Milliarden Schilling. Man müßte ferner davon sprechen, ob die Bevölkerung den Fahrpreis für die neue U-Bahn bezahlen könnte. Mit der Straßenbahnfahrkarte wird man auf die U-Bahn nicht umsteigen können. Aber darüber spricht die ÖVP nicht, sie fordert nur.

GR. Liwanec beschäftigt sich dann wieder mit den Stadtwerken und weist darauf hin, daß in Wien der niedrigste Gaspreis in Europa besteht und der Strompreis noch niedriger ist. Er fragt dabei, warum die ÖVP-Redner nicht darauf hingewiesen hätten. Was haben sie überhaupt für Wien getan? (GR. Schwaiger, ÖVP "Das wissen Sie nicht, Sie sind noch zu jung im Gemeinderat).. - GR. Liwanec: "Und wenn sie tausend Jahre älter werden, werden Sie noch immer dumm sterben!" Erregte Gagenrufe bei der ÖVP. - Der Vorsitzende, GR. Mazur, ersucht hierauf den Debattenredner, beleidigende Äußerungen zu unterlassen und erteilt GR. Liwanec einen Ordnungsruf. - Im späteren Verlauf seiner Rede sagte GR. Liwanec, er stehe nicht an zu erklären, es täte ihm leid, daß er sich hinreißen ließ, der Beleidigung durch GR. Schwaiger mit gleichen Worten zu antworten.

Der Redner weist auch darauf hin, daß die Frequenzkurve der Verkehrsbetriebe schon vor der Tarifregulierung gesunken ist. Die Ursache dafür sei die steigende Motorisierung. Jedes Motorfahrzeug kostet die Verkehrsbetriebe tausend Fahrscheine im Jahr.

Wenn Stadtrat Dkfm. Nathschläger davon gesprochen habe, daß die Situation bei den Verkehrsbetrieben zum Großteil auf dem Personalaufwand zurückzuführen sei, so meint der Redner, daß die hier geforderten Rationalisierungsmaßnahmen schon längst durchgeführt wurden. Wäre es nicht der Fall, hätten die Verkehrsbetriebe noch 100 Millionen Mehrausgaben. Daß gegen den Willen der Gewerkschaft und der Arbeiterschaft auf diesem Gebiet Maßnahmen gesetzt werden sollten, müsse er im Namen der Sozialisten ablehnen!

Der Fünfjahrplan des Stadtrates Dkfm. Nathschläger steht und fällt mit der 2.2 Milliarden Schilling-Anleihe. Herr Stadtrat Nathschläger mußte sich selbst überzeugen, daß es zurzeit unmöglich ist, im Ausland diesen Betrag aufzubringen. Es fällt also die Voraussetzung des Fünfjahresplanes. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß die Wiener Bevölkerung für diese Anleihe von 2.2 Milliarden Schillingen im Laufe der nächsten 30 Jahre bei einem normalen Zinssatz von 6 Prozent 5 Milliarden Schilling zurückzahlen hätte. Diese Politik kann man nicht vertreten.

Die ÖVP hat sich bei einigen Kapiteln bemüht, der Bevölkerung, wie sie meint, klarzumachen, daß sie und nur sie allein die Interessen der Bevölkerung Wiens vertritt. Die Volkspartei hat in vielen Dingen ganz energische Wendungen durchgeführt. Sie ist auch bereits mit der Wohnbaupolitik einverstanden; die Sozialisten, die diese Wohnbaupolitik seit Jahrzehnten vertreten, seien aber gegen die Bevölkerung: ein Schluß, der mir nicht eingehen will!

Wir Sozialisten sind gewohnt, Verantwortung zu tragen und werden sie, auch dann, wenn es unbequem ist, für diese von uns allen geliebte Stadt Wien auch in Zukunft tragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger nahm in seinem Schlußwort zunächst zur Frage der Abschreibungen Stellung und erklärte: Die Abschreibungen von 419 Millionen sind in den Voranschlägen der Wiener Stadtwerke eine außerordentlich hohe Post. Aber man muß berücksichtigen, daß ihnen bereits die Aufwertung des Anlagevermögens zugrundegelegt worden ist und daß in den Jahren 1955 und 1956 verhältnismäßig hohe Anlagenzugänge zu verzeichnen gewesen sind. Die Schillingeröffnungsbilanz ist dazu da, endlich ein klares Bild über die wirklichen Vermögensverhältnisse zu schaffen, weil auf dieser Basis ein ordentliches Arbeiten und ein genaues Kalkulieren möglich ist.

Bei den Verkehrsbetrieben werden einerseits angemessene, andererseits kostendeckende Tarife verlangt. Man muß genau studieren, was in die Kosten überhaupt hineingehört. Wir müssen letzten Endes zu einer Lösung kommen, die auch den Wiener Verkehrsbetrieben das Atmen ermöglicht und es zuläßt, daß dieser kommunale Betrieb wie jeder andere kommunale Betrieb geführt werden kann.

Wenn Kollege Liwanec ausrechnet, daß für den Bau eines rund 40 Kilometer langen Untergrundbahnsystems sieben Milliarden Schilling notwendig wären, dann muß gesagt werden, daß der Bau einer Untergrundbahn in der Regel Jahrzehnte beansprucht. Daher müßte man die Frage doch einmal in Angriff nehmen.

Es ist mir selbst unangenehm, ein solches Budget für die Verkehrsbetriebe zur Annahme empfehlen zu müssen. Es müssen Ausgaben- und Einnahmenseite scharf unter die Lupe genommen, die bereits gemachten Vorschläge noch einmal überprüft und durch einen attraktiveren Tarif wieder ein gewisser Anreiz geschaffen werden. Der Kurzstreckentarif steht nach wie vor in Behandlung.

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1957 wurden dann gegen die Stimmen der VO angenommen. Die Beschluß- und Resolutionsanträge der VO wurden abgelehnt.

- . -

Der Wiener Gemeinderat hielt dann noch eine Geschäftssitzung ab, in der insgesamt 83 Geschäftsstücke ohne Debatte angenommen wurden.

Der Haushalt unserer Stadt ist gewissenhaft bestellt!

=====

Bürgermeister Jonas zum Abschluß der Budgetverhandlungen

Bürgermeister Jonas hielt zum Abschluß der viertägigen Gemeinderatssitzung im Wiener Rathaus folgende Ansprache:

"Hoher Gemeinderat! Meine Damen und Herren! Nach viertätigen intensiven Verhandlungen, die sich bis in die letzten Teilgebiete der weitverzweigten Gemeindeverwaltung erstreckten, sind wir nun am Schluß der diesjährigen Budgetberatungen angelangt. Das Ergebnis unserer Verhandlungen und Abstimmungen ist ein sorgfältig ausgewogener Voranschlag, der der kommunalen Verwaltungstätigkeit im kommenden Jahre zur Richtschnur dient und im redlich erstrebten Ausgleich der Interessen den Willen der Wiener auf einen gemeinsamen Nenner bringt.

Der Haushalt unserer Stadt ist für das nächste Jahr gewissenhaft bestellt und damit die Voraussetzung für eine geordnete Weiterführung aller Gemeindeangelegenheiten gegeben. Zwar übersteigen unsere Wünsche und Pläne noch bei weitem unser Leistungsvermögen, so daß wir bei aller Beruhigung, die uns ein geordneter Gemeindehaushalt gibt, nicht in den Fehler der Selbstzufriedenheit verfallen könne. Unwillkürlich drängt sich uns aber doch ein Gefühl der

Geborgenheit auf, weil wir die Geschicke unserer Stadt in der demokratischen Freiheit fest verankert wissen. Gerade zur Jetztzeit lernten wir den unvergleichlich hohen Wert einer freien Selbstverwaltung des Volkes kennen, und dieser Umstand soll uns anspornen, unsere demokratischen Einrichtungen wie einen Augapfel zu hüten, unermüdlich auszubauen und immer mehr im Geiste der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit zu gestalten.

Sie, die Frauen und Männer des Wiener Gemeinderates, haben soeben mit der Beschlußfassung über das Budget vom höchsten Rechte einer wirklichen Volksvertretung verantwortungsbewußten Gebrauch gemacht und damit die Richtung und den Umfang der kommunalen Tätigkeit für das nächste Verwaltungsjahr bestimmt. Ich danke Ihnen für die Mühe und die Sachlichkeit, mit der Sie sich Ihrer Aufgabe im Interesse der Wiener Bevölkerung unterzogen haben.

Dem städtischen Finanzreferenten, Herrn Stadtrat Resch, war naturgemäß auch diesmal wieder die Hauptlast an der Erstellung des Voranschlages aufgebürdet. Ich danke ihm für diese Leistung und hebe auch die Hilfe hervor, die er seitens der für die einzelnen Ressorts verantwortlichen Herren Stadträte, dann vom Herrn Magistratsdirektor, dem Herrn Kontrollamtsdirektor, dem Herrn Generaldirektor und den Herren Direktoren der Wiener Stadtwerke, wie auch von allen sonstigen Mitarbeitern erfahren hat. In diesen Dank beziehe ich selbstverständlich auch die Stenographen, die Beamten der Pressestelle und des Präsidialbüros mit ein, und nicht zuletzt die Berichterstatter der Zeitungen.

Ich glaube, daß sich meinem Dank an alle mit dem Budget befaßten Faktoren auch der hohe Gemeinderat anschließen wird. Auch halte ich mich der Zustimmung des Gemeinderates gewiß, wenn ich bei der Verabschiedung des Voranschlages mit ganz besonderer Wärme der gesamten Wiener Bevölkerung danke. Alle Fortschritte in der kommunalen Tätigkeit beruhen ja letzten Endes immer nur auf dem Arbeitsfleiß des Volkes.

Die Gemeindemittel so gewissenhaft wie möglich, nämlich im Dienst am sozialen, gesundheitlichen, kulturellen und technischen Fortschritt anzuwenden, wird immer unsere oberste Maxime sein und bleiben müssen. Unsere Bevölkerung darf die Gewißheit haben, daß ihre Steuermittel nicht vergeudet, sondern solchen Zwecken zugeführt werden, durch die die Wirtschaft und die öffentliche Wohlfahrt nur gesteigert werden.

In diesem Sinne ist auch der Voranschlag für das Jahr 1957 beschlossen und damit die Voraussetzung für die fruchtbare Fortführung der kommunalen Tätigkeit geschaffen worden. Ich wünsche allen Mitgliedern des Gemeinderates sowie allen Wienerinnen und Wienern ein frohes Weihnachtsfest und viel Glück im neuen Jahr!

In diesen Glückwunsch schließe ich aus tiefstem Herzen besonders auch die unglücklichen ungarischen Flüchtlinge ein, die zu dieser harten Winterszeit in unserer Mitte weilen!" (Langanhaltender Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 21. Dezember 1956

Blatt 2726

Zu Silvester Turmblasen am Rathausplatz

=====

21. Dezember (RK) Wie jedes Jahr wird auch heuer am Silvesterabend der Trompeterchor der Stadt Wien unter Leitung von Josef Hadraba von der Loggia des Rathhausturmes ein Bläserkonzert geben. Das Programm enthält Fanfarenmusik von Hans Totzauer, Armin Kaufmann, Josef Hadraba und Karl Pilss, die Philharmonier-Fanfane von Richard Strauss sowie ein Arrangement beliebter Weihnachtslieder und ein Potpourri über Melodien von Johann Strauß.

Im Anschluß an das Konzert, das am 31. Dezember von 18 bis 18.30 Uhr stattfindet, wird die Neujahrsansprache des Wiener Bürgermeisters auf den Rathausplatz übertragen.

Die Veranstaltung ist frei zugänglich. Gäste sind herzlich willkommen.

- - -

Wiener Gemeinderat dankt Obersenatsrat Dr. Gall

=====

21. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern einstimmig dem in den Ruhestand tretenden ersten Beamten der Finanzgruppe beim Wiener Magistrat, Obersenatsrat Dr. Karl Gall, für seine hervorragende, langjährige und erfolgreiche Dienstleistung auf dem Gebiete des Finanzwesens den Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen.

- - -

Wiener Staatsopernchor spendete für Ungarnkinder
 =====

21. Dezember (RK) Der Wiener Staatsopernchor hat Bürgermeister Jonas mit Glückwünschen zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel auch einen Scheck auf 300 Schilling mit der Bestimmung überreicht, diesen Betrag für eine Weihnachtsbescherung an ungarische Flüchtlingskinder zu verwenden. Bürgermeister Jonas hat dem Wiener Staatsopernchor mit einem herzlichen Schreiben gedankt.

- - -

Aufnahme von Violineschülern am Konservatorium der Stadt Wien
 =====

21. Dezember (RK) Durch die Neuaufnahme einer Geigenlehrkraft ist es möglich geworden, ausnahmsweise auch mit Beginn des Kalenderjahres Schüler in begrenzter Anzahl aufzunehmen. Anmeldungen im Sekretariat des Konservatoriums der Stadt Wien, 1, Johannesgasse 4a, Zimmer 30.

- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 24. Dezember bis 6. Jänner
 =====

21. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mittwoch 26. Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Liederabend Hans Duhan; am Flügel Viktor Graef (Loewe-Balladen)
	Josefssaal 20.00	"Weihnacht - Stimme der Herzen"; Lied und Dichtung aus der alten und neuen Welt
Freitag 28. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Osterr. Gewerkschaftsbund: 1. Konzert im Beethoven-Zyklus der GdM; Wr. Symphoniker, Friedrich Gulda (Klavier), Dirigent Joseph Krips (Beethoven)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Jörg Demus (Schumann)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Konzertvereinigung blinder Künstler: Konzert

./.

Freitag 28. Dez.	Josefssaal 20.00	"Weihnacht - Stimme der Herzen"; Lied und Dichtung aus der alten und neuen Welt
Samstag 29. Dez.	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: 4. Abonnementkonzert, Dirigent Eugene Ormandy (Beethoven, Brahms, Ravel, Einem)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Beethoven-Zyklus der GdM; Wr. Symphoniker, Friedrich Gulda (Klavier), Dirigent Joseph Krips (Beethoven)
	Josefssaal 20.00	"Weihnacht - Stimme der Herzen"; Lied und Dichtung aus der alten und neuen Welt
Sonntag 30. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: 4. Abonnementkonzert; Dirigent Eugene Ormandy (Beethoven, Brahms, Ravel, Einem)
	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 6. Sonntag-Nachmittagskonzert; Jörg Demus (Klavier), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Beethoven, Mahler)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 1. Konzert im Beethoven-Zyklus; Wr. Symphoniker, Friedrich Gulda (Klavier), Dirigent Joseph Krips (Beethoven)
Montag 31. Dez.	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Silvester-Konzert, Dirigent Willi Boskowsky (Johann und Josef Strauß)
Dienstag 1. Jän.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrs-Konzert, Dirigent Willi Boskowsky (Johann und Josef Strauß)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Beethoven-Zyklus; Wr. Symphoniker, Friedrich Gulda (Klavier), Dirigent Joseph Krips (Beethoven)
Mittwoch 2. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr. Symphoniker, Shura Cherkassky (Klavier), Dirigent Joseph Krips (Haydn, Brahms, Chatschaturian)
Donnerstag 3. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr. Symphoniker, Shura Cherkassky (Klavier), Dirigent Joseph Krips (Haydn, Brahms, Chatschaturian)

Freitag 4. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM
	Mozartsaal (KH) 19.30	2. Konzert des Pro Arte-Orchesters (nachgeholt vom 23.11.), Dirigent Dr. Meinhard Winkler (Beethoven, Reger, Strawinsky)
Samstag 5. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Wiederholung des 3. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Lieder- und Arienabend Eleonor Steber; am Flügel Edwin Biltcliffe (Mozart, Schubert, Debussy, R. Strauß)
	Josefssaal 20.00	"Weihnacht - Stimme der Herzen"; Lied und Dichtung aus der alten und neuen Welt
Sonntag 6. Jän.	Josefssaal 20.00	"Weihnacht - Stimme der Herzen"; Lied und Dichtung aus der alten und neuen Welt

- - -

Weihnachtsfeier der Kriegsblinden

=====

21. Dezember (RK) Wie alljährlich, so führt auch heuer, nun schon zum zehntenmal, das Kulturamt der Stadt Wien eine Weihnachtsfeier für die Kriegsblinden durch, die Samstag, den 22. Dezember, im Mozartsaal des Konzerthauses stattfindet.

Besondere Bedeutung gewinnt die Veranstaltung dadurch, daß der Obmann der Kriegsblinden Österreichs, Hans Hirsch, Preisträger 1956 der Er. Karl Renner-Stiftung wurde.

Für den künstlerischen Teil der Feier haben sich lebenswürdiger Weise Marika Röck, Fred Raul, Ernst Waldbrunn, Fritz Imhoff, Bruce Low, Emmy Loose, Murray Dickie, Lona Dubois, Philipp Zeska, Marieluise Tichy, Oswald Unterhauser und der Chor Jung-Wien unter Leo Lehner kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Beginn der Weihnachtsfeier ist mit 15.15 Uhr festgestellt.

- - -

Gedenktage für Jänner

=====

21. Dezember (RK)

- | | |
|---|--------------|
| 1. Theodor Kramer, Lyriker | 60. Geb.Tag |
| 2. Otto Benndorf, Altertumsforscher | 50. Tod.Tag |
| 3. Josef Nowalski de Lilia, Erforscher des römischen
Wien, Gründer des Museums Vindobonense,
gest. 10.11.1928 | 100. Geb.Tag |
| 5. Josef Holaubek, Polizeipräsident | 50. Geb.Tag |
| 6. Josef Petzval, Physiker | 150. Geb.Tag |
| 11. Josef Jarno, Schauspieler, Theaterdirektor | 25. Tod.Tag |
| 11. Johann Hieronymus Loeschenkohl, Kupferstecher | 150. Tod.Tag |
| 12. Wilhelm Ritter v. Hartel, Philologe, Minister
für Kultus und Unterricht von 1899 bis 1905 | 50. Tod.Tag |
| 17. Wilhelm Kienzl, Komponist, gest. 3.10.1941 | 100. Geb.Tag |
| 20. Dr. Michael Eisler-Terramare, Direktor des Sero-
therapeutischen Institutes der Wiener Universität | 80. Geb.Tag |
| 27. Anna Bahr-Mildenburg, Sängerin und Schauspielerin | 10. Tod.Tag |
| 27. Prof.Dr. Heinrich Kralik, Musikschriftsteller,
Leiter des Musikreferates des Österreichischen
Rundfunks | 70. Geb.Tag |
| 30. Dr. Karl Wurmb, Eisenbahn-Ingenieur, Erbauer der
Alpenbahn | 50. Tod.Tag |

- - -

Vizepräsident Nixon besuchte ein Wiener Flüchtlingslager

=====

21. Dezember (RK) Heute vormittag besichtigte US-Vizepräsi-
dent Richard Nixon in Begleitung des amerikanischen Botschafters
die von der Gemeinde Wien in der Schule Kandlgasse im 7. Bezirk
errichteten Unterkünfte für ungarische Flüchtlinge.

Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Honay erwarteten
den amerikanischen Vizepräsidenten vor dem Schulgebäude und be-
gleiteten ihn dann auf seinem Rundgang durch das Schulgebäude,
in dem gegenwärtig etwa 400 Flüchtlinge untergebracht sind. Bür-
germeister Jonas informierte den Vizepräsidenten ausführlich über
die von der Wiener Stadtverwaltung für die Betreuung der Ungarn

./.

veranlaßten Maßnahmen. Insgesamt wurden in verschiedenen Objekten Wiens, darunter auch in Schulen und Kinderheimen aber auch in Privatquartieren 35.000 Flüchtlinge untergebracht. Für die Aufnahme von Flüchtlingskindern wurde von der Gemeinde Wien auch ein Kindererholungsheim außerhalb Wiens zur Verfügung gestellt.

Zur Begrüßung des amerikanischen Gastes in der Kandlgasse hatten sich auch Polizeipräsident Holaubek sowie die leitenden Beamten des städtischen Wohlfahrtstamtes eingefunden.

- - -

Ereignisse - die Wien bewegten

=====

J ä n n e r

21. Dezember (RK)
- | | |
|--|----------------|
| 1. Schaffung der neuen österreichischen Postsparkasse | vor 30 Jahren |
| 2. Max Devrient tritt erstmalig im Burgtheater in der Rolle des Kosinsky (Die Räuber) auf | vor 75 Jahren |
| 5. Gründung des Wiener Staatsopernchores als Konzertvereinigung unter der Direktion Franz Schalks | vor 30 Jahren |
| 11. Beginn des Verkaufes von Wruken (deutsche Kohlrübe) während des 1. Weltkrieges durch die Gemeinde Wien | vor 40 Jahren |
| 12. Josef II. erläßt seine ersten Gesetze zur Aufhebung von Klöstern (Karthäuser, Kamaldulenser, Karmeliterinnen, Klaristinnen, Franziskanerinnen); ebenso wird das Eremitenleben verboten | vor 175 Jahren |
| 12. Die Entente erklärt die Zertrümmerung Österreichs als Kriegsziel | vor 40 Jahren |
| 13. Veröffentlichung des Allgemeinen Gesetzbuches (Strafgesetz über Verbrechen und deren Bestrafung) | vor 70 Jahren |
| 15. Prof. Dr. Leopold Freund zeigt in der Fesellschaft der Ärzte, daß Röntgenstrahlen nicht nur zur Durchleuchtung, sondern auch zur Heilung dienen | vor 60 Jahren |
| 20. Sperrung des Cafés Griensteidl, Ecke Herrngasse und Schauflergasse. Karl Kraus schrieb dazu die "Demolierte Literatur" | vor 60 Jahren |

21. Dezember 1956 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2732
22. Gründung des Wiener Volksbildungsvereines vor 70 Jahren
24. Die neue Guldenwährung wird eingeführt. Der Gulden hat nunmehr statt 60 Kreuzer 100 Kreuzer (Neukreuzer) vor 100 Jahren
26. Wahlgesetz zur Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes in Österreich auf Antrag des Ministers Freiherrn v. Beck vor 50 Jahren
28. Erste elektrische Straßenbahn in Wien; sie verkehrte auf der Strecke Wallgasse-Praterstern (die heutige Linie 5) vor 60 Jahren
28. Das erste "Mieterschutzgesetz" wird erlassen. Am 15. Dezember 1922 wird sodann das "Neue Mietengesetz" verlautbart vor 40 Jahren
30. In Schattendorf im Burgenland kommt es zu einem Überfall der Frontkämpfer-Vereinigung auf Angehörige des republikanischen Schutzbundes, bei welchem ein Arbeiter und ein Kind den Tod finden. Der Freispruch der Täter führt zu den Ereignissen des 15. Juli vor 30 Jahren

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 22. Dezember 1956

Blatt 2733

Verlautbarung an die wohnungssuchende Bevölkerung Wiens =====

22. Dezember (RK) Mit den §§ 1 und 2 des Bundesgesetzes vom 3.12.1956, BGBl.Nr. 225, mit dem Bestimmungen über die Vermietung freier Wohnungen getroffen werden, wurde die neuerliche Erfassung, Überprüfung und Vormerkung der Wohnungssuchenden vorgeschrieben.

Sohin haben alle bisherigen Vormerkungsscheine, sowohl die nach dem am 31.12.1955 außer Kraft getretenen Wohnungsanforderungsgesetz wie auch alle im Laufe dieses Jahres neu ausgestellten Vormerkungsscheine, ihre Wirksamkeit verloren.

Die Wohnungssuchenden werden daher in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam gemacht, daß Vormerkungsanträge auf Grund des neuen Gesetzes - der Kreis der jetzt in Betracht kommenden Bewerber deckt sich nur teilweise mit jenem nach dem ehemaligen Wohnungsanforderungsgesetz - nur bei den nach ihrem Wohnort zuständigen Außenstellen des Wohnungsamtes an den derzeit geltenden Partientagen - Dienstag und Freitag - in der Zeit von 8 bis 13 Uhr, tunlichst unter Mitnahme ihrer alten Vormerkungsscheine gestellt werden können. In diesen Fällen ist die gesonderte Einbringung schriftlicher Ansuchen nicht erforderlich.

- - -

Innere Stadt ist vollmotorisiert
=====Ein Auto für fünf Einwohner

22. Dezember (RK) Das dritte Heft der "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" für die Monate Juli bis September bringt eine interessante Statistik über den Kraftfahrzeugbestand in Wien, aufgegliedert nach Bezirken. Daraus ergibt sich, daß die Innere Stadt bereits vollmotorisiert ist. Theoretisch braucht kein einziger Bewohner des 1. Bezirkes zu Fuß gehen, denn auf fünf Einwohner kommt ein Personenkraftwagen. Außer den 7.328 Autos gibt es im 1. Bezirk noch 2.255 Motorräder. Ferner verzeichnet die Statistik für den 1. Bezirk 4.889 Lastkraftwagen und 1.029 Sonderfahrzeuge, wie Omnibusse, Zugmaschinen, Feuerwehrwagen, Tankwagen und ähnliches.

An den nächsten Stellen in der PKW-Dichte kommen der 4., 6., 7. und der 9. Bezirk, wo überall weniger als 20 Einwohner auf einen Personenkraftwagen kommen. Im gesamten Wiener Durchschnitt entfällt auf jeden 26. Einwohner ein Auto. Die verhältnismäßig niedrigste Zahl von PKW-Besitzern gibt es im 22. Bezirk, wo nur jeder 50. Einwohner Autobesitzer ist. Im 20. Bezirk ist es jeder 41. und im 10. Bezirk jeder 39. Einwohner.

Die Ausstattung mit Motorrädern ist hingegen in den äußeren Bezirken 21, 22 und 23 am weitesten vorgeschritten. Mit 23, 27 und 20 Einwohnern je Kraftrad liegen diese Gebiete über dem Wiener Durchschnitt, der 31 beträgt.

Motorräder und Autos zusammengerechnet, besitzt bereits jeder 14. Wiener ein Kraftfahrzeug.

In absoluten Zahlen steht ebenfalls der 1. Bezirk an der Spitze mit, wie bereits erwähnt, 7.328 Autos. Es folgen der 3. Bezirk mit 5.274 und der 9. Bezirk mit 3.654 Autos. Die wenigsten Autos gibt es im 22. Bezirk, nämlich 1.079. Die meisten Motorräder findet man in Wien im 10. Bezirk, nämlich 4.229. Es folgen der 16. Bezirk mit 3.649 und der 2. Bezirk mit 3.575. Die wenigsten Motorräder gibt es im 8. Bezirk, nämlich 998.

Die "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt

./.

Wien" bringen außerdem wieder in 47 Tabellen statistisches Material über das Wetter in dem Zeitraum von Juli bis September, über die Bevölkerungsbewegung, über den Fremdenverkehr und viele andere instruktive Daten.

- - -

60. Geburtstag von Hans Nüchtern

=====

22. Dezember (RK) Am 25. Dezember vollendet der Schriftsteller Prof. Dr. Hans Nüchtern sein 60. Lebensjahr.

Ein gebürtiger Wiener, arbeitete er nach Absolvierung der philosophischen Studien als Verlagssekretär, Dramaturg und Redakteur und trat als Pressechef der Firma Czeija in die neugegründete Ravag ein, wo er 1924 Leiter der literarischen Abteilung wurde. Während des Nationalsozialismus seiner Stellung enthoben, war er in Berlin beim Tobis-Film tätig und leitete schließlich den Nachrichtendienst des neuen Berliner Senders, bis er 1946 wieder nach Wien berufen wurde. Dr. Hans Nüchtern hat es in seinem Wirkungskreis beim österreichischen Rundfunk sehr gut verstanden, durch die Programmgestaltung, vor allem aber durch die Radiobühne, für die er über 700 Aufführungen, darunter auch Werke der Weltliteratur, inszenierte, wertvolle literarische Volksbildung zu verbreiten. Seinen hervorragenden fachlichen Kenntnissen auf dem Gebiet des Hörspiels verdankte er die Berufung zum Lehrer dieser neuen Sparte an der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst. Weiters trat er als fruchtbarer Dichter und Schriftsteller hervor, der zahlreiche lyrische, epische und dramatische Arbeiten größeren und kleineren Umfangs veröffentlichte. Besonders seine Novellen und Romane sind reich an spannend erzählten Handlungen und interessanten Problemen. Prof. Dr. Nüchtern ist Vorstandsmitglied des PEN-Clubs, der AKM, der Genossenschaft dramatischer Schriftsteller und des Österreichischen Schriftstellerverbandes, Präsident der Österr.-Schwedischen Gesellschaft und Träger in- und ausländischer Auszeichnungen.

- - -

Neue Tierplastiken in städtischen Wohnhausanlagen
=====

22. Dezember (RK) Für die Ausschmückung von städtischen Wohnhausanlagen hat der Bildhauer Alois Heidel vor einiger Zeit vom Kulturamt der Stadt Wien den Auftrag zur Schaffung von drei Tierplastiken erhalten, von denen bereits zwei aufgestellt wurden. In der Wohnhausanlage 10, Leebgasse 106, ist es ein weidendes Pferd, das als Auflockerung zwischen den einzelnen Wohnblöcken gedacht ist und in der Wohnhausanlage Mauer-Schlimekgasse ein Ibis, der aufrecht sitzt und von Sträuchern umgeben wird. Ist es im einen Fall bei in die Höhe strebenden Bauten das Breitformat, so wurde im anderen Fall, wo die Umgebung mehr einen siedlungsähnlichen Charakter aufweist, das Hochformat gewählt. Bei beiden Malen galt es, die richtige optische Wirkung zu finden. Der Zweck der Plastiken ist erreicht, wenn durch sie eine Belebung kühler Zweckbauten erreicht wird.

Alois Heidel, auf Tierplastiken spezialisiert, hat auch den dritten Auftrag bereits zu Ende geführt. Die Darstellung einer Ziege, ebenfalls in Bronze gegossen, wird in dem Neubau 2, Gredlerstraße, aufgestellt. Sie bildet auf einer im dortigen Kindergarten aufgeführten Bruchsteinmauer in ein Meter Höhe den Abschluß nach oben. Vorerst allerdings wird die Bronze-Ziege in der Ausstellung "Plastiken und Wandmalereien unter freiem Himmel in Wien" während der Wiener Festwochen 1957 gezeigt, wobei auch die verschiedensten Entwicklungsphasen ihres Schaffensprozesses von der Skizze an dargestellt werden.

Die Plastiken "Pferd" und "Ibis" wurden in der Ausstellung "Plastiken im Stadtpark", das Pferde daneben auch auf der Biennale in Venedig gezeigt.

- - -

Im November: 469 Ausrückungen der Feuerwehr
=====

22. Dezember (RK) Der Tätigkeitsbericht der Feuerwehr der Stadt Wien über den Monat November verzeichnet 111 Schadenfeuer, darunter drei Mittelbrände. Zur Behebung von Verkehrsstörungen wurde die Feuerwehr 64mal alarmiert, zur Behebung von sonstigen nicht durch Feuer verursachten Gefahren und Sachschäden ist sie 244mal ausgerückt. Gegenüber November des Vorjahres ist die Gesamtzahl der Ausrückungen um 68 auf 469 gestiegen. Im November gab es auch 12mal blinden Alarm und zwei Mystifikationen.

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner
=====

22. Dezember (RK) Im Jänner 1957 sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,
Getränkesteuer für Dezember,
Gefrorenessteuer für Dezember,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
zweite Hälfte Dezember.
14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,
Ortstaxe für Dezember.
15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.
25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
erste Hälfte Jänner.

- - -

Prämierte Wiener Kleinbühnen
 =====

22. Dezember (RK) Als beste Aufführung einer Wiener Kleinbühne im Monat November wurde die Erstaufführung von Benjamino Joppolos "Karabinieri" im Theater der Courage mit 5.000 Schilling von der Wiener Stadtverwaltung prämiert. 3.000 Schilling erhielt das Kleine Theater im Konzerthaus für Lesley Storms "Böses kommt geritten" und 2.000 Schilling das Theater am Parkring für Hans Weigels "Der eingebildete Doktor".

- - -

Südbahnhof-Neubau kostet die Straßenbahn fünf Millionen
 =====

22. Dezember (RK) Heute wurde vor dem Südbahnhof die neue Gleisschleife für die Linien D und 13 und das in der Gleisschleife neu errichtete Expedit in Betrieb genommen. Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger besichtigte aus diesem Anlaß heute vormittag in Begleitung von Direktor Dipl.Ing. Grohs und Vizedirektor Dipl.Ing. Görg das Expedit.

Vor den Schaffnern hielt der Stadtrat eine kurze Ansprache, in der er darauf hinwies, daß das neue Expedit 400.000 Schilling kostete. Es ist das schönste, das die Verkehrsbetriebe bisher gebaut haben. Insgesamt wurden seit 1945 sechs neue Wagenabfertigungen errichtet und bei einer Reihe von alten Expeditgebäuden grundlegende Verbesserungen vorgenommen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger wies auch darauf hin, daß die neuen Gleisanlagen im Zusammenhang mit dem Neubau des Südbahnhofes die Verkehrsbetriebe 4,7 Millionen Schilling gekostet haben. Für die E-Werke und Gaswerke verursachten die notwendigen Kabelumlegungen einen Aufwand von zwei Millionen Schilling. Insgesamt haben die Städtischen Unternehmungen seit 1945 im Zusammenhang mit Neuplanungen der Wiener Stadtverwaltung nicht weniger als 100 Millionen Schilling aufwenden müssen. Unter den größeren Bauvorhaben, an denen sich die Verkehrsbetriebe beteiligen mußten, nannte der Stadtrat die Mariahilfer Straße, Aspernplatz, Friedrich Engels-Platz, den Praterstern und die Wagramer Straße.

- - -

Feiertags- und Neujahrswünsche der Jugend für die Stadtväter
=====

22. Dezember (RK) Im Wiener Rathaus hatten sich auch heute aus Anlaß der bevorstehenden Feiertage und des Jahreswechsels viele Abordnungen von Wiener Kindern und Jugendlichen eingefunden, um Bürgermeister Jonas zu gratulieren.

Den Reigen der Gratulanten eröffnete in den frühen Morgenstunden die Kindersingschule der Stadt Wien mit Weihnachtsliedern, worauf Regierungsrat Prof. Lustig-Prean im Namen des Konservatoriums und der Musikanstalten der Stadt Wien Bürgermeister Jonas frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr wünschte.

Nach dem Ständchen überreichten der Direktor der Modeschule der Stadt Wien, Prof. Liewehr, und drei Modeschülerinnen dem Bürgermeister als Weihnachtsgeschenk einen Scheck über 2.400 Schilling für ungarische Flüchtlingskinder. Dieser Betrag wurde durch den Verkauf von einer Anzahl in der Modeschule entworfenen und bedruckten Kindertaschentüchern aufgebracht.

Auch die Wiener Berufsschulen und ihre Schulgemeinden überraschten heuer den Bürgermeister mit einer schönen Weihnachtsgabe für Kinder ungarischer Flüchtlinge. Die städtischen Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe stellten auf den Gabentisch des Bürgermeisters samt einer Riesentorte 50 handbemalte Kartons mit Teebäckereien und baten ihn, diese Süßigkeiten unter ungarische Kinder zu verteilen. Der Direktor der Berufsschule für Uhrmacher und Juweliere Zinke und zwei Schüler überreichten dem Bürgermeister eine Präzisionsstanduhr mit Wappen der Stadt Wien, die als Gemeinschaftsarbeit ihrer Schule bei der letzten Schulausstellung allgemeine Bewunderung hervorgerufen hatte. Die Glückwünsche der Lehrkräfte an den Berufsschulen übermittelte Landesschulinspektor Regierungsrat Ing. Herrmann.

Nach den Abordnungen der Aktion "Jugend am Werk" des Wiener Jugendhilfswerkes und der Kinder von der Lungenheilstätte Baumgarten empfing Bürgermeister Jonas eine Schar von Kindern, die in Begleitung vom Zentralinspektor der städtischen Kindergärten Dr. Kothbauer und ihrer Tanten die Grüße der kleinsten Wiener

überbrachten. Auch sie haben sich mit selbstgebastelten reizenden kleinen Weihnachtsgaben eingestellt.

Bei Vizebürgermeister Honay im Wohlfahrtsamt haben sich im Laufe des Vormittags Gruppen von Kindern aus den städtischen Kindergärten, Burschen und Mädels von "Jugend am Werk" als Gratulanten eingefunden. Auch Schulkinder bedankten sich aus Anlaß des Jahreswechsels für die Betreuung des Wohlfahrtsamtes durch das Wiener Jugendhilfswerk und wünschten dem Vizebürgermeister alles Gute für das kommende Jahr.

Vizebürgermeister Weinberger empfing im Gesundheitsamt Gratulanten aus den Wiener Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, aus Lehrlings- und Erziehungsheimen, die ihm im Namen des Personals sowie auch der Pfleglinge und Zöglinge ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr wünschten.

Auch bei allen anderen Amtsführenden Stadträten stellten sich im Laufe des Tages zahlreiche Gratulanten ein.

- - -

Ein Blutkühlwagen als Weihnachtsgeschenk

=====

22. Dezember (RK) Vizebürgermeister Weinberger übergab heute mittag im Beisein des Leiters des Städtischen Anstaltenamtes Obersenatsrat Dr. Schwarzl und eines Vertreters des Sozialministeriums dem Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Prof. Dr. Schönbauer einen Blutkühlwagen für die Blutbank der I. Chirurgischen Klinik.

Vizebürgermeister Weinberger erklärte, daß mit der Übergabe dieses "Christkindls" an das Allgemeine Krankenhaus zugleich ein unschätzbares Geschenk dem gesamten Gesundheitswesen unserer Stadt gemacht wurde. Der erste Blutkühlwagen hat in dieser Ausführung auf dem europäischen Kontinent kaum einen Konkurrenten und kann daher mit Recht als einer der schönsten Beiträge zur Modernisierung unserer Krankenhäuser bezeichnet werden. Er verwies unter anderem darauf, daß bei den soeben abgeschlossenen Budgetberatungen für das kommende Jahr allein für das Allgemeine Krankenhaus 160 Millionen Schilling bereitgestellt wurden.

Prof. Dr. Schönbauer dankte für das prächtige Weihnachtsgeschenk, das somit sofort in den Dienst der Anstalt gestellt wird.

Für die wachsenden Anforderungen der Blutbank im Allgemeinen Krankenhaus wird sich diese neue technische Errungenschaft sehr vorteilhaft auswirken. Mit Hilfe dieses Fahrzeuges wird es nun auch möglich sein, in den Betrieben außerhalb Wiens Blutspender aufzusuchen und ihnen dadurch den weiten Weg zur Blutbank zu ersparen.

Senatsrat Dipl.Ing. Dr. Diederich vom städtischen Fuhrpark bezeichnete den ersten Wiener Blutkühlwagen als ein Meisterstück der heimischen Industrie. Er ist beim städtischen Fuhrpark entwickelt worden und im Zusammenwirken der Werke Fiat, Perl und Wachalowski entstanden. Für die Kühlanlage, die die Temperatur des Blutes ständig gleichhält, wurde ein Motoraggregat eingebaut, so daß der Blutkühlwagen vollkommen autark ist. Auch die sonstigen Inneneinrichtungen der Fahrerkabine und des Wagenfonds entbehren kaum eine der neuesten technischen Errungenschaften. Der Blutkühlwagen hat 200.000 Schilling gekostet.

- - -

Aus Modetaschentüchern wird Geld für Flüchtlingshilfe
=====

22. Dezember (RK) Die 2.500 Schilling, die Schülerinnen der Modeschule der Stadt Wien aus Schloß Hetzendorf heute früh Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus überreicht haben, hat das Stadtoberhaupt sofort in Form eines Schecks an Bundeskanzler Ing. Raab gesandt. Die Modeschülerinnen haben bekanntlich ein modernes Taschentuch entworfen, das sie dann selbst in der Modeschule angefertigt und in ihrem Bekannten- und Freundeskreis vertrieben haben. Das Ergebnis der Aktion widmeten sie nun für die Flüchtlingshilfe.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 24. Dezember 1956

Blatt 2742

Baugewerboprüfungen in Wien

=====

24. Dezember (RK) Die Prüfungen im Frühjahrstermin 1957 für Bau-, Maurer-, Steinmetz-, Zimmer- und Brunnenmeister werden beim Amte der Wiener Landesregierung (Magistrat der Stadt Wien) ab 4. März (erster Turnus) und ab 1. April 1956 (zweiter Turnus) abgehalten.

Gesuche um Zulassung zu den Prüfungen sind für den ersten Turnus bis spätestens 15. Jänner und für den zweiten Turnus bis spätestens 15. Februar 1957 an das Amt der Wiener Landesregierung, Stadtbauamtsdirektion, Wien I, Neues Rathaus, zu richten. Beizuschließen sind: Lebenslauf, Geburtsschein sowie Nachweise der Staatsbürgerschaft, der Schulbildung, der Erlernung des Gewerbes und der Praxis.

Die zur Prüfung zugelassenen Kandidaten werden zeitgerecht schriftlich verständigt, wobei ihnen Beginn, Dauer und Umfang der Prüfung sowie die einzuzahlende Prüfungstaxe usw. bekannt gegeben wird.

- - -

Entfallende Sprechstunde

=====

24. Dezember (RK) Donnerstag, den 27. Dezember, entfällt die Sprechstunde des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger.

- - -

Unsere Alten waren Gäste der Eisrevue
=====

24. Dezember (RK) 1.200 von der Gemeinde Wien befürsorgte Frauen und Männer wohnten gestern nachmittag auf Einladung der Leitung der Wiener Eisrevue einer Sondervorstellung des Balletts "Melodien der Liebe" im Messepalast bei. Unsere Alten bedankten die Akteure der prächtigen Darbietungen sowie die märchenhafte Ausstattung mit großem Beifall, der sich von Bild zu Bild in frenetische Ovationen steigerte.

- - -

Gute Nachricht für die Pensionisten der Stadt Wien
=====

24. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß ab 1. Jänner 1957 bei der Überweisung von Ruhe- und Versorgungsgenüssen von ehemaligen Beamten der Stadt Wien oder deren Angehörigen, bei der Überweisung von Todfallsbeiträgen nach verstorbenen Pensionsparteien und bei der Überweisung von außerordentlichen Zuwendungen die Postzustellgebühren aus Mitteln der Stadt Wien getragen werden.

Damit wird einer Forderung entsprochen, die von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten über Wunsch der städtischen Pensionisten vor einiger Zeit erhoben worden ist.

Ab Jänner 1957 wird daher den Pensionisten der Stadt Wien und Empfängern von außerordentlichen Zuwendungen die Postzustellgebühr von ihren Ruhe- und Versorgungsgenüssen nicht mehr abgezogen.

- - -

60. Geburtstag von Carl Zuckmayer
=====

24. Dezember (RK) Am 27. Dezember vollendet der Schriftsteller Carl Zuckmayer sein 60. Lebensjahr. In Nackenheim am Rhein geboren, war er Dramaturg bei Max Reinhardt und errang 1925 mit der Aufführung seines Lustspiels "Der fröhliche Weinberg" an der Freien Bühne in Berlin einen großen Erfolg. Bereits dieses Stück, für das ihm der Kleist-Preis verliehen wurde, zeigte seine Begabung zum Dramatiker. Für "Katharina Knie" erhielt er den Büchner-Preis. Überwältigenden Erfolg erzielte 1931 der "Hauptmann von Köpenick" mit Werher Krauß in der Hauptrolle. Diese schonungslose Satire auf den deutschen Militarismus zog ihm den Haß der Nationalsozialisten zu, vor denen er 1933 nach Österreich flüchtete. Er ließ sich in Henndorf bei Salzburg nieder und nahm die österreichische Staatsbürgerschaft an. 1934 wurde im Burgtheater "Der Schelm von Bergen" uraufgeführt, mit Ewald Balser und Hilde Wagener als Königspaar. 1938 wandte sich Zuckmayer nach Amerika und wurde Farmer. 1946 kehrte er in seine Wahlheimat zurück und brachte sein außerordentlich erfolgreiches Stück "Des Teufels General" mit, das auch in der Verfilmung stärkste Wirkung erreichte. Seine weiteren dramatischen Werke wurden im Burg- oder im Josefstädter Theater gespielt und mit Beifall aufgenommen. Seine Novelle "Der Seelenbräu", eine lustige Erzählung im österreichischen Milieu mit treffender Charakterisierung, erlangte durch die Verfilmung gleichfalls weite Verbreitung.

- - -

Fahrpreis zu Weihnachten und Neujahr
=====

24. Dezember (RK) Am Dienstag, dem 25. (Christtag), und Mittwoch, den 26. Dezember (Stephanitag), sowie am Dienstag, dem 1. Jänner 1957, gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 3.60 Schilling im Tarifgebiet I oder II und auf den Ausnahmstarifstrecken "Meuer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrtscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Ebenso gelten alle Wochenkarten einschließlich der Autobus- (Obus-) Wochenkarten mit Ausnahme der Autobus- (Obus-) Schülerwochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 1.90 Schilling-Fahrtschein (im Vorverkauf 1.85 Schilling).

Die Vorverkaufsstellen sind am Montag, dem 31. Dezember, ganztägig, am Dienstag, dem 1. Jänner 1957, von 8 bis 14 Uhr, geöffnet; hingegen bleiben sie am Dienstag, dem 25., und Mittwoch, den 26. Dezember 1956, geschlossen.

Die Kartenausgabekasse, 6, Rahlgasse 3, ist am Montag, dem 31. Dezember 1956, von 8 bis 15 Uhr, geöffnet, am Dienstag, dem 25., Mittwoch, den 26. Dezember, und Dienstag, den 1. Jänner, geschlossen.

- - -

Der erste Schneepflug ist ausgefahren
=====

24. Dezember (RK) Der leichte Schneefall von Samstag auf Sonntag brachte in den äußeren Stadtgebieten Wiens eine Schneelage bis zu vier Zentimeter. Am Goldenen Sonntag waren 550 Schneearbeiter mit der Säuberung der Straßenübergänge und der Bestreuung beschäftigt. Durch den verstärkten Schneefall in der Nacht zum 24. Dezember war Montag früh abermals der Einsatz der Stadtreinigung notwendig, und zwar 900 Mann eigenen Personals sowie 58 Streufahrzeuge. In den Randgebieten des 14. Bezirkes wurde im heurigen Winter zum ersten Mal ein Schneepflug eingesetzt.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 27. Dezember 1956

Blatt 2746

210 Angelobungen im Wiener Rathaus

27. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas nahm heute früh im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses die Angelobung von 210 in den letzten Wochen in den Dienst der Stadt Wien eingetretenen Bediensteten vor. Dem feierlichen Akt, der durch musikalische Darbietungen des Streichquartetts des Konservatoriums der Stadt Wien umrahmt war, wohnten Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Bauer, Koci, Riemer und Thaller sowie Vertreter der Gewerkschaft bei.

Der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten Riemer teilte mit, daß sich unter den 210 neu aufgenommenen Bediensteten 133 Frauen befinden, meist Krankenpflegerinnen, Kindergärtnerinnen und Fürsorgerinnen. Mit dem Diensteintritt übernimmt jeder Gemeindebedienstete eine besondere Mission, nämlich nach besten Kräften für die Wiener Bevölkerung zu arbeiten. Als Personalreferent wünschte er ihnen in ihrem weiteren Berufsleben die besten Erfolge.

Bürgermeister Jonas richtete zunächst an die jüngsten Gemeindebediensteten die Bitte, sich durch eventuell auftretende Enttäuschungen, denen man in jedem Wirkungskreis begegnen kann, nicht entmutigen zu lassen. Durch den Dienstgeber, der hier die Stadt Wien ist, wird dem Gemeindebediensteten von der gesamten Wiener Bevölkerung ein besonderes Vertrauensverhältnis zugebilligt. Dafür darf die Wiener Bevölkerung von den Gemeindebediensteten mit Recht verlangen, daß sie mit besonderer Hingabe für die Allgemeinheit arbeiten. Bei der Erfüllung der gegenüber Wien und seiner Bevölkerung eingegangenen Verpflichtungen darf sich der Arbeit-

./.

nehmer daher niemals von Gedanken verleiten lassen, daß die anderen für ihn da sind. Nur umgekehrt kann es sein: er ist für die anderen da! "Die Stadtverwaltung ist sich bewußt, daß von den persönlichen Berufserfolgen jedes einzelnen auch das Schicksal Wiens abhängt."

Abschließend verwies Bürgermeister Jonas auf das **übliche** Bemühen der Stadtverwaltung, mit den Bediensteten stets gut auszukommen. Durch Handschlag nahm er dann von jedem einzelnen den Diensteid ab.

- - -

Restaurierungen im Schubertpark

=====

27. Dezember (RK) In Währing, im Gräberhain des Schubertparkes, einem Überrest des ehemaligen Ortsfriedhofes, in dem Schubert, Grillparzer, Beethoven und Nestroy ihre erste "letzte Ruhestätte" fanden, werden seit einigen Monaten Restaurationsarbeiten durchgeführt. Nachdem nun bereits eine spätbarocke Bildsäule fahmännisch vollkommen wiederhergestellt wurde, nimmt man in der nächsten Zeit eine Reihe dort noch befindlicher, kunsthistorisch bedeutsamer Grabdenkmäler in Arbeit, um einer Verwitterung vorzubeugen. Die Arbeiten sollen bis zum Sommer 1957 abgeschlossen sein.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

27. Dezember (RK) Freitag, den 28. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten Lakowitsch.

- - -

Der L-Wagen an Sonn- und Feiertagen
=====

27. Dezember (RK) Während der Schlechtwetterperiode wird die Linie L an Sonn- und Feiertagen nicht bis zum Meidlinger Tor geführt, sondern wie an Werktagen nur bis Bahnhof Rudolfsheim.

- - -

60. Geburtstag von Sergius Pauser
=====

27. Dezember (RK) Am 28. Dezember vollendet der Wiener akad. Maler Prof. Sergius Pauser das 60. Lebensjahr.

Nach der Kriegsdienstleistung studierte er an der Technischen Hochschule seiner Vaterstadt Architektur und an der Akademie der bildenden Künste in München Malerei. Seit 1926 als frei Schaffender in Wien tätig, bereiste er Italien und Frankreich und weilte auch längere Zeit in der Türkei. Pauser ist Mitglied der Secession und durch seine Ausstellungen im In- und Ausland sehr bekannt. Er bekundet eine besondere Vorliebe für Porträtmalerei und für das topographische, in persönlicher Farbgebung gehaltene Landschaftsbild. Seine Leistungen trugen ihm Staats- und Gemeindeaufträge sowie zahlreiche Preise und Auszeichnungen ein. Werke von ihm befinden sich im Besitz der Österreichischen Galerie, der Städtischen Sammlungen, der Albertina, der Staatsgalerie Budapest und des N.Ö. Landesmuseums. Sergius Pauser wurde 1943 als Leiter einer Meisterschule an die Akademie der bildenden Künste in Wien berufen und 1947 zum ordentlichen Professor ernannt.

- - -

Eine Schulgalerie für Hietzing

=====

27. Dezember (RK) Demnächst wird das Kulturamt der Stadt Wien in der Glöckelschule in Wien 13, Veitingergasse eine Schulgalerie eröffnen und somit den Kreis der Wiener Schulhäuser in denen für die Schüler regelmäßig Bilderausstellungen veranstaltet werden, um ein neues erweitern. Mit den Bildergalerien in den Wiener Pflichtschulen, vor allem in den Schulneubauten der Gemeinde Wien am Stadtrand mit ihren lichten Gängen, wurden in der Kunst-erziehung unserer Jugend gute Fortschritte erzielt. In der neuen Schule Wicnerfeld-Ost wurde in den vergangenen Tagen vom Kultu-ramt der Stadt Wien bereits die neunte Bilderausstellung eingerich-tet.

- - -

Kleine Feiertagsbilanz

=====

27. Dezember (RK) Mit Ausnahme eines starken Verkehrs zu den Bahnhöfen, der seine Spitzen schon Freitag abend und Samstag früh erreicht hat, gab es in der Zeit vom Goldenen Sonntag bis zum Stephanitag bei den Wiener Verkehrsbetrieben im allgemeinen keine stärkere Frequenz. Der Straßenbahnbetrieb am Goldenen Sonntag und am Montag war, ausgenommen die zum Zentralfriedhof und zu einigen größeren Wiener Friedhöfen führenden Linien, sehr schwach. An den beiden Feiertagen blieb diesmal der Ausflugsverkehr aus. Nur in den Nachmittagsstunden des Stephanitages wurde ein stärkerer "Besuchsverkehr" verzeichnet.

Die Feuerwehr der Stadt Wien ist am Heiligen Abend 24mal, am Christtag 8mal und am Stephanitag 15mal ausgerückt, meist zu Hilfe-leistungen bei Verkehrsunfällen. Der Städtische Rettungsdienst hatte am Heiligen Abend 113 Ausfahrten, an den beiden Feiertagen zusammen 154 Ausfahrten.

- - -

Mehr Verkehrssicherheit auf Eisenbahnübersetzungen
=====Eine Anregung des Österreichischen Städtebundes zum neuen
Eisenbahngesetz

27. Dezember (RK) Die niveaugleichen Kreuzungsstellen von Straßen mit Eisenbahnen entwickeln sich mit zunehmender Motorisierung zu einer besonderen Gefahrenquelle des Straßenverkehrs. Unfälle an solchen Kreuzungen enden häufig tödlich und verursachen immer schwere Sachschäden. Die Förderung von Maßnahmen zur Beseitigung aller verkehrsgefährdenden niveaugleichen Kreuzungen liegt wegen der damit verbundenen Erhöhung der Verkehrssicherheit im Interesse der Gesamtwirtschaft. Aber auch vom Standpunkt des Fremdenverkehrs aus muß Österreich bestrebt sein, den internationalen Standard auch auf diesem Gebiet zu erreichen.

Im Nationalrat wurde eine Regierungsvorlage zu einem Eisenbahngesetz 1956 eingebracht. In diesem Gesetzentwurf wird auch die Art der Sicherung von Kreuzungen der Eisenbahn mit Straßen geregelt. Bisher galten hierfür teilweise noch reichsrechtliche Vorschriften. Der Österreichische Städtebund befürchtet jedoch, daß die praktische Anwendung dieser neuen Bestimmungen nicht leicht sein wird und ein Erfolg der Bestrebungen zur Sicherung niveaugleicher Kreuzungen im Bereich von Gemeinden mit geringer Finanzkraft überhaupt nicht zu erwarten ist. Im Hinblick auf die überragende Bedeutung, die jedoch diesen Bestrebungen im Interesse des Fremdenverkehrs, der Volksgesundheit und der Leistungsfähigkeit unserer Straßen zukommt, hat der Österreichische Städtebund daher angeregt, diese Fragen besser durch ein eigenes Bundesgesetz zur Förderung der Schaffung kreuzungsfreier Schnittpunkte von Verkehrswegen und der Verbesserung bestehender niveaugleicher Kreuzungen (Kreuzungsbanter Zulassungsgesetz) zu regeln. In einem solchen Gesetz könnte dann auch die Frage der Kostentragung in einer die öffentlichen Interessen berücksichtigenden Weise aufgenommen werden.

Der Österreichische Städtebund hat seine Vorschläge dem Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft sowie den politischen Parteien übermittelt.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1123

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 28. Dezember 1956

Blatt 2751

Auf dem Rathausplatz:

Turmblasen am Silvesterabend

=====

28. Dezember (RK) Auch heuer findet am Silvesterabend, von 18 bis 18.30 Uhr, ein Turmblasen auf dem Rathausplatz statt. Die Gemeindeverwaltung wird mit einem Konzert des Trompeterchores der Stadt Wien allen Wienerinnen und Wienern ihre Grüße zum Jahreswechsel entbieten. Der Dirigent ist Josef Hadraba.

Das Programm enthält Fanfarenmusik von Hans Totzauer, Armin Kaufmann, Josef Hadraba und Karl Pilss, die Philharmoniker-Fanfane von Richard Strauss sowie ein Arrangement beliebter Weihnachtslieder und ein Potpourri über Melodien von Johann Strauß.

Im Anschluß an das Turmblasen hält Bürgermeister Jonas eine Neujahrsansprache, die auf den Rathausplatz übertragen wird.

Die Stadtverwaltung lädt alle Wienerinnen und Wiener ein, an der Veranstaltung teilzunehmen. Der Rathausplatz ist frei zugänglich.

- - -

Infektionskrankheiten im November

=====

28. Dezember (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Tätigkeitsbericht über die anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten im November. Demnach wurden im Berichtsmonat fünf Diphtherieerkrankungen (Vormonat neun), 209 Scharlacherkrankungen (Vormonat 180) und sechs Kinderlähmungsfälle (Vormonat acht) gemeldet. Eine an Kinderlähmung erkrankte Person ist gestorben. Die Zahl der Typhuserkrankungen betrug 11 (Vormonat 27),

./.

die der Keuchhustenfälle 17 (Vormonat 31).

Bei einer Gesamtzahl von 11.342 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 2.216 (Vormonat 2.129). Davon wiesen 1.609 eine Tuberkulose auf (Vormonat 1.513). Im Berichtsmonat wurden in den Tbc-Fürsorgestellen insgesamt 7.680 Röntgendurchleuchtungen und 417 Röntgenaufnahmen gemacht.

3.156 Personen haben die Beratungsstelle für Geschlechtskranke aufgesucht. Von 588 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 19, von 138 untersuchten Geheimprostituierten 30 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 148 Fälle neuer venerischer Erkrankungen gemeldet (Vormonat 183).

In den sechs Gesundenuntersuchungsstellen des Krebsreferates wurden insgesamt 512 Personen, darunter 137 Männer untersucht. 353 Personen wurden wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen, davon 67 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 144 Sportler untersucht.

- - -

Silvester-Nachtverkehr

=====

28. Dezember (RK) In der Silvesternacht wird wie alljährlich auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr früh ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachtfahrpreis beträgt für jede Person 3.80 S. Tagesfahrtscheine, Kinderfahrtscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtlinien keine Gültigkeit.

- - -

Nächste Woche beginnt die Ballsaison
=====

28. Dezember (RK) Der bevorstehende Wiener Fasching wird auch diesmal mit dem traditionellen Ball der Polizeimusik Wien am Neujahrstag im Sophiensaal eingeleitet. Schon am folgenden Wochenende wird sich die Wiener Ballsaison bereits in vollem Schwung befinden. Fast alle großen Wiener Vergnügungsstätten sind für die nächste Woche zum Empfang der ersten Ballgäste gerüstet. Im Sophiensaal tanzen Turner und Bau- und Holzarbeiter, im Messenpalast die Zollwachebeamten, im Kursalon der Basketballverband, im Palais Auersperg die Kreditanstalt usw.

Bis zum heutigen Tag wurden im Wiener Rathaus beim Referat Vergnügungssteuer insgesamt 151 Tanzveranstaltungen angemeldet, darunter 72 größere Bälle.

- - -

Paul Wranitzky zum Gedenken
=====

28. Dezember (RK) Auf den 30. Dezember fällt der 200. Geburtstag des Musikers Paul Wranitzky.

Als Sproß einer aus Mähren stammenden Künstlerfamilie in Neureisch geboren, kam er mit 20 Jahren nach Wien und errang als Dirigent und als Komponist solche Erfolge, daß er das Theologiestudium aufgab und sich der Künstlerlaufbahn widmete. Zunächst diente er unter Joseph Haydn in der Fürstlich Esterhazyschen Kapelle, 1785 wurde er zum Direktor des Orchesters der Wiener Hofoper berufen. In dieser Eigenschaft wie als Sekretär der Tonkünstler-Sozietät, deren Konzerte ihm einen bedeutenden Aufschwung verdankten, wirkte er verdienstvoll bis zu seinem am 28. September 1808 erfolgten Tod. Paul Wranitzky stand durch sein fruchtbares Schaffen bei seinen Zeitgenossen in großem Ansehen. Von ihm stammen Opern, die Begleitmusik zu Schauspielen und Balletten, Symphonien, Konzerte und Kammermusik-Werke in verschiedener Besetzung, die wiederholt in Druck gelegt wurden.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 27. Dezember
=====

28. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 89 aus Jugoslawien, 73 aus Rumänien, 163 aus Bulgarien, 107 aus Ungarn. Neuzufuhren: 4225 Inland, 380 Polen, 1912 Jugoslawien, 1017 Rumänien, 560 Bulgarien, 246 Ungarn. Gesamtauftrieb: 4225 Inland, 380 Polen, 2001 Jugoslawien, 1090 Rumänien, 723 Bulgarien, 353 Ungarn, Summe 8772. Verkauft alles.

Preise: extrem 17.70 bis 18.30 S (Schlachtgewicht), 1. Qualität 14.- S (Lebendgewicht), 17.40 bis 17.60 S (Schlachtgewicht), 2. Qualität 13.70 bis 14.- S (Lebendgewicht), 3. Qualität 13.20 bis 13.60 S (Lebendgewicht), Zuchten 11.50 bis 12.50 S (Lebendgewicht), Altschneider 10.50 bis 11.- S (Lebendgewicht).

Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 19 Groschen je Kilogramm; polnische Schweine 13.50 bis 14.- S, jugoslawische 11.50 bis 13.60 S, rumänische 11.50 bis 14.- S, bulgarische 13.20 bis 14.- S, ungarische 12.70 bis 13.50 S.

- - -

Filmdokumente der Stadt Wien vom Unterrichtsministerium
 =====

ausgezeichnet
 =====

28. Dezember (RK) Die Prädikatisierungs-Kommission des Bundesministeriums für Unterricht hat drei Kulturfilme der Stadt Wien aus der städtebaulichen Filmdokumentenreihe "Mitdenken, Mitsprechen, Mitarbeiten", die im Auftrage der Stadt Wien von der Austria-Wochenschau hergestellt wurden, einer Prüfung unterzogen und folgende Prädikate verliehen:

Für das Filmdokument "Nachbar im Herbst", das das Problem der neuen Heimstätten für alte Menschen behandelt, wurde das Doppelprädikat "Kulturell wertvoll" und "Jugendfördernd ab 12 Jahre", für das Filmdokument "Die junge Stadt", das **die neuen Bauten für die Jugend** in Wien behandelt, das Prädikat "Jugendfördernd ab 12 Jahre" und für das Filmdokument "Kleiner Traum vom Paradies", das das Leben und Treiben in den Wiener öffentlichen Parkanlagen schildert, das Prädikat "Jugendfördernd ab 8 Jahre" und die Begutachtungsklausel "Sehenswert ab 8 Jahre" verliehen.

Die Stadt Wien, die eine Reihe anderer analoger Filmdokumente aus dem Bild- und Filmdokumentenarchiv des Stadtbauamtes in Vorbereitung hat, wird diese Filme in geeigneter Weise zur Förderung der allgemeinen städtebaulichen Gesinnung allen Wienern im Laufe des Jahres 1957 zugänglich machen.

- - -

Pferdemarkt vom 27. Dezember
 =====

28. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 201 Pferde, davon 31 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 195, als Nutztier 1 verkauft, unverkauft blieben 5 Pferde.

Preise: Fohlen 10.- bis 11.20 S, 1. Qualität 6.- bis 6.30 S, Extremware 6.60 bis 6.90 S, 2. Qualität 5.40 bis 5.80 S, 3. Qualität 4.70 bis 5.35 S.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 80, Oberöster-

./.

reich 40, Burgenland 31, Steiermark 12, Kärnten 25, Salzburg 11.

Der Marktverkehr war ruhig. Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Pferden um 15 g/kg, Fohlen notierten behauptet. Durchschnittspreise: Pferde 5.65 S/kg, Fohlen 10.71 S/kg.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 28. Dezember

=====

28. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 3 Ochsen, 28 Kühe, Summe 31. Neuzufuhren Inland: 111 Ochsen, 98 Stiere, 614 Kühe, 80 Kalbinnen, Summe 903. Neuzufuhren Jugoslawien: 18 Stiere. Gesamt-auftrieb: 114 Ochsen, 116 Stiere, 642 Kühe, 80 Kalbinnen, Summe 952. Verkauft: 105 Ochsen, 111 Stiere, 595 Kühe, 76 Kalbinnen, Summe 887. Unverkauft Inland: 9 Ochsen, 5 Stiere, 47 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 65.

Preise: Ochsen 8.90 bis 11.70 S, extrem 11.80 bis 12.- S (4 Stück), Stiere 10.20 bis 11.90 S, extrem 12.- bis 12.20 S (6 Stück), Kühe 7.50 bis 10.30 S, extrem 10.40 bis 10.70 S (2 Stück), Kalbinnen 9.80 bis 11.60 S, extrem 11.70 bis 12.- S (3 Stück), Beinlvieh Kühe 6.20 bis 8.40 S, Beinlvieh Ochsen und Kalbinnen 7.50 bis 9.70 S. Für Inlandrinder erhöhte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen um 39 g, Stieren 20 g, Kühen 33 g, Kalbinnen 40 g. Beinlvieh verteuerte sich um 20 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise betragen demnach: Ochsen 10.26 S, Stiere 10.96 S, Kühe 8.15 S, Kalbinnen 10.26 S; jugoslawische Stiere notierten von 10.60 bis 11.60 S.

- - -

Weihnachtsturnusse in städtischen Erholungsheimen
=====

28. Dezember (RK) Wie alljährlich wurden auch heuer vom Jugendamt der Stadt Wien in den Kindererholungsheimen der Stadt Wien Weihnachtsturnusse veranstaltet. Im Kindererholungsheim Lehenhof bei Scheibbs fanden 108 Kinder und im Kindererholungsheim Stollhof a.d. Hohen Wand 57 Kinder Aufnahme. Im Lehenhof waren hauptsächlich Heimkinder, um die sich keine Verwandten kümmern, untergebracht. Die Kinder hatten schon Wochen vorher ihre persönlichen Weihnachtswünsche bekanntgegeben und diese wurden ohne Ausnahme erfüllt. Heller Jubel herrschte über die Geschenke, die Weihnachtstafel bot auserlesene Genüsse.

Die Kinder verbleiben bis 5., bzw. 12. Jänner in den Heimen, um in der herrlich verschneiten Umgebung auch noch Wintersport betreiben zu können.

Auch die ungarischen Flüchtlinge im Kindererholungsheim Eichbüchel wurden nicht vergessen. Sie konnten, ebenfalls reich beschenkt, Weihnachten zwar nicht in der Heimat, aber doch in Frieden und Ruhe verbringen.

- - -

"Das gute Bild" nur noch bis einschließlich Sonntag
=====

28. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien veranstaltete Weihnachtsausstellung "Das gute Bild für jeden" schließt Sonntag, den 30. Dezember, um 20 Uhr, ihre Pforten. Das Verkaufsergebnis des heurigen Jahres ist außergewöhnlich hoch. Bis jetzt wurden 416 Arbeiten mit einem Gesamtwert von mehr als 121.000 Schilling verkauft.

- - -

Die besten Dezember-Plakate und die besten Plakate des Jahres
=====

28. Dezember (RK) Das Kulturamt der Stadt Wien hat bei seiner Plakatwertungsaktion für den Monat Dezember folgende drei Plakate prämiert:

"Immer ein passendes Geschenk" (3 Schirme) - Entwurf: Otto Prokop; "Wein der Könige - König der Weine! Gumpoldskirchner echt mit dem roten Weinsiegel" - Entwurf: W. Hofmann; "10 Jahre Künstlerische Volkshochschule - Ausstellung Künstlerhaus" - Entwurf: Hans Fabigan.

Den Preis für das beste Plakat des 4. Vierteljahres erhielt das Atelier Hofmann für "Kirchliche Aufbauanleihe".

Als die vier besten Plakate des Jahres 1956 wurden prädikatiert:

"Schönbrunn" (Pantherkatzen) - Entwurf: Philippe Schwarz; "Meinl-Kaffee" (Fez-Kanne) - Entwurf: Fritz Welser; "Österreich - ein Bienenland" - Entwurf: Ernst Trauner; "Selfix" - Entwurf: Donald Brun, Basel.

Die für die österreichischen Gebrauchsgraphiker vorgesehenen Geldpreise werden zu gleichen Teilen an Philippe Schwarz, Ernst Trauner und Fritz Welser in der Höhe von je 5.000 Schilling vergeben.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 29. Dezember 1956

Blatt 2759

Das "Jahrbuch der Stadt Wien 1955" ist erschienen
=====

29. Dezember (RK) Das soeben erschienene "Jahrbuch der Stadt Wien 1955" wird durch eine Darstellung der Ereignisse eingeleitet, die mit dem Abschluß des Staatsvertrages im Wiener Belvedere verbunden waren. Die Auswirkung der Befreiung Wiens nach zehnjähriger Besetzung zeigt sich auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens, und auch die Arbeit der Stadtverwaltung war nicht mehr von dem Willen der Besatzungsmächte abhängig. Als besonders sinnfälliges Beispiel hierfür kann die im Jahre 1954 getroffene neue Bezirkseinteilung gelten, die durch das Gebietsänderungsgesetz notwendig geworden war. Bei der damaligen Neueinteilung mußten die Interessen der Bevölkerung und der Verwaltung hinter den Wünschen der sowjetischen Besatzungsmacht zurückstehen und erst im Jahre 1955, nach Aufhebung der Besetzung, konnte die unzweckmäßige Bezirkseinteilung durch einen von Stadtrat Afritsch eingebrachten Gesetzesentwurf sinnvoll abgeändert werden.

Verleihen die Auswirkungen des Staatsvertrages auf die Verwaltungsarbeit der Gemeinde Wien dem neuen Jahrbuch ein besonderes historisches Gepräge, so wird es durch die sachlich dargestellten Großleistungen im Bauwesen zum Zeugen einer neuen Zeit. Hier sind es vor allem die Arbeiten im Straßenbau, wie die Schaffung der Opernpassage unter dem Straßenniveau, wodurch Wien um eine Sehenswürdigkeit bereichert wurde, ebenso der Bau des Verkehrskreises Praterstern, durch den der Verkehr von Fahrzeugen und Fußgängern in diesem Raum getrennt wurde. Die Opernpassage ist von den umfangreichen und schwierigen Vorarbeiten bis zu ihrer Vollendung ein Ergebnis der neuesten technischen Errungenschaften. So wird

./.

die lichtdurchflutete Passage ständig mit Frischluft aus dem Burggarten und in der kalten Jahreszeit vom Fernheizwerk in der Burg auch mit Wärme versorgt. Mit Rolltreppen nach allen Verkehrsrichtungen ausgestattet, ist sie ein Bauwerk von weltstädtischem Format. Die Baukosten betragen 23 Millionen Schilling. Mit dem Straßenbau am Praterstern wurde der derzeit größte unterfahrungslose Verkehrskreis geschaffen. Er besteht aus sechs Fahrbahnen, die sich durch farbigen Beton voneinander abheben und aus zahlreichen weitläufigen Fußgängertunnels. Dieses gigantische Bauwerk erforderte allein 22 Millionen Schilling; wesentlich höher war aber der Aufwand für die damit verbundenen Verlegungen der Anlagen der Verkehrsbetriebe, der Wasserwerke, der Gas- und Elektrizitätswerke sowie der Fernsprechleitungen, wodurch sich der Gesamtaufwand auf rund 70 Millionen Schilling stellte.

Diese beiden Bauten beweisen, daß die Stadtverwaltung großzügig und planvoll an die Lösung der Verkehrsprobleme herantritt. In diesem Bestreben wurde auch von Bürgermeister Jonas die I. Wiener Straßenverkehrsenquête einberufen, die vom 7. bis 17. November 1955 im Wiener Rathaus tagte. An den Beratungen nahm eine große Zahl in- und ausländischer Fachleute teil, deren Vorschläge in 109 Empfehlungen an die Stadtverwaltung zusammengefaßt wurden.

Wichtig und umfangreich waren auch die Leistungen der Brückenbauer, die neue Brücken über den Donaukanal und über die Liesing fertiggestellt haben. Von den 12 im Kriege beschädigten Brücken über den Donaukanal waren Ende 1955 neun Brücken in ihrer definitiven Form wiederhergestellt. Hervorzuheben ist die Schwedenbrücke, die mit den nach modernsten Gesichtspunkten gestalteten Stadtbahnstationen eine neue Dominante unserer Stadt darstellt.

Gleichzeitig wurde der Wiederaufbau des Theresienbades, der Feuerwehrzentrale Am Hof sowie der Hauptfeuerwache Ottakring-Hernals beendet. Daneben wurden bedeutende Fortschritte bei der Errichtung des Historischen Museums der Stadt Wien, der Wiener Stadthalle und beim Bau des Riesenwasserspeichers in Neusiedl am Steinfeld erzielt.

In der städtischen Wohnbautätigkeit gab es auch im Winter keinen Stillstand, da die im Inneren der im Bau befindlichen Objekte erstmalig verwendeten Gasheizgeräte für die zur Arbeit erforderliche Wärme sorgten. Über die Bauleistungen im Wohnhausbau

wird berichtet, daß von den Wohnbauprogrammen 1953 und 1954 5.131 Wohnungen fertiggestellt und der Bau von 5.628 weiteren Wohnungen begonnen wurde. Hinzu kommen noch 112 Mansardenwohnungen, die in acht städtischen Häusern eingebaut wurden und 165 Wohnungen, die durch Wiederaufbauarbeiten an Häusern, die im Kriege beschädigt worden waren sowie durch Umbau von Lokalen geschaffen wurden. Eine bemerkenswerte Neuerung im städtischen Wohnhausbau ist die Ausstattung aller neu errichteten fünf- oder mehrstöckigen Häuser mit Personenaufzügen sowie die Schaffung geschlossener Räume zum Abstellen von Kraftfahrzeugen.

Ein besonderes Augenmerk wurde auch der Wiederherstellung von Schulhäusern zugewendet, die Kriegsschäden erlitten hatten. Außerdem wurden umfangreiche Modernisierungen durchgeführt. So wurden in 10 Schulgebäuden Fließwasseranlagen in den Klassen installiert, in acht Schulen Zentralheizungen eingerichtet oder umgebaut und in drei Schulen Brausebäder in den Turnsaal eingebaut. Auch in Spitälern, städtischen Anstalten und Amtsgebäuden wurden in großem Ausmaß die veralteten Heizanlagen durch moderne ersetzt.

Der Gesamtumfang der städtischen Bautätigkeit im Jahre 1955 ist daraus zu erkennen, daß hierfür 1.400 Millionen Schilling aufgewendet und für die Ausführung der größeren Objekte allein 1,2 Millionen Tonnen Baumaterial verbraucht wurden.

Auf dem Gebiet der Kultur und Volksbildung hat die Stadtverwaltung ihre Bemühungen auf die Erziehung der Jugend zum Kunstempfinden und Verstehen künstlerischer Leistungen konzentriert. Durch Einrichtung des "Theaters der Jugend" wird den Schülern ermöglicht, zu besonders günstigen Bedingungen Theater- und Konzertaufführungen beizuwohnen sowie auch wertvolle Filme zu sehen, und die städtischen Büchereien, die eine Viertelmillion Bände umfassen, bieten der Jugend Gelegenheit, ihr Lesebedürfnis durch gute Lektüre zu befriedigen. Besonderes Gewicht wird auf die Erziehung zum Verständnis großer Orchestermusik gelegt. Für die Musikerziehung allein hat die Gemeinde im Jahre 1955 rund sechseinhalb Millionen Schilling ausgegeben. Gleichzeitig wurden auch junge Künstler aller Gebiete materiell und propagandistisch gefördert. Infolge der Veränderung der sozialen Struktur bedürftig gewordenen Privattheatern wurde durch Subventionen ermöglicht,

ihr Programm nach künstlerischen Gesichtspunkten zu gestalten.

Der Bericht über das Schulwesen läßt erkennen, daß die moderne Schule in zunehmendem Maße außer theoretischen Kenntnissen auch praktische vermittelt und gleichzeitig der Erziehungsarbeit einen immer größeren Platz einräumt. Aber nicht nur die Schüler, sondern auch die Eltern werden "erzogen". Hiezu dienen die Elternvereinsvorträge, die von einigen Elternvereinen als "Elternschule" durchgeführt wurden. Vorträge für Eltern fanden auch über "Unfallsverhütung und Verkehrserziehung" in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion statt. Die Gemeinde ist auch bestrebt, Kinder, die schwach befähigt und von Entwicklungshemmungen betroffen sind, in Hilfsschulen zu erfassen, die in Sonderschulen für minder begabte und in Spezialschulen für entwicklungsgehemmte Kinder gegliedert sind. Das humane Ziel dieser Einrichtung ist ebenso wie bei körperbehinderten Kindern, durch besondere Methoden auszugleichen, was die Natur ihnen vorenthalten hat.

Zu den aktuellen Problemen, die der Verwaltungsbericht behandelt, gehört nicht zuletzt die Intensivierung des praktischen Unterrichts an den Berufsschulen, der für die Ausbildung der Lehrlinge von überragender Bedeutung für ihre zukünftige Berufstätigkeit ist, da er in vielen Fällen die einzige Möglichkeit darstellt, mit den modernen Arbeitsmethoden vertraut zu werden. Die Gemeinde Wien vergrößert daher ständig den Werkzeug- und Maschinenbestand der Lehrwerkstätten an den Berufsschulen.

Die Fürsorgeeinrichtungen der Stadt Wien, die immer wieder von ausländischen Experten studiert und als vorbildlich befunden werden, wurden im Jahre 1955 wieder verbessert und erweitert. In der Jugendfürsorge wurde darauf Bedacht genommen, daß die Zahl junger Mütter, die sich in den Produktionsprozeß eingliedern, ständig im Steigen begriffen ist. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Kindergärten, Horte und Tagesheimstätten auszubauen. Um eine sachgemäße Betreuung der Kinder zu gewährleisten, wurden den Kindergärtnerinnen und Horterziehern Vorträge pädagogischer, psychologischer und auch medizinischer Art sowie Fachkurse für Basteln, rhythmisch-musikalische Erziehung usw. geboten. Die Ergebnisse der Leistungen für die der Schule entwachsenen Jugendlichen waren aus einer großen Schau zu ersehen, die von "Jugend am Werk" anlässlich des zehnjährigen Bestandes dieser Aktion im Wiener Rathaus

geboten wurde.

In der Erwachsenen- und Familienfürsorge wurden die Leistungen für die Befürsorgten neuerlich verbessert; hervorgehoben sei, daß auch die Zahl der Teilnehmer an dem "Landaufenthalt für alte Leute", die zu einer Dauereinrichtung geworden ist, wieder erhöht wurde.

In der Betreuung der Kranken bedeutet der im Jahre 1955 beendete Ausbau des Krankenhauses Floridsdorf und der Infektionsabteilung des Franz Joseph-Spitals sowie die Schaffung von Bettenreserven einen bemerkenswerten Fortschritt.

Die dem Werk schlagwortartig entnommenen Beispiele für die Leistungen der Gemeinde Wien im Jahre 1955 wurden in den nach Sachgebieten gegliederten Kapiteln des Verwaltungsberichtes detailliert dargestellt und durch Beigabe von 94 Illustrationen nach Originalphotos dem Leser veranschaulicht.

Der II. Teil des Werkes, das Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1955, spiegelt das Leben der Wiener in Zahlen wider und bietet darüber hinaus statistisches Material über die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Wiens; es ist daher ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen. Die statistischen Tabellen stehen zum überwiegenden Teil im Zusammenhang mit dem vorangehenden Verwaltungsbericht, der jeweils durch Angabe der Kapitel- und Seitenzahlen auf die korrespondierenden Abschnitte des II. Bandes hinweist. Diese Einrichtung ist insbesondere für die Beamten des öffentlichen Dienstes wertvoll, da sie ihnen auf jedem Gebiet ihrer Tätigkeit absolut verlässliches Zahlenmaterial bietet.

Das Statistische Jahrbuch 1955 wurde durch Erweiterung von Tabellen, die schon in den Vorjahren geführt wurden sowie durch Aufnahme neuer Tabellen ausgestaltet. Die Erweiterungen betreffen die Tabellen über Verkehrsunfälle, der Straßen- und Gartenpflege sowie der Produktion. Die Tabelle über Verkehrsunfälle wurde durch Aufnahme neuer Details auf eine realere Basis gestellt. Neu aufgenommen wurde eine Tabelle über die Wohnbauförderung und die statistische Auswertung der im Jahre 1954 durchgeführten Konsumerhebung in sieben Tabellen. Außerdem wurde eine Tabelle über die Stimmen und Mandatsverteilung bei den Wahlen in die Kammer der

gewerblichen Wirtschaft aufgenommen. Im Anhang des Werkes wurden die Ergebnisse über die Nationalratswahl 1955, und zwar nach Wahlkreisen, nach Bezirken veröffentlicht.

Die Fülle interessanter statistischer Materials in Verbindung mit der ausführlichen Darstellung der Verwaltungsarbeit der Gemeinde Wien im Jahre 1955 ergab ein 640 Seiten umfassendes Werk von fachlichem und allgemeinem Interesse, das jedem, der es besitzt, wertvolle Dienste leistet.

+ + +

Das "Jahrbuch der Stadt Wien 1955" besteht aus zwei Teilen: I. Verwaltungsbericht und II. Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien. Es umfaßt 632 Seiten mit 94 Illustrationen. Der Halbleinenband kostet 80 Schilling. Er ist durch den Verlag für Jugend und Volk 1, Tiefer Graben 7 zu beziehen.

- - -

Wiener Fremdenverkehr im November

=====

29. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Wiener Fremdenverkehr im November. Demnach wurden von den Beherbergungsbetrieben im November insgesamt 46.472 Fremde gemeldet, darunter 25.514 Besucher aus dem Ausland. Die Zahl der Übernachtungen betrug 146.638, das sind um rund 32.000 Übernachtungen mehr als im November 1955.

Die Auswirkungen der Ereignisse im benachbarten Ungarn kommen im Novemberbericht schon deutlich zum Ausdruck. Nicht weniger als 4.997 Ungarn haben sich im November in Wiener Hotels einquartiert. Im Durchschnitt hielten sich die Hotelgäste aus Ungarn viereinhalb Nächte in Wien auf. Aus der Deutschen Bundesrepublik kamen 4.531 und aus den Vereinigten Staaten 2.760 Besucher nach Wien. Mehr als 1.000 Gäste kamen im November aus Italien, aus der Schweiz und aus Großbritannien.

In den Jugendherbergen waren 1.650 Jugendliche einquartiert, darunter 803 Ausländer.

- - -

Ballkalender

=====

29. Dezember (RK) In der ersten Woche des Jänners finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Dienstag: Sophiensaal (Polizeimusik Wien).

Freitag: Sophiensaal (Allgemeiner Turnerverband).

Samstag: Sophiensaal (Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter), Messepalast (Verband der Zollwachebeamten), Palais Auersperg (Creditanstalt Bankverein), Kursalon (Basketball-Verband), Wimberger (Personalvereinigung der Firma Flesch's Sohn), Schwechater-Hof (Altkatholische Kirchengemeinde Nord-West), Gschwandner (Post- und Telegraphenbedienstete).

Sonntag: Wimberger (Naturfreunde, Sektion "Stadtbahn").

- - -

60. Geburtstag von Theodor Kramer

=====

29. Dezember (RK) Am 1. Jänner vollendet einer der bedeutendsten Lyriker Österreichs, Theodor Kramer, in England sein 60. Lebensjahr.

In Nieder-Hollabrunn geboren, arbeitete er als Beamter, als Buchhändler, Verlagsvertreter und wurde schließlich freier Schriftsteller. 1939 mußte er die Heimat verlassen und erhielt 1942 die Stelle eines Bibliothekars an einem technischen College in London. Schon seine ersten Gedichte erregten Aufmerksamkeit. Der 1928 erschienene Band "Die Gaunerzinke" wurde mit einem Preis der Stadt Wien bedacht. Auch sein weiteres fruchtbares Schaffen fand Anerkennung, wenn auch seine Stimme in den letzten Jahren nur wenig gehört werden konnte. Seine Lyrik ist in ihrer Form ungewöhnlich vielfältig und reicht vom ungeschminkten, harten Realismus bis zur feinsten Nuancierung seelischer Stimmungen. Sie ist sowohl impressionistische Landschafts- und Situationslyrik, aber auch stärkste Sozial- und Gedankenlyrik. Die Dichtungen, die in der Fremde entstanden sind, zeigen, daß Theodor Kramer in tiefer Liebe an Österreich hängt und sich seiner inneren Einsamkeit schmerzlich bewußt ist. Sein Werk soll nicht vergessen werden.

- - -

Verabschiedung von Senatsrat Dr. Schubert
=====

29. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat einstimmig dem in den Ruhestand getretenen Senatsrat Dr. Franz Schubert für seine außerordentlichen Leistungen im Rechtsreferat der Stadtbauamtsdirektion den Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen.

Heute fand in der Stadtbauamtsdirektion die Verabschiedung statt, bei der Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Hosnedl die Verdienste des scheidenden Beamten würdigte. An der schlichten Feier nahmen die Amtsführenden Stadträte Koci, Lakowitsch und Thaller sowie die leitenden Beamten der Stadtbauamtsdirektion teil.

Dr. Schubert ist 1918 in den Dienst der Stadtverwaltung getreten. Seit 1941 gehört er der Stadtbauamtsdirektion an. 1949 wurde er Senatsrat. Er war zuletzt Leiter des Rechtsfererates der Stadtbauamtsdirektion. In dieser Tätigkeit hat er sich auch um die Schaffung der neuen Bauordnung für Wien sehr verdient gemacht.

- - -

Neues Landesgesetzblatt erschienen
=====

29. Dezember (RK) Soeben ist das 18. Stück des "Landesgesetzblatt für Wien" mit der Kundmachung des Wiener Magistrates als Amt der Landesregierung, betreffend die Neufestsetzung der Verpflegsgebühren und besonderen Gebühren für die Wiener städtischen Krankenanstalten erschienen.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Neues Rathaus, Stiege 7, Halbstock, und im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien, 3, Rennweg 12a, erhältlich.

- - -

Otto Benndorf zum Gedenken

=====

29. Dezember (RK) Auf den 2. Jänner fällt der 50. Todestag des Altertumsforschers Sektionchefs Prof. Dr. Otto Benndorf.

Am 13. September 1838 in Greiz (Thüringen) geboren, wurde er nach Absolvierung der archäologischen, kunstgeschichtlichen und philologischer Studien Mittelschullehrer, unternahm auf Grund eines staatlichen Stipendiums eine lange Forschungsreise nach Italien und Griechenland und habilitierte sich 1868 in Göttingen. Über Zürich und Prag kam er 1877 nach Wien, wo er bis 1893 an der Universität mit glänzendem Erfolg tätig war. Aus seiner Schule gingen Archäologen hervor, die wissenschaftlich und praktisch hervorragend ausgebildet waren. Die Länder Österreich-Ungarns, der Balkan und Kleinasien bildeten das Ziel seiner gründlich vorbereiteten Unternehmungen. Von ihm wurden unter anderem die Ausgrabungen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Ephesus in Angriff genommen. An der Wiener Universität schuf Benndorf die archäologischen Sammlungen als Hilfsmittel für den akademischen Unterrichtsbetrieb. Er erwarb sich aber auch um die Museen und Sammlungen in den österreichischen Ländern besondere Verdienste. Von größter Bedeutung war sein Anteil an der Gründung des Österreichischen Archäologischen Instituts, das 1898 neben die Lehrkanzel trat und dessen erster Direktor er wurde. Prof. Benndorf, der auch eine fruchtbare publizistische Tätigkeit entfaltete, war eine führende Persönlichkeit des geistigen Lebens von Wien in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. 1929 wurde in den Arkaden der Universität sein Denkmal enthüllt.

- - -

Der 10.000. Buchsparer bei der ZentralsparkasseJedes zehnte Wiener Schulkind spart für Bücher

29. Dezember (RK). Der 12jährige Karl Krcjci, Schüler des Realgymnasiums Hagenmüllergasse, der heute vormittag in einer Zweiganstalt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ein Buchsparerkonto eröffnete, ist der 10.000. Wiener Buchsparer. Die Präzisionsuhr, die für den zehntausendsten Buchsparer im Direktionsgebäude in der Wipplingerstraße bereitlag, wurde ihm als kleines Jubiläumsgeschenk durch Direktor Dr. Neubauer überreicht.

Bei dieser Gelegenheit wurden interessante und erfreuliche Zahlen über das vor mehr als einem Jahr von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in Zusammenarbeit mit dem "Buchklub der Jugend" geschaffene System des Buchsparens genannt. Ähnlich wie beim normalen Schulsparen verfolgt die Zentralsparkasse auch hier vor allem den sparpädagogischen Gedanken. Bis zum heutigen Tag wurden von der Wiener Schuljugend 1,5 Millionen Schilling für den Einkauf von guten Büchern gespart, eine Summe, die sich im Wiener Buchhandel bereits bemerkbar macht. Kurz vor Weihnachten betrug der Durchschnittsstand der Einlagen pro Sparbüchel 180 Schilling. Die Tatsache, daß bereits jeder zehnte Schüler in Wien der Buchspargemeinde angehört, bezeichnete Direktor Dr. Neubauer als einen Beweis dafür, daß sich auch dieses neue Sparsystem der Zentralsparkasse gut bewährt hat.

- - -

Mehr Geburten - weniger Sterbefälle

=====

29. Dezember (RK) Nach dem Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien heirateten im November in Wien 766 Brautpaare, um 59 weniger als im November des Vorjahres. Geboren wurden 970 Kinder, das sind um 58 mehr als im vorjährigen Vergleichsmonat. Die Zahl der Sterbefälle war um 172 geringer als im November 1955 und betrug 1.987.

Nach Wien zugewandert sind 8.423 Personen, abgewandert 5.040; der Wanderungsgewinn war im November mit 3.383 Personen fast doppelt so hoch wie im vorjährigen November (1.738). Gegenüber dem Bevölkerungsstand zu Beginn des Monats stieg die Einwohnerzahl Wiens um 2.366 und betrug am Monatsende 1,628.705 Personen; davon waren 714.403 männlichen und 914.302 weiblichen Geschlechts.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 31. Dezember 1956

Blatt 2770

Wir sind einen gewaltigen Schritt weitergekommen!

Bürgermeister Jonas gab Rückblick über das abgelaufene Jahr

31. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien gab Bürgermeister Jonas Sonntag, den 30. Dezember, einen Rückblick über das abgelaufenen Jahr. Der Bürgermeister führte aus:

"Mit frohen Hoffnungen begannen wir das Jahr 1956, das erste Jahr unserer Freiheit und Unabhängigkeit. Wir wußten, daß wieder viel Arbeit vor uns liegt, weil wir die Absicht hatten, einige entscheidende Schritte in der Aufwärtsentwicklung unserer Stadt zu tun. Das bevorstehende Jahresende verleitet selbstverständlich dazu, einen Rückblick zu tun und Rechenschaft abzulegen über alles was gut und schlecht war. Wenn man das abgelaufene Jahr in der Erinnerung lebendig werden läßt, dann tauchen hunderte Dinge auf, die man seinerzeit mit Recht sehr wichtig genommen hat, die sich aber heute einordnen in die Gesamtschau des Jahres und deshalb als Einzelercheinung an Bedeutung verlieren. Übrig bleiben die Ereignisse und Tätigkeiten in ihrer Gesamtwirkung für unsere Stadt und für die Bevölkerung.

Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, daß in unserer Stadt wieder allseits fleißig gearbeitet wurde und die Bemühungen der privaten und öffentlichen Wirtschaft von großen Erfolgen begleitet waren. Wir hatten wieder das Glück, daß unsere Wirtschaft auf vollen Touren lief und der Beschäftigungsgrad neuerlich eine Rekordhöhe erreichte. Die Zahl der bei der Gebietskrankenkasse Wien versicherten Arbeitnehmer betrug Ende November 601.000, das sind um rund 20.000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es hat

./.

den Anschein, als ob eine weitere Steigerung des Beschäftigungsgrades kaum mehr möglich wäre. Wie stark das Gesamteinkommen der Bevölkerung gestiegen ist, zeigten die wachsenden Einlagen bei den Sparinstituten. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien meldete mir beispielsweise, daß 1955 der Stand der Spareinlagen Ende November 951 Millionen betrug, während er heuer um 287 Millionen höher war. Auch die außergewöhnlich rege Einkaufstätigkeit der Bevölkerung vor den Weihnachtsfeiertagen zeugt für die gesteigerte Konsumkraft der Bevölkerung. Ich freue mich das feststellen zu können, denn ich erblicke darin den wohlverdienten Erfolg der emsigen Arbeit unserer Mitbürger.

Selbstverständlich wirkte sich die wirtschaftliche Hochkonjunktur auch auf die Tätigkeit der Gemeinde Wien aus. Die vom Gemeinderat beschlossenen Arbeiten konnten alle durchgeführt werden, ja in vielen Verwaltungszweigen sind sogar zusätzliche Aufgaben gelöst worden.

Mit besonderer Befriedigung können wir für das abgelaufene Jahr auf die kulturellen Leistungen und Erfolge in unserer Stadt hinweisen. Die Festwochen des Mozart-Jahres bewiesen höchstes internationales Niveau. Die Zahl der abgehaltenen Tagungen und Kongresse erreichte eine neue Rekordhöhe ebenso wie der internationale Fremdenverkehr. Das berechtigt uns zu der Hoffnung, daß wir im kommenden Jahr mit der gleichen Entwicklung rechnen können, wenn die internationale Politik nicht in zu große Unruhe gerät.

Wenn ich Ihnen nun sage, daß wir mit den Erfolgen auf den vorher genannten Gebieten wirklich zufrieden sein dürfen, so kann uns aber die Entwicklung der Bevölkerungsbewegung nicht befriedigen. Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß wir im jetzigen Schuljahr in den Volks-, Haupt- und Sonderschulen um 181 Klassen und 7.860 Schüler weniger haben als im Vorjahr. Das ist eine Fernwirkung der seit einigen Jahren ständig abgesunkenen Geburtenziffer. Leider ist diese Entwicklung noch nicht zu Ende, die kommenden Jahre werden noch weiter sinkende Schülerzahlen bringen. Ich will gar nicht von den nachteiligen Auswirkungen dieser Erscheinung auf den Lehrerberuf sprechen, sondern nur darauf hinweisen, daß wir in wenigen Jahren in vielen Berufssparten nicht genügend Nachwuchs haben werden. Glücklicherweise haben wir aber den Tiefpunkt in der Geburtenfreudigkeit unserer Bevölkerung bereits hinter uns.

Ich konnte schon für das Jahr 1955 berichten, daß die Zahl der Geburten im Monatsdurchschnitt um 50 gestiegen war. Für dieses Jahr kann ich Ihnen zu meiner Freude mitteilen, daß im Vergleich zum Vorjahr eine neuerliche Steigerung eintrat, und zwar kamen monatlich im Durchschnitt 124 Kinder mehr zur Welt. Zweifellos hat die gebesserte Lebens- und Existenzsicherheit den Willen zum Kinde gestärkt. Wollen wir hoffen, daß diese Besserung anhält und sich unsere Schulen wieder stärker mit Kindern bevölkern.

Wenn ich nun aus der Fülle der Ereignisse und Aufgaben des ablaufenden Jahres das wichtigste herausgreifen soll, dann möchte ich vor allem an zwei Gedenktage erinnern, die für die Geschichte des sozialen Wohnungsbaues von besonderer Bedeutung sind. Wir konnten die 100.000ste Wohnung seit Beginn des sozialen Wohnungsbaues an eine glückliche Familie übergeben und eine Woche später fand die Grundsteinlegung für die 50.000ste Wohnung statt, die nach dem zweiten Weltkrieg erbaut wurde. Wer macht sich heute noch Gedanken über die Schwierigkeiten, die der soziale Wohnungsbau überwinden mußte, bevor er sich durchsetzte. Heute, da es jeder als selbstverständlich betrachtet, daß die Gemeinde Wohnungen baut, denkt niemand mehr daran, wieviel Arbeit und Sorgen aufgewendet werden müssen, damit diese großen Leistungen erreicht werden können. Ich bitte Sie deshalb, zu verstehen, daß die verantwortlichen Funktionäre der Gemeindeverwaltung an diesen zwei Gedenktagen stolze Genugtuung empfanden und glücklich waren, daß sie zu dem großen Werk beitragen konnten. Ob es nun der Stadtrat für Finanzen ist, der mit eiserner Sparsamkeit wirtschaften muß, damit immer die notwendigen Gelder für das Bauen vorhanden sind, oder der Stadtrat für Bauwesen, der seine Hand und seine Augen buchstäblich überall haben muß, damit von der Bodenauswahl bis zum letzten Hammerschlag am fertigen Hause alles sinnvoll ineinandergreift, ob es nun die obersten Beamten oder die tausenden verantwortungsbewußten Mitarbeiter in den zuständigen Magistratsabteilungen sind, sie alle dürfen mit Recht von sich sagen, daß sie das neue Gesicht unserer Stadt gestalten. Ich gebe zu, daß die Idee des sozialen Wohnungsbaues in Zeiten der Not geboren wurde und in der Not nach dem zweiten Weltkrieg sich neuerlich bewähren mußte. Aber über die Befriedigung der dringenden Wohnungsbedürfnisse hinaus hat diese Idee dazu beigetragen, das neue, das

moderne Wien zu formen. Es ist nicht nur wichtig, daß in diesen hunderttausend Gemeindewohnungen eine Bevölkerung lebt, die so groß ist wie die Bevölkerung von Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Eisenstadt zusammengenommen, es ist ebenso wichtig, daß durch sie eine bessere Wohnkultur und eine gesündere Lebensführung der Bewohner möglich ist, daß Rachitis und Tuberkulose eine Seltenheit geworden sind. Aber die soziale Entwicklung drängt zu neuen Aufgaben und Lösungen und deshalb hat sich der soziale Wohnungsbau zum sozialen Städtebau erweitert. Diese neue größere Aufgabe hat noch viele Widerwärtigkeiten auf ihrem Wege. Wenn aber die Notwendigkeiten des modernen und zweckmäßigen Lebens erfüllt werden sollen, dann muß der soziale Städtebau in Zukunft genau so selbstverständlich sein wie es jetzt der soziale Wohnungsbau schon ist. Am leichtesten versteht der Laie den Sinn des sozialen Städtebaues dann, wenn es sich darum handelt, ganze Wohnviertel, die nur mehr aus alten baufälligen Häusern bestehen, niederzureißen und an ihrer Stelle ein organisch gegliedertes großstädtisches Wohngebiet zu errichten. In den vergangenen Jahren wurde in kleinem Maßstab mit solchen Arbeiten bereits begonnen und heuer wurde das erste große Sanierungsprojekt in Erdberg in Angriff genommen. Diese Tätigkeit wird die Gemeinde in den kommenden Jahren in verstärktem Maße fortsetzen.

In unserer Bautätigkeit machte sich der Mangel an Arbeitskräften wieder ungünstig bemerkbar, manche Verzögerungen sind dadurch entstanden. Das Wohnbauprogramm konnte trotzdem erfüllt werden, denn mehr als 5.000 Wohnungen sind bis zum Jahresende ihrer Benützung übergeben worden, 5.000 Familien haben damit ein sicheres und besseres Obdach bekommen. Wir werden auch im jetzigen Winter dafür sorgen, daß die Arbeiten an den Wohnhausbauten möglichst umfangreich weitergeführt werden können. Damit wirken wir der Winterarbeitslosigkeit entgegen und beschleunigen das Fertigwerden der Wohnungen.

Das Programm der Gemeinde umfaßt auch andere große Aufgaben, wie Ihnen bereits bekannt ist. Ich erinnere an das Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz, an den großen Wasserspeicher im Steinfeld, an die Stadthalle auf dem Vogelweidplatz und an die Vergrößerung des Stadions im Prater. An allen diesen Projekten wurden heuer ganz erhebliche Fortschritte gemacht, ihre Fertig-

stellung ist in größere Nähe gerückt.

Wie in den vergangenen Jahren kann ich auch heuer berichten, daß wir unsere Schulbauten fortgesetzt haben. Die Schule auf dem Czerninplatz ist bereits in Benützung genommen, die Schule in Stammersdorf ist im Rohbau fertig. Für unsere kleinsten Kinder sind wieder sechs neue Kindergärten ihrer Bestimmung übergeben worden, weitere neun Kindergärten befinden sich im Bau. Während der Sommermonate wurde, wie in den vergangenen Jahren, wieder ein umfangreiches Reparatur- und Modernisierungsprogramm an 114 alten Schulen und 24 Kindergärten vorgenommen. Mindestens im gleichen Umfang wurden solche Arbeiten an den Erziehungs- und Lehrlingsheimen, an den Altersheimen, an den Krankenhäusern und Heilanstalten und an Amtshäusern, Marktanlagen und Schlachthöfen durchgeführt. Das Preyer'sche Kinderspital erhielt einen Stockwerksaufbau, das Krankenhaus Floridsdorf wurde durch einen neuen Mitteltrakt und einen Operationstrakt vergrößert.

Ein besonders umfangreiches Programm vollführte wieder unsere Straßenbauabteilung. Wohl gab es heuer keine so aufregenden Großbauten wie beispielsweise Praterstern oder Opernkreuzung, aber an 40 Stellen im Stadtgebiet wurden wichtige Neubauten und Umbauten vorgenommen. In den Siedlungsbieten wurden 450.000 Quadratmeter Siedlungsstraßen instandgesetzt und innerhalb der Stadt wurden 378 Kilometer Straßen und 204 Kilometer Gehsteige instandgesetzt und modernisiert.

Sie werden verstehen, daß ich in einer knappen Viertelstunde nicht einmal über die wichtigsten Arbeiten des abgelaufenen Jahres berichten kann. Ob ich will oder nicht, wird jede Darstellung unvollständig bleiben. Vielleicht habe ich aber noch Gelegenheit, über andere ebenso wichtige Zweige der Stadtverwaltung in den kommenden Wochen zu berichten. Mit besonderer Freude will ich Ihnen heute nur noch mitteilen, daß es der Gemeinde nach langen Verhandlungen gelungen ist, um den Betrag von 14 Millionen Schilling die sogenannten Schwarzenberggründe im Wald- und Wiesengürtel zu erwerben. Diese Waldfläche umfaßt mehr als drei Millionen Quadratmeter. Um von vornherein wieder Mißdeutungen zu vermeiden, möchte ich ausdrücklich betonen, daß dieser Ankauf nicht zum Zwecke der Bodenspekulation vorgenommen wurde, sondern um einen wichtigen Teil des Wald- und Wiesengürtels in seinen Bestand für

die Bevölkerung zu schützen und eine eventuelle wilde Besiedelung zu verhindern. Ich darf auch darauf verweisen, daß dieser Ankauf von allen Kreisen beifällig aufgenommen wurde.

Wenn ich nun, am Jahresende eine Schlußbetrachtung über die Gemeindeverwaltung anstellen soll, dann darf ich mit allem Nachdruck darauf verweisen, daß in ihrer Tätigkeit äußerste Sparsamkeit und zweckmäßige Verwendung der Steuergelder oberstes Gebot war. Unsere Hauptsorge galt wieder der Arbeitsbeschaffung und der Schaffung dauernder Werte durch sinnvolle Investitionen. Allein mit der Durchführung der Bauaufgaben wurde der Betrag von rund 1.3 Milliarden Schilling in die Wiener Wirtschaft hineingepumpt und damit ein dauernder Verdienst für Zehntausende von Arbeitern und Angestellten gesichert. Als Erfolg unserer gemeinsamen Anstrengungen können wir wieder feststellen, daß unsere Stadt wieder einen gewaltigen Schritt auf dem Wege der Erneuerung und Modernisierung weitergekommen ist. Ich danke allen Wienerinnen und Wienern für ihre Mitarbeit und für ihr Verständnis und bitte sie, auch im kommenden Jahr ihre Liebe zu Wien tatkräftig sprechen zu lassen.

Vor wenigen Tagen hat der Wiener Gemeinderat das Budget für das kommende Jahr beschlossen. Damit hat er der Gemeindeverwaltung den Auftrag erteilt, ein Programm durchzuführen, das erstmalig den Betrag von mehr als vier Milliarden Schilling erfordern wird. Dieses Programm gibt uns die Gewißheit, daß wieder eine Fülle von Arbeiten und Aufgaben bewältigt werden kann, die, wie wir alle hoffen, zu einem weiteren Aufstieg unserer geliebten Vaterstadt führen werden.

Wenn ich nun allen Wienerinnen und Wienern meine herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel entbiete, so danke ich Ihnen gleichzeitig auch dafür, daß Sie durch Ihre großartige Solidarität und Hilfsaktion für die ungarischen Flüchtlinge einen von der ganzen Welt anerkannten Beweis Ihrer Menschenfreundlichkeit gegeben haben. Allen Wienerinnen und Wienern wünsche ich Glück, Erfolg und Gesundheit und uns allen zusammen wünsche ich dauernden Frieden!"

Dank an die Wiener Feuerwehr
=====

31. Dezember (RK) Heute, am letzten Tag des Jahres, sprach Stadtrat Afritsch, dem auch die Feuerwehr der Stadt Wien untersteht, allen Angehörigen dieses vorbildlichen Korps den Dank der Stadtverwaltung für ihre beispielhafte Pflichterfüllung und die besten Glückwünsche für das kommende Jahr aus.

Die Feuerwehr der Stadt Wien ist im Jahre 1956 mehr als 7.000mal zu Bränden und zu Hilfeleistungen aller Art gerufen worden. Besonders die Großbrände - Stadtrat Afritsch erinnerte dabei vor allem an den Brand der Börse - haben die ganze Kraft und Einsatzfreudigkeit der Wiener Feuerwehr erfordert.

- - -

Die Glückwünsche der leitenden Beamten
=====

31. Dezember (RK) Heute vormittag versammelten sich die leitenden Beamten des Wiener Magistrates und die Direktoren der Städtischen Unternehmungen im Roten Salon des Rathauses, um Bürgermeister Jonas ihre Glückwünsche zu übermitteln. Im Namen der Beamtenschaft sprach Magistratsdirektor Dr. Kinzl. Er führte dabei unter anderem aus:

"Wie alljährlich haben wir uns höchste Beamte der Stadt Wien, des Magistrates und der Unternehmungen auch heute versammelt, um Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens aller städtischen Bediensteten unsere Glückwünsche auszusprechen. Ich darf mit Freude hervorheben, daß es uns Österreichern gelungen ist, den wirtschaftlichen Aufschwung, den uns die letzten Jahre gebracht haben, auch im Jahre 1956 fortzusetzen. Jede Familie, die durch die Arbeit ihrer Hände oder durch geistige Arbeit an der Erhaltung und der Vermehrung des Wohlstandes unserer Republik mithilft, kann durch Hebung ihres Lebensstandards daran teilhaben. So weit aber unter uns Bürger sind, die nicht mehr arbeiten können, haben Bund und Länder, allen voran aber wieder beispielgebend die Stadt Wien versucht, ihre soziale Lage zu erleichtern. Ich darf in diesem Zusammenhang nur kurz an die Novellierung des ASVG erinnern,

durch die die Sozialversicherungsrenten erhöht worden sind, und an die Blindenbeihilfe-Landesgesetze, durch die unseren ärmsten Mitbürgern geholfen worden ist.

Staatspolitisch war das Jahr 1956 dadurch charakterisiert, daß es das erste Jahr war, in dem wir frei von Besatzung waren. Es war das erste Jahr, in dem sich die Demokratie in Österreich wirklich voll entwickeln konnte, und zwar in ihrer besten Form, in der Form einer Koalition zwischen den beiden großen Parteien dieses Staates. Wir wissen alle aus früheren Jahren und haben es auskosten müssen, daß es wirklich nur die Demokratie ist, die unseren wirtschaftlichen Aufstieg garantiert hat.

Wie erstrebenswert die Demokratie ist, haben wir gerade in den letzten Monaten gesehen. Das Volk Ungarns hat nicht Blut und nicht den Verlust des Lebens gescheut, um sich wieder die politische, die demokratische Freiheit zu erringen.

Die Stadt Wien hat im Jahre 1956 wieder zu ihren großen Erfolgen neue hinzufügen können. Wir Beamten danken Ihnen, Herr Bürgermeister, als dem höchsten Vertreter der gewählten Funktionäre unserer Stadt. Wir danken aber auch der gesamten Bevölkerung Wiens, daß sie die Opfer auf sich genommen hat, uns höhere Bezüge zu geben. Wir wissen es zu würdigen, daß es gerade die Verwaltung dieser Stadt war, die uns diese höheren Bezüge schon ab morgen zuteil werden läßt.

Wir wünschen der Stadt Wien, daß sie die großen Erfolge, die sie bisher hatte, auch im nächsten Jahre fortsetzen kann. Wir glauben, daß die Zusammenarbeit zwischen den großen Parteien einerseits, und andererseits die Zusammenarbeit zwischen den gewählten Funktionären und den Beamten dieser Stadt bisher reiche Früchte für unser Gemeinwesen getragen hat. Wir wissen, daß Sie der Repräsentant jener gewählten Funktionäre sind, die die große politische Linie zu bestimmen haben, nach der sich Gesetzgebung und Verwaltung richten. Sie sind es, die der Verwaltung Ziel und Richtung geben, aber wir sind stolz darauf, dabei mitarbeiten zu können. Wir wissen, daß auch vom Beamten gewisse politische Entscheidungen gefordert werden. Jede sachliche Entscheidung und insbesondere jene Entscheidungen, die die Verwaltung einer Millionenstadt erfordern, fallen nicht unter eine strenge Norm, sondern es spielt dabei auch das Ermessen eine Rolle. Jede solche

Entscheidung hat einen politischen Hintergrund, und wir geloben Ihnen, Herr Bürgermeister, bei dieser Gelegenheit, der Gerechtigkeit dadurch zum Durchbruch verhelfen zu wollen, daß wir in unseren Entscheidungen die Gedanken der Demokratie verwirklichen. Wir geloben Ihnen, daß wir wie bisher alle unsere Kräfte einsetzen werden, um die Verbundenheit mit der Wiener Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen, Ihren Herren Kollegen vom Stadtsenat und der ganzen Wiener Bevölkerung ein glückliches neues Jahr!"

Bürgermeister Jonas erwiderte die Neujahrsglückwünsche des Magistratsdirektors und sagte in seiner Antwortrede an die leitenden Beamten unter anderem: "Es ist für mich immer ein bewegter Augenblick, wenn Sie am Silvestertag zu mir kommen und Ihre Verbundenheit mit der Gemeindeverwaltung und mit ihren gewählten Funktionären bekunden. Heuer fällt es mit besonders schwer, aus der Fülle der Ereignisse und der Handlungen, die im Laufe eines Jahres eingetreten sind und gesetzt wurden, das Wesentliche und das Entscheidende und das Bleibende herauszusuchen, weil wir vor einer so großen Fülle von Ereignissen stehen. Man muß feststellen, daß so ziemlich alles entscheidend war, wobei darüber noch die Schatten vieler Dinge lagen, die wir zur Kenntnis nehmen mußten und die uns beeinflußt haben, die wir aber kaum ändern konnten.

Wenn der Herr Magistratsdirektor schon das eine große Ereignis Ungarn, das vieles überschattet, angedeutet hat, so meine ich, daß wir für jenes Beispiel der Geschichte nicht genug danken können. Es ist nämlich das Beispiel dafür, daß die Demokratie als Lebensform der europäischen Völker ganz einfach unbezahlbar ist. Wir selber erkennen sie weniger in ihrem Wert, weil sie bei uns im täglichen Umgang ist, weil sie in unserem Leben, Denken und Fühlen, obwohl hart erworben, so sehr eingedrungen ist, daß wir uns ihrer doch so bedienen, als ob sie eine selbstverständliche Sache oder eine selbstverständliche Methode wäre. Wie wertvoll aber diese Demokratie ist, - für den ist, der sie nicht hat, - das beweist uns das ungarische Volk. Man kann zu den Ereignissen natürlich von verschiedenen Gesichtspunkten aus Stellung nehmen, aber übrig bleibt doch die eine große Erkenntnis, daß es dort hunderttausende Menschen gegeben hat, die bereit waren, für diese dort fehlende menschliche Einrichtung alles zu opfern, auch das

Leben. Wir aber haben diese Demokratie. Wir brauchen nichts zu opfern für sie, wir brauchen sie nur vernünftig und menschlich anzuwenden. Da können wir alle die Vorteile haben, die sich andere mit Gut und Blut und dem Einsatz des Lebens erst erkämpfen wollen. Und weil wir dieses große Beispiel und dieses große Erlebnis aus so unmittelbarer Nähe miterleben dürfen und auch in einem bescheidenen Ausmaße dazu beitragen können, die Leiden zu lindern, deshalb sind wir innerlich an diesen Ereignissen so besonders beteiligt. Diese Lehre sollte uns nicht selbstgefällig machen und uns nicht zu der Annahme verleiten, daß wir nichts mehr dazutun müssen, daß wir alles haben, was andere nicht haben. Ich glaube immer, daß die Demokratie, so unbequem sie manchesmal erscheinen mag, doch täglich neu erprobt und neu erworben werden muß.

Wenn wir nur das ungarische Erlebnis hätten, dann könnten wir vielleicht noch kurzsichtig bleiben. Aber was die Ungarn erleben, haben wir auch schon erfahren. Gerade unsere Generation hatte das "Glück", wenn man es so ausdrücken kann, alle bisher in der Geschichte vorgekommenen Regierungsformen durchgemacht und erlebt zu haben. Wir haben alle noch die Monarchie erlebt, die demokratische Republik, die Diktatur. Von uns kann niemand sagen, wir wissen nicht, wie diese verschiedenen Regierungsformen ausschauen. Deshalb können wir selber beurteilen, ohne einen Geschichtsprofessor zu brauchen, welchen Wert und vor allem welchen menschlichen Wert diese Regierungsformen haben. Weil wir aber alle diese Erlebnisse und Erkenntnisse besitzen, deshalb sollen und müssen wir fanatische Anhänger und Verteidiger der demokratischen Freiheiten sein.

Wenn man die Tätigkeit der Gemeinde Wien überprüft, wenn man sie abwägen will, dann muß man sagen, daß die Bevölkerung unserer Stadt doch das Gefühl haben dürfte und haben kann, daß die Gemeinde Wien versucht, ihren Nöten und Bedürfnissen wirklich zu entsprechen. Wir alle wissen, daß es uns nicht gelungen ist und wahrscheinlich nie gelingen wird, alle Wünsche zu erfüllen. Aber soweit es die Verhältnisse zuließen, hat die Gemeindeverwaltung auf allen ihren Gebieten doch versucht, vor allem den wesentlichen Notwendigkeiten nachzukommen. Ich meine die Sorge um die Arbeit und die Sorge um das Obdach. Dabei hat sie alle vorhandenen Leistungsmöglichkeiten restlos ausgenutzt. Sie selber wissen,

meine Herren, daß wir, bedingt durch die Umstände, ganz einfach manche unserer Absichten gar nicht verwirklichen konnten. Das trifft zum Beispiel beim Wohnungsbau zu. Wir hätten mehr machen können, wenn Gewerbe und Industrie in der Lage gewesen wären, noch höhere Leistungen zu vollbringen. Es sind uns also auch Grenzen gesetzt, aber wir bemühen uns, diese Grenzen hinauszuschieben.

Meine Herren! Ich danke Ihnen besonders für Ihre Mitarbeit. Glauben Sie mir: bei meiner Arbeit und auch bei der Arbeit der Amtsführenden Stadträte haben wir vor allem das Gefühl der Sicherheit, wenn wir wissen, daß wir uns auf Sie verlassen können. Sie repräsentieren viele zehntausende städtische Bedienstete, Ihre Mitarbeiter in den verschiedensten Anstalten und Abteilungen. Ich weiß, daß das Wohl und das Wehe der Gemeinde und ihrer Bevölkerung natürlich vom Funktionieren dieser Verwaltung in den verschiedensten Zweigen abhängt. Es ist eine alte Lebenslehre und eine alte Erfahrung: Ist die Führung gut, dann ist auch das andere gut!

Deshalb bitte ich, daß Sie meine Herren, auch in Zukunft Ihren ganzen Ehrgeiz, Ihr Wissen und Ihr Können für unsere Mitbürger einsetzen, um das Beste aus der Gemeindeverwaltung herauszuholen, das unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Ich danke Ihnen für die Bekundung Ihrer treuen Mitarbeit und Ihres hervorragenden Willens für das vergangene Jahr. Ich bitte Sie sehr, mit gleichem Elan und mit der gleichen Verantwortungsfreudigkeit auch im kommenden Jahr in der Gemeindeverwaltung mitzuarbeiten. Ich bitte Sie, Ihren Mitarbeitern meinen herzlichsten Dank und meine herzlichsten Glückwünsche für das kommende Jahr zu übermitteln!"

- - -

Neujahrsempfang bei Bürgermeister Jonas
=====Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger sprachen
im Namen ihrer Fraktionen

31. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute mittag in seinem Arbeitszimmer die Mitglieder des Wiener Stadtsenates zu dem traditionellen Neujahrsempfang. Dabei gaben Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger im Namen ihrer Fraktionen anlässlich des Jahreswechsels Erklärungen ab.

Vizebürgermeister Honay führte aus: "Wer einen steilen und schwierigen Weg geht, bleibt früher stillestehen, um zurückzublicken. Als Sprecher der sozialistischen Stadträte sei es mir erlaubt einen Rückblick zu tun und einen Überblick zu geben über das Wirken in diesem Hause in dem Jahre, das nun dem Ende entgegengeht.

Es war, nehmt alles nur in allem, ein Jahr erfolgreicher, ein Abschnitt fruchtbarer Arbeit. Diese Arbeit konnte auch nicht durch eine häufig unfruchtbare, vielfach direkt unernste Kritik - sei es von welcher Seite immer - in ihren Auswirkungen verkleinert werden. Man möge mich nicht mißverstehen. Wir Sozialisten, die wir die große Last der Hauptverantwortung für die Verwaltung der Bundeshauptstadt tragen, scheuen keineswegs auch die schärfste Kritik. Wir bekennen uns rückhaltslos zur demokratischen Verwaltung, zur Mitarbeit aller Bewohner der Stadt - die guten Willens sind! Sind wir es doch gewesen, die von der Geißel der Diktaturen am härtesten getroffen worden sind, und es hieße unsere Vergangenheit verleugnen, dächten wir heute anders. Aber so entschieden, wie wir das demokratische Regime bejahen, ebenso entschieden lehnen wir jede Kritik ab, die nur der Kritik wegen erfolgt, denn dann ist sie nicht nur wertlos sondern schädlich.

Gewiß, die so umfangreiche und komplizierte Verwaltungsmaschinerie einer Millionenstadt, die naturnotwendig und ständig in das Leben des Volkes eingreift, soll, ja muß jeder berechtigten Beschwerde nachgehen. Aber vergessen wir nicht, auch dieser

Apparat ist nur Menschenwerk. Je größer, je vielfältiger die Ansprüche der Bevölkerung an die Gemeindeverwaltung werden, umso unausbleiblicher müssen sich Reibungsflächen ergeben. In den letztvergangenen Jahren sind viele neue, besonders heikle kommunale Probleme entstanden, die dringend nach einer möglichst viele Teile der Bewohner unserer Stadt befriedigenden Lösung rufen. Es wäre falsch zu glauben, daß es den besten Fachkräften - um nur einige aktuelle Beispiele anzuführen - gelingen könnte, die Assanierung der Altstadt, die Planung des Verkehrs, die Wohnraumbeschaffung, den Bau von Großraumwagen oder die Erlangung eines Stadtkredites derart zu lösen, daß wir von Unkenrufen, wie "Damoklesschwert der Zerstörung" oder "dilettantenhafte Teillösung" oder "Stärkung der Position der SPÖ" oder "Lebensgefährliches Transportmittel" und schließlich "Verschuldung als letzte kommunale Weisheit" verschont blieben?

Solche ständige Negation, solche versteinerte Zweispältigkeit schwächt das Vertrauen des Volkes in unsere Arbeit. Diese ungerechte Einstellung zu den positiven Leistungen der Stadtverwaltung führt aber letzten Endes zur Schwächung des Ansehens nicht nur der führenden Partei des Rathauses, sondern auch ihres Koalitionspartners, der leider allzuoft die gleiche Schalmei bläst.

Hüten wir uns vor solchem Getue. Dürfen wir doch auf beachtenswerte Leistungen zurückblicken. Wir haben in diesem Jahre abermals viele häßliche Flecken aus dem vom Krieg so arg entstellten Antlitz unserer Stadt beseitigt. Schöner denn je wird bald unsere Prachtstraße sich Bürgern und Besuchern zeigen können. Den nun schon allgemein als beste Lösung erkannten Opern- und Pratersternpassagen wird im kommenden Jahr die Franz Josefs-Kai-Schottenringpassage folgen. Dort, wo es das Stadtbild erlaubt, entstehen architektonisch stilvolle Hochbauten. Nicht vergessen wird die Sicherung der Luftzufuhr durch die Überführung großer Teile des Wienerwaldes in das Eigentum der Stadt. Die Stadthalle am Westrand und das Stadtmuseum in der City gehen

ihrer Vollendung entgegen. Wien hat dem Genius Mozart gehuldigt und noch nie haben die Wiener Festwochen ein so hohes künstlerisches Niveau verzeichnet, wie in diesem Jahr. Ein Fremdenstrom von ungeahntem Ausmaß hat Wien nach den langen Jahren der Vereinsamung, wieder der großen Welt nähergebracht. Unsere Fürsorge, unser Gesundheitswesen sind auf vielen Teilgebieten wieder vorbildlich. Wien mit seinen vielen neuen öffentlichen Gartenanlagen darf sich mit Recht wieder eine gepflegte, eine saubere Stadt nennen.

Das Jahr 1957 muß auch zu einer Klärung der finanziellen Verpflichtungen des Bundes gegenüber dem Land und der Stadt Wien führen. Wir rechnen zuversichtlich, daß im neuen Finanzausgleich die beträchtlichen neuen Lasten berücksichtigt werden, die in diesem Jahre durch Bundesgesetze der Gemeinde auferlegt worden sind und die sich im Jahre 1957 noch vergrößern werden. Es hat wenig Sinn, nach verstärktem Föderalismus zu rufen, dabei aber dort, wo nach einem Wort Dr. Renners der wahre Föderalismus beginnt, nämlich bei den Gemeinden, diese wichtigsten Selbstverwaltungskörper auszuhungern. Unter solchen Umständen wird der so viel gepriesene Föderalismus zur Theorie.

Nicht als Leistung, sondern als menschliche Verpflichtung wollen wir die Hilfe bezeichnen, die wir unseren unglücklichen Schwestern und Brüdern, die aus dem aus tausend Wunden blutenden Ungarn bei uns Schutz gesucht haben, zuteil werden ließen und selbstverständlich weiter gewähren werden.

Eines soll uns allen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, im Jahre 1957 fester Leitsatz in unserem Streben sein: Die große Verpflichtung gegenüber dem Volk von Wien! Dieses Volk hat auch in den schwersten Stunden nicht einen Augenblick verzweifelter Mutlosigkeit gekannt. Von denen, die im Jahre 1945 unter Körners zielbewußter und zugleich lebenswürdiger Führung in der Stadtregierung wirkten, sind nur noch mehr ein paar im Amt. Sie haben damals aus dem heldenmütigen Verhalten der Wienerinnen und Wiener die Anpassungsfähigkeit alles Lebendigen

und eine durch nichts zu erschütternde Daseinsfreudigkeit erkannt. Dieser Lebenswille, diese Lebensbejahung, gepaart mit dem festen Glauben an die wirtschaftliche und künstlerische Begabung und an den Ernst des Wollens des Wiener Volkes, sie sind uns die sichersten Garanten für weiteres glückhaftes Wirken im neuen Jahr.

Mit dem Gelöbnis, auch im Jahre 1957 unter Ihrer Führung, sehr geehrter Herr Bürgermeister, unser Bestes für die Stadt, die wir so sehr lieben, zu geben, danken wir unseren Wählern für das uns entgegengebrachte Vertrauen. Wir fühlen uns mit dem Volk dieser Stadt, das uns mit so großer Mehrheit zur Verwaltung berufen hat, auf das engste verbunden. Unsere Arbeit ist Dienst am Volk! Daher bitten wir das gesamte Volk von Wien um Verständnis für die Arbeit der Stadtverwaltung. Dient sie doch den Interessen aller Schaffenden. Wir danken allen Beamten und Arbeitern der Gemeinde für ihre Hingabe im Dienst der Allgemeinheit. Mögen sie, nunmehr auch wirtschaftlich bessergestellt, weiterhin zur Vertiefung der Demokratie in der Verwaltung ihren Beitrag leisten.

Allen Bewohnern Wiens wünschen wir im neuen Jahr in ihrem Wirken viel Erfolg. Möge unsere Republik, möge unser Wien von wirtschaftlichen Krisen verschont bleiben und in Frieden und Freiheit einer glücklichen Zukunft entgegengehen!"

Vizebürgermeister Weinberger sagte: "Ein bewegtes, für uns Österreicher und Wiener aber doch glückhaftes Jahr geht zu Ende. Dank der vernünftigen Politik unserer von Bundeskanzler Raab geführten Regierung, dank aber vor allem der Einsicht, Treue und Vernunft unseres Volkes, erreichten wir im Vorjahr nicht nur den Staatsvertrag und die äußere Freiheit, sondern auch einen großen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg. Auch unsere Stadt konnte, gestützt auf die Arbeit, den Fleiß, die Steuern und Abgaben der Bevölkerung, beachtliche Leistungen vollbringen. Wie im Bunde haben die beiden großen Parteien auch in Wien zusammengearbeitet und damit den besten Boden für den weiteren Wieder-

aufbau der Stadt und ihre Ausgestaltung geschaffen.

Unsere Zusammenarbeit, zu der wir uns auch weiterhin bekennen, konnte und kann nicht heißen, daß wir uns in allem einig sind, oder gar keine verschiedenen Meinungen mehr hätten. Es hat auch heuer verschiedene Ansichten gegeben und sie werden auch weiter bestehen. So waren und bleiben wir der Meinung, daß nicht alles, was die Sozialistische Partei will und tut, auch wirklich gut und sozial ist.

So waren und sind wir zum Beispiel der Meinung, daß auch unsere Stadt allzu viele ihrer Mitbürger noch immer mehr bevormundet, dirigiert und von verschiedenen bürokratischen und anderen Kräften abhängig macht als ihre persönliche Freiheit und damit ihr Leben zu sichern und zu festigen. Und doch bleibt es das Ziel jeder richtig verstandenen Kommunalpolitik: vom Einwohner zum Bürger!

Nach wie vor sind es einige besondere Probleme, die unbedingt gelöst werden müssen. So viele Wohnungen in Wien auch gebaut wurden, noch immer besteht eine drückende Wohnungsnot. Es ist offensichtlich, daß wir mit den bisherigen Methoden allein einfach nicht mehr durchkommen. Zum kommunalen Wohnbau muß eine viel stärkere, zusätzliche Wohnbautätigkeit kommen. Daß wir zum Schutze der Freiheit auch hier den Eigentumswohnbau, den genossenschaftlichen und den privaten besonders gefördert wissen wollen, sollte uns niemand verübeln. Ebensowenig, daß wir immer wieder auch städtische Hilfe für die Erhaltung und Modernisierung des Altwohnraumes fordern. Es geht hier in allen Fällen um Wohnungen und Heime, es geht aber auch um die Erhaltung und Sicherung der Freiheit in Wien. Je mehr Kollektiv, je mehr Abhängigkeit, umso mehr Unfreiheit! Wohin ein solcher Weg führt, erlebten und erleben wir gerade jetzt am Beispiele Ungarns.

Auch das Altersproblem bedarf unserer allergrößten Anstrengungen, damit es endlich befriedigend gelöst werden kann. Die Bettennot in den Spitälern, die Überfüllung der Altersheime, das alles schreit nach Abhilfe im großen.

Ganz besonders bedrückend ist aber ohne Zweifel die Verkehrssituation in Wien. Wenn wir nicht wollen, daß der Verkehr eines nahen Tages nicht nur in der Inneren Stadt, sondern auch sonst

buchstäblich stecken bleibt, müssen wir uns auch hier zu großen Lösungen entschließen. Eine zweite Verkehrsebene wird immer dringender. Einbahnen und Parkverbote können nur mildern. Helfen können einzig und allein eine U-Bahn, Schnellbahnen und andere bewegliche Verkehrsmittel. Die Lösung des Verkehrsproblems scheint uns umso notwendiger und dringender, als Wien erfreulicherweise immer mehr wieder in den Mittelpunkt des Interesses der Welt rückt. Immer mehr Gäste besuchen unsere kulturerfüllte, traditionsreiche, aber auch heute wieder schöne, musische und arbeitsfrohe Stadt. Wir müssen ihnen den Aufenthalt bei uns in jeder Beziehung angenehm und so gestalten, daß sie immer wieder gerne zu uns kommen und andere für uns gewinnen. Ein entsprechender Verkehr, ein moderner Flughafen, bessere Hotelverhältnisse, gleichbleibend gute Leistungen unserer Opern-, Operetten- und Sprechbühnen, mehr kultivierte Geselligkeit und noch manches sonst gehört hier dazu.

Wir freuen uns, daß Wien auch wieder einen stolzen Ruf als Metropole der Wissenschaft, der schönen Künste, vor allem aber der Medizin errungen hat. Gerade ich bin glücklich, daß wir das neue Allgemeine Krankenhaus im kommenden Jahre hoffentlich wenigstens im Plane und in der theoretischen Entscheidung einer fachmännischen Jury um ein großes Stück näher dem wirklichen Beginn bringen werden. Wir alle freuen uns mancher anderer großen Werke, die schon nahe der Vollendung sind und das Gesicht unserer Stadt hoffentlich auch wieder etwas schöner und einladender machen werden.

Wie die Menschen, können auch Städte nicht vom Brote allein leben. Wien, das im letzten doch immer vom Geiste geformt und bestimmt wurde, schon gar nicht. Wir verlangen daher für das nächste Jahr noch mehr Kulturförderung, verstehen darunter aber nicht nur die Verteilung des Sport- und Kulturroschens, sondern die Förderung alles dessen, was groß und weit besehen zur Kultur gehört. Wir glauben, daß gerade hier eine bessere Zusammenarbeit und ein besserer Kontakt mit allen jenen privaten Stellen und Körperschaften, die irgendwie mit der Förderung der Kultur und ihrer Träger zu tun haben, vor allem aber mit den Kirchen und hier

wieder besonders mit der katholischen sehr zu empfehlen.wäre. Ich hoffe, daß es auch da nicht nur bei Worten und Gesten bleibt, und daß der offensichtlich geänderten Taktik nun bald auch eine entsprechende loyale Praxis folgt.

Unser Wien ist eine so wunderbare Stadt und gerade jetzt ein so weithin strahlender Punkt der freien Welt, daß wir alle guten Geister rufen und nützen sollten, um seine äußere und innere Kraft noch weiter zu verstärken und zu vertiefen. "Wien, Wien, nur du allein!" das ist nicht überheblich, wie die Texte ähnlicher Gesänge, das ist eine echte Liebeserklärung und herzliche Einladung an alle gutgesinnten Menschen der Welt.

Wenn ich Ihnen abschließend als dem Bürgermeister der Stadt Wien die Glückwünsche meiner Partei für ein gutes und erfolgreiches neues Jahr übermittle, so gelten diese Wünsche auch den rund hunderttausend aktiven und pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeitern unserer Stadt. Sie gelten aber ganz besonders der ganzen Bevölkerung, allen braven, fleißigen und gutwilligen Bürgerinnen und Bürgern von Wien und allen, die es kraft ihrer und unserer Arbeit und Zusammenarbeit hoffentlich auch anno 1957 werden. Prosit 1957!"

In seiner Antwortrede an den versammelten Stadtsenat sprach Bürgermeister Jonas folgendes: "Am Jahresende ist man immer versucht, einen Rückblick über das vergangene Jahr zu halten. Es ist begreiflich, daß sich die Stadtverwalter an diesem Tag immer selber die Frage vorlegen, ob sie alles getan haben, was notwendig und was möglich war. Die Budgetverhandlungen im Dezember haben gezeigt, welche Leistungen die Gemeindeverwaltung im Jahre 1956 vollbracht hat. Sie haben aber auch gezeigt, was wir im kommenden Jahr an Aufgaben lösen wollen.

Wenn wir das vergangene Jahr überblicken, wenn wir ein Urteil über die Erfolge und Leistungen abgeben wollen, dann dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß wir viele Aufgaben positiv lösen konnten, und zwar dank der fleißigen Mitarbeit unserer Wiener Bevölkerung und dank der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien im Rathaus. Wenn wir also diese Feststellung treffen wollen, dann sollen wir aber doch nicht ⁱⁿ ein Gefühl der Selbstzufriedenheit verfallen, weil wir wissen, daß das Loben und die Entwicklung gebieterisch neue Forderungen anmelden.

Bei allen unseren Arbeiten und Überlegungen sollen wir nie vergessen, daß die Grundlage unseres Wirkens das Vertrauen der Wiener Bevölkerung ist. In ihrem Namen und in ihrem Interesse haben wir die Gemeinde zu führen und zu verwalten. Dieses Vertrauen unserer Mitbürger müssen und sollen wir uns täglich neu erwerben, und wir sollen es nicht als selbstverständliches Geschenk erwarten. Die Spitzen der Verwaltung und alle Bediensteten müssen immer wieder in dem Sinne wirken, daß die Bevölkerung unsere Gemeinde nicht als etwas Anonymes erlebt, sondern als die demokratische Verkörperung und Verwirklichung unserer Gemeinschaft.

Jede Stadt ist ein lebendiger Organismus. Er zeigt alle Vorteile und alle Nachteile des vielseitigen Lebens. Wenn wir nicht wollen, daß das Leben an unserer Stadt vorbeigeht, dann muß die Bevölkerung und die Gemeindeverwaltung den Notwendigkeiten des Lebens Rechnung tragen. Dabei dürfen gerade wir Wiener nicht vergessen, daß Wien als Bundeshauptstadt, als die Bewahrerin eines großen und reichen politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Erbes schwerer zu tragen hat als irgendeine andere Stadt. Diese Verpflichtungen werden noch gesteigert durch Aufgaben, die in einem hoffentlich bald beruhigten und geeinten Europa uns als einem der Mittelpunkte Europas erwachsen.

Wenn ich auf eine der wichtigsten Fragen eingehen soll, dann möchte ich sie in folgendem Sinne stellen: Was konnten wir im Jahre 1956 lösen? Wir wissen, daß unter den materiellen Sorgen jene die wichtigsten sind, die mit dem Bauen zusammenhängen. In dieser Beziehung können wir feststellen, daß wir beim Hoch- und Tiefbau, also bei allen Arten des Bauens, bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen sind. Wir hätten mehr erreichen können, wenn die gewerbliche und industrielle Wirtschaft in der Lage gewesen wären, ihr Leistungsvermögen auszuweiten. Wir dürfen dasselbe beim privaten Bauen und bei der Unterstützung des privaten Bauens sagen. In Wien sind alle Ansuchen um Kredite aus Fonds bewilligt worden, soweit sie an uns gelangten. Wir haben keinen einzigen Fall abgeschlagen. Soweit es sich um die Erhaltung des bestehenden Hausbestandes und des bestehenden Wohnungsbestandes handelt, dürfen wir feststellen, daß in Wien wie in keiner anderen Stadt Kredite und Mittel zur Verfügung gestellt werden und daß auch nicht ein einziges Ansuchen aus Mangel an Mitteln liegen

bleiben mußte.

Wir wissen aber natürlich, daß noch viel zu tun ist und die Aufgaben der Zukunft riesengroß vor uns stehen. Ich glaube, es ist garnicht das schlechteste, daß wir noch große Aufgaben vor uns haben. Allerdings sollen wir aber auch nicht die Geduld verlieren, wenn wir diese großen Aufgaben vor uns sehen. Wer die Geduld verliert, der vergißt, daß wir vorerst die Zerstörungen und die Verwüstungen des Krieges und eine zehnjährige Besetzung überwinden mußten. Das soll uns nicht hindern, daß wir gern unser Tun und unser Handeln der kritischen Beurteilung unserer Mitbürger unterbreiten. Wir sollen vor der Kritik keine Scheu haben, wenn damit die gute Gesinnung verbunden und bewiesen wird. Auf diese gute Gesinnung der Mithürger wollen wir auch in Zukunft bauen. Sie ist für uns ein Zeichen der Liebe und der Anhänglichkeit zu Wien. Sie ist aber vor allem die Gewähr dafür, daß wir die Aufgaben der Zukunft meistern können.

Über unseren materiellen Sorgen dürfen wir unsere ideellen Verpflichtungen und Aufgaben nie vergessen. Wir wollen, daß auch in Zukunft Wien die Stadt des kulturellen und des sozialen Fortschrittes bleibt. Wir wollen, daß Wien so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft immer eine gute Heimstätte der freien und der schöpferischen Gedanken ist, und wir wollen gerade im Hinblick auf die ungarischen Ereignisse festhalten, daß Wien sich immer unbeugsam zur Demokratie bekennen wird.

Meine Herren Vizebürgermeister! Ich danke Ihnen für die Neujahrsglückwünsche, die Sie mir im Namen Ihrer Fraktionen überbracht haben. Ich darf Ihnen, meine Herren Vizebürgermeister und meine Herren Stadträte, für die verantwortungsbewußte Arbeit, die Sie im abgelaufenen Jahre geleistet haben, recht herzlich danken. Sie hat zum Erfolg der Gemeindeverwaltung in entscheidendem Maße beigetragen. Ich darf bei diesem Anlaß auch allen städtischen Bediensteten dafür danken, daß sie mit ihrer Arbeit dazu beigetragen haben, daß wir wieder viele Schwierigkeiten überwinden konnten. Ich bin überzeugt, daß Sie im gleichen Geiste auch im kommenden Jahr ihre Dienste der Wiener Bevölkerung zur Verfügung stellen werden.

Wie es selbstverständlich ist, gilt mein Gruß aber auch der gesamten Wiener Bevölkerung, die nach harten Jahren des Krieges und der Nachkriegszeit sich durch ihre fleißige Arbeit einen bescheidenen Wohlstand erringen konnte. Sie hat diesen bescheidenen Wohlstand bei der ersten Gelegenheit dazu benützt, ihrer menschlichen Pflicht, der Pflicht der Nächstenliebe nachzukommen, indem sie in einer unüberbietbaren Weise für die ungarischen Flüchtlinge ihre Hilfe geleistet hat. Dieser unserer Wiener Bevölkerung danken wir alle, und wir wünschen ihr im kommenden Jahre eine möglichst friedvolle und erfolgreiche Arbeit. Das ist der Herzenswunsch, den wir als Stadtverwalter am heutigen Tage haben und den wir unseren Wiener Mitbürgern mit unseren besten Grüßen übermitteln!"

- - -



Großbuchbinderei
Eulde Baer
Wien XXII

